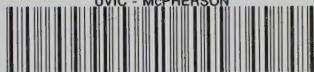


UVIC - McPHERSON



3 2775 90301568 2

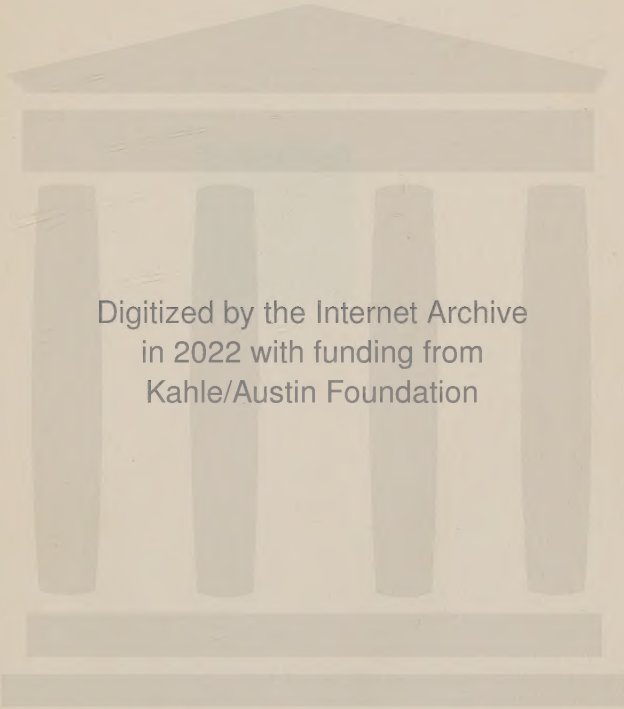
POLITISCHE PROGNOSE FÜR DEUTSCHLAND

VON

WILLY HELLPACH

BERTRAND SM
ACFIS C. 103
2nd
Long Beach 2

15
JAS 72



Digitized by the Internet Archive
in 2022 with funding from
Kahle/Austin Foundation



WILLY HELLPACH
POLITISCHE PROGNOSE
FÜR DEUTSCHLAND

1928

S. FISCHER · VERLAG · BERLIN

#47

Erste bis vierte Auflage

Alle Rechte vorbehalten, besonders das der Übersetzung

Copyright 1928 by S. Fischer Verlag A.-G., Berlin

Printed in Germany

POLITISCHE PROGNOSE FÜR
DEUTSCHLAND

Ich widme dieses Buch
dem Gedächtnis an die dahingeschiedenen
Denker, Schöpfer und Ordner
des deutschen Staates:

an

FRIEDRICH
den großen König von Preußen

STEIN
den tragisch unvollendeten

BISMARCK
den tragisch vollendeten

FRIEDRICH NAUMANN
den Seher

FRIEDRICH EBERT
den Retter

HUGO PREUSS
den Helfer

und widme es allen Lebenden,
die gleich jenen der Sache unseres Volkes
in furchtlosem Wollen und
selbstlosem Wirken
dienen

Das Volk und sein Wesen

I

Die Deutschen sind kein Rassevolk. Wer sie gewaltsam dazu machen, ihr Volkstum auf Rasse, ihr Nationalbewußtsein auf Rasseninstinkt gründen will, wird unausweichlich zum Zerstörer am Deutschtum. Jeder solche Versuch (und wie vielen ist im letzten Menschenalter deutsche Jugend nachgelaufen!) verurteilt sich selber dazu, das völkische Wesen der Deutschtümlichkeit sei es zu zersprengen, sei es zu verwässern. Zu verwässern: denn die Rassengleichheit reicht allenthalben über die deutschen Grenzen hinaus; auf sie hin betrachtet ist der Däne des Niedersachsen Bruder, sind diese zwei gleichen Wesens, ebenso wie so viele Moseltalbewohner gleichen Rassewesens mit Italienern oder Franzosen, wie so viele Sachsen und Schlesier gleichen Rassewesens mit Wenden, Tschechen und Polen sind. Zu zersprengen: denn eben diese Sachsen und Schlesier stehen in Ansehung ihrer Rassigkeit meilenfern jenen Mosellanern und Holsteinern, ihnen genau so fern, wie allen Gliedern der mittelmeeischen und der nordischen Rasse. Wer die Deutschen zu „Germanen“ stempelt und diesen Begriff im Sinne einer Rasse meint, mit bestimmten physischen Merkmalen: hochwüchsig, weißhäutig, langschädlig, blauäugig, blondhaarig etwa — der stößt Millionen und Abermillionen Deutscher aus dem deutschen Volkstum aus, der müßte die Deutschen auf vielleicht ein Drittel ihres heutigen Bestandes einschrumpfen machen, um diesen Rest mit andern Volkstümern (skandinavischen, niederländischen, teilweise angelsächsischen und nordfranzösischen) zu einer neuen Einheit zu verbinden.

„Rassige“ Völker sind überhaupt nicht sehr zahlreich in der Welt. Die großen weltgeschichtlichen Nationen waren selten mit Rasseeinheiten identisch. England und Frankreich zeigen bunte Gemische der nordischen und der mittelländischen Rasse, auch Italien und Spanien sind, in ihren Majoritäten zweifellos mediterran, mit respektablen Einsprengseln nordischen, alpinen und afrikanischen „Blutes“ durchmengt. Alle Slawennationen bieten das nämliche Bild. Verhältnismäßig einheitlicher Rasse sind im heutigen Europa die Schweden, trotz eines immerhin merklichen Einschlags mittelmee-rischer Typen in den größten Städten, finnischer in den Einöden des Nordens; mit den Dänen stellen sie das geschlossenste Volk nordischer Rassigkeit dar. Aber die Deutschen? — O weh, die Deutschen! Lediglich am Nordsaum ihres Volkswohnsitzes ähneln sie den Skandinaviern in der Geschlossenheit ihres Rassetums: vom Niederrhein über Niedersachsen bis nach Pommern hin dominiert überwältigend der nordische, der hochwüchsige, langschädige, weißhäutige, blondhaarige und blau-äugige Mensch. Rapide nimmt seine Vorherrschaft gen Mitteldeutschland hin ab. Sowohl die reinen Typen des mediterranen und des alpinen Menschen, als ihre Gemische tausendfältiger Art untereinander und mit dem nordischen, drängen sich vor, um über weite Gelände hin, ehrwürdigste Schauplätze deutscher Geschichte und Kultur, das Feld zu beherrschen. Am Saume der Alpen gesellt sich noch das „dinarische“ Element hinzu, wiederum rein oder in Verkreuzung mit den drei andern: in den österreichischen und bayrischen und schweizerischen Hochlanden, im Schwarzwald und Jura be-

gegen uns in vielen Einzelexemplaren, aber auch merkwürdig gehäuft, Menschen von nordischem Blond und Augenblau mit dem hageren Hochwuchs, der nordisch wie dinarisch sein kann, und dem extremen Kurzkopf, der dinarisch sein soll. Wen wundert's? — Das Volk der Mitte gab sein Land notgedrungen nicht bloß zum Stelldichein geschichtlicher Ereignisse her, sondern auch zum Kreuzfelde aller Rassen, die von Norden und Süden, von Osten und Südosten herandrängten. So sind die Deutschen nicht nur an Erlebnis und Staatlichkeit, sondern auch in ihrer Rassigkeit ein riesenhaftes Bastardierungslager geworden. Sie sind die bunt-rassigste unter den großen Nationen Europas und stehen darin den großen Nationen der neuen Welt am nächsten. Dies ist der wahre „völkische“ Tatbestand, von dem eine wahrhaftige Betrachtung deutschen Volkstums ausgehen muß. Die „Stimme des Blutes“, wenn es überhaupt eine gibt, kann kein Hauptfundament deutschen Nationalbewußtseins sein; dazu wäre sie in Deutschland viel zu sehr Stimmengewirr. Ein deutsches Volkstum, auf nordische Rassemerkmale gegründet, gäbe ein paar kleine Provinzen und Tausende von zwerghaften Enklaven — ein Bild, verworrener und zerfetzter noch als die berüchtigten Staatenkarten Deutschlands vom Ausgang des Mittelalters bis zum Zeitalter des großen Friedrich. Wer das ganze und das große Deutschland will, der muß von allen Rassenansprüchen an die deutsche Nation sich resolut abkehren.

2

Die Deutschen sind kein einheitliches Erzeugnis des „Blutes“, und es ist keine Stimme des Blutes,

die sie verbindet. Nie und nirgends, soweit unsere geschichtliche Übersicht reicht, sind „Völker“ Blut-sorten gewesen. Die geistig reichsten oder staatlich mächtigsten zu allerletzt. Nicht einmal die Juden, die man so gern dazu stempeln möchte, bilden eine Rasseneinheitlichkeit, weder Hellas noch Rom sowenig wie das Frankreich des Sonnenkönigs noch das Britannien der Gegenwart sind Exempel für eine Identität von Volkstum und Rasse, viel eher Gegenbeispiele. Man kann nun einwenden, daß es erlaubt sein müsse, zu schaffen, was noch nie war: neue geschichtlich bewegende Kräfte einzuführen und mit ihnen Geschichte anders zu machen, als sie jemals gemacht worden ist. Die Alten, so argumentiert man wohl, haben auch den Nationalstaat nicht gekannt und hätten ihn am Ende bekopfschüttelt; er sei erst ein halbes Jahrtausend in der Idee alt, und das Rassevolkstum bedeute weiter nichts als ein folgerechtes Weiterdenken auf der nationalistischen Linie. Mit diesem Gedanken muß man sich ernsthaft auseinandersetzen.

Vor dem Aufkommen der Nationalstaaten entstanden Völker auf mannigfache Weise, sehr oft durch Gewalt, die schließlich Gewohnheit und endlich Ethos ward, manchmal durch bloße Eroberungsgier, manchmal aus wirtschaftlichen Nöten, nicht so selten aus religiösem Enthusiasmus oder Fanatismus, und tausend Zufälligkeiten woben sich noch hinein. An der Genesis der romanischen Nationen in Europa läßt sich dieser Prozeß exemplarisch studieren. Sie aber eröffnen uns auch den besten Einblick in das Aufkommen und die Verwirklichung der Nationalstaatslehre. Denn die ist ja ihres Geistes; Niccolo Machiavelli ihr erster großer

Pionier. Es war die Sprachtochterschaft, die dabei als ein mächtiges Agens vom Schlage der völkischen Romantik wirkte: noch heute und gerade wieder heute nennen sich die romanischen Sprossen mit betonter Vorliebe nach der ehrwürdigen Mutter ihrer Idiome die „lateinischen“ Nationen. Der ganze neuzeitliche Nationalbegriff hat sich im Laufe seiner Entfaltung und Befestigung immer ausschließlicher auf die Sprachgemeinschaft zugespißt. Es ist die wirkliche Stimme der Rede und nicht die metaphorische und stumme des Blutes, welche die Völker zu Nationen umgeschaffen hat und als Nationen zusammenhält und sondert, verbündet und verfeindet.

Niemals führt diese Linie irgendwo zur Linie der Rasse hinüber. Diese weicht vielmehr von jener im rechten Winkel ab. Es gibt gewiß Zusammenhänge zwischen Rasse und Sprache, und wir werden sogleich von ihnen reden müssen. Aber sie sind weitab von einer Primitivität, die Idiom und Substanz, Wort und Blut auf einen Nenner bringen möchte. Nationale Assimilation ist heute in erster Linie nicht Konnubium, sondern — man gestatte — „Kolloquium“: die gleiche „Muttersprachlichkeit“. Keine der Nationen, die in den Friedensschlüssen von 1919 kraft ihres sogenannten Selbstbestimmungsrechtes Nationalstaaten oder -stättchen aufrichten durften, und keine der aufsichtführenden Instanzen hat nach Haarfarbe, Hautfarbe, Augenfarbe, Körperlänge und Schädelindex der national Vereinigten gefragt; jeder würde mit solcher Frage haben fürchten müssen, sich lächerlich zu machen. Wo man Minoritäten anderer Sprache in seine Grenzen zwang (und damit ja eigentlich den wahren Nationalstaat negierte) und wo

man nun „nationalisiert“, wie in Böhmen und Südtirol, dort hofft man doch nicht etwa durch Eugenik und mit Gestütmethode zum Ziele zu kommen, sondern, indem man die Sprache unterdrückt und zurückdrängt, die Sprache monopolisiert und aufnötigt. Dies sind fürchterliche Kämpfe, die nicht immer restlos in Sieg und Niederlage enden, aber Sieg und Niederlage liegen dabei immerhin im Bereich des möglichen. In Rassendingen treten sie außer diesen Bereich.

Denn der Rasse ist niemand Herr. Sie ist kein Gut, das angeeignet werden kann. Sie kommt, wie erblicher Besitz, von endlosen Stammbäumen her, deren Struktur undurchsichtig bleibt; gerade je mehr wir die Regeln der Vererbung erkennen, desto hoffnungsloser wird die Meinung, es lasse sich ein menschlicher Stammbaum als rasserein garantieren oder — züchten. Keine religiöse oder nationalsprachliche Verfolgung wäre so gewalttätig gewesen, wie eine sein müßte, welche die Reinheit der Rasse herstellen wollte, und keine so nutzlos, ein solcher Kampf gegen eine Hydra der immer wieder vordringenden erblichen Überraschungen. Und selbst wenn es glücken könnte, mit Blutbädern oder Kastrationsgesetzen die dunklen oder die kleinwüchsigen oder die rundköpfigen Menschen auszujäten und das reine Volkstum der Hochwüchsigen, Langköpfigen, Weißhäutigen, Blondhaarigen, Blauäugigen aufzurichten — was wollte man wider die jüngstens durch unantastbare Forscher der Gewißheit nahe gebrachte Wahrscheinlichkeit unternehmen, daß z. B. die Schädelform mit dem Ortswechsel sich verändert und die Dolichocephalen auf neuem Boden einfach brachycephal werden?

Hier zerbröckelt das ganze Rassedogma schon seit einem Jahrzehnt in der scharfen Luft neuer wissenschaftlicher Einsichten. Der Begriff der Rasse ist durchlöchert vom Begriff der Konstitution; der Tatbestand der Rasse wird fließend, indem er keine bloße Variante, sondern eine Variable der Art darstellt, variabel durch die Einflüsse der Umwelt. Die Elementarrassen Europas, deren Vierzahl eben für Lesebücher und Leitfäden reif geworden war, sind schon wieder gänzlich fragwürdig, mindestens zwei von ihnen. Die Dinarier, diese hochwüchsigen, langgliedrigen, kurzköpfigen, schwarzhaarigen und dunkeläugigen, aber hellhäutigen Menschen, deren Verbreitungskeil von Kleinasien über den Balkan die Adria lang und durch die Alpen hin bis an den Oberrhein reicht, sind gewiß nur eine Varietät oder Subvarietät der gemeinsamen mediterranen, „südländischen“ Rasse, ich selber scheue mich seit langem nicht, meine physiognomische Sammlung auf diesen Gesichtspunkt hin zu ordnen (und wann wäre man bedächtiger als beim Aufstellen der Systemprinzipien einer Sammlung!). Der vielberufene *Homo alpinus* aber, von dem heute soviel gelesenen und nachgeredeteten Hans Günther jüngst einer „ostischen“ Rasse an die Rockschoße gehängt, dieser mittelwüchsige, vierschrötig-feiste, oft dralle, kurzköpfige, hellhäutige, braunhaarige und braunäugige Mensch, ist am Ende überhaupt nur ein Konstitutionstyp, der in allen Rassen örtlich gebunden und damit örtlich mannigfach gehäuft vorkommt, vielleicht ein Typ der inneren Sekretion, vom SchilddrüSENSaFTwechsel geformt, eine Thyreomorphose, die selber wieder durch jene Umweltfaktoren, die den „Kropf“ bestimmen, erzeugt sein mag. Er wäre

dann völlig oder wesentlich zusammenfallend mit der „pyknischen“ Konstitution Kretschmers, dem „Dralling“ meiner Klassifikation, und (der kühnste Ausblick!) alles, was in die strumiformanten, die kropfmachenden Gegenden übersiedelt, hätte dann die Aussicht, pyknisiert, alpinisiert zu werden, wobei zu erinnern ist, daß zu solcher Prozedur das eine Material sich besser, das andere schlechter eignet, das eine plastotrop und das andere plastoxen ist, das eine formungswillig und das andere formungs-spröde. Für solche Umformungen im größten Maßstabe hat Franz Boas von der Newyorker Columbia-universität den Beweis erbracht; seine Untersuchungen über das Entstehen neuer Schädelproportionen in der ersten Nachkommengeneration aller Einwanderer Nordamerikas, sogar bei den Kindern, die noch in Europa empfangen und drüben entbunden sind, warfen das ganze Dogma von der unbedingten Starrheit der wesentlichen Rasseigenschaften über den Haufen. Wir merken nun etwas, wenn der in allen Tatbestandsdingen gewissenhafte Otto Ammon, der hochverdiente Schöpfer einer mustergültigen „Anthropologie der Badener“, dem so etwas in den Kram seiner sozialanthropologischen Doktrin gar nicht paßte, in sein Notizbuch schrieb, daß seltsamerweise in den badischen Bezirken mit gewissen Abweichungen des Schädelindex vom Durchschnitt auch die jüdischen Einwohner diese Abweichungen zeigten; und wir horchen willig auf, wenn der gewiß nicht phantasierende Eugen Fischer durch die Boas-befunde auch eigentümliche süddeutsche Rassetatsachen erhellt sieht, z. B. den extremen Kurzkopf der nordischen Menschen des Hochschwarzwaldes, die man ihrem Habitus nach, sooft man ihnen begegnet

(und dies ist um Donaueschingen herum auf Schritt und Tritt), als „blonde Dinarier“ ansprechen möchte.

Jedoch, was hat derlei mit einer politischen Prognose für Deutschland zu schaffen? Viel, viel. Man unterschätze es doch nicht, ein wie großer Teil der heutigen Jugend seine politische Einstellung mit Rassedogmatik unterpflastert, um so die vermeintliche Heerstraße zur Wiedergesundung und Wiedererhebung der Nation zu bauen! Und da es gerade die „intellektuelle“, die gebildete, ja besonders die studierende Jugend ist, in deren Köpfen die Rassephantasmen sich festgesetzt haben, so sollte man meinen, sie müsse belehrbar sein, wenn man sie an die Tatsachen heranzuführt und vom Nachsprechen zum Nachdenken bringt. Prognose ist immer ein Versuch, was wird oder werden mag, durch wissenschaftliche Untersuchung aller erreichbaren Bedingungen und Ursachen zu bestimmen. Es gibt keinen Punkt, an dem heute die Politik sich vermeintlich so sehr auf Wissenschaft stützt, wie im Rassenproblem. Hier Afterwissenschaft von echter Erkenntnis reinlich scheiden, heißt auch die prognostischen Möglichkeiten säubern und überhaupt das politische Feld reinigen helfen.

3

Aber man würde den Fehler nur umkehren, nicht ausmerzen, wollte man selber alle Rassigkeit im Aufbau des Volkstums leugnen. Volkstum, dies wundervolle Wort, das uns der barocke Turnvater Jahn geschaffen, soll die eigentümliche, fast geheimnisvolle Einheitlichkeit der äußerlichen und innerlichen Erscheinungsweise bezeichnen, die ein Volk im Unterschiede von anderen Völkern darbietet. Den Ver-

dichtungskern dieser Einheit bildet die Sprache, rechts und links von diesem Gemeinbesitz zerfließen die Gemeinsamkeiten des „Exterieurs“ und der „Mentalität“ bis ins nicht mehr Greifbare — dennoch zweifelt niemand daran, daß man im Auslande die Mehrzahl der Deutschen „auf den ersten Blick“ erkennt, auch ohne daß sie den Mund auf tun, und daß es bei aller kosmopolitischen Nivellierung auf den verschiedensten Daseinsgebieten einen spezifisch „deutschen Geist“, besser gesagt eine spezifisch deutsche Art anzuschauen, zu kombinieren, zu denken, zu folgern, zu urteilen, aber auch und erst recht zu fühlen, sich zu erregen, zu phantasieren, zu werten, gesinnt zu sein, sich einzustellen gibt. Gewiß durchkreuzen sich in diesen Dingen verschiedene Koordinatensysteme der Geistigkeit — jene deutsche Art zeigt sich an manchen sehr wichtigen Punkten der germanischen Art überhaupt verwandt, also der englischen näher als der französischen, an anderen auch wichtigen Punkten aber der europäischen Art zugehörig, also der französischen näher als der englischen. Dennoch ist sicher, daß die Verwandtschaft, die sich manchmal zwischen den Germanen und Romanen des Kontinents auftut, mehr eine intellektuelle, eine Wahlverwandtschaft durch Zivilisation ist, während die germanische Gemeinsamkeit in allen irrationalen Besitztümern der Seele durchaus überwiegt. Es gibt, bis heute wenigstens, kein „europäisches Volkstum“, aber es gibt eine Art „germanischen Volkstums“, an dem mit uns die Briten und Angelerikaner, die Vlamen, Holländer, Dänen, Schweden und Norweger teilhaben. Dies ist eine ungeheure Tatsache, die durch keine Karikierung ihres Gehaltes aus der Welt geschafft wird und

deren Schwergewicht sich um so mehr geltend machen wird, je gewisser wir in eine politische Periode der „Gesellschaft der Nationen“ eintreten. Man lerne diesen Satz auswendig, denn er ist politisch fundamental.

Woher aber kommt diese germanische Gemeinsamkeit, innerhalb deren das deutsche Volkstum dann sozusagen nur eine Schattierung, einen Farbenwert der einheitlichen Grundfärbung, einen Akkord innerhalb derselben Tonart darstellt? — Hier sind wir an einer der delikatesten, aber auch entscheidungsvollsten Untersuchungen im Rahmen unseres Themas.

„Germanisch“ ist ein philologischer, richtiger ein linguistischer Begriff, kein anthropologischer. Germanen nennen wir die Völker, welche eine Sprache der germanischen Sprachenfamilie reden, die selber wieder eine Sippe der größeren „indogermanischen“, arischen Sprachenfamilie ist. Auch „arisch“ ist also ein linguistischer Begriff. Schon Max Müller hat die anthropologische Umfälschung des Begriffes „arisch“ beißend ironisiert; das sei genau so, meinte er, als wolle man von einer brünetten Grammatik reden; man kann das vielfältig variieren und sagen, „germanisches Blut“ oder „deutsches Blut in den Adern“ sei genau so sinnvoll wie ein langschädliges Imperfektum oder eine hellhäutige Partizipialkonstruktion. Und dennoch, mit Witzen lacht man die Probleme nicht hinweg. Es ist richtig, daß „germanisch“ und „deutsch“ sprachliche Einteilungen sind, keine rassischen, aber nun steigt ja erst die Hauptfrage auf: daß diese Völker diese verwandten Sprachen reden, ist das nichts als eine historische Zufälligkeit, und ergibt sich ihre gesamte seelische Verwandtschaft

lediglich aus dem Reden verwandter Idiome, ist also die Sprache eine so ungeheure seelisch formende Macht, daß auch seelisch assimiliert wird, wer eine bestimmte Sprache annimmt — oder reden diese Völker verwandte Sprachen, weil sie von Haus aus seelisch, und das hieße dann psychophysisch, und das hieße biologisch, untereinander verwandt sind, sich näher stehen als jeder von ihnen einem der „romatischen“ oder „slawischen“ Völker steht? Es ist nichts Geringeres als die ungeheure Frage nach dem Wesen des Volkstums, die sich hier aufreckt, nach der Entstehung der Nationen, und wir dürfen ihr nicht ausweichen.

Historisch ist dies gewiß, daß viele „Germanen“, einzelne und Völkerschaften, nichtgermanische Sprachen angenommen und in nichtgermanisches Volkstum, lateinisches oder slawisches, eingeschmolzen worden sind. Dies geschah vor zweitausend Jahren und geschieht heute noch vor unseren Augen. Unbezweifelbar germanische Stämme, Langobarden, Vandalen, Goten, Franken u. a., haben geradezu ein wesentliches Element für die Entstehung der romanischen Völker gebildet, sind heute „Vollblut“-Italiener, -Spanier, -Franzosen. Nicht nur in der tschechischen Nation, sondern sogar in der nationalpolitischen Führung der tschechischen Nation wirken Männer, deren Großväter noch deutsch sprachen, nur deutsch sprachen, deutschen Sinnes und deutscher Sitte waren. Was hat das russische Reich an „deutschem Blut“ verschluckt und verdaut! Vom finnischen Ungarn kann man ähnliches aussagen. Umgekehrt sind viele französische Emigranten vortreffliche Deutsche geworden, zwei davon stehen im Vordergrund deutschsprachlicher Berühmtheit,

Chamisso und Fontane, auch Dubois-Reymond, der Gelehrte, war ein Meister in der Herrschaft über die deutsche Ausdrucksform. Aber vielleicht stutzen wir gerade hier. Die sprachliche „Meisterschaft“ Fontanes und Dubois-Reymonds, oft auch Chamissos (z. B. in seinen Terzinen) macht uns nicht vergessen, daß der Spürende in ihnen doch auch etwas Fremdes empfindet, ein überaus reizvoll, wertvoll, charmant Fremdes, eben die berühmte „romanische Note“, ähnlich wie bei den Brüdern Mann auch dem Nichteingeweihten etwas „Exotisches“ aufstößt, das bei Gottfried Keller und Wilhelm Raabe, bei Theodor Storm und Fritz Reuter nicht da ist. Wir machen einen Sprung nach Stockholm, stellen fest, daß die Importen der Bernadottezeit dort ebensogute „Schweden“ geworden sind wie die Autochthonen des Sverige — aber mitten unter diesen blondhaarigen, blauäugigen, weißhäutigen, hochwüchsigen Menschen sind viele von jenen als „südländische“ Exterieurs, zierlich, klein, schwarzhaarig und dunkeläugig, erkennbar. Und da fragen wir: ist Germanentum ein Etwas, das sich doch um einen entscheidenden Rassekern kristallisiert, sind die germanischen Ur- und Grundeigenschaften in diesem Rassekern mitbeschlossen, und ist alles, was hinzutrat, diesen rassisch fundierten Ur- und Grundeigenschaften nur mehr oder weniger vollkommen, mehr oder weniger glücklich „assimiliert“?

Ich glaube, daß man die Frage so stellen — und bejahen muß. Mit diesem Ja belauschen wir die geschichtliche Schöpferkraft im Innersten ihrer Werkstätte, sozusagen in ihrem Meisteratelier.

Heute ist die Buntrassigkeit der germanisch redenden Völker vor aller Augen. Dennoch läßt sich ein respektables Gebiet hoher Reinrassigkeit nicht verkennen. Ganz Skandinavien, am meisten Schweden, sodann Niederdeutschland“, nämlich Pommern, Mecklenburg, Schleswig und Holstein, Hannover, Westfalen, der Niederrhein, jedoch auch noch die Nordränder von Hessen, Provinz Sachsen, Brandenburg, weiter Holland und Vlämisch-Belgien — zeigen einen der bestcharakterisierten Rasstypen, den nordischen, in völliger Beherrschung des Volksbildes. Überall dort dominiert schon für den Eindruck, auch für den statistischen Nachweis, der hochgewachsene, blonde, blauäugige, weißhäutige und langschädelige Mensch. Die Alltagsprache läßt es sich nicht nehmen, diesen Menschentyp als „germanisch“ zu bezeichnen. Soweit Zeugnisse da sind und ihre Deutung möglich ist, waren die „germanischen“ Stämme, die in den Gesichtskreis des Altertums traten, dieses Wuchses, dieses Haares, dieser Augen- und Hautfarbe. Was damals germanisch hieß, mag rassenmäßig so einheitlich gewesen sein, wie das heutige Schweden es verhältnismäßig noch immer ist — daneben hat es wohl auch Massen nordischen Typs gegeben, die damals nicht den Namen „germanisch“ trugen, das geht uns hier nichts an; die heutige Wissenschaft neigt ja z. B. dahin, auch die Kelten für ein Volk nordischer Rassigkeit zu halten.

Es bleibt natürlich Hypothese — wie alles Vor- und Urgeschichtliche — aber die Hypothese ist immerhin gut begründet und stark einleuchtend, daß einmal einstens sich Rasse und Sprache im wesentlichen deckten. Immer und überall. Sollten

wir durch die Vermehrung der wissenschaftlichen Einsichten dahin geführt werden, die Rassen wirklich als irdische Standorts-Varietäten der Hominidenart zu deuten (zu welchem Radikalismus es heute noch zu früh ist), so wäre die sprachliche Differenzierung als eine bloße Korrelation zum Rasstyp erst recht verständlich. Wir müssen hier bedenken, daß die Sprachen einen natürlichen und einen zivilisatorischen Daseinsabschnitt durchlaufen. Der ganze Streit um Positivismus und Idealismus in der Sprachwissenschaft, um Sprache als Schöpfung oder Entwicklung löst sich in der Erkenntnis von jenem Nacheinander (das natürlich kein sauberes, restloses ist). Die Sprache ist zuerst psychophysisches Ausdrucksmittel und als solches in ihrer Entwicklung von wesentlich biologischen, auch umweltbiologischen (z. B. geo-psychophysischen) Modellierungsfaktoren mitbestimmt. Wie der gesamte Bewegungs- und Haltungshabitus des nordischen Menschen ein anderer ist als beim Meditteranen oder beim Mongolen oder beim Neger, so auch in den Sprachwerkzeugen, also in der Lautung; und wenn wir die Psychophysis als eine Einheit betrachten, in der alles korrelativ voneinander bedingt wird, so ist es selbstverständlich (und unverständlich wäre das Gegenteil!), daß andere Weisen der seelischen Elementarfunktion auf dem physischen Boden des nordischen Rasstyps sich auswirken als auf dem Boden des kleinen, dunklen, grazen Mittelmeermenschen oder des — sei er Rasse-, sei er Konstitutionstyp — feisten, mittelfarbigen, kurzköpfigen Homo alpinus. Lautlich wie seelisch wird also ursprünglich und durch den ganzen Zug der im wesentlichen natürlichen Entwicklung hin-

durch das Idiom eine Funktion der psychophysischen Rassigkeit sein.

Dies ändert sich, je mehr die Sprache Werkzeug der Zivilisation, logisches, ästhetisches, konventionelles Ausdrucksmittel wird. Nun greifen Moden, Willküren, Schöpfung der Dichter und Denker in wachsender Mitbestimmung ein. Äußerlich pflegt diese Wendung sich in dem Aufkommen der Schrift darzustellen. In ihren Fesseln erstarrt die Sprachnatur, an ihrem Spalier rankt die eigentliche Sprachkultur sich empor. Als Schriftsprache wird nun die Sprache zum eigentlichen Gefäß des Geistes. Selbstverständlich bleibt sie gewissen biologischen Wandlungen unterworfen, aber sie treten hinter den geistigen Determinanten immer mehr zurück — es ist übrigens dies nur ein Teilvorgang des allgemeineren Prozesses, durch den der Kulturmensch sich immer mehr aus der Naturgebundenheit entstrickt, um sich in immer verpflichtendere und bestimmendere geistige Bindungen einzuflechten. Primitivere Völker sind sicherlich in ihrer Wesensart vom Klima abhängiger als von der Staatsordnung — differenziertere ebenso sicher von der Staatsordnung abhängiger als vom Klima. Wenn wir aber beim Bilde des Gefäßes bleiben: ein Gefäß übt seinerseits sehr bestimmenden Einfluß auf seinen Inhalt. Man mag Champagner nicht aus Steinzeugtassen trinken, Dünnbier schmeckt nicht aus einem goldenen Pokal. Die Sprache, zunehmend vergeistigt, setzt dem in ihr Auszudrückenden seine Weite und seine Schranken, färbt seinen Gehalt und dosiert sein Aroma. In der Beschränkung, die sich daraus herleitet, zeigt sich sogar der Meister! Virtuose Technik mag episodisch eine Nationalsprache zu Leistungen zwin-

gen, die ihrem Geiste wesensfremd sind, wie etwa Schiller dem Deutschen ein unerhört geistreiches Pathos abrang — Goethes ewigere Größe (man wird mir unverdächtigem Zeugen, einem unbeirraren Schiller-Enthusiasten, diese Anmerkung desto eher gestatten) wurzelt gerade auch darin, daß er allen Reichtum der deutschen Sprache ausschöpfte, aber nur den, und selbst ihre Ungelenkheiten und Schwerfälligkeiten naiv in Erscheinung bleiben ließ. Nicht nur um seiner entlegeneren Welt, auch um der Sprache willen kann noch so vollkommen verdeutschter Dante den Deutschen niemals werden, was selbst unvollkommen verdeutschter Shakespeare ihnen ward. Es gibt keinen Franzosen, der bei uns die Chance haben könnte, in der besten Übersetzung wahrhaft volkstümlich zu werden, wie Dickens oder der Lederstrumpferzähler, nicht einmal Jules Verne.

Damit wird die Sprache eines Volkes zu einer unerhört verbindenden und angleichenden, verschmelzenden Kraft. Wer die Sprache redet, lebt den Geist, dessen Gefäß sie ist; desto vollkommener, je ausschließlicher er sie redet. Der ganze moderne Nationalbegriff ist denn auch auf die Sprachgemeinschaft gestellt. Tscheche ist, wer das Tschechische als seine „Muttersprache“ spricht, nicht wer ein „böhmisches“ Gesicht hat (womit gewisse Varianten des alpinen Typs im alten Österreich gern charakterisiert wurden) oder wessen Vorfahren im Lager von Tabor gestanden sind. Die „germanischen“, lies nordischen Volksmassen Nordfrankreichs, groß, blond, blauäugig, langschädelig, sind so perfekte Franzosen (und manchmal fanatischere) als irgendein kleiner, graziler, schwarzhaariger und dunkel-samtäugiger Provençale oder Gascogner. Die Union

der Vereinigten Staaten von Nordamerika, noch immer vor unsern Augen im Werden und Wachsen, ist das grandioseste Beispiel dafür, wie eine reine Umgangssprache, stark auf Utilität und Konvention zugeschnitten, fast ohne „Literatur“, das bunteste Rassengemisch der alten Welt in ihrem Schmelztiegel zur nationalen Einheit legieren kann.

Aber damit ist nicht aller Rasseneinfluß abgestorben. Dies zu folgern wäre ein schwerer Irrtum. Es gibt dumpfe, triebhafte, leidenschaftliche, stimmungsmäßige Kräfte im Menschen, die auch bei stärkster Bändigung durch Konvention, Erziehung, Mode, Suggestion, Selbstzucht am Leben bleiben, wenn sie auch unter der Decke versteckt sind, und plötzlich hervorbrechen können, gerade in politischen, die Massen erregenden und fortreißenden Situationen. Diese Kräfte sind immer an das physische Substrat der Menschenseele sehr eng gebunden, sie sind unwandelbar anders im hochwüchsigen, blonden, blauäugigen, weißhäutigen als im drallen, mittelwüchsigen, mittelfarbigen, mittelköpfigen und als im zierlichen, kleinen, schwarzhaarigen, dunkeläugigen Menschen. Die starke mediterrane Einwanderung in die Vereinigten Staaten, besonders die süd- und südosteuropäische, verschiebt sicherlich auf die Dauer, zumal bei der Dominanz wichtiger Merkmale dieses Typus im Vererbungsvorgang, den Gesamthabitus der angelamerikanischen Nation nicht bloß im Exterieur, sondern auch seelisch, emotional und charakterlich. Daran ist nicht zu zweifeln. Näher liegt uns der entsprechende Prozeß, der einst unser heutiges Deutschtum aufgebaut hat.

Dieser Prozeß ist ein sehr eigenartiges Hin und Her zwischen Rasse und Sprache, anders ausgedrückt zwischen Blut und Geist, zwischen Menschennatur und Massengewohnheit.

Deutsch heißt heute, was Deutsch spricht, und unter Deutschtum, deutschem Volk begreifen wir die Totalität des deutschen Sprachgebietes, wobei wir das geschlossene deutsche Sprachgebiet Deutschland im weiteren Sinne (im „natürlichen“ Sinne) zu nennen pflegen. Die Deutschen sind aus den Westgermanen entstanden, deren kompakte Masse ursprünglich, d. h. nach Christi Geburt und bis zur Völkerwanderung, zwischen Nordsee, Main, Rhein und Elbe saß, aber in dieser ganzen Zeitspanne ständig nach dem Süden vorwärtsdrängte. Alles spricht dafür, daß diese westgermanische Masse ziemlich vollständig der nordischen Rasse zugehörte, vielleicht mit einem mäßigen Einschub der Alpinustypen (die ja eben vielleicht bloß eine bei allen Rassen der Erde vorkommende Konstitutionsabart sind). Man mag sich vorstellen, daß jene Westgermanen etwa den heutigen Dänen und Schweden im Exterieur glichen. Angesehene Germanisten nehmen an, daß diese Masse niederdeutsche Mundarten redet und daß die oberdeutschen Mundarten erst beim Vordringen nach Süden entstehen, indem die Niederdeutschen auf Kelten stoßen, die aber selber trakisierte Rätier sind, und an ihnen, den Unterworfenen, ihre Sprache sich umfärbt. Sicher ist noch für den Anblick von heute, daß das ganze als niederdeutsch bezeichnete Sprachgebiet zwar jetzt alles andere als reinrassig nordisch ist, aber doch den nordischen Rassetyp durchaus in der Vorherrschaft

zeigt, während das oberdeutsche Sprachgebiet (Mittel- und Süddeutschland, Deutschösterreich) völlig buntrassig erscheint — hier wimmeln nordische, alpine, „dinarische“, mittelmeeerische Typen samt allen ihren Gemischen durcheinander, der „alpine“ Drallingsmensch dominiert über weite Gelände hin so unbedingt wie in Niederdeutschland der nordische Mensch.

Nun sind aber die niederdeutschen Völkerschaften um die Mitte des zweiten Jahrtausends n. Chr. herum ihrer ursprünglichen Sprache verlustig gegangen und haben die siegreiche mitteldeutsche („meißnerische“) Variante des Oberdeutschen als „Hochdeutsch“ angenommen. Es ist einer der größten Siege, den eine Schriftsprache als Gefäß geistiger Güter über alle natürliche Sprachgewohnheit davongetragen hat. Nach andern Vorbereitungen, die auf reichspolitischem und kaiserkanzleilichem Gebiete lagen, hat die Reformation diesen Sieg entschieden: das geschlossen evangelisierte Deutschland nahm rapide die Sprache der lutherischen Bibelübersetzung an (schon am Anfang des 17. Jahrhunderts stirbt das Drucken niederdeutscher Bibeln gänzlich aus), und die weitere Konzentration des deutschen Geisteslebens in Mitteldeutschland — in Leipzig, Weimar, Jena — befestigte den Sieg endgültig. Ganz Deutschland sprach und schrieb fortan in wachsender Einheitlichkeit und Ausschließlichkeit ein Idiom, das auf dem Boden recht wenig „nordischer“ Rassenmischung gewachsen war. Die Sprache der „blonden Deutschen“, als solche nur im „Platt“ noch fortvegetierend, als solche den nordgermanischen und angelfriesischen Idiomen näherbleibend, war unterlegen. „Deutsch“ war die

Sprache jener Gebiete geworden, in denen die kleinwüchsigen, braunhaarigen Rundköpfe der alpinen Erscheinungsform mindestens vorherrschten. Dichterische Wiederbelebungen, wie die von Fritz Reuter versuchte, haben bei aller Popularität den großen, längst entschiedenen Prozeß nicht mehr zu revidieren vermocht. Auch im eigentlichsten Niederdeutschland, an der Wasserkante, vom weiten „Norddeutschland“ der Tiefebene gar nicht zu reden, befindet sich selbst der mündliche Gebrauch des Niederdeutschen bei den schlichten Volksmassen im unaufhaltsamen Rückgange. Das Emporkommen Preußens, dessen Hauptstadt Berlin an der Ausrottung der niederdeutschen Volkssprache und der Aufrichtung der hochdeutschen Vorherrschaft einen gerüttelten Anteil hat, beschleunigte, vertiefte und befestigte nur, was die Reformation entschieden hatte.

Sprachlich nämlich! Aber indem das große niederdeutsche Tiefland, von den kleinen Exklaven Oldenburgs, Mecklenburgs, der Hansastädte, Braunschweigs abgesehen, zu dem preußischen Großstaat zusammengeschweißt ward, trat nun seelisch doch ein rückläufiger Prozeß ein. Die norddeutsche Hegemonie, die mit der preußischen sich durchsetzte, machte sich auf allen möglichen Lebensgebieten, übrigens auch sprachlich, geltend. Das Hochdeutsch der Norddeutschen empfing davon Tempo, Akzent, Timbre, Melodik, Rhythmus; es bekam jenen nüchternen, frostigen, schneidenden, scharfen Wesenszug, der es vom ursprünglichen thüringisch-sächsischen Charakter weit entfernte, und in dieser Prägung drang es südlich vor, zunächst in die Oberschichten der Nation — in der Vorkriegszeit war diese „Verpreußung“ des Redens in den Groß-

städten der oberdeutschen Grenzgebiete, in Köln, Frankfurt, Cassel, Erfurt, Halle, Leipzig, Breslau allgemein merklich, sie ergriff längst die Kreise der Angestellten und des Mittelbeamtentums, namentlich die heranwachsende Generation — alles, was sich einer „feinen“ Sprache befleißigte. Es war nur ein Zug im Bilde der um sich greifenden preußischen „Mentalität“. Manche Seiten dieser Wesensart waren wirklich preußisch, nämlich aus den Eigentümlichkeiten dieses Staatswesens, seines Militärs und seiner Bureaukratie herstammend. Andere aber waren durchaus „norddeutsch“, niederdeutsch, nämlich die nüchternere, herbere Betrachtung der Dinge, der Mangel an Phantasie, die Geradlinigkeit des Gesinntseins und Wollens, auch des Wirkens und Handelns, die Sprödigkeit und Knappheit der Gefühlsäußerung. Es ist gar kein Zweifel, daß es sich hier um psychophysische, um biologische Eigenschaften des nordischen Menschen schlechthin handelt.

Mir will scheinen, daß diese Bewegung durchaus noch fort dauert, und es ist gewiß, daß sie durch die stärkere Aktivität und die stärkere Fruchtbarkeit Norddeutschlands, namentlich gegenüber dem alten Südwesten Deutschlands, nicht unwesentlich unterstützt wird. Widerspenstige Wellenkräuselungen, wie sie in einzelnen Sparten der Jugendbewegung zutage traten, ändern an der großen Stromrichtung nichts. Es wäre nun natürlich abwegig, was sich da vollzieht, in die Formel eines neuen Siegeszugs des „urgermanischen“ Menschen pressen zu wollen. Die Völkischen selber, die es gerne tun, tragen nirgends Bedenken, sich von Menschen alpinen, dinarischen, mediterranen oder bis zur Unklassifizierbarkeit gemengselten Exterieurs führen zu lassen, und in

Norddeutschland sind die Kurzköpfigen und Braunhaarigen, die Mittelgroßen und Dunkeläugigen nicht weniger „norddeutsch“ (im Sinne der vorhin geschilderten Wesensart) wie die rein nordischen, die blonden, hochwüchsigen, blauäugigen, weißhäutigen und langschädelligen Exemplare. Aber darin zeigt sich freilich nur die Macht der Assimilation, welche überall die Sassen, die in kompakter Masse da sind, auf die Zusiedelnden ausüben. Auch der Jude (von dem noch zu handeln sein wird und der, anthropologisch genommen, vom nordischen Menschen etwa in derselben Distanz absteht wie der echt mediterrane Typ, den das Moseltal und die Alpenortschaften an den alten Heerstraßen reichlich aufweisen) — auch der Jude ist andern Auftretens und in mancher Hinsicht auch anderer Mentalität, je nachdem er seit Generationen in Hamburg, in Breslau, in Frankfurt oder in Wien sitzt. Wer kennt nicht Berliner Juden, deren Sprechweise es an Schärfe und Schneidigkeit, an Befehlston und Frostigkeit mit dem preußischen Offiziersjargon aufnimmt, und wer nicht solche in Frankfurt oder München, die an Behäbigkeit und Behaglichkeit der einheimischen Bevölkerung nicht das mindeste nachgeben?

Dieser ganze, gegenüber dem oberdeutschen Sprachsieg rückläufige Prozeß einer stärkeren Vernorddeutschung, und das heißt zu einem guten Stück Nordisierung Deutschlands, dieser Prozeß einer neuen Vorherrschaft von Grundeigenschaften der nordischen Rasse über die Grundeigenschaften der mittel-süddeutschen Rassengemische — ist nicht etwa ein historisch-biologisches Mysterium. Er ist ebensowenig eine Frucht der rassenpolitischen

Propaganda, die, an Graf Gobineaus Doktrinen anknüpfend, bei uns durch H. St. Chamberlain am meisten in die Breite geführt wurde, noch gar der jüngsten völkisch-politischen Agitation. Vielmehr müssen wir seine Erklärung in der völligen Schicksalswendung suchen, die Deutschland in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht durch die nationale Einigung und die Umwandlung aus einem dünnbevölkerten Agrarland in ein dichtbevölkertes, stellenweise zwar noch unter-, anderwärts aber doch schon fast übervölkertes Industriereich vollzogen hat. Diese Wendung mußte zu einem verstärkten Bedarf, man möchte sagen zu einer unbewußten Nachfrage nach jenen Qualitäten der Wesensart führen, die der nordische Typ am reinsten und exklusivsten darbietet. Staat und Wirtschaft, beide sehr rasch erwachsen, fast über Nacht „gemacht“, darum beide sehr stark auf straffe, äußerliche Organisationsformen gestellt und angewiesen, stellten nunmehr an Stelle von Glaube, Dichtung, Philosophie, Musik und Forschung die großen öffentlichen Probleme der Deutschen über dem Alltagsdasein des Spießertums dar. Nüchternheit, Beständigkeit, Kürze, Knappheit, Klarheit, Diszipliniiertheit, Kühle, Leidenschaftslosigkeit, Unsentimentalität wurden gebraucht und machten das Rennen. Der Weizen der hochgewachsenen blonden Langköpfe des norddeutschen Tieflandes blühte — die zu Poesie und Musik, zu religiösen und philosophischen Schöpfungen verhältnismäßig wenig Schöpferisches und Kontinuierliches beigesteuert hatten. *Frisia non cantat. Laborat et imperat.*

Hat man dies erkannt, so muß man es freilich einen wahren Segen nennen, daß nicht die ganze Nation langschädelig, blondhaarig, blauäugig, weißhäutig und hochwüchsig ist. Die Fülle unseres Volkstums, der Reichtum seiner Schöpfungen, aber auch der Reichtum seiner Möglichkeiten liegt in der deutschen Buntrassigkeit beschlossen. Der Reichtum seiner Möglichkeiten! Die großartig herbe und starre Monotonie des norddeutschen Tieflandes und seiner blonden Rasse hat bis heute nur einen sehr bescheidenen, sehr umschriebenen Anteil an dem überwältigend reichen Werdegang und Wandel, den wir deutsche Geschichte nennen. Wäre dies niederdeutsche Land nicht geistig so primitiv gewesen, als Oberdeutschland schon das bunte Märchen seines Mittelalters zu Ende träumte, niemals hätte es sprachlich innerhalb eines Jahrhunderts dem Hochdeutsch unterliegen können. Es war zu einem entscheidenden Teil die bewegliche Geschmeidigkeit Mitteldeutschlands, die das zerschlagene und fast ausgerottete deutsche Volk sich aus der Wüste der dreißigjährigen Kriege wieder emporarbeiten ließ, so daß es ein Jahrhundert nach Münster und Osnabrück die größte schöpferische Leistung vollbringen konnte, die einem materiell armen Volke auf Erden überhaupt jemals beschieden gewesen ist, und die größte schöpferische Leistung des deutschen Genius und seiner ganzen Geschichte: die Gipfelperiode deutscher Dichtung, Musik und Philosophie. Wer, einem gequälten Irren gleich, immerfort die Stimmen des Blutes ihren Wahn ins Ohr schreien hört, der mag sich einen paranoiischen Spaß daraus machen, auch in diesem Gewimmel von Genien die

langschädeligen und blondhaarigen auszuzählen und womöglich aufzustöbern, ob Goethes mangelhafter Patriotismus nicht am Ende doch jüdischen Einschusses von den Lindheimers her gewesen sei. Schiller, der die deutsche Sprache am kühnsten und erstaunlichsten zur Hergabe „welscher“ Qualitäten, von Esprit und Deklamation, gezwungen hat, war wohl ein nordischer Mensch, aber Kant und Lessing und Beethoven waren gewiß keine, später sind Adolf Menzel und Richard Wagner sicherlich keine, und auch Friedrich dem Großen vermag die gerade und spitze Nase mit den blauen Augen allein die nordische Reintypigkeit nicht zu retten. Was wollen Auszählungen in solchen Fragen beweisen? Kommt es in der führenden Schicht einer Nation auf arithmetische Prozentsätze an? Wenn man wirklich drei Viertel der Oberklasse als dolichokephal und was weiß ich sonst noch befindet — wer sagt mir, daß die irrationalen Werte des entscheidend Schöpferischen nicht gerade beim meso- oder brachykephalen Einviertel liegen? Und wer den großen Schauplätzen der mitteldeutschen Geisteskultur im 18. Jahrhundert das „niederdeutsche“ Brandenburg-Preußen als den eigentlichen Träger der aufwärts führenden politischen Entwicklung Deutschlands gegenüberstellt — wie widerlegt er mir, daß es ja wahrlich nicht das blonde Landvolk der Mark und Pommerns war, das diesen Aufstieg schuf, sondern eine aus Oberdeutschland stammende, international vermischte Dynastie, deren größte Figur mit dem innersten Herzen am welschen Wesen hing, eine Hauptstadt, in der bewegliche Tüchtigkeit sich aus unentwirrbarem Einwanderergemisch, Pollacken und Hugenotten, Wenden und Juden, legierte, und jene Provinz Schlesien, mit deren

Angliederung erst die große Geschichte Preußen-Deutschlands beginnt, ein höchst unnordisches, von Franken und Thüringern auf slawischer Basis kolonisiertes Land, in dem der alpine Mensch, die „ostische“ Rasse, die kompakte Masse der Bevölkerung ausmacht.

Es ist gut, nicht darüber hinwegzublicken, daß im Vordringen jenes norddeutschen Menschentums, das die beiden letzten Menschenalter deutscher Entwicklung kennzeichnet, durchaus auch nordische Rassequalitäten mitbestimmend waren, für welche nunmehr die historische Stunde wieder einmal schlug. Es ist besser, eingedenk zu bleiben, daß Rassequalitäten immer einseitige Beschaffenheiten sind, denen das Geschick einer großen Nation, vielformig und vielfarbig wie es ist, nicht allein überantwortet werden kann. Der nordische Mensch ist ja wahrhaftig im deutschen Volkstum so massenhaft vorhanden, daß jede geschichtliche Sendung, die ihn braucht, ihn finden und an seinesgleichen nicht Mangel leiden wird. Ihn „eugenisch“ zu züchten (wenn es überhaupt möglich ist), wäre national fragwürdig — und wäre nationale Gefahr, wenn hinter der biologischen Züchtung die soziologische Prämiierung sich versteckte, die Erfüllung mit dem Dünkel, daß dieser Typus schlechthin etwas Wertvolleres sei als alle andern, daß er „Deutschtum“ im potenzierten Sinne vorstelle und daß man ihn gemäß solcher Wertung zu behandeln habe. Dann müßte man entgegenen, daß der Schwerpunkt deutscher Geschichte und deutscher Kultur, deutscher Staatsordnung und deutscher Geistesschöpfung zwar mannigfach und unruhvoll gewandert sei, aber niemals in Hannover oder Stettin, in Münster oder Bremen, will heißen in den Eldoraden der nordi-

schen Rasse geruht habe. Nicht einmal das burleske Heiratsverbot der heutigen Burschenschaft weist dem blonden Weibe eine Vorzugsstellung an, sondern schließt nur das farbige und — jüdische aus, wonach es denn kommen mag, daß ein wackerer Teutone oder Armine sich zu Hamburg mit einer schönen Südamerikanerin verlobt, deren schmale Hände schon, mit Felix v. Luschan zu reden, im Kenner den Verdacht wachrufen, daß in diesen Stamm-
baum einmal Negerblut eingetropft und zu einem höchst wirksamen Ferment besonderer Schönheitswerte geworden sei . . .

Nein — das Große der deutschen Geschichte kann nie und nirgends mit Meßplatten oder Tasterzirkeln, mit Blond- oder Blauproben normiert werden. Die Deutschen sind zerspalten genug — es wird noch genug davon zu reden sein —, als daß sie sich auch noch die neue Zerreißung durch eine schizophrene Stimme des Blutes leisten dürften. Wir wissen nicht, ob die Schwarzen und die Gelben, gäbe man das Konnubium frei, für die Nation der Vereinigten Staaten wirklich eine Rassegefahr wären, ob Bastardierung biologische Entartung, und das heißt psychophysische bedeutet, oder ob diese bloß soziologisch, durch die heutige miserable Lage der Mullen und Mischlinge überhaupt vorgetäuscht wird. Diese Dinge sind ja wissenschaftlich noch gar nicht spruchreif. Deutschland aber, in seiner oft beklagten und hierin nun freilich beneidenswerten Lage der europäischen Mitte, ist von keinerlei Rassengefahr bedroht. Es wird von all den Elementen und Komplexen anthropologischer Art umgeben, aus denen es selber besteht. Es braucht sich über Körperlängen, Schädelmaße, Haar-, Augen- und Hautfarben gar

keine Gedanken zu machen. Wir sind in der glücklichen Situation, diese Probleme rein wissenschaftlich, ohne Soupçon und Ressentiment irgendeines völkischen Wollens oder Nichtwollens, zu bearbeiten. Dazu gehört, daß man sich auch Rechenschaft darüber gebe, wo und wie Rassenqualitäten im deutschen Wesen und seinen Auswirkungen zur Geltung gelangt sind. Wissenschaft aber hat nicht zu deuten, nur zu erkennen — festzustellen und zu erklären. Wahrhaft völkisch fühlt, wer sein ganzes Volk, mit seinem Licht und seinem Schatten, mit seinen Tugenden und seinen Schwächen, in Liebe und Hingabe umfängt, weil er sich als Glied dieses Volkes weiß und will. Es ist Gegenteil alles Völkischen, ganze Teile seines Volkes zu deklassieren, weil ihre Beschaffenheit in den politischen Kram, dem man sich verschrieben hat, nicht hineinpassen will — und es ist Tempelschändung des Geistes, solche Laune und solchen Dünkel mit den Phantasieprodukten einer Afterwissenschaft zu nähren, die von der wirklich wissenschaftlichen Anthropologie schon darum zur Ordnung gerufen werden sollte, weil sie mit ihrem Treiben den Begriff des Menschen entstellt, mit dem alles echte und gewissenhafte anthropologische Suchen und Forschen es zu schaffen hat.

7

Aber es gibt ein ungeheures völkisches Problem im deutschen Volkstum — und das ist nicht die Frage nach der Rasse in diesem Volkstum, sondern die Tatsache und das Rätsel seiner Stämme.

Der Stamm wird von den Deutschen, und heute mehr denn je, fast wie eine magische Beschwörungsformel für die höchsten nationalen Eigenwerte be-

handelt. Er vertritt etwa die Stelle der „Rasse“, wie die Romanen und namentlich die Franzosen sie auslegen, wenn sie vom Genius ihrer, vom Genius der „lateinischen Rasse“ sprechen. Dies geschieht abseits aller anthropologischen Rassedefinitionen — die lateinischen Nationen von heute sind, die französische zumeist, so buntrassig wie wir Deutschen. Diese ganze „lateinische Rasse“ ist weltgeschichtliche Promenadenmischung, aus allem Kreuz- und Quergewimmel der Völkerwanderung und der späteren europäischen Unruhezeiten bastardiert. Am Altar des Stammes wird in Deutschland, und auch im offiziellsten und heutigsten, oft ebenso bedenkenlos geopfert. „Truppen aller deutschen Stämme“ so hub der erste große Siegesbericht, der lothringische, im August 1914 an, gleich als ob die Kontingente etwas mit der Stammesgliederung der Deutschen zu schaffen gehabt hätten! „Einig in seinen Stämmen“ habe das deutsche Volk sich die Reichsverfassung von Weimar gegeben, behauptet deren feierliche Präambel, gleich als ob man die Stämme über diese Konstitution in differentieller Abstimmung befragt, gleich als ob die Nationalversammlung von Weimar nach stammesregionalen Bezirkseinteilungen gewählt worden wäre! In Wahrheit waren dort wie hier die Bundesstaaten (nunmehr „Länder“) gemeint, deren Mission oder mindestens Effekt gerade darin bestanden hat, Stämme auseinanderzureißen und zusammenzuschweißen, Stammesbande zu lösen und Brücken von Stammesteil zu Stammesteil zu schlagen. Wer heute ein Deutsches Reich als eine Föderation der Stämme aufrichten wollte, müßte alle bisherige deutsche Einzelstaaterei und Provinzeinteilung zertrümmern. Schlesier und

Pommern sind kein Stamm, Stämme wie die Niedersachsen und die Franken wohnen über ein halbes Dutzend deutscher Staatsgebilde zerstreut, die Alemannen verteilen sich heute außer auf drei süddeutsche Länder (Baden, Württemberg, Bayern) noch auf drei Staaten außerhalb des Reiches (die Schweiz, Österreich — durch Vorarlberg — und Frankreich — durchs Elsaß). Auch die neuföderativen Bestrebungen denken gar nicht daran, die Geschlossenheit eines Stammes in regionaler Autonomie herzustellen: ein Rheinstaat bestände wohl so gut wie ausschließlich aus Franken, aber doch nur aus kaum der Hälfte aller Franken, von einem autonomen Hannover gälte das Nämliche in bezug auf seine Niedersachsen. Das Land Bayern beherbergt drei Stämme, Thüringen mindestens zwei, Baden zwei, Preußen zwei und zahllose Mischmasche; Badens Bedeutung hat nicht zum wenigsten darin gelegen, daß es Teile der beiden an Sinnesart gegensätzlichsten Stämme, die Deutschland kennt, des fränkisch-(pfälzischen) und des alemannisch-(schwäbischen), zu einem Staatsganzen verband und zum Erlebnis einer staatlichen Gemeinheimat erzog.

Darin aber lag überhaupt eine wesentliche Wirkung der erbfürstlichen deutschen Einzelstaaterei — eine Wirkung, die wir deshalb, obwohl sie gänzlich unbezweckt war, eine Mission nennen dürfen: geschichtliche Sendungen sind ja sehr oft denen nicht bewußt, die sie vollziehen. Denn die Gliederung in Stämme ist keine so unbedingt herrliche Elementartatsache des deutschen Volkslebens, wie die konventionelle und offizielle Phraseologie es vortäuscht. Jene Verfassungsfloskel „Einig in seinen Stämmen“ ist eine der frömmsten Lügen des deutschen Natio-

nalpathos. Nie waren die Deutschen in ihren Stämmen einig, nie waren sie uneiniger, als wenn ihre Stämme sich auf sich besannen und auf sich zurückzogen. Und wer 1918 das entfürstete Reich wirklich hätte zerschlagen wollen, der würde sich an den Versuch gemacht haben, seine Einzelstaaten zu beseitigen und anstatt eines geschlossenen Einheitsstaates eine Föderation nach Stammesgrenzen abgeteilter deutscher Stämme aufzurichten. Das wäre der Anfang vom raschen Ende — zum Glück ist es gar nicht mehr möglich, weil einzelne Stämme so verzettelt sind (wie die Franken) und andere so vermengt (wie die Kolonialstämme Ostelbiens), daß die Gliederung nach Stämmen eine Quadratur des Zirkels darstellt.

Dennoch existieren die Stämme. Sie reden ihre Mundarten, und ich selber widme seit geraumer Zeit einen wesentlichen Teil meiner wissenschaftlichen Arbeit dem Erweis, daß sie sich auch in ihrem Exterieur, nämlich in ihrer Physiognomie, voneinander unterscheiden lassen. Sie verleihen durch die verschiedene Wesensart, die ihnen eignet, den Ländern, in denen sie wohnen, ihr besonderes Gepräge, sie vor allem erhalten die geistige Buntfarbigkeit deutschen Lebens nicht bloß im Reiche als Ganzem, sondern selbst in seinen einzelnen Gliedern. Der Zauber eines Ländchens wie Baden liegt nicht zum wenigsten in dem Nebeneinander der fröhlichen, regsamen, ein wenig unbeständigen und oft streitlustigen fränkischen „Pfälzer“ seines Unterlandes und der schwerblütigen, undurchsichtigen, innerlich reichen und gediegenen Alemannen seines Oberlandes. Die Dezentralität Deutschlands, kulturell ohne Zweifel seine Stärke und seine Fülle aus-

machend, war keineswegs bloß in der staatspolitischen Eigenbrödelei seiner mittleren, kleinen und winzigsten Erbfürsten begründet, sondern war und ist es ebensosehr in der instinktiven Abneigung der Stämme, etwas Wesentliches an Eigenart zugunsten irgendeiner Zentralisation aufzugeben. Die Stämme, sich selber überlassen, hätten das politische Zentrifugium bis zu seinen destruktivsten Konsequenzen getrieben — sie erhielten das geistige Zentrifugium bis in seine höchste Produktivität hinein. Es ist das Verdienst der Stämme, wenn in keinem zweiten Reich der Welt die „Provinz“ so wenig provinziell, so eigenartig, so originell, so hochstehend und schöpferisch geblieben ist wie in Deutschland. Was darüber politisch verloren ging (es ist viel), wird in anderem Zusammenhange zu erörtern sein.

Daß aber die Stämme überhaupt noch bestehen, ist eine der überraschendsten Tatsachen, die ein Volksleben aufzuweisen vermag. Wir nehmen einen historischen Atlas und blättern in ihm! Da finden wir um etwa das Jahr 1000 all die alten Germanenstämme verschwunden, die den großen Namen der Völkerwanderung begründen und an denen wir Halbwüchsigen die erste nationale Romantik eingesogen haben. Ostgoten und Westgoten, Vandalen und Burgunder und Langobarden existieren nicht mehr. Jedoch zwischen Rhein und Elbe sitzen unverrückt, größtenteils schon seit 500, endgültig etwa seit 900 (die Zülpicher Schlacht, welche die Grenze zwischen Franken und Alemannen fixierte, war vermutlich um 496), und sitzen nun durch anderthalb-, mindestens durch ein Jahrtausend hindurch die Stämme der Bayern und Alemannen, der Franken, Thüringer und Sachsen („Niedersachsen“). Über sie geht das

Mittelalter mit seinen Kreuzzügen, geht die Reformation und die Gegenreformation und der Dreißigjährige Krieg, gehen die napoleonischen Kriege mit ihrer Atomisierung des Reiches, geht die ganze ungeheure wirtschaftliche Binnenwanderung des zur Freizügigkeit erwachten, von der modernen Verkehrstechnik durchschnittenen und durchrasten 19. Jahrhunderts hin. In Deutschland wachsen neben einer Weltstadt fünfzig Großstädte heran, schießen ungeheure Industriegebiete auf, in denen sich die menschlichen Siedlungen während eines Menschenalters an Einwohnerzahl verfünffachen, ja verzehnfachen. Die deutschen Stämme bleiben von alledem unangefochten, die Grenzen ihrer Mund- und Wesensart verwischen und verschieben sich nicht. Der Staat hat ihnen so wenig etwas an wie die Wirtschaft. Köln und Hagen sind preußisch, Mannheim und Freiburg sind badisch, Nürnberg und München gar bayerisch, aber Köln bleibt fränkisch wie Hagen niedersächsisch, Mannheim so unantastbar pfälzisch wie Freiburg alemannisch, Nürnberg so fränkisch wie München bajuvarisch. Gerade für das Eigenleben der deutschen Städte, das seit etwa einem Menschenalter in eine ganz neue Epoche seiner Entfaltung und Bedeutung eingetreten ist, wird der Stammescharakter von wesentlichem Einfluß.

Wie wurde das möglich?

8

Wir stehen hier vor der ungeheuersten konservativen Lebensstatsache, die das deutsche Volkstum kennt. Wer da war, ist der Stärkere. Er zwingt dem Ankömmling, selbst wo der höchst anspruchsvoll und obernd auf den Plan tritt, unmerklich zwar, aber eben

darum so unheimlich sicher und unentrinnbar seine Sprechweise, seine Wesensart, sein Sich-Halten und Sich-Geben auf. Schon in der ersten Nachkommenschaft (der ersten Filialgeneration, wie es die Vererbungswissenschaft nennt), ist die Angleichung meistens unwiderruflich. Das Kind bedeutet Wachs gegenüber seiner öffentlichen Umwelt. Mindestens als Halbmundart, als Akzent, Satzmelodie, Sprechtempo, in Betonung und Rhythmisierung, wird die Mundart der Heimsassen angenommen. Selbst ein bewußt dagegen geführter Kampf des Hauses ist ohnmächtig; wie viele Niederlagen haben wir diesen Kampf in entschlossenen Offiziers-, Professoren-, Beamtenfamilien erleben sehen! Und mit dem Sieg des bodenständigen Idioms ist der Sieg der bodenständigen Art entschieden.

Denn das Sprechen ist ja nur eine Form des gesamten Sich-Gehabens. Die ganze „motorische Gestalt“, wenn wir einmal einen etwas fragwürdigen Modebegriff der jüngsten Psychologie benutzen wollen, die Totalität der Haltung, Bewegung, Geste ergreift den kindlichen und jugendlichen Einwanderer mit derselben Unerbittlichkeit wie die Mundart. Das regionale Temperament setzt sich durch. Es ist eine der wichtigsten Formen des konventionellen Temperaments, d. h. derjenigen dynamischen Eigentümlichkeit unserer seelischen Erlebnisse und Lebensäußerungen, ihrer Raschheit, Lebhaftigkeit und Nachhaltigkeit, die wir uns angewöhnen und von der wir nicht mehr loskommen, wenn wir im Leben früh genug einer bestimmten Umgebung mit einer bestimmten Temperamentstemperatur eingefügt werden. Dabei werden zuerst die Erlebnisäußerungen, der gesamte Psychomotorismus, nach dem

Kanon des Milieus „normiert“, und von dort her, von der hemmungslosen Auswirkung aller Erlebnisse in Mimik, Geste und Akt, wie sie etwa bei den Franken üblich ist, oder umgekehrt von der ständigen Hemmung, Bindung und Dämpfung allen Innenausdrucks, wie wir sie bei Alemannen und auch Niedersachsen vorfinden, gehen sehr starke modellierende Rückwirkungen auf die Intensivierung oder Detensivierung, Beschleunigung und Verflachung oder Verzauderung und Vertiefung des Innenlebens selber aus. Diese Umwandlung vollzieht sich, wo die Temperamentsveranlagung ihr widerstrebt, oft unter schweren Reibungen, Konflikten und selbst Verlusten an menschlicher Ursprünglichkeit, im einzelnen mag sie auch mißlingen, im großen ganzen setzt sie sich durch, ist hier die Umwelt unbedingt stärker als die Eigenwelt! Der Sieg des regionalen, je nachdem lokalen, provinzialen, stämmischen oder nationalen Konventionstemperaments ist der eigentliche psychologische, besser psychophysische Kern aller wirklichen Nationalisierung, aller seelischen Naturalisation — aller Germanisation, Romanisierung, Anglisierung, im deutschen Stammesbereich aller tagtäglichen Versachsung, Verfrankung, Verbayrung, Verschwabung. Indem das menschliche Gesicht die eigentliche Matrice des psychophysischen Erlebens ist, prägen sich in ihm jene Modellierungsprozesse naturgemäß am nachhaltigsten ein und aus. Auf diese Art formen sich die deutschen Stammesphysiognomien, von denen mir bisher eine erschöpfende Abgrenzung der fränkischen und schwäbischen (alemannischen), eine befriedigende der fälischen, obersächsischen und bayerischen gelungen ist. Bei diesem Vorgang ist die Rassenbasis

ganz unerheblich, die Hauptrassenmerkmale wie Hautfarbe, Haarfarbe, Augenfarbe, Wuchs und Schädelindex spielen überhaupt keine Rolle, rassische Länglichkeit oder Rundlichkeit des Antlitzes mögen die stämmische Modellierung einmal erleichtern, einmal erschweren, auch sie werden, wie immer sie seien, meist bewältigt.

Freilich sind dies Dinge, die nur dem sorgfältigen Beobachter sich offenbaren. Im Alltag bleibt die Mundart das eindrucksvollste Stammesmerkmal — und sie ist so zäh festgehaltener Stammesbesitz, daß ihre Grenzen sich in all den bewegten Jahrhunderten um keine Kilometerweite verschoben haben. Ihre subtilste Ausstrahlung ist der „Akzent“ des Gebildeten, der in einem Stammesmilieu wurzelt oder heimisch geworden ist; er verrät auch in der hochdeutsch redenden Oberschicht noch den Bayern und Sachsen, den Schwaben und Franken. Gerade für dies Imponderabile gelten die Stammesgrenzen unbittlich. Sucht man nämlich die sprachliche Stammeseigenart in einzelnen Lautungen, so verwischen sich leicht alle wirklichen Grenzen zu vielfältig fließenden Übergängen. Die lautlich, vokabular und grammatisch betrachtete Mundart der Karlsruher Bevölkerung z. B. gehört sicher dem Fränkischen an, mit allerlei schwäbisch-alemannischem Einschlag; aber Tempo des Sprechens und Dynamik der sprechenden Physiognomie — das „Sprechgesicht“ — sind so unbedingt „oberländisch“, daß uns auch die dem Alemannischen viel mehr als dem Pfälzischen verwandte Gesamtwesensart der Karlsruher begreiflich wird. Dies Beispiel wiederholt sich an zahlreichen Stellen in Deutschland, welche Übergangszonen vom einen Stamm zum nachbarlichen darstellen.

Auch die deutschen Stämme sind hiernach, wie immer ihr letzter Ursprung gedeutet werden könne (er liegt bis heute ganz im vorgeschichtlichen Dunkel), nicht Blutsorten, sondern Sprachsorten und dadurch differenzierte Wesensarten. Es ist der Geist, und zwar der Geist des Redens und alles dessen, was mit dem Reden zusammenhängt und durchs Reden in Mitleidenschaft gezogen wird — der sich ihren Habitus geformt hat. Dieser Formungs-, Umwandlungs- und Erhaltungsvorgang selber, von dem die Forschung heute erst einen Zipfel gehoben hat, stellt eine der fesselndsten und der wesentlichsten völkischen Entwicklungen dar, die sich überhaupt am Deutschtum abgespielt haben.

9

Die Stämme sind durch staatliche Verschiebungen dann zerfetzt und Fetzen von ihnen künstlich zusammengeschweißt worden. Über die Rassengemische, diese biologische Basis, über das Volkstum, das durch die Einheit der Sprache Deutsch umklammert wird, über die Stämme, die sich durch ihre Mundarten abgrenzen, legt sich als Oberstes der Staat. Die Deutschen, ob sie blond oder dunkel, ob sie Franken oder Alemannen sind, werden überdies noch Preußen und Württemberger und Oldenburger und Badener, künstliche Grenzen von oft grotesker Gemachtheit schneiden mitten durch alle natürlichen Zusammenhänge und schaffen künstliche Groß- und Klein- und Zwergseinheiten. Auch das ist wieder ein geistiger Vorgang — außer einem staatsrechtlichen — der Typ „Preuße“ und „Bayer“ (der die in Bayern einverleibten Franken mitumfaßt) und „Österreicher“ entwickelt sich. Aber neben dieser

staatlichen Zerspaltung und Zusammenleimung vollzieht sich auch noch eine kirchliche. Die Glaubensspaltung, in Reformation und Gegenreformation sich abspielend, modelliert den katholischen und den evangelischen Deutschen. Durch lange Zeit und in mancher Stunde auch heute noch zwei gänzlich entfremdete Brüder, die einander für völlig verschiedenen, unvereinbaren Wesens halten und in mancher Hinsicht auch recht verschiedenen Wesens sind, ganz unberührt davon, daß ein Volkstum, ob ein Reich, ein Land, ein Stamm sie beide umfängt. Auch diese Spaltung kennt in solchem Ausmaße, in solchem Tiefgang keine zweite Nation des Abendlandes; nur wir schleppen die ganze Tragik der Glaubenstrennung mit all ihrem Leben und all ihrer Lähmung, mit all ihrer Fülle und all ihrer Brache durch die Jahrhunderte.

Welch kompliziertes Volk! Achtzig Millionen Deutsche, im ganzen geschlossen in Mitteleuropa siedelnd, ein starkes Glied der germanischen Völkerfamilie, zu einem knappen Drittel wohl nordischer Rassigkeit, aber zu zwei Dritteln von kaum entwirrbar buntscheckiger Biologie, in ein halbes Dutzend Stämme westlich der Elbe differenziert, östlich der Elbe diese Stämme zu einer Kolonialmasse integriert, in einst fast hundert, dann lange Zeit über dreißig, dann zwei Dutzend und heute immer noch nahe an zwanzig staatliche Herrschaften getrennt, in drei Reiche auseinandergerissen (Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, die Schweiz) und endlich durch den Glaubenszwist für ewig in Katholiken und Protestanten geschieden: sollte es ein Wunder sein, wenn unter den Esprits des nations dieser deutsche Geist am aller-schwierigsten zu erfassen und zu behandeln wäre?

Und dennoch muß ihn der Staatsmann kennen, der sich die Aufgabe stellt, daran mitzuwirken, daß dem deutschen Volke sein Platz an der Seite der großen Mächte dieser Erde wiedergegeben und es endlich und dauerhaft zu der Einheit und zu der Geltung geführt werde, die ihm nach dem Gewicht seiner Zahl und dem Gewicht seiner Leistung gebühren. So dürfen wir uns die Mühe nicht verdrießen lassen, diesen deutschen Geist auf sein Wesentliches hin zu betrachten — wird es doch ein Wesentliches im Versuch einer Prognose für Deutschlands politisches Schicksal sein.

IO

Es gibt eine gemeindeutsche Geistesart. Sie ist weder die „hunnische“ einer ebenso gewissenlosen wie blödsinnigen Kriegspropaganda, noch erschöpft sie sich in der „barbarischen“, wie die Franzosen sie seit ihrer Vorherrschaft in Europa, und doppelt seit dem Verlust ihrer Vorherrschaft in Europa, an uns zu sehen sich gewöhnt haben — wobei anzumerken wäre, daß „Barbar“ kein unbedingt übles Werturteil ist, weil Barbaren im Besitz mancher (und nicht unwichtiger) Charakterqualitäten zu sein pflegen, welche die Zivilisation vernichtet oder vergiftet; und mit Mussolinis Spötteleien ist der Deutsche so wenig zu erfassen wie aus den selbstbespöttelnden Verzerrungen im magischen Hohlspiegel seines „Simplizissimus“. Karikatur und Verkleinerung kann immer nur eine Hilfe in der Selbsterkenntnis, wenn auch als Hilfe in mancher Hinsicht der ernsten Aufgabe dienstbar sein. Natürlich gibt es jenen Rentier Knaatschké und Rechnungsrat Lemké (so hießen sie ja wohl), unter deren Bilde ein das eigene Nest ver-

dreckender Spottspatz namens Hansi vor dem Kriege die Deutschen den Franzosen vorstellte (und er, der Elsässer Waltz, mußte es ja wissen, nicht wahr?) — aber „der“ Deutsche sind sie wahrlich nicht. Sowenig wie umgekehrt jener als ewig „bieder, fromm und stark“ sich selber besingende Intonator der Wacht am Rhein, der uns in guten und schlechten Zeiten zu einem betrüblichen Zerrbild des wahren Deutschen geworden ist. Unmutige Worte der größten Deutschen, eines Lessing oder Goethe, könnten den Schein erwecken, als seien es nur Schatten, die sich über alles Deutsche gemeinsam legten, und als funkle das Licht lediglich an den Kanten und Ecken der deutschen Entzweitheit, ihrer Partikularität, ihrer Stämme, Länder, Gruppen, Persönlichkeiten. Wir wollen über solchen Unmut des Augenblicks hinweg zum Mut des Dauernden vorwärtsschreiten, ohne dem Übermut uns zu verschreiben, der jene Urteile mittlerweile durch Selbstvergottung nur zu reichlich ausgewogen hat.

Die ältere Psychologie begann ihre Arbeit immer an den Wahrnehmungsvorgängen und am Intellekt, die modische geht lieber vom Triebhaften, vom Emotionalen aus. Wir wollen einmal den nüchterneren Weg jener älteren versuchen.

Dies ist nicht dankbar, denn die Ermittlung muß hier sogleich mit einer Negation anheben: der Deutsche ist ein schlechter Beobachter, und wo er sich überhaupt naiv dem Einströmen der Wirklichkeit in die Sinne hingibt, dort fesselt ihn dies Material fast nie um seiner Inhalte willen, sondern durch seine Wirkung auf Gemüt, Stimmung und Phantasie. Der Realismus ist jederzeit die schwächste Seite des deutschen Wesens geblieben. Was nicht ausschließt, daß

einzelne deutsche Übermenschen Juwelen realisti-
scher Leistung uns geschenkt haben; zwischen Mas-
senpsyche und Genietat besteht nie ein geradliniges
Ursprungsverhältnis dieser aus jener, sonst könnten
schwerlich die am meisten titanischen Deutschen,
wie Luther und Leibniz, Bach und Lessing, Richard
Wagner und Friedrich Nietzsche dem obersächsi-
schen Stammeskreise entsprossen sein (dessen Mentali-
tät vom Titanischen am fernsten absteigen möchte),
sonst müßten Böhmen und Ungarn die Leistung
vollbracht haben, die in Wahrheit auf den Säulen
von Bach, Mozart, Beethoven und Wagner ruht.
Nicht einmal Bismarck ist ein wirklich umfassend
großer Realist gewesen; er sah nur einen sehr kleinen
Ausschnitt der Wirklichkeit zeitweilig unheimlich
genau, und der Fähigkeit, die werdende Welt, selbst
als sie schon aufdringlich grell und laut sich gebär-
dete, zu beobachten, entwuchs er von der Höhe des
Lebens abwärts mit echt deutschen Riesenschritten.
Hier packen wir einen Zipfel vom ganz Typischen
des Deutschen: der Deutsche ist ein geborener Spe-
zialist der Realität. Er starrt, sobald er sich zum
Apperzipieren einstellt, auf einen kleinen Sektor
des Wirklichen und sucht den (wobei ihm nun Cha-
rakterologisches zugute kommt) mit einer Uner-
müdlichkeit der Detaillierung ab, die kaum ihres-
gleichen hat. Selbstverständlich wird das mit einer
Blindheit gegenüber allem erkauf, was außerhalb
der begrenzten Aufgabe liegt. So kommt es denn,
daß der Realismus des Deutschen immer etwas Kurz-
sichtiges an sich hat — zwischen diesem Realismus
auf kurze, enge und den (nachher zu wägenden)
Phantasmen auf schrankenlos weite Sicht ist das
Deutschtum ewig hin- und her geirrt, wobei natur-

gemäß die realistischen Ausschwingungen die episodischen, die phantastischen die epochalen geblieben sind. Dem Deutschen gebricht es gänzlich an der Selbstverständlichkeit des Wirklichkeitserfassens, an jenem schlicht-offenen Blick, den der italienische Analphabet wie der englische Philosoph, der französische Romancier wie der amerikanische Sektierer sich zeitlebens bewahren; bemächtigt sich der Deutsche einer Realität, so liegt immer etwas von gewalt-samer Echauffierung, von höchster Konzentration, von förmlichem Akkommodationskrampf darin. Diese Forciertheit in der Eroberung der Wirklichkeit ist der übrigen Welt auf die Nerven gegangen, noch vor dem Erwachen der Mißgunst, als die Deutschen in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts mit einem Male so realistisch wurden; die Akribie auf eng gestecktem Terrain blieb auch da die wahre Stärke. Wo der deutsche Geist diese Enge verließ und in die große Welt schaute, gab er sich sogleich wieder einem uferlosen Phantasma hin, das die andern verwirrte und dessen Sinn sie nicht zu folgen vermochten.

Denn Phantasie ist nun freilich eine unerhörte Begabung des deutschen Wesens. Fast möchte man sie mehr Phantastik nennen, worin das grenzenlos Schweifende, das Ungebundene, ja Undisziplinierbare ihrer Eigenart zum Ausdruck kommt. Der ganze Reichtum deutschen Anschauens und Vorstellens ist innerlich; es scheint manchmal, als sei dies Volk auf der Erde, um die Hypothese von der Selbstvermehrung der psychischen Energie exemplarisch zu beweisen. Es ist ein förmliches Schneeballsystem des Zuwachses, durch das in der deutschen Seele ein Erlebnis sich vom äußeren Anstoß zur Ausbreitung steigert. Es gibt keine Nation, die so Vieles in die Dinge

hineinsieht, wie die Deutschen. Darin liegt eine immense Kraft der Spontaneität, und vielleicht ist sie es, dank deren sich unser Volk aus den gräßlichsten Katastrophen immer wieder unter lauter Illusionen in die Höhe gerappelt hat. Das Spalier der Wirklichkeit freilich ist meist nur niedrig, und grandiose Phantasie der realen Gestaltung ist darum in Deutschland selten, am ehesten vielleicht bei Juden wie Ballin oder Rathenau anzutreffen; das großartig Abenteuernde geht den Deutschen ab, ja, man kann feststellen, daß es immer mehr geschwunden ist; die Kaiser des Mittelalters hatten es, der Freiherr vom Stein besaß noch Ingredienzien davon, Bismarck ist schon ganz Mäßigung und Selbstbegrenzung; die neueste Zeit zeigt deutsches Abenteuerertum nur in kleinlichsten und entartetsten Ausmaßen, wir haben keinen Cecil Rhodes und keinen Lenin hervorgebracht, tritt auch nur ein Carl Peters hervor, so kehrt ihm sein Volk den Rücken, es würde heute vermutlich auch einen Lassalle gründlich verleugnen. Der deutschen Phantastik fehlt die Realvision, wie ich es einmal heißen will, ihre Schauungen sind ewig illusionär. Man betrachte die zwergenhafte Unfruchtbarkeit des deutschen Pazifismus, der immer nach einer belanglosen Friedenstaube auf den Dachfirst starrt und von diesem Vogel Wunderdinge erwartet; es sind leider keine Deutschen, die den Völkerbund, die Weltkirchenkonferenz von Stockholm, den Paneuropagedanken geschaffen haben. Welch ein sinnloser Phantast ist Hugo Stinnes neben dem Realvisionär Henry Ford! Man kann sich Ähnliches klarmachen, wenn man auf die Linie des Imperialismus geht und etwa Alfred Tirpitz neben Joseph Chamberlain stellt. Oder man betrachte den von

Einfällen überquellenden Erzberger, der für jeden möglichen Bedarf Projekte verfügbar hat, Friedensvermittlungen, Randstaatenkronen, Reichsverfassungen — und ihm gegenüber den Führer der französischen Fronde, Georg Clemenceau, ganz getragen von einer leidenschaftlich geschauten Vision, die ihn bis zu der (für uns) furchtbaren Realität des zweiten Versailles führt. Das Spalier der Wirklichkeit wählen wir immer zu knapp, die Phantasie aber wuchert schier tropisch und ungebündelt; so baumeln ihre Ranken weithin im Winde, und die Früchte fallen ab, ehe sie geborgen reifen können.

Phantasie hat immer einen Januskopf. Sie ist Anschauung auf der einen, Emotion auf der andern Seite, und keines davon kann weggedacht werden. So ist sie der rationalen wie der irrationalen Seite der Seele gleich verbunden. Die irrationale aber ist im deutschen Wesen überhaupt die stärkere. Kein Volk hat so sehr „Gefühl“ wie die Deutschen; keines einen solchen Überfluß davon. Dies ist wahrhaft unser Schatz, den niemand anfechten kann, der guten Willens ist. Das deutsche „Gemüt“, womit wir den Inbegriff seiner emotionalen Güter meinen, ist zugleich reich, tief und warm. Das kommt nicht in jedem Augenblick zum Vorschein, und oft genug scheint es unter den Schlacken einer mangelnden Ausdrucksform ganz verschüttet zu bleiben. Die Schuttdecke ist dennoch fast überall dünn. Man kann und muß es aussprechen, daß selbst vor so harten Proben, wie der Krieg eine war, dies deutsche Gemüt bestanden hat. Wir kennen in der Geschichte keine Macht, die am Rande der Verzweiflung und des Untergangs einen Kampf solchen Ausmaßes, angesichts einer solchen Quantität von Gegnern mit

solcher Qualität ihrer Mittel (man nehme diesen letzteren Begriff genau so vieldeutig wie er genommen sein will), mit einem solchen Reichtum an Gefühl (wahrlich nicht immer zum Vorteil der eigenen Sache) geführt hat. Dies ist ja das schauerlich Groteske der deutschfeindlichen Propaganda: daß sie die Welt gerade solcherlei von uns glauben machte, was an uns das Unmöglichste ist! Die härtesten Typen, welche das deutsche Volkstum in seinem Bereich kennt, der altpreußische Junker („ostelbisch“, diese landläufige Formel, ist zu weit, denn z. B. der schlesische Grundadel gehört nicht in diese Gattung), der hanseatische Kaufmann, der schwäbische Prälat, der westfälische Bauer und Bürger, der altbayerische Dorfpfarrer: sie fallen alle noch immer leichter einer plötzlich sie ergreifenden Regung, Schwingung, Wallung des Gefühls anheim als irgendein Mensch in der romanischen, auch wohl in der angelsächsischen Welt. Denn der Lateiner entwaffnet sein Sentiment im theatralischen Pathos, der Engländer im Humor; beim Deutschen bleibt das Gefühl „rein“, ungestaltet, elementar und dadurch übermächtig. Pathos und Humor sind ja die beiden Erscheinungen, die unserm öffentlichen Leben so auffallend fehlen, daß darin eine der stärksten Erschwerungen im Verhältnis zu andern Völkern zu suchen ist; Pathos und Humor aber sind die beiden Antidote, welche den Gefühlsstrom gefahrlos machen, indem sie ihm eine Art primitiv ästhetischer Bettregulierung und Uferkorrektion angedeihen lassen (es steht wiederum in keinem Widerspruch hierzu, daß wir trotzdem einen der größten pathetischen Dichter aller Zeiten, Schiller, und so herrliche Humoristen wie Jean Paul, Gottfried Keller, Wilhelm Busch, Wilhelm Raabe

und Fritz Reuter hervorgebracht haben). Der Gefühlsstrom in der deutschen Seele jedoch ist vollkommen unberechenbar, ein eigenwilliges Wildwasser, das augenblicksweise zu versickern scheint, um dann mit ungezügelter Ursprünglichkeit wieder hervorzubrechen und aller ästhetischen, konventionellen, rationalen Eindeichungen zu spotten.

Am stärksten ist die deutsche Hypertrophie jener Gefühlsgruppen, für die wir die Bezeichnung „Gemüt“ mit Vorliebe noch einmal im engeren Sinne gebrauchen: Weichheit, Rührsamkeit, Elegie, Mitgefühl (besonders als Mitleid; Mitfreudigkeit ist bei den Angelsachsen eher zu treffen), Ergriffenheit durch Not, Qual, Schmerz, Gram, Unbill, Rat- und Hilflosigkeit. Hier bemerken wir nun besonders deutlich, daß der Begriff des „Gemütes“ ganz wesentlich übers bloß Emotionale hinaus- und tief ins Charakterliche hineinreicht, eine aktivistische Seelenartung ausspricht: Gemüt hat, bei wem jene Regungen sich sogleich in ein Verhalten umsetzen, das die Anlässe der Gefühlswallung abzustellen trachtet, also in Hilfsbereitschaft. Die Gutmütigkeit des Deutschen, so breit wie sonst nirgends auf Erden zu Güte veredelt, macht einen untrennbaren Bestandteil des Gemütvollen in ihm aus. Es gibt unter den zivilisierten Völkern der Geschichte und der Gegenwart keines, in dessen Volkstum ein solches Maß von Güte, naiver und differenzierter Güte steckt; vielleicht hatten die alten Griechen und anscheinend haben manche „wilden“ Völker etwas davon. Es unterscheidet die slawischen Nationen von uns, daß ihr Gemüt, das als Rührung, Elegie, Ergriffenheit dem unseren vielleicht noch voraus ist, hinter ihm an Gemütsaktivismus wesentlich zurücksteht. Die unfäß-

bare Ungüte, Härte, richtiger Bestialität, die im Slawentum unmittelbar neben den Gemütsemotionen sich auswirkt, macht für uns einen Teil des Fremdartigen, ja Geheimnisvollen der slawischen Volksnatur aus. Der lateinische Mensch aber braucht immer ein pathetisches Prinzip, um gütig oder gutmütig zu sein — z. B. die Humanität, die „Zivilisation“, und der Angelsachse eine gesellschaftliche Konvention, wie gentlemanlike, oder einen religiösen Auftrag: Quäker und Heilsarmee sind auf diese Art typisch „organisierte Güte“. Beim Deutschen bedarf es alles dessen nicht. Seine Güte ist völlig elementar, ist schlichte, unwiderstehliche Seelenkraft, man möchte sagen: Trieb. Kein Volk ist so triebhaft gut wie die Deutschen.

Darum hat es bei ihnen nie eines ethischen Systems, einer moralischen Doktrin oder Konvention bedurft, um gut zu sein. Es ist unglaublich, welche geringe Rolle in der deutschen Philosophie wie im religiösen Leben Deutschlands die Ethik spielt. Sie interessiert einfach nicht; man hat sie nicht nötig. Es ist immer dasselbe Bild: ob Luther die Werkheiligung zerschlägt und alles auf jenen puren Innenzustand stellt, den er „Glauben“ heißt, oder ob Kant die sittliche Obernorm zu einem gänzlich blassen Formale, dem „Du sollst!“ verflüchtigt, oder ob Nietzsche die moralischen Tafeln überhaupt zerbricht, um Leben, Schweifen, Tanz freizumachen — und daneben die unermesslichen Ströme von Mystik und Metaphysik, dies alles verglichen etwa mit der umgekehrten angelsächsischen Entwicklung: die Deutschen haben nie eine Ethik gebraucht, weil sie von Haus aus, weil sie triebhaft gut sind.

Dies nun freilich jeder auf seine Fassung, und ganz

aus dem Augenblick heraus: bald in Tränen und bald in frostiger Unzugänglichkeit, und bald in Schelten und Poltern — und da liegt wieder das Unbegreifliche für die Fremden. Es gehört zu der großen Widerspruchsfülle im deutschen Wesen, daß sein Gutsein in so unberechenbaren und oft schwer erträglichen Formen sich auswirkt; es gibt kein Volk, in dem unkonventionell und unschablonenmäßig, ohne „höhere Gewalt“ soviel Gutes getan und doch dies Gute dem Empfangenden so schwer erträglich gemacht wird, weil er es in der Verpackung eisiger Starre oder tränenseliger Rührung oder saftiger Grobheiten entgegennehmen muß. Der deutsche Mangel an Lebensform, ja die deutsche Abneigung gegen Lebensform zeigt sich hier im Kontrast zu einem der höchsten Wesenswerte deutscher Art beinahe tragisch, weil diesem Wert dadurch soviel von seiner Wirkungsmöglichkeit genommen oder doch verdunkelt wird.

Der deutschen Güte dem Leid und der Not gegenüber entspricht keine ähnliche Fähigkeit, am Glück, am Schönen, am Erfolg des Mitmenschen teilzunehmen. Man hat gerade in den letzten Jahren, auf das zweitwilhelminische Zeitalter zurückschauend, oft gesagt: die Deutschen ertrügen das Glück des Lebens nicht. In der Tat sind sie ein Volk, das um so unzufriedener wird, je besser es ihm geht. Seine Phantastik gaukelt ihm dann Fatamorganen einer immer noch größeren Herrlichkeit vor, die mühelos erreichbar und sozusagen ein Anspruch der Nation sei. Die Art, wie wir, noch kein Menschenalter der Kümmerlichkeit des Darbens und des Nichts-Bedeutens, der Armut und Ohnmacht entronnen, in einen Weltgeltungstaukel hineingerieten, ist schmerzhaft lehr-

reich dafür. Der Deutsche, jederzeit bereit zu helfen, wo es einem schlecht geht, kann schwer es hinnehmen, daß es einem andern besser geht als ihm. Es gilt für die Einzelnen, für die Stände, für das Gesamtvolk. Er findet sich damit nur unter äußerlichem Druck und dann oft in unschöner Unterwürfigkeit unter den Glücklicheren ab, der doch hintenherum begrollt, beneidet und beredet wird. Erst mit ihrer Entrückung ins Phantasmagorische beugt sich der Deutsche schließlich einer Vollkommenheit; ihm muß alle Größe mythisch werden, bis er sie endlich uneingeschränkt verehrt. So war es bei Bismarck, dem bis zu seinem Sturze und eigentlich bis nach seinem Tode die breite Nation verständnislos, krittelnnd, verkleinernd gegenüberstand, in kleinlicher Feindseligkeit, nicht etwa in großer Abwehrleidenschaft. (Wir berühren das Problem Hindenburg, dessen Analyse sehr lehrreich wäre, nicht, weil wir das amtierende Reichsoberhaupt grundsätzlich der Kritik und Wertung entzogen lassen möchten.) Friedrich Wilhelm III. war in der zweiten Hälfte seiner Regierung volkstümlicher als Friedrich der Große. Die Deutschen haben eine Vorliebe für lebende Mittelmäßigkeit, die den Rahmen des Philiströsen nicht sprengt; der achtenswerte Durchschnitt liegt ihnen besser als die bewunderungswürdige Dämonie. Wie schwer ist es, dies Volk überhaupt zur Anerkennung eines bedeutenden Zeitgenossen zu bringen! Der „Succès“ ist in Deutschland eines der seltensten Geschehnisse; fast nur die deutschen Juden sind mitlebenden Talenten gegenüber verherrlichungsbereit, und es wird nicht genug gewürdigt, eine wie starke geistige Macht sie dadurch bedeuten. Der Deutsche ist immer mißtrauisch gegen etwas, das sich übers

Mittelmaß erhebt, immer kittelnd und nörgelnd an außergewöhnlicher Leistung, ewig abwartend und absprechend; er ist überhaupt kaum hinzureißen oder zu berauschen. Treu im Unglück (weshalb es so unbegreiflich kurzsichtig war, daß der letzte Kaiser in der Stunde der Not vor diesem seinen Volk flüchtete), ist er kühl und abweisend dem Glück des andern gegenüber. Im letzten Grunde mag er Größe nicht. Ein Wesenszug von höchster Bedenklichkeit auch in der Zukunft: er setzt die deutsche Demokratie stärker, als jede es ist, der Gefahr des Verspießerns aus; es ist zu besorgen, daß die wählende Masse der Deutschen immer am liebsten mittelmäßige Männer an ihrer Spitze sehen wird, hölzern im Auftreten, ungewandt im Reden, ohne Ideen und Schwung, nüchterne Aufarbeiter eines fachlichen Pensums. Im breiten Binnenleben der Nation zeigt alles dies sich als Mißgunst, eine vielleicht allgermanische, sicherlich sehr deutsche Eigenschaft, die keinem einzelnen und keinem Glied eine führende Rolle gönnt und ewig auf den Eigenwert auch der Winzigsten und Spießigsten pocht. Der Partikularismus und die Zentrifugalität unserer Geschichte haben hierin eine Hauptwurzel.

II

Dies also wäre, was allen Deutschen gemeinsam ist: die verlässliche, unermüdliche, aber sehr begrenzte Akribie der Umwelt gegenüber, die leicht in Illusionismus ausflutende Phantastik, die triebhafte Güte (das „Gemüt“), die kittelnde Abgunst im Verhältnis zum mitlebenden Vollkommenen. Man sieht, daß hier (wie es wohl bei Menschen und Völkern immer sein wird) Vorzug und Nachteil hälft-

tig gemischt sind, daß neben Wertvollem und Förderlichen Fragwürdiges und Gefahrträchtiges steht. Und obwohl man, von Volkscharakter handelnd, niemals wird sagen können: die und die Eigenschaft hat jeder einzelne Deutsche — im großen ganzen sind jenes doch deutsche Wesenszüge, die wir über alle landschaftliche und stämmische, ständische und staatliche, geschlechtliche, konfessionelle und individuelle Differenzierung hinweg von Ost bis West und von Nord bis Süd bei den Deutschen vorfinden.

Alles Weitere aber ist differentiell.

12

Die am stärksten leuchtende Lokalfarbe bringen die Stämme und Landschaften ins Bild.

Unter den alten Stämmen lassen sich sinnfällig zwei Gegensatzpaare bilden: denn Niedersachsen und Bajuwaren, durch die größte räumliche Spannung geschieden, stehen zueinander in ähnlich starkem Kontrast wie Franken und Alemannen, deren Wohnsitze sich auf beträchtlicher Strecke berühren.

Die Niedersachsen, der am einheitlichsten rassige, nämlich der nordische Stamm der Deutschen, sind ernst in ihrer Grundstimmung, ihre Erheiterung ist mit Vorliebe spöttisch, ihre Betrachtung der Dinge überaus nüchtern, ihre Einstellung zu allen (persönlichen wie sachlichen) Lebensinhalten beständig, ihr Urteil ist klar, ihre Ausdrucksweise schwerfällig, ihr Handeln aber entschieden. Was immer man sonst an ihnen rühmt oder ausstellt, es läßt sich auf einen dieser Wesensgrundzüge zurückführen. Denn ihr Ernst wirkt auf Menschen heiterer Lebensgewohnheit leicht frostig und erkal tend, in Verbindung mit ihrer Spottsucht ver-

letzend, und zwar berechnet verletzend; ihre Nüchternheit läßt sie eines inneren Verhältnisses zu den Dingen der Phantasie am meisten unter allen Deutschen ermangeln, auch ihre Kunst legt Zeugnis davon ab, soweit es eine gibt; ihre Beständigkeit ist menschlich gesehen Treue, aber Treue ohne erwärmende Hingabe, ohne ergreifende Herzenstöne; ihre Schwerfälligkeit kehrt gesellschaftlich in ihrer berühmten Steifheit wieder, die an der Frau, der man die größere Beweglichkeit unterstellt, noch mehr und befremdlicher aufzufallen pflegt als am Manne; ihre Klarheit und Entschiedenheit machte sie zu den wahren Vätern des Preußentums, das der historisch stärkste und wichtigste Ableger des niedersächsischen Stammes geworden ist.

Die Bayern haben sozusagen keine einzige niedersächsische, wie die Niedersachsen keine bayrische Eigenschaft. Alles ist entgegengesetzt: Der Bayer ist heiter, ist lässig, ist künstlerisch — und als viertes ist er kampflustig. Seine Heiterkeit ist allerdings nicht alltäglich laut und bewegt, sondern behäbig, geruhig; seine Lässigkeit, das schroffste Gegenstück der niedersächsischen Steifheit und Entschiedenheit, artet oftmals in völlige Indolenz bis zur „Schlamperei“ aus und kann gesinnungsmäßig den Schein der Falschheit, mindestens der Unverlässlichkeit erregen. Desto eher, als es sich keineswegs um persönliche Trägheit oder Schwerfälligkeit handelt, sondern um ausgesprochene Nonchalance dem Mitmenschen gegenüber, wobei sympathischerweise zwischen Hoch oder Niedrig dieses Mitmenschen nicht unterschieden wird (Altbayern war wohl das Land der natürlichsten Alltagsdemokratie in ganz Deutschland). Der Bayer ist überaus betrieb-

sam, sobald es sich um volkskünstlerische Betätigung handelt. Unter den deutschen Stämmen ist dieser der einzige, dem ein elementares künstlerisches Ingenium innewohnt: der natürliche „Chic“ der Volkstracht (im Unterschied z. B. von den vielfach ungeschlachten Aufdonnerungen der alemanischen Trachten), das unverkümmerte Leben der Volksmusik in Zitherspiel, Mundharmonika, Gesang, namentlich auch der textlichen wie melodischen Improvisation, der aus dem Innersten quellende, manchmal bis in manische Ekstasen gesteigerte Volkstanz legen Zeugnis davon ab — Dirndlkostüm, Schnadahüpfl, Schuhplattler, das sind so die Formeln, unter denen dem nichtbayerischen Städter jene Besitztümer der bayerischen Stammesart bewußt zu sein pflegen; die modische Beliebtheit, die sie überall sich im Sturme errangen, wohin sie vordrangen, ist ein Effekt ihres natürlichen Zaubers. Zeugnis legen die Handwerke ab, wie Holzschnitzerei und Geigenbau, die im bayerischen Gebirge eine alte Stätte haben; Zeugnis vorzüglich aber die eingeborene Theaterbegabung, für den Fremden wiederum in Begriffe wie Schliersee und Oberammergau zusammengepreßt, die unter allen deutschen Stämmen einzig dasteht. Schon Haltung, Gebärde, Mienenspiel der jugendlichen Bayern weisen deutlich in diese Richtung, haben immer jenes (den Niedersachsen gänzlich mangelnde) Kokette, Sich-selbst-Darstellende, das die bayerischen Menschen zu so bevorzugten Figuren auch des unechten, des Salonvolkstücks, des literarischen „Hochlandromans“ gemacht hat. Alles dies findet sich im Kolonialvolk Bayerns, dem Österreichertum, und namentlich in seiner fine fleur Wien, bis zum äußersten sublimiert;

hier allein ist ja auf deutschem Boden etwas wie eine naturhafte ästhetische Kultur gewachsen, behielt die Volksbühne ihren Rang, von hier strömte durch all die Menschenalter der quantitativ stärkste und qualitativ urtümlichste Nachwuchs ins deutsche Bühnenvolk; hier allein blühte ein Geschmack, der sich dem romanischen an die Seite stellen durfte, hier ist die deutsche Tanzmusik geboren und gewachsen und vollendet (wenn auch Niggeramerika sie jetzt überannt hat), hier wuchs aus der strengen Bewegung der Gegenreformation wie von selber die Volkskultur des Barock — alles eingehüllt in jene heitere Lässigkeit, die der Österreicher über ihr bayerisches Urmaß hinaus bis zu der höchsten denkbaren Vollkommenheit — nun, man kann nur sagen: gehen ließ. Eingebüßt hat der koloniale Ableger freilich die elementare physische Kampflust — als „Rauflust“ in der Fremde populär. Der Bayer ist kein Streiter mit Worten (dazu wäre er geistig zu bequem), sondern ein richtiger Kämpfer, dem herausfordernde Worte im Streit nur Vorwand und Vorspiel zum körperlichen Angriff bedeuten; hier sitzt nicht bloß die Hand, sondern das Messer locker, hier allein in deutschen Landen geht heiteres Spiel, geht Singen und Tanz, geht urtümliche Koketterie unvermittelt in Herausforderung, Ringen und Roheit über, die nicht bloß oft blutig, die so manches Mal tödlich endet. Hier trägt der junge männliche Mensch noch sein physisches Leben zu Markte, wenn er auf dem Tanzboden sich ausleben geht und das Minnespiel anbändelt. Der körperliche Nahkampf ist hier noch Volkssitte, und auch ihm fehlt nicht ein theatralischer Zug, das Sich-Darstellen in der Überlegenheit. Im Kampf wie im Festefeiern ist dann von aller

Lässigkeit des geschäftlichen Alltags nichts mehr zu spüren, alle Kräfte werden eingesetzt bis zur Hingabe des Lebens selber. Ein widerspruchsvolles, ein schwieriges Volk, das man in einem Atemzuge lieben und fürchten muß, ein Volk, welches das Leben bezaubernd schmückt, um es im nächsten Augenblicke in Stücke zu schlagen; ein Volk, ohne das deutsches Volkstum wesentlich ärmer und eintöniger wäre und das dennoch ewig in Schranken gehalten werden muß — noch viel sorglicher in Schranken gehalten werden müßte, wenn ihm nicht die Natur in Gestalt der Lässigkeit eine Art Selbstkorrektur seiner unberechenbaren und gefährlichen Wesenszüge mitgegeben hätte. Ein Volksstamm, dessen ganze Problematik aber, politisch gesehen, erst noch bevorsteht, dann nämlich, wenn er in einem Großdeutschland fast zehn Millionen geschlossen zusammenwohnender bayerisch-österreichischer Menschen umfassen wird.

Noch viel problematischer freilich ist fürs deutsche Gesamtwesen sein westlicher Nachbar unter den Stämmen, das südliche Glied des zweiten Contrastpaares — das Schwaben-Alemannentum. Nur ist die Problematik, wie dort durch Lässigkeit, so hier durch Schwerblütigkeit gemildert. Denn der Stamm der Alemannen (dessen östlich vorgeschobenen Zweig die Schwaben bilden) ist freilich der schwerblütigste unter allen deutschen Stämmen schlechthin. Er ist es noch mehr als die Niedersachsen (denen er aber in dieser Eigenschaft auf eine immer wieder betonte, verblüffende Weise ähnlich wird), denn ihm geht der Wesenszug der Entschiedenheit ab, der im niedersächsischen Volkstum die Schwerfälligkeit ausbalanciert. Eben darum, weil die alemannische Schwere

noch tiefer und unangefochten tief sitzt, heißen wir sie lieber Schwerblütigkeit; sie durchsetzt das ganze Wesen, sie begleitet jeden Akt von der Konzeption bis zur Exekution. Ihre Verdichtungszone zeigt sie etwa im Wohnsitzzentrum des Stammes, bei den Schwarzwäldern, während sie nach Osten im schwäbischen, nach Westen im elsässischen und nach Süden im mittelschweizerischen Wesen sich mildert. Bei den Schwarzwäldern geht sie bis zur ausgeprägten psychophysischen Hemmung, zähflüssig und gebunden erscheinen diese Menschen im Auffassen wie im Durchdenken, im Mitfühlen wie im Sich-Äußern, im Sich-Entschließen wie im Ausführen. Der Unbefangene glaubt sich hier oftmals an der Grenze des Normalen, und der geschulte Psychopatholog erkennt die ersten Züge depressiver, melancholischer Wesensart schlechthin. Nach dem uralten Temperamentschema wäre es nicht schwierig, die deutschen Altstämme zu verteilen, die Bayern den Cholerikern, die Franken (wie wir sehen werden) den Sanguinikern, die Niedersachsen den Phlegmatikern, die Alemannen aber den Melancholikern zuzuweisen.

Die eigentliche Problematik des Alemannentums ergibt sich aber erst aus dem inneren Reichtum, den die Schwerblütigkeit gefesselt hält. Innerlich reich und dabei schwerblütig sein: das ist kein kleines Los. Seinen Reichtum nicht strömen lassen können, sondern von ihm schier zersprengt werden, tausenderlei, das sich äußern, sich auswirken möchte, immer wieder in sich zurückschlucken müssen, wenn es emporsteigt, alle Vielseitigkeit der Phantasie wie des Verstandes, des Gefühls wie der Gesinnung immer und ewig gefesselt spüren, letzten Endes alles

in sich und mit sich ausmachen, weil das Dämonium des schweren Blutes die Zunge bindet, den Blick lähmt, die Hand beschwert: welcher verhaltene Lebenskampf, den kein Draußenstehender ahnt! So ergibt sich die dritte Grundeigenschaft der Alemannen, die Undurchsichtigkeit, fast automatisch aus den beiden ersten. Es sind Menschen, überhaupt nie bis ins letzte durchschaubar, immer aufs Neue mit unvermuteter Fülle überraschend, mit unvermutetem Versagen oder Sich-Versagen enttäuschend; man wird mit alemannischen Menschen, welchen Geschlechts es sei, ein Vierteljahrhundert befreundet, ja man wähnt vertraut zu sein, und irgendein Tag bringt die Einsicht, daß man noch nie auf den Grund ihrer Seelen geschaut hat. Die Alemannen scheinen daher dem Unvorbereiteten leicht unverläßlich im Größeren, wie die Bayern im Kleineren. Der Bayer läßt die Dinge gehen, heute so, morgen so, und überm Morgen wird das Heute lässig vergessen; der Alemanne ringt — und ringt sich zu einem Ausgang durch, den keiner vermutete, auch sein Nächster nicht. Vielleicht ringt „Es“ noch mehr in ihm, als daß „Er“ selber ringt. Vielleicht ist die Rechenschaft, die er in der Fülle und Gebundenheit seines Ich sich über den möglichen und den tatsächlichen Ausgang eines Erlebens zu geben vermag, sehr unvollkommen. Hier ist der Volksstamm der meisten psychischen Verdrängungen, Einklemmungen und des Nie-Abreagierens, der sich in sich selber nicht auskennt und in lauter Fülle keine eigentliche Linie hat. So hat sich auch sein politisches Schicksal gestaltet: an vier Reiche ist der Alemannenstamm verteilt, Deutschland, Österreich, die Schweiz, Frankreich, in Deutschland selber an drei

Staaten: Baden, Württemberg und Bayern, und dies liegt nicht der riesenhaften Ausdehnung zur Last (wie bei den Franken), sondern kein Stamm wohnt geschlossener, gerundeter; es ist vielleicht noch charakteristischer, daß zwei seiner Glieder, das schweizerische und das elsässische, früh oder immer wieder das Reich verließen und daß niemand recht sagen kann, wie sie zu ihm stehen. Insbesondere das Elsaßproblem ist gutenteils Alemannenproblem, im Verhalten des Elsässertums selber ebensowohl wie in den Fehlern, die wir an ihm begangen haben.

Und doch möchte man zu keinem Teil Deutschlands mit solcher Inbrunst sagen: „Ich lasse dich nicht, du segnest mich denn!“ Denn der innere Reichtum dieses Stammes ist nicht flacher und vergänglicher Art. Die Alemannen sind in ihrem seelischen Besitz das gediegenste aller deutschen Völker, sie sind im besten Sinne echt und allem Talmi- und Similiwesen abhold. Diese Echtheit ist vollkommen demokratisch; ihre natürliche Demokratie ähnelt jener der Bayern, und wie bei denen der Bauer zum König du sagte, so redet der Vornehmste im alemannischen Stamme mit dem Geringsten in der gemeinsamen Mundart, die hier allein als eine vollgültige Umgangssprache und als die Sprache des Herzens, der Familie, des traulichen Verkehrs sich erhalten hat. Was noch wichtiger ist: kein Volk ist unter solchem Ansturm der Fremden so völlig es selbst geblieben. Ob in Interlaken oder Baden-Baden, in Straßburg oder am Bodensee: einer erstaunlichen Fähigkeit, den Auswärtigen nach seinen Wünschen zu versorgen, zu pflegen, zu bedienen stand ein unerschütterliches Sich-selber-Bewahren zur Seite. Man probiert jede Sprache, die nützlich ist,

aber man redet alemannisches „Dütsch“. Die Fülle ist so stark, so echt, daß sie der Linie entraten kann. Frankreich wird, was immer es anstelle, die Elsässer so wenig entdeutschen, wie das Deutsche Reich sie zu verpreußen vermochte. Diese Menschen bleiben durch alle Wechselfälle des politischen und des sonstigen Schicksals sie selber — bis zur Halsstarrigkeit.

Man kann nicht sagen, daß bestimmte Geistesgaben bei den Alemannen im Vordergrunde ständen. Sie haben große Maler wie Böcklin und Thoma, herrliche Poeten wie Hebel, Gottfried Keller, C. F. Meyer, wie Uhland und Mörike uns geschenkt, die alle typisch, echt schwäbisch-alemannischen Geistes sind (von Schiller läßt sich das nicht sagen): aber auch an großen Denkern kamen Schelling und Hegel von ihnen, und ihr menschlicher Beitrag zu allen Zweigen der Wissenschaft wie der Wirtschaft und Technik ist so groß wie zum Reich der Phantasie und des Schönen. Nur der theatralischen Kunst, dem Eldorado der Bayern, stehen sie gänzlich fern. Selbstdarstellung ist diesem schwerblütigen, gebundenen Volke versagt, das sich am liebsten nach außen verhüllt. Wie ihm denn naturgemäß alles Leichtbeschwingte abgeht; auch ihre Heiterkeit, im Leben wie in den Künsten, bleibt behäbig, ja schwerfällig, derb oder lehrhaft, und wenn zu Basel oder zu Viltingen der Karneval losbricht, so ist er weit von seinen Münchener oder Kölner Formen entfernt, grob und ausbündig, ein maskiertes Abreagieren langverhaltener Aufstauungen, fast befremdlich, ein Sich-kopfüber-Stürzen in das, was man möchte, ohne es zu können, weil man selber ja gar nicht so, sondern umgekehrt ist.

„So“ sind die Franken. Im Lande Baden hat man die klassische Gelegenheit, auf engem Raume zwei Stämme zu betrachten, welche den größten Wesensabstand zeigen und durch historische Laune, die dem dynastischen Ehrgeiz half, zusammengebunden wurden. Die Franken sind das fröhliche Deutschland; ihre heitere Gemütsart ist ewig nach außen sinnfällig, ist weder behäbige, noch lässige, ist stets schwatzende, lachende und betriebsame Heiterkeit. Ununterbrochen steht dieser Stamm in einem Strom von weitgeöffneter Rezeption zu unermüdlicher Aktion; rege ist seine Art in diesem zwiefältigen Sinne, alles wahrnehmend, erfassend, rasch verarbeitend und in Handeln umsetzend, das nie ohne viele Worte vor sich geht. Vorwitzig, ein wenig angreiferrisch, aber nur mit Worten ist der Franke, leicht taktlos und den Mund sich verbrennend, auffahrend und maßlos, ebenso rasch wieder versöhnlich, sich selber nie zu ernst nehmend: streitlustig (auf fränkisch reimt sich zänkisch, habe ich als Knabe schon irgendwo gelesen oder gehört), doch nicht rauflustig wie der Bayer, immer auf Wortgeplänkel und Wortgefecht eingestellt, eine verbale Natur, die das Handgreifliche nicht liebt. Besinnliche Vertiefung darf man in solcher Sinnesart nicht suchen wollen, nur in der kolonialen Mischung mit stärkerer menschlicher Düsternis, wie in Schlesien, haben die Franken es zu ihr gebracht, sonst sind sie kein kontemplatives, sondern ein exekutives Volk, und das (geschäftliche, politische und — gesellige) „Unternehmen“ macht ihren Hauptwesenszug aus. Unbeständigkeit gehört zu ihrer Natur, sie ist als Unverlässlichkeit, Anpassungsbereitschaft, Gesinnungsarmut oft an ihnen beklagt und getadelt worden.

Man muß von niemandem das Unmögliche erwarten: vom Niedersachsen nicht Phantasie und vom Bayern nicht Pünktlichkeit, vom Alemannen nicht holden Leichtsinn; aber auch vom Franken nicht, daß er Wort und Haltung auf die Goldwage lege. Wer viel redet, von dem verlange nicht, daß er sich morgen noch jeder Versicherung entsinne. Die Beständigkeit des Franken liegt in seiner Unermüdlichkeit; man möchte sagen, sie sei formal, nicht material geartet. Ihr Inhalt wird rasch ausgewechselt, je nach dem Bedarf der Stunde, ihr Tempo bleibt; diese Mühle klappert unverdrossen, aber sie fragt wenig danach, was aufgeschüttet wird. Dies ist unter allen Deutschen der Stamm, der das Leben auslebt und bereit ist, sich überall rasch einzuleben, wo man ihm jenes verstatet; man verlange nicht das Grübeln und Wägen von denen, die (welch ein Geschenk fürs Deutschtum!) das Lachen und Zugreifen verkörpern. Denn ihre Art ist politisch, ist geschichtlich von unberechenbarem Wert für uns als Nation geworden. Unbeschwert von dem, was gestern war, über keinen Partner sich viel Kopfzerbrechen machend, wenn sich mit ihm leben ließ, haben die Franken überall und immer ein unpartikulares, ein reichszugewandtes, zum großen Betrieb, nicht zur beschaulichen Enge strebendes Element bedeutet — am Rhein und für Preußen wie in Baden, in Bayern und in Böhmen; frei von Sentimentalität und Schwerblütigkeit, findet man sie dort, wo der durchschlagende Erfolg ist, selber den Erfolg mitbetreibend. Ohne diesen höchst realpolitischen, dem Erfordernis der Stunde zugewandten Kern sind die Deutschen nicht zu denken; die Franken sind immer wieder unserer Nation stets reges Gewissen,

daß man leben und leben lassen muß, der Stamm aller tätigen, unverzagten, schaffenden Gegenwart, die Bürgen des Heute und Morgen, unersetzlich in einem Volke, in dem so viele zwischen der Romantik eines Vorgestern und der Ideologie eines Übermorgen hin und her gerissen werden. So ist das fränkische Wesen mit dem deutschen Am-Leben-Sein besonders verbunden; läßt sich Wichtigeres von der Mission eines Teiles sagen, die er im Ganzen hat?

Es gehört dazu, daß die Franken in ihrer Anpaßbarkeit ein Kitt alles Auseinanderstrebenden geblieben sind. Sie haben überall, wo sie jeweils saßen, dies Unruhevolk, das Harte des Deutschen so weit erweicht, daß ein Ganzes geknetet werden konnte. In diesem Sinne ist ihre Rolle für die Entstehung Preußens noch niemals zureichend gewürdigt worden. Wir sehen davon ab, ob die Burggrafen von Nürnberg ein namhaftes Element fränkischen Wesens mit in die brandenburgische Mark brachten; vielleicht war auch das nicht so ohne. Doch die drei großen Ecksteine des preußischen Großstaates: Ostpreußen — Schlesien — der Rhein — sie sind ganz entscheidend fränkischer Art oder fränkisch durchsäuert, und ich bin nicht abgeneigt, diesen Einfluß für politisch so wichtig zu halten, wie es das „keltische“ und angelsächsische Wesen ward, damit das Britentum und seine Weltherrschaft entstehen konnte. Nur die Franken haben den Weltvolksgeist und das Weltvolkszeug unter den Deutschen. Nie wird verkannt werden dürfen, was der Niedersachsengeist, der ernste, nüchterne, karge, zähe für die deutsche Kolonisation und für den Kolonialstaat östlich der Elbe, eben Preußen, bedeutet hat; nie aber auch, daß erst die Frankenzumischung den großen Schwung, die

Beweglichkeit und Unrast hinzubachte, ohne die es kein Werden zur großen Nation gibt. Man durchdenke es doch nur, was Preußen bliebe, wenn es seiner fränkischen Glieder beraubt würde — und man wird bekennen müssen, daß es viel weniger wäre, als dem verbleibenden Flächenraum entspräche.

13

Woher die Stämme kamen, liegt völlig im Dunkel. Das große Geheimnis aller ethnischen Gemeinschaftsbildung umschleiert auch ihren Ursprung. Diese vier sind etwa ein Jahrtausend alt. Vorher gab es Ostgoten und Westgoten, Alanen, Vandalen, Zimbern und Teutonen, Burgunder und Markomannen und Langobarden — kein einziger davon existiert mehr; sie sind aufgesogen und untergegangen, von manchen ist kaum ein Sprachdenkmal überliefert. Dann sind mit einem Male Franken und Sachsen, Alemannen und Bajuwaren da, dazu noch Hessen und Thüringer, auch Falen, jedoch diese drei zerfließen eigenschaftlich so sehr in die Nachbarn, daß man sie wohl jenen an Selbständigkeit der Wesensart nicht beiordnen darf: sie mögen von vornherein ethnische Zwischengürtel bedeutet haben, als die sie sich heute unverkennbar charakterisieren. Noch mysteriöser aber als ihr Aufkommen ist die Erhaltung dieser Stämme bis auf den heutigen Tag. Denn über sie geht die Brandung des zerfallenden Mittelalters, der Reformationskriege einschließlich des Dreißigjährigen, der napoleonischen Umknetung Mitteleuropas und der ungeheuren ökonomischen Binnenwanderung des 19. Jahrhunderts; die Stämme aber bleiben in Mundart und Wesensart, kaum um Kilo-

meterweite ändern sich (zum Exempel mitten im rheinisch-westfälischen Industriebezirk!) ihre Grenzen, und Städte, die in einem halben Säkulum ihre Einwohnerzahl verdreifachen oder verfünffachen, bewahren (wie Mannheim, das unerschüttert „pfälzisch“, also fränkisch bleibt) trotz des Zuzugs von Zehntausenden ihre stämmische Autochthonie. Auch nicht die immer eigenwilligere Ausbildung dynastischer Einzelstaaten noch der Absolutismus ihrer Fürsten vermengt die Stämme, die ihm untertan werden; Franken und Alemannen gehen in das junge badische, Franken, Alemannen („Schwaben“) und Bajuwaren in das ältere bayerische Staatsbewußtsein ein, sie legen gleichsam noch einen Überwurf an, der dort „badisch“, hier „bayrisch“ heißt, aber es ist ein vollkommen durchsichtiges Obergewand, durch das die Stammestracht fast ungebrochen und ungeblaßt in ihrem Leuchten hindurchscheint. Nur im deutschen Osten, wo Sachsen mit Franken (nebst Thüringern) und Bayern mit Franken die gewaltige Kolonisation am Eingange des zweiten Jahrtausends unserer Zeitrechnung vollbringen, verwischt sich der Stammesunterschied, zumindest im nördlichen Abschnitt, im ostelbischen; hier treten Provinzialisierungen an ihre Stelle, die nur noch Reminiszenzen des ursprünglich Stämmischen ahnen lassen. Hier von „Neustämmen“ zu reden, wie Josef Nadler es gerne tut, ist doch wohl kaum haltbar; Schlesier, Märker, Pommern und Ostpreußen, von Posenern und Westpreußen ganz zu schweigen, ebenso aber auch „königliche Sachsen“ und Mecklenburger stellen Provinz- und Staatsbegriffe vor, keine Stammeseinheiten; nirgends ist hier eine feste Stammesgrenze nach Mund- oder Wesensart ziehbar, völlig fließend

verschiebt sich der fränkische Siedlertypus übers Lausitzische ins Märkische, übers Oderländische ins „Posensche“ und zum Altpreußischen hinauf; die Scheidelinie zwischen „oberdeutsch“ und „niederdeutsch“ erscheint verwaschen; nirgends geht die Entwicklung auf die Herausarbeitung eines echten Neustammes, im Gegenteil: die Nivellierung in einem allgemeinen Preußentum schreitet immer geradliniger fort und hat in den letzten Jahrzehnten auch die am längsten altstämmischen Randzonen, das schlesische Bergland, die sächsische Südpfalz, Vorpommern und das ermländische Ostpreußen ergriffen. Was mag die Ursache sein? Ist es das slawische Ingrediens, das diese monotone Mischung erzeugt, oder ist es die unerbittliche Enge der preußischen Staatlichkeit? Vielleicht das Zweite auf dem Boden des Ersten? Denn dasselbe Preußen hat ja im Westen seine Stämme nicht zu amalgamieren vermocht, hier stehen die südliche fränkische und die nördliche sächsische Hälfte sich wohlabgegrenzt gegenüber; Schlesien ist viel rascher verpreußt als Rheinland oder Hannover; man wird ebensowohl an die eintönigeren Lebensumstände des Koloniallandes wie an die slawische Durchmischung denken müssen, wenn man dies erklären will, aber vom Beweisen können sind wir weit entfernt.

Ein seltsames Widerspiel fällt auch hier auf, dem wir übrigens auch außerhalb Deutschlands begegnen. Die Stämme des Westens sind die konservativste Erscheinung des deutschen Volkstums, in ihrem Fortbestehen tut sich die Sieghaftigkeit alles Bodensässigen über alles Fluktuierende, Zu- und Abströmende kund, der stämmische Kern hat sich immer wieder, anscheinend meist schon in der zweiten Ge-

neration der Zuwanderung, diese amalgamiert; nur so ist ja die regionale Integrität der Stammessitze durch ein Jahrtausend hin überhaupt erklärbar. Aber diese Völkerschaften sind politisch die beweglicheren in Deutschland, alle Zeichen der Zeit wahrnehmend und berücksichtigend, Experimenten zugänglich, liberal und demokratisch, weltoffen und zukunfts-froh. Ihnen steht der Osten gegenüber, dessen Stammesbestandteile sich in der kolonialen Nivellierung verloren haben, jedoch politisch hochkonservativ, eng und starr, oder eng und schlaff, jenes im preußischen Norden, dieses im österreichischen Süden. Wir wissen vom Beispiel der abendländischen Westmächte, Frankreichs und Englands her, wie sehr das zusammengehen kann: politische Aufgeschlossenheit und sittenmäßige Abgeschlossenheit, politischer Fortschritt und kultureller Konservatismus; der deutsche Osten liefert gewissermaßen das Beispiel einer Umkehrung dazu.

Heute ist viel von diesem Gegensatz zwischen westelbischem und ostelbischem Deutschtum die Rede, als wäre er ein sehr elementarer, in Wirklichkeit steht er mehr auf dem Papier der institutionspolitischen Polemiken. Er ist nie so effektiv stark geworden wie die Trennung zwischen Norddeutsch und Süddeutsch, die „Mainlinie“; und das bedeutet wieder eine große Seltsamkeit, denn die Elbe scheidet wirklich viel mehr Wesensartlichkeit als der Main. Die Mainlinie ist eine der seltsamsten Fiktionen, die ein Volk innerhalb seines eigenen Organismus je aufgerichtet hat. Nichts Natürliches im Volkstum entspricht ihr, sie bedeutet lediglich eine Scheidungsformel für staatliche Interessensphären, wie der Kampf um die Hegemonie in Deutschland sie er-

kennen ließ, eine Zwistlinie der Vorherrschaftsproblematis. Denn die natürliche Wesensart von Mannheim und Köln, von Heidelberg und Bonn, ist ähnlicher als die von Heidelberg und Karlsruhe, von Mannheim und Stuttgart, von Köln und Münster, ja zwischen Heidelberg und Koblenz dürfte mehr Naturähnlichkeit herrschen als zwischen Bonn und Duisburg, und sicher keine stärkere zwischen Koblenz und Elberfeld wie zwischen Darmstadt und Kassel, zwischen Heilbronn und Fulda. Die Mainlinie ist ein Schlagwort, das (wie die Landkarteweist) nicht einmal staatspolitisch einen Sinn errungen hat, denn der Main fließt quer durchs bayerische Ober- und Unterfranken und zerteilt Hessen, er ist gerade nur eine winzige Strecke lang die Grenze zwischen Hessen und Preußen — ein Schlagwort erst recht ohne natürlichen Gehalt, ein Schlagwort aber, das unsäglich dazu geholfen hat, innerdeutschen, vermeintlich natürlichen Zank zu verschärfen, zu vertiefen und zu verlängern. Mit der Elbe steht es ein wenig anders. Summarisch genommen beginnt an ihr wesensartlich wirklich eine andere Welt, eben die ostelbische, nämlich eine andere Welt der politischen Atmosphäre, die hier die menschliche in sich aufzusaugen anhebt, und der öffentlichen Tonart, die fast wie mit einem Ruck „kolonistisch“, herrisch, herb, ja heftig wird; man merkt es wohl, daß Leipzig und Bremen noch ganz westelbisch sind — jedoch auch das stimmt alles nur summarisch, und breite Einzelheiten entschlüpfen der Formel; denn Görlitz und Lübeck sind gewiß behaglicher und konzilianter als Halle und Hildesheim, und selbst Breslau noch berührt lässiger und lächelnder, weicher und wärmer als Hannover.

Die Begriffe der West- und Ost-, der Nord- und Süddeutschen sind eben zeitpolitisch mitgeformt, sind weder geopolitisch noch ethnopolitisch reinlich, und was am meisten noch immer mit Mundart und Sinnesart sich deckt, ist die Unterscheidung einer mitteldeutschen Zone, welche die eigentlich norddeutsche von der eigentlich süddeutschen trennt. Ihr ethnischer Kern ist der fränkische Stamm, im Westen von den Nachbarn scharf sich absetzend, im Osten in sie verschwimmend; es ist die „frankoide“ Gemeinsamkeit des mitteldeutschen Wesens (dem Oskar A. H. Schmitz in einem sonst fragwürdigen Roman eine entzückende Charakteristik als Geleitwort gewidmet hat), was den badischen Pfälzer und den Rheinhessen sich dem südlichen Thüringer und dem westoderländischen Schlesier als ähnlich empfinden läßt, das Aufgetane, Gesprächige, Regsamen, Lebendige, das was lebt und leben und fünf gerade sein läßt, die quecksilbrige Leichtmut, das Dasein zu nehmen, die so sich weder bei den Niedersachsen und ihren ostelbischen Ablegern noch bei den Altbayern und gar Alemannen vorfindet.

Damit aber ist die natürliche Differenzierung der Deutschen ausgeschöpft. Um diesen mehrfach eingekerbten und binnengegliederten Kern des deutschen Volkstums legen sich die beiden großen Schallensysteme der geschichtlichen Entzweiung: das politische (mit seinen Ost- und Westelbiern, seinem Nord- und Süddeutschland, seinen Preußen, Bayern, Sachsen, Württembergern, Badenern, Hessen, Hansestädtern und soundso viel Zwergstaatsdeutschen) und das religiöse (mit seinem evangelischen und katholischen Deutschland, zu dem noch, als hitzig umkämpfte, zwistverschärfende Würze die deutsche

Judenschaft sich gesellt). Schalensysteme: denn wo immer es um den schlichten Menschen geht, in der praktischen Gemeinschaft des Alltags, in der Begegnung auf der Eisenbahn, im Geschäft und im Wirtshaus, auf den Fußballwiesen und beim Volksfest — dort fallen diese Schalen ab, und der protestantische Rheinfranke gleicht dem katholischen, der hessische dem preußischen, der schweizer Alemanne dem badi-schen, der bayerische Bajuware dem österreichischen. Hier überall herrscht das Wesensgesetz der Stämme. In seine Schalen kapselt sich der Deutsche erst, wo er mit staatlichen oder kirchlichen Dingen zu schaffen hat. Dann werden sie steinhart wie Kokosschalen — die nur heftigste Gewalt zu zerschlagen oder langes, unerhört langes Faulen im dunklen Erdreich aufzuweichen vermag. Es scheint betrüblicherweise oft so, als habe die deutsche Geschichte sich nur im System dieser Schalen des deutschen Wesens abge-spielt. Aber dies rührte selber vielleicht daher, daß jener natürliche Wesensartkern, den wir beschrieben haben, so widergeschichtliche Eigenschaften besaß, um der Einkapselung in solche Schalensysteme als einer „Geschichte“ erst ermöglichenden Daseinsnotwendigkeit zu bedürfen. Es wird eine Aufgabe unserer Betrachtung sein, ins Klare zu kommen, ob dies Schalenschicksal der deutschen Entwicklung fort-dauert und fortdauern muß, oder ob die Deutschen etwa sich anschicken, mindestens es vermöchten, nun eine Epoche kernhafter Geschichte ihrer Nation her-aufzuführen. Denkt man den Dingen nach, die vor unsern Augen geschehen, so erkennt man wohl, daß dies die Frage ist, um die unsere deutsche Jugend am schwersten ringt.

Doch es ist erst noch ein Wort übers Aussehen des Deutschen zu sagen.

Mussolinis Hohn ist nur der jüngste und wird nicht der letzte sein, der sich das Exterieur reisender Deutschen zur Zielscheibe nimmt. Wir wollen nichts bemänteln: wir haben Schwächen der Außenseite, die zumeist Teilschwächen unseres Individualismus sind. Hansis zeichnerische Einstreuungen waren leider das wirklich Amüsanteste an seinen giftigen Produkten, und man weiß, daß unserm „Simplizissimus“ unsere Art uns anziehen, die er gern einzelnen Stämmen und Landschaften einseitig ankreidet, einen erheblichen Beitrag seines Stoffes liefert. Jedoch die Völker sitzen bei dieser Angelegenheit samt und sonders im Glashause. Uns will bedünken, illustrer Duce, daß italienische Menschen, die hierzulande werktätig sind, in ihrem Exterieur weniger an lateinische Zivilisation als an zigeunerhafte Verkommenheit erinnern, von adretten deutschen Arbeitern sich recht unvorteilhaft unterscheiden; wir hätten über die Damenwelt, welche uns die welsche Okkupation ins Land schwemmte, allerhand Kritisches zu sagen; wir vermochten oft genug die Weiblichkeit alt- oder neuenglischen Kleinmittelstandes nur in eine recht untere Stufe des Kanons von Anmut und Würde einzureihen. Fremdes wirkt eben leicht fremdartig, ja befremdlich, und es ist am besten, daß jeder vor seiner eigenen Türe zu kehren beginne.

Von diesem „Schalensystem“ der Erscheinung des Deutschen ist hier nicht die Rede, sogut man es als Symptom nationaler Unvollkommenheiten ausdeuten kann. Uns fesselt der Kern, die physiognomische Gestalt des deutschen Volkstums. Sie ist

von Einheitlichkeit weit entfernt, gewiß noch weiter als auch die französische oder englische. Dennoch sind typische Grundzüge in ihr unverkennbar, besonders seit die Typologie der Unterrassen wie der Konstitutionen im letzten Menschenalter unser Auge für solcherlei geschult hat.

Im deutschen Norden herrscht die nordische Rasenerscheinung vor, wenn auch vielfältig durchmengt und vermischt, in sich aber wieder nach zwei Hauptrichtungen geschieden: der „klassische“ Nordmensch gilt der Anthropologie von heute als schmalwüchsig und schmalgesichtig, „leptosom“, neben seinem Hochwuchs Blauauge, Blondhaar, Langschädel; aber neben ihm steht, ebenso hochwüchsig, blauäugig, blondhaarig und meist auch lang-, oft schon mittelschädelig, eine andere Variante von mehr athletischer oder eurysumer Gestalt, feister und vierschrotiger, der nordische Dralling neben dem nordischen Schmalring, vor allem im Antlitz vollmondrund oder fast viereckig geformt, mit breitem Kinn, kurzer Nase und niederer Stirn — der ganze Kopf auf hohem Körper an die Rekonstruktionen gemahnend, die man nach den Skeletten sich von der verschollenen Cro-Magnon-Rasse entwerfen kann. Diese Variante herrscht in Ostelbien, in Mecklenburg, Pommern, Altpreußen und merkwürdigerweise wieder in Westfalen und am Niederrhein, hier mit westsüdlich abnehmender Körpergröße und zunehmender Verbräunlichung von Haut, Haar und Auge; ihre athletischen Exemplare erinnern manchmal schon an Riesenwuchs und Endgliederriesenwuchs („Akromegalie“), während in dem „eigentlich“ nordischen Keil, den der niedersächsische Stamm zwischen Ost und West treibt, die akroangiotischen Merkmale häufig

sind, krebssrote Hände, gerötete Nasenspitzen und Ohrmuscheln. Haut und Haar sind, namentlich bei den Frauen, meist sehr schön, zart, edel, die blauen Augen dagegen nicht selten etwas stumpf oder starr, ohne Leuchten, wässerig, bei niedriger Nasenwurzel manchmal fischglotzig. Der ganze Typ neigt sich dem ausgeprägt Männlichen zu, die Weiblichkeit hat etwas Viriles in der Größe des Körpers, der Länge von Händen und Füßen, der Eckigkeit oder Straffheit aller Formen, der Herbheit und Strenge von Haltung und Ausdruck: die echten Norddeutschen sind ein echtes Männervolk. Sie reifen spät und welken spät: nirgends täuscht man sich so leicht über Lebensalter, nirgends gibt es so lange blondes Haar, gespannte Haut, elastische Figur wie hier.

Von der mitteldeutschen Stufenlandschaft an wird der nordische Mensch immer seltener, zuweilen scheint er noch Nester seinesgleichen zu bilden, im ganzen aber hebt nun das bunte Gewimmel der Mischlinge mit dem immer deutlicheren Überwiegen des alpinen Typs und den mittelmeerischen, „romanischen“ wie „dinarischen“ Einstreuungen an. Die dinarischen Figuren in Bayern und Österreich geben zum Teil „elegante“ Erscheinungen ab, hochwüchsig und hager, ein wenig lässig in der Haltung, überlange, scharf modellierte, hakennasige Gesichter (an „englische“ gemahnend) — aber wirkliche Anmut der äußeren Erscheinung ist sonst äußerst spärlich. Auch in ihren besten Formen (falls nicht selbst diese ein Kröpflein entstellt) sind die alpinen Mädchen und Frauen recht eigentliche Teufelsschönheit, rasch erblühend und verfallend; den dichtgesäten mediterranen Menschen im Südwesten, besonders am Bodensee, ist der samtene Blick, die Anmut der

Geste und die Leidenschaft der Sprache und des Miennenspiels ihrer südlicheren Geschwister sogut wie abhanden gekommen. „Zierliches“ bildet eine äußerste Ausnahme: so daß eben der Totaleindruck, welcher überwiegt, der eines vierschrötigen Volkes ist, mit feistem Leib, ungelenken Bewegungen, unbeholfen in Mimik und Rede. Durchschnittlich am vierschrötigsten wirkt das Alemannentum, der schwäbische Stamm, Bayern-Österreich ist mit dem alten Unsegen zu frühen und zu starken Fettansatzes belastet (die dinarischen Formen ausgenommen), in beiden Südstämmen und diesen ihren Beungünstigungen treten thyreotoxische Einflüsse, Schilddrüsenwirkungen, unverkennbar zutage — am äußersten Ende steht die kretine Konstitution, die es ja fast nur in diesen alpinen und voralpinen Landschaften massenweise gibt, von der aber, wie Alfred Ploetz in einer Züricher wissenschaftlichen Tafelrunde einmal unter Zustimmung aller Einheimischen richtig anmerkte, auch viele gesunde Älplererscheinungen charakteristische Spuren zeigen. Die Vorbedingungen für „Zierlichkeit“ wären am ehesten im fränkischen Stamm und seinen östlichen Legierungen gegeben, sie sind aber auffälligerweise auch da fast nirgends ausgereift, sondern wie oft in Dürre, Spinnigkeit, Knochigkeit abgeglitten; die andere Seite der Thyreomorphosen, der basedowide Habitus, hat hier seine stärkste Verbreitzungszone.

Die Gewöhnung in Mundart und Wesensart hat vieles unterstrichen, manches gemildert, was Rasse oder Konstitution darboten. Das „Preußische“ in Haltung, Gebärde, in Blick und Stimme ist selber aus Nordischem entkeimt, aber ist gleichsam seelischer Riesenwuchs davon, stärkste Outrierung einer

Disposition, die (wie Schweden und Dänemark zeigen) ebensowohl hätte erweicht, gemildert, geglättet werden können. Im Freistaat-Sächsischen haben wir sozusagen dieselbe Outrierung des alpinen Typs vor uns, Schlesier und Thüringer sind Kretschmers „pyknische“ Menschen par excellence. Ich habe den forschenden Nachweis begonnen, wie entscheidend die Gesichter der Stämme durch Lautung, Melodik und Tempo der Mundart, durch die Determinanten des örtlichen Konventionstemperaments modelliert worden sind — darüber wäre vieles zu berichten, aber Forschung, die mitten im Fluß ist, popularisiert sich lieber noch nicht, und für unsere Aufgabe hier sind die Ergebnisse ohne wesentlichen Belang; so möge man mir nur die Entdeckerfreude zu bezeugen verstatten, daß die Gestalt des fränkischen Gesichts neuestens auch von kunsthistorischer Betrachtungsseite her als eine altvertraute, als ein ästhetischer Typ, der sich mit dem ethnischen, wie ich ihn zu umschreiben versuchte, völlig deckt, abgesehen worden ist.

15

Schier unauflöslich ist das Gewirr von Umweltfaktoren, das die natürliche Wesensart und Erscheinung „des“ Deutschen wie seiner Stämme mitbestimmt hat. Unauflöslicher denn je zuvor, weil, wie schon gestreift ward, die Grenze uns heute unterm forschenden Blick verschwimmt, von der ab auch Rasse und Konstitution nicht erbstarr, sondern umweltbedingt sind. Da ich selber ein umfängliches Buch über die Einflüsse von Wetter und Klima, von Boden und Landschaft auf die Menschenseele, über die „geopsychischen“ Erscheinungen verfaßt habe, so

darf ich, ein halbwegs Zuständiger, nach seiner dritten Auflage sagen: unendlich dürftig ist unser sicheres Wissen von dauerhaften Eigenschaften eines Nationalcharakters, die durch die Natur bestimmt werden, in der ein Volk, ein Stamm lebt! Was hat man nicht schon alles dem Gebirge, dem Meer, der Ebene, dem Hügel- und Stromland, dem Tannen- und dem Laubwald, der Heide und dem Ackerland, dem Obst, den viehnährenden Matten und Marschen, dem Wein, ja womöglich dem Basalt, dem Sandstein, dem Granit, dem Moor zuschieben wollen! Doch zwischen dem weintrinkenden Volke in Mittelbaden und am Mittelrhein ist kaum ein ähnlicher Wesenszug, zwischen Markgräflern und Pfälzern steht eine Welt. „In ernster Erhabenheit“ schaut Kutzen, ein klassischer Abschilderer deutschen Landes, das Riesengebirge, doch sein Völkchen, auf böhmischer wie auf schlesischer Seite, ist frohsinnig und „bewuschpert“ (geschwätzig), während im anmutvollsten, südlichsten aller deutschen Bergländer, dem Schwarzwald, ein tieferster, schwerblütiger, seelengebundener Schlag haust (dessen Besonderheit dann natürlich, sowie man an sie mahnt, den „düstern Tannen“ zur Last gelegt wird). Die Willkür der ursächlichen Auslegungen ist schrankenlos: so wie man ja auch, je nach Bedarf, des Südländers Leidenschaft und Glut, oder Lässigkeit und Verkommenheit seinem warmen Klima zu Lasten bucht. Mit Sombarts „Wüstenvolk“ ist in Wahrheit sowenig anzufangen wie mit Spenglers faustischem Nordlandsmenschen, den Wald und Sumpf gemacht haben sollen. Dies ist Erklärungsspiel — und nur subtilste Kleinarbeit der völkerpsychophysiologischen Forschung (unsäglich schwer

und mühsam angesichts der Verwicklung aller Umstände) vermag uns in diesen Dingen zu fördern.

Sie sind, zum Glück, für unser Thema nicht eben lebenswichtig. Geopolitik zwar ist Mode; und ist im Recht, ward viel zu lange vernachlässigt, wenn es darum geht, die Bedingungen und Schranken aufzudecken, welche Raum, Landschaft, Boden, Klima einem politischen Wollen und Können gegenüberstellen. Aber das Wesentliche aller großen Staatskunst (ob sie von Genien oder von Völkern getragen war) und damit aller wirklichen Geschichte blieb doch gerade immer: daß jene Voraussetzungen und Schranken als Schwierigkeiten gewertet wurden, die gewiß nicht dazu da sind, leichtfertig ignoriert zu werden. So wird es wohl immer bleiben. Ein großes Volk lebt naturgemäß unter sehr verschiedenen klimatischen und landschaftlichen Bedingungen — und muß unter ihnen leben können. Keine noch so vollkommene Einsicht in Umweltbedingtheiten wird praktisch dahin führen, daß die Politik eine Auslese und Aufgabenverteilung vornimmt und etwa den Bergbewohnern in einer Nation dies, den Ebenenstämmen jenes historische Pensum zuschiebt — oder den weintrinkenden Gegenden diese, den kartoffelessenden jene Mission auflädt. Der Mensch ist ein geschichtemachendes Lebewesen geworden, indem er sich die Natur unterwarf — ob sie ihm als Eis oder Sand, als Meer oder Wildnis entgegentrat: sie der Kraft seines sittlichen Willens unterwarf. Es ist nicht unnütz, sondern höchst notwendig, daß ein Volk seine natürlichen Eigenschaften und ihre natürlichen Bedingungen, ja Ursachen kenne — nicht um an dieser Kenntniss zu verzagen, sondern im Gegenteil: um den Willen doppelt zu spannen und drei-

fach zu stählen, wo diese Eigenschaften oder ihre Ursachen der nationalen Zielsetzung Hemmungen bereiten. Es gibt keine Natur auf Erden, im Menschen und um ihn, die es ihm versagte, mit ihr und in ihr dennoch Geschichte zu machen, politisch zu handeln, zu wirken, zu gestalten. Die eine macht es ihm leichter, die andere schwerer. Den Deutschen macht es am schwersten die Natur in ihnen; die Natur um sie ist harmlos und bedeutet kein Hindernis.

Von der Natur des Deutschen zu wissen, ist darum auch eine Voraussetzung dafür, ihm eine politische Prognose zu stellen. In der Heilkunde hat es eine Epoche gegeben, die man den therapeutischen Nihilismus nannte. Damals stellte man Diagnose und Prognose, um zu resignieren und „es am Ende gehn zu lassen, wie's Gott gefällt“. Sie ist überwunden. Auch am Krankenbett entwickeln wir (gerade heute!) eine möglichst rationale Prognose aus möglichst eindringlicher Kenntnis von der Natur des Kranken — damit diese Prognose des Arztes und des Kranken Verhalten leite. Es wäre wider die Ethik, zu sprechen: so ist seine Konstitution, drum muß man ihn seinem Schicksal überlassen. Auch die Kenntnis der Konstitution ist uns nur ein Element rettenden und gesundenden, zu neuer Kräftigung und Blüte führenden Handelns. Wir untersuchen den Niedergebrochenen, nicht bloß die zeitlichen Umstände, die ihn warfen, auch die natürlichen Eigenschaften, die er durchs Leben trägt, die gefährdenden, um sie zu bändigen, die heilsamen, um sie zu benutzen. Wir stellen Prognosen, um zu helfen.

Und so sollte man es auch am Leidenslager eines niedergebrochenen Volkes halten: seine Wesensart

erkennen, um seine Wirkenskraft neu zu erwecken, umsichtig zu sichern und zum Höchsten zu entwickeln.

16

Wahrlich, den Deutschen macht es am schwersten die Natur in ihnen! Jedes Blatt der deutschen Geschichte redet Zeugnis von der Widerborstigkeit unseres Nationalcharakters gegen die Notwendigkeiten der Staatsordnung. Ziehen wir endlich einen resoluten Strich unter die tertianerhaften Versuche, uns bei jedem Unglück auf die Ungunst unserer Lage, das Verhängnis unserer „Mitte“ herauszureden! In diesem Fatum (wenn wir es überhaupt zugeben: diese angebliche Mitte von heute ist ja erst eine von gestern, ist die Mitte des „konzertierenden“ Europa seit Peter dem Großen; und besteht sie im Angesicht des neuen russosibirischen Sowjetreiches noch vergleichbar mit ihrer Tatsächlichkeit zu Zeiten der heiligen Allianz und des Berliner Kongresses?) — in diesem Fatum, es einmal kritiklos eingeräumt, ist ebensoviel Gefahr wie Gunst eingeschlossen; es enthält Bedrohung wie Verheißung in gleicher Fülle; unsere Mitte ist nichts Böseres als die Insularität Britanniens oder die Isolation der Vereinigten Staaten. Vielleicht lehrt gerade die Epoche von morgen uns die Vorteile solcher Lagerung: sind wir nicht von allen farbigen Gefahren abgezäunt, mit denen andere jeden Tag heißer zu ringen haben werden, weißes Volk inmitten weißer Völker, ohne das gelbe Problem Rußlands und der Union, ohne das schwarze Frankreichs, das rote Südamerikas und das braune Englands? Ist eine starke Nation (ich meine jetzt: an Volkszahl stark) in einer Mittenlage wirklich bloß

Amboß, nicht auch Magnet? Und war es nicht am meisten der unruhige, überstürzte, ewige Stromwechsel unseres Nationalcharakters, der es verschuldete, daß kaum wirksam gewordener Anziehung immer wieder so rasch Abstoßung folgte, daß Deutschland zwischen der Rolle eines positiven und eines negativen weltpolitischen Kraftfeldes so unbegreiflich hin und her wechselt? Preußen war es, das den Deutschen das hohe Vorbild gab, wie eine Ungunst der Umwelt dem Starken nur dazu dienen darf, sich selber an solcher Ungunst zu stählen — leider vergaß es in entscheidender Schicksalsstunde, daß Stahl ebenso hart wie geschmeidig ist und daß diese Verbindung es sein mag, die einem Staat der Mitte seine Chancen sichert; jenes gußeiserne Preußentum, das sich seit 1890 in Deutschland breitmachte, mußte wohl unter den Hammerschlägen der Schicksalsprüfung in Stücke springen (um welche einzig die deutsche Demokratie eine rettende Klammer legte). Mitte ist Schicksal, Schicksal ist in dieser Welt immer zu gleichen Teilen Gelingen oder Versagen — und seine Sterne sind einer Nation sogut wie dem einzelnen nicht neben sie, sondern in sie, in ihre Brust gelegt.

Ist es der Unstern der Unstaatlichkeit, des unpolitischen Wesens, der über dem deutschen Schicksal als sein Verhängnis waltet? Auch damit reden wir uns gern heraus, wenn wieder einmal ein Unglück uns heimsuchte, reden wir (was schlimmer ist) uns um die Pflicht herum, zu eigener Verantwortung uns aufzuraffen, die Verantwortung für unser nationales Schicksal auf die eigenen Schultern, auf die Schultern eines jeden im Volke zu laden. Wie oft haben wir es in diesen letzten Jahren wieder hören müssen, daß die

Deutschen ja doch nie politisch reif zur Selbstbestimmung würden, daß sie immer eine „starke Hand“, einen Kaiser, ein Symbol der Verehrung brauchten, daß Demokratie nichts für sie sei, und was derlei Fuchspredigten der betrübt Entampteten mehr sind. Wir reden nicht von der nationalen Würdelosigkeit, die darin liegt, uns selber abzusprechen, was Lateiner und Slawen, Angelsachsen und Skandinavier, Madjaren und Türken, ja Ägypter und Inder sich zutrauen; wir reden von dem sachlichen Irrtum, der in dieser Doktrin vom unpolitischen Deutschen steckt. Er muß endlich und endgültig ausgeräumt werden, wenn wir als Nation den Weg ins Freie finden wollen.

„Politisch-sein“ ist keine Eigenschaft in einer Reihe mit jenen, als deren Verbindung wir den deutschen Nationalcharakter abgeschildert haben. Sie ist das übrigens auch im individuellen Sinne nirgends. Der politische Mensch kommt nicht zur Welt; ihn macht die Zeit. In jeder Zeit leben Menschen mit sehr verschiedenen Eigenschaftskombinationen, sie werden dies und das; aber die Zeit, in die sie geboren wurden, spricht nur ganz bestimmte von diesen Kombinationen oder von ihren Elementen an. Unsere Seele ähnelt jenem Helmholtzschen Resonator, der aus einem vielfältigen Klanggemisch bestimmte Grund- und Obertöne isoliert und zur Sinnfälligkeit bringt. Das musikalische Talent ist gewiß eines der ursprünglichsten, es läßt sich am wenigsten anlernen, wo es nicht angeboren ist, und man darf voraussetzen, daß ziemlich in allen Zeiten gleichviel musikalische Menschen geboren werden, wenn auch in der einen Rasse und Rassenmischung mehr als in der andern, wobei die Deutschen kaum an der Spitze

marschieren: südliche und östliche Völkerschaften sind ohne Zweifel von breiterer Musikalität als wir. Dennoch häuften sich die großen Tondichter, die großen Virtuosen der Vokalität und Instrumentalität, die großen Dirigenten erst in einer Epoche, da für die Musik „die Zeit erfüllet war“: vom Ausgange des Mittelalters an in immer wachsender Verdichtung bis zum 18. und 19. Jahrhundert, die eine nie erhörte Fülle musikalischer Leistung konzentrieren, mit einem wahren Olymp von Genies und einer wimmelnden Masse von Talenten, und die Deutschen stehen in diesem Segen an der Spitze, weil bestimmte Umstände ihres nationalen Geschicks bei ihnen die Innerlichkeit des Erlebens stärker als bei andern Nationen bis zur Einseitigkeit entwickelt und dadurch auch der musikalischen Epoche einen besonders günstigen Boden bereitet haben. Niemand weiß, ob diese Epoche noch fort dauert oder schon wieder im Abklingen begriffen ist. Endet sie, so werden künftig nicht weniger musikalische Begabungen zur Welt kommen, aber die „Zeit“ wird keine Verwendung für sie haben; sie werden, wie vordem, in der Stille dahinmusizieren, ohne an der Empfänglichkeit der Mitwelt ins Große und Allgemeine zu wachsen.

Erst recht steht es so um Fähigkeiten, die viel mehr der Erfahrung, Schulung, Bildung bedürfen, um sich auswirken zu können. Es ist gewiß, daß zu allen Zeiten gleich viele Menschen mit den Eigenschaften geboren werden, mit denen man Politik zu machen hat, und es ist schon möglich (wenn auch weniger augenfällig), daß dabei die eine oder andere Völkergruppe begünstigter ist, genau wie bei der Musikalität. Aber zugleich wird hier deutlich, daß

politische Begabung etwas viel weniger Einheitliches vorstellt als musikalische, mathematische, rhetorische. Man kann mit sehr verschiedenen Eigenschaften Politik machen — die „Typen“ der Staatsmänner unterscheiden sich gewißlich stärker voneinander als die (auch vorhandenen) Typen der Tondichter, der Rechner und Redner, und wenn man die französische und die britische Nation etwa als Beispiele politisch beanlagter Völker anzieht, so ist zu bemerken, daß gerade diese beiden eine (bis heute) sehr erfolgreiche Politik mit ganz verschiedenen, mit teilweise geradezu entgegengesetzten Wesenszügen getrieben haben. Die politische Methodik Frankreichs und Englands in den letzten 250 Jahren: das wäre einer völkerpsychologischen Dissertation wert, die uns vielleicht doch noch Wesentlicheres lehren könnte als die Spekulationen über die geistige Kapazität des paläolithischen Menschen oder die Hypothesen über die magische Logik der Negritos auf den Inseln Australasiens . . . Die politische Methodik Frankreichs und Englands zeigt, mit wie verschiedener „Mentalität“ an Talent, Temperament und Gesinnung man Politik treiben, eine politische Nation sein kann.

Wir haben selber Eigentümlichkeiten seiner Wesensart beschrieben, die es dem Deutschen gewiß nicht erleichtern, ein politisches Wesen zu sein. Jedoch ist es gewiß, daß bei Engländern und Franzosen andere Eigentümlichkeiten eine ähnliche Erschwerung bedeuten. Die Neigung des durchschnittlichen französischen Menschen, auf der Lebenshöhe seine berufliche Aktivität zu beschließen, von einer bescheidenen Rente in einem bescheidenen Winkel mit bescheidener Annehmlichkeit das Dasein des

Lebensnachmittags und -abends zu genießen, von der Welt ungeschoren zu bleiben und in der Berührung mit ihr durch konventionelle Liebenswürdigkeit sich an der Oberfläche der Auseinandersetzung zu halten — ist ganz sicher keine großartige politische Mitgift, sondern steht einer Politisierung denkbar breit im Wege. Warum ist dennoch dieses capuanische Frankreich, das sich mit 50 Jahren zur Ruhe setzt, diesem catonischen Deutschland, das in den Sielen stirbt, politisch überlegen? Weil der Franzose als Glied seines Staates ein anderer ist denn als einzelner: weil er eine politisch günstigere individual-soziale Spannweite seines Wesens hat, die wir auch als menschlich-völkische Spannweite (in unserer besonderen, eben der politischen Auswertung) bezeichnen könnten — und dies Phänomen, ein fundamentales in der Sozialpsychologie, müssen wir freilich erst begriffen haben, um die Politisierung des Deutschen betrachten zu können.

17

Das heißt also: zwischen dem reinen und dem sozialen Individuum, zwischen dem für sich seienden und dem in einem Gemeinschaftsverband stehenden Menschen besteht ein Unterschied des Sich-Gehabens und Sich-Verhaltens — den wir alle kennen, der uns allen geläufig ist. Viele Formeln versuchen ihn mundgerecht zu machen: daß ein Kollegium allemal dümmere sei als jedes seiner Mitglieder; daß der Mensch als Masse Dinge mittue, die er als einzelner nie täte, ja kaum begreift; und derlei mehr. „Einzelner“ — das ist natürlich relativ gemeint, denn Robinsonaden, in denen ein Mensch wirklich nur er selber ist, kommen fast nie vor; und

„Gemeinschaft“ — das ist ein sehr fließendes Etwas, worunter man sich einen Familientisch sogut wie ein Hundertmillionenvolk denken kann. Trotzdem stimmt die Hauptsache: schon der Familientisch wirft manchmal über den Haufen, was eines seiner Glieder bedacht und beschlossen hatte, stimmt dieses Glied um; wie oft sieht man (z. B. als Politiker) eine Sache, die einem beim Alleinsein ganz klar schien, von deren innerer Logik man durchdrungen war, an Überzeugungskraft verlieren, sowie man am Tische eines Kollegiums sitzt oder gar in der Atmosphäre eines Plenarsitzungssaales. Und im großen ganzen trifft es auch zu, daß die Veränderung unseres Denkens, Fühlens, Wertens, Handelns um so stärker wird, je massenhafter die Gemeinschaft, in die wir einbezogen sind. Man verstehe dies nur recht: ich kann von einem Familienkreis niedergestimmt oder beschworen werden, einen Plan fallen zu lassen, ich gebe nach, aber meine Überzeugung, die ich mir als einzelner gebildet habe, ist dadurch nicht erschüttert — hierum handelt es sich für uns nicht; sondern um die unbewußte Alteration, die das Umgebensein von Gemeinschaft in uns vollzieht, so daß wir selber anders zu denken, zu fühlen, zu handeln anfangen, in der Masse „aufgehend“ oder gar „untergehend“.

Die Umwandlung, die sich da (manchmal im Nu, manchmal langsam) vollzieht, richtet sich in ihrem Ausmaße nach vielen Zufälligkeiten, aber sie hat auch ihr Gesetz, und eben dies Gesetz heißen wir die individual-soziale Spannung. Sie richtet sich nach Geschlecht, Lebensalter, Bildungsstand, aber auch nach Rasse und Volkstum. Frauen und Kinder verändern sich in der Gemeinschaft radikaler als

Männer und Erwachsene, primitive Naturelle mehr als kritische, der Südländer mehr als der Nordländer, der Franzose mehr als der Deutsche. Die Franzosen haben (und teilen dies mit den Mittelmeervölkern überhaupt) eine außerordentliche individual-soziale Spannung, sie ist bei ihnen so groß, daß man geradezu von einem Gegensatz zwischen dem Einzelfranzosen und der Nation sprechen kann, der vieles unbegreiflich macht, was die Nation als solche billigt, wünscht, tut: der einzelne Franzose ist ein heiterer, bescheidener und bedürfnisloser, freundlicher und gerechter Mensch, wenig geneigt, aus seinem engen Kreise hervorzutreten, immer danach aus, in diesem Kreise sich rechtzeitig ein anspruchslos behagliches Ruhedasein zu sichern; die Nation, nun, wer kennt sie nicht, zählt zu den unruhigsten, anspruchsvollsten, herrischsten, expansivsten des Erdballs, ist von maßlosem Selbstgefühl und unersättlicher Betriebsamkeit, die mit Vorliebe über die faktischen und auch über die möglichen Grenzen ihres Landes und ihrer (sehr hohen) Leistungsfähigkeit hinausgreift. Ähnlich steht es mit den Juden. Man weiß, daß jeder Antisemit mindestens einen Juden hat, den er von seiner Abneigung ausnimmt, als sympathischen Menschen, als „weißen Raben“ anerkennt; auch da, wo die Abneigung keine feindseligen Formen annimmt, sondern nur als Fernhalten, als Reserve auftritt, sind immer einige vorhanden, denen sie als einzelnen nicht gilt. Die Juden müßten die beliebteste Menschensorte sein, wenn es nach dieser vieltausendfältigen Wertschätzung ihrer einzelnen ginge. In der Tat zeigt ihr Auftreten in Gruppen auch dem, der keine Voreingenommenheit gegen sie kennt und viele Freunde unter ihnen hat, das Fremde

in ihrem Wesen viel stärker an, als es beim einzelnen je hervortritt: in der Masse von seinesgleichen potenzieren sich Züge, die der Nichtjude als „anders“ im Vergleich zu sich und seinesgleichen, aber im Zusammensein mit dem Einzeljuden als wenig belangreich empfindet. „Im Kreise der Seinen erkenne ich meinen Mann oft kaum wieder“, sagte mir vor Jahren eine nordische Dame, die mit einem jüdischen Gatten in völlig harmonischer Ehe lebt. Und es handelt sich keineswegs bloß um den „Kreis der Seinen“, mag hier auch die Potenzierung fremdartiger Wesenszüge am stärksten sein; auch in bunt gemischter Gesellschaft erscheint uns der Jude oft ganz anders (und vielfach „weniger sympathisch“), als wir ihn von Begegnungen zu zweien kennen. Bei den slawischen Nationen läßt sich dasselbe von den Tschechen aussagen. In meiner Heidelberger Antrittsvorlesung durfte ich sie so charakterisieren: „Die deutsche Kolonisation ist hier (in Böhmen) auf ein slawisches Volk gestoßen, das liebenswürdig in seinem Phantasieleben, anpassungsbereit in allem Beruflichen, umgänglich und gutartig in seinem Charakter, in den Angelegenheiten seiner Muttersprache von leidenschaftlicher und rücksichtsloser Un-
duldsamkeit war und geblieben, ja erst recht wieder geworden ist.“ Ich möchte mit einem Urteil über Polen und gar Russen zurückhalten, weil ich ihre Länder noch nie betreten habe. Doch es will mir scheinen, als ob auch die polnische Artung jene uns Deutschen schwer begreifliche Spannung zwischen dem gutartigen und liebenswürdigen, hilfsbereiten und umgänglichen Einzelnen und der schwierig zu nehmenden, argwöhnischen, extremistischen und fanatischen Nation zeige, und als ob in Rußland die

Güte und Weichheit des persönlichen Sich-Gebens mit der Härte, ja Grausamkeit des öffentlichen Lebens in ähnlicher Weise kontrastiere. Vor langen Jahren hat mir ein Kenner der beiden Nationen gesagt: der Russe übergibt den Feind verbindlich lächelnd dem Tode, der Deutsche läßt ihn polternd und fluchend laufen — wer nachdenklich dies Aperçu erwägt, wird in ihm etwas von der Feststellung entdecken, daß wir auch im öffentlich verantwortlichen Handeln bis zum äußersten „wir“ bleiben, so wie wir im privaten Leben zu sein pflegen, während jene aus dem einen Bezirk in den andern höchstens die Maske hinübernehmen, das Wesen aber auf diesem Wege bis zur Unkenntlichkeit wechseln.

Denn wir Deutschen stehen freilich im Lager der Eng-Gespannten vorn an! Unsere individualsoziale Distanz ist minimal (und da die französische maximal ist, so erklärt sich gutenteils schon hieraus die Gesamtspannung zwischen den beiden Völkern, die seit so undenklicher Zeit verurteilt scheinen, einander nie zu begreifen). Darin spielt gewiß ein nordischer Rassezug mit. Denn Holländer, Dänen, Schweden, Norweger zeigen dasselbe Bild, auch tritt es im Norden Deutschlands evidenter zutage als in der Mitte und im Süden, wo die Trennung von öffentlichem und privatem Verhalten reinlicher, das Hinübertragen von Neigungen und Abneigungen, Stimmungen und Verstimmungen aus der einen Sphäre in die andere seltener ist. Aber auch die Briten haben, und zumal in ihrer Oberschicht, von der sie ja bis an die Schwelle des 20. Jahrhunderts so gut wie ausschließlich politisch geführt worden sind, einen starken Fond nordischer Rassigkeit, viele Männer

und Frauen ihres Adels stellen den hochwüchsigen, schmalgesichtigen, langgliedrigen, langköpfigen, weißhäutigen, blauäugigen und blondhaarigen Menschen geradezu exemplarisch dar; soll man es nun etwa nur aus dem mittelmeerischen Einschub herleiten, daß das politische Verhängnis einer zu geringen individualsozialen Spannweite der Sinnesart bei ihnen nicht in Erscheinung tritt? Englisches Wesen ist sprachlich gewiß mehr latinisiert worden als deutsches, aber die mediterrane Rassigkeit dürfte seinen nordischen Kern nicht stärker durchlöchern, als sie es bei den Deutschen auch tat, bei denen überdies der alpine Faktor sich viel wesentlicher als in Britannien zum mittelmeerischen addiert; man kommt, bei intaktem Erklärungsgewissen, auch hier mit der anthropologischen Herleitung nicht weit. Dagegen offenbart uns gerade das britische Exempel, wie ein Volkstum sich politisieren und auf diesem Wege als eine Voraussetzung seiner „Einvolkung“ auch seine geringe individualsoziale Spannweite entgiften kann.

Als Tatbestand an sich ist sie freilich nicht sehr zu ändern, ist sie wahrscheinlich ein wirklich anthropologischer Faktor, mag er an Lebensalter, Geschlecht, Rasse gebunden sein. Aber wie sie ist, läßt sie sich dienstbar machen: Britannia docet! Die Engländer nämlich haben diese fragwürdige Mitgift einfach in derselben Ebene verlagert: anstatt in alle Dinge der Gemeinschaft, schließlich auch des Staates, den einzelnen hineinzutragen und darin zu bewahren, sind sie den umgekehrten Weg gegangen und haben den öffentlichen Menschen bis ins engste Privatdasein hinein installiert. Es ist der ausgeprägteste Sozialindividualismus, den die Welt kennt.

Für unsern Geschmack wird damit viel Flügelstaub des Höchstpersönlichen weggeblasen, der Angelsachse bedünkt uns unbegreiflich konventionell, auch sein persönlichstes Dasein scheint uns durch ein paar Schematismen geregelt zu sein, seine Plauderei und seine Diskussion deckt eine Simplizität auf, als stände er dauernd in einer Volksversammlung oder in einem Presbyterium, wo man die Zusammenhänge auch sehr primitiven Köpfen klarmachen, seine Wünsche auch sehr primitiven Gemütern suggerieren muß. Er selber scheint Denken und Fühlen, Verstand und Temperament an sich entsprechend nivelliert zu haben — auch die Innerlichkeit jedes einzelnen ist nur noch Common Sense. Es bedarf bei ihm nicht der Umkehrung des seelischen Vorzeichens, wenn er aus der individuellen Sphäre in die soziale tritt (wie beim Franzosen), sondern er ist jeden Augenblick ein öffentliches Wesen, das der Gemeinschaft gehört und sich auf sie hin reguliert. Was ihm, *nota bene*, das Recht gibt, ganz kleine, ganz harmlose Züge der Individualität, wie eine breit lachende Jungenhaftigkeit, unangefochten ins öffentliche Dasein hinüber zu nehmen (während der Deutsche, unsicher in allen Angelegenheiten der Benehmensform, gerade diese unschädlichsten Persönlichkeitswürzen ängstlich daheim läßt, um die gefährlichsten und erschwerendsten um so sicherer ins öffentliche Wirken mitnehmen zu können). Aber selbst dies ist der Konventionalisierung nicht entgangen; ein gewisses Lächeln und Lachen der Angelsachsen erscheint uns stereotyp, in der Tat ist es bei öffentlichen Photographien nahezu Klischee geworden, und es bringt uns in Befremden und Verzweiflung, wenn wir gewahren, daß dies Klischee

auch das privateste Lächeln und Lachen der einzelnen dort unerbittlich mitprägt.

18

Wir wollen gewiß und werden niemals uns in Angelsachsen verwandeln; man kann ja nicht „machen“, was bei andern geschichtliches Schicksal infinitesimal geformt hat, und äußerliche Anglisierung, wie sie genugsam betrieben wird, müßte nur Karikaturen erzeugen. Aber im Grundsatz freilich sehe ich auch für die Deutschen keinen andern Weg: wir müssen viel einförmiger werden, wenn wir politisch werden wollen. Auch bei uns muß der persönliche Mensch sich vielmehr im öffentlichen auflösen, um den politischen Menschen zu erziehen. Ich weiß, daß ich damit das Schmerzliche rate, was den Deutschen zugemutet werden kann.

Hier eben liegt die geschichtliche Entscheidung, vor welche die Deutschen heute gestellt sind. Sie können ihr ausweichen — aber nein, das können sie nicht; jedoch sie können sich „konservativ“ entscheiden, so zu bleiben, wie sie in den letzten Jahrhunderten waren und auf das Politisch-Werden verzichten. Dies ist durchaus möglich, und es liegt sehr nahe. Es ist vor allem das Bequemste. Es wäre aber auch zahllosen Deutschen das Sympathische, nicht bloß der Bequemlichkeit halber, sondern weil sie spüren, wenn auch ganz dunkel, daß sie damit große Werte der deutschen Art bewahren, die sie bei einer Entscheidung für die Politisierung opfern müßten. Wir wollen sehr vorsichtig sein und sagen: vielleicht bewahren können. Denn ganz so sicher ist diese Bewahrung nicht. Möglich, daß die urtümlich deutschen Züge einer regionalen und individuellen,

einer partikularen und singulären Fülle geistigen Schaffens und Wirkens, Gestaltens und Genießens nicht erst durch die Politisierung, sondern bereits durch die Ökonomisierung der Welt und Deutschlands schwer und unheilbar beschädigt und verringert worden sind! Daß diese Eigenart mit dem Siegeszuge der Maschinenzivilisation schlechterdings unverträglich ist! Die Jeremiade der deutschen Entgeistigung, der Verflachung und Vernützlichung unseres Volkswesens hob ja schon kurz nach der Gründung des Kaiserreiches an, das zwar kaum eine wirkliche Politisierung, desto frappanter aber die unaufhaltsame Ökonomisierung und Technisierung auch der deutschen Welt augenfällig werden ließ. Dann freilich stünde es so, daß wir doch verlören, unabwendbar, und nichts gewännen, wenn wir uns der Politisierung versagen. Diese Gefahr ist nicht gering — wie groß, wie akut sie sei, wird kaum jemand zu schätzen vermögen.

Aber lassen wir sie beiseite; verschreiben wir uns der optimistischen Meinung, die Ökonomisierung und Technisierung der Welt werde in absehbarer Weile eine Art Ruhelage erreichen (ähnlich wie nach dem Zeitalter der Erfindungen und Entdeckungen vor vierhundert Jahren) und dann sei neue Gelegenheit zur Entfaltung von Kulturschöpfungen, zur Aufrichtung geistiger Wertordnungen: gut, wir wollen nicht bezweifeln, daß dabei die Deutschen eine bedeutende Rolle spielen könnten — jedoch, ihren Staat werden sie dann preisgeben müssen. Daran ist kaum ein Zweifel erlaubt. Das Deutsche Reich als festgefügte staatliche Einheit kann im Zuge der künftigen, riesenhaften Auseinandersetzungen zwischen den politischen Weltgebilden nur von einer

durch und durch politisch gewordenen Nation gehalten werden, will heißen von einer solchen, die in ihrer Gesamtheit Tag und Nacht über den politischen Schicksalen ihres Staates wacht. Sonst wird es sich, halb durch die Ansprüche von Nachbarn und halb durch die eigenen uralten Zentrifugalkräfte (die sich heute gerne „gesunder Föderalismus“ nennen) auflösen. Man braucht sich nur die Entstehung eines Rheinstaates und eines Niedersachsen vorzustellen, die beide nach der Selbständigkeit des heutigen Bayern trachteten, und dies Bayern etwa durch Stücke Alpenösterreichs verstärkt denken — und das Reich ist am Ende. In Mitteleuropa würde dann ein Haufen von Kleinstaaten (an den Weltmächten gemessen: Zwergstaaten) deutschen Volkstums entstehen, geistig vielleicht von hohem Rang — vielleicht — aber politisch nur noch Objekte der Welt-
händler. Wer dies Elsässerideal aufnimmt, dem kann man es nicht fortdisputieren. Dies ist Sache des völkischen Wollens. Wer der politischen Subjektrolle gern entsagt, um sich ganz im Innerlichen zu sammeln, der ist mit Gründen nicht zu widerlegen. Man muß ihn nur auf eines aufmerksam machen: daß dann die Innerlichkeit schöpferisch werde, ist nicht unbedingt sicher; denn es ist eine Irrlehre, die Deutschen seien gerade in der Zeit völliger politischer Ohnmacht die geistigen Führer der Menschheit gewesen; mindestens zwischen 1750 und 1850 (an welche Epoche man dabei gerne denkt) stimmt es nicht, denn es ist nicht werdende Ohnmacht, sondern im Gegenteil sich aufraffende, ihrer selbst sich beschämt bewußt werdende und um ein neues Empor ringende, die hier mit unerhörter geistiger Leistung zusammengeht, und was die Reformationszeit anbetrifft,

so beginnt da ja gerade die ungeheure Tragödie: es ist die antipolitische Gestalt des exklusiv innerlichen Luther, die zwar das Evangelium reinigt (auch für die katholisch bleibende Welt), aber jede Erneuerung der staatlichen Gesundheit Deutschlands aus diesem Quell verhindert; bei Gerhard Ritter, dem jüngsten Zeichner von „Gestalt und Symbol“ des deutschen Reformators, tritt diese Tragödie wahrhaft erschütternd, ja wahrhaft niederwerfend zutage. Damals haben die Deutschen wirklich ihr äußeres Reich verschleudert, um ihr inneres zu erringen. Gelüstet es sie, den Weg nach Münster und Osnabrück noch einmal zurückzulegen?

Eines aber geht gewiß nicht: den deutschen Staat und die ganze Fülle der örtlichen und persönlichen deutschen Innerlichkeit auf einmal wollen! Denn ein großer Staat fordert Einförmigkeit, weil er über weite Räume und alle seine Glieder hin unbedingte Ordnung bedeutet: das heißt also, Ein- und Unterordnung jedes Bezirks und jeder Gruppe und jedes einzelnen unter die harten politischen „Belange“. Weder Rom noch Preußen noch Britannien konnten in der Farbenfülle der Innerlichkeit schwelgen, wenn sie das werden wollten, was sie wurden, und Frankreich hat seine hohe Geistigkeit nur gerettet, indem es sie unerbittlich an dem einen Schauplatze seiner politischen Macht, zu Paris, konzentrierte und seiner Provinz jeden Luxus geistig wirkender Differenziertheit abschnitt. Wir aber müßten politisch zugrunde gehen wie Hellas, wenn wir wähten, solchen Luxus uns gestatten und dabei ein starkes Staatswesen werden zu können.

Nein: wählen, so oder so, heißt verzichten.

Und dies bildet ein Hauptstück aller politischen

Prognose für Deutschland: wollen wir unsere starke Staatlichkeit, politische Geltung in der Welt, ein wirkliches Reich, Ebenbürtigkeit mit Frankreich (der einzigen, uns räumlich und völkisch halbwegs vergleichbaren Nation) — dann heißt das uns politisch machen, viel politischer, als wir sind; dann heißt das resolut aufhören, unsere persönlichste Originalität, jede örtliche Nuance unseres Deutschseins in die politische Atmosphäre hinüberzutragen, und da wir vermutlich nicht dazu geschaffen sind, in uns die große individualsoziale Distanz der Franzosen auszubilden, als Nation etwas ganz anderes zu sein denn als Person, so bleibt uns wohl eher der angelsächsische, unserer ursprünglichen Art gemäßere Weg: auf vieles, vieles Persönliche und Besondere jeglicher Art zu verzichten, es abzustreifen, den alten deutschen Adam gründlich auszuziehen und in der großartigen Einförmigkeit des Staatsvolkstums uns zu erneuern.

Weil ihr dies am leichtesten wird, darum ist die deutsche Arbeiterschaft Deutschlands Vorhutauf diesem anstrengenden und wehmütigen Marsche. Denn in dieser größten und jüngsten Masse deutscher Art ist schon ein wesentliches Stück der staatzugewandten Einförmigkeit, die Deutschland braucht, um als Staat zu leben und zu gelten. Nur der „Massentritt von Bataillonen“ (es brauchen dies gar keine militärischen Formationen zu sein) macht eine Nation, das ist ein staatliches Volk. Es gibt keinen liberalen Staat, so fundamental auch für unsern künftigen Massenstaat, wir werden es darzutun haben, die liberal genannten Kräfte bleiben; ein liberaler Staat ist ein brennender Eisblock oder ein wogendes Quadrat. Die Deutschen müssen, um Staatsbürger

zu werden, die das Schicksal ihres Reiches in den Händen halten und bestimmen, viel „Menschliches“ preisgeben. Niemand wird sich darüber täuschen, wie namenlos schwer es sein muß, die Deutschen auf diesen Weg zu bringen, der sie nach ihrer meisten Empfinden von dem besten, das sie besaßen, wegführt, einem Ungewissen zuliebe, das immer ihr Schwächstes gewesen zu sein scheint. Und doch steht es so, daß der andere Weg sie mit Gewißheit ihre politische Existenz kostet, ohne doch ihre geistige Bedeutung sicherzustellen, während sie auf diesem freilich ihre Geistigkeit aufs Spiel setzen, um eine gewisse politische Zukunft zu gewinnen, aber vielleicht, ja wahrscheinlich doch auch wieder in ihrem Rahmen ein ansehnliches Maß von Geistigkeit zu bewahren und zu entfalten. Sofern einem Volke fremdes Beispiel in solchen Lagen überhaupt etwas bedeuten kann, möchten wir sagen: Deutschland müsse sich Englands Verfahren wählen, um zu Frankreichs Ergebnis zu gelangen. Aber es ist in Wahrheit dies nur eine höchst grobe Veranschaulichung, und Verfahren wie Ergebnis unserer Politisierung werden im letzten Grunde deutsch sein.

19

Woher schöpfen wir die Zuversicht, daß ihre Politisierung den Deutschen eine gewisse Zukunft ihres Staates verbürge? Wir schöpfen sie aus den letzten sieben Jahren! Vorzüglich aus ihren schlimmsten: 1919 und 1923; wie ein Volk am Rande des Untergangs seines Staates sich verhält, das wird für seine Beurteilung entscheidend sein. Und in dieser Lage haben sich die Deutschen eminent politisch verhalten.

Der gelehrsame Betrachter könnte hinzufügen: überdies hätten ja die Deutschen schon einmal, und zwar nicht durch sieben, sondern durch siebenhundert Jahre erwiesen, daß sie eine zu höchsten politischen Schöpfungen befähigte Nation seien. Denn zwischen (rund gesprochen) 700 und 1400 liege eine Epoche deutscher Geschichte, welche die Deutschen als erstes und führendes Volk aus dem Chaos der Völkerwanderung und des zerbrochenen römischen Reiches zu staatlichen Ordnungen in neuen Reichen und weiter zur Weltherrschaft ihres Imperiums emporsteigen sah. Das Mittelalter sei das bisher größte und durchaus politisch große Geschichtserlebnis des deutschen Volkes; und das Halbjahrtausend zwischen 800 und 1300, von Karl dem Großen bis zum Abschluß der ostelbischen Germanisation, stehe ebenbürtig neben den größten Zeitaltern politischer Geschichte, die wir in dem ganzen räumlich-zeitlichen Etwas, das wir „Weltgeschichte“ zu heißen pflegen, erblicken. Dies ist richtig, und das Hochmittelalter Deutschlands verdient es, als gewisseste Widerlegung aller nationalen Entmutigung noch ganz anders als bisher in den Vordergrund politischer Bildung an der Geschichte gezogen zu werden. Nur kann es nicht gerade ein Beweisstück abgeben für die Fähigkeit der Deutschen, ihr politisches Schicksal als Volk selber zu bestimmen; im Gegenteil mag es eher der These Vorschub leisten, die in uns ein ausgezeichnetes, bildsames Material sieht, das jedoch zum politisch Bedeutenden immer nur durch überragende Einzelne, Gnadengeschenke der geschichtlichen Vor-
sorgung oder Zufälle des geschichtlichen Wandels, wie man es deuten will, geformt worden sei. Es ist die spezifisch widerdemokratische Ansicht, auch ihr war

und bleibt das deutsche politische Schicksal ein Spielball singulärer Genialität und Dämonie, ist die deutsche Volksmasse vortreffliches Objekt, nirgends Subjekt gestaltender Politik (und daher, sobald der eigene „starke Mann“ fehlt, dazu verurteilt, Objekt fremder politischer Gestaltungen zu sein).

In den jüngsten sieben Jahren haben endlich die Deutschen gerade diese Deutung ihres Wesens widerlegt — und damit erst sich überhaupt wieder aus eigener Kraft das eiserne Tor zu politischer Geschichtsschöpfung aufgestoßen! Entsprach doch noch der Hergang der Reichsgründung zwischen 1862 und 1871 durchaus jener entmutigenden Auffassung. Erst als im November 1918 die Ecksteine herausfielen, auf die Bismarck das Kaiserreich gestellt hatte, konnte sich zeigen, ob das deutsche Volk fähig sei, sein Geschick selber in die Hand zu nehmen. Die Probe empfing durch zwei Momente klassische Beweiskraft: sie ward in einem lebensgefährlichen Augenblick veranstaltet, und es tauchte keine, aber auch gar keine „große“ Figur als Führer auf. Mit Staatslenkern von Mittelmaß mußte Deutschland sich aus tödlicher Umklammerung lösen. Dies ward vollbracht. Kurz nacheinander hat die Nation innerhalb weniger Jahre erst den politischen, dann den wirtschaftlichen Untergang abgewehrt. Sie ist gewiß tieferschöpft, wundenbedeckt, noch zeitweilig von Fieberschauern durchzittert: aber sie ist, sie hat ihren Staat und schickt sich an, als respektables Subjekt politischen Mitbestimmens sich von neuem auf der Bühne der internationalen Staatskunst einzurichten.

Gewiß sind ihr die uralten Rivalitäten unter ihren Besiegern dabei hilfreich gewesen. Aber diese Riva-

litäten fehlen in keiner geschichtlichen Lage; es hängt alles davon ab, ob das eigene Verhalten sie steigert oder überbrückt. Zweimal in diesen Jahren mußten wir bangen, daß die Nation, daß ihre Verantwortlichen den Stimmen der „aktivistischen Versuchung“ Gehör schenkten: als es um die Unterzeichnung zu Versailles, 1919, und als es um die Preisgabe der besetzten Landschaften, 1923, ging. Liberale und Klerikale, Demokraten, Sozialisten und „Unpolitische“ — Ebert, Erzberger, Wirth, Rathenau, Stresemann, Marx, Schacht, Luther — haben in diesen kritischen Phasen dem deutschen Staat das Leben gerettet und es teilweise mit dem eigenen bezahlt. Sie erkannten, was in einer gegebenen Situation politisch ist, und das Volk trat auf ihre Seite. Wir denken nicht daran, dem bösen Beispiel des gepachteten Nationaldünkels zu folgen und denen, die anderes rieten, im mindesten zu bestreiten, daß Vaterlandsliebe sie inspirierte. Aber es ist doch charakteristisch, daß die Gralshüter der alten Ordnung falsch rieten. Wäre man 1919 und 1923 ihrem Rat gefolgt, so wäre beide Male das Ende des Reiches der Ausgang gewesen. Was geht daraus hervor? Daß die Geistesart jener alten Ordnung, ihre Denkform, ihr Anschauungsvermögen den realen Dingen gegenüber durchaus unpolitisch ist — und wundert uns das? Es war ja von dieser alten Ordnung nie erlaubt worden, in ihrem Rahmen jemals selbständig politisch zu betrachten, zu folgern, zu entscheiden. Wer dies unternahm, versuchte, beanspruchte, setzte sich in Opposition zu ihr. Nicht erst unter dem unseligen Wilhelm dem Zweiten; hier vielmehr liegt gerade des Reichsschöpfers, liegt Bismarcks tragische Genieschuld. Er hatte eine unmündige Nation gewollt und

gemacht, die er (ein erschütterndes Bild) vergeblich zur Mündigkeit aufrief, als er gestürzt ward. Aus denen, die unmündig blieben und zu bleiben gesonnen waren und allmählich eine Art Staatsräson aus solcher Unmündigkeit machten, bildete er seine Mehrheit, sein Kartell. Der Anspruch auf, der Versuch zu politischer Mündigkeit blieb ihm Umsturz oder Vorfrucht des Umsturzes, Reichsuntreue und Staatsfeindseligkeit.

Man kann nicht sagen, daß in dieser Atmosphäre die stigmatisierte Opposition viel Gelegenheit gehabt hätte, an sich und ihren Massen politische Schulungsarbeit zu leisten. Sehen wir von Windthorst ab; weder Eugen Richter noch August Bebel, weder Freisinn noch Sozialdemokratie bieten ein Bild politischer Überlegenheit gegenüber den Heydebrand, Bennigsen, Kardorff. Der Unbefangene empfängt sogar in mancher Lage den gegenteiligen Eindruck. Erst seit der Jahrhundertwende treten auf der Linken unverkennbare politische Köpfe hervor: Friedrich Naumann, Ludwig Frank; politische Zirkel ziehen die Aufmerksamkeit auf sich: der Kreis der „Hilfe“ und jener der „Sozialistischen Monatshefte“. Politische Theorie beginnt im Oppositionslager aufzuwachsen: Max Weber, Hugo Preuß. Es ist schon Weltkrieg, als ein Teil dieser Symptome ganz deutlich wird. Sie finden in der jungkonservativen Bewegung rechts einen schwächeren Reflex. Erstaunlich genug, daß im Augenblick der Katastrophe und in den Jahren nach ihr hinreichend Politiker der Demokratie vorhanden waren, die das politisch Notwendige sofort durchschauten und den Mut hatten, danach zu handeln. Diese Zeit hat manche Niete gezogen, natürlich: intellektuell wie moralisch, aber

doch nicht mehr als die armselige Vorkriegsepoche; auch ihre Nummern waren (außer Rathenau, dem aber politische Bewährung gewaltsam versagt ward) nicht übermäßig hoch und nicht alle restlos erbaulich; daß eine Handvoll guten Durchschnitts die Nation so richtig zu führen vermochte, ist in allererster Linie der praktischen Vernunft dieser Nation, ihrer breiten Massen selber zu verdanken. Sie hat, nach vier-einviertel Jahren voll echtem Heldentum, es abgelehnt, sich einem sinnlosen Heroismus in die Arme zu werfen; sie hat, in der verzweifeltsten Situation, keiner Desperadotat Raum verstattet.

Wahrlich, dies ist ein politisches Volk.

20

Daneben tritt alles zurück, was in diesen Jahren widerwärtig, töricht, grotesk, wirr und närrisch, ja verbrecherisch anmuten mag. Es war augenblicksweise gefährlich viel — es ist im ganzen gewogen unglaublich wenig. Die Geschichte zeigt kein zweites Beispiel, daß eine Nation als Ganzes sich so bald nach Niederlage und Umsturz, so inmitten von Demütigung und Verarmung den Abenteurern versagte — jedem, ob er von links oder von rechts kam. Wie zeitlich kurze, wie räumlich begrenzte Episoden sind Eisner, Hölz, Kapp, Hitler gewesen! Sogar in der gefährlichsten Lage, die dem Besonnenen hätte die Vernunft rauben können, im Ruhrkampf, obsiegte schließlich die nüchterne Beurteilung der Kräfteverhältnisse und der gesunde Instinkt der Massen über die irrlichternden Projekte skrupellosen Ehrgeizes von Kirchturmsprätendenten und phantastischen Geschichtemei÷verstehern, die immer am falschen Orte und in der falschen Stunde die Rollen von

Anno 1813 kopieren wollten. Schwarze Reichswehr, Femezirke!, all die Bünde, welche viel Jugend zu verlocken wußten: ein Fascio ward nicht daraus. Frankreich hat nach seiner großen Revolution, die es nach einer Sentenz Waldeck-Rousseaus, incomparable à aucun macht, einhundert Jahre gebraucht, ehe es den letzten Abenteurer, der auf Wirren spekulierte — Boulanger — und gar einhundertundzehn, ehe es das letzte Abenteuer, das Wirren aufrührte — die Dreyfusiade — überwand und für immer hinter sich ließ. Erst Krieg und Sieg zwischen 1914 und 1923 haben ihm die Bewährungsprobe auf seine Konsolidierung als demokratische Republik verschafft. Die Deutschen sind keine zehn Jahre nach dem November 1918 so weit, daß sie es nicht einmal mehr fürchten müssen, sondern ertragen (und vielleicht Nutzen davon hoffen können), wenn nunmehr sogar ein Ehrhardt in ihren neuen Staat mit beiden Füßen sich hineinstellen will. Selbst das phantastische München ist, wenige Jahre nach dem Räteterror, der am Ende auch Berlin, hätte es ihn erleben müssen, für etliche Weile aus dem Gleichgewicht geworfen haben würde, nun wieder auf dem Marsche zur Einsicht, Sammlung und Verständigkeit.

Man ist verpflichtet, die Frage zu stellen, welche Kräfte in Deutschland diese unerhört rasche und gründliche Ausschwärung alles Abenteuerlichen, diese wunderbare Genesung zur Ordnung, Selbstzucht und Wirkung ermöglicht und vollbracht haben. Es sind ihrer drei Gruppen, und sie verteilen sich auf Rechts, Mitte und Links. Ihr Wirken bannte schon im November 1918 die Gefahr, daß die Staatsumwälzung über die Beseitigung der Erbmonarchien hinaus zur wirklichen Revolution „weitertrieb“, wie

der radikale Sozialismus es beabsichtigte und versuchte. Es blieb gleichsam beim Dacheinsturz, und Fundament wie Mauerwerk waren, mit ein paar Fassadenbeschädigungen, für einen raschen Neuausbau des staatlichen Wohnhauses so gut wie unversehr.

Das konservative Beamtentum versah seine Posten, als ob nichts geschehen wäre. Die unerschütterliche Ruhe und Selbstverständlichkeit, mit der es diese Losung aufnahm, war die früheste und stärkste Macht, welche einer allgemeinen Panik nach dem Sturze der Throne vorbeugte. Mancher einzelne bäumte sich doch innerlich gegen die Zumutung auf, die ihm da gestellt wurde; ich erinnere mich selber, mit wie unwirschem Protest ich, damals in militärärztlicher Stellung zu Heidelberg, die telephonisch übermittelte Anordnung entgegennahm, den Dienst „in Zivil“ unverändert fortzusetzen, unter der Herrschaft und Aufsicht der Arbeiter- und Soldatenräte! Dennoch schwenkten wir gehorsam ein. Was die niederschmetternd mühelose Beseitigung der vorgeblich „angestammten“ Herrscherhäuser erleichtert hatte: daß auch ihre patentierte Stützenschicht sich keineswegs für sie echauffiert hatte — das war in der zweiten Stunde der Revolution ja deren Selbstveraschung, in der das Feuer des Emporloderns gar kümmerlich verglimmte. Die neuen Staatsmänner, größtenteils recht wunderliche, freilich meist ebenso harmlose Figuren, betraten ihre Amtspaläste und fanden eine Armee unverdrossen aktenbereiter Räte und Sekretäre vor, die sich nicht von ihren Schreibtischen rührten. Nur der Terror hätte sie verjagen können. Aber der Terror blieb aus.

Denn hier geschah das „Mirakel des deutschen Volkes“: dem schlechthin staatsgewöhnten und staatswilligen Altbeamtentum reichte ein schlechthin ordnungsgewöhnter und ordnungswilliger Gewerkschaftssozialismus unverabredet, aber desto wirkungsvoller die Hand. In den kleineren Ländern waren braven sozialdemokratischen Parteivorsitzenden schon der Sturz ihrer fürstlichen Familie recht sauer geworden. Einem davon trat in der Abdankungsszene seine königliche Hoheit mit dem vorwurfsvollen Satz entgegen: „Zu dieser Auseinandersetzung müssen wir uns wiedersehen, Herr . . .!“ Der antwortete ebenso treuherzig wie echter Weisheit voll: „Es liegt nicht an mir, Königliche Hoheit — so wenig wie an Ihnen!“ Und nun erwies sich, daß dem kleinen Häuflein rabiater Revolutionäre, aus Spartakus und U. S. P. gemengt, nicht bloß die unerschütterlich irrevolutionäre, die gefestigt evolutionäre Riesenmasse der „alten“ Sozialdemokratie entgegenstand, sondern daß auf dieser Mauer noch die viel stärkeren Figuren postiert waren und die Defensive erfolgreich lenkten. Der beiden Bedeutendsten und Unbeirrbarsten muß man namentlich gedenken: Friedrich Ebert und Karl Legien bleiben für alle Zeit mit goldenen Lettern in die Tafeln der deutschen Erretter eingemeißelt! Jeder an dem Platze, an dem er am stärksten war, der eine in der Politik, der andere in der Wirtschaft, vollzog die taktische Schwenkung von der Revolution zur Ordnung, von der Diktatur zur Demokratie, von der Gewalt zur Verständigung. Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung und Abschluß einer industriellen Arbeitsgemeinschaft waren die beiden Stützpfeiler, die dem wankenden deutschen

Staat von diesen zwei wahrhaften Freimaurern der deutschen Nation unterbaut wurden. Glänzend bewahrheitete sich, was vor dem Umsturz oft als bloßes Aperçu umgegangen war: daß die deutsche Sozialdemokratie selber ein Stück preußisch-deutscher Disziplin sei, ein linkes Spiegelbild von Armee und Bürokratie. Die Armee war geschlagen und mußte aufgelöst werden; die konservative Bürokratie und die sozialistische Gewerkschaft haben dem deutschen Volke seine staatliche Fortexistenz gerettet.

Daß aber dieses Rettungswerk rasch genug seinen politischen Kitt empfing, dies ist die historische Tat des politischen Katholizismus in Deutschland gewesen. Sein resolutes Einspringen in die neue Ordnung bewahrte diese vor ihrer beim Verfassungswerk 1919 dunkel heraufdrohenden Eigengefahr: auf dem gewählten Boden des demokratischen Mehrheitsprinzips keine Mehrheit aufzubringen. Die Weimarer Koalition entstand durch die Bereitschaft der Zentrumspartei, den neuen Staat positiv mitzugestalten. Diese Bereitschaft war nicht selbstverständlich, und sie hat das Zentrum ernste honoratiore Verluste (ankatholischen Grundbesitzern und Industriellen, kirchlichen Würdenträgern und profanen Gelehrten), ja darüber hinaus ein ganzes deutsches katholisches Land: Bayern — gekostet; dennoch fiel die Entscheidung volkstümlich, und dieser Wurf aus dem Becher der politischen Wirren ward ausschlaggebend für das Spiel. Durch die ganzen Jahre hin, die nun folgten, hat kein anderer Faktor so abdämmend gegen jede neue Staatsgefährdung gewirkt wie die Tatsache, daß das katholische Deutschland in seiner Kernmasse jeder Versuchung zu politischen Restaurationsplänen unerreichbar blieb.

Dieses Faktum ist von tiefer Schicksalsschwere für die deutsche Republik geworden — das in seiner ganzen Tragweite zu erfahren, liegt erst noch vor ihr — und wird sich in seinen Konsequenzen nie wieder aus der Entwicklung Deutschlands eliminieren lassen. Müßig jedoch zu fragen, ob purer Idealismus die Haltung des politischen Katholizismus bestimmt habe. Den gibt es leider in der Politik nirgends, und wo er sich postiert, pflegt er seine Träger zu ruinieren. Daß zwanzig überwiegend evangelische Dynastien, die kaiserliche voran, das Feld räumen mußten (und nur zwei katholische), um der Republik Platz zu machen, hat selbstverständlich der katholischen Volkspartei Deutschlands ihre Wendung zum Neuen erleichtert. Aber man hat ja auch die Haltung der Beamtenschaft auf unüberwindlichen Aktenstumpfsinn und die Vernunft der Sozialdemokratie auf philiströse Gewerkschaftsenge zurückführen wollen. Natürlich sind Gewöhnungen und Interessen jederzeit sehr starke mitbestimmende Kräfte, wo es sich um politisches Verhalten, der Massen wie der Führer, handelt. Die Motive im öffentlichen Leben, so wichtig sie ethisch sein mögen, verdienen politische Würdigung nur, sofern sie selber für die Wirkungen belangreich sind, die aus dem von ihnen bestimmten Handeln sich ergeben. Die Motive der katholischen Partei sind sicher recht verschlungene gewesen, aber unter ihnen sollte man die schlichte Tatsache nicht zu gering wägen, daß die katholischen Massen trotz allem (nämlich trotz ursprünglicher Abneigung, schwerer Verfolgung und vielfältiger Zurücksetzung) dieses deutsche Reich lieb hatten und nicht zugrunde gehen lassen mochten. Und es gab auch schwere Hemmungen, sich mit der Revolution

irgendwie einzulassen, sei es selbst, um sie überwinden zu helfen: Hemmungen des Gewissens und Hemmungen der kirchlichen Autorität. Daß sie beschwichtigt werden konnten, bedeutet genug, und was Bismarck in einer fragwürdig-berühmten Rede vom 18. Mai 1889 aus taktischer Berechnung dem Zentrum attestierte (und Windthorst damals gewiß mit gehöriger Heroenverachtung angehört hat): daß es eine staaterhaltende Partei sei — das hat es in den Monden und Jahren nach 1918 als unantastbaren Besitztitel sich gesichert. Es sollte ein gut Stück politischer Zwiespältigkeit und Entfremdung, die seit der Glaubensspaltung in Deutschland Verhängnis geblieben war, damit für immer fortgewischt sein.

Den Liberalismus aber fand diese epochale Zeit in seiner alten Tragik. Starke, verängstigte Massen liefen zu einer demokratischen Partei zusammen — und liefen wieder auseinander, als die äußerliche Hauptgefahr gebannt schien; persönlicher Zwist beschattete vom November 1918 ab die politischen Wege der bürgerlichen Freiheit, ward doch so starken Figuren wie einem Hugo Preuß und einem Max Weber teils sogleich, teils nach kurzem der Weg ins Parlament versperrt, einem Rathenau der Aufstieg zu führender Funktion auch nur durch das resolute Zugreifen eines politischen Katholiken, Josef Wirths, gesichert. Deutsche Volkspartei und Deutsche Demokratische Partei, den alten Bruderzwist im bürgerlichen Freiheitshause erneut verkörpernd, sind die numerisch schwächsten, die massenärmsten unter den politisch bestimmenden Parteien des neuen Deutschland geworden. Aber (und dies eben bedeutet das Tragische) sie in erster Reihe haben den großen Generalstab der jungen Republik beschickt.

Von Kahl bis Stresemann, noch mehr auf der linken Hälfte von Preuß über Rathenau und Geßler bis Schacht haben sie die eigentlich bedeutenden Aktivisten des neuen Deutschland in viel stärkerer Zahl als Zentrum und Sozialismus gestellt. So ist dieser liberale Anteil an der Rettung des Reiches wohl ebenbürtig, aber minder massentümlich als der bürokratische, der gewerkschaftliche und der katholische; immer wieder entsendet er glänzende Namen, die sich auf fremdes Gefolge stützen müssen, um ihre Leistung zu vollbringen. Dennoch wird man den liberalen Beitrag zu dem nicht unterschätzen dürfen, was darzutun im Zusammenhang dieser Seiten uns am Herzen liegt: zur Evidenz der politischen Befähigung auch des deutschen Volkes.

Denn dies eben ist der Beweis, den von der Stunde seines Niederbruchs im Waffenstillstande bis zur Stunde seiner Rehabilitierung als Großmacht in Genf Deutschland in sieben unerhörten Prüfungsjahren vollbracht hat: daß sein Volkstum in der höchsten Not als Masse das politisch Richtige und Wirksame zu tun, das politisch Irrige, wenn auch Versucherische zu lassen weiß; und daß ihm Männer genug zur Verfügung stehen, die es politisch einen so schweren Weg zu führen wissen, ohne daß Gelingen oder Mißglücken am Leben und Wirken eines einzigen hängt. Der Beweis ward angetreten und vollendet, als, zum erstenmal in seiner mehr als tausendjährigen Geschichte, das deutsche Volk ganz und allein auf sich gestellt, von keinem Bundesgenossen gestützt (wie noch 1813) und von seinen bestellten Führern entblößt war. Im Winter von 1918 auf 1919 gab es nur ein Volk, das in allen seinen Schichten hungerte und fror, erschöpft und verzagt, zerbrochen

und verworren war. Aus allen seinen Schichten kamen Männer, ihm zu helfen, und das Volk ging mit ihnen, hing sich an die rechten, versagte sich den falschen, tat fast in jeder Stunde, was allein getan werden konnte und getan werden mußte. Noch 1923 bestand es die lebensgefährlichste Prüfung, die alle aufgekeimte Hoffnung wieder zu ersticken schien: es ging über den Kreuzberg des Besatzungswiderstandes und des Währungsverfalls und durch das Fegfeuer der zweiten Kapitulation und der Stabilisierung. In der schwersten Lage nur auf sich gestellt, hat das deutsche Volk in diesen sieben Jahren dargetan, daß es als Masse politisch zu urteilen, daß es aus seiner Masse politische Führung zu erzeugen, auszuwählen, zu tragen vermag.

Welch ein Hauptstück des Glaubens an seine politische Zukunft, mit dem im Herzen es von nun an die Wege seiner geschichtlichen Sendung beschreitet! Zum erstenmal besitzen die Deutschen das Größte, was es an irdischen Gütern für ein Volkstum gibt: aus des Volkes Einsicht, Willen und Leistung einen deutschen Staat.

Der Staat und seine Ordnung

21

Noch bis an die Schwelle der schließlichen Umwälzung hatte die erbfürstliche Monarchie in Deutschland psychologische Trümpfe in der Hand. Ihr Alter als Einrichtung und noch mehr ihre Zweiundzwanzigfältigkeit schreckten jeden halbwegs Verantwortlichen von ihrer Beseitigung ab. Am 6. November 1918 noch wäre die altsozialdemokratische Führung, immer sichtbarer in Friedrich Ebert vereinigt, zur Toleranz einer Regentschaft bereit gewesen, wenn nur Wilhelm der Zweite seine Person zurückgestellt, will heißen für sich allein abgedankt hätte. An einen Sturz der kleineren und kleinsten Dynastien dachte überhaupt niemand. So nahe die Frage lag, ob nicht die Reinigung der politischen Atmosphäre mit der Beendigung dieser Groteske anheben müsse, von Wittelsbach bis Waldeck und Strelitz: sie ist ernsthaft nie gestellt worden. War doch die üble Despotenzeit dieser Thronfamilien längst vergessen und, man muß ehrlich sein: längst gutgemacht. Mit ihren Bevölkerungen größtenteils patriarchalisch verwachsen, hatten manche davon ihren Ländern Eigenart und Bedeutung, ihren Hauptstädten Glanz und Gewicht zu verleihen gewußt; noch in den zwerghaften spürte jeder eine gepflegte Besonderheit, die manchmal ein bißchen komisch, in der Hauptsache aber wohltätig empfunden wurde. Diese Kleinen konnten sich eine Art ästhetischer Kultur leisten, die ein Preußen sich versagen mußte. Man atmete menschlich auf, wenn man aus der herben Einförmigkeit dieses Machtstaates in die anziehenden Idyllen von Anhalt, Weimar oder Lü-

beck kam. Der großen, harten, schnurgeraden Linie borussischen Wesens fügten die „Bundesstaaten“ zweiter, dritter und letzter Größenordnung (abgesehen von mancher politischen Dämpfung, die sie sicherstellten) einen in jedem und im besten Sinne barocken Schmuck hinzu. Es ist zum Kopfstehen grotesk, aber es war menschlich zu begreifen, daß in einem Augenblick, da in Berlin die Würfel schon rollten, zu Karlsruhe liberale Politiker sich den Kopf zerbrachen, ob man nicht für die süddeutschen Staaten die Monarchie retten könne. In jenen Stunden sah man das Unabwendbare kommen, das sich an einen Sturz der deutschen Kleindynastien heftete: das provinzielle Schicksal ihrer Ländchen und Residenzen.

Die erste Novemberhälfte 1918 wurde, indem sie die 22 Throne hinwegfegte, für Deutschland zum Abschluß einer langen und großen Epoche: der barocken. Nun erst ward der Schlußstrich unter sie gesetzt, von deren Geist trotz Konstitutionen, Weltwirtschaft und technischem Zeitalter so vieles mit diesem Erbfürstentum sich konserviert hatte. Niemand darf sich darüber täuschen, daß diese Kraftfelder nun museal geworden sind. Die deutschen „Königsstädte“ — im weitesten Verstande, so daß auch Weimar dahin rechnet — sind jetzt absolute Vergangenheit; sind endgültig historisiert und ästhetisiert. Neue Kultur wird an anderen Punkten wachsen, und es gibt keine noch so ehrliche Bemühung, die das Gesicht Münchens, Dresdens, Karlsruhes, Darmstadts, Weimars, Dessaus, Meiningens, so wie wir es alle geliebt haben, zu galvanisieren vermöchte. Es ist Totenmaske geworden. Ehrfurcht gebührt ihm, und es gehört zum besten, was man den

Deutschen während dieser wirren Jahre nachrühmen darf, daß (von unbeträchtlichen Entgleisungen wie der Entnamsung des Berliner Königsplatzes abgesehen) sogar ihre politisch Radikalen diese Ehrfurcht bezeugt haben. Was hat die Räte-Episode zu München, was haben lange Jahre linkssozialistischen Regimes zu Dresden an Bildersturm angerichtet? Nichts. Es ist immer noch wie bei Luther, und man muß vor den Herrlichkeiten des Zwingers stehen, um zu spüren, von welchem inneren Respekt vor wirklicher Vergangenheitsschöpfung sogar der rabiante Deutsche im Innersten befallen bleibt. Selbst die Berliner Siegesallee, dieser Greuel eines Theaterbarock, steht unbeschädigt und wird, einem on dit zufolge, aus öffentlichen Mitteln gepflegt . . .

Doch „laß die Toten ihre Toten begraben — wer seine Hand an den Pflug legt und schauet zurück, der ist nicht geschickt zum Reiche“ (Luk. 9, 60 u. 62); das Leben schreitet über die Gräber hinweg, mögen sie noch so pompös sein. Die Dynastien waren moribund. Sie fielen in jenen Novembertagen wie welke Blätter von einem Baum, den eben nur ein Windstoß schüttelt. Umsonst sucht, neben Millionen von Soldatengräbern des Weltkrieges, das Auge einen Denkstein für jenen General oder Generaladjutanten, der für seine fürstliche Familie gefochten hätte und gefallen wäre. Es ist schauerlich, was diese gekrönten Menschen damals an praktischer Treulosigkeit haben durchkosten müssen; denn es ist buchstäblich, daß keine Hand sich für sie rührte. Ein anonymer Bandenschrei drang in ihre Schlösser: „Geht!“ — die Treuesten echoten ihn und raunten verzagt: „Geht!“ — und sie gingen. Die Zeit war erfüllt. Sie sind, alle, auf Nimmerwiederkehr gegangen.

Und jener Bandenschrei kam gar nicht aus den Kehlen von folgerechten Republikanern! Die Idee der Republik war in Deutschland völlig verwahrlost, verschimmelt und zermorscht; selbst der Sozialdemokratie bedeutete sie praktisch nicht so viel wie etwa ihr (doch auch recht verschossenes) religiöses Freidenkertum oder gar wie ihr (doch auch reliquienhaft gewordener) „Zukunftstaat“. Ihr antimonarchischer Elan betätigte sich wesentlich als ein bißchen Ungezogenheit, und unantastbar Radikale wie Ludwig Frank sahen ein (und bezeugten es im Verhalten), daß man auch dem keinen Geschmack mehr abgewann. Das kleine 48er Fähnlein der süddeutschen Demokraten war im durchaus „konstitutionellen“ Linksliberalismus aufgegangen, dem Friedrich Naumann noch dazu die blendende Formel von Demokratie und Kaisertum aufgeprägt, ja leider Gottes sogar Person und Politik des zweiten Wilhelm als eines Exponenten dieser Formel schmackhaft zu machen versucht (und teilweise gewußt) hatte. Leute, denen die Veränderung der Staatsform eine Leidenschaftsangelegenheit gewesen wäre, gab es in Deutschland nicht. Jenes „Geht!“ gellte aus den heiseren Kehlen von Marodeuren und Banditen, von Erschöpften, Verhungerten und Verhetzten; vor den deutschen Kreaturen der bolschewistischen Weltrevolution zerstob die deutsche Erbmonarchie — weil kein ernsthafter Deutscher sie hielt. Dolchstoß? Man soll die Felonie nicht bei andern suchen, wenn man sich ihrer selber schuldig gemacht hat, und erst recht nicht bei solchen, von denen niemand Treue erwarten durfte, wenn man selber, Stütze des Thrones, die Treue so kläglich versagt hat, da sie wichtig gewesen wäre. Es lohnt nicht, über solches Gerede,

das die Blöße der eigenen Schuld mühsam bedecken soll, ernsthaft zu diskutieren. Als Emile Ollivier den soundsovielten Band über den Ursprung des Krieges von 1870 herausgab, hat ein geistreicher Kritiker gesagt: „Nichts ist so produktiv, wie ein böses Gewissen.“ Dieser Wahrheit gemäß mag auch die Dolchstoßhypothese noch vieles Gerede und Geschreibsel produzieren. Es wird gut sein, alles dies dem Prozeß der zeitlichen Selbstverdauung zu überlassen.

Räteherrschaft hieß die Gefahr des Umsturzes von 1918. Die Republik war wie von selber da, als eine Art Vakuum; ob es durch Demokratie oder Klassendiktatur ausgefüllt werden würde, war die Schicksalsfrage für Deutschland. Die Kräfte, die wir gezeichnet haben, entschieden den Sieg der Demokratie. Genau neun Monate, als hätte sich ein menschliches Zeugungsmysterium abgespielt, neun Monate nach dem dynastischen Kollaps hatte Deutschland die Verfassung von Weimar (die, in einer wie immer schlechten Regie, zu Schwarzburg unterzeichnet worden ist). Es gab noch böse örtliche Kämpfe mit bolschewistischen Heerhaufen, Jahre hindurch, bald in Berlin, bald in Westfalen, bald in Sachsen und bald in Bayern und einmal sogar in Baden; aber der Bolschewismus ist für uns gebrochen, diese Prognose kann mit derselben Sicherheit gestellt werden wie die Nimmerwiederkehr der Erbfürsten. Am 31. Juli 1919 (denn dies war der Tag der entscheidenden Abstimmung in der Nationalversammlung zu Weimar) ist das Deutsche Reich für unabsehbare Zeiten eine Demokratie mit republikanischer Spitze geworden.

Zwei Möglichkeiten freilich haben jene neun Zeugungsmonde des neuen Deutschland tragisch versäumt: die Schöpfung Großdeutschlands und die Neugliederung des Reiches.

In anderm Zusammenhange wird unsere Untersuchung auf das Verpassen des großdeutschen Zusammenschlusses zurückgreifen müssen. Hier ist es uns wichtig als ein Anzeichen des Zagens vor einer entschlossenen Unitarisierung des deutschen Staates. Das Kaiserreich setzte sich als Bundesstaat aus den dynastischen Einzelstaaten zusammen; als ein freiwilliger Bund ihrer Dynastien in der Hauptsache (neben denen die Bürgermeistereien von Hamburg, Bremen und Lübeck sich leider niemals wirklich ebenbürtig zur Geltung gebracht haben), war es am 18. Januar 1871 der Nation auf den Tisch gelegt worden. Jene Dynastien herrschten nicht über „Völker“, sondern über Bevölkerungen. Es war zum einen Mal reichlich hundert und zum andern Male reichlich fünfzig Jahre her, daß historische Ereignisse diese Bevölkerungen gänzlich willkürlich dahin und dorthin verteilt hatten: Baden wurde aus Bruchstücken der beiden wesensartig verschiedensten Stämme zusammengefügt, ein Rheinbundgeschenk, Niedersachsen und Friesen kamen an Preußen oder blieben Oldenburg, Hamburg, Bremen, Hessen wurden Provinzler oder blieben Großherzogtümler, Thüringer blieben an ein Großherzogtum, drei Herzogtümer, vier Fürstentümer verzettelt — je nachdem ihre regierenden Häuser im deutschen Kriege auf die rechte oder die falsche Karte gesetzt hatten. Mit „Stämmen“ als einem natürlichen Fundament hatte die deutsche Staaterei im jungen

Reiche so wenig etwas zu schaffen wie im alten, bundestäglichen. Diese Länder waren sämtlich Erzeugnisse einer familiären Erbschafts-, Schacher-, Lohn- oder (wie in Preußen) wirklichen Machtpolitik; ihre Grenzen sinnlos; ihre „Völker“ lediglich Einwohnerschaften. Als die Dynastien verschwanden, entfiel der Grund, diese Gebilde aufrechtzuerhalten. Aber so selbstverständlich die Proklamation der einen, unteilbaren Republik Deutsches Reich der politischen Logik erscheinen mochte: in diesem Augenblick offenbarte sich erst, was der Absolutismus und nach ihm der Konstitutionalismus unserer deutschen Fürstenhäuser geleistet hatte. Er hatte tatsächlich Einzelstaatsgesinnungen erzeugt: Baden, ein Jahrhundert alt, mit einer Landeshauptstadt, die linealgerecht in genau zwei Jahrhunderten um ein Jagdschloßchen herum gemacht worden war, fühlte sich auch ohne seine zähringische Dynastie ganz badisch, was es doch lediglich durch diese Dynastie in wenigen Jahrzehnten geworden war, und dachte gar nicht daran, im Reiche aufgehen oder mit Württemberg und Hessen einen größeren rheinschwäbischen Staatsblock bilden zu wollen. Um selber ungewandeltes Landkärtchen zu bleiben, war jeder Kleinstaat nun plötzlich davon erfüllt, daß Preußen bleiben müsse und nicht im „Reich“ verschwinden dürfe: „Preußen“, so deduzierte im Spätwinter 1919 ein gut badischer Demokratenführer in öffentlicher Versammlung, „Preußen war uns immer eine große und wertvolle Kraftreserve innerhalb des deutschen staatlichen Lebens — und ist dies die Zeit, um freiwillig eine solche Reserve zu verzetteln?“ Sehr gut! und spontaner Beifall. Der norddeutsche Leiter einer badischen Zeitung wies

mir am Telephon einen unitarisch gerichteten Artikel mit dem Satze ab: „Wir können nur einem gesunden Föderalismus das Wort reden, und nur ein solcher kann uns Preußen intakt erhalten, neben ihm aber unsere herrliche mittel- und süddeutsche Kleinstaatskultur in ihrer Fülle und Farbigkeit —“ und als ich ironisch erwiderte: „Dann hatte also Metternich recht mit seiner schönen Formel, daß im Herzen Europas die Fülle, und nicht eine Leere sein müsse — aber glauben Sie, daß die Residenzkultur ohne die Residierenden erhalten werden kann?“ — da meinte er: „Metternich ist nicht aktuell, aber die Residenzen müssen jetzt von den Völkern auf der Höhe ihrer Aufgaben gehalten werden, und ich habe das Vertrauen zu den Völkern, daß sie das begreifen — passen Sie mal auf, was für ein großartiges modernes Theater jetzt hier werden wird; aber der Einheitsstaat drückt uns zur Provinz herab.“

Nur der politische Radikalismus der Thüringer fand den Mut, die Duodezerei zum alten Eisen zu werfen — nicht den größeren, als thüringische Provinz sich zu Preußen zu schlagen. Alles sonst blieb beim alten. Friedrich Ebert hatte sich schon um die Novembermitte einen Helfer als Reichsinnenminister (damals noch „Staatssekretär“) gesichert, der, ein echter Reformator, mit einem großartigen Unitarisierungsentwurf in sein Amt einzog, Hugo Preuß, eine merkwürdige Persönlichkeit, mit aller Tragik des deutschen Juden beladen, aber auch mit aller Überlegenheit berlinischen Judentums ausgestattet, mit Scharfsinn und Tatkraft, ein Denker und ein Schöpfer im Politischen, der größten deutschen Geistesepoche zwischen Lessing und Hegel innerlichst verbunden und doch vor aller romantischen

Deuschtümelei durch die unbeirrbar rationale Kühle seines Mosaismus geschützt, leicht unliebenswürdig in seiner Verkehrsform, aber stets zu realpolitischem Zusammenwirken bereit. Eberts Blick sah richtig, sein Griff war gut, als er nach kurzem Schwanken diesen und nicht Max Weber mit seiner viel schwierigeren inneren Schroffheit (bei viel größerer formaler Verbindlichkeit), seinen zunftgelehrsamten Voreingenommenheiten und seiner gesundheitlichen Gebrochenheit auf den entscheidenden Posten der deutschen Staatsreformation stellte, die der wie ein Blindgänger verplatzten Revolution folgen mußte. Aber wenige Wochen, und Hugo Preuß mußte erkennen, daß das deutsche Volk in seiner Masse und ohne Parteiunterschied noch immer nicht zu der Einsicht des Freiherrn vom Stein gereift war, auch jetzt nach einhundert Jahren noch nicht: es habe nur ein Vaterland zu kennen, und dieses heiße Deutschland.

Es kann heute kein Zweifel mehr sein, daß über ein Kleines, biblisch gesprochen und im Sinne geschichtlicher Zeitmaße verstanden, das Deutsche Reich ungefähr so aussehen wird, wie Hugo Preuß in seinem ersten Entwurf es gestalten wollte. Die materielle Not und die Sinnlosigkeit der Apparaturen wird den Deutschen aufzwingen, was sie damals in einem Wurf aus freiem Entschluß hätten schaffen sollen und können. Damals war es dennoch vernünftig, daß Preuß nachgab. Denn so kläglich alle die Deklamationen des gesunden Föderalismus anmuteten, mit denen die Residenzlerci, die kirchtürmliche Lethargie, die Schwelgerei im kleinsten (Waldeck) und die Pocherei aufs Große (Preußen) und nicht zuletzt der Wettlauf um Landtagsmandate, Staats-

rats- und Kleinministerposten sich drapierten — nach den Ereignissen des Jahres 1918 mußte man alle praktisch konservativen Kräfte, die sich dem Neuen darboten, vor dessen Wagen spannen, auch wo sie im falschen Sinne und kleinlichem Maße konservierend waren. Die Wahl stand, wie sie genau heute noch steht und noch lange stehen wird: zwischen Weimar und Moskau. Wer das „Weitertreiben der Revolution“, wer Bürgerkrieg und Vorwand zu feindlichem Zugriff, zu westmächtlichen antibolschewistischen Kreuzzügen verhüten wollte, mußte es hinnehmen, daß die Reichsgliederung, nur um die Kronen und Krönchen dekapitiert, so blieb, wie Bismarck sie einst hingenommen hatte, als er die 22 gekrönten Häupter unter einen, unter seinen Hut bringen mußte. Es erwies sich jetzt, daß die Bevölkerungen nicht ein- und weitsichtiger, nicht frei- und großzügiger sein wollten, als ihre verflossenen Fürsten; es hieß dies seufzend in Kauf nehmen um viel Ärgeres zu verhüten.

Das stärkste Erwägen, das in diese Richtung nötigte, war die Rücksicht auf den politischen Katholizismus. In ihm lag das Schwergewicht föderalistischer Überzeugungen; zu eng war hier die innere Verbundenheit mit dem mittelalterlichen und dem habsburgischen Reichsfaktum und Reichsgeist, zu frisch die Antipathie gegen den Zentralismus der preußischen Hegemonie und ihres evangelischen Kaisertums, zu wenig stark die Position eines Erzberger und seiner engeren Freunde, um die Einsicht von heute auf morgen zuzulassen, daß das neue Reich als Einheit in jeder Hinsicht, auch in der Hinsicht des Katholizismus, eine Überwindung von Rückständigkeiten und Uneinigkeiten sein werde. Es gibt Politiker, welche meinen,

die deutsche Zentrumspartei werde unitarisch sein, sobald sie ihre kulturpolitische Ernte in die Reichsscheuern gesammelt habe; eine Reichsschulgesetzgebung und ein Reichskonkordat in ihrem Sinne würden sie das einstige Interesse an der Einzelstaaterei rasch verlieren lassen. Ich weiß doch nicht, ob, die so urteilen, nicht zu kurz und zu flach sehen. Eine Klerikalisierung des Deutschen Reiches würde gewiß das Interesse katholischer Politiker an kleineren Positionen, die sie bisher bezogen hielten, wie Bayern und Baden, abschwächen. Aber auch der deutsche politische Katholizismus besteht, bei aller taktischen Schulung und Routine, letzten Endes nicht aus Taktik. Seine Stärke zutiefst ist das Ruhen im Katholischen, ist das Glaubenssystem seiner Anhänger. Aus diesem Glaubenssystem jedoch folgt wesentlich ein Zug zum staatlich Gelockerten, volkstümlich Beweglichen, weil der Staat als solcher ein etwas fremdartiges Zwischenglied in der natürlichen Rangordnung bleibt, die von den organischen Gemeinschaften wie Familie und Berufsstand zu den Chören der kirchlichen Heilanstalt emporsteigt. Der Katholizismus, gerade wie er im vatikanischen Konzil neu zugeschärft ward wird mit dem weltlichen Staat der Neuzeit nie ganz zurechtkommen und ihn, diesen ungeheuren Mechanismus, immer wieder tunlichst organisch aufzulockern bestrebt sein. So bleibt im deutschen Zentrum naturgemäß ein stark föderatives Moment bestehen, an dem alle unitarischen und zentralistischen Strömungen sich immer aufs neue verlangsamten müssen. Genug, wenn sie an ihm nicht zur völligen Stagnation gelangen.

Es ist sehr charakteristisch, daß unitarische Konzessionen und selbst Initiativen immer von jener

Gruppe katholischer Politiker ausgegangen sind, die eine typisch unklerikale Physiognomie tragen. Unter ihnen befinden sich drei Finanzminister: Erzberger, Wirth und Köhler, und alle drei entstammen der rheinschwäbischen Südwestlandschaft Deutschlands! Hier ist der deutsche Katholizismus vielleicht am wenigsten „klerikal“ im eigentlichen Sinne; am stärksten dem schlichten Pfarrer hingegeben, abgeneigt jeder Episkopokratie, naturdemokratisch gleich jenem der eidgenössischen Waldstätten, gemeindehaft und nüchtern, von mystischer Schwarmgeisterei und ästhetischer Sublimierung, von Integralien und Barockschwulst wenig berührt. Zu Konstanz saß vor einem Jahrhundert der Aufklärungsbischof Freiherr von Wessenberg, und die badischen Bauern waren jahrzehntelang ebenso fromm wie liberal — und wären es heute noch, wenn nicht die nationalliberale Gottverlassenheit (im wörtlichen und bildlichen Sinne) sie gar zu töricht vor die Köpfe gestoßen und honoratiores Schindluder mit dem kleinen Manne getrieben hätte. Es ist niemandem ein Geheimnis, wie wenig bischofswillig die Gröber und Erzberger, die Wacker, Wirth und Schofer waren und geblieben sind. Vom „linken“ Zentrumsflügel her ist die sozusagen laizistische Auffassung, daß der weltliche Staat als ein starkes Gebilde mit einer kräftigen Exekutivgewalt durchaus tolerabel, ja notwendig sei und eben nur die einzelnen Katholiken (die wirklichen, versteht sich am Rande) in ihm gehörig leitend und dienend vertreten sein müßten — immer wieder unumwunden praktiziert worden. So konnte, nachdem der Entwurf des Hugo Preuß gescheitert war, Erzberger als Reichsfinanzminister zum eigentlichen Pionier der Entländerung Deutschlands

werden; er hat sich keine Skrupeln darüber gemacht, ob dies den Erzbischöfen genehm sein könne, er empfand und wirkte in diesen Fragen völlig citramontan — im Geiste eines urwüchsigen, schlicht gläubigen, aber die Schranken alles Religiösen und Kirchlichen auf Erden ebenso schlicht würdigenden deutschen Katholizismus, der den richtigen Weg zu gehörigem Einfluß seiner Kirche nicht so in politischen Bullen und Hirtenbriefen, sondern im demokratischen Mitbestimmungsrecht des praktischen Katholiken an seinem Staate sucht. Es ist ein wichtiges Teilstück des ewigen Kampfes zwischen Rom und Germanien, das hier im politisch-katholischen Lager selber ausgefochten wird — ausgefochten? ach, wahrscheinlich ist es gar nicht ausfochtbar, gleich diesem ganzen Kampfe, denn die römischen Gewalten werden immer wieder, und vielleicht mit der größeren katholischen Logik, daran festhalten, daß solche Anschauung letzten Endes den Katholizismus aufhebe, dessen Wesen niemals bloß noch so tiefe Einzelfrömmigkeit, sondern Papstkirchlichkeit sei. Wie immer diese Dinge sich in der nächsten Zeit entwickeln mögen (und es wird davon noch zu handeln sein), in jenen entscheidungsvollen Momenten von 1919 haben die katholischen Politiker des linken Zentrumsflügels, die demokratische Konjunktur nutzend, die sie in die vorderste Reihe der Staatsumgestaltung stellte, gewiß eine formale Unitarisierung mitabgebremst, die praktische aber ebenso mitbefördert und jedenfalls die junge Republik mit davor bewahrt, daß sie „klerikal“ im Sinne einer bis zur Ohnmacht aufgelockerten Staatsgewalt, eines bloß noch bündlerischen Föderalismus und einer Vorherrschaft kirchlicher Mächte wurde. Dies Letztere

lag ja im Sinne von katholischen Strömungen, wie sie sich als Bayrische Volkspartei von der großen deutschen Zentrumspartei sogar formell lösten. Durchmustert man die Verfassung von Weimar, so wird man die Reservationen, die sich in ihr der politische Katholizismus schließlich für seine kulturpolitischen Absichten zu sichern gewußt hat, angesichts seiner damals überaus starken Position als eines schlechthin unentbehrlichen Faktors der Staatsneuordnung billigerweise als sehr maßvoll beurteilen müssen. Es bleibt ein denkwürdiges historisches Zeugnis für den politischen Klarblick und die politische Unabhängigkeit der deutschen Zentrumsführer, daß sie damals den zerrütteten und um jede Anlehnung frohen deutschen Staat nicht ihrer eigenen Kirche ausgeliefert haben.

23

„Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ In diesen lapidaren zweimal sechs Worten spricht der erste Artikel der Weimarer Reichsverfassung das ungeheuer Neue aus, das nun in Deutschland Tatsache geworden war und Geltung erlangte. Noch nie in seiner Entwicklung von mehr als einem Jahrtausend war irgendein „Deutschland“ auch nur episodisch eine Republik gewesen. Nunmehr ist es ein Staat, dessen Gewalt von der Volksmasse ausgeht und dessen Oberhaupt aus dieser Volksmasse erwählt wird. Keine Ständerepublik, keine Adelsrepublik, aber auch keine demokratische Monarchie wie das jüngste England, die nordischen Länder, Belgien, Holland — sondern demokratische Republik ist der deutsche Staat fortan und soll er bleiben. Vielleicht könnte die ganze Verfassung nur aus diesem einen Artikel bestehen, jeden-

falls enthält er das Wesentliche des neuen deutschen Staatsgrundgesetzes. Alle sonstigen Bestimmungen kann man sich auch anders, kann man sich eines Tages geändert vorstellen. Wer diesen Artikel 1 oder einen seiner beiden Sätze anrührt, ist der Hochverräter am Deutschen Reiche. Die Geschicke Deutschlands werden fortan bestimmt durch sein Volk, das sich selber vorstellt in einem aus ihm erwählten Oberhaupte.

Dies allein ist politisches Bekenntnis. Alles Weitere ist politische Technik: Akzidens, nicht mehr Substanz. Man hatte vielerlei Möglichkeiten, eine demokratische Republik zu errichten. Nur die eine Möglichkeit hatte man nicht: sich Zeit dafür zu lassen. Es war nicht möglich, in Ruhe und Umsicht ein Haus aufzubauen. Eine Notbaracke mußte gezimmert werden, um das Volk in den Sturmschatten des Spartakismus zu bringen. Die Wirkung einer solchen Zwangslage kann sein, daß vieles vergessen wird, das Werk voller Lücken ist. Hier trat die umgekehrte ein: die Reichsverfassung von Weimar ward überstopft. Viel zu viel Nebensächliches steht in ihr, Substanz und Akzidentien sind zu wenig unterschieden worden. Es mag hingehen, daß der Schlußartikel der Grundrechte (Artikel 165), der wortreichste der ganzen Verfassung (im Gegensatz zu dem lapidaren Artikel 1 enthält er bezeichnenderweise 221 Worte!), aus einer Augenblickssituation heraus ein ganzes Sozialprogramm als Fata Morgana an den Horizont malt. Denn wir alle waren uns über die Episodik der Sozialisierungstendenzen, die sich seither herausgestellt hat, damals nicht im klaren, auch sehr besonnenen Männern und Frauen schien eine recht erhebliche Wirtschaftsumformung im sozialistischen

Sinne unabwendbar, gerade wenn man kommunistischen Zertrümmerungsexperimenten entgehen wollte. Jedoch offenbart schon die Geschwätzigkeit dieses Artikels 165 etwas von der Wesensschwäche der deutschen Revolution, die in Tiraden und Spektakeln unterging, zum Handeln und gar zum Wirken aber, von den Führern angefangen bis zur Masse hinüber, sich als gänzlich unfähig erwies. Geradezu ein Narbenkeloid durchgefochtener Schnellkämpfe ist der Abschnitt IV über Bildung und Schule geworden. Dies gilt namentlich von den Artikeln 146 bis 149, die beide an Wortfülle dem Artikel 165 auf den Fersen folgen und unter diesem Schwall die parlamentarische Unlösbarkeit der grundlegenden Fragen, die im Konfessionalismus begründet ist, verdecken sollen. Artikel 146 ist die — wir wiederholen, bescheidene — Konzession der neuen Demokratie an den politischen Katholizismus — der Entstehung nach, an jeglichen Ekklesiastizismus, auch den evangelischen, der Wirkung nach. Aber Artikel 148 wird schon beinahe eine Groteske: er setzt, ein wahrer Schulmeister in Paragraphengestalt, bestimmte Unterrichtsfächer in die öffentlichen Lehrpläne ein, Staatsbürgerkunde und Arbeitsunterricht, gerade die beiden, von denen es pädagogisch umstritten ist, ob sie überhaupt Fächer werden oder nicht viel fruchtbarer Gesichtspunkte, Prinzipien, Methodiken des Unterrichts sein sollen und ob nicht ihre Verfachlichung, die hier als Verfassungsvorschrift (mit einem kategorischen „sind Lehrfächer der Schulen“) auftritt, gleichbedeutend mit ihrer Entwertung sei. Wie hastig es schließlich zugeht, davon bleibt der erste Satz dieses Artikels 148 ein denkwürdiges Zeugnis: denn er ist reinster Gallimathias geworden, so daß man

mutmaßen könnte, dem Verfassungssetzer, nicht den Verfassungseinsetzern, seien die Wörter durcheinander geraten: oder will sich jemand vermessen auszudeuten, was „berufliche Tüchtigkeit im Geiste . . . der Völkerversöhnung“ sein möge?

Trotzdem ist die konstitutive Substanz gut geraten. Eine Nationalversammlung, die sich an Fülle von Wissen, Geist und Schwung mit jener in der Paulskirche messen konnte, trat in der geruhigen Abgeschlossenheit von Weimar zusammen, in ihrer Mehrheit entschlossen, das neue Deutschland nicht den Feinden zuliebe, deren Propaganda diesen Gegensatz von Potsdam und Weimar mißbraucht hatte, sondern dem deutschen Volke zum besten aus der deutschen und weltbürgerlichen Idee heraus zu formen, die in keinem andern Städtenamen so wundervoll verdichtet ist. Nun stand man wieder in diesem alten Thüringen, das alle größten Erbstücke vergangener deutscher Sendungen, Verheißungen und Erfüllungen trägt — den Kyffhäuser, der sich 1871 vollendet zu haben schien, die Wartburg, die es nun zu überwölben galt, um nicht die kaum verheilenden Wunden der Glaubensspaltung neu aufzureißen, und das Haus Goethes, der in der Jugend fritzisch und im Alter napoleonisch gesinnt gewesen war und vor nationalem Taumel sich in die letzten Fernen der Weltliteratur verkrochen hatte: zwar, das Symbol dieses Schauplatzes schien romantisch und vieldeutig, zwei Qualitäten, die in die Lage von 1919 beide sehr wenig paßten — und doch, es war heilsam, daß die Verfassungsgeber sich abseits der physiognomielosen, von Ostflüchtlingen fragwürdigsten Gemisches überfluteten, von revoluzzerndem Mob unsicher gemachten Reichshauptstadt versammel-

ten; in der Geruhsamkeit der Kleinstadt, in der Stille und Feierlichkeit ihrer fröhlichen Parke und Alleen, „auf dem Lande“ im besten Wortsinne ist dies deutsche Verfassungswerk geschaffen worden. Man könnte traurig darüber werden, daß die große Lehre von 1919: wie wunderbar es sich auf dem Lande schaffen läßt, schaffen in der Bedeutung, von der sich das Schöpferische herleitet, sogleich wieder in den Wind geschlagen und nicht für die Dauer beherzigt wurde — denn kaum war das Werk getan, so jagten Regierungen und Abgeordnete nach Berlin zurück, um es nie wieder zu verlassen und an seinem wirren Werktag und turbulenten Sonntag, der noch ärger ist als jener Werktag, die kostbarsten Persönlichkeitskräfte der Nation schonungslos zu verbrauchen. Die Verfassung von Weimar ist, bei allen Mängeln im kleinen, als großes Werk wirklich so gut geworden, weil sie in Weimar hergestellt werden durfte.

Ein originaler Wurf von neuschöpferischer Simplizität konnte sie nicht sein: dazu fehlte der überragende Genius, dem allein solche Würfe glücken. Daß er fehlte, muß man beinahe als einen Glücksfall preisen, denn der deutsche Staat war eben erst daran gescheitert, daß sein Volk sich vor 50 Jahren seine Staatlichkeit nicht selber mühselig aufgerichtet, sondern von einem Genie hatte in den Schoß legen lassen, in den die Nation selber dann unbekümmert und fromm gefaltet die politischen Hände legte, ähnlich jenem merkwürdig verschlafenen Barbarossa, der die Raben nicht selber verjagte, sondern, ein deutscher Beamter am steinernen Tisch, Berichte darüber entgegennahm, ob sie noch immer umherflögen. Es war gut, daß die Deutschen, die zweimal in hundert Jahren Genie-Erwerb achtlos ver-

schleudert hatten, nach Friedrich dem Großen und nach Otto Bismarck, nun aus eigenen Durchschnittskräften sich helfen mußten, wie das Frankreich der dritten Republik. Die tüchtigen Praktiker, die belelenen und scharfsinnigen Staatsrechtskundigen, die demokratischen Ideologen zu Weimar studierten miteinander die Demokratien der Erde und borgten von den wichtigsten je etwas. Die Verfassung des 11. August 1919 ist hochgradig synkret, anders war es nicht gut möglich. Sie ist dabei sehr brauchbar ausgefallen, um vom Leben der politisierten Nation zu einem Wesen durchblutet zu werden, nachdem sie ein bißchen homunkulär in der Retorte zusammengebraut werden mußte.

Wie will diese Verfassung unsere demokratische Republik Deutsches Reich — und wie vollzieht diese demokratische Republik Deutsches Reich seither jenen Verfassungswillen?

24

Vier Demokratien der Erde sind bei dem Werk von Weimar Pate gestanden: England und Frankreich, die schweizerische Eidgenossenschaft und die Vereinigten Staaten von Amerika. In jedem dieser Staatsgebilde sieht die Demokratie anders aus. Man hat es formelhaft so ausdrücken wollen: in England herrscht das Kabinett, in Frankreich die Kammer, in den Vereinigten Staaten der Präsident und in der Schweiz das Volk. Es war die Frage, wohin die deutsche Demokratie den Schwerpunkt der Staatsgewalt legen sollte. Darum wurde sehr zähe gerungen. Das Ergebnis: die Macht fällt bei uns in den Schwerpunkt einer Pyramide, deren drei gleich abgemessene Seiten durch Plebiszit, Parlament und Reichspräsi-

dialgewalt dargestellt werden, wenn wir uns ihre Spitze als die reale Staatsgestaltung und -verwaltung, ihre Basis als das Dasein des Gesamtvolks vergegenwärtigen. Die weimarische Reichsverfassung ist eine höchst überlegte und vorsichtige Auswägung der politischen Kräfte einer Demokratie, vielleicht die ebenmäßigste Auswägung, die sich auf Erden findet; sie ist darauf angelegt, die Alleinherrschaft des Parlaments eben sowie der Masse zu verhüten, die Präsidialgewalt andererseits durch ein starkes Parlamentsgewicht zu balancieren, endlich zwischen Oberhaupt und Masse trotz des Parlaments und der Regierung eine Fülle von unmittelbarer Beziehung herzustellen. Wir erinnern: Der deutsche Reichspräsident wird vom ganzen Volke gewählt (Artikel 41), er amtiert sieben Jahre (Artikel 43) und kann dann wiedergewählt werden, der praktische Übergang zu lebenslänglichen Reichspräsidenten läge also durchaus im Ermessen der Nation, und der deutsche Volkscharakter schließt es keineswegs aus, sondern dürfte eher dahin neigen, einer solchen Praxis sich zuzuwenden. Der Reichspräsident ist niemals zugleich Parlamentsmitglied (Artikel 44). Nur das Volk kann ihn absetzen, wenn auch der Antrag dazu vom Reichstag ausgehen muß. Der Reichspräsident kann jedes vom Reichsparlament beschlossene Gesetz binnen eines Monats zum Volksentscheid bringen; handelt es sich um den Etat, Abgabegesetze, Besoldungsordnungen, so hat er sogar das Monopol der Volksanrufung. Können Reichsrat und Reichstag sich über ein Gesetz nicht einigen, nachdem der Reichsratseinspruch dagegen erfolgt ist, so kann der Reichspräsident überhaupt und auch im Falle einer Zweidrittelmehrheit des Reichstages, die für das Gesetz ist, den Volksent-

scheid herbeiführen. Aber andererseits kann er keinen Kanzler und Minister halten, dem der Reichstag sein Vertrauen aufgekündigt hat (Artikel 54), während er wiederum den Reichstag auflösen kann (Artikel 25), und zwar ohne Gesetz, durch persönliche Verfügung, ja nötigenfalls durch alleinige Verfügung, ohne ministerielle Gegenzeichnung, wie Preuß, Hatschek, Anschütz, Thoma und andere Staatsrechtsautoritäten mit Recht interpretieren. Auch kann der Reichspräsident die sofortige Berufung des Reichstages verlangen (Artikel 24). Nimmt man die gesamten Funktionen hinzu, die dem Reichsoberhaupt eingeräumt sind: völkerrechtliche Vertretung des Reiches, Bündnisschließung mit auswärtigen Mächten, Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht, Ernennung und Entlassung der Reichsbeamten und Offiziere, Reichsexekution in den deutschen Ländern (Artikel 48, 1) und (Artikel 48, 2!) nötigenfalls diktatorische Vollmachten, welche die Grundrechte der Verfassung vorübergehend außer Kraft setzen, sodann die jederzeitige Ernennung und Entlassung des Kanzlers und der Reichsminister, endlich das Begnadigungsrecht — so steht man vor einer Machtfülle, die schlechthin und gar etwa im lebenslänglichen Falle einer starken politischen Figur die Möglichkeit gibt, auch die Versuchung nahelegt, den Schwerpunkt des deutschen Staatslebens einseitig nach der Präsidialgewalt hin zu verschieben. Wesentlich ist diese Versuchung nur an drei Punkten durch die parlamentarischen Kräfte gefesselt: im Artikel 54, der das Vertrauen des Parlaments für Kanzler und Minister verlangt, im Artikel 48, 3, durch den der Reichstag die sofortige Wiederaufhebung der diktatorischen Maßnahmen verlangen kann, und im Artikel 25, der

die Möglichkeit der Reichstagsauflösung durch den Präsidenten nur einmal aus demselben Anlaß vorsieht. Denkt man sich eine politisch bedeutende Präsidentengestalt, die dennoch jener Versuchung widersteht, so ist immerhin der Einfluß dieses Oberhauptes außerordentlich und der Parlamentarismus dadurch aufs bestimmteste begrenzt.

Denkt man aber eine schwache oder farblose Figur als Präsident, so wäre ebensogut die Entwicklung einer reinen Parlamentsherrschaft möglich. Denn dieses Oberhaupt brauchte von allen entscheidenden Vollmachten keinen Gebrauch zu machen, sondern könnte die Staatsgestaltung so gut wie ganz in die Hände des vom Reichstagsvertrauen getragenen Kabinetts legen. In einem solchen Falle würde die Praxis der Lebenslänglichkeit des Präsidenten geradezu ein Hebel der Parlamentsherrschaft sein können: man ist wohl imstande, sich auszumalen, daß ein ehrgeiziges Parlament dafür Sorge trüge, der Nation für die Präsidentenwahl immer wieder denselben unbedeutenden, politisch physiognomielosen Mann zu präsentieren, um selber ungestört im wechselnden, nämlich zwischen den Parlamentsmehrheiten wechselnden Besitz der politischen Macht zu bleiben.

Wohin dreht sich die deutsche Entwicklung in der Wirklichkeit? — Eine politisch starke Figur hat das republikanische Deutschland noch nicht an seiner Spitze gesehen. Denn Friedrich Eberts Vorzüge waren Behutsamkeit, Aufrichtigkeit, Belehrbarkeit, Takt und Klugheit, keineswegs aber Ehrgeiz großen Stils und entschlossener Machtwille; gerade daß ihm dieser Machtwille nicht eignete, hat ihm die letzten, unsagbar getrübten Monate seines Lebens mitbereitet; Widersacher, wie sie damals gegen ihn auf-

traten, konnten nur zur Strecke gebracht werden, indem man sie rücksichtslos zertrat, und es ist kein Zweifel, daß Ebert hierzu willige, verantwortungsbewußte, sittlich starke und lautere Helfer gefunden — wenn er sie gerufen hätte. Hindenburg wiederum ist zwar eine historisch geprägte Gestalt, aber politisch stark so wenig wie etwa Wilhelm der Erste; dazu geht ihm nicht nur die rechtzeitige politische Schulung, sondern auch die politische Leidenschaft, das Leben und Weben im Politischen, zu sehr ab. Härter und kühler als sein Vorgänger, ist dennoch auch er wesentlich Maß und Ausgleich, Vorsicht und Weisheit. Was hat sich hieraus ergeben? Eine vom Präsidenten so gut wie ungestörte — Wurstelei des Parlaments nach seinen (des Parlaments) Qualitäten und die tatsächliche Vorherrschaft einzelner Ressortminister, die auf der bestimmten Klaviatur des Reichstages ebenso wie auf der gedämpften Viola des Oberhauptes mit Routine ihre Melodie zu spielen wissen. Das Parlament wankt von Regierungskrise zu Regierungskrise, deren jede in ihrer sogenannten Lösung den Keim der nächsten trägt, hat an Geltung, Vertrauen und Ansehen im Volke sogar das kümmerliche Kapital noch weiter zerrüttet, das der Vorkriegs- und Kriegreichstag ihm als Vermächtnis hinterließen, hintertreibt jede Entwicklung zu klaren Mehrheitsbildungen und ist die Engelmacherei jedes ernsthaften Wahlreformversuchs, der einige Gesundungschancen böte; das Reichsoberhaupt läßt den Reichstag gewähren, bescheidet sich bei seinen formalen Funktionen und genießt die menschliche Verehrung, mindestens Ehrerbietung der Bevölkerung; die deutsche Politik ist das Werk einzelner Minister, unter denen Dr. Geß-

ler und Dr. Stresemann an erster Stelle stehen. Ist diese Politik erträglich, befriedigend oder gar gut (es bleibe in diesem Zusammenhang noch unentschieden), so entsteht die Entwicklungstendenz zur Einzelministerregierung, für die das übrige Kabinett gleichsam nur eine Zierschale und neben dem das Parlament und das Oberhaupt jedes eine Ornamentierung vorstellt.

Diese Lage ist tatsächlich durch die letzten Kabinettskrisen offenkundig geworden. Es blieb ziemlich nebensächlich, wer Kanzler wurde, und gar, wem die Ressorts des Innern, der Wirtschaft, selbst der Finanz zufielen. Man glaubte, ein Kabinett konstruieren zu müssen, in das der Außenminister und der Wehrminister wieder übernommen werden konnten. Für Dr. Geßler wurde die Fiktion des „Fachministers“ mit stillschweigender Duldung seiner eigenen Partei erfunden, es galt jahrelang als ausgemacht, daß er in einer Bürgerblockregierung ebenso sitzen werde wie in der „großen“, der „Weimarer“ Koalition und in jedem Kabinett der „Mitte“: er, der doch nicht im mindesten ein Heeresfachmann, sondern ein ausgeprägter, stark geprägter Politiker ist. Demokratische Staatsphilosophie des Als-Ob! Daß Dr. Stresemann unentbehrlich sei, wird seit Locarno nicht einmal von der Sozialdemokratie mehr angetastet, und das Problem jeder Kabinettsbildung konzentriert sich von vornherein darauf, diesen Außenminister mit Gewißheit unterbringen zu können.

Völlig klar und folgerichtig betrieb diese Entwicklung, die er zu einer dauerhaften Gestaltung der Regierungsstruktur im neuen Deutschland wenden wollte, Dr. Luther. Er hoffte sich allmählich ein Kabinett zusammenzustellen, in dem kein wichtiges Mit-

glied mehr von den Wechselfällen der Abstimmungen, der Neuwahlen, der Parteivergrößerungen oder -verkleinerungen, der Fraktionsbeschlüsse abhängig sei, sondern nur von seiner leistungbedingten Unentbehrlichkeit getragen wurde. In diesem Sinne ergänzte er Geßler und Stresemann durch Dr. Reinhold, dem er zutraute, die Nation sehr bald davon zu überzeugen, daß die Kontinuität der Finanzen jener der Reichswehr und der Außenpolitik ebenbürtig sei. Kein „Beamtenkabinett“, wie man ihm ganz irrig unterstellt hat: Geßler, Stresemann, Reinhold sind vom bürokratischen Typ wahrlich so entfernt wie möglich. Sondern: eine Regierung von Leistungspolitikern, nicht von Bekenntnispolitikern, die sich ihre Mehrheiten im Parlament nach dem wechselnden sachlichen Bedürfnis sucht. Diese Männer (das Angebot eines weiblichen Ministers hat Dr. Luther einmal mit sehr höflichem Spott zurückgewiesen) holt man sich, wo man sie findet: von Oberbürgermeisterposten oder aus einzelstaatlichen Regierungen, aus den Kontoren oder Gerichten oder Fabriken, wenn's sein muß auch aus dem Reichstag; es ist ja nicht unmöglich, daß auch ein Parlamentarier einmal ein Leistungspolitiker sein kann; nur darf er sich weder seiner Fraktion noch einer bekenntnismäßigen Mehrheit verhaften. Auch die Gesamtpolitik, die der Kanzler führt, kann nicht nach politischen Glaubenssätzen, sondern nur nach dem sachlichen Bedürfnis geführt werden. Es war gleichsam die Rückkehr zu Bismarckschen Grundsätzen, dem Geiste nach; es war, in der durch die neue Verfassung und die neuen Umstände gebotenen Form, nunmehr demokratisch gewendet—direkte Demokratie konservativen Gepräges.

Nur verrechnete sich Dr. Luther in seinen eigenen Mitarbeitern und — im Reichspräsidenten. Als eine Zufallsabstimmung ihn durch ein Mißtrauensvotum stürzte, das er selber in völliger Verkenning einer politischen Symbolfrage heraufbeschworen hatte, blieben seine Minister, die ihn vor dem Anrühren dieser Frage weder gewarnt noch behütet, sondern im Kabinett ihm Gefolgschaft geleistet hatten, seelenruhig in ihren Fauteuils, in denen sie sich nach dem Abgange dieses oft sehr unbequemen Regierungschefs erst recht behaglich einzurichten gedachten; und der Reichspräsident scheuchte sie nicht auf. Er gab im Gegenteil seine Willensmeinung zu erkennen, daß keine Kabinettskrise eintreten dürfe. Und es geschah Ungeheuerliches, vom Standpunkte des Parlamentarismus betrachtet: das Rumpfkabinett wählte sich sozusagen einen anderen Kopf, und mit diesem angetan, ließ es dieselbe Verfügung in Kraft, derentwegen Dr. Luther gestürzt worden war; der Reichstag aber sah dem seelenruhig zu. Nicht bloß das billige, sondern das reinliche politische Denken mußte es als eine Nemesis empfinden, als dieses so entstandene Kabinett dreiviertel Jahr danach endlich selber einem Mißtrauensvotum erlag.

25

Es liegt auf der Hand, daß ein Parlament, das selber und in Gestalt seiner Regierung derartiges tut, das parlamentarische Ansehen herabdrückt. War man nicht bloß über einen Mißgriff Dr. Luthers verärgert, sondern mißtraute man seinen weitreichenden politischen Absichten schlechthin, so mußte man nach seinem Sturze alles daran setzen, daß nunmehr mit seiner direkten Demokratie aufgeräumt

und das parlamentarische Prinzip zur Geltung gebracht werde. Daß dies nicht geschah, sondern daß die Vorgänge nach Luthers Sturz die stärkste Verleugnung eines sinnvollen Parlamentarismus wurden — dies liegt nicht bloß oder nicht überwiegend an der mangelhaften Qualität der in den Reichstagsfraktionen maßgebenden Politiker. Gewiß, großgeschnittene Figuren sind spärlich unter ihnen, viel spärlicher als in dem Reichstag Bismarcks und selbst Bülow's noch; aber es fehlt nicht an recht tüchtigen, verständigen und lauterer Männern, und wenn auch dieser sich eine Art Fatalismus und Passivismus gegenüber dem unaufhaltsamen Erdrutsch der deutschen Parlamentsgeltung bemächtigt hat, so ist dies ein Zeichen subjektiven Ohnmachtsbewußtseins gegenüber objektiven Faktoren, die in der ganzen Welt die Autorität der Parlamente vermindert haben und es in Deutschland überdies ausschließen, daß hier jemals noch ein Anstieg zu solcher Geltung sich vollziehe, wie die parlamentarischen Einrichtungen sie trotz allem Abstieg in England und Frankreich noch immer genießen. Wenn wir vorhin feststellten, daß die deutsche Demokratie konstitutional, nach dem Text ihrer Verfassung, wohl zu einer Parlamentsherrschaft sich auszubilden die Möglichkeit hätte, so sagen wir nun: konstitutionell, nämlich nach ihrer wirklichen Wesensverfassung, nach ihrer tatsächlichen Kräftestruktur hat sie diese Möglichkeit nicht. Die konstitutionelle Prognose der deutschen Demokratie muß, alle realen Entfaltungskräfte prüfend, für die parlamentarischen Einrichtungen sehr ungünstig lauten. Die gesunde Entwicklung liegt durchaus auf der Linie, die dem Reichskanzler Luther vor Augen stand — im Grundsatz,

nicht in allen Einzelheiten, schon gar nicht in seiner stark konservativen Einstellung. Deutschland wird, wenn es als Demokratie bestehen und sich bewähren will, ein Staat direkter Demokratie sein. Den parlamentarischen Funktionen kommt darin weiterhin ihre Bedeutung, aber eine ganz andere zu, als sie heute noch immer ertrotzen möchten. Der Weg zu einem klassischen Parlamentarismus ist uns verbaut. Ins Freie und zur Höhe führt uns direkte Demokratie. Die Verfassung der Vereinigten Staaten schnitt die Straße zum Parlamentarismus ab. Die Verfassung von Weimar ließ diese Straße offen; aber sie ist verwittert und unbegehrbar geworden durch die Kraft wirklicher, unerbittlicher Umstände.

Einmal nimmt Deutschland an der Weltkrise der Parlamentsgeltung teil. Der Parlamentarismus hat überall die Mittagshöhe seines Sonnenstandes überschritten. Warum? Weil er selber ein Geschöpf des Glaubens an die Macht des Wortes und der wortgegründeten Dialektik war: ein Kind der frühen Neuzeit, eine Kreatur der humanistischen Lebensform. Dialektik und Rhetorik, die großen öffentlichen Kräfte des antiken Wirkens, von der humanistischen Bewegung und ihrer Klassizität wiedererweckt und gegen die (nach ihrem Urteil) gotische Barbarei des mittelalterlichen Afterdenkens und Kauderwelschens auf den Schild erhoben, sind auch die Säulen, die tragend, nicht nur schmückend, die Pforte der neuzeitlichen Parlamente flankieren. Dabei ist es ganz unerheblich, ob diese Parlamente aus adelständischen Körperschaften, ja Cliques organisch herauswuchsen (wie in England) oder gemacht wurden (wie in Frankreich). Auch die große Zeit des englischen Parlamentarismus, wie er dann dem euro-

päischen Festlande, besonders auch den Deutschen, als höchste Form politischen Lebens überhaupt erscheint, beginnt im 18. Jahrhundert und gipfelt um die Mitte des neunzehnten. Der humanistische, der klassizistische Geist weht durch diese parlamentarischen Menschenalter: Das Parlament ist die wiedererstandene Agora, das neugeschaffene Forum, Cicero und Demosthenes sind seine Säulenheiligen, Cicero wird ja um dieselbe Zeit auch der Abgott der humanistischen Schule, deren „formales Bildungsprinzip“ so recht einen Humus auch für alle parlamentarischen Fähigkeiten darstellt. Diese ganze Epoche ist (im größten Sinne) rationalistisch, vernunftgläubig; ihre öffentliche Gestaltung (oder ihr öffentlicher Gestaltungswille) kreist schließlich immer wieder nicht um Hume, um Rousseau, um Herder und Goethe — sondern um Locke, um Voltaire, um Lessing und Hegel. Als Deutschland sein erstes Parlament in die Paulskirche versammelt, ist es eine großartige humanistische Professorenredoute mit so viel Geist und Redekunst, wie sie schon ein Menschenalter danach voll Wehmut nur noch als historische Reminiszenz gebucht werden konnte. Eine wie völlig humanistische Gestalt ist doch noch Ferdinand Lassalle, mit seinem Heraklit und seinem Sickingen, in seiner berühmten großen Rede zu Rödelheim 1863 — einen Stoß gelehrter Bücher vor sich und die Arbeiter mit langen Zitaten ebenso ermüdend wie durch dialektisches Pathos immer wieder erweckend und hinreißend!

Man lebte in der Überzeugung, durch sprachlich vollendet formulierte Gedankenführung auch die andern überzeugen zu können. Das Parlament mit seinen Redeschlachten ist die Prägungsstätte der

öffentlichen Meinung, wie es im Zeitalter der Reformation die Druck- und Flugschriften gewesen waren: jetzt tritt für eine lange Weile die Presse, die Zeitung in die zweite Linie, wird vor allem Dienerin des Parlaments. Stenographisch getreu gehen die Reden ins Land — noch in den neunziger Jahren gab es Zeitungen, die als Beilage den wörtlichen Parlamentsbericht hatten, ich selber habe daraus die ersten großen Reden verschlungen, mit denen Herr v. Heydebrand und der Lasa sich die Sporen als aufsteigender parlamentarischer Führer verdiente. Große Reden von Parlamentariern sind in England und Frankreich bis in die jüngste Gegenwart hinein noch manchmal meinungschaffend geworden: vor 75, 50, 30 Jahren waren sie es durchgehends — oder schienen es wenigstens zu sein.

Denn selbstverständlich ward die politische Meinung immer schon von noch handgreiflicheren Faktoren miterzeugt, unter denen des Lebens Notdurft zu jeder Zeit eine große Rolle gespielt hat. Eine große Rolle; mehr nicht. Es ist erstaunlich, wie tiefe Not Völker und Schichten gelitten haben, ohne dawider zu rebellieren. Nirgends versagt der historische Materialismus so sehr wie in der Deutung dieser Phänomene. Lassalle hat buchstäblich durch seine Reden das proletarische Klassenbewußtsein in Deutschland erweckt, und es ist bezeichnend, daß sein Erbe in der Führung der Sozialdemokratie wieder ein großer Volks- und Parlamentsredner war, Bebel, der auf Parteitag durch Dialektik und Rhetorik immer wieder alle noch so sachlich begründete Opposition und Kritik entwaffnete; es ist ebenso bezeichnend, daß sein Erbe, Ebert, weder als Redner noch als Parlamentarier mehr irgendwie „promi-

nent“ wirkte, sondern durch „sachliche“ Qualitäten im nunmehr geltend gewordenen Sinne sich seine Stellung verdiente. Die Parteien haben einander in den Parlamenten auch der klassischen Epoche nur selten überzeugt; wer den Kern des Parlamentarismus hierin sieht, daß man im Plenum den Andersmeinenden oder Meinungslosen zu der eigenen Auffassung dialektisch und rhetorisch bekehre, der setzt eine Fiktion für eine Realität und treibt soziologische Philosophie des Als-Ob. In diesem Sinne ist das Parlament immer Theater gewesen: so wie uns Heutigen ja auch der Redner Cicero als ein Schauspieler, und oft als ein unausstehlicher, erscheint. Man hat im Grunde stets „zum Fenster hinaus“ geredet. Die Parteien, wenn es galt, einander zu überzeugen, haben das jederzeit „hinten herum“ unternommen: in Ausschüssen, durch Führerbesprechungen, durch Verhandlungen „hinter den Kulissen“. Dabei waren Ökonomik und Taktik die ausschlaggebenden Mächte, nicht Dialektik und Rhetorik. Wenn eine Partei oder ein Kabinett sachlich abgewirtschaftet, die Wähler enttäuscht hatte, so brachte keine noch so schöne Rede mehr Rettung; das englische Volk warf sich dann mit dem bekannten Ruck auf die andere Seite. Wer aber im Aufsteigen oder am Ruder war, von dem erwarteten die Gefolgschaft und die Welt, daß er seine Politik in großen verbalen Kundgebungen formuliere. Dies bildete sozusagen einen Wesensbestandteil der politischen Menschenwürde. Auch wer sich bewußt war, daß die wirkliche Politik zum Teil aus sehr dunklen Trieben gespeist wird, verkannte nicht die Pflicht, sie in ihren Formulierungen aus diesen irrationalen Sphären in das klare und strenge Licht des reinen Gedankens, der

logischen Schlußfolgerung und der sprachlichen Formung hinaufzuheben. Vielleicht war das Parlament, so gesehen, immer nur eine Fassade; nun, wir wollen nicht übersehen, daß es ganz im Geiste der Renaissance und des Klassizismus lag, nur hinter Fassaden wohnen zu wollen.

Wir können gleich in diesem architektonischen Bilde bleiben, um uns verständlich zu machen, was nachher kam: die konstruktive Ehrlichkeit, die den Fassaden Krieg ansagte und alles Gestaltete nur noch aus seiner sachlichen Zweckbestimmung mit einem kleinsten Aufwand an Mitteln und unter Verzicht auf alles bloß Dekorative herleitete. Die Epoche des Formzerfalls und der reinen Sachlichkeit hob an: in Deutschland steht literarisch Gustav Freytags „Soll und Haben“ an der Wende der beiden Zeitalter, dieses Prosa-Epos, das die Deutschen bei der Arbeit sucht, weil sie dort in ihrer Tüchtigkeit zu finden sind, und im öffentlichen Leben ist es die riesenhaft empor schwellende Offensive des Real-schulwesens gegen den Vorrang des humanistischen Gymnasiums, in der die neue Zeit sich am stärksten, am unwiderstehlichsten ankündigt. Wirtschaft und Technik besetzen das Feld; der schaffende Mensch schiebt den grübelnden, redenden, dichtenden, schreibenden beiseite, die erwerbende Gesellschaft bedrängt die „gebildete“. Es ist eine Krise der abendländischen Kultur, wie sie seit der Renaissance nicht gesehen worden war: die Be- und Verdrängten wehrten sich bezeichnenderweise mit einem Worte, mit einer verbalen Formel, indem sie sich als die Kultur, das Neue aber als bloße „Zivilisation“ plakatierten. In Deutschland gab die Gründung des Reiches diesem Umschwung einen mäch-

tigen Anstoß durch ihre Beseitigung tausend altväterischer Schranken und Zäune, durch ihre Mobilisierung aller zum Erfolg drängenden ökonomischen Kräfte. Daher der gefährliche Schein einer sofortigen Entgeistigung des deutschen Wesens in seiner neuen Gestalt und die herbe Kulturkritik der Nietzsche, Lagarde, Langbehn, viel Resignation und Skepsis der bisher „Besten“ samt solchen, die sich dazu zählten; eine sorgfältige Betrachtung zeigt, daß damals, in den siebziger und achtziger Jahren, nur eine Fülle von Spießigkeit und Rückständigkeit, von sogenannter Ehrwürdigkeit, fortgeblasen ward, daß die unerfreulichen Parvenübeigaben des Neuen in ein paar Jahren verpufften, seit dem Anfang der achtziger Jahre allenthalben eine ernste geistige Besinnung sich regte, die sogar das letzte Jahrzehnt des Jahrhunderts zu einer Episode ganz großer Verheißungen gestaltete — und dann erst kam, nach 1900, erschreckend und die Katastrophe vorbereitend, die wirkliche Entgeistigung über Deutschland, aus der (das ist viel zu wenig beachtet) der Ausbruch des Weltkrieges in den ersten Augusttagen 1914 viele wirklich „Besten“ wie aus einer dumpfen Lähmung und Verblödung, aus einer politischen und kulturellen Dementia paralytica erlöste.

Was jene Wendung vom Formalen zum Sachlichen, von Humanismus zu Realismus, von Bildung und Haltung zu Arbeit und Nutzen, von der Gelehrsamkeit und den schönen Künsten zu Wirtschaft und Technik für die Parlamente bedeuten mußte, ist hiernach leicht zu begreifen. Zunächst einmal wurden sie mit sachlichen Aufgaben überschüttet. Die Gesetzgebung keuchte atemlos hinter den immer rasender sich folgenden Wandlungen des äußeren

Lebensbildes her. Technischer Fortschritt und wirtschaftliche Differenzierung warfen zahllose Rechtsprobleme auf, die befriedigt sein wollten. Über diese Dinge aber ließ sich mit Dialektik und Rhetorik nicht erfolgreich verhandeln. Sie brauchten: Sachkunde. Das alles spottete einer abgezogenen Vernunft; hier fluteten, unübersehbar an Zahl und Art, Realien heran, vor denen alle deduktive Logik hilflos verstummte. Es blieb keine Zeit mehr zu tagelangen Reden zum Fenster hinaus; zumal jeder einzelne dieser Gegenstände draußen nur wenige anging; diese Dinge mußten beraten werden, sachverständig, sachlich und knapp. Und das bedeutete den Triumph der „Kommission“, des Ausschusses, der parlamentarischen „Arbeit“.

Die „Kommissionalisierung“ ist ein Hauptvorgang, durch den die öffentliche Geltung der Parlamente herabgedrückt wurde. Interesselosigkeit und Mißtrauen waren in ihrem Gefolge. Warum? Sehr einfach! Weil die Kommissionsberatungen die Öffentlichkeit, ausdrücklich oder tatsächlich, ausschließen, die Heimlichkeit einsetzen: also Interessenschwund und Mißtrauen; und weil kein Sachverständiger von den Dingen des auf andern Linien Sachverständigen etwas versteht, und keiner dem anderen traut: also Interessenschwund und Mißtrauen; schließlich weil ein Sachverständiger sehr oft ein Interessierter ist oder dafür angesehen wird, so daß man über seine Argumente die Achseln zuckt und seine Abstimmung verdächtigt: wiederum Interessenschwund und Mißtrauen. Daß die Parlamente immer mehr als verschleierte Interessenvertretungen bewertet wurden, hängt ganz entscheidend mit ihrer zunehmenden Kommissionalisierung zusammen.

Die Beratung des Zolltarifs im deutschen Reichstage 1903 offenbarte die Tragik der Situation, die über den Parlamentarismus gekommen war. Ein Antrag Kardorff forderte En-bloc-Annahme im Plenum, dafür war eine sichere Mehrheit vorhanden; die Sozialdemokratie trat in Obstruktion, aus agitatorischen Gründen; dieser Obstruktion schloß sich die kleine Gruppe der Freisinnigen Vereinigung aus idealistischen Gründen an, von Theodor Barth geführt — und aus ebenso idealistischen Gründen stemmte Eugen Richter mit seiner Freisinnigen Volkspartei sich der Obstruktion entgegen, obschon er den Zolltarif an sich verwarf. Richter sagte sich: ein Parlament, welches den Mehrheitsgrundsatz preisgibt, zerstört seine eigene Grundlage, hier hört jeder Parteiunterschied auf, und so kurzsichtig und unduldsam das Vorgehen der Mehrheit ist, da sie die Mehrheit ist, können wir es nicht hindern; keinesfalls darf es durch Lähmung des Parlaments selber gehindert werden. Barth sagte sich: wenn ein Gesetzgebungswerk von solcher Tragweite nur noch hinter verschlossenen Türen, größtenteils durch Interessenten, vollendet und das Plenum zur Abstimmungsmaschine verurteilt wird, dann hört das Parlament überhaupt auf, für die öffentliche Meinung seinen früheren Sinn und seine einstige Geltung zu bewahren; man kann mit Fug sagen, daß es dann genüge, wenn eine Regierung Sachverständige höre, ihre Urteile auswäge und sich je nachdem so oder so entscheide; jener Grad von Kommissionalisierung bedeutet das Ende des Parlaments schlechthin. Eugen Richter hatte formal, Theodor Barth hatte real recht — Obstruktion ist Lahmlegung, aber Kommissionalisierung ist Entwertung der Parlamentsfunktion.

Sie ist Entwertung mit der Tendenz der Progressivität, weil sie als Tatsache, als Regelfunktion den parlamentarischen Nachwuchs verderben muß. Und diese Wirkung fordert eine besonders eindringliche Betrachtung.

26

Wer will, wer kann denn heute noch Parlamentarier werden?

Vor fünfzig Jahren ließen sich Männer aufstellen, denen Politik Lebensluft bedeutete. Sie waren von dem leidenschaftlichen Verlangen beseelt, an der Gestaltung der staatlichen Dinge aus ihrer Überzeugung heraus mitzuarbeiten. Gerade daß die konstitutionelle Monarchie in Deutschland keine Parlements herrschaft, kein Scheinfürstentum und keine von wechselnden Mehrheiten gestellten Kabinette kannte, ließ jenem Verlangen seine ganze Lauterkeit. Äußerlichem Ehrgeiz winkte ja keine Befriedigung, Portefeuillestreber kamen nicht auf ihre Rechnung; wer Minister hätte werden wollen, mußte die Ochsentour der Bureaukratie marschieren, der Kanzler und Ministerpräsident war unabsetzbar. Niemand konnte mit andern Gedanken in den Reichstag oder einen Landtag sich wählen lassen, als ein Parlamentarier zu sein, an seiner Stelle der politischen Entwicklung zu dienen. Verdienen ließ sich dabei noch nichts; Entschädigungen gab es nicht; man mußte sehr hoch besoldeter Beamter, eigentlich mußte man wohlhabend sein, um ein Mandat annehmen zu können — oder sich in den Sold seiner Parteikasse begeben oder im Schweiße einer Nebenarbeit das kostspielige Berliner Brot verdienen. Alles in allem, es gehörte schon wirkliche Liebe zum politischen Me-

tier dazu. Man begegnet sooft dem Irrtum, die Ausichtslosigkeit, selber an die Regierung zu gelangen, habe die wirklich politischen Köpfe vom Mandat abschrecken und damit das Niveau des Parlaments drücken müssen. Diese Irrlehre setzt eine ganz andere Atmosphäre voraus, als sie in Deutschland vorhanden war. Kaum dem Absolutismus entronnen, bot unser politisches Leben dem politisch Interessierten wohl nicht sogleich alles — die Anwartschaft, selber zu regieren — aber vergleichsweise sehr viel: parlamentarisch am politischen Schicksal des Vaterlandes mitzuwirken, auch im Stande der Opposition. Noch dazu bedeutete ja doch Regieren in dieser konstitutionellen Monarchie zunächst einmal ein unablässiges Ringen mit dem Monarchen: was manchen politischen Geist keineswegs locken mochte. Die Stellung des Parlamentariers jener deutschen Epoche war, richtig gesehen, etwas sehr Vornehmes: ein Ehrendienst am Vaterlande, in ständiger Berührung und Fühlung mit einem der größten Staatsmänner aller Zeiten, selber ohne das Auf und Ab der Ministrabilität und des Sturzes. Die politische Arbeitsteilung der konstitutionellen Monarchie war keineswegs so uneben, wie sie aus ganz anderen Ursachen, die in der Persönlichkeit eines irrlichternden Monarchen zu suchen sind, nachher oft dargestellt worden ist. Zwischen die Krone und das Volk schob sich die Dreiheit des Staatsmannes, des Parlaments und der geheimrätlichen Bureaukratie; jeder Teil hatte seine Funktionen, seine Sorgen, seine Entsagung. Man kann nicht mit Wahrhaftigkeit behaupten, die parlamentarischen Führer hätten zu Bismarcks Zeit eine subalterne Rolle gespielt; sie hätten 1877 sogar ins Kabinett gehen können; der deutsche

Reichstag zwischen 1867 und etwa 1900, und so mancher der Landtage in Deutschland, bot politisch keineswegs ein unbedeutenderes Bild als die älteren Fora des reinen Parlamentarismus zu London und Paris. Auch war dies Bild in Ansehung der parteilichen Machtverhältnisse noch von sehr bewegtem Wandel; große Fraktionen wurden von einer Wahl zur andern klein, kleine beträchtlich, die trostlose Versteifung von gestern und heute war nicht sichtbar; Bismarck, wir wollen es nicht vergessen, hat ganz Wesentliches opfern, begonnene Kämpfe als Besiegter einstellen, auf Lieblingsprojekte verzichten müssen, um den wechselnden Mehrheitsmöglichkeiten Rechnung zu tragen. Es lag denn doch gutenteils am Freisinn selber, daß er zu ewiger Opposition verurteilt blieb — das Zentrum wußte schon damals den realpolitischen Augenblick zur positiven Orientierung zu finden; aus dem Groll- und Schmollwinkel einer Partei, die man wirklich so manches Mal die deutschstarrsinnige hätte heißen mögen, darf man die Gesichtspunkte für die objektive Würdigung des damaligen deutschen Politismus nicht hernehmen. Jenes Parlament hatte viele „große Tage“, und es waren zwar oft, aber keineswegs immer solche, in deren Brennpunkt eine Rede des Kanzlers stand. Was hat ein Parlamentchen wie der badische Landtag noch um 1905 für Szenen wirklichen politischen Stils dargeboten! Der badische Zentrumsführer, Prälat Schofer, hat es mir selber einmal erzählt, wie ihm, dem Novizen, zu jener Zeit das politische Herz unter der Soutane höher geschlagen habe oder bänglich in die Tiefe gesunken sei, wenn einer der großen alten Kämpfen des Klerikalismus, des Liberalismus oder der Demokratie sich in seiner Bank zum rednerischen

Waffengang erhob. Solange ernste, verantwortungsbewußte Erbfürsten und in ihrem Dienste wirkliche leitende Staatsmänner den deutschen Parlamenten gegenüberstanden, blieben auch die Parlamente im großen und ganzen eine Elite des politischen Geistes und Willens, des parlamentarischen Sollens und Könnens. Es ist unrichtig, daß die konstitutionelle Monarchie an sich das Niveau der Volksvertretungen stärker und rascher gesenkt habe, als ihm dies Schicksal in der ganzen Welt durch die vorhin gezeichneten geistesgeschichtlichen Wendungen beschieden war.

Selbst das zweitwilhelminische Zeitalter zeigt doch nur eine ganz allmähliche Verarmung an guten Figuren, die, richtig gemessen, nicht beunruhigender war als überall, auch in den Urstätten des wirklichen Parlamentarismus. Neue Persönlichkeiten von sehr starken Qualitäten stiegen empor: Ernst v. Heydebrand und Friedrich Naumann überragten sogar alle bisherigen Führer ihrer Lager um ein Gewaltiges, wir wissen heute, daß Dr. Stresemann gewiß nicht unbedeutender ist als Herr v. Bennigsen, und in der Sozialdemokratie betrat eine so faszinierende Gestalt wie Ludwig Frank Landtag und Reichstag. Nur das Durchschnittsmaß nahm ab — und es nahm aus jenen Gründen ab, die im Zuge der Zeit gelegen waren. Der humanistische, Ideale bekennende und aus ihnen heraus seine Lebensführung bestimmende Mensch räumte eben überhaupt das Feld dem realistischen, erwerbstätigen, das Dasein auf Nutzen zuschneidenden Spezialisten und Ressortkenner, dem Fachmann, der immer öfter einer war, weil er ein Interessent war. Die großen berufständischen Bewegungen entfalten sich und entsenden ihre Vertrauensleute; der allgemeine ökonomische Kampf ums Da-

sein wird, trotz steigender wirtschaftlicher Blüte, so viel intensiver (und die Blüte selber wird gerade auch dieser hochgeschraubten Intensivierung des wirtschaftlichen Wettbewerbs verdankt, das löst den scheinbaren Widerspruch auf!), daß immer weniger Menschen noch daran denken können, ihr „Geschäft“ daheim zu lassen und sich selber in die Volksvertretung zu setzen; immer mehr Festbesoldete werden ins Parlament geschickt, denn der Beamte muß dazu beurlaubt werden und die Berufsorganisation ist froh, ihren Sekretär oder Syndikus drinnen zu wissen. Die freien Berufe verschwinden aus den Sälen des Reichstags und der Landtage. Denn hier ist mittlerweile auch die Arbeitslast unerhört gestiegen; Parlamentarier sein, das füllt einen Lebens- tag gerüttelt aus; man ertrinkt schier in Denkschriften, Exposés, Ausschußsitzungen und -referaten, in einer ungeheuerlichen kleinlichen Korrespondenz mit Wählern und Interessenten; das Ohr der Öffentlichkeit aber wird immer tauber, die Resonanz des Parlaments immer geringer, die Berichte der Reden nehmen einen immer kleineren relativen Raum in den Zeitungen ein, Handelsteil und Sportsblatt drängen auch diese Belange zurück — und wer gar hätte oder nähme sich noch Zeit, die stenographischen Niederschriften zu studieren? Ähnlich ergeht es ja auch dem belehrenden Feuilleton; wer erinnert sich der sagenhaften Zeit, da die „Münchener Allgemeine Zeitung“ eine tägliche wissenschaftliche Beilage führte, in der die bedeutendsten Fachmänner und Denker auf mehreren engbedruckten Quartseiten zu Tausenden sprachen, völlig sicher, gelesen zu werden? Dies war noch im letzten Jahrzehnt des ausgehenden Jahrhunderts!

Indem dann nach der Staatsumwälzung das System der gebundenen Listen im Proporzwahlrecht die persönlichen Bande zwischen örtlichen, überschaubaren Wahlkreisen und ihren Vertretern zerschneidet, den Wahlkampf aus einem immerhin öffentlichen Ringen zwischen Persönlichkeiten zu einem Feilschen hinter den Kulissen zwischen Interessentengruppen deklassierte, konnte die Neigung unabhängiger und bedeutender Köpfe, die Berufslaufbahn der parlamentarischen Tätigkeit zu opfern, nur noch geringer werden. Aber keiner von diesen Faktoren reicht allein zu, den Niedergang zu erklären: das muß immer wieder betont werden. Darum wird auch nicht die Besserung eines einzelnen einen herrlichen Neuaufstieg der Parlamente bringen. Das System der gebundenen Listen von heute ist gewiß eine der schlechtesten Lösungen, die der Ermittlung des Volkswillens und seiner Repräsentanz durch Abgeordnete gefunden werden konnte, denn Stupidität, Absurdität und Korruption sind seine unausweichlichen Begleiter, und seine Reform wird mindestens das bewirken, daß eine neue, von den alten Fraktionsklüngeln minder abhängige Generation auf die Bühne tritt; ob jedoch diese Generation an geistiger Kapazität bedeutender, des öffentlichen Ansehens wieder gewisser sein wird, das muß durchaus im Zweifel gelassen werden. Es ist sehr wohl möglich, daß eine Wahlsystemreform nur eine kurzfristige Welle der Besserung wirft. Denn im Parlament harren der Novizen grundsätzlich keine andern Aufgaben als ihrer Vorgänger, können keine andern harren — und je geistig beträchtlicher die Neulinge sein werden, mit desto schwererer Enttäuschung werden sie diesem Lebensschauplatze nach kurzem den Rücken kehren,

wenn sie nicht im fachlichen Kleinkram genau so versumpfen und verstumpfen, wie es heute die Regel ist.

Das Parlament alten Stils ist einfach ein politischer Anachronismus geworden.

27

Es ist ein ebensolcher Anachronismus wie die Monarchie alten Stils. Der Geltungsverlust beider stellt, richtig erkannt, nur zwei Seiten desselben geistesgeschichtlichen Prozesses in der neuzeitlichen Entwicklung vor, wie: Renaissance und Humanismus — oder deren Töchter: Barock und Aufklärung; denn eben deren Abkömmlinge sind wiederum Krone und Volksvertretung. In Frankreich siegte die Aufklärung — wohlgemerkt: in einem fast hundertjährigen Kampfe — es half dem Barock nichts, daß es in zwei Empires sich an die Macht zu bringen versuchte; die dritte Republik, die das Hundertmillionenfrankreich schuf und den gallischen Staat bis dicht an eine dritte europäische Hegemonie herangeführt hat, befindet sich, indem sie die nachgrollenden Affären Boulanger und Dreyfus niederzwang, fest in Aufklärerhänden; wie die neuesten, vielberedeten Kundgebungen des Vatikans zeigen, setzt diese in einer so unvergleichlichen Witterung für Kraft und Ohnmacht, Epoche und Episode geschulte Instanz auf keine monarchistische Velleität mehr, mag die sich noch so katholisch drapieren; sie zieht in sehr realen Erwägungen einen Pakt mit dem Teufel vor. England hat, wie immer, alle bescheidenen, lebendigen Werte der Monarchie zu verdauen und in Wahrheit die Volksvertretung zur faktischen Alleinherrschaft zu führen gewußt. Deutschland blieb, sein ewiges Schicksal, im Zwiespalt hän-

gen; in der konstitutionellen Monarchie des Kaiserreichs ward hier noch einmal, Bismarcks Experiment, das wesentlich seinem Dämon und Genius dienen mußte, Krone und Parlament ins Verhältnis einer wirklichen Teilung der politischen Funktion zu setzen versucht. Die Krone, die kein Bismarck mehr hielt, hätte sich dann in Selbsterkenntnis bescheiden, die englische Losung zu der ihren machen müssen; dies jedoch war in einem auf 22 Kronen basierten Reiche mit einem völlig barockoiden Wilhelm II. als Doppelkronenträger schier undenkbar; es bedeutete nicht Zufall, sondern echt tragisches Fatum, daß hier die Monarchie 40 Tage vor ihrem Untergang sich zum parlamentarischen Regierungssystem bequeme. Aber ihr Untergang konnte ebensowenig den Sieg des Parlaments bedeuten, so wenig wie etwa in England und Frankreich das äußerlich siegreiche Parlament vor der historischen Geltungsminderung des Parlamentarismus bewahrt geblieben ist. Im Gegenteil, hatte man vordem die Ohnmacht des Reichstages erst Bismarck und dann Wilhelm II. zur Last legen dürfen, ohne bündig widerlegt werden zu können — nun gab es wirklich, bei Eberts Bescheidenheit, keine „Spitze“ mehr, die das Parlament bedrängte, beiseite schob, verkürzte, zum Scheindasein zwang; nun, nachdem — 1920 — auch noch Karl Legiens Vorstoß zu einer Art Rätstellung der Gewerkschaften abgewiesen war, enthüllte sich unbarmherzig, wie wenig das Parlament der in die politische Mündigkeit eingesetzten Nation bedeutete und wie wenig es sich bei ihr in Bedeutung zu setzen verstand. Und auf beiden Seiten ein nämliches Untergangszeichen: wie es in den letzten Menschenaltern mit den Erbfürsten rapide bergab gegangen war, wie sie, auch

die Wohlmeinenden und Verantwortungserfüllten, keine rechte Figur mehr zu machen, ihre Sendung nicht darzustellen wußten, so mit den Parlamentariern: ihr Durchschnitt ist in Haltung und Geste ebenso herabgestiegen von einem einstigen Piedestal wie die letzte Generation ihrer monarchischen Gegenspieler. Barock und Aufklärung, Renaissance und Humanismus sind ausgelebt; darum sind es auch Kronen und Parlamente. Ihre Insignien mögen noch eine geraume Weile am alten Platze glänzen, ihre Wesenheit ist von innen her ausgehöhlt: ils règnent, mais ils ne gouvernent plus.

Doch dies bedeutet nicht, daß es nur den Weg gebe, den Rußland und die mediterranen Staaten seither gegangen sind: zur Diktatur mit oder ohne Krone, mit oder ohne Volksvertretung. Den im Kerne germanischen Nationen fehlt wohl die leidenschaftliche Unbekümmertheit solcher welthistorischen Experimentalpolitik. Ein tiefer Ordnungssinn zeichnet sie aus. Mehrere Diktatörchen blieben allesamt ohne Gefolgschaft und sind kläglich verendet: Kapp wie Hölz, die Separatisten am Rhein und die Räte wie die Chauvinisten an der Isar. Die größte innerpolitische Gefahr in Deutschland ist die Vorherrschaft einer Bureaukratie auf dem Boden des zerrütteten Parlaments und mit der Spitze eines lebenslänglichen Reichsoberhauptes von Beamtenausmaßen. Ein zweiter Treitschke könnte dann wieder ein großes Kapitel deutscher Geschichte „Stille Jahre“ überschreiben; ausmünden würde es, genau wie jenes unter Friedrich Wilhelm III. von Preußen, in die weltpolitische Ohnmacht und geschichtsscheue Verdampfung eines sich ausgezeichnet verwaltet dünkenden, seinem Broterwerb im Alltagstrott nachgehen-

den Volkes. Nicht *Il fascio* ist es, was uns aus dem Versagen des Parlaments droht, sondern die Diktatur der Aktenbündel.

Die Rettung davor kann nur in einer Erneuerung des Parlaments seiner Aufgabe und damit seiner Leistung nach gesucht werden.

28

Vor dieser Einsicht schrumpfen die gut gemeinten Reformvorschläge unseres politischen Alltags auf ein höchst bescheidenes, ans Wesentliche der notwendigen Reformation nicht heranreichendes Maß ein.

Die Änderung des Wahlsystems kann — nur darum ist sie so dringlich — den Dienst leisten, eine zureichende Zahl neuer Personen in den Reichstag zu bringen. Denn daß mit den überkommenen Fraktionsbeständen allein nicht eine neue Epoche eingeleitet werden kann, ist beinahe selbstverständlich. Alle jene, die das Jahr 1908 nicht einmal zu nützen versucht haben, um das politische Innenleben Deutschlands resolut umzuformen, alle, die auf den Leim des Bülowblockes krochen, alle, die noch im Jahre 1917 in Theobald v. Bethmann Hollweg einen unersetzlichen Staatsmann werteten, dessen Verbleiben uns erretten könne, und im Oktober 1918 auf den Prinzen Max von Baden als einen ebensolchen Erretter setzten: alle, denen die Couloirs und Fraktionszimmer Atemluft und damit Selbstzweck geworden sind, Daseinsformen, nach deren Inhalt man nicht weiter fragt: sie alle sind (wir sprechen absichtlich in diesem Augenblick nur von den Willigen zum neuen Staat) beim besten Willen nicht mehr imstande, die neue Zeit zu begreifen und zu

ergreifen, die über sie hereingebrochen ist und nicht von ihnen, sondern — auch in Weimar, wo sie dabei waren — in der Hauptsache trotz ihnen gestaltet wurde. Denn dies sind alle jene, welche die reine Parlamentsherrschaft auch formal aufzurichten wünschten — zur Rettung einer Nation die unumschränkte Herrschaft eines moribunden Parlamentes! — den Reichspräsidenten als eine aus dem Parlament stammende, vom Parlament nominierte, vom Parlament gewählte, vom Parlament abhängige Repräsentationsfigur sich dachten, jeden Minister sich dachten als ein folgsames Fraktionsmitglied, in der Fraktion avanciert, von der Fraktion präsentiert, von der Fraktion instruiert, von der Fraktion zensiert und moniert; den Reichstagspräsidenten sich dachten als überall neben dem Reichspräsidenten stehend, ein zweiter Konsul, vor dem Kanzler und allen Reichsministern rangierend; diessind jene, die Schwarz-Rot-Gold aufzogen, nachdem der Anschluß Deutsch-Österreichs zurückgewiesen worden war, und die auch gerne noch den Namen des Deutschen Reiches ausgerottet hätten, weil ihnen der innere Spürsinn für die Tragweite historischer Symbolik abgeht; es sind jene, die den Namen der Republik in jeder Rede zehnmal unnützlich führen, weil sie selber gar keine ehrfurchtsvollen Republikaner sind noch werden können, Schilderstürmer, die den Königsplatz in der preußisch-deutschen Hauptstadt umtaufen, sich aber weder an einem Alexanderplatz, noch an einem Pariser Platz, noch an einer Französischen Straße stoßen und nicht einmal etwas dawider einzuwenden haben, daß die künstlerische und geschichtliche Abgeschmacktheit der Siegesallee aus öffentlichen Mitteln erhalten und gepflegt werde. Es sind die Abgebrauch-

ten, die ja aus ihren Reihen keinen derergestellt haben, welche das Schicksal des neuen Reiches meisterten: weder Rathenau gehörte zu ihnen noch Luther, weder Hjalmar Schacht noch Otto Geßler, nicht Severing noch Braun, nicht Josef Wirth noch Peter Reinhold, und nicht Hugo Preuß noch Max Weber; Erzberger trug, das war ja seine Schwäche, alle Schlacken dieses Abgeordnetentums der Vorkriegsära an sich; vor Stresemann, dessen unruhiger Ehrgeiz schon damals über die Begriffe der Fraktionspolitiker ging, hatte ein parlamentarischer Hauptfavorit der Bülow- und Bethmannzeit eindringlich gewarnt, man weiß auch, wie er mit seiner eigenen Partei bis an die Grenze vom politischen Sein oder Nichtsein hat ringen müssen, um seine Führung durchzusetzen, und einzig Ebert bleibt als eine klare, feste, gehaltreiche Gestalt, die aus der Atmosphäre des alten Reichstags kam und im neuen Reich über jedes Erwarten hinaus zu staatsmännischem Format emporwuchs. Nicht wenige von jenen, die unser Reich vom Abgrund zurückholten, sind anfangs oder beharrlich von ihren Parteien spottschlecht behandelt worden; nie wäre Rathenau zum Außenminister präsentiert worden, wenn nicht Wirth ihn einfach sich geholt hätte; Wirth kann mehr als ein Lied singen von der Gegnerschaft der Fraktionsbonzen wider jeden stürmischen Novizen; Max Weber ward von der Nationalversammlung, Hugo Preuß vom Reichstag ferngehalten, Reinhold war eine Entdeckung Luthers, und Luther ward gestürzt, aber den Parlamentarierministern, die seinen ominösen Flaggenerlaß mitverschuldet hatten, das Portefeuille in allseitiger stillschweigender Übereinkunft belassen.

Man soll in der Politik stets die Wirkung vor die Wertung setzen, und Vorkehr, nicht Vorwurf ist eine sachdienliche Losung im öffentlichen Leben. Jene Menschen können nicht aus ihrer Haut heraus, nun, so folgt, daß sie ersetzt werden müssen. Wie umfassend das der Fall sein wird und wieviel brauchbarer der Ersatz, darüber ist es gut, sich nicht zu großen Illusionen zu verschreiben. Es täte dringend not, daß auch die bisherige Opposition, die eigentliche Rechte, sich von Grund auf erneue; stand es doch in ihren Reihen fast noch bedrückender und schien doch hier durch Jahre hin alles auf die eine glänzende Figur Karl Helfferichs gestellt; wen hat man noch in die Kabinette Cuno und Luther entsandt!? Wir glauben keineswegs, daß die Einerwahlkreise nun lauter Leuchten aufstellen werden, und kein Parlament könnte nur aus „Prominenten“ bestehen, auch da muß braves Mittelmaß sich wenigen Führern unterordnen. Ich möchte den Haupteffekt, auf den bei einer verständigen Wahlreform zu hoffen ist, gar nicht so sehr in dieser personalen Umschichtung als in der Dämpfung des Parteizentralismus mit seinen Bureaucliquen und Vorstandsklüngeln sehen: das Bild wird mannigfaltiger, farbenreicher, eigenwilliger, bodenwüchsiger werden, was gar nicht hindern mag, daß sich auch bodenwüchsige Nullen und Nieten einstellen. Das politische Interesse in einer Demokratie muß immer dezentriert bleiben. Der Wahlkreis, an Ausdehnung gut übersehbar, suche sich seinen Abgeordneten und erkämpfe ihm den Sitz: dies uralte Verfahren allein ist das ewig junge, das beste Schutzmittel gegen alle Wahlmüdigkeit. Ich muß wissen, für wen und daß ich für einen stimme, ausschließlich für ihn, und weder für ein

halbes Dutzend Gleichgültiger, das an ihm hängt und eines Tages mechanisch „nachrückt“, noch für einen völlig Unbekannten, Abseitigen, auf den die Stimmen eines Kreises plötzlich übertragen werden, wenn sie für die eigene Liste und ihren Spitzenmann nicht zureichten. In einem deutschen Wahlkreise verhalfen bei einer der jüngsten Wahlen 9500 Menschen ohne und wider ihren Willen einer Figur der Landesliste ins Parlament, die lediglich von der Parteileitung oktroyiert und vom Lande (daher der Name dieser Liste!) mit größtem Widerwillen aufgenommen worden war. Derlei mordet die politische Wahlwilligkeit; achselzuckend gehen die Wähler zu Tausenden heim und meinen, daß sie in dieser sogenannten Demokratie erst recht entmündigt seien.

Die wichtigste Wirkung einer Wahlreform aber wird auf die Parteien vor sich gehen. Nicht bloß die Ausstoßung verschrobener Splittergruppen, sondern die Todesgefahr für zu kleine Parteien überhaupt ist es, um dessentwillen die Reform unternommen werden muß. Denn wir brauchen lebensnotwendig Konzentration der politischen Bekenntnisbildung. Der deutschen *Itio in particulas*, die aus der deutschen Seele heraus unheilbar ist, muß die Daumschraube der Not aufgesetzt werden, damit sie sich ergebe. Eine Partei hat ihr Daseinsrecht dadurch zu beweisen, daß sie vor einem vernünftigen Wahlsystem bestehen kann. Bringt eine Reform, die von der Absurdität zur Vernunft fortschreitet, sie um: so ist sie wert, umgebracht zu werden. Dabei braucht die Preisfrage nach dem vollkommenen Wahlsystem gar nicht beantwortet zu sein. Ich weiß nicht, ob das englische Wahlrecht wirklich so vernünftig ist, wie manche es malen, aber daß in ihm immer noch

mehr praktische Vernunft steckt als in dem System der starren Listen, zeigt alle Erfahrung und eine kleine Überlegung, weil der Sieg der relativen Mehrheit vielleicht eine ungerechte, aber doch eben überhaupt eine Mehrheitsbildung bringt und desto gerechter wird, je weniger die andere Seite aus Sorge vor ihm sich zersplittert, während die Listenwirtschaft die Zersetzung des Mehrheitsgrundsatzes schlechthin bedeutet. Wie aber eine Demokratie ohne diesen Grundsatz, der durch die Sorge vor dem Abwirtschaften und die aus ihr strömende Rücksicht auf die Minderheit zulänglich psychologisch sich korrigiert, regiert werden könnte, ist leider noch nicht entdeckt. Vollends bringe man nicht wieder das Gerede von der Stichwahlkorruption aufs Tapet, die bei einem Einerkreissystem erneut einreißen müsse. Stichwahlen (falls sie für unentbehrlich erachtet werden) sind ein Fall des Kompromisses mit dem kleineren Übel gegen das größere, bewegen sich also durchaus in der Sphäre aller praktischen Lebensführung; sie sind sehr oft Taktik, die nicht immer erquicklich und begeisternd sein kann, aber doch nicht Korruption; während hinter jenen verschlossenen Türen, hinter denen die Platzfolge der gebundenen Listen besetzt wird, wirklich die materielle und ideelle Korruption umgeht, wie ein jeder weiß, der an diesem widerlichen Geschäft hat mitwirken müssen: die tatsächliche Geldofferte an die Parteilasse für den Wahlfonds und die Angst vor dem Stimmenentgang einer Interessentengruppe. Ich halte die Chance nicht für übermäßig, aber gegeben ist sie doch, daß ein politischer Kopf sich durch die Kraft seines Auftretens in einem Wahlkreis durchsetzt, mindestens zum ersten Male die

Augen auf sich zieht, in dem eine kleine idealistische Gruppe ihn aufzustellen wagt; die Gruppe wird ihn nicht durchbringen, wenn sie an sich zu verschoben ist, um zureichenden Anhang zu gewinnen; aber im Listensystem gibt es ja diesen Weg überhaupt nicht, sondern nur den über die Listenmacher, und anderseits haben hier die verrücktesten Listenmacher noch die Chance, sich einen Sitz zu holen, der ihnen aus den Stimmen eines ganzen Landes zusammengekratzt wird.

Nur fürchte ich, daß sich nicht sobald der titanische Reichsinnenminister findet, der die deutsche Wahlreform durchkämpfen wird! Denn ungeheuer ist der Widerstand, vorzüglich der heimliche, der von den Fraktionsverbänden von heute ausgeht, und selbst ein so milder Politiker wie Külz sah sich zu der Erklärung genötigt, man werde wohl die öffentliche Meinung gegen die Fraktionen mobilisieren müssen, um zu einer Reform zu kommen. Ich muß leider diese Einzelprognose sehr dubiös stellen; es mag manche Auflage dieser Untersuchung ins Land gehen, ehe endlich ihre revidierte Betrachtung an die vollzogene Reform wird anknüpfen können. Mediokrität, die sich an ihren Besitzstand klammert, ist eine der rabiatesten Beharrungskräfte, die es in der Menschheit gibt. Es wird gut sein, die Reformation der parlamentarischen Funktion nicht einseitig auf die Gewißheit einer vernunftgemäßen Wahlverfahrensänderung zu stellen.

So haben denn namhafte Parlamentarier, die wir nicht gerade als Enthusiasten der Wahlreform kennen, obwohl sie es sich ohne besondere Sorge leisten könnten, es zu sein — zum Teil vielleicht um die öffentliche Meinung von diesem bedenklichen Thema

ab- und auf harmlosere Dinge hinzulenken, Projekte einer Geschäftsordnungsreform zur Debatte gestellt. Das Wesentliche und Gemeinsame dessen, was hierüber z. B. der Reichstagspräsident Loebe, die demokratischen Führer Koch und Erkelenz, der deutschnationale Gelehrte v. Freytag-Loringhoven verlautbaren ließen, ist der Gedanke, dem Parlament die leuchtende Reinheit seiner großen Tage wieder zu geben, ohne ihm die Notdurft seiner spezialistischen Kleinarbeit zu verkümmern. Daneben soll die grundsätzliche Debatte durch eine Abwechselung der Redner für und wider belebt, ihre Kontroverse herausgearbeitet, das monologische Sprechen „zum Fenster hinaus“ unterbunden werden; eine energische Begrenzung der Redezeit wird als weitere Hilfe hierfür in Empfehlung gebracht.

Die Männer, die dies vorschlagen, gehören bezeichnenderweise alle zum „frischen Blut“ in der deutschen Politik; keiner von ihnen saß vor dem Kriege im Parlament. Gerade darum müssen ihre Anregungen sorgfältig geprüft werden. Von schematischen Begrenzungen der Redezeit, um mit dem letzten Punkte zu beginnen, ist nicht viel zu halten, wie denn alles, was nach Bureaucratismus riecht, in einer auf Erneuerung und Belebung zielenden Reform vermieden werden sollte. Wir kennen das genügend von Parteitage, Vorstandssitzungen und dergleichen: erst reden die Referenten einige Stunden lang aus dem Hundertsten ins Tausendste, dann wird von den Debattieren verlangt, daß sie jeder das seine in fünf Minuten sagen. Diese Maulkorbfarce darf man nicht ins Parlament verpflanzen, wenn man es nicht um noch mehr Ansehen bringen will. Es ist wohl denkbar, daß der Führer einer

großen Partei oder der Sprecher einer Koalition (denn dies wäre viel mehr Pflicht, daß einmütig stimmende Koalitionen einen Wortführer erwählen, statt deren drei oder vier!) die Fülle seiner Argumente oder seines Materials in voller Ausgiebigkeit zur Wirkung kommen lassen muß. Es hat viele Parlamentsreden größten Stils gegeben, die man sich nicht knapper vorstellen mag, als sie waren, und sie nahmen ihre eineinhalb, ihre zwei Stunden in Anspruch. Das Parlament hat nun einmal vom Reden seinen Namen, und im Namen liegt hier wirklich ein Stück Magie seines Wesens. Dagegen müßten wir die Courage haben, dem Präsidenten eine Vollmacht zu geben: daß er, wenn ein Redner vor leeren Bänken spricht, eine Entscheidung herbeiführe, ob ihm weiter das Wort verstattet werden soll. Und unerbittlich sollte mit allen zweiten und dritten Garnituren aufgeräumt werden; wer immer will, melde sich zum Wort, aber wer noch zu Wort kommt und wann, das ermesse völlig autonom der Präsident. Dem also, wie man sieht, eine ganz starke Machtvollkommenheit anvertraut werden soll; daß er sie nicht mißbrauche, darin bewähre sich seine Eignung; jeder politische Präsident soll stark gemacht werden, um seine Stärke mit Maß und Weisheit zu gebrauchen.

Die Reinigung der Plenarverhandlungen von Einzelfragen bedeutet die Konsequenz der Kommissionsalisierung. Alle gesetzgeberische Spezialdebatte wird damit den Ausschüssen vorbehalten; ob sich daraus auch die Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen ergebe, wird heute viel umstritten. Sie könnte nicht schaden. Was trotzdem nichtöffentlich verhandelt werden muß (Vertraulichkeiten der inter-

nationalen Politik etwa), dafür kann die Öffentlichkeit in aller Form ausgeschlossen werden — oder, wenn es sich um Kuhhändler handelt, die unvermeidlich sind, so werden sie ja schon heute meist in sekreten Koalitionsführerbesprechungen, in persönlicher Aussprache zwischen Regierung und Opposition getätigt. Ist die Kommission mit ihrer Facharbeit wirklich der eine Brennpunkt des parlamentarischen Wirkens geworden (und sie ist es längst), dann ist es konsequent, dies endlich in aller Form zu sanktionieren, ihr jeden bloß vorberatenden Charakter zu nehmen und ihre Leistung aller Welt sichtbar zu machen. Gut. Einverstanden.

Jedoch, man stelle sich nur nicht vor, was Wunder für „große Tage“ dann fürs Plenum in Gestalt fortreißender Allgemeindebatten kommen werden! Selbst wenn wir einmal unterstellen, daß die Fraktionen auch aus sich heraus ein wenig Erneuerung anstreben und in diesem Sinne wieder mehr Männer sich einverleiben und zu Worte kommen lassen, deren Stärke, ja Leidenschaft die prinzipielle politische Betrachtungsweise ist (wozu u. a. auch gehören würde, daß solche Männer von dem Klein- und Kleinstkram der Ausschußfunktion zureichend freigehalten, für alle technischen Bebürdungen mit Hilfskräften freigebig ausgestattet werden, anstatt daß man sie scheel ansieht, weil sie angeblich nicht genug arbeiten und nur „schön reden“ wollen) — selbst dies unterstellt, dürften die großen Tage des Parlaments gezählt bleiben, einfach weil Dialektik und Rhetorik nicht mehr entscheidende Werkzeuge der öffentlichen Meinungsbildung sind und auch großartige Reden die Zuhörer zwar noch im Augenblick erfreuen, erheben, ja hinreißen können, sie aber

längst nicht mehr überzeugen und bestimmen. Wer selber rednerisch im öffentlichen Leben steht, der weiß, daß Reden heute keine wirksame Form der politischen Arbeit mehr, keine eigentlich aktuelle Form politischen Wirkens mehr ist. Das gilt selbst für die romanischen Nationen, in denen der Glaube und die Hingabe an dialektische Schärfe und rhetorisches Pathos gewiß viel ursprünglicher wurzeln — es gilt doppelt bei uns, die gegen den Rhetor nie ohne eine Art urgermanischen Mißtrauens waren. Immerhin, auf uns Deutsche übte einst das Thema der „großen Rede“ eine magische Anziehungskraft. Immer sachlicher als die Lateiner, welche sich an der Form schlechthin zu entzünden vermögen, hatten wir unsere große Epoche der Philosophie im weitesten Sinne, da wir alle irdischen Probleme aus ihren letzten, allgemeinsten Gründen her zu begreifen und zu lösen versuchten. Noch Bismarcks Redeweise, bei allem oft nüchternen und absichtlich ernüchternden Realismus, wurzelt durchaus in diesem Zeitalter der Weltweisheit. Die Massen aber sind weisheitsungläubig geworden. Eine solche Rede nehmen sie gerne hin wie eine Predigt im Gottesdienst, an Feiertagen, bei Fackelzügen oder Sonnenwendfesten, auch noch bei einem Mahl, das der Wein beflügelt: als ästhetische Dekoration. Aber im Alltag der Leistung verpufft sie wirkungslos. Was bedeutet denn die Handvoll Zuhörer auf der engen Tribüne des Reichstages? Und darüber hinaus empfängt man die Redeschlacht entsetzlich verstümmelt, verzerrt, im Inhalt und in der Form unkenntlich, aus den Presseberichten. Wer bildet sich nach denen noch seine politische Meinung! Jeder Stammtischbonze oder Bezirksagitator, der im Bierkeller oder in spottschlechtem Deutsch

praktische Nöte des Alltags anpackt und in seiner Couleur tuscht, ist ein stärkerer Überzeuger als der beredteste Parlamentarier auf seiner Tribüne. Ein alter Parlamentskämpfe vom 48er Schlag sprach einmal in einer großen ländlichen Versammlung an der Grenze zweier deutschen Bundesstaaten über Grundfragen der politischen Freiheit. Da stand als erster Diskussionsredner ein kleiner Bauer auf, dankte dem Abgeordneten, lobte überschwenglich seine begeisternde Rede, die „unvergeßlich“ bleiben werde, und fuhr fort: nur auf einen Punkt sei der Redner nicht zu sprechen gekommen, und den müsse man allerdings nachholen; der Meerrettichzoll nämlich . . . Der ganze Rest des Abends gehörte nur noch dem Meerrettichzoll.

Gewiß, solche Dinge kamen auch früher vor. Aber täuschen wir uns nicht: mehr als früher hat das ganze Leben sich in Meerrettichzölle aufgelöst, mit anderen Worten in sachliche Details, die vorläufig durch kein allgemein gültiges Band mehr umschlungen werden. Darum wird das öffentliche Leben unserer Tage von nichts so übermäßig beherrscht wie von den Berufsorganisationen, sie sind der Typ der Verkörperung der Einzelsache, die allein noch interessiert. Und so erblicken die einen eine Rettung und Zukunft des Parlaments nur noch in seiner berufsständischen Ergänzung oder Umformung, andere, völlig seriöse Politiker, sehen in dem Mietling, der von einer solchen Organisation angestellt ist, den Typus des künftigen Parlamentariers. In solchem Sinne hat sich vor einiger Zeit z. B. Radbruch ausgelassen, der die Erfahrungen des praktischen Staatsmannes mit der Klarheit des gelehrten Den-

kers verbindet: zwar nicht im Gewerkschaftssekretär oder Syndikatssyndikus, sondern im Parteisekretär erblickt er die Ur- und Hauptform des kommenden Berufspolitikers und politischen Führers. Doch wird er sich selber keiner Illusion darüber hingeben, daß die Bewährung der Parteisekretäre heute ihren Schwerpunkt nicht etwa in der Bemeisterung grundsätzlicher verfassungspolitischer, kulturpolitischer oder auch nur wirtschaftspolitischer Generalia sucht, sondern in der taktischen Kunst (was man so Kunst heißt), die andrängenden berufsständischen Forderungen gegeneinander auszuwägen und auszugleichen, die heute den wesentlichen Lebensstrom alles Parteilebens bilden.

29

Nun, die dominierenden Parteisekretäre werden ihrem Parlament wenig große Tage verschaffen, und eine berufsständisch aufgebaute Volksvertretung wird ihrer nicht mehr bieten. Jene Reform, welche die Allgemeindebatten von der Geschäftsberatung reinlich trennt und auf sich stellt, wird ihre heutige Dürftigkeit wahrscheinlich erst recht zur Erscheinung bringen. Man würde hören, wie wenig sich die verschiedenen Interessenrichtungen Grundsätzliches zu sagen haben, das über den Rang sehr geläufiger Klischees hinausreichte. Der zweite Brennpunkt des Parlamentarismus, der plenare, leuchtet und wärmt nur noch kümmerlich; neben dem ersten, dem kommissionalen, bedeutet er nichts Wesentliches mehr. Das Parlament wird am verhältnismäßig stärksten bleiben, wenn es sich selber bescheidet und sich keineswegs mehr als Mittelpunkt der großen, grundsätzlichen politischen Auseinandersetzungen und Aus-

träge fühlt. Es ist nur noch ein Kräftefeld der Politik neben anderen; seine besondere Rolle wird künftig die einer sachkundigen Ausgleichung der interessenpolitischen Gegensätze und Unterschiede für die gesetzgeberischen Aufgaben sein — möglichst ruhige, maßvolle, sachkundige Leistung, aus der auch Führer des Staates emporsteigen, jedoch nicht im entferntesten aus ihr ausschließlich oder auch nur überwiegend. Seine Hauptmission wird sein, der Bureaukratie ein Gegengewicht zu bieten, indem es selber ihre Arbeit nicht bloß nachprüft, sondern teilt: schon heute geht der eingefuchsteste Spezialreferent mit ganz anderm Herzklopfen in eine parlamentarische Kommission als vor 30 Jahren noch, denn er findet dort Spezialisten, die sich nichts vormachen lassen. Und wenn ein badischer Geheimrat dereinst, da die ersten Sozialisten ins Landtagsrondell zu Karlsruhe eingezogen waren, nach einigen Wochen einem Frager erleichtert gesagt hat: „Gut geht's — se merke nix!“ — so gibt es heute auch im kleinsten Landtag wohl keine Budgetkommission mehr, der die Ressorts so fröhlicher Unbekümmertheit voll gegenübertreten dürften. Die Legislative sehr sachkundig zu bedienen, anzuregen, zu verbessern, die Exekutive ebenso sachkundig zu überwachen, zu warnen, aufzurütteln und anzutreiben: in diese Doppelaufgabe wird die Mission der Parlamente sich mehr und mehr begrenzen müssen. Es ist keine schmerzlichere Selbstbegrenzung, als sie im Laufe des 19. Jahrhunderts allenthalben der Monarchie zugemutet worden ist. Sie wurde durch die Parlamente begrenzt; nun werden die Parlamente ihrerseits durch Volk, Oberhaupt und Verwaltung begrenzt. Wir wagen die Prognose, daß dieser Be-

grenzungsvorgang sich überall vollziehen wird, auch im Reiche des klassischen Parlamentarismus, in England: wo die wachsende Entfaltung eines Verwaltungsapparates und z. B. die jüngste Formung des Gesamtreiches, dessen Klammer formal nur noch der König, seelisch der gesunde Menschenverstand bildet, klar genug in diese Richtung weisen.

Was dann bleibt, braucht durchaus kein „Scheindasein“ zu bedeuten. Die schlechten Freunde der Kaiser und Könige haben diesen auch so entmutigendes Zeug ins Ohr geblasen. Aber wer zum Fürsten taugte, hat bald erkannt, daß es auf ihn ankam, wieviel er innerhalb der konstitutionellen Monarchie noch bedeutete. Wir erlebten dynastische Gestalten in großen und kleinen Staatswesen, die davon Zeugnis gaben: Eduard von Großbritannien und Leopold von Belgien, Wilhelm der Erste und schließlich doch sogar Franz Joseph, an Franz Ferdinand gar nicht zu denken. Auf die konstitutionelle Monarchie folgt sozusagen der „konstitutionelle Parlamentarismus“. Das heißt: die demokratisierten Verfassungen stellen neue Kräfte neben Oberhaupt und Parlament, z. B. die unmittelbare Volksmasse in Beger und Entscheid, und die harte Wirklichkeit verleiht alten Kräften neue Bedeutung, z. B. der administrativen Verordnung, die berufen scheint, in viel höherem Maße als vordem an der faktischen, rechtsschöpferischen Gestaltung der Staatsdinge mitzutun.

Gerade in dem Phönix der staatsministerlichen Verordnung gewinnt übrigens der Parlamentarismus auf Umwegen ein Stück seines erloschenen Einflusses zurück; freilich gleichsam gegen seine eigenen Prinzipien, aber de facto. Es wird schon so

bleiben, daß immer eine achtbare Zahl der Minister aus dem Parlament hervorgehen. Das hat seine guten Gründe. Ein gutes Pferd wird am leichtesten an seinen Leistungen in der politischen Manege erkennbar — dort, wo jahraus, jahrein um politische Dinge getagt wird. Wenn der Parlamentarismus sich nicht durch fortgesetzte Torheiten selber abwürgt, so liegt es in der Natur der Dinge, daß er eine Hauptzuchtstätte für Politiker und damit auch für Staatsmänner bleibt. Nicht die einzige, monopolistische, und nicht einmal die Hauptzuchtstätte, aber eine. Die Vorteile liegen auf der Hand: der Parteiminister, selbst wo er nicht der Führer seiner Fraktion ist, haftet für diese ganz anders verläßlich als ein Außenseiter, der von irgendwoher aus der Landespartei (oder aus gar keiner Partei) kommt; er ist weniger der fraktionellen Eifersucht, wenn auch noch reichlich genug, ausgesetzt; er kennt die Parlamentsmaschinerie, ihre Heizstoffe und Schmieröle, ihre Reibungen und Spannungen; er hat hundert persönliche Beziehungen, die ihm heikle Situationen erleichtern. Zieht er nun in ein leitendes Amt ein, so gibt der schöpferische Verordnungsweg ihm die Möglichkeit, ohne großen Aufenthalt und ohne zuviel Kompromisse an dieser oder jener Stelle sogleich Dinge zu gestalten. Denn darüber sollte man sich doch endlich einmal klar werden: viele Dinge, die gestaltet werden müssen, würden an einer regulären Behandlung in der Volksvertretung einfach scheitern: Begräbnis in Kommissionen oder Verunstaltung bis zur Unbrauchbarkeit wäre ihr Schicksal. Seit jeher konnten sie nur so durchs Parlament bugsiert werden, daß mindestens das Plenum auf seine geschäftsordnungsmäßigen Rechte freiwillig verzich-

tete. Große Gesetzbuchschöpfungen, Schulreformen und vielerlei Geistpolitisches gehören dahin, ebenso wie Vereinfachungen der Staatsverwaltung, die auch ein Poincaré nur mit einem Ermächtigungsdekret, das heißt mit einem Selbstverzicht des Parlaments, in die Hand nehmen konnte. In Baden, einem doch sehr besonnenen und sachlichen Lande, wurde eine gute Lehrerbildungsvorlage 1925 von der Landtagsmehrheit verschleppt, obwohl das Kabinett, das koalitionsäre Spiegelbild dieser Mehrheit, ihr zugestimmt hatte, eine (sachlich) sehr viel weniger gute (deren Mängel erst die Exekutive wird ausgleichen müssen) aus parteitaktischen Motiven 1926 in den Hafen bugsiert, aber 1924 und 1925 konnten eine völlige Neuordnung des Berufsschulwesens, ein neuer Volksschul- und Fortbildungsschulunterrichtsplan und drei verständige Studentenschaftsverfassungen — konnten mit andern Worten sachlich und geistig weittragende Reformen, die in vieler Hinsicht als vorbildlich für ganz Deutschland bewertet werden müssen (und schon heute erweisen, daß sie eine solche Bewertung verdienen) — konnten sie ohne Zerzausung und Verunformung auf dem Vollzugswege, teils durchs Ressortministerium, teils durch die Gesamtstaatsregierung in Kraft gesetzt werden. Ich habe aus dieser Erfahrung fürs ganze politische Leben Entscheidendes gelernt: wie unschätzbar wertvoll nicht für die Bequemlichkeit des Ressorts, sondern für die Sachlichkeit seiner Aufgabenlösungen die Handhabe der schöpferischen Verordnung ist, die selber einen Teil des wichtigen staatlichen Kräftefeldes „schöpferische Verwaltung“ bildet! Eines Kräftefeldes, das seine Bedeutung fürs Volksganze und die Staatsentwicklung keineswegs

mit dem Aufhören des Absolutismus verloren hat und in seinem neuartigen Gestalt- und Wertwandel unter dem Konstitutionalismus und der Demokratie noch leider viel zu wenig grundsätzliche Beachtung und Würdigung gefunden hat.

Für den Parteiminister liegt ein Stück politischer Gesundheit in diesem Verfahren auch dadurch, daß es ihn in den Stand setzt, einmal wirklich aus den Tiefen seiner politischen Anschauung heraus zu handeln, die in jedem bedeutenden Einzelnen reiner, klarer und weiter zu sein pflegt als im Kollektivum einer Fraktion, in der sich das politische Grundbekenntnis unterm Zug- und Druckspiel lokaler, ökonomischer, ständischer und mikropersonaler Interessen oft recht wunderlich verzerrt. So bedeutet die schöpferische Verordnung eine wohltätige Korrektur der fraktionellen Parteiversteifungen und Parteiversteinungen. Es ist charakteristisch hierfür, wieviel leichter es zu sein pflegt, auf diesem Wege auch innerhalb eines Gesamtkabinetts ins reine zu kommen, das aus den Parteien und selbst (wie in vielen Einzellandtagen Deutschlands) von den Fraktionen zusammengesetzt worden ist. Der einzelne, mit der Verantwortung des leitenden Amtes beladene Politiker ist eben der reinen Sachlichkeit und der Notwendigkeit des ständigen Ausgleichs viel eher geöffnet als eine Fraktion, die ewig von Prestigerücksichten unsicher gemacht wird und auch in ganz sachlichen Fragen es nicht unterlassen kann, Entscheidungen „zum Fenster hinaus“ (und wie oft zu den winzigsten Gucklöchern in den Wahlkreis hinaus und zu seinen Honoratiorencliquen hin) zu treffen.

Ob Materien vor den Gesetzgeber zu bringen sind

oder durch Verordnung bewältigt werden können, ist bekanntlich meist ein reiner, historisch bedingter Zufall. Es hat mit der Wichtigkeit der Sache nichts zu schaffen, wenigstens nichts mit der heutigen Wichtigkeit; es ist ein Reflex vergangenen Für-Wichtig-Haltens, namentlich aus den Epochen des frühkonstitutionellen Ringens zwischen Fürst und Volksvertretung. Dennoch ist es wohl gut, es dabei sein Bewenden haben zu lassen. Wollte man heute radikal trennen, was vors Parlament gehört und was der „Exekutive“ verbleiben kann, so wäre das Ergebnis sicherlich, daß nur noch Buchstabenarbeit der schöpferischen Verordnung überlassen würde. Was sich hier vollzieht, ist eben selber ein historisch-politischer Prozeß der Gewaltenumlagerung. Dieser Prozeß macht sich auf mehreren Linien des Staatslebens bemerklich. Die große Justizkrise, in der wir stehen, bedeutet in ihrem, von allen sensationellen Tageszufälligkeiten gereinigten Kern die Aufrollung der bis ans innerste Mark der Staatsordnung greifenden Frage, ob die Rechtspflege eine bloße Form der Exekutive sei, die sich nach Änderungen der äußerlichen politischen Ordnung ebenfalls innerlich umzustellen habe, oder ob es ein Richten geben müsse, das noch über solchen Änderungen stehe und z. B. auch der Verfassung gegenüber autonom, gewissermaßen ein Ausdruck ewiger, überzeitlicher Rechtsfindung sei. Auch was wir Verwaltung heißen, ist keine bloße Exekutive und wird es immer weniger. Exekutive bleibt es, wo es anordnet, verfügt. Mit der Verordnung betritt es den Grenzsaum zur Schöpfung neuer, gültiger Rechtsnormen, die ebenso gehaltreich und weittragend, so strukturändernd und entwicklungbestimmend sein können wie „Ge-

setze“. Das Parlament teilt eben heute schon seine legislative Funktion dem Wesen nach mit zwei andern rechtsschöpferischen politischen Subjekten: mit dem Volke, wo es plebiszitär wird, Begehren oder Entscheid (Initiative oder Referendum) ausübt, und mit der Verwaltung, wo sie verordnet und ihre Verordnungen „gesetzwertiges“ Gewicht haben.

Im schöpferisch verordnenden Parteiminister tritt eine jener Synthesen in Erscheinung, die mit der Gewaltenumlagerung wesenhaft zusammenhängen und auch das Parlament selber mehr ergriffen haben, als es sich dessen bewußt geworden ist. Politisches und Administratives durchwachsen einander inniger als zuvor. Manche setzen diesen Prozeß der Demokratie als solcher aufs Konto und finden eben darin ihr Verhängnis; gerade Altliberale, zu deren politischer Dogmatik die reinliche Gewaltentrennung zählt, lassen solche Jeremiaden gern ertönen — der Konservatismus echten Stils war sich nie im Zweifel und hat nie an Skrupeln darum gelitten, daß die Verwaltung ein Politicum sein müsse (was er freilich oft mit der Umkehrung durcheinanderwarf, daß eben darum die Politik am besten von hohen Verwaltungsträgern versorgt werde). Gewiß: in der Schweiz wählt die Volksmasse kurzfristig alle ihre Beamten, auch die Richter, und anderseits macht diese selbe Schweiz oft den Totaleindruck eines kaum noch politisierenden, eines nahezu geschichtslos sich verwaltenden Gebildes. Wir reden nicht von Demokratien mit Beutesystem, obschon festzustellen wäre, daß selbst in ihnen die wachsende Entwicklung eines von den politischen Wechseln verhältnismäßig unberührten Fachbeamtentums unverkennbar ist — jedoch, Deutschland will und soll keine solche Demokratie

werden, wird sich mit allen Kräften gegen derlei Tendenzen wehren, und die Schweiz beweist ja, daß Ämterbeute keine wesenhafte Begleiterscheinung einer echten Demokratie ist (genau wie umgekehrt ein verhülltes oder kaum verhülltes Beutesystem, nämlich Ämterpatronage für bestimmte politische Richtungen und ausschließliche gesellschaftliche Klüngel sich mit konstitutionellen Monarchien sehr wohl vertragen hat). Die stärkere offene und öffentliche Berührung zwischen Politik und Verwaltung gehört zum Wesen, gehört zu den Erziehungsfaktoren und Selbsterhaltungskräften einer Demokratie. Auf diesen Satz kann nicht Ton genug gelegt werden. Auch die Verwaltung kann in einem Selbstregierungsstaate kein Sekretum bleiben, das immer hinter verriegelten Türen mit Geheimakten operiert. Die Beseitigung der geheimen Personalakten muß jeder, der einmal in diese vergiftete und vergiftende Erscheinungsform der Streberzucht hat Einblick tun dürfen, mit einem Aufatmen begrüßen. Ist es nicht sittlich unverantwortlich, einen Menschen, zumal einen werdenden, über die Schwächen und Mängel, die ihm Aufstieg und Fortkommen in seiner Laufbahn erschweren oder verlegen, im unklaren zu lassen und ihn hintenherum amtlich abzuwürgen, anstatt durch rückhaltlose Eröffnungen ihm die Möglichkeit der Selbsterkenntnis und Selbsterziehung zu geben? Demokratie bedeutet vor allem immer und immer wieder öffentliche Rechenschaft, daran muß sich auch ihre Verwaltung gewöhnen. Das Volk aber kann nur dazu herangebildet werden, solche Rechenschaft entgegenzunehmen und richtig auszuwerten, wenn es darin geübt wird. Es hilft nichts, die „Arbeitsschule“ ist auch die staatsbürgerliche

Schule des sich selber bestimmenden Volkes. Belehrung, Wissen, das allein tut es nicht. Die unermüdliche Übung der schweizerischen Eidgenossen im Wählen hat treffliche Früchte getragen. Wer in der Schweiz einmal für ein Amt erkoren wird, kann fast sicher sein, es zu behalten, es sei denn, daß totale Unfähigkeit oder schwere Verstöße ihn belasten: ungefähr die Dinge, die bei uns disziplinar zur Entlassung führen. Darum hat die Schweiz eine Verwaltung, die so stabil ist wie die preußische, und eine Regierung, die sogar viel stabiler ist, als jemals (von Bismarcks Person abgesehen) eine preußische war. Das Volk trägt gleichsam im Ertragen die Konsequenzen einer Wahl, die nicht so gut ausfiel, wie es anfangs erschien, und es hat auch den Umstand würdigen lernen, daß man nach 30 Jahren oft froh ist, eine Kraft noch zu haben, die man nach drei Jahren in der Stimmung gewesen wäre abzusägen. „Schließlich“, sagte mir ein Schweizer Bürger einmal, „offenbart jeder seine verhältnismäßigen Vorzüge: der eine ist gewandt und hat Einfälle, der andere hat keine, ist schwerblütig, aber verläßlich und fleißig; man muß nicht immer vom einen verlangen, was gerade der andere gehabt hätte!“ Das ist höchste, volkstümliche Weisheit; wir möchten uns beglückwünschen, wenn wir sie schon erworben hätten!

Nun haben wir ja das lebenslängliche Berufsbeamtentum mit seinen „wohlerworbenen Rechten“ behalten und ihm sogar die Freiheit der politischen Betätigung gegeben (Artikel 130 der Reichsverfassung). Beamtenwahl durchs Volk wird es bei uns nie geben. Aber Politiker an der Spitze der Ressorts werden mindestens im Reiche bleiben, denn unpolitisch können wir uns nicht wieder regieren wollen, und ge-

rade wer die Fülle, die Vielfarbigkeit der Rekrutierung wünscht, gerade wer auch eine Monopolstellung des Parlaments für den staatsmännischen Nachwuchs verwirft, wird nicht daran denken wollen, daß die leitenden Politiker sämtlich durch die Beamtenlaufbahnen gehen sollten. Ich bin fest überzeugt, wir werden den neuen Typ des fähigen Beamten, der auch hohe politische Fähigkeiten besitzt — den Typ des Freiherrn vom Stein! — erleben; er wird uns Minister und Staatssekretäre stellen können. Doch er wird nur einer von den möglichen Typen des Ministrablen sein. Parlamentarier, Oberbürgermeister, Anwälte, Industriemänner oder Bankdirektoren mögen neben ihm stehen. Die Ämter werden es lernen müssen, auch von solchen Persönlichkeiten unbureaukratischer Herkunft und Wesensart sich leiten zu lassen. Und dies gilt auch im kleinen! Die ganze Verwaltung muß stärker den Außenseitern geöffnet bleiben — wer will denn leugnen, daß nicht alle, aber doch zahlreiche Oberpräsidenten, Polizeipräsidenten, Landräte, die nach der Umwälzung aus den unteren Schichten aufstiegen, ihre Sache so gut gemacht haben wie so mancher einstige alte Herr Borussiae-Bonn oder Rupertiae-Heidelberg? Der Berufsbeamte soll keineswegs durch die Politisierung des Staates von den höchsten Stellen der Staatsleitung ausgeschlossen werden; jeder deutsche Demokrat sollte sich auch künftig freuen, wenn ein fähiger Ministerialrat einen fähigen Minister abgibt. Aber ebensowenig kann er ein Monopol auf die Versorgung der öffentlichen Ordnung behalten. Wie er sich schon vor dem Kriege darein hat finden müssen, zum „Publikum“ höflicher zu werden und sich um des Publikums

willen vorhanden zu fühlen, so wird künftig seine Funktion auch vor aller Öffentlichkeit nackter ausgebreitet sein als ehemals. Das ist — man beachte den Unterschied — nicht bloß, nicht erst „Demokratie“, das ist einfach Neuzeit.

Und gar, wo er mit schöpferischer Wirkung „verordnet“, muß er dem Feuer der Kritik standhalten. Diese Kritik aber kann sich naturgemäß nicht aufs Parlament beschränken. Sie kann es schon sachlich nicht, weil im Parlament unter Umständen gar keine sachkundigen Träger einer bestimmten Kritik sein mögen: man denke doch nur daran, daß in manchen unserer Landtage kein einziger Großlandwirt, Finanzmann oder Hochschullehrer sitzt! Und es ist immer etwas Unzulängliches, das wie oft zu Entgleisungen führt, wenn der Abgeordnete nur aus zweiter Hand Kritik üben soll. Die unermessliche Spezialisierung unseres öffentlichen Lebens nimmt dem größten und besten Parlament schlechthin die Möglichkeit, noch ein getreuer Spiegel, eine Art Mikrokosmos dieses Lebens zu sein. Darum haben sich längst ganz andere Formen der vorbereitenden Beratung wie der nachträglichen Kritik entwickelt, auf die schon rein sachlich heute kein Ressortchef wird verzichten wollen, ja können: die Berufsvertreter erscheinen, als Deputationen, zu Konferenzen unmittelbar in den Ämtern! Es wird schon heute einem Minister recht verübelt, wenn er eine weittragende Verordnung oder selbst eine Gesetzesvorlage ans Parlament herausbringt ohne eine solche Fühlungnahme mit den Interessenten und Experten der betroffenen Berufsschicht.

Diese Sitte ist oft unbequem und doch segensreich. Denn sie stellt eine durchaus sachliche, eine

zwar nicht legalisierte und dennoch legale Form der sachverständigen berufsständischen Mitarbeit am Staatsleben vor. Eine viel sachlichere und legalere jedenfalls, als all die Bemühungen der berufsständischen Organisationen, durch die sie auf Hintertreppen die Fraktionen in ihrer Zusammensetzung (z. B. bei den Listenwahlen) oder in ihren Abstimmungen sich dienstbar zu machen suchen, wobei der Schein einer politischen Orientierung der Parteien gewahrt bleibt, während in Wahrheit es sich um politisch verummumte ständische Interessenvertretungen handelt. Das ist es, was ich in gelegentlichen politischen Reden als verkappten Rätestaat gebrandmarkt habe: nicht das offenkundige Zusammentreten der Ressortleitung mit einer berufsständischen Deputation zu einer Besprechung oder Konferenz: bei der selbstverständlich jeder Versuch von Druck oder Drohung aufs ernsteste zurückgewiesen werden muß. Ich habe aus solchen Konferenzen, wie wohl jeder im ähnlichen Falle, immer viel gelernt; ich habe auch darauf gehalten, daß die Hauskonferenzen des Ministers mit den Dienstabteilungen oder der gesamten Räte-schaft gehalten wurden, denn diese Aussprache des politischen Ministers mit seinen amtlichen Mitarbeitern schafft eine Vertrauensatmosphäre, läßt beide Teile einander besser kennenlernen und voneinander lernen, jeder Partner sieht dabei seine Schranken — und Beamte in einem Gremium, genau wie Politiker, heben sich manchmal gegenseitig auf, was der Minister erleichtert empfindet; unter vier Augen gab der Direktor oder der Geheimrat sich viel dogmatischer als unter den vielen Augen seiner Amtskollegen!

Es ist viel darüber geschrieben worden, ob man

jene Tendenzen berufsständischer Mitwirkung irgendwie legalisieren, in Formen bringen solle. Ein berufsständisches Parlament bildet die Lieblingsidee zahlreicher konservativen, volksparteilichen und einiger sozialistischen Hirne. Georg Bernhard, also ein kundiger Demokrat, hielt den vorläufigen Reichswirtschaftsrat für die geeignete Keimzelle eines künftigen Wirtschaftsparlaments. Ich gestatte mir, vorauszusagen, daß dies alles platonische Wünsche und Vorstellungen bleiben werden, und hinzuzufügen, daß es gut so ist. Liest man heute die Geschichte der Währungsstabilisierung, wie Hjalmar Schachts Meisterhand sie uns aufgezeichnet hat, so erkennt man, daß in diesen ökonomischen Existenzfragen des Staates der Reichswirtschaftsrat doch nur ein Kollegium neben andern, amtlichen, parlamentarischen, sachverständigen und berufsinteressierten vorstellte. So ist eben in Wahrheit die Lage, so wird sie noch lange bleiben. Wir wollen es einmal formulieren: die Mitarbeit des Volkes am Staatsleben hat, sofern sie nicht unmittelbar sich vollziehen kann (und dieser plebiszitären Form sind bei einer volkreichen Nation enge Grenzen gesetzt), heute verschiedene, an Wert ebenbürtige tatsächliche Formen der Repräsentanz angenommen. Sie geschieht keinesfalls nur noch auf dem Wege übers Parlament. Sie geschieht in Kammern und ihren Vorständen, in großen Berufsverbänden, ihren Kommissionen und ihren Deputationen — hier ist eine neue, wogende politische Formenwelt im Werden, das nicht voreilig durch ein Machen zur Erstarrung gebracht werden sollte.

Ich meine also überhaupt nicht, daß der Parlamentskrise durch „Reformen“ beizukommen sei. Hat man die Konstitutionalisierung des Parla-

ments als ihren positiven Kern erkannt, d. h. die Einsetzung und das Emporwachsen neuer politischer Faktoren, mit denen das Parlament seine Kompetenzen teilen muß, wie dereinst bei der Konstitutionalisierung der Monarchie diese ihre Kompetenzen mit dem Parlament teilen mußte — so wird man angesichts so großen, nicht wieder umkehrbaren historisch-politischen Schicksals von Änderungen der Wahltechnik oder der Geschäftstechnik keine grundsätzlichen Wandlungen der Zusammensetzung und der öffentlichen Geltung der Parlamente gewärtigen wollen. Das heißt nicht, jene Reformen sollten unterbleiben! Auch in seiner Begrenzung kann das Parlament von heute und morgen dem Staate nur dann nützlich und ungefährlich sein, wenn es so gut ist und arbeitet wie nur irgend möglich. Und in seiner Begrenzung wird es selber am einflußreichsten und angesehensten sein können, indem es sie als weise Selbstbegrenzung erfaßt und verwirklicht. Ein leuchtendes Beispiel mag ihm diesen Weg zeigen: die britische Krone. Sie ist das großartigste historische Vorbild dafür, daß eine politische Institution auch dann, nein gerade dann noch Außerordentliches wirken kann, wenn sie die schicksalhaft emporgewachsenen Schranken ihrer Geltung respektiert. Ob unser Reichstag sich zu dieser Weisheit durchringt — davon wird gutenteils die reale deutsche Parlamentszukunft bestimmt werden.

30

Worauf es in einem Staate ankommt, das sind niemals die papierenen Vollmachten, die seine Verfassung ausgeteilt hat. Ihre wichtigsten stellen gewissermaßen Grenzfälle vor, die im politischen Alltag so

wenig wie möglich in Erscheinung treten sollen. Sie sind als Handhaben da, um das außerordentliche Vorkommnis zu meistern, wenn es sich einstellt, und schon in dieser potenziellen Funktion bedeuten sie einen Machtfaktor, der moralisch desto stärker wirkt, je sparsamer er praktisch benutzt wird. Man hat Vorrechte der britischen Krone genannt, die seit mehr als einem Jahrhundert nicht mehr gebraucht worden und doch auch mit gutem Bewußtsein nicht abgeschafft worden sind. Mir scheint, daß im Gleichgewichtssystem der politischen Faktoren unseres neuen deutschen Staates zwei solcher Hebel vorhanden sind, die nur in der äußersten Not angezogen werden sollten: die Reichstagsauflösung des Artikels 25 und die Vertrauensversagung des Artikels 54. Es ist unwahrscheinlich, daß in halbwegs normalen Zeitläuften eine Parlamentsauflösung bei uns wesentliche Kräfteverschiebungen herbeiführen wird. Die englische Parallele trifft an keinem Punkte weniger zu als an diesem; schon die Existenz der katholischen Partei verbarrikadiert eine Verlagerung des politischen Schwerpunktes von solcher Ausgiebigkeit, wie sie in Britannien immer wieder stattgefunden hat. Auflösungen, die mehr als Verlegenheits- oder Prestigehandlungen, die Zielsetzungen waren, haben fast immer ihr Ziel verfehlt: als Fürst Bülow das Zentrum aus der Macht werfen wollte, verwundete er die Sozialdemokratie, das Zentrum kehrte unverehrt wieder, und die Konsequenz, die dies Resultat dem Kanzler aufdrängte, war erst recht eine politische Wurstelei, der „konservativ-liberale Block“; für die großen Entscheidungen, die das schicksalsträchtige Jahr 1908 nahelegte, war die Situation nun erst recht verpfuscht. Das Kompromiß nach einer

Auflösungsneuwahl pflegt nicht imponierender auszufallen, als es schon vorher hätte ausfallen können. Und im September 1918, als die Parlamentarisierung des alten Staates, an der Schwelle seines Zusammenbruchs, in Szene gesetzt wurde, sowie im Juli 1919, da die Parlamentarisierung der Reichsregierung in Gestalt des Artikels 54 der Weimarer Verfassung konstituiert ward, hat keiner der positiv Mitschaffenden daran gedacht, daß dies dem deutschen Parlament einen Anreiz geben solle, das französische zu kopieren und alle paar Monate ein Kabinett zu stürzen. So sehr verschiedene Naturelle demokratischer Grundeinstellung, wie der Prinz Max von Baden, Friedrich Payer, Max Weber, Hugo Preuß, waren sich damals einig darüber, daß eine Parlamentslaunenherrschaft „westlicher“ Artung nicht der Sinn des deutschen Parlamentarismus sein dürfe.

In der Praxis hat dann jahrelang die Beseitigung von Regierungen und Regierenden ohne den Hebel des Artikels 54 auf so unerquickliche Art, durch Couloirintrige und Couloirnötigung, stattgefunden, es sind neben tüchtigen, ja hervorragenden Männern so unbedeutende und unmögliche über die Regierungsbank gewandert, daß die wache öffentliche Meinung diesem Treiben hinter den Kulissen durch reguläre Anwendung des Artikels 54, durch den vielerufenen „Sturz in offener Feldschlacht“ ein Ziel zu setzen wünschte. Allein die beiden Male, da dies geschah, mußte das Erschrecken der Nation fast noch größer sein. Zufallsmehrheiten stürzten erst den Kanzler Luther, weil er sich ärgerlich gemacht und das Hohe Haus hochmütig behandelt hatte, und ließen das Ärgernis seelenruhig in Kraft, seine Mittäter im Amte; stürzten später das Kabinett dieser Mittäter,

ohne bereit zu sein, seine Nachfolge anzutreten. Binnen zwei Jahren erlebte das Reichsfinanzministerium drei Ressortchefs, und jeder brachte eine völlig andere Grundauffassung von dem deutschen Finanzsystem, seiner Reform, seinem Verhältnis zur freien Wirtschaft, zu Ländern und Gemeinden mit. Kann ein so siecher Körper, wie Deutschland es noch für lange Zeit ist, alle paar Tage (historische „Tage“ gemeint) den Arzt radikal wechseln, vom Homöopathen zum Chirurgen, von diesem zum Rohkostanbeter wandern? — Das Hundert von politischen Professoren, das in positivem Bekenntnis zum neuen Staat, sich Ostern 1927 in Weimar traf und über die Parlamentskrise beriet, hat den Nagel auf den Kopf getroffen, als es sich zu einer Resolution vereinigte, welche die Repräsentativverfassung bejahte, aber ihre Handhabung im Sinne einer Herbeiführung stabilerer Regierungen verlangte, damit formale Verfassungsänderungen vermieden werden möchten. In der Tat, es müßte der Tag kommen, wo das Volk stürmisch die Suspension der Vollmachten des Artikels 54 begehrte (und vielleicht Ärgeres, Radikaleres), wenn das deutsche Parlament von diesem Artikel und überhaupt von der Fähigkeit, Minister zu beseitigen, Kabinettskrisen heraufzuführen, weiterhin einen solchen Gebrauch machte, wie in den letzten Jahren

31

Wer vermag unser Parlament dahin zu bringen? Ich selber habe das in jener Versammlung zu Weimar gesagt, als ich zu dem Schlußwort aufgerufen wurde, das dem Referenten über ein Thema zusteht: eine von starker und klarer öffentlicher Meinung mitbestimmte Entwicklung.

Denn damit steht und fällt im Grunde jede Demokratie, überhaupt jedes Staatssystem, in dem Massenkkräfte einen ausschlaggebenden Faktor vorstellen. Es gibt kein Rezept, nach dem sich eine solche öffentliche Meinung „machen“ ließe. Sie muß „werden“, aber dies Werden kann nicht sich selber überlassen bleiben. Alle politisch Denkenden haben daran mitzuarbeiten, gleichgültig, wo immer sie ihrem Bekenntnis nach stehen mögen. Dinge, wie nach dem Sturze Luthers oder bei der Konstruktion des Kabinetts Marx-Hergt müßten von einem Sturme des Unwillens der öffentlichen Meinung unterbrochen werden, der von rechts bis links brauste. Daraus geht schon hervor, daß in einem jungen, eifertig gezimmerten Staate Kritik an den politischen Vorgängen ein Hauptfaktor auf diesem Wege sein wird. Produktive Kritik, die ein Element aller Politik ist; nicht unfruchtbare Schelte und Nörgelei, die sich selber der positiven Leistung entzieht, und nicht verschlafene Selbstzufriedenheit, die an allem die besten Seiten sieht und moralische Selbstverständlichkeiten (wie die, daß die Kommissionen eines Parlaments fleißig arbeiten) zu hohen Tugenden aufdonnert, weder das gedankenlose „Hoch die Republik!“ noch das abschätzige „Natürlich, in der Demokratie...!“ — sondern verantwortungsbewußte, nachdenkliche und hilfsbereite Besprechung aller objektiven Unvollkommenheiten, Unzuträglichkeiten und Abwegigkeiten, die im Alltagsleben des Staates gefunden werden. Die müssen wir erst lernen. Ob wir sie lernen, davon wird die politische Prognose für Deutschland ganz wesentlich mit abhängen.

Wo werden wir sie lernen? Es gibt heute keine Instanz, auf die wir uns dabei verlassen könnten: am

wenigsten die öffentliche Schule, die selber, namentlich im deutschen Nordosten, aus der alten extremistischen Einstellung auf hurrahende Glorifikation oder hämische Aburteilung noch nicht heraus ist, ebensowenig die Parteitagung, die Staatswesentliches von Fraktionswesentlichem (oder Vorstandswesentlichem) noch nicht mit der Sicherheit des englischen Vorbildes zu sondern weiß, und auch nicht die Presse, die wir nicht in ein paar gediegenen Elitebeispielen betrachten dürfen, von denen insgesamt keine anderthalbhunderttausend Menschen in Deutschland erfaßt werden, sondern die heute in jener Durchschnittsphysiognomie gewürdigt sein will, welche als Generalanzeigertyp oder als Straßenverkaufsblatt von den Millionen hastig verschlungen oder pedantisch studiert wird.

Es handelt sich hier, bei der Presse, um ein Weltkapitel des Abstiegs, ähnlich wie bei den Parlamenten. Naturgemäß: denn die humanistischen Güter Geist und Wort sind auch auf dem Papier der Zeitung im öffentlichen Kurs gesunken, der aufgesplitterte Realismus des „Tatsachen“dienstes, die Nachrichtenflut, droht alles zu verschlingen; wichtiger als die Überschrift, die einstens den Inhalt einer Darlegung gedanklich zusammenfaßte, gewiß oft dogmatisch färbte und vorbestimmte, ist die Schlagzeile geworden, aus dem Ganzen Details herausfetzend, die zu überfliegen, zusammenhanglos sich einzuprägen, an denen sich zu erregen oder zu erlustigen das bequemere Geschäft des heutigen Zeitungslesers geworden ist und täglich mehr wird. Wir sind, als Deutsche, in einer ähnlich tragischen Lage, wie mit dem Parlamentarismus, so mit der Presse. Wir hatten, Zeitalter hindurch, da ganz andere Faktoren die po-

litischen Entscheidungen bestimmten, eine vorzügliche, vornehme, große Zeitung, an Sachlichkeit der Berichterstattung und Distinktion der Form nur der englischen vergleichbar, mochte ihr auch der Glanz des französischen Esprits versagt sein; jedes politische Hauptlager besaß durch Jahrzehnte ein Blatt großen Stils, das auch die Welt kannte und würdigte — das konservative die „Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung“, das liberale die „Kölnische“, das klerikale die „Kölnische Volkszeitung“, das demokratische die „Frankfurter“; das sozialistische hat es, bei allem guten Willen, der zeitweilig in dieser Richtung wirkte, leider nie zu einer ebenbürtigen publizistischen Repräsentierung bringen können. Die mittlere und kleine Presse lebte von der großen, war gleichsam ihr verdünnter Aufguß, trug dem Bedürfnis nach Klatsch und Kleinkram immerhin maßvoll Rechnung, bewahrte aber im ganzen einen Zug von altfränkischer Gediegenheit und Geistigkeit. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts trieb der Realismus der Zivilisation die Gerichtszeitungen, Generalanzeiger (wie charakteristisch: „Anzeiger“!), die bloße Nachrichtenpresse in die Höhe. Doch wurde der Schaden ausgeglichen durch ein Aufblühen der politischen Massenpresse, die in einer erschwinglichen Mittelgattung damals noch sehr ernsthafte Bedürfnisse befriedigte. Noch um die Jahrhundertwende beobachten wir publizistische Rangerhöhungen: reichshauptstädtische Blätter wie die „Vossische Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“, die bis dahin schlecht und recht ihr Publikum bedient hatten (die „Voß“ mit einer traditionellen gelehrsamten Spezialnote), erhielten politische Publizisten von so starker Originalität wie Georg Bernhard und Theodor Wolff als Chef-

redakteure, es entstanden Exemplare vom politischen Schmiß und Ernst der „Deutschen Tageszeitung“, auch der sozialistische „Vorwärts“ stieg sichtlich in seinem Niveau. Daß andere, ehrwürdige Blätter wie die (Münchener) „Allgemeine“ (mit ihrer phänomenalen täglichen Beilage) dahinwelkten, blieb immerhin ein bedenkliches Symptom. August Scherl, der im „Lokalanzeiger“ den Lesefutterttyp der neuen Zeitung bedenkenlos bis zur äußersten Konsequenz ausgebildet hatte, rehabilitierte sich durch die überraschende Gründung des „Tag“, der, eine Art „Zukunft“ als Zeitung, die Versammlungsstätte jeder, wie immer gerichteten, wenn nur sachlich gearteten und würdig geformten politischen Meinungsdarlegung sein wollte (und jahrelang in ziemlicher Zielnähe wurde). Man erinnere sich, daß daneben eine Reihe vorzüglicher Wochen- und Monatsschriften bestanden oder entstanden: von rechts nach links die Grenzboten, die Preußischen Jahrbücher, die Hilfe, die Neue deutsche Rundschau, die (Wiener) Zeit; besonderer geistiger Glanz umleuchtete durch lange Jahre hin Hardens „Zukunft“, die im letzten Jahrfünft 19 geradezu eine Sammelstätte des denkenden Deutschland darstellte, und die Sozialistischen Monatshefte, in denen der deutsche Sozialismus sich von dogmatischem und agitatorischem Stumpfsinn strahlend rehabilitierte. Es war eine letzte Episode ganz großer deutscher Verheißungen, gerade auch politischer: sie währte nur wenig über die Jahrhundertwende hinaus. Dann erstickte sie im Sandsturm des Angloidismus: Erwerb, Technik und Sport, die drei materiellen Lebensmächte der neuen Generation, jenseits des Kanals und des Ozeans von einer fast unerschütterten religiösen Gläubigkeit umkleidet,

im festländischen Europa dank der metaphysischen Indifferenz breiter Massen schamlos nackt einherschreitend, nahmen Sinne und Seelen gefangen. Deutschland blühte unerhört, arbeitete und verdiente, lärmte und qualmte in einem halben Hundert von Großstädten, spielte Fußball und boxte; nacheinander wälzten im jungen Vierteljahrhundert Automobil, Kinematograph, Grammophon, Telephon und elektrisches Licht (die nun erst in den Massenkonsum eintraten), Flugzeug und Radio das Lebensbild, die Lebensform bis zur Unkenntlichkeit um. Es war kaum zu vermeiden, daß der Geist arg unter die Räder geriet. Nachrichtendienst überschwemmte die Presse, der Schlagzeilenredakteur wuchs zu einer ungeahnten Macht empor. Immer umfangreicher wurden die Handelsteile, Sportbeilagen und Bildbeilagen machten sich unentbehrlich, das Feuilleton verfiel zusehends, beinahe nur die großen Wiener Blätter, voran die Neue Freie Presse, pflegten unbeirrt den großen, gepflegten Essay unterm Strich weiter; Organe vom Range der Kölnischen und der Frankfurter Zeitung wehrten sich verzweifelt gegen schreiende Überschriften und fette Schlagzeilen, einen mäßigen Tribut haben auch sie dem neuen Ungeist zollen müssen: höchsten Lobes würdig, bewahrt die Frankfurter noch immer in stoischer Unerbittlichkeit die altehrwürdige farblose Titulierung ihrer berühmten Abendleitartikel „Frankfurt, den soundsovielten“ — Dr. Heinrich Simon sagte mir einmal zwischen Scherz und Ernst: An dem Tage, wo wir diese Überlieferung preisgeben, wird unsere Zeitung gestorben sein. Veteraninnen der deutschen Presse gingen zugrunde oder sanken zu farblosen Generalanzeigern herab; auch alte Zeit-

schriften siechten dahin, wechselten Verlag, Herausgeber, Richtung; nach dem Kriege ist die politische Lärm- und Skandalpresse üppig ins Kraut geschossen, und man erschrickt oft geradezu, wenn man auf Bahnfahrten beobachtet, was für Leute solche Blätter kaufen und lesen; das „Magazin“, gewissermaßen ein Warenhaus der Unterhaltung, hat sich in den Vordergrund des Zeitschriftenkonsums geschoben; in der Reichshauptstadt, die doch nun einmal ein Hauptknotenpunkt der öffentlichen Meinung Deutschlands ist, werden die auf die flüchtige Stunde zugeschnittenen Tageszeitblättchen in unglaublichen Massen abgesetzt.

Das Gesamtbild ist recht trübe. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß so ein Volk mit politischer Alltagskost versorgt wird, das sich eben erst politisieren, eben erst zu einer öffentlichen Meinung heranbilden will, so könnte man schier verzagen. Dennoch trösten einige Lichtblicke. Zum ersten: es sind an wichtigen Stellen Besserungen merklich. Der Generalanzeigertyp hat sich geistig gehoben und auch politisch zu formen begonnen. Daß er überwiegend der Rechten oder Halbrechten dient, sollte für die bürgerliche Linke kein Anlaß zur Schelte, sondern höchstens zur Einkehr sein, denn es ist unglaublich, um wieviel mehr sachliche Opferwilligkeit, Zähigkeit und Wagemut in der Gründung von Zeitungen auf der rechten Seite gewesen sind, seelische Aufwände, die sich übrigens größtenteils bezahlt gemacht haben; es zeugt einfach für die realpolitische Kurzsichtigkeit des „linken“ Kapitals, daß es nicht daran gegangen ist, die Generalanzeigerpresse in seine Hände zu bringen. Es ist die alte leidige Unterschätzung des Machtfaktors, die sich auf der bürgerlichen Linken

hier erneut gezeigt hat und bitter rächt; sie ist in dieser Frage besonders bedrückend, weil es um geistige Macht ging, nicht um militärische oder bureaukratische, und auch gegenüber dem Besitz geistiger Macht die entsetzliche Lauheit und Kurzsichtigkeit an den Tag trat. Wer es aus der Nähe mit angesehen hat, wie sogar Blätter der Linken in die Hände der Rechten übergingen und wie damit in ganzen Landesteilen die Demokratie sich wehrlos machen ließ, ohne daß es gelang, potente Faktoren von unbezweifelt freiheitlicher Einstellung für eine Hilfsaktion zu interessieren, der kann diese Symptome nicht ernst genug nehmen. Denn die öffentliche Meinung wird zum sehr großen und wichtigen Teil von der mittleren und kleinen Presse gemacht; die Wertung leitender Persönlichkeiten durch die Masse richtet sich ganz entscheidend nach den hier ausgegebenen Losungen; wir haben es in den letzten Jahren erlebt, wie hartnäckig die abschätzigen Urteile über Ebert, Rathenau, Stresemann, Schacht, ja Verdächtigungen und Verleumdungen, sich in die Volksmeinung einnisteten, wenn sie erst einmal in der breiten Provinzialpresse Boden gefunden hatten. Angesichts dessen ist es, ohne Ansehen der Richtung, immerhin erfreulich, daß diese Presse sich geistig hebt. Das Korrespondenzenwesen, welches Hunderte von Blättern mit Lesestoff versorgt, hat an dieser Hebung einen Hauptanteil; dadurch ist es möglich geworden, auf allen Gebieten, auch für den politischen Leitartikel, immerhin ernsthafte Kräfte zu mobilisieren, ja ich kann mich zuweilen der pädagogischen Überlegung nicht erwehren, ob nicht oft schon zu schwere Kost verabreicht wird; manche von diesen Beiträgen sind so fett mit historischer

und volkswirtschaftlicher Bildung gespickt, daß sie für den schlichten Magen ziemlich unverdaulich bleiben dürften. Und dies brächte natürlich erst recht die Gefahr mit sich, daß nur der Nachrichtenteil des Blattes verschlungen wird, das politische Suchen aber führerlos bleibt. Immerhin, die Tendenz, ein anständiges geistiges Niveau zu halten, ist deutlich. Sie zieht sich auch durch die Magazineliteratur; gewiß überwiegt manchmal der Ehrgeiz, mit diesem oder jenem berühmten Namen sich zu schmücken — das wird immer so sein und war immer so; der Träger des Namens sollte sich nie für zu gut halten, in einer Zeitschrift oder Zeitung zu schreiben, die große Massen erreicht, er sollte sich aber auch seiner Verantwortung dafür bewußt sein, daß dafür sein Beitrag gar nicht gut genug sein kann und nicht wie ein paar Abfälle sich ausnehmen darf, die er lässig von seinem Tische fegt. Jeder, der schreibt, muß heute doppelt sach- und formbeflissen sein, denn er sage sich bei jeder Zeile: ich rede zu einem Volke, das mündig werden muß, wenn es etwas in der Welt bedeuten soll, und bin berufen, ihm zu Gehalt und Haltung mitzuverhelfen!

Das geschieht aber nicht mehr bloß durch Schreiben. Denn dies ist nun der andere Trost: die Presse — auch hierin eine Parallele zum Parlament — ist gar nicht mehr die einzige oder einzig wesentliche Prägestätte der öffentlichen Meinung. Auch neben ihr sind neue Kraftfelder entstanden; das lebendige, gesprochene Wort vor allem hat eine politisch erziehliche Bedeutung gewonnen, die noch immer im Wachsen ist und durch den Rundfunk zu einer vorher unvorstellbaren Wirkung in die Weite gesteigert wird. Das gesprochene Wort aber ist gegen manches

Gift immun, dem das gedruckte so leicht verfällt: man kann wirklich nicht zusammenhanglose Nachrichten reden, und immer wieder läßt sich beobachten, daß sogar in parteilich gearteten Versammlungen verleumderische, ja unsachliche Ausfälle, die auf dem Papier gläubig hingenommen werden, Mißfallen erregen. Die objektive Politisierung des öffentlichen Vortrags ist einer der stärksten Hebel öffentlicher Meinungsbildung im jungen demokratischen Deutschland. Sie kann, richtig entwickelt, eine der Presse völlig ebenbürtige Macht werden und ist schon auf dem Wege dazu. Objektive Politisierung, das heißt: lebendige Einführung in die Hauptfragen des öffentlichen Lebens; Aufdeckung ihrer Schwierigkeit ebenso wie ihrer Einfachheit; vor allem, weil dies für den schlichten Verstand so wichtig ist, Darstellung ihres Zusammenhangs mit den Dingen des persönlichen, ständischen, beruflichen Alltags. Denn die Eindrücke einer Belehrung schwingen nur dann in der Masse weiter, wenn sie im Lendemain des Alltags Resonanzen finden. Ein Vortrag, ein Zyklus dieser Art und Absicht muß Gesprächsstoff für Wochen, für lange bieten, und das hängt davon ab, ob der Alltag seine Dinge in lebendige Beziehung zu dem Gehörten zu bringen vermag.

Der Alltag: das ist vor allem andern der Beruf. Und hier strömt eine neue Quelle öffentlicher Meinungsbildung: die beruflichen Blätter, die Standesorgane, die Vereins- und Verbandszeitschriften bedeuten heute für Millionen von Menschen ungleich mehr als die Tageszeitung. Aus ihr will man im wesentlichen „das Neueste“ erfahren; was man zu tun, wie man sich zu den Dingen zu stellen hat,

entnimmt man aus jenen. Reichsbannerzeitung, Gewerkschaftsblätter, die Organe des Jungdeutschen Ordens und des Stahlhelms, die Lehrerzeitungen und Handlungsgehilfenzeitungen, die Beamtenblätter und Kirchenblätter — sie recht eigentlich liefern ihren Beziehern die „Meinung“, auf die sie schwören, zu der sie sich gleichsam für verpflichtet halten. Besonders der junge Mensch ist viel öfter auf ein solches Organ als auf eine Tageszeitung abonniert, denn häufig erhält er es automatisch als Mitglied einer Organisation; diese Organisation aber bedeutet ihm auch weltanschaulich viel mehr als dem Älteren, sie ist ihm keineswegs reiner Zweckverband, auch wo ihre Ziele und Mittel, wie bei allen gewerkschaftlichen Verbänden, sehr nüchtern sind; er fühlt sich sozusagen ordensmäßig in Reih und Glied, „Korpsgeist“ beseelt ihn, hier sucht und findet er seine eigentliche „Führung“. Was hier getrieben wird, ergreift er mit einem manchmal wunderlichen Ernst und Eifer, man betrachte nur etwa das Konvents- und Chargiertenwesen der studentischen Korporationen; er erlebt es als ein Spiel mit tieferem Sinn, das „Vorahnung“ reiferer Lebensfunktionen, z. B. verhandelnder und verwaltender ist. Das galt immer; heute verstärkt noch ein neuartiger Faktor diese Beziehungen: jene Blätter sind ihrem Habitus nach in viel weiteren Abstand von der Tageszeitung gekommen; sie sind ein Gemisch aus sachlicher Berichterstattung und Bewegungsenthusiasmus geblieben. Allerweltsreportage und Schlagzeilensensation finden (naturgemäß) in ihnen nur wenig Gelegenheit, sich zu entfalten. So wirken sie seriöser, sachverständiger, gediegener, und wenn sie auch gewiß objektiv langweiliger sind als die eigentliche Presse,

ihre Abstempelung als „Organ“ eines Bundes läßt sie wie ein Katechismus gelesen werden. Ihre Redakteure stehen überdies meist in bürgerlichen Berufsstellungen oder standen darin, also außerhalb der eigentlichen Journalistensphäre, was ihnen, wie die Dinge in Deutschland gesellschaftlich liegen, ein ganz anderes Ansehen gibt. Die Einwirkung dieser riesenhaft verbreiteten Kategorie von Blättern auf die öffentliche Meinung ist unberechenbar stark; da namentlich neuerdings viele davon ins Politische schimmern, so wird hier eine ziemlich unsichtbare, entscheidende Vorarbeit für die endgültige Orientierung im öffentlichen Leben vollbracht. Wie unsere heraufwachsende Generation zu den allgemeinen und auch zu einzelnen politischen Fragen sich stellt, dafür ist die Haltung der Stahlhelm- und Jungdobblätter, der Reichsbannerzeitung, des Quickborn, des Arminius, der Burschenschaftlichen Blätter, der Junglehrerzeitungen und wie sie alle heißen mögen, viel mehr ausschlaggebend als alle Leitartikel der Deutschen Zeitung oder des Tag, des Vorwärts oder der Frankfurter Zeitung oder Germania.

32

In diesen Feststellungen, die ein sträflich ignoriertes Quellgebiet öffentlicher Meinungsbildung sichtbar machen möchten, zeichnet sich schon die Tatsache ab, daß korporative Verknüpfungen des einzelnen, überall und erst recht in Deutschland, seine Orientierung zum Staat aufs stärkste bestimmen helfen. Aus ihrer Zugehörigkeit zu einem Berufsstande, einer Gewerkschaft, einem Turner- oder Kriegerbund, zu einer Kirche oder Sekte, einer Loge oder einem

Sportklub resultieren für Millionen von erwachsenden und erwachsenen Deutschen die Dominanten, welche ihre politische Einstellung positiv oder negativ regeln — positiv, indem von mancher dieser Körperschaften eine bestimmte politische Haltung erwartet oder gepflegt wird, negativ, indem mindestens gewisse politische Haltungen ausgeschlossen werden. Ein Struktursystem wird sichtbar, das durch den Volkskörper und seine Staatsordnung feste Kraftlinien legt, nach denen sich die einzelnen lagern wie die Eisenfeilstückchen über den Polen eines Magneten. Wir heißen es die Gesellschaft; es ist uralte und ewig jung; seit jeher ist es das wichtigste Brückengebilde gewesen, auf dem eine Nation vom Ufer des reinen Volkstums zum Ufer des reinen Staates gelangte; seit langem liegt eine Hauptursache der politischen Schwäche unserer bürgerlichen Demokratie (also auch des Linkliberalismus, der sie vor dem Kriege verkörperte) in der ungenügenden Würdigung der Gesellschaftskräfte für die Dinge der Politik; die Staatsrealität, mochte sie ein Staatsideal ausdrücken, welches sie wollte, ist immer stark körperchaftlich bestimmt gewesen; die konservative Rechte und die sozialistische Linke zogen ihre Kraft aus der Anerkennung und Ausnutzung dieser fundamentalen Tatsache ebenso sehr wie (auf seine Art) das Zentrum; überall, wo die Fiktion einer unkörperchaftlichen, rein politischen Stellungnahme krampfhaft ergriffen ward, standen Ohnmacht und Siechtum auf. Auch für die politische Prognose des Deutschland von heute ist seine gesellschaftliche Umlagerung ein Prozeß von höchster Wertigkeit.

Die Gesellschaft und ihr Geist

33

Unter der Gesellschaft begreifen wir diejenige eigentümliche Gliederung, oft auch Zerspaltung und Zerklüftung einer Volksmasse, in welcher durch Herkunft, Besitz, Beruf, Bekenntnis zahlreiche Menschen sehr verschiedener Individualität, d. h. Talents-, Temperaments- und Charakterbeschaffenheit, dennoch miteinander zu Gruppeneinheiten („Kreisen“, „Schichten“ u. dgl.) verbunden und von anderen, analogen Einheiten abgesondert werden. Die bürgerlichen Kreise, die adligen Kreise, die Schichten von Bildung und Besitz, die Arbeiterkreise, die katholischen und evangelischen und jüdischen Kreise, die akademischen Kreise, die Industriekreise — da haben wir sogleich ein Bild der Gesellschaft in Deutschland, wo es immer sehr wichtig war, aus welchen Kreisen jemand kam, in welchen er verkehrte, zu welchen er gehörte, in welche er heiratete. Kaum in einem anderen Lande der neuzeitlichen Welt ist die Stellung des einzelnen zum Staate und im Staate so stark durch seine Stellung in der Gesellschaft bedingt gewesen wie bei uns; die Kreise, in die einer gehörte, überhoben ihn häufig, ja meistens, jeder selbständigen Wahl oder Erarbeitung des politischen Standpunktes und sachlicher Erkenntnisse, logischer Folgerungen und persönlicher Überzeugungen. Der deutsche Sozialismus hat sich dieser Vormacht gesellschaftlicher Triebkräfte im deutschen öffentlichen Leben sehr bald unterworfen: nirgends sonst ist das „proletarische Klassenbewußtsein“, diese gewollte öffentliche Isolierung der Arbeiterkreise, mit solcher Starrheit als die Achse der politischen Arbeiterbewe-

gung eingesetzt und festgehalten worden wie hier. Und nirgends sonst ist der seltsame Versuch, alle (in der Absicht alle) katholischen Kreise über jeden Unterschied der sonstigen politischen Überzeugung hinweg zu einer Partei, dem Zentrum, zusammenzuschweißen, so verhältnismäßig vollständig und mühelos gelungen wie hier — weder in Italien noch in Frankreich ist es gewiß, ob Ähnliches, was vor unseren Augen versucht wird, glücken mag.

Die Staatsumwälzung hat in den wohlgeordneten Bienenstock der gesellschaftsmäßigen Kastung eine wirre Unruhe gebracht. Dabei sind zwei Tatsachen gleichsam die Herde der gesellschaftsseismischen Erschütterung: „rechts“ wurde einer äußerst befestigten Gesellschaftsschicht ihr Halt und Symbol genommen, die Monarchie; „links“, nämlich in der sozialistischen Arbeiterschaft, wurden gesellschaftliche Abbröckelungen und Verlagerungen sichtbar und wirksam, die man als den Verkleinbürgerlichungsprozeß der gehobenen Arbeiterschichten bezeichnen kann. Dadurch wurde je eine äußerste Linke und Rechte abgespalten, Kommunisten und Völkische, die Homogenität der alten äußersten Rechten und Linken, der konservativen und sozialdemokratischen, aber auch innerlich so aufgelöst, daß die heutigen Deutschnationalen und die heutigen Sozialdemokraten etwas wesentlich anderes sind, als die Konservativen und die Sozialdemokraten vom 1. Januar 1914 waren. Beides versinnbildlicht sich sehr schön in dem Flaggenfarbenstreit: die Rechte ist schwarz-weiß-rot geworden, denn sie war vorher schwarz-weiß, hatte ja überhaupt nur in Preußen reale Existenz, und die Reichsfarben bedeuteten ihr ein ziemlich gleichgültiges Inventarstück, das man ertrug, ohne es zu lie-

ben; die Sozialdemokratie, dereinst rot, hat diese chromatische Simplizität den Kommunisten abgetreten und ward zur leidenschaftlichen Trägerin und Schützerin von Schwarz-Rot-Gold.

Dies sind zugleich die ersten großen Schritte zu einer stärkeren Politisierung vorher gesellschaftsmäßig abgegliederter Lager. Die Sozialdemokratie vertritt heute, trotz allem korporativen Sich-Klammern an die „proletarische“ Fiktion, keineswegs mehr nur oder so gut wie nur die Fabrikarbeiterschaft. Sie hat durch den Zustrom von Landarbeitern, Kleinbauern, Handwerkern, vor allem aber Beamten und Angestellten eine völlig veränderte soziologische Basis erhalten, für die vorläufig ein Generalnenner nicht zu finden ist, so daß eine bunte Gebrochenheit ihrer Wählerschaft bleibt, die der Führung schwere Aufgaben, im großen und im kleinen, im prinzipiellen und im taktischen stellt. Aber wohl noch stärker ist die Umschichtung rechts. „Deutschnational“ sind heute eine Masse ehemals liberaler Kreise, viele katholische Zirkel, handwerkerlicher und händlerischer Mittelstand; der Adelsgrundstock der Partei ist dahin, sie stellt sich nun als eminent bürgerlich dar, man täusche sich darüber ja nicht: sie hat einen volkstümlichen Zug empfangen, der sie sehr stark macht und in ähnlichem Maße nur noch der Sozialdemokratie zukommt.

Die Entwicklung, welche im öffentlichen Leben und Parlament rechts und links je ein starkes Kraftfeld polarer Staatskräfte schuf, hätte noch bestimmter vollzogen werden können, wenn die Entstehung der deutschen Volkspartei verhindert worden wäre. Ob die Schuld an dieser Gründung wirklich nur bei den dogmatischen Mitgründern der demokratischen

Partei liegt, die dem Politiker Dr. Stresemann wegen annexionistischer Kriegszieläußerungen die Tür vor der Nase zuschlugen, anstatt froh zu sein, eine politisch so erfahrene, gewandte, sozial und geistesfrei gesinnte Figur in ihre Reihen ziehen zu können, bleibe dahingestellt. (Lehrreich aber ist, daß die damaligen Hauptakteure der Prinzipienweisheit heute nicht mehr in der Partei sind oder tätig sind, die sie vor solchem Unheil behüten zu müssen meinten; in politics sind die Dogmatiker und Intoleranten allemal die, auf die praktisch kein Verlaß ist.) Immerhin war die Möglichkeit gegeben, das Lager, das sich heute Volkspartei nennt, an die Deutschnationalen und die Linke zu verteilen. Da mindestens ein Drittel der volksparteilichen Anhängerschaft im Lande sich von den Deutschnationalen gar nicht, auch in der nationalistischen Einstellung nicht und höchstens durch flauere soziale Einstellung unterscheidet, so hätte das gewiß eine erwünschte, nämlich sachlich gerechtfertigte Vereinfachung unseres Parteitreibens bedeutet.

Hingegen vollzog sich die Gründung der demokratischen Partei als eine sachliche Notwendigkeit. Die bürgerlichen Elemente vongrundsatz- oder vernunftrepublikanischer Auffassung, von stark sozialer und geistesfreiheitlicher Einstellung konnten keineswegs bei der Sozialdemokratie einen so natürlichen Anschluß finden, wie dies für einen großen Teil der heutigen Volksparteiler bei den Deutschnationalen möglich gewesen wäre. Eine Partei der bürgerlichen Demokratie, eine echte Erbin des wirklichen (und dadurch immer lebensfähigen) Liberalismus mußte nur, wenn sie sich konstituierte, sofort die Schwierigkeit und die Gefahren ihrer Position überblicken und sich

danach einrichten. Sie vertrat eine Staatsidee, die soeben Realität geworden war. Alle Politik lebt nur davon, daß die geltenden Realitäten angefochten, ja berannt werden. Die deutsche demokratische Partei sah sich zwangsläufig in der Rolle einer konservativen: sie hatte das Neue, das über Nacht gekommen war, zu schützen. Was Anton Erkelenz immer wieder als die moralische Stärke dieser Partei formuliert hat: daß sie, als einzige, diesen heutigen Staat um seiner selbst willen bejaht — bedeutet viel mehr: ihre praktische Schwäche. „Konservativ“ ist nämlich nicht eine Konstellation, sondern eine Lebensstimmung und Lebenshaltung. Die Konstellation machte die bürgerlichen Demokraten nicht konservativ, sondern brachte unkonservative, fortschrittlich geartete Naturen, wie es die Linksliberalen stets gewesen waren, in eine konservative Lage. Hieraus mußte sich sehr bald ergeben, woran diese Partei seither zu leiden nicht aufgehört hat: ein ewiger Abstrom der innerlich konservativen Mitläufer nach rechts und eine ewige Unzufriedenheit der innerlich fortschrittlich gearteten Mitglieder auf dem linken Flügel mit dem zu starken Konservatismus der Partei. Die demokratische Partei hätte, um dem vorzubeugen (wenn ihm überhaupt vorzubeugen war), möglichst undoktrinär, möglichst realpolitisch — sagen wir ruhig: prinzipienlos sein müssen. Sie mußte sich ganz darauf konzentrieren, diesen zwangsläufig entstandenen Neustaat zu einem möglichst vortrefflichen Staat auszugestalten: zu einem stark vereinfachten Staatswesen, dessen jammervolle Lage der Außenwelt gegenüber samt der schmerzlichen Realpolitik, die sich daraus ergab, durch ein echtes, unverlogenes, nationales Pathos erträglich zu machen war. Praktisch hat die

Partei zu diesem Programm die stärksten Mitarbeiter gestellt. Sie bot Talente und Charaktere fast in Überfülle dar. Sie durften sich verbrauchen, und die Partei sank in wenigen Jahren auf ein Drittel ihres Bestandes. Es ist eine der größten politischen Tragödien, welche die Geschichte kennt: die Partei der Hugo Preuß, Max Weber, Walter Rathenau, Hjalmar Schacht, Otto Geßler! Denn theoretisch fand die Partei nicht die wirksame Tonart. Sie schleppte das Erbübel des alten Freisinns weiter, alles zu doktrinär zu formulieren, sich beständig in grundsätzliche Problematiken zu verstricken und an ihren eigenen Männern (namentlich in ihrer Presse) übereilte und überhitzte Kritik zu üben (was ja auch ein Zeichen des Doktrinarismus ist). Die jahrelange Zusammenarbeit mit dem Zentrum und der Sozialdemokratie, von diesen beiden immer nur praktisch und taktisch gehandhabt, wurde den Demokraten fast zu einer Herzenssache, und damit bezahlten sie die Kosten dieser „Weimarer Koalition“, welche die anderen in jedem Augenblick preisgaben, wo es ihnen in ihren taktischen Kram paßte. Vor allem aber griff die junge Partei in der Wahl ihrer gesellschaftlichen Grundlagen fehl.

Sie hätte eminent bürgerlich sein, dem Bürgerlichen nun, da es sich frei regen konnte, höchste Werte abgewinnen müssen. In diesem geschlagenen und zerrütteten Deutschland kam es darauf an, so unbürokratisch, so unkollektivistisch wie möglich jeder wertvollen Kraft Spielraum zur wertvollen Betätigung zu schaffen. Nach der geistigen Seite hin bedeutete dies: Freiheit und Selbstbestimmung, bei aller Aufgeschlossenheit gegenüber Dingen des religiösen Lebens, die damit wohl verträglich ist. Es

gibt eine Gesellschaftsschicht, die überall in der Welt das festeste Fundament der Demokratie ist und ohne die vermutlich keine Demokratie existieren kann: die Bauernschaft. Die Bauern sind der unbewußte Humus aller politischen Selbstregierung auf Erden, die Landgemeinde ist noch heute in einzelnen Schweizer Kantonen das wahrhaftigste Sinnbild des volkstaatlichen Lebens. Im Laufe der immer bewußteren historisch-politischen Entwicklung hat später der Protestantismus den Urquell demokratischer Doktrinen abgegeben. Man übertreibt nicht, wenn man sagt: evangelische Bauern sind die geborenen Demokraten, vielleicht die einzigen, die es gibt. Wer einen Volksstaat auf sie baut, der baut ihn auf Fels. Alles andere kommt diesem Baugrund nicht gleich.

34

Es war, zugegeben, für die junge demokratische Partei nicht einfach, zu diesem Baugrund zu gelangen. Der Liberalismus, namentlich auch der Freisinn, hatte sich die Bauern in langen Jahrzehnten asphaltpolitischer, manchmal aber auch bloß kleinbürgerlicher, kleinstädterhafter Einstellung verschert. Der religiösen Welt gegenüber fand er keine wirkliche Wärme, immer nur die etwas indifferente Haltung einer grundsätzlichen, namentlich auch die Juden einschließenden, konfessionellen „Toleranz“. Der Großstadtfreisinn war lange Zeit im platten Sinne aufklärerisch, kirchenmißtrauisch oder -gleichgültig, antipfäffisch gewesen. Gewiß hatte der Reformator und Einiger des Liberalismus, Friedrich Naumann, mit seinem kleinen nationalsozialen Zirkel auch hierin einen Wandel angebahnt. Doch traten ihm selber, begreiflicherweise, die Glaubensdinge

vor den politischen zu stark zurück, als daß seine hinreißende Wirkung nicht wesentlich von seiner Auffassung der letzteren ausgegangen wäre. Und politisch blieb Naumann schließlich doch, wodurch er groß geworden war: ein Sozialist. Einer von ganz originaler Prägung, gewiß, aber dennoch einer. Die Fabrik war ihm das Phänomen des neuen Volkstums, die Problematik des Arbeiters fundierte ihm den neuen Staat, den er als die Vision einer kaisertümlichen Demokratie erlebte und miterleben ließ. Theoretisch ist das ja ganz richtig — zu seiner Zeit sicher richtig gewesen. Der Einbau der Fabrik in den Staat war das politische Problem der Zeit. Nur durfte man nicht übersehen, daß diese Mission sich ihr Doppelinstrument in der sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften längst geschmiedet hatte — damit aber wurde es für jede andere Seite aussichtslos, anders denn fermentierend, etwa massensammelnd auf dieser Linie zu wirken. Die demokratische Partei von 1918 hätte sich sagen müssen, daß die Fabrik (nennen wir es einmal so lapidar) für sie unerreichbar war: Fabrikherren sind niemals Demokraten und können es vielleicht nicht sein, und die Fabrikarbeiter waren und bleiben (von einer kleinen katholischen Variante abgesehen, die erst recht nicht missionabel sein konnte) Sozialisten. So bleibt die Lage, grundsätzlich kann sie sich kaum ändern, Arbeitermassen vermag die demokratische Partei nie zu erobern. Das hindert nicht eine sehr positive Haltung zu allen arbeiterlichen Dingen, wie warmes Sich-Einsetzen für die politische und soziale Ebenbürtigkeit des Fabrikarbeiters, eine ständige Sinnoffenheit für alle wesentlichen Elemente der Industrieproblematik; ich lasse mich darin von niemandem übertref-

ren. Aber die demokratische Partei als Partei kann sich nicht nennenswert auf Arbeitermassen gründen.

Ebenso lag außerhalb ihrer Reichweite, was triebhaft undemokratisch, ja widerdemokratisch ist. Großbesitz jeder Schattierung, ob es Großgrundbesitz, Großindustriebesitz oder Großgeldbesitz ist, kann nicht demokratisch gestimmt sein. Er wäre nicht da, wenn ihn nicht Menschen zusammengebracht hätten, die von dem Dämon getrieben waren, die Ungleichheit in der Welt zu vermehren, andere von sich abhängig zu machen, Übermacht zu sammeln zur Beherrschung der dadurch verbreiteten Ohnmacht. Auch die Virtus des Großbesitzes, die das vom Dämon Geschaffene erhält, kann sich nicht den Boden unter den Füßen wegziehen. Menschenfreundschaft und Klugheit können es einem solchen Großbesitzer nahelegen, seinen Absolutismus durch konstitutionelle Einrichtungen ein wenig zu begrenzen, aber wenn er spontan seinen Betrieb zu einer wirklichen Demokratie machen wollte, in der die leitenden Männer periodisch gewählt oder abberufen, ja „gestürzt“ werden könnten durch die Stimmenmehrheit der fabrikarbeitenden Massen oder ihrer Vertretungen, dann wäre er ein Narr oder ein Taugenichts. Wenn er es sich recht überlegt, kann er auch kein Freund eines staatspolitischen Systems sein, in dem einfach die Masse durch Abstimmung nach dem Gleichheitsprinzip alle wirtschaftspolitischen Entscheidungen fällt. Er wird gegenüber dieser Masse auch politische Vorrechte für sich wünschen müssen, allenfalls — und das ist vielleicht die schlimmste Lösung, die pseudodemokratische! — kann er sich mit einem scheinbaren Gleichheitssystem abfinden, in dem tatsächlich eine Plutokratie

herrscht, nämlich die Minister, die Abgeordneten oder die Parteien als Ganzes kauft und dadurch ihre Interessen sicherstellt. In einer unkorrupten Demokratie wird aller Großbesitz als Ganzes immer auf der „rechten“ Seite seinen Platz finden, dort, wo alle retardierenden, dämpfenden, die Auswirkung der Demokratie begrenzenden oder auswägenden Tendenzen vertreten werden.

Es gibt eine in den modernen Staaten sehr stark angeschwollene Schicht, das sind die Staatsbeamten. Ihre Organisationen haben in den letzten Jahren eine große politische Rolle gespielt, und die Demokratische Partei hat stark mit ihnen gerechnet und operiert. Doch kann dies nur eine Episode bedeuten. In der ganzen Beamtenfrage ist ja das Verfassungswerk von Weimar zwiespältig geblieben. Man hat sich nicht entschließen können, das lebenslängliche Berufsbeamtentum der demokratischen Wahl auszusetzen und damit dem richtigen Instinkt der Massen auch in der Berufung ihrer Verwaltungsmänner zu vertrauen wie in der Schweiz; zu stark setzten sich so feurige Demokraten wie Max Weber für die Unantastbarkeit der traditionellen deutschen „Beamtentugend“ ein; aber diesen Berufsstand, dessen Mitglieder in unerhört jungen Lebensjahren schon „wohlerworbene Rechte“ besitzen, die ihnen bis ans Lebensende nicht mehr beschnitten werden können (erworben durch eine bestimmte Vorbildung, eine kurze Probezeit und den Entschluß, sich anstellen zu lassen), hat man im Artikel 130 gleichzeitig die schrankenlose politische Betätigungsfreiheit geschenkt! Praktisch ist das ein Ding der Unmöglichkeit. Dem Beamten, dem der Staat Existenzsicherungen verleiht, wie kein anderer Stand sie kennt,

kann unmöglich zu diesem Staat jede beliebige Stellungnahme erlaubt sein. Jeder freie Staatsbürger trägt die Folgen mit, wenn eine neue Regierung oder eine geänderte Staatsform, für die er mit agitiert hat, so praktiziert, daß es ihm und seiner Schicht schlechter dabei geht als vorher, jeder solche setzt, tritt er in die Politik ein, seine Existenz aufs Spiel. Dem Beamten aber räumt die Weimarer Verfassung nicht Gleichberechtigung, sondern eine Vorzugstellung ein: er ist der einzige, der alles darf und nichts riskiert! Er besitzt wohlerworbene Rechte, um die ihn nicht einmal Unfähigkeit bringen kann, er darf den Staat bekämpfen, der ihm diese Rechte verleiht, er kann jede Stunde ins Parlament einziehen, ohne um seine Existenz besorgt zu sein, ja er braucht nicht einmal Urlaub zu nehmen, um zu diesem Behufe sein Amt links liegen zu lassen — der Staat, den er vielleicht in einer staatsfeindlichen Fraktion mit bekämpft, muß für seine Vertretung sorgen, damit jener, die wohlerworbenen Rechte in den Taschen, Ellenbogenfreiheit für seinen Kampf gegen den Staat habe. Hier wird demokratische Vernunft Unsinn, das sieht jeder. Lebenslänglich gesichertes Berufsbeamtentum kann keine schrankenlose politische Freiheit genießen. Es ist ein Instrument des Staates, das in der Hand jeder Regierung gleich gebrauchsbereit und gebrauchsfähig sein muß; kann man sich allenfalls noch vorstellen, daß ein Revisor seine Zahlen richtig rechnet, obwohl er diesen Staat, für den er es tut, in der Seele haßt, aber daß ein Referent, der politisch nicht bloß gebunden, sondern auch politischer Agitator ist, noch objektive Personal- und Realentscheidungen vorbereitet, heißt der natürlichen Spaltbarkeit der Menschennatur zuviel zutrauen.

Aktive Politik erfordert eine Bewußtseinstechnik, die man nicht von einer Stunde zur andern um 180 Grad umstellen kann, sonst wäre sie nur noch kaltschnauzige Routine; der enthusiastische Politiker muß darin leben und weben, entscheidende Dinge einseitig zu sehen und einseitig den andern zu zeigen, er kann unmöglich morgen für ein paar Sitzungen wieder ein guter Richter sein, der nach genau entgegengesetzten Motiven zu denken und zu urteilen, die Dinge von allen Seiten zu sehen und auszuwägen, nichtsie „durchzusetzen“ hat. Mindestens einwuchtiger Kernkörper des Beamtentums hat seine Beamtentugend und -fähigkeit in den Dienst seines Staates zu stellen und muß der Tagespolitik fern bleiben. Kein schlichter Mensch glaubt mehr an die innere Lauterkeit von Beamten, die draußen leidenschaftlich bekämpfen, was sie drinnen selber ausarbeiten müssen, damit geht aber der Glaube an die Gesetze und an die Staatsordnung selber verloren. Wollte das deutsche Beamtentum die politische Freiheit, so müßte es auch das Risiko dafür auf sich nehmen: die Wählbarkeit durchs Volk, das heißt die Chance der Nichtwiederwahl. Da es das andere Los, das Los der Sekurität, gezogen hat, so mußte die praktische Entwicklung (und muß auch immer mehr) zu einer relativen Entpolitisierung der Beamtenschaft führen. Niemand wird ihr das Recht nehmen wollen, sich politisch dahin oder dorthin zu bekennen, innerhalb der verfassungsmäßigen Schranken; kein Beamter darf sich zu einem Lager bekennen, das diesen seinen, ihn sichernden Staat nicht verfassungsmäßig, sondern gewaltsam ändern will; und jeder Beamte, wozu er sich immer bekenne, mag wählen, mag im internen Kreise seiner Partei ihr nützliche Arbeit tun,

mag Ehrenstellen in diesem Kreise bekleiden: im eigentlichen Sinne öffentlich kämpfen, agitieren kann er nicht; wo immer er für die Außenwelt in Erscheinung tritt, hat er sich die größte Zurückhaltung aufzuerlegen. Das gehört zu seinen wohlgeschuldeten Pflichten, ohne die es keine wohlerworbenen Rechte geben kann.

Damit aber wird der Beamtenstand en masse untauglich, einen politischen Kern- und Stoßtrupp vorzustellen. Wenn man Politiker in den letzten Jahren sooft darüber hat klagen hören, daß in den Vorständen und Ausschüssen ihrer Partei die Beamten von nichts als von Gehaltsgruppeneinstufungen und Ortsklassenzuschlägen redeten und so schwer auf grundsätzliche politische Einstellungen zu bringen seien — so mußte man ihnen erwidern, darin offenbare sich ein richtiges Empfinden für die Grenzen, die dem Beamtentum in der Politik gezogen bleiben; natürlich könne der Beamte für seine wirtschaftliche (oder auch rechtliche) Besserstellung kämpfen, meinetwegen auch für Titel und Ehrenzeichen, diszipliniäre Selbstverwaltung u. dgl.; der Einmischung in den politischen Bekenntnisstreit halte er sich im Gros jedenfalls besser fern. Übrigens hält ihn schon seine ganze Wesensart, wenn sie recht ist, davon fern. Der gute Beamte ist ein schlechter Politiker — wie denn ein guter Politiker kaum je einen guten Beamten abgibt und ähnlich wie, aus der ganzen Berufswesensverschiedenheit heraus, ein guter Arzt selten ein guter Jurist und ein guter Kaufmann auch meist kein guter Beamter sein wird. Eine wohlberatene Partei wird darum wissen, daß sie nicht gut fährt, wenn sie sich stark auf Beamtenmassen stützen will, sie wird aber auch Bedenken

tragen, um der Beamten selber willen sich auf sie zu stützen. Denn das der Volkswahl entzogene Berufsbeamtentum politisch aufzupeitschen, ist eine ungeheure Verantwortung gegenüber dem Ethos des Staates — Wählermassen, die den Kerntrupp einer politischen Partei bilden sollen, müssen aber gelegentlich bis zum äußersten rabiat gemacht werden: ohne Leidenschaft gibt es keine Politik, Beamte aber sollen leidenschaftslos bleiben, darin liegt die Entsagung, aber auch der Wert ihres besonderen Daseins, darin liegt die Einförmigkeit, aber auch die Autorität ihrer Wesenserscheinung. Eine Partei, die vorzüglich um Beamtengefolgschaft wirbt, wird sich bald in der Lage sehen, sich vorzüglich mit Beamtenforderungen zu befassen, politisch aber möglichst indifferent sich zu verhalten. Und das wäre ihr Anfang vom Ende.

Aber wie denn? Kommen ihr die Bauern nicht mit Bauernforderungen? Was bringen der Sozialdemokratie die Arbeiter anderes als Arbeiterforderungen? Gewiß; es ist eine Banalität, daß jede Schicht in jedem Staate auf ihr eigenes Wohlergehen bedacht sei. Aber alle freien Berufsstände, in denen jeder einzelne nur vor sich und seiner Familie zu verantworten hat, was er verficht und wieweit er sich dabei öffentlich vorwagt, sind mit ihren Forderungen und über sie hinaus zugleich im höchsten Sinne politisch mobilisierbar. Die Beamten sind es nicht, sie sollen es nicht sein, man soll sie gar nicht in die Versuchung dieser Mobilisation bringen. Zur Zeit der Trennungsgesetze hat der französische Klerikalismus die Bauern einzelner Provinzen bis zum blutigen Widerstande „gegen die Freimaurer“ aufgepeitscht; das soll kein Vorbild bedeuten; aber es

zeigt, was mit Bauern (und ebenso mit Arbeitern, mit kündbar Angestellten, mit Kaufleuten, Ärzten, Anwälten, mit Fabrikanten und Handwerkern) politisch möglich ist. Beamtenaufstand — ja, schon Beamtenausstand bedeutet die Abdankung einer Staatsordnung; wer derlei anzettelt, zerstört den Staat selber, wer Bauern zum Aufstand bringt, verantwortet immerhin nur, daß er sie vor die Gewehrmündungen des Staates treibt, er greift den Staat als solchen peripher an, nicht in seinem Zentralmark. Bauern sind nüchterne Rechner und mit bloßen Redensarten nicht zu fangen; wer ihre Gefolgschaft sucht, muß sich zuerst an ihnen, an ihren Bauerndaseinsbelangen, ausweisen; aber gelingt ihm das, so sind sie in ihrer Zähigkeit und Ausdauer auch für politische Ziele die treueste und stärkste Gefolgschaft. Der Bauer lebt ja noch natürlich, er durchschreitet das Leben vom engsten Kreise her zum weiteren, er tritt an alle Dinge heran aus seiner Sphäre heraus; aber keineswegs ist er „beschränkt“, im Gegenteil, hat er Grundsätzliches einmal ergriffen, so kommt dem seine ganze Härte zugute — und nichts Grundsätzliches ist dem echten Bauern so wesensverwandt nahezubringen wie Unabhängigkeit.

Denn um diese kreist sein Innerstes, im Bewußten und Unbewußten. Alle Beobachter Sowjetrußlands stimmen in diesem einen überein: der Zarismus hat sein Spiel verloren, in jeder Form, nicht durch die Kraft der roten Armee oder die Skrupellosigkeit der Tscheka, sondern weil der Bolschewismus den Bauern die Unabhängigkeit gegeben hat und weil die sie nie wieder hergeben. Einer der kundigsten Kenner und berufensten Beurteiler der russi-

schen Dinge, Otto Hoetzsch, hat (mit aller gebotenen Vorsicht) die wahrscheinlichste Prognose Sowjetrußlands auf allmähliche Umformung in eine „Farmerrepublik“, das heißt eine Art Bauerndemokratie, gestellt. Und man kann noch weitergehen und angesichts der historischen Realitäten sagen: am Ende gebe es überhaupt keine andere dauerhafte Volksherrschaft als Bauerndemokratie — die schweizerische Eidgenossenschaft, die Vereinigten Staaten, die britischen Dominions, Dänemark, Schweden, Norwegen und vor allem die französische Republik sind jedenfalls welche, die landbesitzenden kleinen Leute sind aus ihrer Staatsstruktur nicht bloß nicht fortzudenken, sondern bilden deren Rückgrat, und das einzige Land politisch großen Stils, das in keinem Betracht ein Bauernland ist, weil es überhaupt kein Bauerntum mehr hat, Alt-England, muß erst noch zeigen (und wird vor unsern miterlebenden Augen darauf geprüft), ob eine Demokratie (die England erst seit einem halben Menschenalter zu heißen verdient) nicht von den sozialen Problemen des exklusiven Industrialismus zerrieben wird. Es ist mir nicht der leiseste Zweifel, daß auch im neuen Deutschland derjenige die Demokratie haben und behalten wird, der die Bauern hat — sogar die deutsche Sozialdemokratie, der das gewiß nicht leicht fallen konnte, hat es begriffen und neuerdings sich mit einem Programm zur Gewinnung der Bauern ausgerüstet.

35

Es waren katholische Bauern, die vor über 600 Jahren an den Ufern des Vierwaldstätter Sees die erste praktische Volksherrschaft begründeten — gegen eine katholische Hausmacht, die habsburgische, die nach-

mals der Fels werden sollte, an dem die Reformation in ihrer Europäisierung sich brach und die Gegenreformation sich aufrichtete. Und heute sind wir in Deutschland wiederum Zeuge dessen, daß katholische Arbeiter und kleine Leute ihre politische Unabhängigkeit sich durch keine hastigen kirchlichen Losungen wollen schmälern lassen — die kritischen Auseinandersetzungen im Schoße der deutschen Zentrumspartei, die sich um die Figur Josef Wirths gruppieren, stellen etwas ganz Ähnliches vor. Jedoch um 1300 gab es noch nichts anderes als katholisches Christentum, auch alle Freiheitsbewegungen geistiger Art, geschweige denn die politischen, wollten auf dem Boden der Kirche bleiben, solange es irgend anging: Reformation, nicht Revolution oder Emanzipation war selbst die hussitische Absicht. Tatsächlich haben alle diese Bewegungen die Einheit des kirchlichen Systems erschüttern, zersetzen, unterhöhlen helfen. Die Kirche konnte die Freiheiten nicht als autonome gewähren lassen, sie durften höchstens von ihr ausgewählt, von ihr begrenzte, von ihr verwaltete Geschenke sein: echte Volkssouveränität ist wirklich und bleibt eine Häresie. Die innere Entwicklung der römischen Kirche hat jene Unmöglichkeit seither nur verschärft. Denn diese Entwicklung ist papal, zentralistisch, romanistisch, absolutistisch gewesen; nach der Defensive des 18. Jahrhunderts, an dessen Wende zum 19. man in Rom froh sein durfte, daß es gelang, eine sich selbst regierende deutsche und deutschtümliche Bischofskirche zu verhüten, hat Pio Nono mit gewaltigem Offensivstoß das Vatikanum verwirklicht, das dem von Herkunft stets italienischem Papst die autokratische Entscheidungs- und Bestimmungs-

gewalt in allen Dingen des Glaubens und der Sitte gab. Es bedeutet praktisch ein Herumreden um die Wirklichkeiten, die das Leben bestimmen, wenn man betont, daß „letzten Endes“ auch der römisch-katholische Christ seinem Gewissen zu folgen gehalten sei. Gewiß, Gott der Herr ist schließlich noch über Priestern, Bischöfen und Papst und mag einem von der Kirche Gemaßregelten, etwa Exkommunizierten, nach unerforschlichem Ratschluß (den ja auch die petrinische Schlüsselgewalt nicht ganz annulliert) seine Vergebung zuwenden. Theologisch stimmt das schon. Aber praktisch? Die Konflikte, die ein gläubiger Katholik in sich entfesseln muß, wenn er sein Gewissen gegen die Entscheidungen der Kirchengewalt stellt, sind so aufwühlend, daß er schon ein Stückchen von einem Luther sein muß, um sie aufzunehmen. Wie viele sind das, können das sein? Die römische Kirche bestünde ja gar nicht, wenn es viele wären! Praktisch wird die gläubige katholische Masse auch für die Marschrouten des politischen Lebens ihre Direktiven von der päpstlichen, der bischöflichen, der priesterlichen Autorität empfangen — je nach der Erheblichkeit des Einzelproblems wird die niederste oder die höchste dieser Autoritäten das *Roma locuta Causa finita* sprechen.

Es ist notwendig, darüber Klarheit zu bewahren, weil gerade das Zusammenwirken mit dem politischen Katholizismus am produktivsten wird sein können, wenn die Demokratie sich keine Illusionen über die innere Wesensfremdheit der römischen Kirche zu ihr macht. Alle gar zu gelehrsam Deutungen trüben die Situation nur. Aus der Schrift und gar aus der Tradition kann man verbal sehr Vieles

beweisen, was real doch keine Erheblichkeit besitzt. Die römische Kirche ist eines der großartigsten Systeme der Bindung des Menschen in den Dingen des Glaubens und der Sitte, also der religiösen Überzeugung und des moralischen Verhaltens, und sie müßte sich selber aufgeben, wollte sie proklamieren oder tolerieren, daß kein Politikum ein Ekklesiastikum mehr sei, mit andern Worten, wollte sie die wirkliche Selbstbestimmung des individuellen politischen Handelns gewähren. Sie kann sie eine Weile lang in Einzeldingen gewähren lassen, welche die Angelegenheiten der Kirche verhältnismäßig wenig berühren; mehr aber nicht. Es ist möglich (und scheint im Augenblick wirklich zu sein), daß eine formale Demokratie ihr größeren Spielraum der kirchlichen Auswirkung gibt, als etwa eine andersgläubige Autokratie oder als liberaler Konstitutionalismus; dann mag sie sich zu dieser formalen Demokratie sehr freundlich stellen; aber gleichzeitig muß es ihre Tendenz sein, alle katholischen Glieder dieser Demokratie möglichst vollzählig um sich zu sammeln, um ihnen die Richtschnur des politischen Handelns in den demokratischen Verfassungsformen zu geben.

Dies braucht keineswegs eine Antastung der formalen Demokratie zu bedeuten. Woher der mechanisch gleichberechtigte Staatsbürger in einer Demokratie die geistigen Unterlagen für seine politischen Entscheidungen, z. B. bei einer Abgeordnetenwahl oder einer Volksabstimmung, bezieht, läßt die Verfassung gänzlich offen. Es ist also auch eine „klerikale Demokratie“ möglich — und Belgien, Holland und Österreich sind gewissermaßen solche; eine klerikale Demokratie ist ein Volk, dessen Mehrheit

seine Direktiven für die in den äußeren Formen der politischen Gleichheit, der „Volksherrschaft“, zu tätigen Abstimmungen vom Klerus empfängt; eine klerikale Demokratie ist ein Staat, in welchem die wirkliche Volksherrschaft von einer Nation ausgeübt wird, deren Mehrheit die Richtlinien dieser Herrschaft nach Enzykliken, Hirtenbriefen, priesterlichen Belehrungen, zum großen Teil natürlich nach der von diesen Instanzen instruierten katholischen Presse zieht; eine klerikale Demokratie ist ein Gemeinwesen, dessen öffentliche Meinung entscheidend durch die römisch-katholische Hierarchie geformt wird. Die demokratische Form bleibt von dieser Herkunft der demokratischen Inhalte völlig unberührt. Ein greiser Kardinalfürstbischof hat am Wahltag nicht mehr Stimme als ein junger Erdarbeiter, und dieser kann ebensogut einmal (und heute vermutlich eher) Ministerpräsident seines Landes werden wie jener.

Spürt man es, daß wir vor der Lebensfrage der Demokratie schlechthin stehen? Ist die Demokratie mit diesen formalen Garantien wirklich erfüllt? Meinten dies jene, die sie aufrichteten? Leichthin läßt sich darauf keine Antwort geben; die Dinge liegen außerordentlich verwickelt und nichts entwirrt sie so wenig, nichts verwirrt sie so gefährlich, wie bloße Schlagworte, mögen sie dem klerikalen Arsenal oder der liberalen Rumpelkammer entnommen sein. Es scheint, daß diese Erörterung sich von den evangelischen Bauern etwas weit entfernt, aber sie läßt sich weder umgehen noch verschieben, wenn wir die gesellschaftlichen Fundamente der deutschen Demokratie wirklich erkennen wollen, um sie zu befestigen.

Man kann sagen: Demokratie ist die Selbstregierung des Volkes; da alle Versuche, die Volksmasse bei der Ausübung dieser Funktion je nach den Fähigkeiten zum Regieren zu gliedern, den Einfluß auf die Regierung abzustufen, zu einer offenen oder verschleierten Ausschließung einzelner Volksteile vom Regieren, zur Oligarchie geführt haben und führen müssen, so hat man heute in den Demokratien die Fiktion, als habe jeder erwachsene Volksgenosse die gleiche politische Qualität, in eine Realität verwandelt, oder ist auf dem Wege dahin. Die angelsächsische Welt ist auf dem Wege am weitesten voran. Die europäischen Festlandsdemokratien verhalten sich ungleich: die Schweiz und Frankreich z. B. wollen vom Frauenstimmrecht noch nichts wissen, schließen also rund die Hälfte des Volkes von der Selbstregierung aus. Es ist klar, daß die Verweigerung des Frauenstimmrechts heutzutage, wo Millionen von weiblichen Menschen ohne Aussicht auf Ehe und Mutterschaft in praktischen Berufen stehen, mit den Grundsätzen einer wirklichen Demokratie auf keine Weise in Einklang zu bringen ist. Deutschland hat eine der konsequentesten demokratischen Verfassungen: sie gibt jedem Menschen vom 20. Lebensjahre ab das aktive Wahlrecht, und wenn daran etwas geändert werden sollte, so wird es sich um eine Hinaufsetzung aufs 21. Jahr handeln, da dies das juristische Mündigkeitsalter ist — stärkere Dämpfungen sind nicht zu erwarten. In den Vereinigten Staaten ist bekanntlich ein großer Teil der farbigen Volksgenossen faktisch entrechtet, auch wo er auf dem Papier gleichgestellt wurde — die Tendenz dazu verschärft sich aber noch: hier sind Ansätze zum Ab-

gleiten in eine Pseudodemokratie bemerklich, die, ähnlich den antiken Politien, ihren demokratischen Schein mittels einer Schicht von Unfreien wahrt (deren man für tausend niedere Dienst- und Arbeitsleistungen nicht entraten kann). Aber wie auch die Praxis aussehe, ohne die grundsätzliche Fiktion, daß jeder mündige Volksgenosse auch wahlmündig sei, kann keine Demokratie leben.

Das bedeutet natürlich auch, daß jedem Wahlmündigen die vollkommene Freiheit seiner Information und seiner Entscheidung gesichert sein muß. Zur Sicherung der freien Entscheidung bedient man sich der geheimen Stimmabgabe. Sie ist gewiß einer der entstellendsten Schönheitsfehler jeder Demokratie; es wirkt wie eine Selbstironie, daß die Massen, die einen Staat regieren wollen und sollen, dies nicht öffentlich verantworten, sondern ihre Mitregierung gleichsam unter Tarnkappen, maskiert nach Art der Femerichter, ausüben. Schon hier offenbart sich, daß die politische Freiheit in einer Demokratie eine Fiktion ist — schwächer als tausend Abhängigkeiten des unpolitischen Lebens, welche es auch im Staate der politischen Gleichheit vielen einzelnen verwehren (bei Strafe des Existenz- oder Geltungsverlustes, der Existenz- oder Geltungsverschlechterung), öffentlich so zu stimmen, wie es ihre Überzeugung ist. Dennoch kann man dies Mißverhältnis zwischen formaler Freiheit und vielen Unfreiheiten nicht einfach als ein Fatum hinnehmen, an dem nichts zu ändern sei. Die öffentliche Stimmabgabe bleibt, ähnlich dem Frauenstimmrecht, eine ideale Forderung der Demokratie, denn ein Volk, das sich selber regieren will, darf auf die Dauer die Verantwortung dafür an keinem Punkte scheuen — sonst richtet die

Idee der Demokratie sich selber. Und was würde etwa in Deutschland heute dadurch groß geändert? Wo die meisten Menschen irgendwie unmittelbar oder mittelbar (in Parteien oder in politisch notorisch ausgerichteten berufständischen Verbänden) organisiert und damit für alle Welt abgestempelt sind? Man überschätzt heute wohl ein wenig das Maß der Abhängigkeiten, und man unterschätzt das Maß der Freiheiten, die heutzutage sich gerade der kleine Mann nimmt, ohne viel zu fragen.

Die Sicherung der Freiheit politischer Information! Sie ist freilich noch viel problematischer als die Sicherung der Freiheit politischer Ausübung. Denn hier verliert sich alles Wesentliche im seelisch Irrationalen, das jeder doktrinären Erfüllung spottet. Niemand ist in seiner politischen Information „frei“, und manche unbewußten Bindungen können bedenklicher sein als jene, die offen zutage liegen. Schon die Auswahl der Informationsquellen wird durch Wohnort, Geldmittel, Erziehung, Beruf begrenzt; manche sind in einem entlegenen Neste nicht erreichbar, umgekehrt fehlt für andere im Trubel der Großstadt die Sammlung und Muße; manches Buch, manche Zeitschrift kann unerschwinglich sein; unerschwinglich die Möglichkeit, mehrere große Zeitungen verschiedener Parteirichtung zu lesen; die Lektüre zahlreicher Menschen wird zeitlebens durch die Bildungskräfte ihrer Kindheit bestimmt; sie wird später oft ganz einseitig bestimmt durch den Beruf, die Zeit, die er verschlingt, und diejenige, die er übrig läßt, aber auch durch die Informationspflichten, die er auferlegt: wir sahen früher schon, daß Hunderttausende von Volksgenossen ihre politischen Losungen aus berufständischen

Organen beziehen. Und der katholische Priester wird leicht geltend machen können, daß die alltägliche politische Information aus zahllosen Quellen fließt, die sehr viel trüber und fragwürdiger sind als die vielgescholtene, in Wahrheit doch auf gewissenhafteste Prüfung aller Umstände gegründete Belehrung und Anweisung der kirchlichen Autorität. Ist nicht hier eine Instanz, die in einem geschichtlichen Werdegang von mindestens anderthalb Jahrtausenden bewährt ward, alle Tagesmoden überdauert hat, Staatsformen gehen und kommen, Reiche aufsteigen und niederbrechen, Cäsaren triumphieren und betteln oder flüchten sah — ein wahrer Fels in der launisch veränderlichen Brandung des weltlichen Alltags? Wo könnte ein Bürger besser beraten sein, zumal wenn er die Glaubens- und Sittenlehren dieser Macht teilt, katholisch ist — aber vielleicht . . . überhaupt . . .?

Solche Gedankengänge sind keineswegs nur theoretisch. Sie bilden heute die Überzeugung vieler katholischen — aber seit unserm Niederbruch auch die Überzeugung mancher nicht katholischen Menschen: es ist kein Geheimnis, daß in der Zerschlageneheit der ersten Nachkriegsjahre nicht wenige, und sogar Juden, Zentrum gewählt haben, in einem unbewußten „Tu es Petrus“, auf dich allein noch kann man bauen. Das waren immerhin pathologische Stimmungen, wie sie immer wieder einmal Menschen katholisch gemacht haben; die Kirche selber ist gesund genug, um diesen Zustrom von Bankerotteuren mit der gehörigen Skepsis zu bewerten. Abgesehen hiervon jedoch, wie steht es mit jenem Argument?

Gar kein Zweifel, daß die Informationen der kirchlichen Autorität vielen, vielen andern durch die

Gewissenhaftigkeit ihrer Vorbereitung überlegen sind. Enzykliquen, Hirtenbriefe, Kanzelverkündigungen werden nie aus dem Ärmel des Purpurs oder der Soutane geschüttelt. Lange, eindringliche Überlegungen und Prüfungen pflegen ihnen voraufzugehen. Die römische Kirche ist kein junger Springinsfeld, der sich abenteuerlich in unerkundetem Gelände tummelt. Auch der Antimodernismus Pius X., der sich darin sehr überraschend als das prophezeite Ignis Ardens erwies, das man ihm zuerst nicht zutrauen wollte, war kein Strohfeuer, das sich an geistigem Zündhölzchenspiel entflammt hätte — war leider äußerst sorgfältig überdachte Restauration, deren Strategie und Taktik sich, wie der Ausgang dartut, in der Wesensart der von ihr Heimgesuchten nicht getäuscht hatte. Nur selten ist der römischen Autorität so etwas wie ein unbedachter Streich passiert, vielleicht z. B. in der Canisius-Enzyklika, die mit einem Rückzug vor dem Furor evangelicus in Deutschland endete. Die Kirche, immer die Massen im Auge, immer aufs Ganze bedacht, hat das Wiedererlöschen geistiger Moden in marmorner Kühle abgewartet und konnte sich darauf berufen, daß sie ernste Arbeit auf der Linie neuer Gedanken nicht verwehre. Z. B. als der Jesuitenpater Erich Wassmann durch Züchtungsversuche selber die Konstanz der Arten fallen zu lassen sich bewogen sah und damit den Weg zu einer Verständigung mit den bleibenden Bestandteilen des Darwinismus beschritt; heute ist die virtuose Kompromißformel, daß mit dem biblischen „Erdenkloß“ auch bestehende tierische Körperformen gemeint sein könnten, ist mit andern Worten die Entstehung des körperlichen Menschen aus dem Tierreich so gut wie in still-

schweigendem Akzept. Ja, man wehrt sich sehr entschieden dagegen, daß man dem Galilei seine wissenschaftliche Entdeckung untersagt habe; nur den Verzicht auf voreilige metaphysische Schlußfolgerungen aus dem astrophysikalischen Tatbestand habe die Kirche gefordert und fordern müssen. Denn nicht wahr, das ist es eben: metaphysische Schlußfolgerungen, ebenso wie ethische, aus neuen wissenschaftlichen Tatbeständen sind ihr Reservat.

Wenn man die Wahllosigkeit betrachtet, mit der in unsern Tagen ein großer Teil der weltlichen Nachrichtenpresse, und in ihrem Gefolge leider auch manches Blatt, von dem man sich früher einer würdigeren Haltung versehen durfte, allen Eintagsaberglauben und Saisonhumbug, wofern er nur Sensation macht, den Lesern aufischt — heute, um vielleicht heute schon, spätestens morgen einen berühmten Forscher mit einem aufklärenden Artikel, übermorgen aber wieder die reine Sensation an die Reihe kommen zu lassen: so entrollt sich ein grauenvolles Bild von Verwirrung und Trübung der lesenden Geister, neben dem die ideelle Linienführung der klerikalen Zeitungswelt wahrhaft erlösend wirkt. Für einen sehr großen Teil unserer öffentlichen Aufklärung und Belehrung sind diese Funktionen, Aufklärung und Belehrung, überhaupt nichts Ernstgenommenes mehr, sondern Neugierdepeitschung, Viertelstundenfüllsel, Intellektskitzel. Ein wahrhaft ruchloses Treiben, dem gegenüber der beschränkte Ernst kirchlicher Unterweisung, die noch den Mut der Anweisung und Abweisung hat, den sittlich und geistig unvergleichlich wertvolleren Faktor darstellt. Ist also nicht gerade die Demokratie hier am besten aufgehoben, wo die geistige Erziehung zum öffent-

lichen Leben voll Verantwortungsbewußtsein, in einer Auslese und Zumessung der Kost stattfindet, die auf uralte Erfahrungen in der Seelendiätetik des Massenmenschen sich gründen und von ethischen Prinzipien geleitet werden? Es möchte scheinen, daß man um ein entschlossenes Ja auf diese Frage nicht herumkommt.

Und doch beantworten wir sie mit einem entschlossenen Nein.

Denn wir bleiben überzeugt, daß eine wirkliche Demokratie nur dort gedeihen und Bestand haben könne, wo jeder einzelne die Möglichkeit behält, seine politische Entscheidung in Selbstbesinnung und Selbstbestimmung, „autonom“, zu treffen, wie primitiv auch die geistige Linienführung dieses Vorganges in ihm sein mag. Denken wir sie recht primitiv; denken wir sie für manchen Einzelfall ganz instinkthaft — es ist immer noch gesünder, ja es kann prophylaktisch höchst wertvoll sein, daß ein Wahleresultat eine starke Masseninstinktwelle an den Tag bringt, eine triebhafte Auflehnung gegen politische Zumutungen der jüngsten Vergangenheit oder der nächsten Zukunft, als daß die Wahlen und Abstimmungen im wesentlichen nur eine mechanische Ausführung von Anweisungen werden, die von unantastbaren autoritativen Stellen ausgehen.

Denn dies ist entscheidend: eine Demokratie besteht nur dort, wo die Autorität aus dem Schoß der öffentlichen Meinung immer neu geboren wird, und das Wesentliche an dieser demokratischen Autorität im Staate ist nicht ihre mechanische Ermittlung als Majoritätswille, sondern ist die Gewähr, daß die Majoritätswillensbildung in vollkommener äußerlicher und innerlicher Freiheit jedes einzelnen zustande

komme. Die Kontrastierung von Autorität und Majorität allein drückt den Gegensatz von Nichtdemokratie und Demokratie ganz unzureichend, ja schief aus. Die Volksherrschaft ist Mehrheitsherrschaft nur von außen gesehen, weil ein praktisch brauchbareres Mittel als das der Mehrheit trotz aller Versuche (zu denen z. B. auch der „Proporz“ jeder Art zählt) noch nicht gefunden worden ist, um den Willen der öffentlichen Meinung, „den“ Volkswillen, technisch zu realisieren. Aber von innen gesehen, kann Volksherrschaft nur bedeuten, daß das Volk die Staatsgestaltung aus seinem Willen heraus bestimmt. Aus seinem Willen heraus: den es sich, sei es noch so unbeholfen, stolpernd, mühselig, unter vielen Irrtümern und Fehlgriffen bildet, aber den es doch eben sich bildet, indem es Gründe und Gegengründe hört, liest, bespricht, prüft, die einen annimmt, die andern verwirft. Auch der mit Scheuklappen aufgezüunte sozialistische Arbeiter hat schließlich die Freiheit, einen andern oder einen leeren Zettel in die Urne zu werfen, wenn seine Demagogen ihm eine schlechte Politik zu vertreten scheinen; vor ihrem Terror schützt ihn das Wahlgeheimnis; aber kein Wahlgeheimnis schützt den frommen Katholiken vor seinem Gewissen, wenn er sich die Freiheit nehmen will, einer politischen Anweisung seiner kirchlichen Autorität zuwider zu stimmen. Der praktische Gewissenszwang ist ja eben das souveräne Instrument, mit dem die Kirche die Gemüter im Banne hält, wo ihr dies nötig scheint.

Gewissenszwang und Volksherrschaft jedoch lassen sich nicht zusammenbringen. Denn dann herrscht nicht das Volk, dann wird die politische Autorität nicht aus dem Volke geboren, geschöpft, sondern sie

wird, nur eine andere Spielart als die weltobrigkeitliche, kirchobrigkeitlich dem Volke vorgesetzt — ja sie wird ihm, wie die römische Kirche einmal organisiert ist, dann unter Umständen (vielleicht gerade unter den wichtigsten Umständen) von Obrigkeiten vorgesetzt, die selber außerhalb des Volkes stehen, nicht einmal Teile dieses Volkes, sondern fremdvölkisch sind. Und die absolut sind; denen gegenüber es keine Nachprüfung, keine Kritik, keine Auswahl und keine Abweisung gibt. Die katholische Kirche zum mindesten sollte diesen Tatbestand nicht leugnen, nicht abschwächen noch verschleiern wollen — sie hat mit starker Folgerichtigkeit im Vatikanum vor einem reichlichen Halbjahrhundert die absolutistische Aufgipfelung ihres Obrigkeitsystems vollzogen und ist nicht gesonnen, wenn sie es überhaupt vermöchte, dies auch nur um ein Tütelchen zurückzurevidieren oder zu verwässern. Sie kann von da aus eine politische Volksherrschaft nur soweit anerkennen, als der katholische Volksteil seine letzten Anweisungen aus den Händen seiner kirchlichen Obrigkeit empfängt. Wirkliche Volkssouveränität ist in der Tat mit diesem Prinzip und System so unvereinbar, daß ihre Behauptung für die Kirche eine Häresie bedeuten muß.

Weil die Dinge so liegen und keiner Verlagerung fähig sind, darum bleibt die These in Geltung, die ich, sogar von eigenen politischen Freunden mißverstanden und angefochten, im Dezember 1925 in Breslau formuliert habe: daß der Katholik wohl Bürger, der Katholizismus aber nicht Bürge einer Demokratie sein könne. So sollte die These lauten; in der Gestaltung der freien Rede des Augenblicks entglitt sie mir ein klein wenig anders, nämlich in

der Form, daß der Katholik wohl Bürger, aber nicht Bürge einer Demokratie sein könne. Ich begreife es gut, daß diese Zuspitzung auf den einzelnen Katholiken allen den katholischen Deutschen, die sich für unseren neuen Staat einsetzen und ihn haben retten und gestalten helfen, nicht in den Sinn wollte, ja manches ehrlich demokratische Gemüt katholischen Bekenntnisses empörte. Verzerrte man dann (wie es geschah) den Sinn der Kontrastierung noch demagogisch, etwa dahin: Bürger sein heißt Steuern bezahlen dürfen, Bürge sein heißt hohe Staatsämter bekleiden — so war es ja sonnenklar, daß ich die Katholiken wieder zu Parias der deutschen Republik machen wollte, wie sie Parias des deutschen Kaiserreiches gewesen waren . . . Am peinlichsten berührte es mich, daß Menschen aus meinem eigenen politischen Lager in dieses Feuer hineingeblasen haben. Die These selber bleibt unwiderleglich — und ich sprach sie mit dem vollen Bewußtsein der Tragweite aus, weil ich der Überzeugung bin, daß Selbsttäuschungen in diesen fundamentalen Fragen einer werdenden Demokratie nur Unheil bringen können. Das deutsche Volk zumal muß in seiner staatlichen Erneuerung endlich alle Dinge sehen lernen, wie sie sind; denn an der Unfähigkeit oder Unwilligkeit dazu ist es mit seiner alten Staatsform, die so imponierend viel Großes und Gutes gewirkt hat, doch schließlich zusammengebrochen.

Der Katholizismus kann kein Bürge einer Demokratie sein (und der einzelne Katholik kann es nur sein, wenn er sich vom katholischen Lehr- und Forderungssystem sehr weitgehend distanziert) — weil er seinem Wesen nach überhaupt nicht der Bürge eines autonomen Staatsideals in dessen verfassungs-

mäßiger oder faktischer Realisierung, und am allerwenigsten ein Bürge der politischen Autonomie par excellence, eben der Demokratie, werden kann. Bürge sein, sagt mit Recht der jungkatholische Dichter Leo Weismantel, ein bayrischer Franke, heißt mit seiner ganzen Existenz für eine Sache haften — und wer wollte vom Katholizismus erwarten, daß er sich einem absoluten Weltfürstentum, einer weltlichen Oligarchie, einer konstitutionellen Monarchie, einer republikanischen Demokratie, einer faschistischen oder kommunistischen Diktatur jemals bürgerschaftlich verhaften sollte? Er kann mit jedem dieser Herrschaftssysteme paktieren, es ertragen oder sogar es zeitweilig beschützen und ausbauen helfen, solange es seinen, den katholischen Belangen besser Rechnung trägt als ein anderes, und für diese Opportunität mag ihm zeitweilig eine Demokratie mit wählbarem Oberhaupt sogar bequemer und wohlgefälliger sein als eine sehr stabile Monarchie anderer Konfession. Niemals aber kann er sich auf die Linie begeben, den Menschen diese oder jene Form als das Ideal einer Staatsverfassung einzuprägen. Ja, diese Linie kann er bei der Demokratie am allerwenigsten beschreiten, denn das würde zur Folge haben, daß er die Menschen zur autonomen Selbstbesinnung und Selbstbestimmung schlechthin ermuntern und erziehen helfen müßte, weil es politische Selbstbestimmung und Selbstbesinnung ohne allgemeine nicht geben kann.

Die unermüdlich tätige Mitarbeit jedes einzelnen an den öffentlichen Geschicken aber, welche die Demokratie und zumal die demokratische Republik fordert, ist ohne absoluten Glauben an die Idealität dieser Herrschaftsform und ohne fortwährende

Schulung in der Selbstregierung auf allen Lebensgebieten gar nicht möglich. Es gibt zwar heute Sirenenstimmen, die uns die Demokratie als eine bloße zeitliche Opportunität, als eine Art Verwaltungstechnik der schulgebildeten Massenvolkheit plausibel machen wollen. Man kann die Sache auch so sehen. Gewiß; für ruhige Zeitläufte mag das angehen; aber gegen Bedrohungen wird dann schwerlich ein Volk diese bloße Technik leidenschaftlich verteidigen. Rein vom Standpunkte der politischen Technik her gesehen ist es zudem sehr fraglich, ob für Massenvölker die Demokratie am tauglichsten sei; es fehlt bekanntlich nicht an solchen, die ihr eine Brauchbarkeit und Echtheit nur für sehr kleinräumige und dünnvölkige, für „kantonale“ Verhältnisse zuschreiben. Mit Leib und Seele für sie eintreten wird nur das Volk, das in ihr einen höchsten Ausdruck von Menschenrecht und Menschenwürde spürt. Es hat schon etwas auf sich mit Formeln wie den „Menschenrechten“, so abgegriffen sie uns manchmal vorkommen und so weit die Realitäten naturgemäß hinter ihrem Idealgehalt zurückbleiben mögen. Ohne die Enthusiasmen für solche Überzeugungen wäre nie und nirgends eine Demokratie erkämpft worden und kann nie und nirgends eine erhalten und befestigt werden. Bloße Routine im Mitregieren überläßt, zumal in unserem Spezialistenzeitalter, am liebsten jeder einem anderen. Dann tritt z. B. Wahlmüdigkeit auf; und wo solche Anzeichen vorliegen, dort ist es ein Menetekel, daß die seelischen Kräfte der Demokratie darniederliegen. Italien ist der zeugende Tatbestand dafür, wie verhältnismäßig schwach der Stoß zu sein braucht, der ein bloßes System über den Haufen

wirft, an dem nicht mehr der inbrünstige Glaube der Massen hängt und das darum keine zum letzten entschlossene Verteidigung mehr findet.

Gewiß, Bürge in diesem höchsten Sinne wird nirgends das ganze Volk für eine Staatsverfassung sein. Überall wird es Millionen geben, die sie nur hinnehmen und respektieren, weil sie da ist, weil sie dies oder jenes geleistet hat, weil ihre Beseitigung nicht ohne Wirren möglich ist, die unerwünschter sind als sie selber. Vernunftdemokraten; so wie es, wir sahen es im November 1918, in Deutschland mehr bloße Vernunftmonarchisten gab, als irgend jemand geahnt hatte. Aber weil es deren zu viele waren, darum fiel ja die Monarchie in sich zusammen, ohne eigentlich adäquat angegriffen zu sein — ist diese Lehre nicht Warnung genug für die Demokratie, die jener Monarchie nachgefolgt ist? Wir hoffen, daß recht viele in Deutschland, die sich vorläufig noch monarchistisch gebärden und bekennen, allmählich zu Vernunftrepublikanern und Vernunftdemokraten sich wandeln. Aber die Mehrheit der Nation darf nicht bloß das sein; oder wenigstens eine sehr stattliche Minderheit, die zum Äußersten entschlossen ist, muß weit über alle Opportunität hinaus die Demokratie um ihres Prinzips willen bejahren und vertreten. Nur dann ist Gewähr geboten, ist Bürgschaft geleistet, daß auch die Vernunftdemokraten — bei Vernunft bleiben. Sie allein können nie wirkliche Bürgen sein.

Der Katholizismus nun gehört seiner Natur nach ins Lager der Vernunftrepublikaner und Vernunftdemokraten — genau wie er derselben Natur nach vorher ins Lager der Vernunftmonarchisten gehörte. Es hat sich ja 1918 gezeigt, daß er nicht einmal für

die katholischen Dynastien in Wien, Dresden und München den psychologischen Machtapparat entfaltete, über den er wohl geboten hätte, wenn es ihm opportun erschienen wäre. Diese katholischen Dynastien waren keineswegs immer so glatt kirchenwillig gewesen. Sie zogen manchmal die Linie vor ihren Hoheitsrechten sehr bestimmt — vielleicht naturgemäß bestimmter als etwa ein Staatsoberhaupt, das von Wahlstimmen, z. B. auch klerikalen, abhängig ist — und die kirchliche Vernunft blieb dem Unglück dieser Häuser gegenüber auffällig kühl. Sie machte nicht Miene, ein Bürge der monarchischen Staatsform als solcher zu sein. Sie kann (und wird sich) in diese Rolle ebensowenig gegenüber der Demokratie und Republik begeben. Niemals vor allem wird sie ihr geistiges Rüstzeug herleihen, um die Demokratie und Republik zu stützen; niemals wird das katholische Christentum, in der Gestalt der Kirche, in der es nun einmal historisch sich ausgeformt hat, irgendeine weltliche Herrschaftsverfassung an sich als dem Christentum näher, wahlverwandter, als dessen politische Realisierung bewerten und verkündigen. Gerade diese geistige Bürgerschaft, die wesentliche, auf die es ankommt, wird der Katholizismus der Demokratie und ihr ganz besonders unerbittlich versagen müssen. Täte er es nicht, so verpfändete er mit jener Bürgerschaft die psychologischen Fundamente seines eigenen Kirchentums, das eben auf Gehorsam, Gebundenheit, Unterwerfung ohne Prüfung, auf Untertansein einer Obrigkeit gegründet ist. Es wäre eine jener Bürgschaften, die den Bürgen ruinieren.

Das evangelische Christentum aber hat der Demokratie ihr geistiges Rüstzeug geliefert.

Nicht durch eine zufällige historische Verflechtung, sondern aus seinem innersten Wesen heraus; — durch zufällige historische Verflechtungen ist sein lutherischer Zweig in Deutschland von der Wesensverbindung mit der Demokratie abgedrängt worden. Heute schlägt die große geschichtliche Stunde, da der Protestantismus, aus jenen historischen Zufälligkeiten gelöst, sich auch im lutherischen Deutschland seiner Wahlverwandtschaft mit der demokratischen Ideenwelt wieder bewußt werden kann und wieder bewußt zu werden anfängt, damit den Anschluß an den Weltprotestantismus, an die „evangelische Internationale“, zurückgewinnend. Die Entstehung einer solchen evangelischen Internationale, die große ökumenische Bewegung im Protestantismus, an deren Spitze der schwedische Erzbischof von Upsala, Nathan Soederblom, steht, ist eine der folgen- und trostreichsten geistigen Erscheinungen der Gegenwart, gleichbedeutend für die innere Wiedergeburt der vielfach formalistisch und konventionell verflachten Weltdemokratie, für die Durchdringung der jungen deutschen Demokratie mit Innerlichkeit und für die Erneuerung des abendländischen Geistes aus überzeitlicher Innerlichkeit schlechthin.

Vor dem wiederentdeckten und wiedererwachten Evangelium der Reformation ist es in der ganzen geschichtlichen Welt, die unser Auge überblickt, nur die stoische Antike gewesen, die schon einmal einen Anlauf zur axiomatischen Fundierung der politischen Demokratie unternommen hat. Jedoch überhaupt noch nicht darauf eingestellt, Gedanken un-

erbittlich bis zu Ende zu denken (derlei geschah nur in sophistischem Spiel und in dem einen, einzig gebliebenen Genius Sokrates ohne reformatorische Auswirkung), hat sie weder praktisch noch theoretisch den entscheidenden Schritt zur echten Demokratie hin zu tun vermocht. Ihre Politeia blieb auf die Fortexistenz einer massiven Untermauerung mit Unfreiheit, Ungleichheit und Unbrüderlichkeit — auf Sklavenexistenz großer Massen gegründet. Dies ist Oligarchie, Vorherrschaft einer (noch so breiten) Oberschicht; wie jede Praxis oder Theorie, welche irgendwelchen Massen die politischen Rechte vorenthält und gleichzeitig diese selben Massen sozial nicht entbehren kann. In der heutigen nordamerikanischen Union ist solches Verhalten den Negern gegenüber ein „Schönheitsfehler“ der wirklichen Demokratie, denn ihre Zahl ist im Verhältnis zu den Weißen sehr klein, der Staat ruht nicht auf ihrer sozialen Dienstbarkeit; es ist bequem, daß sie allerlei Dinge verrichten, die man ihnen gern überläßt; aber wären sie nicht da oder weigerten sie sich dessen eines Tages, so wären genug „Freie“ und „Weiße“ da, welche dieselben Dinge tun würden, ja sehr viele freie Weiße tun tagtäglich selber heute schon, was andere sich von „unfreien Schwarzen“ besorgen lassen. Die Vereinigten Staaten sind an der Aufhebung der formalen Sklaverei der Schwarzen nicht zugrunde gegangen (in den Südstaaten fürchtete man das bekanntlich und verbiß sich darüber in den Bürgerkrieg) und werden an dem Hinschwinden der praktischen Pariastellung der Schwarzen nicht zugrunde gehen — so wenig wie der Staat Hamburg an der Vorherrschaft der gleichberechtigt gewordenen sozialistischen Arbeiter, die vor einem Menschenalter von namhaften Hamburger

Patriziern auch noch für den Anfang vom Ende gehalten worden ist. Da in der Antike das Experiment niemals stattgefunden hat, so läßt sich nicht aussagen, ob ihr Freistaat an der Aufhebung der Sklaverei tatsächlich untergegangen wäre; aber charakteristisch ist, wie sehr jeder antike Demokrat überzeugt blieb, daß die Demokratie daran untergehen würde — und in diesem Sinne kennt das Altertum überhaupt keine eigentliche Demokratie. Es ist immer nur bis zu einer sehr verbreiteten, in sich demokratisierten Oligarchie gelangt. Für diese esoterische Demokratie der antiken Herrschaftsschichten aber hat tatsächlich die spätgriechische Philosophie axiomatische Begründungen herzustellen begonnen.

So etwas ist auf katholischem Boden niemals geschehen. Die abendländische Volksherrschaft beginnt zwar praktisch mit der Eidgenossenschaft der katholischen Urwaldstätten. Aber es handelt sich dabei um nichts sonst als um einen heroischen Kampf für uralten Freiheits- und Gleichheitsrechtsbesitz — ein bodenständiges Eigenrecht, und nicht im mindesten um einen Kampf für „Menschenrechte“, für diese urwaldstädtische Verfassung als beste Staatsform überhaupt; um eine demokratische Realität, aber nicht um demokratische Ideale. Die demokratische Idee, nachdem sie in der sterbenden Antike unvollendet dahingeschwunden war, ist erst von einem neuzeitlichen Elternpaar wieder gezeugt worden: ihr herber Vater war der außerlutherische (täuferische und calvinische) Protestantismus, ihre mildere Mutter die aufgeklärte Humanität, die ihrerseits eine Tochter der Renaissance und der Reformation war, sowie jener Protestantismus ein Sohn der Reformation und des Humanismus genannt werden darf. Als pro-

testantisches wie als humanitäres Element ist die in Renaissance und Humanismus wiedergeborene, als Demokratie unvollendete Antike mittelbar in die demokratische Idee der Neuzeit, die praktisch und axiomatisch vollendete Demokratie eingegangen.

Luther selbst zwar hat in jener tieftragischen Wende seines Lebens, da er sein religiöses Werk durchs Übergreifen aufs Politische gefährdet wähnte, die demokratische Emanzipation der geknechteten Massen verworfen und damit seine Kirche an die obrigkeitlichen Gewalten gekettet, ohne die er vermutlich nicht einmal die Anfänge seiner eigenen Rebellion physisch überlebt hätte: die erbfürstlichen. Dies hat nicht hindern können, daß seine Gestalt nicht bloß sinnbildlich, sondern vorbildlich, von unermeßlich fortreißender Werbekraft für jede grundsätzliche Forderung der ganz persönlichen Gewissensfreiheit gegenüber jeder bevormundenden Instanz in den Dingen des Glaubens und der Sitte geworden ist. Der sakrale Egoismus des Genius, seine historisch eingezwängte Lage und der gänzlich apolitische Kern seines Wesens hießen ihn, für sein System Formeln über das Verhältnis zu den irdischen Herrschaftsgewalten finden, die seinen Protestantismus weitab von aller Demokratie geführt haben. Was jedoch weltweit sich auswirkte, war sein ursprünglicher Auflehnungskampf; schließlich ist es doch seine reformatorische Tat gewesen, die der Reformation überall die Tore gesprengt hat, und dort, wo man sich von seiner „Lehre“ noch so weit entfernte, ward sein Geist desto reiner und strenger in jeden eingepflanzt: der Geist jener unbedingten sittlichen Selbstbestimmung eines jeden Exemplars der Menschheit, der für sein Recht keine Alltagsschranke und keine prakti-

sche Ausnahme mehr anerkennt. Die Independenten, die Puritaner waren es, welche in der Welt echte Demokratien in jedem Sinne begründet haben, indem sie ihnen aus ihrem Glauben heraus äußere Gestalt und inneren Gehalt gaben. Sie zogen aus dem Jenseitsglauben alle Diesseitsfolgerungen — man kann ruhig sagen, über das Evangelium hinaus, das sie vollendeten, indem sie es wieder einsetzten; die paulinische Gerechtigkeit aus dem Glauben machten sie bewährungspflichtig in „Life and Work“. Von Leben und Werk aber konnten Gesellschaft und Staat nicht ausgenommen sein, die so sehr Leben und Werk sind, daß der einzelne in seinem Glauben und Wirken ohne sie als eine Abstraktion, als ein Artefakt erscheint.

Hiermit ist die Demokratie der Neuzeit in Praxis und Theorie geschaffen worden — und nichts anderes ist sichtbar, das sie in Theorie und Praxis zu bewahren vermöchte. Denn keine geistige Bewegung, die seither aufgekommen ist, hat je wieder eine so innerliche Wahlverwandtschaft zur Idee der Demokratie offenbart wie das evangelische Christentum. Die irreligiösen, materialistischen und antichristlichen Strömungen, in denen sich die Aufklärung am radikalsten vollendete, sind während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts alle in antidemokratische Folgerungen gemündet: die auf den Darwinismus gegründete Lebensphilosophie, die das naturgewollte Überleben im Herrschen der persönlich Stärkeren als „Herrenmoral“ herausarbeitete, Herrenmenschentum und Herrenvolkstum konstruierte und in den Rassendogmen, in der völkischen Doktrin und Agitation unserer Gegenwart, wenn auch noch so weit unter Friedrich Nietzsches aristokratische Geistigkeit her-

untergestiegen, fortwuchert. Gerade in diesen tagespolitischen Emanationen der biomaterialistischen Lehren ist teilweise — und mit vollem Rechte das Christentumfeindliche bewußt herausgearbeitet, ein neues, pseudogermanisches Heidentum aufgerichtet worden, aber auch schon die Ploetz, Woltmann, Wilser, Ammon, H. St. Chamberlain, Alexander Tille nahmen in ihren teils wissenschaftlichen, teils halbwissenschaftlichen Schriften der neunziger Jahre gegen die christliche Humanität faktisch oder thetisch Frontstellung. Eine wirkliche und wirk-same Humanitätslehre, die auf christliche Grundlegung klar verzichtet hätte, gab es kaum, es sei denn im Halbdunkel einzelner Logen und in einer trivial-liberalen Zeitungsphraseologie, die bei der Verwendung des auf die Stunde gemünzten Schlagwortes sich über dessen Fundierung nicht den Kopf zerbrechen muß. Im Grunde zehrte alles Wesentliche, was sich humanitär gab, von christlichen Reminiszenzen und Rudimenten. Eine moderne Stoa ist nicht zur Entfaltung gelangt.

Diese Entwicklungslinien des letzten Halbjahrtausends sollten hier nur in die Erinnerung gehoben werden, nicht um die Theorie der heutigen politischen Demokratie aus den Spekulationen des Independententums und Puritanismus jener Frühneuzeit herzuleiten (das ist wahrlich nicht möglich, denn manche Glaubensvoraussetzungen von damals sind uns heute kaum noch nacherlebbar), sondern um zum Bewußtsein zu bringen, daß die Kerngehalte der christlichen Reformation eine unaustilgbare Wesensverwandtschaft mit den Kerngehalten aller Demokratie bewahren (wodurch eben dereinst die doktrinäre Tochterschaft der Demokratie aus der Refor-

mation erwuchs). Es bleibt auch heute und morgen und in aller Zukunft dabei: der Protestantismus, wo er seine kirchliche Autonomie bewahrt, drängt seelisch und praktisch zu demokratischen Lebensauffassungen und Lebensformen hin. Er kann dann eigentlich gar nicht anders, als mit zwei Pfeilergrundsätzen aller Demokratie von sich aus Ernst machen: mit der praktisch sich auswirkenden, nicht bloß im Munde geführten Brüderlichkeit aller Menschen und mit der in Freiheit sich konstituierenden, ihre Organe, also auch ihre Häupter wählenden Gemeinde als dem Fundament aller institutionellen Organisation. Beides schließt als drittes die unbedingte Toleranz ein, wie jeder sich ohne Mühe abzuleiten vermag. Es ist unabwendbar, daß auch der deutsche lutherische Protestantismus, nun er aus der Verkoppelung mit zeitlich bedingten, undemokratischen Herrschaftsformen gelöst ist, auf seinen natürlichen Weg gelangt — wenn er es nicht vorzieht, sich zu rekatholisieren: eine andere Wahl bleibt ihm nicht. Wie rasch und wie folgerecht bis zu Ende dieser Weg gegangen wird, das hängt selber wieder von Zufälligkeiten der kulturellen Umwelt und der geschichtlichen Situation ab: vielleicht stößt sich so wahrhaft evangelisches Christentum, wie wir es während der letzten Jahre an den Quäkern erlebt haben, im alten Europa an zu vielen gewordenen Einrichtungen und Gepflogenheiten, die ihm im Wege stehen, als daß es hier überhaupt zu verwirklichen wäre. Das Entscheidende ist nie die Vollkommenheit der Realität in ihrer Einzelercheinung. Das Entscheidende ist die Zielrichtung der Idealität. Was der Protestantismus als persönliche und gemeinschaftliche Garantien bewahren oder anstreben muß,

um er selber bleiben zu können, das deckt sich in großem, wesentlichem Ausmaße mit den Garantien persönlicher und gemeinschaftlicher Art, welche eine Demokratie bewahren oder anstreben muß, um mehr als bloß formal zu sein. Und wenn der Katholizismus taktisch sich zum zeitweiligen Mitschützer von demokratischen Einrichtungen, wie der republikanischen Form, eines so oder so ausgebauten Wahlrechts und ähnliches, machen kann, weil sie zeitweilig seinen Interessen mehr entgegenkommen, so vermag er sich mit dem Geist solcher Einrichtungen doch niemals bürgschaftlich zu identifizieren, ohne sich selber aufzugeben; das evangelische Christentum kann zeitlich und örtlich aus taktischen Gründen mit recht undemokratischen Einrichtungen verbündet gefunden werden, sein Geist jedoch, ins öffentliche Leben fortgepflanzt, führt notwendig zu Folgerungen, die in eine Linie mit demokratischen fallen. Der Katholizismus kann nicht Menschen wollen, die mit allen Fasern ihres Wesens demokratisch geartet sind, denn sie müßten ihm selber entgleiten, seinen eigenen Forderungen an entscheidenden Stellen in entscheidenden Stunden sich versagen. Der Protestantismus muß gerade solche Menschen wollen, denn nur sie werden Bürgen auch seines Wesens sein und bleiben können.

38

Diese Idealität muß man ganz klar herausarbeiten, wenn man die deutsche Realität im Hinblick auf die konfessionelle Spaltung und ihre politischen Auswirkungen richtig beurteilen will. Die Realität nämlich zeigt vor unsern Augen das Paradoxon eines Republik und Demokratie schützenden katholischen

und eines Republik und Demokratie verwerfenden evangelischen Lagers noch immer in Geltung; aber seit Jahr und Tag in immer rascherer Abschwächung und (wenn nicht alles trügt) auf dem Wege zur allmählichen Umwandlung ins wesensgemäße Verhältnis.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, warum es dem Katholizismus leicht, dem Protestantismus schwer werden mußte, sich mit dem Ergebnis der Staatsumwälzung abzufinden. Diesem wurde der geschichtliche Boden seiner deutschen Existenz unter den Füßen weggezogen, jener sah sich aus den Fesseln aller Hemmungen gelöst, die das Erbfürstentum der evangelischen Länder um ihn geschlagen hielt (das Erbfürstentum evangelischer Länder, nicht bloß das evangelische Erbfürstentum; denn auch die fromm katholische Dynastie des Königreichs Sachsen hatte die formale und reale Gleichachtung der katholischen „Untertanen“ nicht erzwingen können, geschweige denn, daß sie etwa die — im Freistaat Sachsen dann sofort ausgeführte — Wiedererrichtung des Bistums Meißen durchzusetzen gewagt hätte). Aber wer die Dinge nicht oberflächlich und augenblicksam schaute, wer Taktik und Strategie, Wechsel und Wesen auseinander zu halten vermochte, der konnte nie daran zweifeln, daß die Lage sich nach einiger Zeit umkehren müsse. Ich habe dieser Überzeugung zuerst vor schwäbischen Bauern in Bietigheim (am Sonntag dem 6. September 1925) und dann systematisch begründend in einem vielberufenen Referat auf dem Breslauer demokratischen Parteitag des gleichen Jahres Ausdruck verliehen. Die Tatsachen folgen diesen Prognosen sogar rascher, als ich damals annehmen konnte.

Die Realität zeigt einen demokratischen Zentrums-

flügel. Er macht viel von sich reden, bereitet (was doch schon bezeichnend ist) der Gesamtpartei fortwährend Schwierigkeiten, und es ist lehrreich, ihn zu betrachten. Er ist örtlich und persönlich fundiert. Die persönlich entscheidende Tatsache seiner relativen Bedeutung ist die Figur von Josef Wirth, eines durch den Zufall der Geburt und Erziehung ins Lager des politischen Katholizismus verschlagenen, dem Kern seines Wesens nach geradezu lutherisch gearteten Mannes voll unbändigem Unabhängigkeitsdrang, rebellischem Trotz, prasselndem Leidenschaftsfeuer, unbekümmertem Draufgängertum und herausfordernder Kühnheit. Maß und Art seiner eigentlichen politischen Qualitäten sind sehr schwer zu beurteilen; die geschichtliche Episode, die mit seiner Kanzlerschaft verknüpft ist, läßt doch wohl jene Eigenschaften, also rein menschliche, als die wesentlichen hervortreten, sie trieben ihn zur Berufung und Befeuerung Rathenaus, nach dessen Ermordung das Kabinett Wirth befremdlich hilf- und steuerlos in einer langwierigen Agonie veröchelte. Wirth ist wohl die unklerikalste Gestalt, die der politische Katholizismus der Neuzeit gesehen hat, ist katholisch im exklusiv religiösen Sinne — einem Sinne also, den seine Kirche wohl gelegentlich einzelnen verstattet, aber nie und nirgends auf die Dauer als Regel geduldet hat. Seine persönlichen Wesenszüge machen seiner Partei schwer zu schaffen, sie allein sichern ihm eine viel größere Resonanz und Anhängerschaft, als er sie ohne diese Eigenschaften haben würde. Trotzdem hat seine Bedeutung abgenommen; es ist ganz unwahrscheinlich, daß er noch einmal als Staatsmann an die Macht gelangt, ward er doch schon für die Reichspräsidentenskandidatur

im Jahre 1925 überhaupt nicht erwogen; sein lodern-
des Feuer wird in einer Rebellenexistenz verflackern,
die auf die Länge um so mehr an öffentlichem Reiz
einbüßt, je gelassener seine eigene Partei ihn in sei-
nen Extratouren gewähren läßt — und täte sie's ei-
nes Tages nicht mehr, entschlösse sie sich zu seiner
Dimission, so wäre die Werbekraft des politisch Ent-
wurzelten erst recht ausgehöhlt. Um ihn gruppiert
sich in erster Linie ein Frankfurter Kreis kluger, aber
nicht gerade starker Menschen, die man katholi-
sche Intellektuelle nennen möchte — die „Rhein-
Mainische Volkszeitung“, deren einstiger Trotztritt
schon sehr viel gedämpfter geworden ist; einen per-
sönlichen Anhang, der namhaft und verläßlich ge-
nannt werden könnte, hat Wirth darüber hinaus in
seiner Partei nicht. Territorial steht ein Teil des ba-
dischen Zentrums und der rheinischen christlichen
Gewerkschaftsmasse zu ihm. Die Badener (keines-
wegs alle!), weil er aus ihrer Mitte stammt, ihre
Sprache redet, noch mehr aber, weil nirgends in
Deutschland der politische Katholizismus so schwer
durch Jahrzehnte unter der Haltung einer Dynastie
und des ihr affilierten großbürgerlichen und amt-
lichen Liberalismus gelitten hat wie hier. Das ba-
dische Zentrum hat sich wirklich die öffentliche
Gleichstellung seiner Anhänger im Sturz des libe-
ralen Regimes durch die Demokratisierung erkämpft
und hat die seiner Zahl entsprechende Vormacht im
Land erst durch das Ende der Dynastie empfangen.
Kein Wunder, daß auf diesem Boden Republik und
Demokratie als Emanzipation aus einer Art öffent-
licher Pariastellung und aus Garantie gegen ihre
Wiederkehr gewertet werden. Auch die Figur des
badischen Zentrumsführers, des Prälaten Dr. Scho-

fer, bedeutet nur die Zusammenfassung dieser Stimmungen und Einsichten, er ist kein Gesinnungsdemokrat im Sinne von Josef Wirth, und was an seinem Wesen als demokratisch empfunden wird, ist weiter nichts als die natürliche Volkstümlichkeit des deutschen Südens, die ja sogar Haltung und Umgang der wittelsbachischen Prinzen färbte. Dem jungkatholischen Ringen um größere geistige Freiheit, um innigere Verknüpfung des katholischen Daseins mit der lebendigen Kultur steht Schofer durchaus fern — es findet, *sapienti sat*, gerade auf badischem Boden viel mehr Verständnis und Förderung bei manchen Persönlichkeiten, die politisch eher dem „rechten“ Zentrumsflügel zuzurechnen wären. Rhein und Ruhr aber zeigen uns vollends die innere Kernlosigkeit der Zentrums„linken“, den Mangel ihrer Verwurzelung in eigentlich katholischen Ideenkreisen; denn bei dieser christlichen Arbeiterschaft stehen politischer Radikalismus und katholische Gläubigkeit gänzlich unverbunden nebeneinander — soweit sie überhaupt politisch radikal ist, was nur für ihren kleineren Teil zutrifft. Es ist das proletarische Aufbegehren gegen die herrschenden Schichten, in denen man zugleich die unterdrückenden und ausbeutenden sieht, was demokratische und republikanische Grundstimmung erzeugt; von den Führern machen sich die Gewerkschaftssekretäre hier so wenig wie sonstwo entbehrliche Gedanken über geistige Unter- und Hintergründe des praktischen Handelns, und die Arbeiterkapläne stacheln bald und bremsen bald, je nach dem taktischen Bedarf der Stunde, manchmal mit einem eigenen Einschub plebejischen Ressentiments gegen die bürgerliche Herrenschaft, öfter in wirklichem Miterleben der proletarischen Nöte,

immer voll kluger Einsicht, wie wichtig es ist, auch radikalisierte Industriearbeitermassen, solange es irgend angeht, bei der Kirche zu halten und über die Verträglichkeit ihres Radikalismus mit katholischen Grundsätzen ein Auge zuzudrücken.

Wäre nicht Wirth, der rücksichtslose Rebell mit seinem massiven Lutherzorn, so würde man von einer „Linken“ im deutschen politischen Katholizismus kaum etwas Beträchtliches merken. Daß gelegentlich nach links zu gehen, mit links zu pak-tieren, bewußte Taktik ist, hat die Partei oft genug ehrlich ausgesprochen; sie hält sich beide Anschlüsse offen, je nachdem es die Situation für die katholischen Belange fordert, und auch wo sie sich faktisch zu Republik und Demokratie bekennt, bedeuten ihr das keine politischen Ideale, sondern nur politische Reale, die man für lange Zeit mitlegitimiert, weil man dem Volke neue Wirren ersparen will und weil von der Wiederkehr der deutschen konservativen Verfassungs- und Herrschaftsformen für den Katholizismus nur Nachteil zu erwarten wäre. Wo das nicht so sicher ist, wie in Bayern und Österreich, bleibt die Frage der Staatsform für den politischen Katholizismus „offen“. Die wirkliche Sorge, die Wirth für seine Partei bedeutet, ist viel weniger sein lautes Draufgehen, als sein grundsätzliches Demokratentum. Denn eben dies ist das mit dem katholischen Geist innerlich Unvereinbare. Es muß ihn dahin führen (und hat ihn in der Tat dahin geführt), daß die Hauptsachen im politischen Katholizismus für ihn Nebensachen geworden sind. Hat er nicht seinen eigenen Freunden die Losung von der in Gefahr befindlichen Religion geradezu vor aller Welt aus der Hand zu schlagen versucht? Sie erken-

nen wohl richtiger als er, daß in einer Demokratie ihre Religion in der Tat dauernd in Gefahr ist, weil die demokratische Denkweise von der katholischen Denkweise, wie die Kirche sie verlangt, wegführt, und daß darum in einer Demokratie gegen deren geistige Gefahren die stärksten kulturpolitischen Schutzwälle errichtet werden müssen, vorab die Konfessionalisierung der Erziehung. Mit der Simultanschule hatte sich das Zentrum in Baden, also selbst unter einer ihm so unfreundlichen Monarchie und Bureaucratie, abgefunden — es wird sie unter der Demokratie so bald wie möglich beseitigen. Das Ziel des politischen Katholizismus kann in Deutschland nur sein, in republikanischen und demokratischen Verfassungsformen dem Volksleben ein geistig konservatives Gepräge zu geben.

39

Dies sollte endlich eine klare politische Einsicht aller werden — und eine Einsicht, der man sich ohne Wehklagen öffnet. Denn es ist ja gut, daß eine Partei existiert, deren Ziel dies ist! Wir brauchen sie ja wie das liebe Brot! Jeder Staat braucht wie das liebe Brot ein starkes retardierendes Kräftefeld zur Auswägung des akzelerierenden, und es ist eine ideale Lage, wenn dieses Kräftefeld so grundsatzmäßig, so geistig, so weltanschaulich untermauert ist wie der politische Katholizismus. Denn er ist der eigentlich innerliche, der geistige Konservatismus Deutschlands. Was sich bei uns sonst konservativ nannte oder sich heute reaktionär gebärdet, tat es aus materiellen Instinkten wie Besitzbewahrung, Privilegienbewahrung oder Privilegienrestauration. Es war (und ist) feudalistischer, honoratiorer, kapi-

talistischer Konservatismus. Die Versuche, ihn zu idealisieren, etwa im evangelisch-sozialen oder im nationalistischen, rassendogmatischen Geiste, sind längst gescheitert oder im Scheitern oder haben zu ganz widerkonservativen, neuen Radikalismen geführt. Ein kleines Lager lutherischer Orthodoxie, eine hochkirchliche evangelische Strömung, die politisch nicht sehr viel bedeutet, mag eine Oase in der Ungeisteswüste jenes Konservatismus und Egoismus darstellen. Echt konservativen Geistes ist bei uns als Masse nur die katholische Welt. Sie bejaht die Kräfte der geistigen Gebundenheit, des sittlichen Gehorsams, der seelischen Unterwerfung ohne eigene Prüfung als die gültigen, als die eigentlichen Werte im Menschenleben, im einzelnen wie im öffentlichen; sie setzt die Demut dem Selbstbewußtsein, den Dienst dem Anspruch, das Sich-Bescheiden-Sollen dem Sich-Bestimmen-Wollen entgegen. Und dies wird dadurch doppelt wertvoll, daß sie den deutschen Staat der Demokratie seiner Form nach bejaht.

Denn erinnern wir uns doch, was hatte unserem monarchischen Staate am meisten gefehlt? Ein starkes demokratisches Kräftefeld, das doch die Form der konstitutionellen Monarchie bejahte. Es gestaltete sich erst, als es zu spät geworden war, in den letzten Jahren vor dem Kriege, wo aus dem Nationalsozialismus, der süddeutschen Demokratie, den lebendigen Elementen des Freisinns und den jungliberalen Strömungen so etwas heraufzuwachsen begann. Die Sozialdemokratie aber blieb unfruchtbar, weil sie diesen Staat als solchen und als Ganzes verneinte (und seine realen und repräsentativen Formen, das wollen wir doch nicht vergessen, ebenso un-

ablässig und oft recht widerwärtig begeisterte, wie dies die neue Rechte nach 1918 mit der Republik getan hat). Eine starke, weltanschaulich fundierte Demokratie, die entschieden für die Monarchie sich einsetzte: Naumanns Traum in „Demokratie und Kaisertum“, vielmehr seine Verwirklichung, das fehlte dem deutschen Kaiserreich, diese Lücke wurde ihm selber zum Mitverhängnis. Genau so braucht die deutsche demokratische Republik einen starken, stark innerlichen und doch staatsbejahenden Konservatismus. Der steht allein im Zentrum vor uns — aber anstatt sich dessen ehrlich zu freuen, gibt es natürlich Leute, die durchaus haben möchten, daß dieses Zentrum eine wirklich demokratische Partei sei, woran es selber zugrunde gehen müßte und wovon die deutsche demokratische Republik nur lebensgefährlichen Schaden hätte.

Ja, lebensgefährlichen Schaden. Denn wir wollen uns darüber nicht täuschen, der deutschen Demokratie tut ein innerlicher Konservatismus doppelt not, weil ihr äußerlicher, formaler Radikalismus sich in totaler weltanschaulicher Auflösung befindet und damit seinem Staate die geistigen und sittlichen Stützen nicht zu geben vermocht hat, deren jede Staatsordnung bedarf, um bestehen zu können. Der marxistische Materialismus und Fatalismus der Sozialdemokratie ist innerlich tot, abgetan, bedeutet keine Kraft mehr, und die Humanitätsdoktrin der alten bürgerlichen Demokratie ist verblichen: der eigentlichen deutschen Linken fehlt heute der Elan vital einer enthusiastisch fortreißenden oder wuchtig überzeugenden politischen Theorie. Begäbe sich das Zentrum auch noch auf diesen Boden, ließe es seine strikte Katholizität fallen, würde es eine dritte

republikanische und demokratische Partei im doktrinären Sinne — so hätten wir überhaupt kein politisches Lager mehr, das diesen Staat entschlossen bejaht, ihm aber einen bestimmten Geist imprägnieren will, sondern die demokratische Republik würde nur getragen von Parteien, welche die demokratische und republikanische Staatsverfassung als eine Idealität proklamieren, ohne dieser Idealität eine innerliche Begründung geben zu können. Die junge Generation würde diesem Staate Glauben und Gefolgschaft versagen, und faszistischen Experimenten wäre gefährlich Boden bereitet. Darum ist es gut, daß heute eine Partei existiert, welche Demokratie und Republik als unantastbare Staatsformen bejaht, diesen Formen aber einen geistigen Gehalt aus ihrem Glauben heraus einhauchen will: die, mit einem jungkatholischen Buchtitel zu reden, „Politik aus dem Glauben“ treibt.

Freilich, demokratische Politik aus einem konservativen Glauben: so wie Naumann imperiale Politik aus einem demokratischen Glauben heraus getrieben wissen wollte! So verschlungen, so irrational ist das wirkliche Leben, daß es derlei nicht nur aufweist, sondern braucht, um lebendig, um Lebenskraft und Lebensfülle zu sein. Jedoch, allein damit geht es freilich nicht. Es muß auch ganz klare, einfarbige Kräftefelder in der Politik geben, auf denen Glaube und Form sich decken, der Glaube die Form erschafft und bezeugt und die Form an diesem Glauben stündlich sich nährt und lebendig wächst. Die deutsche Demokratie sollte als stärkstes Kräftefeld eines zeigen, das die demokratische Idee bis ins letzte immer wieder denkt und pflegt, um auf sie die demokratische Realität zu gründen. Daran fehlt

es uns, und auch das ist auf die Dauer lebensgefährlich, denn niemand kann wissen, wie lange das reale, das taktische Interesse des politischen Katholizismus an den republikanischen und demokratischen Formalien und Realien vorhält, ob es nicht andern Perspektiven weicht: Bürge der Demokratie kann eben nur eine demokratische Idealität sein, der die demokratischen Formen nicht bloß praktische, sondern grundsätzliche Notwendigkeiten, der sie nicht bloß Erfordernisse, sondern Forderungen sind; sittliche Forderungen, die Verwirklichung der höchsten politischen Vollkommenheit glaubend und tätigend.

Ob wir diese demokratische Politik aus dem Glauben erleben werden, hängt von der Entwicklung im Protestantismus ab — denn es kann keine andere als eine Politik aus dem evangelischen Glauben sein. Das ist die politische Prognose für die demokratische Partei, ohne die wir auf die Dauer nicht werden sein können: für eine Massenpartei, welche die Formen Republik und Demokratie aus demokratischem Geist heraus immer vollkommener fortentwickelt, weil sie ihr die höchste Verwirklichung menschlich-sittlicher Postulate auf dem politischen Lebensgleise bedeuten. Erwacht die evangelische Welt wirklich zu ihrem innersten Wesen, dann wird sie die Trägerin dieser Bürgschaft für die Demokratie werden; erkennt die allzu klein gewordene Demokratische Partei ihre Aufgabe, dann wird sie auf diesen Boden des evangelischen Christentums treten und sich damit die lebenspendende gedankliche Erdgebundenheit sichern, ohne die sie nicht wieder eine Macht im demokratischen Staate, die ihn verbürgende Macht werden kann. So unwahrscheinlich dies vielen Ohren heute klingt: auch die feste Burg

des echten Volksstaates wird allein von dem Gott gemauert, den Luther dachte und glaubte, nur sein Wort wird diesen Staat „lassen stan“.

Da mag es den katholischen und israelitischen Demokraten wie eine politische Gänsehaut überrieseln: was habe ich dann noch in dieser Volkspartei zu schaffen? Wenn du sie evangelisieren willst, für dich protestantisches Christentum und Demokratie sich decken — muß ich dann nicht mein Bündel schnüren und meinem Glauben neue politische Ziele suchen? In der Tat, dies war die bange, manchmal vorwurfsvolle Frage, die jüdische Freunde, katholische Gefährten mir nach meinem Breslauer Referat gestellt haben, und sie heischt klare Antwort. Um solche Dinge läßt sich nicht herumreden.

Protestantisches Christentum und Demokratie sollen und werden sich keineswegs „decken“. Dies müßte beiden verhängnisvoll werden und entspräche gar nicht der Wahrheit. In politischen Lebensdingen demokratisch sich einzustellen, bedeutet nur einen Sektor des evangelischen Lebenskreises, das Leben ist glücklicherweise nicht die Politik. Es werden nicht alle Protestanten Demokraten sein, auch wenn einmal die sentimentalischen Reminiszenzen an die sumepiskopalen und patronalen Zeitläufte völlig verblaßt sind; so wenig wie in England, Holland, Skandinavien und Nordamerika. Zum mindesten nicht Parteidemokraten — denn eine Partei zehrt nicht nur von Weltanschauung, sie muß vielerlei in ihr Programm aufnehmen, was nichts mit ihrer prinzipiellen Grundlage zu tun hat, und entfremdet sich damit ganze Interessentengruppen, die weltanschaulich auf ihrem Boden stehen. Was aus evangelischer Christlichkeit sich ergibt, ist eine demokratische

Grundhaltung den Dingen des öffentlichen Lebens gegenüber, die jeder Form von hoffärtigem Herrenbewußtsein den Kredit versagt. Die völlige reale, nicht bloß phrasische Gewissensfreiheit jedes Menschen dem Ewigen wie dem Zeitlichen, der Offenbarung wie dem Alltag, dem Glauben wie dem Wirken gegenüber: das ist Protestantismus. In welchen öffentlichen Einzelformen diese Freiheit eines Christenmenschen am sichersten zu verwirklichen sei, darüber kann es verschiedene Anschauungen geben, und man muß nur vom Protestanten den christlichen Mut fordern, sich und gar die Stütze seines Glaubens und seiner Kirche solchen Formen zu versagen, in denen notorisch jene Freiheit nicht verwirklicht ist und sich nicht verwirklichen läßt; daß sie sich schirmend vor öffentliche Lebensformen gestellt haben, die auf keine Art mit der evangelischen Freiheit mehr vereinbar waren und es gar nicht sein wollten, das ist ja die schwere historische Abwegigkeit der deutschen lutherischen Kirchen gewesen. In der Erzeugung einer demokratischen Grundhaltung also, an der es den Deutschen noch fehlt, hat der Protestantismus allein schon eine politische Sendung von größtem Ausmaß; wo diese Grundhaltung für den einzelnen, der sich ihrer ehrlich befleißigt, parteimäßig ausmündet, ist eine ganz sekundäre Frage, die sehr verschiedene Lösungen zuläßt. Ich bin nun überzeugt, daß viele protestantischen Menschen gleichsam den natürlichen Weg in eine demokratische Partei dieses Namens und des Programms der heute so benannten finden werden, wenn sie empfinden, daß dort auch ihre Glaubens- und Kirchenbelange mit Wärme geborgen sind, solange diese Belange selber echten

evangelischen Geistes sind. Diese Bergung andererseits ist darum eine natürliche Aufgabe einer demokratisch sich nennenden und diesem Namen getreuen Partei, weil sie in der protestantischen Ideenwelt den noch unausgeschöpften Urquell der neuzeitlichen Demokratie kennt und darum dieser Ideenwelt sich besonders nahe verbunden weiß. Diese intime Stellung vermag sie der katholischen Ideenwelt gegenüber niemals zu beanspruchen noch zu erzwingen — so selbstverständlich sie beflissen sein wird, der katholischen Welt diejenige Gewissens- und Wirkensfreiheit im öffentlichen Leben zu sichern, welche die Demokratie für jeden Menschen und jede Gemeinschaft fordert, freilich aber auch jeden Übergriff, der die Grundlagen der Demokratie geistig bedroht, entschlossen abzuwehren.

Jedoch im einzelnen kann die Demokratie sich auch freigeistig, rein humanitär, stoisch, ja materialistisch ableiten, und sie ist — ich meine geistig — endlich auch solchen Katholiken zugänglich, die vom Boden einer reinen Frömmigkeitskatholizität aus gegenüber den weltlich-öffentlichen Ansprüchen ihrer Kirche sich die Freiheit der Stellungnahme zu wahren wagen. An solchen Katholiken hat es nie gefehlt; es sind nicht die gerade nur katholisch Getauften gemeint, sondern religiös „praktizierende“ Katholiken (wie der katholische, nicht sehr schöne Ausdruck es nennt), die gemäß der kirchlichen Regel Gottesdienst besuchen und Sakramente empfangen, den politischen Weisungen und Beratungen der kirchlichen Autoritäten sich aber versagen. Selbstverständlich ist für sie Platz in einer demokratischen Partei, auch führender Platz; aber Kämpfe gegen ihre eigene Kirche werden sie schwerlich anführen

können, wenn sie nicht in sehr harte Kollisionen geraten wollen, man wird nicht so taktlos sein, ihnen dies zuzumuten; muß die Partei zu solchen Kämpfen mobilisieren, etwa in Schul- oder Konkordatsfragen, so werden ihre katholischen Glieder gewissermaßen k. v.-Heimat zu schreiben oder stillschweigend als d. u. zu betrachten sein. Und ebensowenig wird man von denen, die ihre demokratische Grundeinstellung überhaupt nicht christlich, sondern bewußt außerchristlich fundieren, ein enthusiastisches Kriegsfreiwilligentum bei Kämpfen für protestantisch-kirchliche Dinge erwarten. Schließlich kann man ein guter Demokrat sein, ohne nach den geistigen Motiven dafür viel zu fragen — manche sind es aus einer Art Temperament heraus, demokratische Naturburschen gleichsam, andere aus familiärer Überlieferung, wieder andere aus rein realpolitischer Einsicht. Niemand wird diesen Demokraten zumuten, daß sie ihre Gesinnung, die sehr echt sein kann, mit protestantischen Motivationen auftakeln. Jede ernsthafte politische Partei braucht einen weltanschaulichen Kern, braucht Kernmassen, die gleichsam ihr natürliches Werbefeld bilden; aber jede greift über diesen Kern hinaus, nicht nur episodisch, wenn sie für rein praktische Einzelfragen große Stimmenzahlen auf ihre Seite bringt, die das nächste Mal wieder auf die Gegenseite fallen, sondern auch in ihrer ständigen Anhängerschaft, denn es gibt kein politisches Bekenntnis, für das nicht mehrere Motivierungen möglich wären (die parteiliche Singularität des politischen Katholizismus erweist sich auch da: man kann aus Einzelgründen einmal Zentrum wählen, aber ein Zentrumsmann kann man nur sein, weil man ein Katholik ist; jede Ausnahme bestätigt nur die Regel).

Gar keine Schwierigkeit aber kann es mit den Israeliten geben. Es wäre zwar viel gesünder, wenn sie sich gleichmäßiger über alle Parteien verteilten, da dies die Überwindung der Voreingenommenheit gegen sie anzeigen würde; daß sie so einseitig stark die demokratischen Reihen aufsuchen, weil sie hier keinen Antipathien und Zurücksetzungen begegnen, ist ein Zeichen, daß hinsichtlich ihrer Verbundenheit mit dem Volksganzen etwas noch nicht so stimmt, wie es stimmen sollte (und wie es etwa in England stimmt, wo sie Peers des Oberhauses und Vizekönige von Indien werden). Aber darüber hinaus ist das bewußt israelitische Judentum den weltanschaulichen Fundamenten der Demokratie sehr nahe, näher als sonst ein religiöses Bekenntnis außerhalb des evangelischen Christentums. So sehr die jüdische Religion in ihrer Orthodoxie sich mit Formen, mit „Gesetz“, überladen haben mag, ihr Geist ist auch unter dieser Last klar und einfach geblieben. Sie kennt keine bindenden Entscheidungen einer priesterlichen Autorität, die über das streng Religiöse hinausgriffen; sie hat sich auch innerhalb dieses Religiösen zu freieren Auslegungen entwickelt; es gibt in ihr kein Jenseits, das zu einem Angstwerkzeug für die Einschüchterung der Gewissen verwendet werden könnte. Die Vorstellung der Auserwähltheit ist eine rein religiöse, wenn sie auch in der jüdischen Lebenshaltung begreiflicherweise manchmal ins Profane übergreift; das Judentum ist immer mehr zu einer ausgesprochenen Humanitätsreligion geworden, mit jenem allgemeinen und gleichen Priestertum der Gläubigen, wie die evangelische Freiheit es eingesetzt hat; in Anschauung und Ausübung steht es manchen protestantischen Gemeinschaftsbildungen, namentlich

angelsächsischen, recht nahe, und der Puritanismus, dem die demokratische Doktrin entstammt, griff ja so stark auf alttestamentliche Elemente zurück, daß lutherische und katholische Beurteiler in seiner Gottes- und Heilslehre sogar eine Verflüchtigung des Erlösungsmysteriums erblicken konnten. Werner Sombart hat die Lehre vom Ursprung des Kapitalismus aus dem Calvinismus geradezu als eine Verwechslung darzutun versucht: die israelitischen Elemente des Calvinismus angelsächsischer Prägung hätten auf diesem Boden das Gedeihen des aus dem Judentum entsprossenen Kapitalismus gefördert. Dies bleibe dahingestellt, aber kein Zweifel kann sein, daß der Mosaismus in seinen Ausstrahlungen aufs öffentliche Leben dem Protestantismus ganz nahesteht (wie ja übrigens auch in der größeren Einfachheit seiner Lehre und der Schlichtheit seines Gottesdienstes, verglichen mit der barocken Mysterien-, Dogmen- und Kultarchitektur des katholischen Christentums). Und wenn in der Gegenwart so auffallend viele deutsche Juden mit dem Zentrum sympathisieren, so erklärt sich das einfach aus der klugen Taktik des deutschen politischen Katholizismus, von seinen Reihen den Antisemitismus fernzuhalten, der sonst in der Welt überall (man denke an Österreich und Frankreich!) im Gefolge des Klerikalismus marschiert, und aus der reziproken Torheit eines erheblichen Teiles der evangelisch-kirchlichen Welt, diesen Antisemitismus im Bunde mit sonstigen reaktionären Einstellungen zu pflegen; es erklärt sich auch aus Jahrzehnten gemeinsamer Zurücksetzung von Katholiken und Juden durch eine Gesellschaft, die sich selber im evangelischen Kaisertum gipfeln wähnte, und dem Erlebnis der Befreiung aus dieser Paria-

stellung durch die Republik. Wesensmäßig aber ist die Kluft zwischen jüdischer und katholischer Lebenseinstellung unermesslich, der Abstand zwischen jüdischer und evangelischer gleichsam nur graduiert. Das Judentum ist kraft seines Geistes eine ebenso natürliche Stütze der Demokratie wie das evangelische Christentum, ja seine kritische, extrem individualistische Haltung allen geistigen Fragen gegenüber hat es oft in dieselben Gefahren geführt, denen der Protestantismus ausgesetzt war, in eine völlige Auflösung aller positiven Werte und Postulate: andererseits teilt es sich durch diese Kühnheit des Rüttelns an allem Traditionellen mit dem Protestantismus in die Hervorbringung der Aufklärung und der Humanität; Freigeisterei, Freidenkerei und Freimaurerei sind Sprossen der mosaischen und der evangelischen Art. Von den beiden christlichen Geschwistern ist das evangelische gleichsam der mosaischen Mutter besonders ähnlich.

Der prognostische Versuch erblickt somit zwei geistige, zwei weltanschauliche Brennpunkte, um welche sich die Kurve der bewußten Ausgestaltung des deutschen demokratischen Staates schlingt. Sie heißen, lapidargesprochen, Wittenberg und Rom. Das katholische Deutschland bildet den natürlichen konservativen, bremsenden, dämpfenden, retardierenden, bindenden, autoritären — das evangelische Deutschland den ebenso natürlichen fortschrittlichen, vorwärtstreibenden, akzelerierenden und stimulierenden, den befeuernden, freiheitlich durchsäuernden Faktor im deutschen Volksstaat. Der Protestantismus ist dabei im Vorteil einer imposanten Einheitlichkeit der Gesamthaltung: er darf bis ins letzte hinein gestalten, was er für richtig hält, ihm ge-

biert der Geist die Formen, die nur die Physiognomie dieses Geistes sind. Der Katholizismus aber ist im Vorteil der größeren taktischen Beweglichkeit: er wird sich mit Links verbünden, wenn es gilt, die ihm vorteilhafte Tatsache der Republik zu schützen und zu sichern, und mit Rechts, wenn es sich darum handelt, dieser Republik einen konservativen, autoritären Geist einzuhauchen. Je weniger angefochten das Formsystern der demokratischen Republik sein wird, desto mehr verringert sich dieser katholische Vorteil, desto wesensgemäßer wird das katholische Lager das ruhende Kraftzentrum der politischen Rechten werden. Diese Entwicklung ist im Zuge; das Zentrum wird immer grundsätzlicher und epochaler nach rechts, immer taktischer und episodischer nach links gehen. Die eigentlich demokratische Linke wird damit immer mehr „unter sich“ bleiben; daß sie schließlich immer wieder der Stärkere sei, wird daran hängen, ob sie sich eine ähnlich feste, weltanschaulich gesicherte Massenbasis zu schaffen vermag. Den Stoff für diese Fundamentierung bietet die evangelische Bauernschaft dar — es ist kein Zufall, es ist instinktive Erkenntnis des Richtigen, daß in dem einen Jahre 1927 die beiden eigentlich demokratischen Parteien beide mit großen Bauernprogrammen vor die Öffentlichkeit getreten sind; dies war ja die Hauptleistung des demokratischen Hamburger wie des sozialdemokratischen Kieler Parteitages. Wer genau hinhörte, konnte auf beiden Tagungen das erste leise Wehen einer protestantischen Strömung spüren; freilich war es mit diesem Winde wie mit jenem im Nachtgleichnis des Jesus zu Nikodemus: man hörte sein Sausen wohl, aber man wußte noch nicht, von wannen er kommt

und wohinnen er fährt. Um den Kern wird dann rechts und links sich alles herumschalen, was sich wahlverwandt fühlt: um Rom, was für Demut, Gehorsam, Autorität — um Wittenberg, was für Freiheit, Selbstbestimmung, Nachprüfung ist. Solche Umschaltung ist nur wohltätig, denn sie behütet uns davor, daß die christlich-konfessionellen Kerngebilde in ihrer religiösen Wesentlichkeit zu unvermittelt aufeinanderstoßen und sich gegeneinander orientieren. Politische Scheidung soll nicht neue Glaubensspaltung sein.

40

Auch die politische Scheidung wird kein Zweiparteiensystem bedeuten. Dafür ist die Struktur der deutschen Gesellschaft zu verwickelt — ganz abgesehen davon, daß überall in der Welt die Zweiteilung der politischen Sphäre sich heute als unzureichend, als ein Petrefakt überwundener Gesellschaftsstrukturen herausstellt. Auch England hat die klassische Epoche der Tories und Whigs hinter sich. Es wird nie wieder im Wechsel von nur zwei Parteien regiert werden. Und für die Vereinigten Staaten bereitet sich der nämliche Umschwung vor.

Es ist ein Irrtum, wenn man in Deutschland gern der Zentrumspartei die Unmöglichkeit eines Zweiparteiensystems, einer reinlichen Scheidung in Rechte und Linke, zur Last legt. Gewiß, das Zentrum will bewußt von einer solchen Scheidung nichts wissen. Es fühlt sich selber als einen Mikrokosmos der „Volksgemeinschaft“, die sein heutiger Führer so gern zitiert; es beherbergt schlesische Großgrundbesitzer und badische Zwergbauern, rheinische Industriemagnaten und rheinische Lohnarbeiter, und zwischen

den Extremen die ganze Fülle der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Übergänge. Sein Schwerpunkt aber ruht unverrückbar in der sozialen Mittelschicht, im echten Reich der „kleinen Leute“, und wo die großen Leute nicht mehr Disziplin halten wollten, dort hat die Partei sie eine Weile ruhig ziehen lassen — so geschah es 1893 mit dem schlesischen Aristokratenflügel, dem der erprobt klerikale Name Huene aufgesiegelt war, so geschah es nach 1918 mit zahlreichen Honoratioren, die sich dann größtenteils im katholischen Flügel der Deutschnationalen zusammengefunden haben. Die öffentliche Meinung des Zentrums ist die Meinung seiner kleinen Leute, und sie ist in sehr weitgehendem Maße die öffentliche Meinung der katholischen Kirche überhaupt. Darum wird die deutsche katholische Partei sich schwerlich spalten, sie wird vielleicht wieder einmal Flügel abstoßen; aber als Ganzes wird sie bleiben. Sie wird als unzerstörbares Ganzes auch in der schaukelpolitischen Position bleiben, daß sie sich mit Links verbündet, wo es gilt, die Verfassungsformen der Republik zu schützen, und mit Rechts, sobald es sich darum handelt, dieser Republik geistige Prägung zu geben: mit Links wiederum, wo es darum geht, den Lohnarbeiter nicht zum Paria einer industriellen Herrenschaft herabzudrücken, und mit Rechts, wo die wirtschaftliche Existenz von Bauern und Handwerkern auf dem Spiele steht. Sie wird republikanisch und konservativ, sozial und agrarisch-mittelständlerisch bleiben.

Jedoch, dürfte man sich diese Partei aufgelöst, ihre Elemente aufgeteilt — hätten wir dann etwa eine große Rechte und eine große Linke? Es ist Irrtum, dies zu folgern. Unmittelbar neben dem Zentrum

sitzt die Deutsche Volkspartei, die einst nationalliberale; die genau wie das Zentrum sich weder endgültig nach rechts noch endgültig nach links entscheiden kann, ohne ihre Existenz zu gefährden, ja richtig besehen dies noch weniger als das Zentrum kann. Denn das Zentrum, wie dargelegt ward, ist eine Partei von konservativem Geist, seine Innerlichkeit bedeutet Beharrung, Ehrfurcht, Demut, Selbstbescheidung, Autorität; daß es verfassungsmäßig für die Republik optiert, ist eine opportune Angelegenheit, und daß es sozialpolitisch oft mit der Linken geht, kommt von seiner wahrhaft christlichen Einsicht, daß echter Konservatismus auch die Klasse der Aermsten nicht unter die Menschenwürde hinunter drücken darf, eine Einsicht, die auf der Rechten wohl im Wachsen ist, deren wirkliche Rezeption dort aber noch immer durch den Egoismus von Land- und Fabrikmagnaten verzögert wird. Die Volkspartei jedoch ist nicht einmal konservativen, sondern im wesentlichen liberalen Geistes, und dies wirkt sich bei ihr in zwiespältiger Weise so aus, daß es wirtschaftlich und gesellschaftlich als Individualismus sie nach rechts, und geistpolitisch, kulturpolitisch als Individualismus sie nach links zieht. Die so gearteten gesellschaftlichen Schichten aber haben in Deutschland noch eine recht breite Ausdehnung und ein erhebliches Gewicht, ihre Rolle ist weder wirtschaftlich noch sozial noch kulturell ausgespielt. Auch die Volkspartei muß sich um ihrer Existenz willen, die auf diese Schichten sich gründet, Schaukelpolitik vorbehalten: entweder die Wahl zwischen „großer Koalition“ und Rechtskoalition, oder die Möglichkeit zu Extratouren mit der Linken, wenn man in der Rechtskoalition, und mit der Rechten, wenn man

in der großen Koalition sitzt. Eine solche „Mitte“, die sich weder rechts noch links binden läßt, hat auch Frankreich und erhält England wahrscheinlich immer ausgeprägter. Auch wir werden sie behalten, und es ist keine üble Zweiteilung, daß sie aus Volkspartei und Zentrum besteht, weil der vorherrschend wirtschaftsständische Charakter der Volkspartei durch den vorherrschend geistpolitischen Charakter der Zentrumsparthei dabei ergänzt wird. Das deutsche Zweiparteiensystem ist ein Traum — und wahrscheinlich nicht einmal ein schöner.

Denn die Tatsache, daß das Zentrum die stärksten wirtschaftlichen Gegensätze in sich geistpolitisch überbrückt; und die Tatsache, daß die Deutsche Volkspartei aus demselben Individualismus heraus wirtschaftlich nach rechts und geistig nach links blickt: diese beiden Tatsachen, die wir an den Mittelparteien wahrnehmen, demonstrieren uns, auf wie verwickelte Art die großen Wirtschaftsmächte in unser politisches System eingeflochten sind. Gerade diese Einflechtung kann kein Zweiparteiensystem zureichend zum politischen Ausdruck bringen, und versteifte man sich darauf, die Dinge dahin zu treiben, so käme man zu einem ökonomisch beherrschten politischen Dualismus, der nichts als Verhängnis für unsere Nation bedeuten könnte, wie er heute schon höchste Gefahr für Deutschösterreich bedeutet, das dieses angeblich „ideale“ Zweiparteiensystem besitzt und — verwünscht.

41

Endlich also redest du von der Wirtschaft! höre ich manchen ungeduldigen Leser ausrufen. Ja, endlich reden wir von der Wirtschaft — aber, wohlverstan-

den, von ihr unterm Gesichtspunkte einer politischen Prognosenstellung, nicht von ihr als Selbstzweck und Eigenphänomen. Von ihr also in ihren lapidaren Zügen, in ihren ganz großen Gegenwartsformen und ihrem ganz tiefen Zukunftssinn, keineswegs von ihr in den tausend Einzelheiten ihrer launischen Erscheinungsweise, mit denen sie unser Dasein stündlich bedrängt und befaßt und die einen erklecklichen Teil des mißtönigen Geräusches unseres persönlichen und öffentlichen Alltags ausmachen.

Ja, es muß die Frage gestellt werden, ob Deutschlands politische Prognose überhaupt irgendwie wesentlich mit seiner Wirtschaftsentwicklung zusammenhänge! Die Kausalität zwischen Wirtschaft und Staat ist überall äußerst undurchsichtig und unaufgehehlt. Daß ein Reich wirtschaftlich blühen und politisch ganz unzulänglich geordnet oder geleitet sein kann, zeigen manche südamerikanischen Republiken und — Deutschland im Zeitalter Wilhelms II. Aber auch das Umgekehrte hat die Geschichte erlebt: politisch emporsteigende oder bewahrte Größe bei wirtschaftlich zerrütteter, mindestens fragwürdiger Situation. Man kann an das Rom Cäsars denken, an das Frankreich der Revolution, an das Preußen unmittelbar nach dem Siebenjährigen Kriege, an Sowjetrußland vor unsern Augen. Es geht im Staatsleben wie im Einzelleben: ökonomisches Wohlergehen verbürgt weder Ordnung noch Leistung, und ökonomische Schwierigkeiten sind mit sehr angesehener und produktiver Lebensführung verträglich, man kann in seinem Fett ersticken oder in strotzender Muskulatur verblöden, und man kann vom Krankenbett oder vom Krüppelstuhl aus eine Welt in Atem halten. Der starke Staat ist eine geistige Schöpfung, aber die starke

Wirtschaft ist dies immer nur an einzelnen Punkten, als Ganzes bleibt sie ein Wildwasser, das in tausend Rinnsalen, Betten und Armen dahinschießt oder dahinrieselt und jeglicher Regulierung spottet. Was muß man darüber noch reden in diesem Deutschland, welches das Wunder von 1923/24 vollbracht, durch eiserne Staatsenergie die phantastischste aller Wirtschaftszerrüttungen in normale Entwicklungsbahnen zurückgezwungen hat? und in den Jahren schwersten Wirtschaftsringens die verlorene politische Geltung sich langsam zurückerwarb, genau wie es sie einstmals in Jahren höchsten Wirtschaftsgedeihens verschleudert hatte?

Jede Betrachtung des Verhältnisses von Wirtschaft und Staat zeigt die völlige Unhaltbarkeit des dogmatischen Marxismus — noch viel krasser als jede Untersuchung der Beziehungen zwischen Wirtschaft und Religion, Wirtschaft und Kunst, Wirtschaft und Wissenschaft. Nie und nirgends war ein wirklicher Staat, „Überbau“ seiner Wirtschaft, desto weniger, je bedeutender als Staat er war, nie und nirgends wird er es sein. Wird der Staat sehr weitgehend durch seine wirtschaftlichen Zustände bestimmt, so ist dies genau so ein politisches Krankheits- oder Schwäche-symptom, wie wenn die geistige Haltung und das sittliche Wirken eines Menschen sehr weitgehend durch seinen Stoffwechsel, seine Verdauung, seine Ausscheidungen bestimmt wird. Alles dies kann so pathologisch werden, daß es auch die geistigen und sittlichen Schwingen lähmt. Aber bis tief in erhebliche Störungen hinein sollen Intellekt und Ethos, Schöpfung und Haltung unberührt davon bleiben, ja gerade sie sollen ein Korrektiv sein, durch dessen Überlegenheit jene Störungen selber tunlichst repariert

werden. Auch dies, freilich bis zu einer gewissen Grenze, denn es zeugt umgekehrt für eine materialistische Überschätzung der vegetativen und animalischen Vorgänge, wenn Intellekt und Ethos in den Irrtum verfallen, sie seien nur bei sklavisch regulierter Diät intakt, etwa bei Rohkostregime oder bei Fleischluxus. Ebenso verrät der Staat seine Überschätzung der Wirtschaft, wenn er wähnt, sein Gleichgewicht hänge daran, daß er in jeden Wirtschaftsvorgang regelnd eingreife. Staat und Wirtschaft sind beide am besten daran, wenn sie sich gegenseitig drei Schritte vom Leibe bleiben, und alle Doktrinen, die einer engen Verquickung beider, ja einer irgendwie gearteten Deckung das Wort reden, haben vor der Wirklichkeit schlecht bestanden, Merkantilismus und Sozialismus, Autarkielehren und Staatskapitalismus. Der Staat kann nie ein Kaufmann sein wollen, er wird damit immer Bankrott machen, und die preußischen Eisenbahnen vor dem Weltkriege waren gerade darum ein so blühendes und musterhaftes Verkehrsinstitut, weil ihre Verwaltung in echt preußischem Staatsinstinkt es zu vermeiden wußte, den Betrieb scheinkaufmännisch aufzutakeln. Der Staat mag Voraussetzungen schaffen, die einer wirtschaftlichen Initiative ihr Gedeihen erleichtern (etwa im ländlichen Siedlungswesen, in der Organisation von Fachschulen), er mag Folgen ausgleichen, die sich aus wirtschaftlichen Mißverhältnissen ergeben (wie in der sozialpolitischen Gesetzgebung, im Arbeitslosennotstand) — in den wirtschaftlichen Prozeß selber einzugreifen oder sich verwickeln zu lassen, sollte er tunlichst vermeiden.

Ist man erst einmal auf den Boden dieser Einsicht gelangt, so bewahrt man allen wirtschaftlichen Vor-

gängen gegenüber die unerläßliche Kühle, ohne die es kein politisches Wirken gibt. Alle großen Staatsmänner der Geschichte haben verhältnismäßig wenig von der Wirtschaft gewußt oder wissen wollen. Bei den Schöpfern des deutschen Staates in seinen verschiedenen Phasen der Neuzeit tritt dies ganz augenfällig zutage. Friedrich der Große wandte sich notgedrungen den ökonomischen Dingen zu, als er sein völlig kriegszerrüttetes Land zu heilen hatte; man weiß, in wie gefährliche Bahnen der Staatsomnipotenz er diese Sanierung gelenkt hat. Der Freiherr vom Stein und Bismarck waren nahezu unberührt von wirtschaftlicher Einsicht — hätten sie eine wesentliche besessen, so wäre vor ökonomischen Bedenken weder die Bauernbefreiung noch die Arbeiterversicherung zustande gekommen. Als Hugo Preuß seinen wahrhaft staatsschöpferischen „ersten Entwurf“ der Reichsgliederung vorlegte, war er glücklicherweise von ökonomischen Skrupeln vollkommen frei. Es mag gelegentlich Auswüchse der Wirtschaft geben, die der Staat nicht auf die Dauer dulden kann, aber der leitende Staatsmann wird stets gut tun, sich mit keiner Wirtschaftsform, mit keiner Wirtschaftsschicht und mit keinem Wirtschaftsdogma zu verbünden. Derselbe Staat kann in ökonomischer Blüte und in ökonomischer Dürftigkeit groß dastehen, bei Freihandel oder Protektionismus, bei öffentlicher Sozialversicherung oder Selbsthilfe der Armen, bei agrarischer oder industrieller Struktur, bei Gold- oder Doppelwährung. Man denke daran, daß das bäuerlich-kleinbürgerliche Frankreich mit seiner kaum das eigene Land füllenden, generativ stagnierenden Bevölkerung ein riesenhaftes Kolonialreich zusammengebracht hat und bewältigt, daß es sich

mit dem industriellen England halbpakt in Afrika teilt — und man erkennt allein an diesem Exempel, wie irrelevant die ökonomische Struktur eines Staatswesens für seine politischen Ambitionen und Erfolge bleibt. Es gereicht ihm zum höchsten Ruhme, daß der stärkste Wirtschaftsmensch, dem Deutschland ein staatsmännisches Amt übertragen hat, Walter Rathenau, von dieser Stunde an die Wirtschaft politisch sah und der Politik nachordnete: die dauerhafteste Tat seiner politischen Episode, der Ostervertrag von Rapallo mit Sowjetrußland, hat wirtschaftlich so gut wie gar keine Früchte getragen, politisch aber sich als ein meisterhafter Schachzug in der europäischen Partie bewährt, der bis heute widrige Kräfte gebunden, zukunfts-vollen das Feld offen hält.

42

Gerade Walter Rathenau kann uns ein Führer in dieser Fragestellung sein. Denn er war ein Sucher nach dem Wirtschaftssinn, der als das Überzeitliche aus den zeitlichen Wirtschaftserscheinungen sich destillieren lasse — und dieser Sinn der Wirtschaft ist es freilich, den auch der politisch verantwortliche Mensch für sein Werk begreifen und ergreifen, den er mindestens ahnen, besser noch erkennen muß, wenn er politisch richtig, das heißt auf weite Sicht wirken will. Der Wirtschaftssinn nämlich ist ein Element des Zeitgeistes schlechthin, er ist gleichsam die Wirtschaftsfarbe in dem Regenbogen, in den das flutende Licht der Strebungen einer Epoche sich beim Übergang in die Wirklichkeit bricht; er kann der nämliche sein in Fabrik und Bauerngehöft, an der Hobelbank wie am laufenden

Band, im Krämerladen wie im Trust, im überheizten Bureau des Rechnungsrates wie in der eisigen Dachkammer des Arbeitslosen. . . . Unsinn, dieser angebliche Wirtschaftssinn, höre ich mich unterbrochen; so etwas gibt es nicht, so etwas kann es nicht geben.

Nicht nur, daß es dies gibt, antworte ich; sondern es ist für die politische Prognose das einzig Wesentliche an der Wirtschaft des Staates, den sie untersucht.

Dieser Sinn ist heute beschlossen in dem epochalen Ringen zwischen der abendländischen Mutterkultur — „Europa“ — und ihrer Tochterkultur — „Amerika“. Auf eine deutsche Formel gebracht, möchte es lauten: das Ringen zwischen Sachdienlichkeit und Menschentümlichkeit, deren erste eben in ihren höchsten Vervollkommnungen Amerika entwickelt hat, während Europa von der Ebenbürtigkeit der zweiten nicht lassen mag. Man muß den Gegensatz ja nicht auf die Elemente „rational“ (Amerika) und „irrational“ bringen wollen! dann gerät man sofort in Fehlschlüsse. Vieles ist drüben irrational, was bei uns längst rationalisiert wurde; gerade auf dem Gebiet des technischen Fortschritts z. B. geht die amerikanische Erfindung und Konstruktion viel mehr vom „Basteln“, vom empirischen Tüfteln und Probieren aus, ist die europäische, namentlich die deutsche, weit mehr „wissenschaftlich“ gegründet. Was uns das eigentlich Fremde am amerikanischen Wesen scheint, ist die unbedingte Voranstellung des Sachdienlichen; die Dienlichkeit der Sache für den menschlichen Gebrauchszweck beherrscht das amerikanische Leben. Wir verwachsen mit den Dingen gern irgendwie menschlich, trennen uns desto schwerer von ihnen, je älter sie sind, übertragen menschen-

tümliche Regungen wie Anhänglichkeit, Ehrfurcht, Rührung auch auf ein altes Kleidungsstück, ein invalides Gerät; der Amerikaner wirft alles das fort, sobald es seinen sachlichen Zweck nicht mehr vollständig erfüllt. Wir haben ein „Heim“, und je persönlicher wir es im Laufe der Jahre ausstatten, desto mehr wächst es uns ans Herz; schon heute wohnen viele Amerikaner in Hotelappartements, von denen jedes dem nachbarlichen gleicht wie ein Ei dem andern. (In Gestalt der „Wohnmaschine“ und ähnlicher Losungen werfen diese Tendenzen ja ihre Schatten, nein wir wollen ohne Werturteil lieber sagen, ihre Wellen heute auch zu uns herüber.)

Ein eminenter Instinkt dafür, wodurch, wieweit und wie lange etwas sachdienlich ist, hat sich drüben an dieser Einstellung entfaltet. Im Staatsleben äußert er sich in der Herrschaft der „öffentlichen Meinung“, die in vielen Zügen weit irrationaler anmutet als unser europäisches Staatsbewußtsein und dennoch sich von ihm dadurch unterscheidet, daß sie von Fall zu Fall sachdienliche Augenblicksentscheidungen trifft, während die Europäer — Franzosen und Italiener wie Deutsche und Slawen — einer schier religiösen Überzeugungsgebundenheit verschrieben sind, die im Einzelfalle sehr oft den Wald vor lauter Bäumen, die politische Einzelsache vor lauter politischem Ethos und Pathos nicht sieht: was dort bloßer Stellungswechsel ist, wird hier dann zum fatalen Gesinnungswechsel. Gerade zwischen Deutschland und Frankreich (diesem Hauptfarbkomplement, in welches das Licht Europas gebrochen ist) fällt die Gleichheit solcher Grundstellung bei aller sonstigen Verschiedenheit, ja Gegensätzlichkeit der Überlieferungen, Temperamente,

Intellekte, Ehrgeize klassisch ins Auge. Auch die Religion gibt sich drüben, in Glaube und Form, sehr sachdienlich, daher die große Toleranz; denn es ist ein Irrtum zu meinen, daß es für ein sachliches Bedürfnis immer nur eine beste Befriedigung gebe; es gibt meist einige, morgen wahrscheinlich eine andere als gestern, und jeder Amerikaner interessiert sich neidlos für eine sachbessere Lösung, selbst wenn seine eigene dadurch beiseite geschoben wird. Alles Gesinnungspathos, täuschen wir uns nicht, überhaupt alles hochgespitzte Menschentum neigt zur Unduldsamkeit, zur Selbstgerechtigkeit, zum Dünkel; das kann sich in aggressiver, fanatischer Streitsucht kundtun, aber auch im „Seiner-Wege-Gehen“, in Misanthropie, Pessimismus, Skepsis, in Absonderung, Meidung, Exklusivität, Einsamkeit — diesen gänzlich amerikafremden, europaheimischen Haltungen.

Eine objektive Wertung gibt es hier sowenig wie sonstwo. Item, wir Altabendländer tragen nun einmal die Überzeugung in uns, daß bei allen tiefen Schatten, die wir nicht übersehen, auf unserm Boden die leuchtendsten Blüten der Menschenwürde und Menschenschöpfung gedeihen. Jene pure Sachdienlichkeit, die wir Amerikanismus heißen, ist über uns mit gekommen, keineswegs nur als Import von der neuen Welt, denn auch dort bedeutet sie ja selber nur die einseitigste folgereichste Entfaltung eines Hauptwesenselements des neuzeitlichen Geistes schlechthin; sie ist auch bei uns gewachsen und wächst noch weiter. Wir jedoch wollen ihr nicht alles preisgeben; uns soll nicht alles andere nur noch Dünger für die Züchtung dieser sachdienlichen Reinkultur sein. Dingliche und menschliche Einstellung durchschauen wir als zwei Urseiten aller

Menschlichkeit, und wir halten es für eine noch nicht erloschene, unverlöschliche Sendung des europäischen Wesens, sie in sich harmonisch gegeneinander auszuwägen, ja darüber hinaus sie organisch zu verschmelzen, zu synthetisieren: das ist oft schwierig, mag vielfach unmöglich sein, aber es bleibt uns Aufgabe. Und diese Aufgabe erspürt, ja doch schon ergriffen zu haben, mindestens sie sehr untrüglich zu ahnen und davon gebannt zu sein: das ist das wesentliche Kennzeichen des heutigen europäischen, insbesondere des heutigen deutschen Wirtschaftssinnes.

Das ist unsere „soziale Frage“ — die es bezeichnenderweise in Amerika nicht gibt. Auch wir müssen überall „rationalisieren“, wo gewirtschaftet wird: in der Landwirtschaft bis zum kleinsten Stellenbesitzer hinunter, im Handwerk (das sich Forschungsinstitute dafür zugelegt hat), im Kramladen und bis in den Einzelhaushalt hinein. Ja, wir haben das, sobald wir uns ihm öffneten, manchmal mit der dogmatischen, lebensfernen Verkrampfung ergriffen, die das Hinüberwechseln des Deutschen zu bisher fremden Einstellungen sooft gekennzeichnet hat. Dennoch wollen wir uns davon nicht auffressen lassen. Wir wollen nicht einmal unsere Arbeitsstunden davon auffressen lassen! Die Halbierung des Daseins, so daß wir einen Teil des Tages nur Maschinenteile sind, um im andern Teile mit dem dort Erworbenen schrankenlos Mensch zu sein — widerspricht unserm Innersten. Wir wünschen uns im Grunde einen ununterbrochenen Pendelschlag hin und her zwischen Sachlichem und Menschlichem, der so pünktlich schwingt und doch so heimelig klingt wie der Pendelschlag jener alten Standuhren, die irgendein letztes Lauschen unserer Seele beglückten, indem sie unsere

Zeiteinteilung regulierten. Arbeitsglück, das ist für uns nicht Glück nach der Arbeit und nicht Glück mittels der Arbeit, sondern irgendwie auch noch ein Glück in der Arbeit. Diese Sehnsucht — und ihr gegenüber jene Nüchternheit, die den Sieg des Amerikanismus für unvermeidlich hält und sich ihm lieber aus freien Stücken so rasch und radikal wie möglich übergeben will: das sind die zwei Brennpunkte, um die sich die Ellipse des Wirtschaftssinnes auch der deutschen Gegenwart schlingt. Diese Unsicherheit, dieses Hin- und Hergerissensein, dieser Zweifel und Zwiespalt ist es recht eigentlich, was den deutschen Konzernpräsidenten mit dem deutschen Arbeitslosen, den deutschen Bauern mit dem deutschen Fabrikarbeiter auf eine wirtschaftliche Linie bringt.

Ja, aber „Sehnsucht“ — ist derlei nicht Romantik? Natürlich ist es Romantik. Jedoch Europa ist ohne Romantik nicht denkbar, im Unterschied von Amerika, den schon Goethe sah: das heißt nicht denkbar ohne das Bewußtsein, daß mit allem Überwundenem Werte verloren sind und daß es für ihren Verlust keinen Trost und keinen Ersatz im Neuen selber gibt. Die Romantik ist ein Wesensbestandteil der europäischen Sinnesart und immer wieder gerade in Epochen der Besinnung dieser Sinnesart auf sich selber hervorgebrochen. Gleich allen geistigen Mächten kann sie segensreich oder gefährlich werden; es kommt darauf an, daß sie die rechte Auswirkung findet. Wird sie Restauration, klammert sie sich an die Wiederherstellung des Unwiederherstellbaren, an die Scheinbelebung von Kadavern, deren Seele entwichen ist, so stiftet sie Unheil. Aber die entwichene Seele ist unsterblich und sucht nach

neuen Inkorporationen. Immer wieder lohnt es (unter Europäern) zu grübeln, ob nicht aus abgestorbenen Einrichtungen seelische Werte für neues Leben zu retten, neu zu „inkorporieren“ sind? Also auch, um mit beiden Füßen in den Kreis unserer konkreten Angelegenheit zurückzuspringen, ob nicht Wirtschaft von einst, deren versunkene Formenwelt unwiederherstellbar ist, geistige Elemente enthielt, die unverlierbar sein sollten und neue Formen zu be-seelen haben?

Zu diesen Unverlierbarkeiten gehört für uns eine menschentümliche Beziehung des Arbeitenden zu seiner Leistung.

Man meine ja nicht, sie sei nur „unten“ verloren, in den Massen der Fabrikarbeiter, die tagaus, tagein an der Maschine ein winziges Teilchen für ein ihnen nie sichtbares, verstehbares Ganzes drehen, stanzen, fräsen, polieren, am Conveyer eine Schraube anziehen, einen Schlag führen, eine Naht schweißen. Gewiß haben die Unsentimentalen weitgehend recht, die vor einer Überschätzung des simplen Massenmenschen warnen und überzeugt sind, daß Millionen nach keiner abwechslungsreicheren Beschäftigung verlangen, keiner verwickelteren gewachsen wären. Aber das trifft ja nicht den Kern der Sache. Ebenso armselig wie dieser Fabrikler vegetiert der durchschnittliche Aktionär dahin, dem Sinn und Sitte seiner Société anonyme (welch' unübertrefflich wesensgemäße Benennung) verborgen bleiben und der eben auch nur, genau wie jener Proletarier, tagaus, tagein etwas tut, das ihn eigentlich nichts angeht, außer daß er Geld damit verdient. Wer es nicht spürt, daß hier ein schlechthin anderes (eben ein entseeltes) Verhältnis zur Leistung vorliegt, ver-

glichen mit dem Verhältnis auch des grans seigneur-
ralen Gutsherrn oder des alten Handwerkerkern zu der
seinen — dem ist es schwerlich zu erweisen. Wäh-
rend diesen Verhältnissen wesensähnlich etwa die
Funktion des Monteurs, des Chauffeurs, des Flug-
zeugpiloten ist, die alle, wenn auch im Auftrage
anderer, wenn auch nicht als Besitzer, über ihre
Leistung Herren sind, sie in jedem Augenblick
schattieren, wenden, abtönen nach eigenem Ent-
schluß (der wie oft kühn, ja waghalsig sein muß)
und auf eigene Verantwortung. Graf Keyserling
konnte darum den Chauffeur den neuen epochalen
Menschentyp nennen, alle Damen möchten heute
chauffieren: weil er, so seltsam es klingt, ein beseelter
Typus des neuen Leistens ist, Herr seiner Maschine,
nicht im privatwirtschaftlichen (womöglich, wenn's
nach ihm geht, auch in dem! und es ist ihm erreich-
bar, in diesem Sinne Herr einer Maschine zu wer-
den — welche Perspektive!), sondern zunächst ein-
mal im funktionalen, im dynamischen Sinne. Millio-
nen europäischer Menschen aber, von oben bis unten,
sind heute Sklaven ihrer Leistung — und das ist es:
der Mensch erträgt es, der europäische Mensch ge-
wiß auf die Dauer nicht, daß er nicht irgendwie
Herr über etwas in seinem Lebensbereich sei. Ver-
prügeltes Weib und Kind — Laubenkolonie und
Kleintierzucht — Sportleidenschaft: irgendwie muß
unser natürliches Herrenbedürfnis sich ausleben,
etwas muß der Mensch Europas tun können, über
das er und bei dem er über sich gebietet.

Darin liegt ein Stück seiner selbstempfundenen,
wenn auch unbewußten Menschenwürde, und dies
ist der Sinn unserer Wirtschaft, der alle ihre noch
so verschiedenen Formen verbindet: wie diese Men-

schenwürde im Wirtschaften, nicht neben ihm, zurück zu erobern sei. Alles drängt dahin, daß der Mensch wieder Herr der Wirtschaft werde, in irgendeinem Anteil jeder Mensch. Mit seherischer Kraft (wieder einmal) hat jüngst Werner Sombart, einer der seltenen Wirtschaftsdenker, das Bild aufgehell, das uns andern noch sehr chaotisch vordämmerte: der extrem dingliche und abstrakte Kapitalismus neigt sich dem Ende zu, seine Formen versteinen hier und da, aber sein Menschentum löst sich; es kommt wieder Sinn in die Produktion, man fragt, wofür man erzeugt. Der menschliche Bedarf wagt sich bestimmend hervor; ganz in der zeitlichen Ferne steigt eine große, neue Bauernwelt herauf, also eine Welt der wirtschaftenden Menschen, deren Wirtschaften immeraminnigsten mit dem natürlichen Sinn des Menschendaseins verwoben blieb — und darum die romantische Sehnsucht aller immer wieder ward, die von der Scholle losgerissen in ein sinnloses Unternehmen und Fabrizieren hineingewirbelt waren (die einen kauften sich ein Rittergut und die andern ein Schrebergärtchen). Alle Verkehrstempi werden im Zuge der rein technischen Dialektik noch immer rasender, aber die Wirtschaft kommt trotzdem zur Besinnung: auch das, wofür sie da ist, was ihre Aufgabe, ihr Inhalt, wo ihre Schranke ist. Dieser psychologische Prozeß stigmatisiert unsere Wirtschaftsepoche. Wie sooft haben schwere Krisen die Selbstbesinnung wecken und fördern helfen: Kriegswirtschaft und Demobilisation, Inflation und Deflation, Konsumschwäche und Arbeitslosigkeit. Nun ja; auch mancher einzelne, der drauflos lebte, ist erst auf dem Krankenlager zu sich selber gekommen.

Ihr Männer, lieben Brüder, was sollen wir tun?

Das ist die politische Frage. Antitrustpolitik treiben, Beamtengehälter erhöhen, Steuern senken und vereinheitlichen, den Einzelhandel kräftigen, den Wohnungsbau fördern, das Preismonopol von Syndikaten brechen, Bauern siedeln, Bodenreform begünstigen, die Reste der Zwangswirtschaft aufheben, Freihandel oder Schutzzölle favorisieren, gemischt-wirtschaftliche Unternehmungen gründen, den Gemeinden die Steuerhoheit wiedergeben, sozialisieren, normalisieren, typisieren, taylorisieren, konstitutionelle Fabrik, Kleinaktien, Eigenhausbau fördern?

Man kann die Aufzählung der wirtschaftlichen Einzelforderungen ins Ungemessene fortsetzen. Aber überlegt man allein diese eine Tatsache: eine Demokratie beruht darauf oder muß mindestens die Möglichkeit offen lassen, daß nach Jahren der Herrschaft einer Kombination die entgegengesetzte Kombination ans Ruder kommt, ohne daß der Staat daran Not leidet — : so wird einem hieraus schon klar, daß sehr gegensätzliche ökonomische Doktrinen und Praktiken sich mit dem Leben und Wohlbefinden des Staates vertragen können. Die Exponenten des Wirtschaftens haben die Neigung, ihre eigene Wichtigkeit für den Menschen und für den Staat erheblich zu überschätzen. Das muß man ihnen ab und zu sagen. Ob eine moderne Demokratie Freihandel oder Schutzzoll proklamiert, hat nicht bloß mit ihrer praktischen, sondern auch mit ihrer theoretischen Existenz nichts Grundsätzliches zu tun — es war einer der schwersten Fehlgriffe Friedrich Naumanns, daß er sich dem Freihandelsdogma verschrieb; denn solange eine Demokratie überhaupt sich auf einen Nationalstaat begrenzt und nicht schrankenlos die ganze Menschheit umfassen will, muß sie

aus dieser Selbstbegrenzung alle Konsequenzen ziehen, die für die Selbsterhaltung eines begrenzten Ganzen wesentlich sind, nötigenfalls auch die protektionistische, so gut wie die militaristische und die linguistische. Uns wäre sehr wohl, wenn alle deutschen Schutzzöllner schon ehrliche Demokraten wären; was kümmerte uns dann das doktrinäre Gedeihen des Freihandels? Für die Prognose des Staatswohles, des Commonwealth, ist das ungefähr ebenso wichtig, wie die Frage, ob die Städte aus Mietskasernen oder aus Einfamilienhäusern bestehen, oder ob die Nation eine stehende Armee (wie Frankreich) oder ein Söldnerheer (wie England) sich hält. Diese Dinge, welche die am einen oder seinem Gegenteil Interessierten sehr wichtig zu finden pflegen, haben mit den Daseinsfragen eines Staates im Grunde gar nichts zu tun. Exemplum docuit: das Exemplum war kein Geringeres als der Weltkrieg.

Das soll natürlich nicht heißen, daß im gegebenen Augenblick nicht diese oder jene Wirtschaftspolitik die staatsgedeichlichere sei und darum den Vorzug verdiene. Auch kann wirtschaftliche Zerrüttung einen Grad erreichen, daß (genau wie das Vegetieren jedes einzelnen) der Staat existenzlich davon bedroht wird. Im Spätsommer 1923 gab es nur noch den Entschluß einer radikalen Umkehr. Über den Weg im einzelnen, den diese Umkehr zu nehmen hatte, waren und sind die Ansichten geteilt, vermutlich werden sie es bleiben. Ich persönlich bin ein bewundernder Anhänger der von Luther und Schacht gewählten Methode, aber ich verkenne nicht, daß um uns herum andere Verfahren zu ähnlichem Ziele geführt haben. Welch düstere Staatsprognosen sind nicht, gelegentlich von sogenannten

sachkundigen Leuten, dem russischen Sowjetreiche bei der Wendung zur NEP, Italien bei der Stützung der Lira, Frankreich beim letzten Sturze Caillaux', Österreich bei der Völkerbundssanierung gestellt worden! Jedes Land hat sich auf seine Weise zu helfen gewußt, jedes lebt, schlecht und recht, manches schlecht, aber für seine Staatsbedeutung ist ein einziges Zeichen von Staatsimpotenz viel gefährlicher als selbst ein sehr hoher Grad von ökonomischer Zerrüttung. Auch der einzelne kann, in Not geraten, in Schulden verstrickt, hungernd und frohend, sein Dasein und sein Menschentum leidlich intakt erhalten, solange sein sittlicher Wille dazu ungebrochen ist. Dies gilt ganz genau auch für das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft.

„Im gegebenen Augenblick“ — sagten wir oben. Ein historischer Augenblick kann lange Jahre währen, und so wäre es wohl denkbar, daß es für die vor uns liegende Zeit, für eine geraume vor uns liegende Zeit immerhin Indikationen gäbe, diese oder jene konkrete Wirtschaftspolitik zu treiben oder zu unterlassen. Selbstverständlich muß der Staat aus der Umklammerung der unabsehbaren Reparationszahlungen gelöst werden. Aber man weiß, daß über das wirksamste Verfahren die Anschauungen weit auseinander gehen und schließlich völlig in rein politische Überzeugungen münden. Die Wiederansammlung eines Nationalvermögens, womit man eigentlich die möglichst hohen Ersparnisse möglichst zahlreicher einzelner meint, scheint vielen erwünscht, die tunlichste Senkung der Steuerlasten schon darum ein Postulat. Jedoch die hängt sehr eng mit dem vorigen Faktor zusammen, und daß eine Nation wirklich ein starkes Staatsvolk sei, wenn sie

viel Geld in den Sparkassen liegen hat, haben die Jahre von 1896 bis 1914 wahrlich nicht bekräftigt. Die Franzosen hatten ihr öffentliches Dasein sehr wesentlich auf den kleinen Rentner gestellt, und der kleine Rentner fiel jammervoll herein; nun muß es auch ohne das gehen, und es geht. Konzerne verteuern den Massen das Leben, ruft man, fort mit ihnen oder mindestens unter strengste Staatsaufsicht; aber Teuerungen bis zur Hungersnot sind in der guten alten Zeit der krämerlichen Einzel- und Kleinwirtschaft viel häufiger gewesen als heute, und niemand wird sich darüber täuschen dürfen, daß Konzerne einfach neustzeitliche Lebensformen der Wirtschaft sind, die der Staat sowenig aus der Welt schaffen kann wie Flugzeuge, drahtlose Wellen, Großstädte (die auch ihre abscheulichen Seiten haben), die grausigen Industriereviere und die fürchterlichen Lastautomobile. Nur die ewigen Don Quichottes kämpfen gegen Windmühlen. Übergriffe gibt es immer einzudämmen; die Zeit, da der kleinste Produzent sich als einen Wohltäter des Kunden aufspielte, der von jenes Laune abhing (oft in seinen elementaren Lebensbedürfnissen), die noch kein Jahrzehnt hinter uns liegt, war viel staatszerrüttender und gemeinwohlfeindlicher, als irgendeine grandiose, wenn auch selbstverständlich zwiesseitige ökonomische Erscheinungsform es sein kann, die im vitalen Zuge der Entfaltung wirtschaftlicher Expansivkräfte entsteht. Eine Schöpfung wie die Farben-I. G. pumpt im realsten Sinne so vielen Menschen Arbeitsgelegenheit aus der Luft, daß der Staat, der sie schikanierte, sehr leicht reif sein würde, sich durch die alte Fabel des Menenius Agrippa belehren zu lassen.

Dennoch gibt es ein paar ökonomische Maximen, deren Vernachlässigung dem deutschen Staate bedrohlich werden möchte.

43

Das Mißverhältnis von Volk und Raum zehrt als eine stetig sich vertiefende und verschwärende Wunde an unserm Volkskörper.

Ob manche Gegenden der Erde überhaupt an der Schwelle der Übervölkerung stehen, die nur durch Entvölkerung saniert werden könnte, bleibe unentschieden, denn hier streiten die Gelehrten, und der Geograph Penck hat noch kürzlich die Zahl der Menschen, die bei rationeller Bewirtschaftung des Bodens ernährt werden könnten, auf das Dreifache der Malthusziffer berechnet. Noch sind gewiß weite, unerschöpfte Bodenräume da, während an andern Stellen zusammengepferchte Bevölkerungen sitzen. Aber da die Menschheit weit davon entfernt ist, als Einheit zu handeln, um fortzuleben, sondern sich zu helfen wähnt, indem je ein Glied dem andern die Lebensnotwendigkeiten mißgönnt, anfeindet, entreißt; da ein bodenreiches Gemeinwesen nach dem andern die Einwanderungen sperrt, beschränkt, schikaniert; da schließlich und hauptsächlich wir Deutschen aus überseeischen Siedlungen vertrieben sind und mit ihrem Wiedergewinn, geschweige denn mit ihrer Erweiterung, ebenso wie mit schrankenloser irdischer Freizügigkeit nur ganz unsicher und in recht fernen Zeitpunkten rechnen dürfen — so sind wir genötigt, unsern Blick mit höchster Anstrengung auf nächste Sicht zu akkommodieren, mit andern Worten die Aufgabe der inneren Kolonisation erneut zu ergreifen und so aus-

giebig wie möglich zu lösen. Am Rhein und der Ruhr ballen sich industriearbeitende Volksmassen zusammen, eines gar nicht fernen Tages wird das Dreieck, das zwischen Köln, Duisburg und Dortmund sich breitet, eine einzige rußende und hämmernde Riesenfabrikstadt sein, zwischen Elbe und Saale bereitet sich eine ähnliche Entwicklung vor — im deutschen Osten aber fahren wir durch ungeheure menschenleere Räume, ohne Dörfer, von riesenhaften Gütern beherrscht, die selber größtenteils den Existenzbedingungen der Zeit nicht mehr gewachsen sind. Jene erschütternde Tragödie, die einen politischen Akt geldwirtschaftlich sabotierte, aus Steins Bauernbefreiung eine Bauernvertreibung machte, hat noch immer nicht ihren historischen Abschluß gefunden. Und doch handelt es sich nicht nur darum, Hunderttausenden von existenzlosen Volksgenossen das natürlichste Dasein, das bäuerliche, zu erschließen, sondern ebensosehr um die soziale Einheit des deutschen Volkstums, das den krassen Gegensatz zwischen Ost und West nicht auf die Dauer erträgt, ebensosehr um die Volkstumsfrage, ob das ostelbische Land deutsch bleiben kann. Der Nationalwert eines richtig verteilten Großbesitzes an Grund und Boden braucht nicht zu unterschätzt, die Gefahr eines verzweigten Ackerbaues ebenso wenig verkannt zu werden — daß der deutsche Osten bäuerlich besiedelt werden muß, daß ökonomische, soziale und nationale Situation dies erheischen, daran gibt es kaum noch Parteizweifel in Deutschland. Es fehlt eigentlich nur der Roon des Friedensministeriums, der die notwendige Tat entschlossen vollzieht; vorläufig siecht ihr Vollzug im Zank der Zuständigkeiten und der sie behütenden

Geheimräte dahin. Dies ist eine konkrete Wirtschaftsfrage, welche der Staat als solcher ganz und rasch lösen muß und nur in einem Sinne lösen darf, denn sie greift an seine Existenz.

Eine andere ist die Verquickung des Staates mit der Privatwirtschaft.

Der Staat handelt hier teilweise in Zwangslagen; es kann wichtig, ja lebensnotwendig für ihn sein, gewisse Betriebe, die ihm entgleiten, wenigstens nicht völlig aus der Hand zu lassen. So mag man die Lage bei der Reichsbahn ansehen. Aber die Neigung des Staates, Unternehmer zu werden, ist viel älter als diese Zwangslagen. Man erinnert sich der Kämpfe, die lange vor dem Kriege um den Versuch geführt wurden, die Mehrheit der Hibernia-Anteile an den preußischen Staat zu bringen, und Staatsforsten, Staatsbergwerke haben seit jeher für manchen Staat, der sie besaß, eine sehr wichtige Rolle in seiner Budgetierung gespielt. Eine grundsätzliche Verneinung solcher Staatsbesitztümer läßt sich nicht begründen. Jedoch darf dies nicht verkannt werden: alle Privatwirtschaft ist heute in ganz anderm Maße als noch vor einem halben Jahrhundert in heteronome Beziehungen verfilzt, in Bankkredit, Syndizierung, Kartellierung und Vertrustung, in Verbindlichkeiten über die Staatsgrenzen hinaus; die Wirtschaftsherzögtümer, von denen man im Taumel der Nachkriegslosungen damals soviel geredet hat und die viel eher als Wirtschaftsoligarchien zu bezeichnen wären, sind den katholischen Diözesen darin ähnlich, daß sie die politischen Grenzen häufig überschneiden. Hier können für den beteiligten Staat sehr gefährliche, wenigstens peinliche Konflikte in horizontaler Richtung entstehen. Ebenso bedenklich

aber bedrohen ihn „vertikale“: es gibt Konzerne, deren private Arbeitgeberschaft zu den sozialreaktionärsten, deren Arbeiterschaft zu den sozialrevolutionärsten der Welt gehört. Wenn hier soziale Wirren ausbrechen, welch mißliche Lage für einen Staat, der unter den Arbeitgebern figuriert — woneben gar nicht geleugnet werden soll, daß die Anwesenheit des Staates im Einzelfalle auch vorbeugende und dämpfende Wirkungen auf solche Konfliktslüsternheit ausüben mag. Endlich wird es nicht so selten sein, daß jene Verfilzungen der Privatwirtschaft von den Staatsorganen überhaupt nicht mehr überschaut werden können. Der Kaufmann von Stil trägt stets Pläne in sich, die er niemandem sagen kann; riskieren ist eine Lebensfunktion für ihn, und ab und zu muß er alles auf des Messers Schneide stellen. Der Staat verpflichtet sich dann auf Risiken, deren Ausfall nur auf das Vertrauen in einen unabhängigen Kopf und Charakter gestellt ist. Dies ist eine höchst unbehagliche Situation, und das Volk würde recht tun, wenn es die verantwortlichen Staatsmänner unter öffentliche Anklage stellte, falls eine solche Situation mit einem Versagen endet. Was hier angedeutet ist — und nur angedeutet werden kann — gilt übrigens für jede Form des „Gemeinwesens“, auch für die Kommune: der Drang, in möglichst vielfältiger Weise „Unternehmer“ zu spielen, ist gerade in diesen öffentlichen Körperschaften während des letzten Menschenalters recht unkritisch in Wirkung getreten und hätte sich sehr oft besser die Frage nach dem Notwendigen statt nach dem im Augenblick Gewinnverheißenden gestellt. Geschäfte haben auch ihre Ethik, aber sie kann nicht die Ethik der öffentlichen Verwaltung

sein: die Vermengung beider muß entweder zu schlechten Geschäften oder zu schlechter Verwaltung führen.

Zum dritten muß der deutsche Staat das Rechtsvertrauen seiner Bürger in ihren Wirtschaftsnöten zurückgewinnen.

Denn er hat es selbstverständlich verloren. Und er hat es zwar zu zwei Dritteln in Zwangslagen verloren — aber zu einem Drittel durch eigene Schuld, und es ist kein Wunder, daß die geschädigten Menschen auf dieses eine Drittel starren und die Tatsache der Zwangslagen ignorieren. Der deutsche Staat hat eine falsche, ja eine frivole Kriegsfinanzpolitik getrieben. Sie wurzelte in jener psychologischen Frivolität, die das Hauptkennzeichen des zweitwilhelminischen Zeitalters ist. In den ersten Augusttagen 1914 war von oben bis unten eine Ahnung davon, daß das Volk unermessliche Opfer an Blut und Gut für Sein oder Nichtsein bringen müsse. Im östlichen Siegeszugrausch des Jahres 1915 ward diese Ahnung, statt zum klaren Bewußtsein erhärtet zu werden, verflüchtigt. Das Dysangelium fand Ohren, daß Kriegführen für alle als ein gutes Geschäft sich rentieren werde. Die Kriegsanleihen wurden als die beste Anlage ausgebaut. Wir wissen noch, wie der ehrwürdige Name des Feldherrn mißbraucht worden ist, um ein Wirtschaftsprogramm zu taufen, das Unternehmer und Arbeiter schrankenlos verdienen ließ, ja hieß, und damit an der moralischen Verseuchung der immer gefährdeten Heimatfront entscheidend mitgewirkt hat. Daß wir eine abwegige Kriegsfinanzierung machten, war ein Fehler; wie wir sie plausibel machten, war ein Frevel. Auch ein Krieg ohne Niederlage — einer mit Sieg

lag nach dem Verfehlen des Marnecoups außerm Bereich des Möglichen — hätte im Frieden nichts von dem halten können, was er auf diese Weise suggeriert hatte. Die militärische und politische Katastrophe mußte die ökonomische nach sich ziehen. Alles mündelsichere Geld wertlos! Alle Gläubiger geprellt! Furchtbare Zwangslage eines Staates, der vordem als der zuverlässigste, sauberste, solideste gegolten hatte! Die Männer von 1923 auf 24 mußten so handeln, um Volk und Staat vom Abgrund zu reißen. Es gab nur einen Rettungsweg abermals über Leichenfelder materieller und auch physischer Existenzen. Die anständigste, vertrauenswürdigste und dem Staat gegenüber vertrauensseligste Schicht ward enteignet, ruiniert, in Nacktheit und Not gestoßen, damit das Ganze leben bleiben könne: es ist eine der grauenhaftesten Notwendigkeiten von Staatsräson gewesen, die je am Eingange einer Demokratie gestanden haben, eben nur den schrecklichsten Ausgeburten despotischer Laune oder Hilflosigkeit vergleichbar. Harte Männer, aus dem Holze der Hans Luther und Hjalmar Schacht geschnitzt, mußten sie vollziehen; jede weiche Regung konnte das Mißlingen der Rettung, das Ende bedeuten. Die psychologische Wirkung in Millionen von Seelen: die Vernichtung des Glaubens an den Staat — war weder zu verhindern, noch ist sie anders als in Jahrzehnten zu tilgen. Aber jeder Schritt muß nun auf diesem Wege vorwärts führen, keiner mehr zurück oder abseits. Unerbittlich hat der Staat gegen das Einreißen von Irrwahn einzuschreiten, die etwa den Ruinierten weismachen, in ein paar Jährchen könne durch Börsenspiel wieder eingebracht werden, was als Frucht früherer Menschenalter vernichtet worden ist. Und

wer beobachtet hat, wie erschreckend viele Kreise des einst soliden Mittelstandes diese Spekulationsgläubigkeit erfaßt hatte, dem wird der vielbesprochene „schwarze Freitag“, die Iden des Mai 1927, bei aller Zurückhaltung über seine sonstige finanzpolitische Wirkung, als eine harte, aber heilsame Zuchtrute erscheinen. Jedoch, so strafen darf nur, wer selber ein puritanisches Leben wirkt. Der Staat (und alles, was ihm staatswertig beigeordnet ist) muß dafür Sorge tragen, daß Sparen wieder einen soliden Sinn bekommt, daß es möglich ist, durch Leistung Wohlstand, wenn auch bescheidenen, zu begründen und daß nicht derjenige der klügste bleibt, der im sinnlichen Genuß der Stunde vertut, was er einnimmt. Dies sei eine Maxime aller Wirtschaftspolitik und Finanztechnik staatlicher Herkunft oder Förderung, von der auch nicht um Haaresbreite mehr abgewichen werden darf. Ohne ihre Verwirklichung bleibt die politische Prognose Deutschlands infaust, weil das Volk dann vom moralischen Marasmus bedroht ist.

Zum Vierten: es darf nicht geschehen, daß ganze Klassen der Bevölkerung dauernd unter die Daseinsnotdurft (das „Existenzminimum“) herabgedrückt werden. Denn dies kann vom heutigen Staate weder sittlich überhaupt, noch faktisch ohne Existenzgefahr auf die Dauer ertragen werden.

Die Existenzminimalität findet gegenwärtig ihren breitesten Ausdruck im Notstand der Arbeitslosen, nicht (wie früher sooft) im Notstand von Arbeitenden. Zwar ist auch Arbeit noch immer nicht durchgängig so weit, vor Not zu schützen, insbesondere bei zahlreicher Familie, doch läßt sich nicht leugnen, daß es in dieser Hinsicht heute viel besser steht als etwa vor fünfzig Jahren. Die Einsicht, daß recht-

schaffene Arbeit ihren Mann und die Seinen mindestens ernähren müsse, hat sich grundsätzlich allen mitgeteilt, wenn auch praktisch noch nicht für alle und von seiten aller verwirklicht. Ihre Kehrseite sozusagen ist der Grundsatz, daß damit ein Naturrecht auf Arbeit gegeben sei und der Staat den Rechtsschutz dafür auf sich nehme: wer keine Arbeit finden kann, muß von der Öffentlichkeit über Wasser gehalten, mit des Lebens Notdurft versehen werden. Die Arbeitslosenfrage befaßt heute alle Staaten des Altabendlandes, sie ist in England am drückendsten, im dünnbevölkerten Frankreich wohl am unbeträchtlichsten, die Schweiz leidet empfindlich unter ihr, auch Deutschland ist ihrer noch nicht Herr geworden. Der erzwungene subventionierte Müßiggang Hunderttausender stellt ein moralisch äußerst gefährliches Phänomen im Volkskörper dar, an dessen Ausheilung alle Kraft zu setzen ist. Leider betrachten und behandeln die Staaten dies Phänomen ganz antiquiert volkswirtschaftlich, anstatt zeitgemäß weltwirtschaftlich; sie ernähren die eigenen Arbeitslosen und halten sich die fremdvölkischen vom Leibe. Wahrscheinlich ist die Krankheit mit dieser Lokalkur überhaupt nicht heilbar; alle müßten miteinander überlegen, wo und wie Arbeit für die wirklich Arbeitslosen in der Welt zu beschaffen wäre, hic Rhodus für eine wahrhafte Initiative des Genfer Internationalen Arbeitsamtes, die noch dringlicher wäre als seine vorzüglichen Riesenenqueten. Die demoralisierende Metamorphose, die der heutige Zustand nämlich mit sich bringt, ist die Umwandlung des Rechtes auf Arbeit in ein Recht auf Arbeitslosigkeit — bei jugendlichen, verwilderten, aus immer dürftiger Gewöhnung herkommenden Existenzen eine große

Gefahr. Arbeitslosigkeit darf keine epochale Massenerscheinung sein, müßte ein episodisches Unglück einzelner bedeuten. Alle Fibern der Staatsmacht sind anzuspannen, um die Arbeitslosigkeit auf diesen Rest zu reduzieren. Das schließt allerdings auch die unerbittliche Arbeitsforderung des Staates ein: wer Arbeit verweigert, auch wenn es eine Zeitlang nicht „seine“ gelernte oder gewohnte Arbeit sein kann, muß von jedem Anrecht auf Unterstützung ausgeschlossen, jeder Sabotageversuch bei aufgenötigter Arbeit müßte drakonisch geahndet werden. „Menschenrechte“ darf man nicht im Munde führen; glaubt man an sie, legitimiert man sie praktisch (und das einst zwischen Bismarck und Windthorst in einer berühmten Unterhaltung umstrittene „Recht auf Arbeit“ ist durch die organisierte öffentliche Arbeitslosenversorgung praktisch bejaht), so sind sie mit aller Autorität der Staatsmacht zu schirmen, auch in ihren Konsequenzen: denn das Recht auf Arbeit schließt eine Pflicht zur Arbeit ein, sobald Arbeitsgelegenheit sich bietet. Den höfischen und aristokratischen Herrschaftsformen hat man oft den Vorwurf gemacht, daß sie „oben“ eine Schicht züchteten, die arbeitsscheu, parasitär sei; es wäre ein wahres Verhängnis, wenn die demokratischen Gemeinwesen den Anschein erregten, als brächten sie notwendig „unten“ eine viel breitere Schicht hervor, von der dasselbe Geltung habe.

Und fünftens: der Staat hat darauf zu achten, daß nirgends mehr eine ökonomische Kaste sich bilde; die wirtschaftliche Möglichkeit des Aufstiegs wahrhaft Tüchtiger muß er für jede Volksschicht offenhalten.

Das bedeutet praktisch zweierlei. Der Staat darf

an keiner einzigen Stelle Reichtum, überhaupt Vermögen, zur Voraussetzung einer Staatsfunktion machen. Er hat auch die höchsten seiner Würdenträger so zu besolden, daß sie mit ihrem Gehalt würdetragend leben können — und darf an diesem Punkte kurzsichtigen Neidgroll der unteren Schichten nicht scheuen: die Herabdrückung des Lebensniveaus der hohen Staatsbeamtenschaft, wie sie sich leider vollzogen hat, ist eine der gefährlichsten Torheiten unserer jugendlichen Demokratie gewesen, die dringend ihrer Korrektur harrt. Denn auf die Dauer muß ein so kurzsichtiges System zur Verarmung der hohen Beamtenschaft an wahrhaft bedeutenden Köpfen — oder zu Korruption ihrer Charaktere — zum Beutesystem führen. Auch die diplomatischen Vertretungen sind so auszustatten, daß kein Vermögen notwendig ist, um sie zu versehen. Der gesellschaftliche Luxus in der Diplomatie ist völlig abgelebt, und eines Reiches wie des deutschen wäre es nur würdig, darauf zu halten, daß seine Auslandsrepräsentanten schlicht, aber mit desto größerer Fähigkeit ihres Amtes walten; es ist ja gar nicht wahr, sondern eine überlebte Illusion, daß heute noch wirkliche Politik bei Champagner und in Ballsälen gemacht werde; höfische Politik wurde so gemacht und konnte manchmal nicht anders gemacht werden; die großen Demokratien sollten sich von derartigem Überlebenis resolut befreien — leider hat das proletarische Rußland seinen Veranstaltungen eine besonders üppige Note gegeben. Und dies alles schließt, als Forderung betrachtet, nun auch schon ein, daß der Staat solche Persönlichkeiten positiv fördere, die, mit ungewöhnlicher Begabung ausgerüstet, dennoch in wirtschaftlich so kümmerlicher Lage zur Welt kom-

men, daß ihr Notstand ihnen den Aufstieg unmöglich macht oder aufs äußerste erschwert, ihre besten Kräfte vielleicht in der Überwindung dieses Notstandes aufzehrt. Hierzu ist aber ein sehr ernstes Wort zu sagen:

Es geht wirklich nur um die ungewöhnlich Tüchtigen. Heute jedoch wirtschaften wir schon ganz gedanken- und verantwortungslos mit einem System nicht der naturgemäßen Förderung Hochbegabter, sondern der gewaltsamen Beförderung Mittelmäßiger. Ein Strom von pauperistischen Mediokritäten wird hinaufgepumpt in die oberen Stockwerke des Gesellschaftsganzen, wo sein sinnloses Überfluten nichts anderes bewirken kann als den Schwamm im Hause. Es ist das ganze, höchst verwickelte und leider auch höchst verworrene Problem der Auslese für die höchsten Formen der Bildung, das hier aufsteigt. Ich habe es in meiner „Wesensgestalt der deutschen Schule“ erschöpfend analysiert und mich dort allerdings, in den Abschnitten über „Aristopädie“ und „Die Geistigen“, zur Härte in der Auslese bekannt, wenn ich sagte: „ohne die ganze Unerbittlichkeit der geistigen Exklusivität kann unser höheres Schulwesen seiner Wesensgestalt überhaupt nicht wiedergegeben werden“. Gerade eine Demokratie muß darüber wachen, daß jeder an seinen Platz gelangt; in ihr wird ja auch der bescheidene Posten geachtet, jede ehrliche Arbeit und Leistung trägt ihren Wert in sich, und dieser Wert wird geradezu bedroht, wenn Arbeit und Leistung gewaltsam dorthin verschoben werden, wo sie sich mangels geeigneter Fähigkeit unmöglich entfalten können. Auch ein Grobschmied kann eine Provinz verwalten, dann war er zu Unrecht ein Grobschmied; nur folgt daraus nicht,

jeder Grobschmied könne eine Provinz verwalten. Wir müssen von der maßlosen äußerlichen Überschätzung bestimmter Schulgänge und Schulzeugnisse wieder zurückkommen; die Nation bedarf der praktischen Menschen so sehr wie der geistigen, nur sollte man nicht die praktischen krampfhaft als geistige auftakeln wollen. Keiner darf dazu helfen, und keine verantwortliche Instanz, die Eltern sowenig wie der Lehrer, die Caritas sowenig wie der Staat. Es muß der Mut vorhanden sein zu sagen: wir hatten dir ein Stipendium bewilligt, damit du das Gymnasium durchlaufen kannst; nun, in Untersekunda, zeigt sich evident, daß dir dazu die Gaben fehlen; fürs Gymnasium geben wir dir keinen Pfennig mehr; aber du wirst als ein anstelliger, findiger, praktischer Bursche charakterisiert, dem nur alles Gelehrsame fernliegt; gut, für den Besuch einer höheren Handelsschule, einer technischen Mittelschule oder was es sein mag, sollst du unsere Unterstützung behalten, wenn's not tut, eine vergrößerte! So allein kann Begabungs- und Förderungswirtschaft, so aber muß sie von uns getrieben werden. Es gehört nicht hierher, zu erörtern, wie weit psycho-technische Apparaturen für solche Unterscheidungen nützlich oder nötig sein mögen — im großen ganzen ist es wichtiger, den unmittelbaren „Blick“ für derlei Verschiedenheiten offenzuhalten, eine Fähigkeit, in deren Schulung wir noch immer hinter Franzosen und Altengländern, von Amerikanern gar nicht zu reden, erheblich zurück sind. Für eine wirkliche Planwirtschaft des Nationalvermögens an Fähigkeiten muß unser Staat, unmittelbar und durch Einflußnahme auf die Gemeinden und auf die Wirtschaft, viel bedeutendere Mittel flüssig machen, als dies bisher ge-

schehen ist, aber freilich, für eine planlose Armeninflation der höheren Bildungsanstalten darf er keinen kleinen Finger reichen. Es rentiert sich, dem Tüchtigen, aber Mittellosen, die Bahn freimachen zu helfen; aber ebenso gewiß ist es eine sträfliche Kontoüberziehung an den geistigen und sittlichen Volksschätzen, die Halbtüchtigen und Untüchtigen auf eine freie Bahn zu locken, auf der es für sie kein wirkliches Ziel gibt. Ich betone sehr, daß hierbei auch die sittlichen Volksschätze gefährdet werden, nicht nur die geistigen: die Menschen mit jenem Bildungsbruch, den eine unangemessene, überschraubte Schulart zufügt, ermangeln auch der sittlichen Geschlossenheit des Wesens, wie jede Aufgeblätheit äußerlichen Besitztums oder Ehrgeizes, der keine innere Kraft entspricht.

44

Ich vermag außer diesen fünf Einzelfragen keine anderen zu sehen, in denen der deutsche Staat von heute und morgen eine bestimmte Stellung zu Wirtschaftsdingen, eine grundsätzliche, einzunehmen hätte. Alles andere hängt am Fingerspitzengefühl für die reale Lage der Stunde. Wirklich, alles andere? Sind wir denn die Antwort auf die Frage nicht noch immer schuldig, wie der Staat sich zu der großen Problematik des Wirtschaftssinnes zu stellen habe?

Freilich. Und hier liegen Aufgaben, die nicht lösbar sind ohne die Erkenntnis der innersten Antriebe in den Menschenseelen. Das aber bedeutet, daß der Staat am allerwenigsten durch gesetzgeberische oder verordnende Vielgeschäftigkeit diese Aufgaben lösen wird; vielmehr sind ihm gegenüber seine verantwortlichen Lenker in die echt staatsmännische

Verpflichtung eingesetzt, den inneren Gang der Dinge aufs sorgfältigste zu beobachten, in der Tätigkeit äußerlicher Maßnahmen jedoch die größte Sparsamkeit und die zarteste Dosierung walten zu lassen. Es ist gar keine Zeit für Staatskapitalismus oder Staatssozialismus. Auch nicht für Staatssozialismus! Denn seien wir uns darüber klar: unser, in seiner Art monumentaler Staatssozialismus hat uns auf die Länge von der Zielrichtung der europäischen Wirtschaftsbesinnung abgelenkt und ist heute, gegenüber dem deutschen Staat, wie er ist, und gegenüber der deutschen Wirtschaftslage, wie sie ist, ja gegenüber der geistigen Weltwirtschaftslage, einfach ein Anachronismus. Ich bin sehr befriedigt, daß ein der Arbeiterschaft entsprossener Demokratenführer, Anton Erkelenz, dies jüngst ganz rücksichtslos ausgesprochen und begründet hat. Die Bismarcksche Rechnung bei der Inszenierung der Versicherungsgesetzgebung hat getrogen — lesen wir heute in den Reden des großen Reichsschöpfers seine Argumente, so muten sie uns fast kindlich an. Bismarck war etwa um 1877 von seiner schöpferischen Erschöpfung (aus der Reichsgründung; jeder wirkliche Genius macht solche Erschöpfungszeiten durch) soweit genesen, daß er daran gehen konnte, diesem Reich eine innere Form einzuprägen. Er wollte es zum sozialkonservativen Nationalstaatschmieden. Ersah vor sich wachsende Massen einer revolutionär und international sich gebärdenden Arbeiterschaft; er traute sich zu, sie in konservative und nationale Massen zu verwandeln. Eine starke Konzeption, wie sie nur der große Staatsmann wagt! Aber die Exekution zeigte nicht dieselbe Genialität in der Erfassung jedes Umstan-

des, der Bismarck bei der Schöpfung des Reiches auf Schritt und Tritt treu geblieben war. Er wollte nunmehr die Proletarier zu Rentnern machen. Parallelen zu Lassalles Projekten, des von ihm stark Bewunderten, lagen ihm im Sinne — dessen Produktivassoziation hatte den Arbeiter zum kleinen Fabrikmitbesitzer befestigen wollen, und Bismarck sah nicht, daß es psychologisch himmelweit davon verschieden war, diesen Arbeiter als Staatsrentenbezieher zu installieren, ihn gegen die Wechselfälle des leiblichen Daseins, Krankheit, Unfall, Invalidität, Greisenalter, zu versichern. Das Versicherungswerk an sich war damals nötig, es gab diesem noch im Schlamme des Elendes siechenden Proletariat des jüngsten Industriestaates die ersten Handhaben, um aus der stündlich bedrohten Notdurftsexistenz auf festen Boden zu kommen, und was die Deutschen mit ihrer Beamten-tugend etwa aus der Kranken- und Invalidenversicherung entwickelt, welche unermüdliche Förderung der Volksgesundheit, welche planvolle Sanierung des Nationalvermögens an physischer Kraft sie daraus entfaltet haben, ist über alle Begriffe großartig und nötigt uns, einseitigen Schmerz über harte Zerstörungen, wie diejenige der ärztlichen Berufsfreiheit, gerecht zu bemeistern: es gibt eben in der geschichtlichen Schöpfung keine neuen Werte, deren Besitz nicht durch Preisgabe alter erkaufte werden müßte. Aber die Aushöhlung des persönlichen Vertrauensverhältnisses zwischen Arzt und Kranken zugunsten kassenärztlicher Schematisierung, Vielschreiberei und Massenabfertigung ist selber nur eine nach außen fallende Projektion verhängnisvoller Folgerscheinungen, welche diese Art Sozialpolitik im

Arbeiterstande zeitigen mußte. Die staatliche Zwangsversicherung, eingeleitet, um dem Sozialismus den Boden zu entziehen, züchtete die unerfreulichsten sozialistischen Gedankenverwirrungen: die Auffassung, daß der „Staat“, dieses rätselhafte Etwas, für jeden seiner Bürger zu sorgen habe und Sorge; in den freien Beruf des industriellen Arbeiters fand damit das Beamtendenken Eingang — der Beamtenanspruch an den Staat ohne die entsprechende Beamtentugend für den Staat. Die Zwangsversicherung gegen die physischen Wechselfälle des Daseins, im Laufe von dreißig Jahren immer kritikloser auf immer breitere Schichten ausgedehnt, hat den Volksmassen körperlich großen Nutzen gebracht, hat sie aber seelisch unerhört stupidisiert und mechanisiert, und sie trägt gewiß eine Mitschuld daran, daß die deutsche „Revolution“ von 1918 im Lager der sozialistischen Arbeiter so völlig im kleinlichsten Anstellungs- und Sicherungstreben erstickt ist. Es war psychologisch die abwegigste Ergänzung, die man der proletarischen Seele geben konnte: all ihren Abhängigkeiten — vom Markte, vom Arbeitgeber, von der Fabrikordnung, vom Kinderunsegen, von der Maschine — fügte man eine neue hinzu; nun empfing der Lohnarbeiter auch noch vom Staate herablassende Fürsorge, wie vom Fabrikanten Arbeit und Lohn! An die Stelle des französischen Kleinrentners, dessen Rente ja nicht Fürsorgerente, sondern Kapitalrente ist, der ein Gläubiger des Staates, nicht sein Schuldner, sein Nährvater, nicht sein Kostgänger ist, trat etwas ganz Entgegengesetztes, das Bismarck unbegreiflicherweise für etwas Ähnliches gehalten hatte — und dieser selbst Bismarck hatte an sein Danaergeschenk auch noch die Erwartung braver Gesinnung geknüpft!

Eine Staatskunst, die auf Wesen und Wirkung achtete, hätte schon seit der Jahrhundertwende den Umbau des Versicherungswerkes aus Staatshilfe in Selbsthilfe vornehmen müssen. Statt dessen begriff man als „Umbau“ eine rein geheimrätliche Kodifikationsleistung, wie sie, unter Verschärfung der ursprünglichen Fehlgrundsätze, in der Reichsversicherungsordnung von 1911 vorlag. Heute bedeutet dieser Umbau einfach ein Postulat der Demokratie. Staatsfürsorge für einen so großen Teil der Staatsbürger, wie sie in der deutschen Reichsversicherung geübt wird, ist mit einem patriarchalischen Landesvaterstaat verträglich, der die Bevormundung, aber auch die Versorgung der Untertanen für seine beste Sicherung hält, nicht aber mit einem Selfgovernment-Commonwealth. Die Staatsgewalt, die Herrschaft über den Staat, kann nicht bei einem Volke liegen, dessen größte Masse in allen Wechselfällen des Lebens sich unmündig und hilflos an die Staatschürze hängt. In der Schweiz geht des Abstimmungsrechts verlustig, wer Empfänger öffentlicher Unterstützungen ist. Das ist eine großartige Einsicht in die letzten Triebfedern, von denen eine Demokratie bewegt wird. Denn Demokratie ist die Krönung aller Selbsthilfe auf Erden; sie ist Selbsthilfe in der schwierigsten irdischen Aufgabe, die es gibt, in der Staatskunst, sie setzt ein aufs höchste gesteigertes Selbstvertrauen der Volksmasse zu sich selber voraus, und damit ist sie unverträglich mit Einrichtungen, die dieses Selbstvertrauen aushöhlen und Staatsvertrauen im Sinne des stumpfen, vorsorgelosen Sich-Verlassens auf den Staat und seine Hilfe in die Gemüter pflanzen. Das Fürsorgeamt des demokratischen Staates kann nur bedeuten, daß der

Staat dort eingreift, wo alle Möglichkeiten der Selbsthilfe ausgeschöpft oder gegenstandslos sind. Die politische Selbsthilfe, welche die Demokratie vorstellt, kann ja auf die Dauer nur funktionieren, wenn sie in der größten Breite von der Selbsthilfe auf allen Gebieten unterbaut ist, an der sie selber sich schult. Man wähne doch nicht, daß Menschen sich politisch zu regieren vermögen, die sich in ihrem eigenen Leben weder gesundheitlich, noch wirtschaftlich, noch beruflich, noch moralisch selber regieren. Und der Freiherr v. Stein war schon ein wirklicher Volksstaatsmann, wenn er seinen Volkstumsstaat aus der Selbstverwaltung im Kleinsten allmählich hinauf bis zur Selbstregierung im Größten entwickeln wollte.

Vollends absurd wird die sozialpolitische Staatshilfe im Angesicht der Forderungen, die dem Arbeiter auch die Mitregierung der Fabrik überantworten wollen. Ich will mich hier ganz unumwunden zu einem sehr weitreichenden Glauben an die „Fabrikkonstitution“ im Sinne eines starken Anteils der Arbeiterschaft an der Selbstverwaltung eines wirtschaftlichen Unternehmens bekennen. Denn davon bin ich freilich überzeugt, daß eine moderne Demokratie nicht den Staat von den Arbeitern, die Fabrik aber vom Fabrikanten regieren lassen kann, so wenig wie den Kreis vom Landrat, die Gemeinde vom Oberbürgermeister, die Schule vom Direktor — noch die Familie vom Vater. Alles hängt zusammen; alles muß zusammenhängen, wenn wir Demokratie aus einem politischen Formale zu einer Volkskultur und damit auch erst zu einem politischen Reale entwickeln wollen! Als politische Wirklichkeit aber ist Demokratie viel mehr und ganz anderes als ihre „Ein-

richtungen“, die nur ihren kleinsten, gleichsam starr gewordenen und damit oft schon erkalteten Anteil darstellen — ist sie ein Fluidum, das alles Volksleben durchströmt, oder wenn man will, eine Atmosphäre, die jeder in jedem Augenblick atmet, durch deren Spannung und Temperatur, Struktur und Ladung, Reinheit und Leitfähigkeit unser aller Wohlbefinden und Leistung wesentlich mitbestimmt wird. Gewiß, schon Immanuel Kant hat bemerkt, daß oftmals Einrichtungen erst einmal geschaffen werden müssen, damit die Atmosphäre entstehen könne, er sah, daß die Freiheit früher eingesetzt sein will, ehe die Menschen zu ihr reif werden. Wieviel demokratisches Leben nun zur Institution, zur Satzung erstarrt, das hängt von tausend Umständen ab, die sich niemals rational überschauen lassen. Das mag auf jedem Lebensgebiete anders sein, und auch die Formen, die dem Staate angemessen sind, lassen sich nicht mechanisch auf Gemeinde, Fabrik, Schule und Familie überpflanzen. Dem stehen biologische, ökonomische, soziologische Tatbestände entgegen, an denen jene Formen zerbrechen müßten. Kinder können sich nicht ihre Eltern periodisch neu wählen, das Parliamentspielen auf dem Dorfe hat sich stets als Unfug erwiesen, ein Lehrplan ist nicht nach dem Votum wechselnder Klassenmehrheiten zu gestalten, und wer mit Ersparnissen aus persönlicher Leistung eine neue Produktionsstätte gründet, dessen Privatrecht über das, was dort geschieht, begrenzt sich zwar durch die simple Tatsache, daß er andere Menschen braucht, um diese Produktionsstätte produktiv zu machen (Buchhalter, Arbeiter, Aufseher, Meister, Ingenieure, Prokuristen), und daß diese anderen unmöglich seiner privatwirtschaftlichen Will-

kür ausgeliefert sein können (denn auch er nimmt ja den Schutz des Staates für seine Gründung in Anspruch), aber sein schöpferischer Vorrang kann ebenso unmöglich einfach um der mechanischen Gleichheit aller willen entrechtet werden. Fabrikdemokratie kann nicht heißen, daß die Fabrikarbeiter mit Stimmenmehrheit periodisch beschließen, was der Fabrikant auszuführen, welche Aufträge er anzunehmen, wo er einzukaufen und abzusetzen, was er zu fabrizieren, wann er zu bauen oder Betriebseinschränkungen vorzunehmen hat. Für das, worum es sich positiv handelt, reicht eben das Wort „Demokratie“ — überhaupt eine oft unzulängliche und fragwürdige Bezeichnung für eine vortreffliche Sache — gar nicht aus. Es handelt sich um das psychologische Etwas: den Mitmenschen, auch den kleinsten, als einen Mitarbeiter, als ein Glied der eigenen Schöpfung, als einen Träger von Menschenwürde zu respektieren, nicht bloß im Prinzip, sondern praktisch, und das heißt auch nicht bloß im Handeln, sondern auch im Benehmen. Gerade am rechten Benehmen fehlt es sooft! Und gibt es nicht den vielsagenden Ausdruck: „sich mit jemandem ins Benehmen setzen“ — der gleichsam das gemeinsame Handeln mit ihm und das rechte Benehmen zu ihm einschließt? Der Vater sollte mit seinen Kindern sich ins Benehmen setzen, wo es deren Beruf, Ehe, wo es Kollisionen und Konflikte gilt, er ist kein Despot mehr wie einst, der bestimmen kann, was zu geschehen habe; der Direktor mit den Lehrern, der Lehrer mit seiner Klasse; der Fabrikant oder Generaldirektor mit seinen Leuten. Die Formen, gar die zu Satzung gewordenen Formen solchen „Benehmens“ können sehr verschiedenartig sein.

Niemand wird meinen, daß z. B. für die Fabrik das Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920 schon der Weisheit letzter Schluß sei. Ob durch Gewinnbeteiligung der Arbeiter, Kleinaktie und ähnliches die demokratische Atmosphäre hergestellt, verbessert, ideal wird, ist völlig umstritten. Gewiß ist wiederum nur das Psychologische: diese ganze Atmosphäre setzt bestimmte Eigenschaften aller Beteiligten voraus, ohne die sie unmöglich ist. Wer als Besitzer sich auf den Irrtum versteift, nur mit despotischen Methoden sei Schöpferisches zu leisten, dem geht eine der wesentlichen Eigenschaften und Einsichten ab. Denn es ist ein Irrtum: weitaus das meiste, was in der Kunst und Politik schöpferisch geleistet worden ist, hat von „Beauftragten“ eigensinnigen Fürsten oder Adelscliquen Schritt für Schritt abgerungen werden müssen; Bismarck kämpfte mit seinem Könige bis zu Weinkrämpfen und völliger Erschöpfung; was von Napoleons I. Werk geblieben ist, stammt fast alles aus der Zeit, da er noch lavierte, verhandeln, Rücksichten nehmen, Rechenschaft geben mußte, dem „Cäsaren“, dessen *Sic volo, sic jubeo* keine Schranke mehr fand, ist nur noch Episodisches, rasch Zerbrochenes gelungen. An Einwand und Widerspruch, an Widerstand und Weigerung wächst der wahrhaft zum Führen Geborene erst zur vollen Höhe und in die ganze Weite seines Könnens. Die Erziehung zu dieser Erkenntnis wird eine der wichtigsten Voraussetzungen einer demokratischen Atmosphäre in Deutschland sein. Aber: ins fruchtbare Benehmen kann sich einer freilich nur mit Menschen setzen, die Selbstverantwortung tragen; mit Freien, nicht mit Knechten. Wie es der Fehler unserer Armee und der

Bureaukratie war, daß sie die blinde Unterordnungspflicht, die ihren Sinn in bestimmten Lagen hat, auf die gesamte Atmosphäre des militärischen und amtlichen Berufslebens, ja bis ins Privatleben des Militärs und Beamten ausdehnten und damit den spezifischen Wertgehalt dieser Pflicht verwässerten, aus der erhabenen Pflicht eine stupide Dressur machten; wie selbst in diesen, notwendig in sehr weitgehendem Maße auf Disziplin gestellten Tätigkeitssphären der Mann sein Rückgrat ungebrochen muß bewahren können; wie der rechte Offizier es nie verschmäht hat, im rechten Augenblick sich mit seinen Untergebenen ins Benehmen zu setzen, und es sich dann erwies, ob sie genug Freiheit besaßen, um sich in einer solchen Lage wirklich zu benehmen: so kann man auch keine irgendwie geartete, echte Fabrikdemokratie mit Arbeitern herstellen, die durch eine falsche Sozialpolitik den Menschenstolz auf eigene Daseinsgestaltung eingebüßt haben, denen Initiative und Wagemut, Verantwortung vor und für sich selber, Vertrauen in die Selbsthilfe abhanden gekommen ist.

Ein demokratischer Staat kann kein „Fürsorgestaat“ sein, so wenig wie er ein Bevormundungsstaat sein kann. Fürsorge kann er immer nur gleichsam staatskaritativ, am Einzelfall des Notstandes treiben, gleichgültig ob es gilt, Hochwasserheimgesuchten oder Feuersbrunstgeschädigten rasche Hilfe zu bringen, Erblindeten Arbeit zu beschaffen, arme Talente zu entdecken und zu fördern. Ich finde, diese Fürsorgemission, seine einzig eigentliche, versieht unser Staat noch immer sehr unzureichend: zu lückenhaft und meist zu zögernd, zu langsam, über amtliche Zwirnsfäden stolpernd. Aber für ganze Volksschich-

ten dauernd Fürsorge treiben, das heißt, den Notstand ganzer Volksschichten von Staats wegen legitimieren, und das ist eine moralische Bankrott-erklärung des Staates. Ein Volk, dessen breite Massen als Ganzes und auf die Dauer in Not sind, ist schwer krank. Vielleicht kann es nicht anders sein, als daß breite Massen in Dürftigkeit, in kleinen Verhältnissen leben, jeden Heller umdrehen müssen, ehe sie ihn ausgeben, und nur seltene Feste feiern dürfen. So hat das Kleinbürgertum durch Jahrhunderte gelebt und dabei immer für die Wechselfälle dieses Lebens gesorgt. Persönlich damals; oft sehr unzureichend, so daß die Karitas mehr als gut einspringen mußte, was nicht immer ohne Demütigung und Beschämung vor sich ging. Seither hat die Technik der Lebensvorsorge sich gewaltig entwickelt; in genossenschaftlichen Selbsthilfeeinrichtungen hat sie Dinge geschaffen, die psychologisch doppelt wertvoll sind, weil sie außer dem Bewußtsein der Vorsorge noch das der Gemeinsamkeit und die Tugenden der Selbstverwaltung fördern. Zu diesen Tugenden muß das Volk zurückgeführt werden! Wollte man es in ein Schlagwort fassen, so möchte man sagen: der deutsche Staat muß die bürokratische Reichsversicherung von sich abschütteln; er muß sie überleiten in eine genossenschaftliche, der gegenüber der Staat lediglich Aufsichtsfunktionen behält, die er sehr wachsam ausüben möge, damit nirgends der kleine Mann um seine Einzahlungen betrogen werde. Es ist das hohe, historische Verdienst der deutschen Ärzteschaftsführer, daß sie der Gefahr einer stupiden Veramtung des isolierten Versicherungsarztes die großartigen genossenschaftlichen Organisationen der freiwählbaren Ärzte gegenüber-

stellten — das Experiment hätte noch krisenloser sich entfaltet, wenn man rechtzeitig meinen Warnungen Gehör geschenkt und die Notwendigkeit einer Abdeichung uferlosen Zustroms zum Arztberuf als Voraussetzung des Gedeihens jener genossenschaftlichen Lebensformen anerkannt hätte. Wir haben hier nicht die technische Organisationsänderung zu entwerfen, die dazu nötig wäre, das deutsche soziale Versicherungswesen in eine grandiose genossenschaftliche Selbsthilfeorganisation umzuformen. Diese Organisation jedenfalls ist lebensnotwendig. Unsere Sozialpolitik jedoch als pure Lohnpolitik zu beurteilen, sich der Utopie zu verschreiben, in diesem ökonomisch zerrütteten und versklavten, von Arbeitslosen wimmelnden und in die Dawesfron geschmiedeten Deutschland sei es möglich, den Lohnarbeiter wie im üppig prosperierenden Amerika so hoch zu bezahlen, daß er keinerlei Existenzsorgen mehr habe und (wie ein Beobachter der Vereinigten Staaten es formuliert hat) „die soziale Frage sich durch allgemeinen Wohlstand löse“ — geht nicht an, heißt sich dem Verantwortungsbewußtsein billig entziehen. Vorsorge in größtem Maßstabe ist unentbehrlich; doch soll der Sorgende auf seinen eigenen Füßen dabei stehen bleiben, und das ist allerdings ein Postulat heutiger Fabrikpolitik: der Lohn muß so beschaffen sein, daß er dem Empfänger die Abtrennung einer Vorsorgerate ermöglicht. Es wird vielleicht immer, gewiß in Deutschland auf Jahrzehnte hinaus, viele Millionen geben, die nur das Existenzminimum einnehmen, aber zu diesem Minimum rechne man endlich die bescheidene Möglichkeit, die Existenz vor den ärgsten künftigen Bedrohungen zu sichern.

Auf Entstaatlichung also läuft sozialpolitisch ein wesentlicher Teil der Staatsaufgabe hinaus; und damit auf viel stärkere Aktivierung der Arbeiterpersönlichkeit, ihrer Verantwortlichkeit für sich selber, ihrer Herrschaft über das eigene Leben. Wir nannten früher den Bauern den eigentlichen, wesentlichen Träger aller Demokratie, weil eben nur der einen Staat beherrschen kann, der die Herrschaft über das eigene Leben errungen hat. Es kommt viel darauf an, daß in diesem Sinne der Arbeiter sich entwickle. Es wird sogar für das Maß von Sozialismus, das in der Realität des Lebens einmal als Wirtschaftsordnung sich verwirklichen mag, die Voraussetzung sein, denn daß Sozialisieren nicht Fiskalisieren, nicht Verstaatlichen heißen kann, sehen nun, nach den Wirrenjahren bei uns und gegenüber dem russischen Experiment wohl alle Vollsinnigen ein. Der Sozialismus hat einen Wirklichkeitssinn nur als genossenschaftliche Gesellschaftsverfassung insonderheit für die ökonomische Produktion, Verteilung und Konsumtion. Und in diesem Wirklichkeitssinne hat der Staat echten Sozialismus zu treiben, um den Staatssozialismus zu überwinden, der vielleicht eine historisch notwendige Durchgangsstufe war, aber über den hinaus der Durchgang vollzogen werden muß.

Die deutschen Sozialdemokraten haben sinnbildlich das Wort „Genosse“ als Anrede unter sich eingesetzt. Wußten sie, was sie taten, wenn sie diese Sitte einführten, wissen sie, was sie tun, wenn sie diese Sitte pflegen? Genosse sein, heißt, aus freiem Entschluß und aus eigener Verantwortung sich mit Gleichgesinnten zu einer Gemeinschaft verbinden. Die Genossenschaft ist recht eigentlich die Gemeinschaft der Freien und bedeutet, in ihrer

Auswirkung, wohl einen Dienst am Gemeinschaftsbewußtsein, aber ebenso sehr einen Dienst am Persönlichkeitsbewußtsein. In der genossenschaftlichen Bewältigung neuer Lebensformen und Lebensnöte liegt der Schlüssel zu der Zukunft, in der auch die moderne Arbeit wieder sinnvoll und sittlich mit dem ganzen Dasein verknüpft sein wird. Wenn die deutsche Sozialpolitik sich auf diese Linie hinfindet, dann wird ihrem Nutzen für Volk und Staat ein günstiges Prognostikon zu stellen sein. Wie ihr wichtigster Teil heute noch ist: ein riesenhafter Apparat, der dem mit Sozialpolitik Bedachten alle eigene Verantwortung und Tatkraft tunlichst abnimmt, tunlichst erspart und damit tunlichst verwehrt — muß sie als ein bedrohlicher Zustand am öffentlichen Organismus bewertet werden, der die Seele des Volkes untauglich macht für die richtig verstandenen Aufgaben einer echten Demokratie, mit soviel Geschick und Erfolg er auch dem Körper dieses Volkes dient. Hier klappt in der deutschen Sozialpolitik von Anbeginn ein tragischer Zwiespalt, der endlich geschlossen werden muß; es ist im Grunde der Zwiespalt zwischen Bevormundung und Selbstbestimmung, der Zwiespalt jener deutschen Übergangszeit, in welcher das sozialpolitische Werk geschaffen worden ist: da die geeinigte, aber nicht durch eigene Kraft und Tat geeinigte Nation zu ungeheuren Leistungen sich aufreckte, ein Weltvolk zu werden schien, und doch aus den Verstrickungen nicht herausfand, die sie in alter Vormundchaftsgewohnheit, in Kirchturmslebensformen gefangen hielten.

Die politische Vormundschaft ist beseitigt. Nun wird es Zeit, daß das Volk sich auch zur sozialen Selbstbestimmung und Selbstverantwortung ermähne.

Nur mit dieser Ermannung, nur mit diesem Emanzipationskampf des vierten Standes von seinen eigenen Schwächen aus bitterster Notzeit, kann auch die neue Gesellschaftsordnung Gestalt gewinnen, ohne welche die deutsche Demokratie eine papierene Satzung bleiben und jener demokratischen Lebensluft entbehren müßte, die das Wesen eines echten Volksstaates ausmacht.

Keine noch so vollkommene politische Demokratie vermag eine Gesellschaftsordnung zu überwinden. Sie soll es auch gar nicht, denn die Gleichheit, ohne die keine Demokratie gedacht werden kann, bezieht sich innerlich auf den menschentümlichen Wert jeder Seele und äußerlich auf die Technik der politischen Stimmabgabe, für die ein brauchbareres Verfahren, das den Volkswillen besser zu ermitteln vermöchte als die mechanische Gleichheit aller Voten und ihre Verrechnung nach dem Mehrheitsprinzip, einfach noch niemals gefunden worden ist. Alle übrigen Dinge des Lebens sind aber natürlich sehr verschieden und bleiben es. Die einen führen und die andern folgen, die einen leisten viel und andere nur das Nötigste, die einen sind anspruchslos, die anderen bedürfen zu schöpferischer Tätigkeit einer gewissen Muße und Verwöhntheit der Lebensführung, die Bedürfnisse der einen gehen auf Äußerlichkeit, die der andern auf Beseeltheit, die einen sparen und die andern leben in den Tag hinein von der Hand in den Mund. Schon daraus ergeben sich Schichtungen, Menschen ähnlicher Lebensart drängen zueinander und von den andern weg. Keine Demokratie kann hiergegen angehen, sie würde damit allen feiner organisierten Naturen unerträglich werden; ihre Auf-

gabe ist, durch menschentümliche und politische Gleichwertung die Gefahren solcher Schichtungen, ihre Verkastung, immer wieder zu bannen und damit jeder Schicht die ihr wahlverwandten Elemente aus anderen Schichten zuzuführen, insbesondere die führenden Schichten ununterbrochen durch einen Einstrom frischen Blutes aus den unverbrauchten zu erneuern.

Denn, man erschrecke nicht: auch „führende Schicht“, ja so etwas gibt es in einer Demokratie! Die Führergaben erschöpfen sich durchaus nicht in reinem Intellekt oder reiner Tatkraft. Führen kann eine ausschließlich angeborene Qualität sein, sie trägt dann meist unwiderstehlich den so Begnadeten nach oben, über alle gesellschaftlichen und politischen Schranken hinweg: Luther, Napoleon, Disraeli sind Zeugnisse dafür. Aber Führen-können ist für alle, die nicht zu diesen Begnadeten zählen, eine Sache von Schulung, Lernen, Erfahrung, Beispiel, ein gewisses Maß ursprünglicher Veranlagung dazu selbstverständlich vorausgesetzt. Es ist nie anders gewesen, als daß diese Kräfte der Führererziehung dort am frühesten, nachhaltigsten, echtsten einwirken konnten, wo sie gleichsam als eine Emanation der menschlichen Umgebung, der häuslichen Atmosphäre eingeatmet wurden von Kindesbeinen an. Die Haltung des Führers, diesen Begriff seelisch und körperlich genommen, entwickelt sich am leichtesten unbewußt in einer Umwelt, in der sie im Größeren oder Kleinsten alltägliche Übung ist — jene Verbindung von Bestimmtheit mit Gelassenheit, von Freimut mit Reserve, ja von Härte, wo sie not tut, mit Güte, die von Weichlichkeit entfernt ist, jene Beherrschtheit der Launen und ihres Ausdrucks, der

Augenblicksaffekte, der plötzlichen Anwandlungen, des Nichts-als-Triebhaften, wie eine „gepflegte“ Kindheit sie zur zweiten Natur zu machen vermag. Natürlich trifft diese ideale Schilderung nicht auf alle Einzelfälle zu. Aber derlei ist doch durchgehends in einer „gepflegten“ Umwelt wenigstens andeutungsweise eher da als dort, wo das ganze Dasein vom materiellen Existenzkampf aufgefressen wird, und der Intelligente oder Energische, der von hier aufsteigt, tut oft sehr schwer daran, jene Qualitäten sich nachträglich anzueignen, deren Mangel er auf Schritt und Tritt spürt. Kein „Proletkult“, von dem Deutschland sich glücklicherweise auch im letzten Jahrzehnt freigehalten hat, kann die wirklichen Mängel ausgleichen, die in den Aufgaben der führenden Stellung dem plebejischen Kopf ganz von selber sehr bald aufgehen. Mit jener Führerhaltung sind eben einfach die Massen leichter und sicherer zu lenken, als mit bloßer Grobianerei, Polterei, stimmlicher oder handgreiflicher Brutalität, die im nächsten Augenblick mit falscher Nachgiebigkeit, plumper Vertraulichkeit oder schlechter Scherzhaftigkeit wechselt — über diese sozialpsychologische Grundtatsache kommt keine sozialutopische Konstruktion hinweg. Selbst die Sowjetdiktatur des Proletariats in Rußland ist von „Gebildeten“, von Literaten begründet worden und wird überwiegend von ihnen getragen. Plebs und Proles haben noch kein Reich zu regieren vermocht, Begabung und Gesinnung allein machen den führenden Menschen nicht, er braucht auch Bildung und Haltung. Und die Demokratie hat freilich immer wieder die umgekehrte, die konservative Illusion zu beseitigen, daß es ohne Begabung und Bildung, nur mit Gesinnung

und Haltung, und schließlich sogar ohne alle diese, nur mit dem Privilegium gehe. Das ist natürlich ebenso irrtümlich.

Darum hat es immer „führende“ Gesellschaftsschichten gegeben, deren Lebensform zu erreichen oder abzugucken sich überall die Masse angelegen sein ließ. Die Dominanzkräfte solcher Schichtung, und damit der „Gesellschaftsordnung“, waren zu verschiedenen Zeiten verschiedene, es hat geburtsständische, besitzständische, berufsständische Gesellschaften gegeben — eine wirkliche Demokratie müßte von rechts wegen einer leistungsständischen Ordnung zustreben, aber sie wird nicht verhindern können, daß jene, die sich ausschließlich durch Leistung emporgearbeitet haben, ihre Kinder nicht wieder heruntersinken lassen wollen, selbst wenn deren Leistung nicht mehr so hochwertig ist: dies, daß die Kinder es womöglich noch besser und jedenfalls nicht schlechter haben sollen als die Eltern, ist ein in jeder wirklichen Kultur erwachender Zug der Menschennatur, der nur dort nicht in Erscheinung tritt, wo er sinnlos wäre (also in der allerersten Schicht, über die es kein Hinaus mehr gibt) oder wo er in Not erstickt ist, also in der Hefe der Gesellschaft. Damit jedoch drängt jede gesellschaftliche Schichtung von leistungsständischen unmerklich zu besitz- und geburtsständischen Merkmalen hin. Daß diese immanente Tendenz aller menschlichen Gesellschaften, Geburt und Besitz (oder erbten Beruf, der auf Geburt- oder Besitztitel beruhen kann) zu alleinigen Kriterien des Anrechts auf Führung zu machen, immer wieder durch das Emporsteigen wirklicher, ausschließlicher Leistung ausgewogen, kastenhafte Versteinung verhindert, das

Gesellschaftssystem im flüssigen Aggregatzustande erhalten werde, der ihm so nötig ist wie den politischen Systemen nach Bismarcks erleuchtender Metapher — das ist die Hauptmission der politischen Demokratie an ihrer Gesellschaftsordnung, das ist der eigentliche und einzig mögliche Sinn gesellschaftlicher, sozialer Demokratie.

46

Wir stehen nun inmitten einer starken Verflüssigung des deutschen Gesellschaftssystems, schon lange vor dem Kriege und der Staatsumwälzung. So verblüffend die soziale Abstempelung oft war — viel stärker im Reiche und besonders in Preußen als etwa in Österreich, wo wesentlich früher bürgerliche Politiker Staatsminister wurden und die Adellung mit einer an die englischen Verhältnisse erinnernden, manchmal sie noch hinter sich lassenden Weitherzigkeit erfolgte — die starren Schranken erweichten sich doch zusehends. Freilich ging der Verflüssigungsstrom nicht immer in der erwünschten Richtung, im zweitwilhelminischen Zeitalter wurde das besitzständische Element sehr unbesehen vom geburtsständischen rezipiert, das leistungsständische entschieden dahinter zurückgesetzt, aber die alte Starre löste sich immerhin. Industrie und Handel wurden mit Grundbesitz, Amt und Militär gesellschaftlich ebenbürtig. Der Uradel ließ viele Berufsvorurteile fallen, wir sehen nun Edelleute als Richter, Anwälte, Ärzte, ja als Bankiers und Fabrikanten, als Schriftsteller und selbst als Publizisten. Umgekehrt wächst die Zahl der bürgerlichen Rittergutsbesitzer, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräte, Offiziere. Des Kaisers Lieblingswaffe, die Marine, ist

fast ganz bürgerlich. Die Briefadelung wird immer häufiger. Aus den Schichten von „Bildung und Besitz“, die sich schon in den siebziger Jahren als Honoratioreneinheit empfanden, wird immer sichtbarer die Schicht von Geburt, Besitz, Amt und Bildung, politisch so gut wie völlig in den „reichstreuen“ Parteien des „Kartells“ konzentriert, je nach Standort, Herkunft und Berufssparte im einzelnen lieber konservativ, freikonservativ oder nationalliberal „gesinnt“, besser würde man sagen „angestrichen“.

Aber auf der andern Seite des Bürgertums vollzieht sich eine ganz ähnliche soziale Verflüssigung. Genau wie „rechts“ stellt sie einen diosmotischen Vorgang dar: ein Herüber und Hinüber, das von der einen Seite, der bürgerlichen her, vielfach und noch öfter als „Abstieg“ gewertet wird, wie die berufliche Verbürgerlichung im Adel sich selber so empfand. Ein Teil des kleinbürgerlichen „Mittelstandes“ wird „proletarisiert“, was nur bedingt ein richtiger Ausdruck für den Vorgang ist: kleine Handwerker werden gelegentlich Fabrikarbeiter, auch Kleinbauernsöhne (und -töchter) ziehen in Fabriken und „Dienste“, aber andere verwandeln sich eben nur aus Werkstatt- und Ladenbesitzern in Angestellte, und wirtschaftlich verschlechtern sie sich dabei nicht, oft verbessern sie ihr Los, das vorher in aussichtslosem Kampf um die Selbständigkeit sich aufzehrte. Gustav Schmoller hat damals von einem „neuen Mittelstand“ gesprochen, mit bedingtem Recht — und diesem neuen Kleinbürgertum wächst nun von der „Linken“ her eine immer raschere Vermehrung aus der eigentlichen gewerblichen Arbeiterschaft zu. Denn hier entwickelt sich mit der außerordentlichen, von den neunziger Jahren ab einsetzenden wirtschaft-

lichen Blüte Deutschlands eine nur noch dem politischen Schlagwort nach „proletarische“ Oberschicht mit durchaus bürgerlichen Lebensansprüchen und Lebensformen, wozu vor allem die bescheidene Vermögensbildung (enormes Anwachsen der Sparkassenguthaben!) und der Ehrgeiz in Ansehung einer gehobenen Kindererziehung (Realschul- und Töchtereschulbesuch!) gehört. Diese Schicht, aus verschiedenerlei Facharbeitern, aus Meistern, Monteuren, Chauffeuren sich aufbauend, tritt ins Konnubium mit Bauernschaft, Kleinbeamtentum, Handlungsgesellschaft, Handwerk und Krämerschaft — immer das Symptom sozialer Diosmose; noch in den achtziger Jahren hatte die Heirat einer Bauern- oder Briefträgers- oder Ladenbesitzers- oder Gastwirts- oder Bäckerstochter mit einem „Fabrikler“ eine Art Familientragödie bedeutet, ähnlich der Heirat eines Gardeoffiziers mit einer Bankierstochter, einer Junkerstochter mit einem bürgerlichen Anwalt oder Ingenieur. Es ist kein Zweifel, daß die beiden gewaltigen Mächte, die um diese Zeit die Lebensführung des Abendlandes revolutionierten, daß Technik und Sport viel dazu geholfen haben, den diosmotischen Gesellschaftsstrom rechts wie links zu erleichtern, das Gesellschaftssystem zu demokratisieren.

Der Staatszusammenbruch und die Inflationskatastrophe haben diesen Prozeß naturgemäß noch beschleunigt, mögen sich nach ihrer Überwindung auch manche Stillstände oder gar Rückläufe zeigen. Eine ungeheure gesellschaftliche Tatsache steht vor uns: es gibt im Nachkriegseuropa, besonders auch im Nachkriegsdeutschland, keinen Adel und kein Proletariat im alten Sinne mehr. Es gibt still grollende Adelsklubs, und es gibt eine grell lärmende

Kommunistische Partei, aber der Adel als Gesellschaftsklasse ist verschwunden, und das Wort „Proletariat“ kommt in den Manifestationen der Sozialdemokratischen Partei immer spärlicher vor. Denn es ist nichts mehr mit der spezifischen Hoffnungslosigkeit des Proletariats! Es geht heute andern Schichten schlechter als dem beschäftigten Industriearbeiter, den Kleinbauern, den Kleinrentnern, einem großen Teil der kleinen Angestellten und wohl auch den kleinsten Beamten, „arbeitslos“ sind Angestellte aller Höhenlagen, sie müssen „stempeln“ gehen; das Wort „proletarisiert“ wird wieder gleichbedeutend mit verarmt, mit deklassiert, es büßt die berufsständische Klangfarbe ein, mit welcher der Marxismus seine Musik bestritten hatte.

Verbürgerlicht sich somit diese ganze deutsche Welt? Gegen Schmollers „neuen Mittelstand“ wurde damals eingewendet, daß der die Eigenschaften des alten, untergehenden Mittelstandes eben doch nicht besitze und darum keiner sei. Natürlich, daß die Generation um 1900 von der Generation um 1850 beträchtlich abstach, weiß jeder. Der „smarte“ Rayonchef von 1900 machte eine andere Figur als der „biedere“ Schnittwarenhändler von 1850, und „Mittelstand“ ist ein noch viel qualligerer Begriff als Patriziat oder Proletariat. Dennoch blieb jener Rayonchef von 1900 auf der Linie der spezifischen Bürgerlichkeit (oder kam auf sie). Welches sind die Kennzeichen des Bürgerlichen? Ich meine die Kennzeichen der bürgerlichen Sinnesart? Das Streben, durch persönliche Leistung (nicht durch Herkunft wie im Adel oder durch Masse wie im Proletariat) sich Geltung zu verschaffen, diese Geltung durch Besitz zu befestigen, der wiederum durch persönliche Leistung

begründet oder vermehrt ist, die Kinder es immer noch ein wenig (oder auch sehr viel) besser haben zu lassen, als man es selber hatte, ihnen ein komfortableres Heim und eine höhere Erziehung zu sichern und die persönliche Leistung entscheidend auf persönliche Eignung für sie zu stellen; mit diesem Streben verbindet sich (oder aus ihm ergibt sich: wir lassen diese psychologische Kausalzusammenhangsfrage offen) eine Einstellung zum öffentlichen Leben, die ein eigentümliches Gemisch von Pietät gegen Altes und Glauben an den Fortschritt ist — jene spezifisch bürgerliche Haltung, die sich von der aristokratischen (mit ihrer Skepsis oder Antipathie gegen „Fortschritt“) ebenso sehr abhebt wie von der proletarischen (mit ihrer Pietätlosigkeit gegen das Gewordene) und die in der konkreten Einzelsituation oft unsicher wird, wofür man sich zu entscheiden habe, für Beharrung oder Fortschritt, darum der Entscheidung ausweicht, „teils—teils“ oder „einerseits—andererseits“ (mit Hauptmanns altem Weber Ansohn zu sprechen „Ja, ja, nee, nee“) sagt. Bürgerlich ist die Basierung des Lebens und der Geltung auf persönliche Tüchtigkeit und durch sie erworbenen oder vermehrten Besitz mit dem Drang nach generativem Aufstieg, der nun selber wieder wesentlich auf persönliche Tüchtigkeit der Nachkommen gebaut wird.

In diesem Sinne ist die neuzeitliche Welt und auch die deutsche insgesamt immer bürgerlicher geworden, und noch ist im praktischen Verhalten keine Abwendung von dieser Tendenz bemerkbar. Ideologisch verfißt der Kommunismus die Abwendung (wie ein Teil des Adels das Sträuben); in Rußland aber hat sich gerade gezeigt, wie unwiderstehlich die

bürgerliche Tendenz selbst in der terroristischen antibürgerlichen Gewaltherrschaft sich geltend macht, und der Adel hat es nicht hindern können, daß selbst die Lebensführung seiner höchsten, unbürgerlichsten Exponenten, der Erbfürsten, im 19. Jahrhundert sich immer mehr verbürgerlichte (vielleicht gemessen an ihrer Aufgabe, sich zu sehr verbürgerlichte), sowohl in Ansehung ihrer innerlich aufgefaßten Berufsaufgabe als auch in Ansehung ihrer Haltung und ihres Benehmens.

Wir verzeichnen das alles ohne Werturteil. Die Bürgerlichkeit hat viel Licht und viel Schatten in ihrer Art, und weder die Verbürgerlichung des Adels noch die Verbürgerlichung der Arbeiterschaft ist ohne Nachteile, ja ohne Gefahr. Aristokratie und Proletariat waren in Deutschland Mächte von starkem politischen Willen, einseitig, aber mutig, borniert, aber entschlossen. Es ist kein Zweifel, daß die Verbürgerlichung den Keim der öffentlichen Entschlußlosigkeit, der Haltungsunbestimmtheit, vor allem aber die Übermacht des Besitzstrebens, des Dranges nach äußerlichem „Vorwärtskommen“ in sie hineinträgt, dem zuliebe dann jedes Kompromiß in den öffentlichen Dingen gemacht wird. Die großbürgerliche Materialisierung und Hedonisierung des Adels (der gerade in seiner altpreußischen Spielart eine sehr strenge, stoische Kaste darstellte) und die kleinbürgerliche Verspießerung und Verpersönlichung des Proletariats machen sich auch im politischen Leben schon bemerklich und könnten nur durch eine straffe Politisierung des Gesamtbürgertums ausgewogen werden. Die Gefahren sind in Deutschland besonders groß, weil hier das Bürgertum mit politischem Mißerfolg und politischer Charakterschwäche am

stärksten stigmatisiert ist und das langsame Hineinwachsen der außerbürgerlichen Schichten von rechts und links her deren Infizierung mit den bürgerlichen Schwächen sehr nahelegt. Die bürgerliche Gruppierung des ganzen Lebens um die zugleich tüchtige und einträgliche Leistung ist nämlich etwas sehr Verführerisches, weil sie das Ideelle und Stoische (die Leistung) mit dem Materiellen und Hedonischen (dem Besitz) höchst vollkommen ins Gleichgewicht zu setzen scheint.

Nun wird aber auch in einer so sehr vereinheitlichten Gesellschaftsordnung die Tendenz zur Schichtung nie aufhören, und es besteht die Gefahr, daß die Schichten sich nur noch durch Besitz und — Benehmen voneinander unterscheiden. Das war etwa die Signatur der Entwicklung in der Vorkriegszeit. Fürsten und Adel wurden immer unfürstlicher und unedelmännischer; um doch noch Exklusivität zu markieren, pflegte man eine andressierte, krampfhaft dünkelnnde Form des Auftretens mit steifer Gebärde und schnarrendem Tone, die im deutschen Norden sogar die Frauen und selbstverständlich die auf Nachäffung „vornehmer“ Allüren bedachten bürgerlichen Emporkömmlinge, aber leider auch gut bürgerliche Kreise ergriff; es ist das, was man (in z. T. ungerechten Verallgemeinerungen und nach den Stätten, wo seine Angewöhnung hauptsächlich stattfand oder gesucht ward) als Reserveoffiziers-, Korpsstudenten- und Fabrikdirektorenton bezeichnet hat. Als Gegenstück verdeckten gerade die Abstammlinge der Arbeiterschaft, die sich verbürgerlichten, ihren Verlust an proletarischer Wesensechtheit vielfach durch einen ebenso krampfhaften „Proleten“-ton, namentlich „Gebildeten“ gegenüber wurde ein

solches Auftreten markiert und der eigene Wesenswandel damit markiert, eine Gewohnheit, die noch nach der Staatsumwälzung das Zusammenarbeiten mit manchen, sonst sehr wertvollen Angehörigen der Arbeiterpartei unnötig erschwert und die Antipathien gerade gut bürgerlicher Kreise gegen jede Annäherung nach links genährt hat.

Aber im ganzen sehe ich doch die Vorzüge der bürgerlichen Nivellierung unserer deutschen Gesellschaft überwiegen. Ob sich „rechts“ eine Aristokratie des Lebensstils entwickelt, die ähnlich der englischen im Grunde nichts weiter als eine auf alte Adelsstämme gepfropfte bürgerliche Feinblüte ist (in England dank der Weitherzigkeit der Nobilitierung, bei uns dank dem fortschreitenden adligbürgerlichen Konnubium), läßt sich prognostisch heute nicht überschauen. Die Möglichkeit dazu besteht jedenfalls, und man sollte sie als eine Hauptchance für das Emporwachsen einer politischen Schicht nicht unterschätzen. Wenn Industrie und Hochfinanz zu der Einsicht kämen, daß es zweckmäßiger, daß es einfach nutzbringender ist, in Gestalt eines Familienmitgliedes persönlich ins Parlament zu gehen, statt dorthin nur einen Syndikus zu delegieren, und wenn dieses Mitglied in manchen Fällen aus der ehemaligen Adelskaste herübergeheiratet oder in sie eingeheiratet wäre, dann möchten hier Politikertypen entstehen, die gewiß keine Ideologen wären, aber durch Unabhängigkeit, Formsicherheit und Weitblick, bei aller Utilität ihrer Ansichten, eine wesentliche Stützung des politischen Lebens und seiner Kontinuität bedeuten würden. In jedem alten Adel ist nun einmal eine große Summe von Herrschaftserfahrung, Kunst der Führung und Verhand-

lung, konzilianter Tatkraft aufgespeichert, die ein Volk in der Lage des deutschen wohl gebrauchen kann, ohne sich ihr blind zu verschreiben: die Verbürgerlichung des Adels öffnet den Weg zu einer modernisierten Belebung dieser Qualitäten, zu ihrer Nutzbarmachung auch für die Demokratie. „Links“ aber vollzieht die Verbürgerlichung einen noch viel wesentlicheren Akt. Hier wird sie die Hauptvoraussetzung für die Verwirklichung jenes eigentlichen Wirtschaftssinnes, vor dem wir früher gehandelt haben. Sie ist die Hauptträgerin der Menschenwürde, die auch das Dasein des industriellen Arbeiters braucht, denn sie nimmt dieser Daseinsform ihren giftigsten Stachel, den Stachel der persönlichen und generativen Hoffnungslosigkeit. Der Dreher, der die Aussicht hat, am Abend seines Lebens ein bescheidenes Vermögen erspart zu haben, vielleicht ein Häuschen zu bewohnen, das er sich selber hat bauen können (keines, das ihm der Fabrikant als Wohlfahrtseinrichtung hingestellt hat!), dessen Söhne Ingenieure, Prokuristen, Direktoren werden, den Weg offen auch zu den höchsten Staatsämtern — wie soll der sich noch deklassiert fühlen? Er hat den wichtigsten Weg ins Freie gefunden, den es seit jeher gab: den Weg über seine Kinder. Daneben schrumpft alle angebliche Arbeitsentfreudung der Maschinenleistung in ein Nichts ein. Glaubt jemand, daß die Funktion Hunderttausender von kleinen Beamten, von Buchhaltern, von Verkäufern, Kassierern, Reisenden, Krämern, ja selbst von Lehrern, Amtsrichtern, Kassenärzten freudvoller war und ist? Es hat immer und in allen Berufssphären Abstufungen der Arbeitsart gegeben, von der vielseitigen bis zur einförmigsten Arbeit, und sehr viele Menschen sind mit

den einförmigen Beschäftigungen ganz zufrieden gewesen oder haben sich mit ihnen abgefunden, wenn sie damit verdienten, davon sparen und es ihrem Alter erträglich, ihren Kindern besser bereiten konnten. Die atomisierte technische Arbeit läßt sich nicht wieder für die einzelnen Arbeitenden integrieren. Aber das sachliche Interesse an ihr wächst, je mehr das technische Interesse überhaupt wächst, je mehr die Maschine schlechthin, durch Motorrad, Auto, Flugzeug, auch den Massen ein Vertrautes, zu ihrem Leben Gehöriges, auch ihrem Leben Dienstbares wird und das menschliche Verbundensein mit ihr wächst, wenn sie dem Menschen, der Maschinenarbeit tut, dadurch es ermöglicht, in Gestalt seiner Nachkommen über sie hinauszugelangen. Auf diese Weise wird auch die Fabrikarbeit entproletarisiert — verbürgerlicht; als Mittel zum gesamt menschlichen Lebenszweck, als Instrument, das persönliche und familiäre Dasein zu entwickeln, über sich selber hinauszuhoben, empfängt sie ihre sinnvolle und sittliche Wiederverknüpfung mit dem Leben, dem Menschen, seiner Seele und ihrer (noch so bescheidenen, doch unaustilgbaren) Sehnsucht nach Höherem und Besserem.

Und auch von links wie von rechts kann der neue Zuwachs dem deutschen Bürgertum neue Werte, gerade für die Politik mitbringen. Dazu rechne ich an erster Stelle den Instinkt für die Macht, die in der Masse verkörpert ist. Der Mangel an diesem Instinkt ist die eigentliche Achillesferse des Bürgertums gewesen; er war eine im echten Sinne tragische Schwäche, weil er in der tiefsten bürgerlichen Lebenskraft, dem ganz persönlichen Selbstvertrauen und Selbstbewußtsein, seine Wurzel hatte. Noch immer scheut der bürgerliche Mensch die wirkliche Masse,

wir haben es in den letzten Jahren wieder erlebt an den Antipathien, mit denen das Bürgertum politischen Massenentfaltungen wie dem Reichsbanner gegenüberstand. Aber die einst tragische Schwäche hatte längst einen Stich ins Tragikomische empfangen, denn der stolze Individualismus war teils in einer engen honoratioren Vereinsmeierei verwässert, teils hatte er sich dem despotischen Masseneinsatz des modernen Militärwesens gehorsam unterworfen, und es war eben nur noch die lebendige, unerstarnte, spontane, immer grandioser daherflutende Masse der handarbeitenden Proles, der die bürgerliche Scheu und Abneigung galt. Inzwischen hat die zwangsläufige Vergewerkschaftlichung auch vieler einst honoratioren bürgerlichen Bewegungen den Genesungsprozeß schon eingeleitet, das Hinüberwachsen zahlreicher von Herkunft proletarischer Menschen in bürgerliche Bewußtseinstellungen wird ihn hoffentlich weitertreiben, wenn es ein echtes Hinüberwachsen bleibt, kein Hinüberwechseln wird. Dann mag man hoffen, daß diese jungbürgerliche Industriearbeiterschicht das Beste von dem, was sie besaß, mit dem Besten von dem, was sie vorfindet, vereinigen wird. Verbände wie das Reichsbanner, man mag sich tausendmal über Entgleisungen und Übertreibungen in ihnen ärgern, sind dennoch eben darum so wertvoll, weil sie ein Strombett dieses diosmotischen Prozesses schaffen, durch welchen eine breite Möglichkeit flüssigen Sozialaggregatzustandes zwischen Altbürgertum und Arbeiterschaft hergestellt wird. Ganz sicher freilich ist der glückliche Fort- und Ausgang dieser geschichtlichen Umlagerungen noch nicht. Manche Zeichen, wir wollen sie nicht pessimistisch überschätzen, aber auch nicht übersehen,

weisen auf eine blanke kleinbürgerliche Verspießung der sich verbürgerlichenden Fabrikarbeiterschicht hin. Das wäre ein prognostisch sehr ernstes Ergebnis, das uns endgültig in die Reihe der weltpassiven Völker zweiten Ranges zurückwerfen müßte. Wenn irgendwo, so darf man hier von dem sportlichen, lebensoffenen Geist der heraufwachsenden Generation Gegenkräfte erhoffen, welche die Gefahren zu überwinden echt und stark genug sind.

47

Denn daß der gesamte Verbürgerlichungsprozeß glücke, dies ist für die deutsche Zukunft von der höchsten Bedeutung! Man kann andere Wege austüfteln, welche die Geschichte hätte nehmen können — sie hat diesen genommen, nun bleibt er unser Weg. Frankreich und Amerika haben ihn zurückgelegt, England von „rechts“ her so gut wie völlig, denn seine heutige Peerschaft ist nur noch Patriziat, hier ist die Durchwachsung von Bürgertum und Altadel besonders gelungen, jedoch „links“ steht dieses England heute im entscheidenden Ringen darum, ob in seinen riesenhaften Industriearbeitermassen die absolut widerbürgerlichen „bolschewistischen“ oder die verbürgerlichenden Kräfte die Oberhand gewinnen; das Experiment Mussolinis läuft darauf hinaus, die Bolschewisierung durch eine romantisch verbürgerlichende Gewaltkur zu verhindern; wie es verläuft, weiß niemand. Wer ahnt nicht in Deutschland, daß endlich auch unser Osten bürgerlich werden muß? — Wobei wir mit der größten Ehrlichkeit und Wärme wünschen, daß hierbei recht hohe junckerliche Werte auffrischend ins Bürgertum einströmen mögen (wie arbeiterliche im Westen). Denn

erst in einem so ausgeglichenem Gesellschaftssystem können neue Schichtungen von Gehalt und Bestand sich anbahnen; welcher Art, das wissen wir heute nicht, es ist müßig, darüber zu reflektieren; die alten Schichtungen jedenfalls waren ausgelebt, gehaltlos und darum bestandlos geworden, es gab keine Linie mehr, die den Adel im Leistungsvorrang zeigte, weder die militärische noch die landwirtschaftliche noch die bürokratische noch die politische, noch sogar die gesellschaftliche. Vor allem politisch erwies sich das überkommene Gesellschaftssystem in seinen Auswirkungen als immer unfähiger und gefährlicher; am gefährlichsten war es, daß der „rechte“ Flügel des Bürgertums (sozial verstanden) zum Adel und seiner Exklusivität hinüberdrängelte und seine Kräfte damit an Überlebtes zu vergeuden begann, während alles wirklich Tüchtige, Ehrgeizige, Leistungswillige im Adel sich verbürgerlichte. Nur auf der Grundlage eines resolut eingeebneten Gesellschaftssystems kann überhaupt erst wieder Kultur wachsen; ein Teil ihres Wachstums wird auch das Wachsen neuer, junger, produktiver gesellschaftlicher Schichtungen sein, ein Teil ihres Wachstums wird aber auch das Wachsen von Bedingungen für jene Politik höchsten Ranges sein, die selber einen Gipfel von Kulturschöpfung bedeutet.

Kultur nämlich ist niemals etwas anderes als die Zusammenfassung eines Gesellschaftssystems in einer geistigen Einheit. Wo alle Glieder eines großen Menschengemeinschaftskreises sich in der Auffassung vom Sinn des Daseins und von den Lebensformen, die ihn ausdrücken und verwirklichen sollen, einer Idee unterwerfen, dort allein ist Kultur. Überall, wo ganze Schichten sich von dieser Selbst-

unterwerfung ausschließen, ist höchstens fragmentarische Kultur oder brüchige; wo gar keine solche Idee mehr sichtbar wird, dort ist Kulturzerfall. Darum ist die letzte geschlossene Kultur unserer Entwicklung das „Mittelalter“, das dem in der christlichen Heilsbotschaft verkündeten Daseinssinn alle sozialen Glieder seines Gesellschaftssystems unterwarf, wenn auch mit noch so vielen Unvollkommenheiten in der alltäglichen Realität. Erschüttert und zernagt durch Renaissance und Reformation, erlischt der letzte Schein seiner inneren Wesenseinheit (nachdem die äußere im 16. Jahrhundert zerbrochen ist) um 1700, mit dem Eintritt der Aufklärung. Seither ist es noch zu keiner ähnlichen Einheit wieder gekommen, denn die Aufklärung hat sich nicht so durchgesetzt wie die Heilsbotschaft. Die Humanitäts- und Vernunftpredigt hat die Erlösungs- und Glaubenspredigt nicht überwunden. Millionen Anhänger der einen stehen Millionen Anhängern der andern gegenüber, und dazwischen ist das reformatorische Christentum in sich selber mit beiden nicht fertig geworden, hat das katholische (gerade neuerdings wieder) mit der Ausgleichung beider schwer zu schaffen. Menschenalter hindurch deckten sich die ständischen Schichtungen mit den Kulturbruchstücken alter und neuer Herkunft: das Proletariat war freigeistig im religionsfeindlichen Sinne, große Teile des Besitzbürgertums freigeistig im vernunft-humanitären Sinne, der Adel hochkirchlich, das Kleinbürgertum naiv-fromm im alten Sinne: ein Arbeiter durfte kein Christ und ein Oberst oder Landrat durfte kein Freigeist sein, das wäre „Deklassierung“ gewesen, für diesen wie für jenen. Im letzten Menschenalter beginnen diese Unterschiede sich einzuebnen wie die sozialen

selber — und damit erst ist die Kraft frei gemacht für ein neues kulturwertiges Gesellschaftssystem.

Die Politik aber kann nicht pausieren, bis dieses vollendet sein wird. Auf der Höhe einer Kulturgesellschaft ist auch sie am größten, gewiß: das gilt von der päpstlichen Politik des Hochmittelalters, und nicht zufällig ist darum des größten Meisters politischer Geschichtschreibung, Leopold v. Rankes größtes Meisterwerk seine „Geschichte der Päpste“ geworden. Jedoch, Politik muß wohl oder übel jeden Tag getrieben werden, ob mit oder ohne Kultur. Darum ist heute die Entfremdung zwischen beiden besonders kraß, weil eine Kultur nicht vorhanden (nur ein Feld von Trümmern, zwischen denen Keime aufspießen) und Politik ohne sie alltagsnotwendig ist. Hierbei weist jeder Versuch „kulturpolitischen“ Wirkens immer nur schärfste Gegensätze auf, muß er einen Teil der Kultur durch den anderen zuinnerst vergewaltigen: Frankreichs ewiger Kulturkampf ist das eindrucksvollste Beispiel dafür, Amerikas resolute Trennung aller Kulturangelegenheiten von der Politik das nüchterne Gegenstück dazu und der Affenabstammungsprozeß von Dayton in Tennessee ein warnender Ausnahmefall, der anzeigt, wohin man gerät, wenn dennoch Politik sich in Kultur einmischen möchte.

Daher die unermeßlich schwierige und wirrwarvolle Lage jeder deutschen Politik, die eine Kulturfrage anpackt! Denn hier in Deutschland geht nun der Bruch zwischen dem zusammengestürzten Mittelalter und der unfertigen Neuzeit am zackigsten, am splitterndsten durch die Nation hindurch. Es ist schon wirklich so, daß bei uns jeder, der seine Kulturaufgabe politisch ergreifen will, Gefahr läuft,

Kulturkampf zu entfesseln, d. h. Vergewaltigung zu begehen an den geistigen Lebensordnungen, denen dieser — oder den ganz andern, entgegengesetzten, denen ein anderer Volksteil anhängt. Das sind zur Stunde ja wieder ganz aktuelle Dinge; — wie sollen wir aus ihnen herauskommen?

Die Nation als Staatsvolk kann zu ihnen ein erträgliches, ein für den Staat nicht ruinöses Verhältnis nur finden, wenn sie mit der größten politischen Zurückhaltung behandelt werden. Die Formel „Kulturstaat“ hat für uns keinen anderen Sinn als den: der Staat, als die auch finanzielle Zusammenfassung der Volkskräfte in einem Ordnungssystem, unterstützt die Pflege geistiger Güter schlechthin, soweit er es vor seinen haushälterischen Grundsätzen verantworten kann, aber er enthält sich einer Selbstfestlegung auf bestimmte geistige Inhalte oder Ausrichtungen; er bemüht sich, möglichst objektiv beobachtend und abwägend über dem Ringen der geistigen Lager zu bleiben. Das ist gewiß leichter niedergeschrieben als durchgeführt, aber es muß dennoch die Zielstellung sein. Gewähren für solche Objektivität bot die Monarchie, wo sie wahrhaft weise herrschte und darum auf die angemessene Haltung aller Volksteile Bedacht nahm, bieten in der Demokratie Koalitionsregierungen oder der Wechsel zwischen den regierenden Parteien und Koalitionen, der immer (bei überhaupt vernünftiger Herrschaftspraxis) zu einem Maß von Rücksichtnahme auf die Opposition nötigt; denn keine gute Regierung wird sich leicht entschließen, etwas einzuführen, von dem sie gewiß ist, daß ihre Nachfolgerin es sofort wieder beseitigt, beseitigen muß.

Zu solcher abwägenden, ausgleichenden, toleranten Kulturpolitik gehört ein sehr hellhöriges Hinhorchen auf die Stimme der öffentlichen Meinung, die oft ganz anders lautet als das Feldgeschrei der Parteien, und überdies ein eigener Instinkt für Wesentliches und Unwesentliches, Eintagslebiges und Dauerhaftes in den geistigen Bildegängen. Es gehört dazu eine Vereinigung von abgeklärter Reife mit empfänglichem Enthusiasmus, die nicht eben häufig ist, woher es denn kommt, daß kulturpolitisch schöpferische oder überhaupt leistungsstarke Staatsmänner recht selten sind. Gewiß, Zeitalter geschlossener Kultureigenart haben es leichter. Aber wir leben nun einmal nicht in einem solchen, und wir sind noch in einer besonders schweren Lage dadurch, daß durch unser Volk der konfessionelle Riß hindurchgeht, ein Riß also, der formal niemals wieder geschlossen werden kann. Man soll aber diese Zerspaltenheit der deutschen Nation auch nicht übertreiben. Das der Form nach nur konfessionelle Frankreich, das einheitlich katholische, ist auf dieser Scheineinheitsbasis metaphysisch, weltanschaulich viel tiefer zerklüftet; einen so breiten, entschiedenen, ja aggressiven Atheismus, eine so immer kampfbereite, voltairianische Kirchenfeindseligkeit wie dort hat es bei uns niemals gegeben, und es gibt sie heute schon gar nicht mehr. Unsere gegenwärtige Freigeistigkeit ist gegenüber allem Kirchlichen, besonders auch dem Katholischen, von einer Toleranz, die noch rühmenswerter wäre, wenn sie nicht manchmal an Unkenntnis und Gleichgültigkeit streifte, und zwischen den christlichen Bekenntnissen ist das Verhältnis, je weiter wir uns vom „Kulturkampf“ entfernen, immer erträglicher geworden. Trotzdem drohen von

dieser Seite her stets wieder die einzigen kulturpolitischen Störungen.

Die große Welle der glaubenseifrigen deutschen Katholiken, davon kann kein Zweifel sein, ist politisch im Zentrum organisiert, einer Partei also, die dem gefährlichen Lebensgesetz jeder Partei untersteht, daß sie immer wieder programmatisch mehr fordern muß, als ihre eigenen Anhänger praktisch begehren. Aber damit ist die Situation dieser Partei noch nicht zureichend charakterisiert, denn dies teilt sie, wie gesagt, nur mit den Parteien schlechthin. Außerdem befindet sie sich in der einzigartigen Lage, in ihrem Rücken beständig eine treibende Macht zu haben, die ihrerseits noch mehr verlangt als die Partei selber (vielleicht auch, nach ihrem Lebensgesetz, wie es sich einmal immer starrer aufgerichtet hat, noch mehr verlangen muß): das ist die autoritäre Leitung der katholischen Kirche. Jeder Kundige weiß, daß seit jeher die hervorragendsten Führer des Zentrums sich gegen kirchliche, kuriale oder episkopale Zumutungen haben zur Wehr setzen müssen (im Verfassungsheft 1927 der „Deutschen Republik“ findet sich ein bemerkenswerter Hinweis darauf, daß die Verdächtigung des ungenügenden Katholizismus, mit der heute Josef Wirth bedacht wird, kaum einem der großen Zentrumsführer erspart geblieben ist), aber jeder Kundige weiß auch, daß das Zentrum selber, nach generellem Parteilebensgesetz, vielerlei inszenieren muß, wonach es auch die treuesten Katholiken im Lande gar nicht gelüstet. Es ist z. B. kein Zweifel, daß die überwältigende Mehrzahl auch der frommen badischen Katholiken mit der badischen Simultanschule durchaus zufrieden ist und keineswegs ihre Beseitigung zugun-

sten einer konfessionell gesonderten Schule wünscht; das badische Zentrum durfte diese Tatsache immer nur in die gedämpfte, sozusagen lustlose Formel kleiden, daß es sich mit dieser Simultanschule „abfinde“, grundsätzlich aber die konfessionelle Schultrennung für besser halte; die kuriale Spitze jedoch kennt auch keinerlei Sich-Abfinden, sie muß darauf bedacht sein, daß keine programmatische Forderung der Kirche auf dem Papier stehen bleibt, sie arbeitet unermüdlich daran, daß die Schulkonfessionalisierung überall Tatsache werde (ich rede von der römischen Kurie; von der oberrheinischen Kurie bin ich überzeugt, daß sie im wesentlichen den toleranten, wenngleich lustlos toleranten Standpunkt des badischen Zentrums teilt).

Aus dieser eigentümlichen Gesamtlage entstehen fast automatisch Beunruhigungen des kulturpolitischen Gleichgewichts, wie wir sie in dieser Gegenwart wieder erleben. Wie immer sie nun dieses Mal ausgehen mögen, grundsätzlich ist dazu folgendes zu sagen:

Der früher geschilderte Verbürgerlichungsprozeß hatte in Deutschland — im wohltätigen Unterschied von Frankreich — zur Dämpfung der weltanschaulichen, insbesondere auch der eigentlich konfessionellen Gegensätze geführt. Das mag erstaunlich klingen, aber es ist wirklich kein „marxistischer“ Ausdeutungsversuch. Die zu bürgerlichen Daseinsformen emporwachsenden Arbeiterschichten wurden überall der materialistischen und atheistischen kirchenfeindlichen Agitation des Sozialismus entrückt. Aus ihnen speiste sich in der jüngsten Vergangenheit die „volkskirchliche“ Bewegung, die ja so gut wie ganz in der Sozialdemokratie ihren Sitz hat. Kirchnaustritts-

propaganda und Werbung für religionslose Schule („weltliche Schule“) fanden hier immer weniger Boden. Die Verbürgerlichung ging einher mit einer zunehmenden Verstädterung des deutschen Volkes, in den Städten aber mit ihrer Vielfältigkeit der Eindrücke, Ansprüche, Berührungen und Durchmischungen blassen mit zunehmender Einwohnerzahl Gegensätze weltanschaulicher Art ganz von selber ab. Der katholische Volksteil wurde in den neunziger Jahren sehr energisch durch Tatsachen vor die Frage gestellt, ob er abseits stehen zu bleiben vorziehe: damals entwickelte sich in der katholischen Welt die Auseinandersetzung über die wirtschaftliche Inferiorität der deutschen Katholiken, über ihr kleinbürgerlich-bäuerliches Zurückhängen hinter dem bourgeoisen Vorwärtsdrängen der Protestanten, und es ist wahrlich kein Zufall, daß, sowie die Inferioritätsdebatte überhaupt in Fluß kam, die Aussprache auch über die Folgen geistiger Abschließung einsetzte, mit der Aufgipfelung zu der berühmt gewordenen Losung: Heraus aus dem Turm! So grausam die Modernistenverfolgung des Papstes Pius X., dieses scheiterhaufenheißen Ignis ardens auf dem heiligen Stuhle, vorzeitige Hoffnungen zerstörte, ohne starke Wirkung sind jene Entwicklungen doch nicht geblieben: die „Rückkehr aus dem Exil“, wie es in der Gegenwart ein Jungkatholik nennt, hat sich fortgesetzt, die gemeinsame Arbeit und Anteilnahme an den öffentlichen Dingen ist über die Bekenntnisunterschiede hinweg ständig gewachsen und noch im Wachsen. Vielleicht am allermeisten aber machte sich die ausgleichende Wirkung der Verbürgerlichung auf dem Wege über die Schule geltend.

Hier nämlich war es die städtische, zumal die industriestädtische Volksschule, die sich im Laufe der Jahrzehnte vor eine solche Fülle profandidaktischer Aufgaben gestellt sah, ihre Zöglinge mit einem soviel gediegeneren „Schulsack“ an stofflichem Wissen und fachlichem Können ausrüsten mußte, wenn sie auch nur den arbeiterlichen Lebensplatz ausfüllen sollten — daß die Sorge um die Christlichkeit des Gesamtunterrichts auch in den Ländern mit konfessioneller Schulleitung immer mehr in den Hintergrund trat. Die konfessionelle Atmosphäre wurde auf den Religionsunterricht zurückgedrängt. Man kann sagen, wir befanden uns während des letzten Menschenalters in einer Epoche der praktischen Simultanisierung unseres Volksschulwesens, auch dort, wo es grundsätzlich konfessionell ist. Das Konfessionelle, das vordem das Ganze der Schule gefärbt hatte, bildete gleichsam nur noch einen mehr oder weniger breiten Saum, der das weltanschaulich weiße Tuch des Profanunterrichts umgab. Das hat sich auch in der Unterrichtspraxis, etwa in der geschichtlichen, und teilweise bis in die Lehrbücher hinein geltend gemacht. Die Qualität der Schule rückte in den Vordergrund, und das galt auch für die Überfülle „höheren“ Schulwesens, die mit dem Zurückweichen des Gymnasiums aus seiner Bildungsmonopolstellung sich als Realschule entfaltete. Hier, wo ja nirgends eine organisierte, mancherorts aber eine Art tatsächlicher konfessioneller Sonderung bestanden hatte, sprengte der Drang zur besten Schulbildung hin alle Einseitigkeiten: unterstützt durch die wachsende Konfessionsmischung in den Staaten selber, die dank der riesenhaften Binnenwanderung in bisher evangelischen oder katholischen Ortschaf-

ten immer ansehnlichere Minoritäten des anderen Bekenntnisses ansiedelte.

Wer es heute unternimmt, diesen wohltätigen Prozeß zu unterbrechen und zurückzuwerfen, der läßt vor dem deutschen Volke und seiner Zukunft eine furchtbare Verantwortung auf sich. Deutschland befand sich auf dem Weg zu einer praktischen „Christlichen Simultanschule“, das heißt zu einer Volksschule, die den gesamten weltlichen Unterricht möglichst vorzüglich nach seinen Erfordernissen und abseits aller Bekenntnisspaltung erteilt, den bekenntnismäßigen Religionsunterricht aber gleichzeitig in ihrem Lehrplan sicherstellt; dieser Unterricht ist für fast 97 % der Zöglinge der christliche, denn soviel Prozent Deutsche (96,6 %) sind nach der Volkszählung von 1925 in den christlichen Kirchen verblieben, und es ist selbstverständlich, daß die fundamentale Bedeutung des Christentums, sein Werden und Wesen, Sein und Sinn in der abendländischen Kultur schlechthin auch in einem noch so „weltlich“ gearbeteten Profanunterricht, z. B. in der Geschichtsstunde, seinen angemessenen Ausdruck finden muß. Darum darf man von „christlicher Simultanschule“ sprechen. Die Reichsverfassung von Weimar hat, nach hartem Ringen innerhalb ihrer Mehrheit, diese christliche Simultanschule als die deutsche Regelvolksschule sichergestellt und einer Reichsgesetzgebung es zugeschoben, durch entsprechende Ausführung des Verfassungsgrundsatzes dieses Geschenk an ein geistig mündiges Volk vom Papier in die Wirklichkeit umzusetzen — freilich auch, vollkommen gemäß der oben von uns als notwendig entwickelten Überparteilichkeit aller deutschen Kulturpolitik, denen die anderen willens sind, die Möglichkeit

ihrer Willensverwirklichung zu geben, also die Möglichkeit der Erlangung von Konfessionsschulen oder religionslosen Schulen, wo ein hinreichendes Bedürfnis danach sich in Antragstellungen äußert und das Niveau der Schulleistung nicht gefährdet wird.

Eine Schulpolitik des Staates, die sich von dieser verfassungsmäßigen Linie abdrängen läßt, verläßt damit zugleich die für Deutschland vernunftmäßige Linie. Denn formell und scheinbar ist zwar einer „objektiven“ Kulturpolitik Genüge getan, wenn man, wie es der Reichsschulgesetzentwurf des dritten Kabinetts Marx (des Kabinetts Marx, Keudell, Stresemann) tut, die drei Hauptvolksschulformen: die simultane, die konfessionelle und weltliche, „freigibt“ und „gleichstellt“, indem man ihre Durchführung von der Antragstellung der „Erziehungsberechtigten“ abhängig macht. Aber in Wirklichkeit erwachsen damit dem deutschen Volke und gerade dem jungen deutschen Staate demokratischer Verfassung zwei Lebensgefahren.

Die eine Gefahr ist die Zerbröckelung der Demokratie in eine Ochlokratie — die Gefahr, welche schon die griechischen Staatsdenker für jede Volksherrschaft gesehen haben. Das Schulbestimmungsrecht der Erziehungsberechtigten (von je 40 Kindern! auf dem kinderreichen Lande mag das heißen, von 15 bis 18 Eltern!) bedeutet in Wahrheit die Etablierung einer schulpolitischen Häufchen-Herrschaft, denn um nichts anderes als um zusammengewehzte, in der Wirklichkeit vom Odem des Ortspfarrers oder des Ortsparteisekretärs zusammengewehzte kleinste Haufen von „Leuten“ handelt es sich, weder um „Volk“ noch um „Gemeinde“ noch um irgendeine genossenschaftliche oder körperschaftliche Faßbarkeit und

Wesenheit. Eine solche zu schaffen, wäre ein durchaus gesunder Gedanke, den die Verfassung, wenn auch unausgesprochen, uns aufdrängt: diese „Erziehungsberechtigten“, denen nach Art. 146 der Reichsverfassung ihr Antragsrecht auf konfessionelle oder religionslose Schulformen ja doch eines Tages gesetzlich werden muß, könnten in eine Schulgemeinde zusammengegliedert werden, etwa mit Lehrern und reiferen Zöglingen, meinetwegen auch mit einer Kirchenvertretung (im konfessionellen Falle), in jene Schulgemeinde, die endlich zu entwickeln alle diejenigen sich angelegen lassen sein müßten, denen jede Staatsverwaltungsallmacht im öffentlichen Erziehungswesen mit gutem Grund eine Besorgnis ist und Abneigung einflößt. Aber ein (das darf man ohne deutsche Selbstüberhebung sagen) großartiges Volksschulwesen zerschlagen, um seine Formung den zusammenagitierten Zufallshäufchen der „Erziehungsberechtigten“ zu überantworten, das bedeutet Zerstörung einer wirklichen Demokratie, die gerade im Massenvolksstaate auf eine sehr organische Gliederung von unten her bedacht sein muß — auf jene regionale und lokale Untermauerung mit Selbstverwaltungskörpern und Selbstbestimmungsgenossenschaften, die der Freiherr vom Stein als unentbehrliches Fundament eines Volksstaates vollzogen wissen wollte. Ohne solche Sicherungen sollte der Verfassungsartikel 146 II nicht gesetzgeberisch und exekutiv ausgewertet werden.

Die andere Gefahr ist die Zerbröckelung des Volkstums schlechthin (und Volkstum reicht ja viel weiter als Demokratie, die nur eine seiner möglichen, für unsere Überzeugung die ihr angemessenste staatliche Ordnungsform ist), — die Zerbröckelung

des deutschen, hiezu bedrohlich veranlagten Volkstums in seine partikularen und zentrifugalen Bestandteile: die Wiederentstaatung, die Wiederentreichung der Deutschen. In dem großen Verbürgerlichungsprozeß, in der Einebnung des alten Gesellschaftssystems war ein mächtiger Schritt voran zur Nation getan worden, zu der die Deutschen sich bilden zu sehen selbst Schiller, ihr größter Nationaldichter, verzagt hatte. Das alte Gesellschaftssystem war „rechts“ den partikularen Gewalten eng verbunden, war der Reichstatsache geradezu reichsfeindlich gewesen und hatte „links“ den sittlichen Tatbestand der Nation und ihres Selbstbewußtseins durch Jahrzehnte hin blindwütig verleugnet und verfemt, indem es ihn durch eine auf quallige „Gesellschaftsrevolutionen“ gegründete Menschheitsschöpfung und -beglückung überspringen wollte. Das deutsche Bürgertum ist der wahre Träger der deutschen Nationalidee und vermochte zwar tragischerweise nicht der Schöpfer der Nationalrealität zu werden, diese Leistung nahm ihm ein Genie der Junkerschicht aus der Hand, aber es wurde danach sofort wieder der wesentliche Träger dieser gegebenen, wenn auch weitab von seinen bürgerlichen Vorstellungen erschaffenen Nationalrealität. Daß die Deutschen fähig wurden, ein Reich zu bilden und zu bewahren, ist bürgerliches Ergebnis; und im Augenblick der höchsten Reichsgefahr, im Spätwinter 1918 auf 19, hing alles davon ab, ob die verbürgerlichten Sozialistenführer, ihnen voran Friedrich Ebert, der Prototyp des im schönsten Sinne bürgerlich gewordenen Sozialdemokraten, sich durchsetzen oder den widerbürgerlichen erliegen würden.

Es bedeutet ein ungeheuerliches Wagnis, diesen

staatsbildenden Prozeß im deutschen Volke zu durchkreuzen, indem man den Erisapfel der weltanschaulichen Verschiedenheiten und Gegensätze unter die Deutschen, in jede Großstadt, jedes Wohnviertel, jedes Dorf, jedes Tal wirft. Sie sind ja weiß Gott da und machen sich genugsam geltend. Die Staatspolitik hat auch keineswegs die Aufgabe, sie zu ignorieren oder ihre geistigen Eigenwerte zu verwässern. Deutschland ist seit vierhundert Jahren nicht bloß gespalten, sondern auch unermesslich reich dadurch, daß es evangelisch und katholisch ist, im evangelischen Bereiche lutherisch und reformiert, positiv und kritisch, und außer evangelisch und katholisch auch noch im farbigsten Maße freigeistig. Die Staatsumwälzung hat keine radikale Trennung des Staates von Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften gebracht, überall währen die staatlichen Dotierungen der religion- und überzeugungspflegenden Institutionen weiter, neue sind aus Gerechtigkeitsgründen hinzugetreten, und niemand denkt heute in Deutschland daran, ein Programm der radikalen Trennung von Staat und Kirche aufzurollen. Wir folgen nicht dem Beispiel Frankreichs und der Vereinigten Staaten: diese Angelegenheit kann für die deutsche Demokratie als entschieden gelten. Um so mehr hat die Staatsgewalt die Verpflichtung dem Volkstum gegenüber, die weltanschauliche Volksgliederung nicht zu einer weltanschaulichen Volkszerklüftung werden zu lassen. Hier muß der Selbsterhaltungstrieb des Ganzen über dem Egoismus der Glieder stehen, der, auch wenn er sich als noch so heilig ausgibt, in Wahrheit sündhaft wird, sobald er die Existenz des Ganzen gefährdet oder schwächt.

Ob die deutsche Demokratie zu dieser Einsicht kommt und sie durchsetzt: das wird eine der größten Bewährungsproben auf ihre Daseinsberechtigung und Daseinsaussicht bedeuten. Nur in diesem Sinne, in diesem Sinne aber wahrlich hat sie eine unerbittlich vorgezeichnete kulturpolitische Linie zu halten, von der abirren Lebensgefahr für Deutschland bedeutet.

48

Diese ganze, sehr unbestimmte und lavierende Lage der Fülle von Kulturelementen und -fragmenten gegenüber ist gerade für eine junge, unbefestigte Demokratie sicherlich ein höchst unbefriedigender, ja prekärer Zustand. Denn die Demokratie, wofern sie sich noch anders als durch bloße stumpfe Gewöhnung befestigen will, wofern sie wirklich der politische Ausdruck des Volkstums, die geschriebene Verfassung seiner seelischen Verfassung werden will, bedarf des Hineinwachsens in alle Quadern des Gesellschaftssystems, dessen politische Kultur sie damit wird. In der Tat, die abendländische Welt hätte den Weg nehmen können, in Gestalt einer sie immer ausnahmeloser ergreifenden und durchdringenden Demokratisierung zuerst wieder zu einer politischen Kultur zu gelangen, d. h. ihr staatliches Völkerleben nach einem bestimmten geistigen Prinzip, eben dem volksherrschaftlichen, zu ordnen. In diesem Sinne wäre der Übergang des durch ein Geschichtsjahrtausend lückenlos monarchistischen, ständischen, autokratischen oder oligarchischen Deutschland zu demokratischen Staatslebensformen ein besonders eindrucksvoller und ausdrucksvoller Schritt auf eine solche politische Kultur des Abendlandes hin gewesen. Leider haben sich

allerlei gegenläufige Begebenheiten vollzogen, die wir in ihrer Tragweite nicht überschätzen wollen (wie die italienische), die aber den einheitlichen Entwicklungszug doch empfindlich stören; dieser Zug ist vielleicht noch mehr von innen heraus abgeschwächt durch allerlei kriselnde Erscheinungen in den Demokratien auch dort, wo sie äußerlich noch unangetastet sind, und damit durch allerlei kritische Einstellungen, die der Demokratie überhaupt entgegentreten; insbesondere muß das harte Ringen, in welches die Demokratie dort, wo sie sich am gesündesten schrittweise entfaltet hatte, in England, mit den von Rußland herstrahlenden antidemokratischen Kräften verwickelt worden ist, den Prognostiker mit ernster Sorge erfüllen. Die Frage, ob in diesem Ringen das demokratisierte England Sieger bleibt, und die andere, ob Rußland unterm Zwang innerer Entwicklungsgesetze den Weg von despotischen zu irgendwie demokratischen Staatslebensformen nehmen wird, entscheidet das Schicksal der abendländischen Demokratie und mit ihr das Schicksal einer einheitlichen politischen Kultivierung der abendländischen Welt überhaupt. An dieser Entscheidung wird die deutsche Gegenwart und Zukunft nicht ganz unbeteiligt sein, ich meine als mitbestimmender, nicht bloß als mitbestimmter Faktor. Wenn Deutschland seines politischen und seines sozialen Problems als Demokratie Herr wird, so mögen daraus (bei aller gebotenen Vorsicht, unsere Bedeutung in der Welt zu überschätzen) moralische und praktische Wirkungen, sagen wir Suggestionen, ausgehen, die für das Schicksal der ganzen abendländischen Staatsverfassung im demokratischen Sinne günstig sind.

Eben darum möchten wir so gerne unsere Demokratie geistig gründen und können es doch nicht recht, weil uns dafür alle geistige Einheitlichkeit fehlt und sie selber einen Anfang, nicht eine Krönung jungabendländischer Kultivierung darstellt. Das ist der Zirkel, in dem wir uns drehen und der die tagtägliche Unsicherheit unseres jungen demokratischen Wirkens, insbesondere alles geistpolitischen Wirkens mitverschuldet. Er ist vorläufig unentrinnbar. Uns bleibt in der Tat nicht viel anderes übrig, als unsere neuen öffentlichen Lebensformen erst einmal praktische Gewöhnung werden zu lassen und daneben ganz vorsichtig alle Kräfte zu stärken, auf die geistig diese Lebensformen gegründet werden können. Das eine erleichtert uns die Sensibilität der wirtschaftlichen Potenzen im Gesellschaftssystem, die sich sehr rasch davon überzeugt haben, daß eine schwer zerrüttete Erzeugungs- und Absatzlage durch abenteuernde Experimente mit Staatsformen nur heillos verschärft werden könnte; dadurch sind für fast alle verständigen Wirtschaftskreise, nach vorübergehendem Schwanken, die Dinge, wie sie von 1918 auf 19 nun einmal geworden sind, auf sehr lange Sicht hin ein Rührmichnichtan. Das zweite aber läßt sich nur mit allgemeinen Andeutungen über die intellektuelle und moralische Struktur jeder Demokratie erfassen.

Jede Demokratie setzt auf die Dauer einen hohen Bildungsstand und ein starkes Verantwortungsbewußtsein der Volksmasse voraus. Anders ist die mechanisch egalisierte Mitwirkung aller an den kleinsten und größten Entscheidungen des öffentlichen Lebens nicht zu ertragen. Anders kann auch keine Demokratie diejenige vorzüglichste Führerauslese

darstellen, die heute von ästhetisierenden Betrachtern gern etwas snobistisch in den Vordergrund der Sinndeutung aller Demokratie geschoben wird. Unwissende und unernste Massen werden dem Schwindler, dem Schreier, dem Hochstapler nachlaufen oder einem Beutepolitikerklüngel apathisch das Feld überlassen, also Scheindemokratien werden, als welche die mittelmeerischen in den letzten Jahren zugrunde gegangen sind. Zu jenen Qualitäten muß ein Volk erzogen werden, und darum ist sein öffentliches Erziehungswesen ein Eckstein im Bau seiner Demokratie. Ohne vorzügliche Schule kann es in dieser Zeit gewiß keine vorzügliche Volksherrschaft geben.

Die Bewährung der Schule liegt aber ebensosehr im Sittlichen wie im Stofflichen und Technischen. Auch für die vielberufene staatsbürgerliche Erziehung ist die Entfaltung der moralischen Grundeigenschaften, durch welche man zu einem tätigen und verantwortungsbewußten Glied des Volksganzen wird, wesentlicher als die Eintrichterung von Einzelkenntnissen, die bald wieder vergessen und später im praktischen Wirken viel müheloser erworben, dann auch erst gewürdigt werden, während sie für das Kind zumeist langweilig sind und ihm daher die Freude am staatsbürgerlichen Leben geradezu verleiden können. Jedoch bei aller sittlichen Erziehung steht die Schule wieder vor der Frage, worauf die moralischen Maximen zu gründen, wodurch sie dem Zögling als wirklich verpflichtend nahezubringen und einzuimpfen seien — eine Frage, die sich nur in der Atemluft einer geschlossenen religiösen Kultur einheitlich und einfach beantwortet, deren Lösung aber heute zwischen der kirchlich-dogmatischen und

der weltlich-autonomen Fundierung des Sittlichen alle erdenklichen Zwischenstufen zeigt. Wir wollen nun gar nicht bestreiten, daß immerhin wichtige und wertvolle Elemente gerade der fürs öffentliche Leben grundlegenden Moralforderungen religionsfrei, vernunftgemäß, man kann sagen naturrechtlich ableitbar sind, und es wäre gar nicht uninteressant zu beobachten, wie weit eine sozialistisch inspirierte, rein weltliche Schule auf diesem Wege kommt. Gewiß ist die sozialistische Ideologie für solche Arbeit noch kaum aufgeschlossen, geschweige denn ausgeschöpft, das hängt mit der schuldhaften Vernachlässigung aller ethischen Kräfte des Gesellschaftssystems durch die öde materialistische Schablone des Marxismus zusammen. Aber allein die früher angezogene Tatsache, daß fast 97 Prozent aller Deutschen in den christlichen Kirchen verblieben sind, sowie die Erfahrung, daß gerade die Arbeiterfrauen dem Kirchenaustritt und der verfassungsmäßig zulässigen Abmeldung ihrer Kinder vom Religionsunterricht zu widerstreben pflegen, weisen darauf hin, eine wie hohe Bedeutung im Volksinstinkt selbst dogmatisch und kultisch völlig irreligiös gewordener Massen für die ethischen Faktoren der Erziehung der religiösen Unterweisung noch beigelegt wird. Ein letztes Zögern, sich von den metaphysischen, übersinnlichen Verknüpfungen des wertvoll Irdischen ganz zu lösen, kommt darin zum Ausdruck — vielleicht aber auch eine pädagogische Einsicht oder Ahnung von hoher Richtigkeit: daß nämlich für die kindliche Empfänglichkeit die religiöse Einkleidung der moralischen Grundsätze die wirkungsvollste, ergreifendste und erfüllendste Art sei, wie ihr diese Grundsätze dargeboten werden

können. Was die Völker selbst in den Tagen ihrer kindlichen Einfalt, ihres strömenden Gefühlslebens und ihrer blühenden Phantasie, ihrer elementaren Sehnsucht und schlichten Gläubigkeit erlebt und geschaffen haben: das bleibt immerdar für die Kinderseele auch einer kritischer, nüchterner, frostiger gewordenen Epoche das Angemessene, dem sie ihre Pforten am willigsten öffnet. Hier ist die unerschütterliche Bedeutung des eigentlichen Religionsunterrichts verwurzelt: daß er schlichtes sittliches Lebensgut in den für einen kindlichen Menschen unersetzlichen Formen der jahrtausendealten Glaubensgemeinschaften einprägt — in Formen, die auf dem Boden der Menschheitsseele gewachsen und dadurch von jener Schlichtheit, Echtheit, Schönheit und Kraft sind, die unnachahmlich durch Gemachtes ist.

Darum ist die christliche Simultanschule in der Tat die angemessene öffentliche Erziehungsform für ein Volk, das nicht in weltanschauliche Lager zerissen werden darf und allen Doktrinen zum Trotz faktisch zu 96,6 Prozent christlich geblieben ist. Darum ist sie der doktrinär weltlichen, religionslosen Schule überlegen; zumal sie es weder verbietet noch verhindert, daß die autonomen Grundlegungen des Sittlichen in den dazu tauglichen weltlichen Fächern (wie dem Geschichtsunterricht) sowie in der moralischen Praxis des Schullebens schlechthin, auch in seinen gymnastisch-sportlichen Betätigungen ihren Platz finden. Aber ich füge noch eines hinzu.

Mit dem Eintritt der Geschlechtsreife erwacht im Menschen spontan ein Drang zum autonomen Ringen mit sittlichen Lebensproblemen. Vielleicht ist er sogar beim Durchschnitt der Menschen niemals im

Leben wieder so elementar wie um diese Zeit. Es war ein Unheil, daß dieses Erwachen vordem sich selber überlassen blieb, während es bei aller puberen Unbändigkeit erst recht einer verständigen Lenkung und Nahrung bedurft hätte. Das einfache Jungvolk, das mit 14 Jahren aus der Volksschule ins harte Arbeitsleben hinausgewirbelt ward, fand sich dort ethisch wurzellos. Heute bietet die verfassungsmäßig und praktisch bis in den Abschluß der Pubertät verlängerte Schulpflicht, bietet die obligatorische Fortbildungs- und Fachschule, in welche die Volksschule ausmündet, die Möglichkeit, auch den ethischen Lehrprozeß der Volksschule organisch abzuschließen und in den ethischen Erziehungsprozeß des Lebens hinüberzuleiten. Das ist ein unermeßlicher Volkserziehungsfortschritt, gerade auch in Ansehung der politischen Volksmündigkeit, um die es bei uns geht. Man muß freilich wissen, was man mit diesen kostbaren Jahren und der kostbar knappen Freizeit, die sie für die Einwirkungen der Schule zur Verfügung stellen, anfängt. Wenn wir sehen, wie zäh schon die zehn Stunden Wochenunterricht des Fachschulwesens der Praxis abgerungen werden müssen, die ihre Lehrlinge und „Stifte“ eifersüchtig für sich reklamieren, so ist es uns gewiß, daß hier nicht mit der didaktischen Stange im pädagogischen Nebel herumgefahren werden darf.

Als ich die Aufgabe ergriff, in Baden das Volks-, Fortbildungs- und Berufsschulwesen mit neuen Lehrplänen auszustatten, stand für mich fest, daß in der Berufsschule niemals die Fachbildung allein Trumpf sein dürfe. Ich stellte die Maxime auf: $\frac{1}{3}$ der Zeit des jugendlichen Menschen seiner Schule, $\frac{2}{3}$ seiner praktischen Lehre; von jenem einen Drittel aber

wiederum $\frac{1}{3}$ dem Geist und Gesinnung formenden Unterricht, $\frac{2}{3}$ den eigentlichen „Fächern“, wenn die Wortbildung erlaubt ist, den Fachfächern. Innerhalb jenes wiederum sicherte ich der religiösen Unterweisung abermals $\frac{1}{3}$: das ist nur noch eine Wochenstunde. Es ist besser als nichts, wenn die unterweisende Kraft ihre Sache richtig anzupacken weiß; denn welches Lebensalter ist weiter geöffnet für religiöse Fragen als die Pubertät? Hier hebt ja das religiöse und das ethische Fragen überhaupt erst an, und es gibt Millionen, für die diese Jahre die einzigen im Leben bleiben, da sie einmal um den Sinn des Daseins, um Zeit und Ewigkeit, um Welt und Gott, um den Wert und das Soll des eigenen Ich ringen. Freilich, mit Bibelspruch, Katechismussatz, Glaubensbekenntnis und Kirchenlied ist es da nicht mehr getan. Als der Erzbischof von Freiburg mir für die Sicherung des Religionsunterrichtes im Fortbildungs- und Fachschulwesen dankte, erwiderte ich ihm: nur müßten sich freilich die den Unterricht übernehmenden und überwachenden Religionsgemeinschaften (denn dies ist die Ordnung des badischen Gemeinschaftsschulwesens, die sich trefflich bewährt hat) darüber klar sein, daß es gelte, für dieses Lebensalter eine ganz neue Didaktik des Religionsunterrichts zu entwickeln, wenn der zur Verfügung gestellte Ackerstreifen, der schmal genug sei, die Saat zur Frucht reifen lassen solle. In der Tat: gelingt dies, so wird diese Unterweisung ein ganz wesentliches Element in der sittlichen Verantwortungserziehung des schlichten Menschen werden, und da neben der einen Religionsstunde eine Stunde Staatskunde und eine Stunde Deutschkunde das „Drittel“ der Allgegenstände herstellen, so erhellt schon daraus,

wie bewußt diese Lehrplanerneuerung auf die Verantwortungserziehung des dem Vaterlande verantwortlichen Menschen abgestellt worden ist.

Die badischen Fortbildungs-, Gewerbe- und Handelsschullehrpläne von 1923—1925 bedeuten nicht bloß formal die Vollendung der badischen Simultanschule, sondern sie bedeuten das auch real. Der Gedanke, daß es für unsere Demokratie keine bessere Form der öffentlichen Erziehung gibt als diese, hat sich in ihnen durchgesetzt. Ein Schlußsteinchen einzufügen, war mir leider nicht mehr beschieden: ich dachte daran, den Gemeinschaftsschulgedanken, der des religiösen Elementes in seinem Ganzen nicht entraten kann und will, auch auf die Hochschulen auszudehnen, soweit er sinngemäß für sie ist. Konkret gesprochen: so sehr ich es abwies, der Einrichtung neuer „Weltanschauungsprofessuren“ für profane Fächer (wie Geschichte, Philosophie u. dgl.) zuzustimmen (wo eine katholische Theologenfakultät ist, sind sie garantiert, und zu Recht, aber es wäre auch da besser, sie zählten zu dieser Fakultät selber), so notwendig scheint es mir, daß der Student die Möglichkeit hat, sich mit den ewigen Dingen in einer seiner Eigenart angemessenen Höhenlage von Vortrag, Kolloquium, Seminar zu befassen. Dem würde durch die Erteilung von Lehraufträgen für Seelsorge und kirchliche Sozialethik (oder wie man es umschreiben will), eines evangelischen an der Universität mit katholisch-theologischer Fakultät, eines katholischen an der Universität mit evangelisch-theologischer Fakultät und eines katholischen und evangelischen an der technischen Hochschule Genüge geleistet sein. Hätte mich nicht die badische Koalitionskrise vom November 1925, in dem sie die De-

mokraten in die Opposition brachte, aus der Regierung verdrängt, so wäre in der neuen Landtagsperiode dies eine der ersten Aufgaben gewesen, die ich ins Auge gefaßt haben würde.

Ich habe von diesen Dingen so ausführlich gehandelt, weil sie demonstrieren, wie ich selber im verantwortlichen Wirken die erzieherische Grundlage der Demokratie dachte und gestaltete. Aus den Dingen der eigenen Erfahrung, zumal wo die Erfahrung das Glück bedeutet, Gewolltes verwirklicht zu haben, vermag man ja Ideen am lebendigsten zu machen. Ohne die tragende Idee der höchsten sittlichen Verantwortlichkeit, für die der Mensch herangebildet werden kann, vermag keine Demokratie zu dauern, sowenig wie ohne die beste Einsicht in den Zusammenhang der öffentlichen Dinge, wie sie nur in einer sinnvoll guten (nicht sinnlos überfütternden), in einer möglichst gediegenen Schulbildung mitgeteilt werden kann. Nimmt man hinzu, daß bei einer sehr jungen, noch unbefestigten Demokratie eines jahrhundertelang von übermäßigen Zentrifugalkräften auseinandergerissenen Volkes alles darauf ankommt, die Masse zusammenzubringen, dem Trennenden entgegenzuwirken, Absonderungen zu überbrücken, Risse auszufüllen: so kann eine besonnene Erwägung, fern aller Prinzipienreiterei, nur der Gemeinschaftsvolksschule als der öffentlichen Erziehungsgrundlage deutscher Volksherrschaft das Feld bereiten wollen. Sie kann es besonders ruhigen Gewissens, da diese Erziehungsform ein halbes Jahrhundert hindurch im Südwesten des Reiches trefflich bewährt und dort ein wertvolles Fundament jener „natürlichen Demokratie“ gewesen ist, ohne die keine formelle Demokratie Bestand haben

wird, zu der also ganz Deutschland sich durchringen muß, wenn es demokratisch bleiben will. Der Zusammenhang zwischen der Staatsordnung, dem Gesellschaftssystem und der Kulturpolitik ist nirgends so eindeutig wie an diesem Punkte. Ob die Deutschen ihn hier begreifen und ergreifen, das wird für ihren Staat schicksalmitbestimmend sein!

49

So von unten herauf, und nur so wird sich auch die Sinnesart wandeln können, von der heute zur Sorge vieler Republikaner noch ein ansehnlicher Teil unserer akademischen Jugend besessen scheint. Wir sehen hier zunächst Lebensformen, die viele von uns völlig überlebt, versteint, gehaltlos und sogar lächerlich anmuten. Aber wir wollen nicht vergessen, daß noch vor einem Menschenalter nur sehr wenige im bürgerlichen Deutschland waren, die diese Formen nicht stürmisch geliebt hätten, so daß die studierende Jugend im Festhalten an ihnen gerade durch den frohen Widerschein bestärkt ward, den ihr Treiben auf den Mienen der Alten, der Philister, der Massen entzündete. Auch andere große Nationen, man denke an die englische, halten zumal im korporativen Dasein an ganz skurrilen, uralten Formen fest und haben hinter dieser verstaubten Maske recht wohl dem Lauf der Zeiten sich anzupassen verstanden. Auch bei unsern Studenten scheint mir das Wesen besser zu sein, als die Schale vielfach erkennen läßt. Soweit dieses Wesen freilich auf wahllose Laufbahnpatronage abgestellt ist, muß es erbarmungslos ausgerottet werden, aber das kann nur die Erfahrung des öffentlichen Lebens besorgen: wenn die Leutchen merken,

daß es nichts mehr nützt, solcher oder solcher Ein- oder Zweibändermann zu sein, wird unser Korporationsleben sich von den Elementen reinigen, die es aus diesem Motiv heraus aufsuchen. An diesem Punkte finde ich unsere „Linke“ recht lässig und unaufmerksam; ich habe es Sozialdemokraten, Zeitungsmännern und meinen eigenen Freunden wiederholt gesagt und werde es ihnen immer wieder sagen, daß die Art, wie etwa der Personaletat des Auswärtigen Amtes von ihnen passieren gelassen wird, sehr viel Instinkt für die wirklichen Pfeiler staatlicher Macht vermissen läßt und der Fortdauer, ja dem Neuaufblühen einer gedankenlosen und gefährlichen Altherrenpatronage für die diplomatischen Posten Vorschub leisten muß. Hier ist wirklich der Verbürgerlichungsprozeß noch arg im Rückstande, ja vielleicht wieder im Rücklaufe, und man sollte meinen, für die Antiquiertheit einer solchen Dynamik müßte selbst in den Reihen der Rechten, die doch heute fast völlig verbürgerlicht ist, einiges Verständnis zu finden sein. Jedoch, abgesehen von dieser größten Gefahr des studentischen Korporativismus, und abgesehen von immer noch zuviel (und leider in der jüngsten Zeit sogar wieder mehr) Trinkgepflogenheiten (in denen allerdings gerade unsere festliche öffentliche Geselligkeit mit schlechtem Beispiele vorangeht, wie jeder Berufspolitiker seufzend bezeugen wird) — birgt der farbige Mummenschanz doch viel wertvollere Faktoren hinter seiner Schauseite, als meist erkannt wird. Die Kleinerziehung zum Gemeinschaftsleben, zu Haltung, Opferwilligkeit, zum Verwaltungs-ABC, ist gerade bei dem individualistischen Deutschen nicht so unwichtig, wie man öfters meint. Es würden nicht ge-

rade heute wieder immer neue, vielleicht zuviel neue Zirkel aller Art — wie die „Fachschaften“ — aus der Erde wachsen, wenn nicht die Isolierung des einzelnen immer lebhafter als etwas Unnatürliches und Unfruchtbares empfunden würde. Bei allem Respekt aber vor wissenschaftlichem Verein, Kränzchen, Fachschaft und ihren Leistungen: die normale Verbindung ist ihnen dadurch überlegen, daß sie eine Simultanschule im kleinen vorstellt, indem sie die Studierenden aller Fakultäten zusammenbindet, die heute schon rein räumlich immer mehr auseinanderstreben. In diesem Sinne bedeutet sie ein Stückchen Universalität in der Universität, die davon herzlich wenig mehr besitzt, und an diesem Punkte wird die Benachteiligung der technischen Hochschulen, in denen während der empfänglichsten Jahre schon immer nur der Techniker mit dem Techniker zusammenhaust, besonders deutlich. Diese Universalität kommt heute freilich auch in den über jede Voraussage hinaus gewachsenen Wohlfahrtsveranstaltungen der Studentenschaft zu ihrem Recht, und auch hier kann man billigerweise nicht sagen, daß die Korporationsstudenten schlechter abgeschnitten hätten als die andern. Trotz einzelner Mißwirtschaften und Verirrungen, im überwältigenden Ganzen ist auf diesen Linien der studentischen genossenschaftlichen Selbsthilfe nicht bloß praktisch Außerordentliches geleistet, sondern auch ein Erziehungsprozeß zu Gemeinschaftsbewußtsein, Dienst am Ganzen und an der Not, Verwaltungsroutine und Verantwortungsbewußtsein im kleinen in die Wege geleitet, der in seinen Früchten dem Selbstbestimmungsvermögen des deutschen Jungvolkes schlecht-hin zugute kommen muß. Dr. Mitgaus „Studentische

Demokratie“ gibt jedem, der sich belehren lassen will, ein anschauliches Bild davon.

Vieles sonst, das der akademische Lehrer am allerschmerzlichsten kennt, ist Kriegs- und Nachkriegsfolge (noch immer sitzt in unsern Hörsälen doch eine Generation, die während des physischen und moralischen Elends der zweiten Kriegshälfte die Sexta, rund gesprochen, und während der noch schlimmeren Inflationsverwüstungen die Sekunda besuchte; vergessen wir doch das nicht!) — vieles teilt die akademische Jugend mit der Jugend überhaupt, zum Exempel den sehr viel mäßigeren Respekt vor dem „Alter“, der uns natürlich ärgerlich ist, weil wir deutschen Alten unsererseits, *nostra maxima culpa*, den natürlichen Ton der gleichalt-rigen angelsächsischen Generation noch nicht gefunden haben, der uns solchen Ärger erspart; zum Exempel aber auch die geringere „Geistigkeit“, die viel nüchternere Hinwendung zu Erwerb, Technik, Sport, den drei amerikanistischen Großmächten im neu-abendländischen Dasein. Damit heißt es sich abfinden wie mit der verminderten Geltung der Universität im öffentlichen Leben der Nation überhaupt, die nicht von heute und gestern, sondern mit dem Zerbröckeln der humanistischen Epoche vorbereitet und nur im Prunk und Glanz des zweit-wilhelminischen Zeitalters uns nicht rechtzeitig zu Bewußtsein gekommen ist. Alles das sind unerbittliche Zeitsymptome, und für den deutschen Staat bedeuten sie entweder keine Gefahr, oder wo doch, so nicht darum, weil die Studenten von ihnen mit-ergriffen sind, sondern weil alle von ihnen ergriffen sind.

Gefahr bedeutet einzig: eine gewisse, schwer zu

beschreibende Art des sozialen Dünkels gegenüber allem Nichtstudierten, wofern es sich nicht durch Reichtum legitimiert, ein sichtbarer Schwund aristokratischer und ein Noch-nicht-Vorhandensein volkstümlicher Lebenshaltung. Auch unser im ernstesten Sinne „vornehmstes“ Verbindungswesen ist heute vielfach auf eine unsympathische Art plebejisiert. Man trifft häufig auf etwas parvenühaft Bourgeoises in unserm Studententum, man möchte sagen: etwas „Kleinbourgeoises“, denn der Begriff des solide, wenn auch spießig Kleinbürgerlichen deckt die Sache nicht. Und dies hat sich verschlimmert, indem die akademische Graduierung (nach dem Abitur) allmählich immer einseitiger zum Hebel des „Fortkommens“ und zum Maßstab der Geltung im Leben wird. Unsere Hochschulen sind namenlos überfüllt — es kann einem grauen vor all dem künftigen Elend, wenn man in die vollgepfropften Hörsäle blickt —, weil nachgerade keiner mehr meint, es ohne den, ohne irgendeinen Dokortitel zu „etwas“ zu bringen. In Deutschland droht der schlechthin praktische Mensch, der mit rund 15 oder 16 Jahren die Schule verließ, um sich durchzusetzen: er droht auszusterben. Schon die Gefahr der Überalterung wächst damit; wer studiert, kommt ja vor dem 24., 25. Jahre nicht dazu, das Leben aus eigener Verantwortung anzupacken. Wir schreiten, im vollen Ernst, auf eine Zeit zu, da die Nation in die Two Nations der Promovierten und der Nichtpromovierten zerfallen wird. Hier tut sich nicht eine neue gesellschaftliche Schichtung, sondern eine neue gesellschaftliche Zerklüftung auf, die viel schlimmer ist als die oft berufene, welche der Humanismus mit seiner Scheidung von Bildung und Unbildung ver-

schuldet haben soll, denn es fehlt ihr auf der bevorrechtet sich dünkenden Seite der geistige Gehalt, der die Bildung im alten Sinne frei und stark machte. Diese Sorte von Studieren und Graduiertwerden macht unfrei und schwächlich. Und unsere Hochschulen, ohnehin in sinkendem Einfluß, werden durch solchen Zustrom mehr und mehr subalternisiert.

Aber dies Problem hat eben seine Wurzeln in einer bedenklichen Gesellschaftsentwicklung, die wir wohl als einen, vielleicht den tiefsten Schatten des allgemeinen Verbürgerlichungsprozesses beurteilen müssen. Er kann nicht von den Hochschulen her bereinigt werden; sie wünschen sich nichts sehnlicher, als daß sie von ihm bereinigt würden! Freilich müssen ihre Lehrer daran mitwirken. Jeder an seinem Platze hat die Pflicht, unerbittlich zu sein, in Wort und Akt. Die Echten im Geist, einst bestimmt, unser Volk wirklich zu führen, und die Parasiten des Geistes müssen streng geschieden werden. Es darf keine laxe Duldung geben, im Seminar, in der Klinik, im Institut — und erst recht im Examen nicht. Mit Beglückung las ich kürzlich, daß bei einer juristischen Prüfung an einem Oberlandesgerichtssitze sämtliche Kandidaten durchgefallen seien. Dazu muß der Mut wieder aufgebracht werden, denn der Jammer, den eines Tages die Duldung erzeugt, wird viel schlimmer sein, als die Zerknirschung des Augenblicks. Jedem jungen Menschen muß es ins Bewußtsein gehämmert werden, daß Studieren nicht nur ökonomisch, sondern erst recht geistig ein bitterernster Entschluß ist.

Die wahrhaft geistigen Elemente aber werden auch den rechten Weg zum neuen Deutschland finden.

Daran kann schon heute kein Zweifel sein. Daß die Hochschulen sich schwerer als die Arbeiterschaft oder der katholische Volksteil oder die israelitischen Mitbürger sich vom deutschen Kaisertum Wilhelms II. losmachten — wen kann das wundernehmen? Wen, daß sie darin an der Seite etwa des Offizierkorps, der Marine, der großen Wirtschaft verharreten? Sie waren doch nicht, wie jene oben beispielshalber genannten Lager, Stiefkinder dieses kaiserlichen Deutschland, sondern seine Hätschelhänse gewesen, gerade unterm letzten Träger der ach so jungen Kaiserkrone. Weder sein Großvater, noch gar sein Urgroßvater hat die Gelehrten so honoriert, wie er es, und man muß gerecht sein, nicht ohne wirkliche Einfühlung und bemühtes Verständnis getan; neben ihm übrigens mancher Einzelbundesfürst, wie Friedrich I. von Baden mit seiner Gattin Luise — Haltungen, die sehr viel schneller vergessen worden sind als die kaiserliche. Soviel und so vielseitige Offenheit für den gelehrten Geist, auch für seine modernsten, technologischen Erscheinungsformen, war in der Tat seit dem jungen Friedrich, dem noch nicht Großen, nicht wieder auf dem Throne gewesen. Die Republik hat, trotz Eberts rühmlicher Ausnahme, zunächst nicht gleich eine ähnliche Haltung gefunden, und es nutzte ihr nichts, daß sie vielerlei Abgelebtes am Formenwesen der Hochschulen schwächlich schonte — den Menschen (und die Gelehrten sind, ach wie sehr! welche) imponiert starker Wille oder wirkliche Gunst, selten aber ein farbloses Gewährenlassen. Trotzdem sind manche Schimpfrebellionen einzelner Hochschulehrer gegenüber den neuen Dingen schon durch ihre Gedankenlosigkeit und Verantwortungslosigkeit unentschuldigbar, am meisten aber durch die Gesinnungslosigkeit,

mit der doch zugleich die Anstellung in diesem „encanaillierten Afterstaate“ (wie einer sich einmal vor meinen Ohren äußerte) als selbstverständlich samt der Pensionsfähigkeit hingenommen wurde. Göttinger Sieben hat der November 1918 so wenig erlebt, wie Generäle oder sonstige Lehnsleute, die sich für ihre Souveräne mit der „Canaille“ geschlagen hätten.

Auch in der Volksherrschaft macht der regierende Ton großenteils die öffentliche Musik. Ich habe in meiner badischen Amtszeit, die mich leider mit drei akademischen „Fällen“ befaßte, unbeirrt von rechts und links (und die Beirungsversuche machten sich mit stärkstem Drucke geltend) den Standpunkt vertreten und durchgesetzt, daß die Lehrfreiheit und die Meinungsfreiheit nicht angetastet werden darf, daß aber auch dem wissenschaftlichen Genie nicht gestattet werden kann, unter Mißbrauch der einen oder andern den Staat herauszufordern, seine Ordnung zu gefährden, seine Träger zu beschimpfen. Nur bewaffnet mit dieser Entschlossenheit konnte, so bewaffnet aber mußte die Republik des Staates den Republiken der Forschung und Lehre dieselbe Ehrerbietung bezeugen, wie es die letztkaiserliche Ära gepflogen hatte. Daß große Gelehrte „Primadonnen“ sind und das Hofiertwerden ihnen Lebensbedürfnis ist, unterscheidet sie nicht von den großen Malern, Dichtern, Baumeistern, Musikanten. Dem muß man verständig Rechnung tragen, das haben sogar die monarchischen Despoten gewußt, und wir könnten darin noch viel von ihnen lernen.

Das muß man besonders an die Adresse unserer Sozialdemokratie sagen. Sie hat doch diesen Staat miterschaffen, sie bejaht ihn (ob als „Selbstzweck“

oder nur als „Durchgang“ zur oder als Basis der künftigen sozialistischen Gesellschaftsordnung, was kümmert uns diese Doktorfrage), sie will ihn mitbesitzen. Leider läßt sie ihn sich an sehr entscheidenden Stellen mit vollkommener Sicherheit wieder entgleiten, wenn sie nicht genug Landräte, Richter, Oberlehrer, sogar Pfarrer stellt, die ihres politischen Bekenntnisses sind. Davon nun sieht man noch gar nichts; die Zahl der sozialistischen Studenten, die wirklich sozialdemokratische Studierende werden, ist seit 1919 wieder beträchtlich zurückgegangen. Diese größte deutsche Partei muß eben ihr praktisches Verhältnis zum Geist einmal gründlich revidieren. Bleibt sie auf der Linie, von der sie im Grunde seit dem katastrophalen Dresdener Parteitag von 1903 nicht losgekommen ist, so wird niemals eine namhafte Zahl von wirklich Geistigen sich entschließen, in ihren Reihen zu stehen, um sich dort bei jeder Wirkensmöglichkeit vom Gewerkschaftsstumpfsinn beiseite drücken zu lassen. Man kann alle Schwierigkeit würdigen, die darin liegt, den handarbeitenden Massen den Vorrang des Geistes klarzumachen und die jungen Intellektuellen von einem unreifen Dünkel gegenüber jenen Massen oder von allzugroßen Rosinen über die ihnen selber zukommende „Führerrolle“ zu kurieren; die Kur muß nach beiden Seiten hin vollzogen werden, heute tätigt man sie immer nur an der einen, an den Geistigen, und zwar an ihnen so gründlich, daß sie den Rücken kehren. Es wäre für die Prognose der deutschen Demokratie ein ganz unberechenbar übles Symptom, wenn die Sozialdemokratie sich selber aus ihr geistig auskapselte. Diese Partei könnte ruhig 30 Mandate weniger haben, wenn sie dafür ihren geistigen Elementen

den Einfluß verstattete, ohne den es kein politisches Wirken und Gestalten mit noch so breit daher flutenden Massen gibt.

Bedeutet die kürzlich vollzogene Auswechselung des „Grobschmieds“ Hörsing als Oberpräsident der preußischen Provinz Sachsen durch den Universitätsprofessor Dr. Waentig eine Art symbolischen Aktes, so wäre das als ein Aufdämmern richtiger Einsichten in den sozialdemokratischen Reihen zu begrüßen. Nicht als ob wir ehemalige Arbeiter nicht für fähig hielten, zu den höchsten Verwaltungsstellen emporzusteigen, und Professoren für prädestiniert hierzu! Wir sind weit entfernt davon, die echte Demokratie so zu verneinen, und Hörsing ist ein in seiner Art vielseitig verdienter Mann von der Sorte, wie jeder volkstümliche Staat sie braucht; der Staat wird, nach dem allein richtigen Verwendungsprinzip, sicher wieder von ihm Gebrauch machen, wenn er über seine Extratouren ein wenig in sich gegangen ist. In der Demokratie stürzt man — stürze man, um für neue Leistung daraus zu lernen. Jedoch, wir meinen das Umgekehrte: auch die Sozialdemokratie muß dartun, daß sie sich von ihren intellektuellen Köpfen nicht bloß gute Gedanken denken und daß sie ihre Männer von vollendeten Lebensformen nicht bloß als Renommierdandys auftreten läßt, sondern sie muß diesen ihren Elementen angemessene Wirkungssphären sichern. Die Arbeiterschaft muß vom Horror Doctoris genesen, wie die heutige bürgerliche Welt vom Furor Doctoris genesen müßte. Erst dann wird sie praktisch den neuen Staat so mitergreifen, daß er tatsächlich ihr mitgehört. Denn das ist erst dort der Fall, wo man seine Männer, tüchtige und taugliche Männer, Männer von Begabung und Ge-

sinnung, aber auch von Bildung und Haltung, in der Exekutive des Staatsalltags, ja über die eigentlichen Bezirke der Staatsmaschinerie hinaus in der Gesamtexekutive des öffentlichen Lebens sitzen hat.

Den übrigen Parteien in Deutschland braucht man das nicht zu predigen, betrachten sie doch eher manchmal das politische Wirken gar zu einseitig nur unter diesem einen Gesichtspunkte der verlässlichen Stellenbeschlagnahme. Aber eins sollte auch ihnen zum Bewußtsein kommen: allenthalben ist der Anteil des gelehrten Elements am öffentlichen Leben mehr als natürlich zurückgegangen. 1848 hatten wir ein Professorenparlament, es war wohl zuviel des Guten, aber übermorgen wird kaum noch ein deutscher Hochschulprofessor fürs Parlament zu haben sein. Es hat das zum Teil dieselben Ursachen wie bei den Männern der Wirtschaft; aber „Ursachen“ sind darum noch keine berechtigten Gründe; wir haben früher die Hoffnung geäußert, daß in den Wirtschaftskreisen sich ein Wandel vollziehen und die Anwesenheit eines Mitgliedes im Parlament wieder in ihrer auch heute noch gültigen Bedeutung durchschaut werden möchte, die durch keinen Syndikus ersetzbar ist — wir mahnen hier, daß nicht bloß die Parlamente, denn es kommt nicht mehr auf sie allein an, sondern das ganze öffentliche Leben vom städtischen oder kirchlichen Gemeindekörper bis zur Ministerbank und dem Staatsoberhauptssitz sich wieder mehr des unersetzlichen Wertes des Gelehrten für dieses öffentliche Leben bewußt werden möge. Praktisch bewußt: man hole ihn wieder eifriger heran, aber man verscheuche ihn auch nicht, indem man ihn in unangemessenen Aufbürdungen von subalternen Arbeit erstickt. Dies nämlich ist es,

der Kleinkram der Ansprüche und Ansinnen, was ernste Gelehrte heute dem Wirken in den öffentlichen Einrichtungen entfremdet. Auch die Fraktionsvorstände müssen sich in die Einsicht zurückfinden (die ihre Großväter noch besessen haben), daß ein großer Gelehrter eine Zierde jeder Korporation ist und zur rechten Stunde Eigenschaften mitbringt, die ihm kein anderer nachmacht, daß man ihn aber nicht an der Elle des Alltagsitzfleisches messen darf. Die großen Reiche des Westens (Frankreich, England und Amerika) haben alle mit gelehrten Staatsmannsfiguren, die in ihnen bis heute nicht ausgestorben sind, die besten Erfahrungen gemacht: mag man sich England ohne Arthur James Balfour denken, dem es noch kürzlich wieder die Mission der geräuschlosen Imperiumsneuformung übertrug, um sie vorbildlich gelöst von ihm zurückzuempfangen! Auch die Virchow und Mommsen in Deutschland, die Franz Klein und Böhm-Bawerk in Österreich sind ja keine weltfremden Schwächlinge gewesen, wie ein die Phrase von Blut und Eisen schnarrendes Epigonenzeitalter uns weismachen wollte — auch nicht, wo die Geschichte ihrem Willen unrecht gegeben hat. Friedrich Althoff, der aus der Hochschullaufbahn kam, war bekanntlich sogar ein richtiger „starker Mann“, wie ihn heute viele erträumen, die sich darunter immer nur einen Haudogen vorstellen können, Carl Heinrich Becker, Professor für Orientalia, ist gewiß einer der besten Kultusminister, die Preußen gehabt hat, und was bedeutet das unermüdliche Wirken des greisen Wilhelm Kahl nicht allein an Frucht und Ertrag, aber auch an Mehrung von Geist und Würde in unserm Parlament! Man muß nur nicht vom Gelehrten, wenn er

an eine verantwortliche Stelle tritt, eigensinnig gerade das erwarten, was die Advokaten, die Oberbürgermeister und die Ministerialräte am besten können — die können dafür wichtiges anderes nicht, was er kann.

Es ist eine Lebensnotwendigkeit für den demokratischen Staat, daß er lebendig aus allen Bezirken seines Gesellschaftssystems gespeist werde, auch seine führenden Männer aus allen beziehe. Es wäre schlimm, wenn die Wirtschaft in politischer Abstinenz verharren wollte, noch schlimmer, wenn die eigentlichen Sphären der schaffenden Geistigkeit vom Staate abgedrängt würden. Sie können ihn, er kann sie nicht entbehren. Sie ihn nicht, denn ohne die tätige Verknüpfung mit ihm laufen sie Gefahr, zu esoterischen Spezialistenschulen zu versteinen, denen jeder lebendige Einfluß auf die Gesellschafts- und damit auf die Kulturentwicklung abgeht: ich fürchte sehr, wir sind schon ein gut Stück auf diesem Wege. Er sie nicht, denn allein die Erfahrung zeigt, daß jeder emporstrebende oder blühende Staat das Bündnis mit dem Geiste vollzogen hat. Die Gründung der Universität Halle und der preußischen Akademie der Wissenschaften umrahmen als wahrhafte Kräfte die Äußerlichkeit der Erhebung Preußens zum Königreich; durch Sanssouci ward Potsdam geadelt und geläutert; wieder steht, nach tiefstem politischen Sturz, an der Schwelle der Wiedererhebung Preußens die Gründung der Universität Berlin und die Versammlung der erleuchteten Geister in ihren Hallen. Es hat die Verhängnisse der zweitwilhelminischen Ära mitvorbereiten helfen, daß die erstwilhelminische in ihren offiziellen Stellen, auch in Bismarck, vortrefflich mit Emil Ludwigs

Formel zu reden: „auf der Schattenseite des Geistes zu leben“ beliebte. Das meiste, was wir heute zwischen Hochschule und Republik zu wünschen übrig bleiben finden, würde sich in einer innigeren tätigen Beziehung der deutschen Gelehrsamkeit zum Staate ganz organisch auflösen. Daran mitzuhelfen, bedeutet kein kleines Stück deutscher Kulturpolitik in der Demokratie.

50

Alles sonst an dieser Kulturpolitik ist Einzelheit, kann, von der Prognose des Volksstaates her betrachtet, so oder so angefaßt werden, sofern es überhaupt vom Staate angefaßt werden muß. Ob die Künstler sich selber überlassen bleiben oder in Akademien, Kunstschulen, Meisterateliers erzogen werden; ob man Staat und Kirche völlig trennt oder irgendwie verbunden hält; ob man noch an eine allgemeine Bildung glaubt oder schon wieder an eine, oder statt dessen eine ganze Reihe von Bildungssystemen einrichtet, wie die preußische Schulreform es unternommen; ob die höhere Schule acht oder neun Jahre währt, die Handelshochschulen mit dem Dr. merc. belehnt werden, ob Akademien der Wissenschaften wieder ins weite Volkstum hinaustreten oder bei ihren gelehrsamten Fachaufgaben bleiben sollen — dies und hunderterlei Ähnliches hat seine Bedeutung auf seine Art, macht dem jeweiligen Ressortminister zu schaffen, muß einmal irgendwie entschieden werden, jedoch weder Geschichte noch Kultur, weder Geistesentwicklung noch Staatsexistenz sind wesentlich davon bestimmt. Ohne das Bündnis mit dem Geiste kann kein bedeutender Staat bestehen, Rom hatte es so gut wie Preußen und Britannien (von

allen dreien wird es seltsamerweise manchmal verkannt, daß sie es hatten) — aber die Details der Geistespolitik eines Staates können diese und jene Form haben, ohne daß es das Wesen der Sache berührt. Was in dem Kräfteparallelogramm: Volk — Staat — Gesellschaft — Geist — grundsätzlich nottut, soweit es sich um den deutschen Staat von heute handelt, glauben wir abgehandelt zu haben. Alles andere ist zweiter Ordnung, und es gehört zur Lebenserfrischung, die in der Buntheit und im Wechsel liegt, daß es einmal so und einmal so gemacht wird. Es zeigt sich gewöhnlich bald, daß sich auf beiderlei Weisen gut bestehen läßt.

Jedoch, es gibt — sonst könnten wir diesen Abschnitt beschließen — es gibt noch ein Gesellschaftsproblem, das auch den neuen deutschen Staat schwer bedrückt, das gleich einem böartigen Strahlenpilz Volkstum, Staatsordnung und Geistesleben durchschwärt und an einer dunklen Stelle jüngstdeutscher Geschichte blutrieselnd aufgebrochen ist. Es ist beinahe Verwegenheit, es anzurühren, und es wäre doch Feigheit, an ihm vorüber zu schleichen.

Es gibt Juden und es gibt Antisemitismus in Deutschland.

Wieviel Juden gibt es? Wir wollen auf dieser sehr rationalen Basis unsere Betrachtung beginnen. Es gibt nach der Zählung von 1925 in Deutschland 62 $\frac{1}{2}$ Millionen Menschen und darunter sind 60188000 Christen (rund 60 $\frac{1}{5}$ Millionen) und 564400 Juden (rund eine reichliche halbe Million). Mit andern Worten: auf über 100 Christen kommt in Deutschland ein Jude.

Wie ist es möglich, wie verlohnt es sich, daraus eine Judenfrage und eine antisemitische „Bewegung“ zu

machen? Man scheint vor einem Rätsel zu stehen, vor einer Absurdität, ja vor einer Wahnidee, und man wird darin bestärkt, wenn manche extremen Erscheinungen der Judenfeindschaft und Judenfurcht sich ausgesprochen wahnhaft äußern, wie wir es in den Fällen des „Ritualmordes“ und der „Weisen von Zion“ erlebt haben. Auch solchen Wahn dürfte man nicht ignorieren, ist doch ein Rathenau sein Blutopfer geworden. Aber immerhin, wesentlicher als dieser Superlativ erscheint das Positivum: daß der Antisemitismus als Einstellung und Verhalten unser ganzes Alltagsleben, das private und das öffentliche, durchzieht, in tausend stündlichen Abschließungen und Ausschließungen sich äußert, daß er hinter den Kulissen auch bei Parteien wirksam ist, die ihn auf der Szene feierlich von sich weisen, daß nach der pessimistischen Ansicht zahlreicher Juden überhaupt kaum ein Nichtjude von seinen Regungen frei ist und daß er auf diese Weise die Juden wirklich zu einem Volk im Volke macht — was die meisten von ihnen sicherlich nicht wünschen, wovon aber zu untersuchen wäre, ob sie es ungewollt verschulden.

Was die Rasse angeht: dieser eine Jude unter über hundert Christen ist kein Neger, kein Mongole, kein Indianer. Er hat unsere Hautfarbe, ist ausgesprochen weißbräunlich (im Durchschnitt weißer, „rosiger“ als etwa viele Angehörige anderer Teile der Mittelmeerrasse, wie Südslawen oder Südtaliener, von Spaniern und Portugiesen ganz zu schweigen). Er zeigt alle Haar- und Augenfarben, auch viel Blond, Rötlich, Blau und Grau, allerdings auch sehr tiefes Schwarz und Braun; er ist ohne Zweifel in etwa vier Fünftel der Fälle als Jude erkennbar, nämlich durch eine physiognomische Modellierung, welche manchmal

die Nasenform, regelmäßiger aber die Mundpartie und die Augenpartie betrifft, sowie durch kleine Eigentümlichkeiten der Haltung und Geste, die bei den Männern am stärksten die Sprachmimik und die Handbewegungen, bei den Frauen besonders Sitz- und Gangart kennzeichnen. Aber wäre nicht die Suggestion der Trennung: Jude oder Nichtjude? — so würden diese Abweichungen im Habitus den Juden äußerlich meistens nicht weiter, oft kaum so weit von einem nordischen, alpinen oder dinarischen Deutschen abrücken, wie diese untereinander verschieden sind. Zahllose mitteldeutsche Menschen, die kleinwüchsig, rundköpfig, braunhaarig und braun- oder grünäugig, kurzgliedrig, wohlbeleibt und nicht selten ein wenig rachitisch sind, stehen für die objektive anthropologische Betrachtung in ihrem Gesamthabitus von den unter ihnen lebenden Juden viel weniger ab als etwa von einem hochwüchsigen, athletischen, blonden, blauäugigen, riesengliedrigen, langköpfigen Holsteiner oder Mecklenburger. Es kann auch keine Rede davon sein, daß der jüdische Gesamthabitus für unsern Schönheitskanon besonders „häßlich“ wäre. Es gibt, namentlich seitdem die Judenschaft auch das hygienische Ghetto hinter sich gelassen hat und intensive Leibespflege, Spiel und Sport treibt, so viele schöne Juden und Jüdinnen wie schöne Franzosen und Italiener beiderlei Geschlechts; es gibt auch noch immer kleinwüchsige, fettsüchtige und krummgliedrige — aber man tue in einem Lande, das den Antisemitismus besonders kultiviert, in Bayern, einmal einen Blick ins Volksgewimmel etwa der Oktoberwiese oder des Franziskanerkellers, und man wird auch keine ungemischte ästhetische Freude an einer „Edelrasse“ erleben.

Nein, die physische Unterschiedenheit ist weiter nichts als ein an sich unbedeutender Anhaltspunkt für die physische Fernhaltung, die von den Nichtjuden den Juden gegenüber gewollt wird. Das geringfügig abweichende Körperliche gibt nur einen Index ab für das (vermeintlich) kraß abweichende Seelische. Wie steht es hiermit?

Gehen wir dem nach, so stoßen wir zunächst auf die praktische Tatsache, daß das Verhältnis 1:100 sich im Leben wesentlich anders darstellt. Es verdünnt sich in den untern Volksklassen und auf dem Lande vielfach auf noch viel weniger, etwa auf 1:500 oder 1:1000, aber es verdichtet sich in den Großstädten, den Bädern und Sommerfrischen, im Reiseverkehr, in den Theatern und Konzertsälen vielfach auf 1:25 oder gar auf 1:10 und noch darüber hinaus. Diese Erscheinung, die uns die unter uns lebenden Juden vorzugsweise in starken Anhäufungen ihres Auftretens zeigt, wurzelt in drei Tatsachen: in ihrer Sippenfestigkeit, in ihrem Wohlstand und in ihrer geistigen Interessiertheit. Das Sippentum wird natürlich genährt und verstärkt durch die Schwierigkeit, sich gesellschaftlich mit den Nichtjuden zu vermischen; wir weisen die Juden aufeinander an, indem wir uns ihnen versagen. Aber es ist doch wohl ein ursprünglicher Wesenszug an ihnen, den sie übrigens mit allen Mittelmeervölkern zu teilen scheinen: die Verwandtschaft spielt auch im Leben des Italieners und des Südslawen eine viel größere, bindendere und verpflichtendere Rolle als in Nordeuropa, wo sie nur in den Sphären der Nobilität, des Landadels wie des Patriziats, zu bewußter Pflege gelangt ist. Bei den Juden finden wir weitverbreitet eine Art Vorliebe für Verwandte, die sich praktisch in einer

sehr ausgeprägten Sippenhilfe und in vielen Verwandtenheiraten betätigt. Der Tadel, daß einem im gesellschaftlichen Umgang mit einzelnen Juden sehr bald auch ihre Vettern und Basen aller Grade zugeführt und anempfohlen würden, ist häufig von Nichtjuden zu hören, die dem Judentum als solchem ohne Vorurteil gegenüberstehen. Durch ihr sippenweise gehäuftes Erscheinen rufen die Juden naturgemäß oft den Eindruck hervor, einen viel stärkeren Anteil der Gesamtheit auszumachen, als es statistisch der Fall ist — das Bild, daß es von ihnen „wimmle“. Abwehrregungen werden dadurch versteift.

Am häufigsten entsteht dieses Bild an Orten, die aufzusuchen sich nur der Begüterte leisten kann. Die Juden sind nicht gleichmäßig im Gesellschaftssystem verteilt; sie gehören ganz überwiegend den städtischen, mittel- und großbürgerlichen Schichten, der typisch „erwerbenden Gesellschaft“ an. Sie besitzen zweifellos einen starken Erwerbssinn und hohe Erwerbsgaben, wir lassen hier noch dahingestellt, ob aus ursprünglicher ethnischer Anlage oder aus geschichtlicher Nötigung heraus; vor allem aber tragen sie, besonders ihre Frauen, den erworbenen Wohlstand gern zur Schau. Dies macht sie nicht bloß durch ihre sippische Masse, sondern auch durch Kleidung, Schmuck, Konsum, Luxus aller Art auffälliger. Es ruft nicht nur Neid hervor, sondern erzeugt auch den Eindruck, daß „das Geld“ in ihren Händen zusammenströme und daß sie dadurch eine Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts im Volksorganismus, der gerechten ökonomischen Güterverteilung bildeten.

Der Erwerbssinn der Juden mag ursprünglich oder historisch erworben sein: gewiß hängt er mit ihrer

Intellektualität an sich zusammen, gewiß aber auch, sei es als Ursache oder Wirkung, mit der stark erdenfrohen Einstellung ihrer Religion. Die göttlichen Verheißungen ihres mosaischen Dekalogs gehen auf langes Leben, Kindersegen und Wohlstand, auf alles dies (für den Frommen) „bis ins tausendste Glied“. Später hat sich eine Jenseitsseligkeitslehre entwickelt, doch hat sie niemals die einseitige Bedeutung gewonnen, wie im Christentum und im Islam; die ewige Verdammnis aber kennt das Judentum überhaupt nicht. Der Schwerpunkt des Daseins blieb durchaus auf dem irdischen Boden. Hier recht eigentlich bewährt man sich — das kehrt später im Puritanismus wieder; aber hier recht eigentlich lebt man auch fort — in seinen Kindern und Kindeskindern und ihrem Wohlergehen — während im Puritanismus die Bewährung auf der irdischen Pilgerfahrt der Vollendung im Jenseits gilt. Dadurch ist der Jude mit rastlosem Eifer erfüllt, es hienieden „weiterzubringen“. So wird Aufstieg die Losung seines Lebens. Darum findet man ihn nie im eigentlichen Proletariat, d. h. im dumpfen Hinleben auf der untersten Gesellschaftsstufe mit der stumpfen Ergebung in die Deklassiertheit. Seine Gottergebenheit weist sich, wo er noch fromm ist, durch die pünktliche Erfüllung des Gesetzes aus, aber nicht durch die Ergebung in ein ihm zugewiesenes Los. Das von Gott zugewiesene Los jedes Juden ist: daß es ihm wohl und immer wohler ergehe auf Erden, ihm und den Seinen. Wenn er dafür arbeitet, macht er sich der Verheißungen Gottes wert.

Dies verleiht natürlich eine stets wache Regsamkeit und unermüdliche Beweglichkeit — aber diese Eigenschaften sind gewiß auch schon Mitgiften der ethnischen Ursprünglichkeit. Der Jude teilt sie mit den

Man nennt die Völker des östlichen Mittelmeeresbeckens, man nennt das Orient sprichwort von ihm, dem Griechen und dem Armenier. Auch bei den Völkern des westlichen Beckens, den „Romanen“, besteht ein Primat des Intellektus vor dem „Gemüth“, aller Klarheit, Klarföngkeit, Anständigkeit. Es wird leider auch in der Pöbel zu wenig beachtet, daß z. B. auf Frankreich nicht so wirkungslos bleibt wie deutsche Sentimentalitäten. Sprache und Kunst dieser Nationen sind ja die größten Zeugnisse für ihre rationale Intelligenz. Die Juden sind ähnlich. Darum wird es wider man ihnen den Weg nicht versperrt, überall hin, wo es diese Dinge gilt. Uns fehlt dabei etwas, irgendetwas Irrationales, ein Begreifen des Kunstrationalen, Unausprechlichen, wissenschaftlich Unbeschreiblichen; es ist so ungemein bezeichnend, daß ein großer Jude, Freud, mit der rationalen Mechanik des Bewußtseins glaubte die Geheimnisse des Unterbewußtseins erschöpfen, ans Licht heben zu können. Hier ohne Zweifel klappt der tiefste Spalt zwischen dem „Germanischen“ und dem „Jüdischen“.

Jedoch aus diesem klaffenden Spalt quillt ja gerade die ewige Fermentation, die unser nordisches Dasein durch die Juden erfährt. Ähnliche Gegenstände leben doch innerhalb der großen Nationen weiter und machen ihr Leben und Wirken vielfarbig, regt, interessant. Nord und Süd sind in Deutschland, in Frankreich, in England höchst wesensverschieden — wie schrecklich zu denken, es gäbe in Deutschland nur Preußen, und keine Schwaben, keine Bayern, keine Sachsen; andererseits, was wäre aus diesem Deutschland ohne seine, dem süd-nordischen Bruder oft so „unauswählischen“ Preußen geworden! Und hat man einmal Urtheile eines flandri-

schen Franzosen oder Lothringers über die Gaskogner, über das Volk des „Midi“ gehört? Überall sind diese ethnischen Spannungen, und ohne sie wäre nicht das leuchtende Funkenspiel des nationalen Lebens.

Die Juden sollten nicht die Torheit begehen zu bestreiten, daß sie eine ethnisch besondere Gruppe sind, ein „Stamm“ sagen wir einmal, den mancherlei, Psychisches und Physisches, von den deutschen Stämmen unterscheidet. Was tut denn das? Auch die deutschen Stämme haben sich gehaßt und bekriegt und wollten lange gar nicht zueinander. Slawische Stämme sind in sie eingeschmolzen, von ihnen assimiliert worden. Es ist kaum voreilig anzunehmen, daß die Sorben, Wenden, Polen, die von der ostdeutschen Kolonisation aufgesogen wurden, von den Main- und Rheinfranken und Wesersachsen und Bodenseeschwaben psychologisch und physiologisch mindestens so weit abstanden, wie der durchschnittliche heutige Jude vom durchschnittlichen heutigen Bayern, Hessen oder Sachsen. Zudem haben die religiösen Verschiedenheiten praktisch so viel an Bedeutung verloren. Dem mittelalterlichen oder dem lutherischen Menschen des 17. Jahrhunderts gegenüber, der sein ganzes Leben aufs jenseitige Heil ausrichtete und sein irdisches Los als zugeteilt hinnahm, mochte es noch so armselig sein, war der Jude in der Tat ein anders gearteter Mensch, gegen dessen erdenstarkes Vorwärtstreben jener sich zu wehren hatte. Wirklich haben damals, trotz Ghetto und Verfolgung, die Juden mittels ihres Reichtums vielfach einen Einfluß geübt, der uns heute märchenhaft erscheint. Ihre Geldmacht glich oft einer wirklichen Despotie. Aber Industrialisierung und Auf-

klärung haben ja diese Proportionen gänzlich verschoben. Auch die Christen sind sehr viel irdischer geworden, denken weiß Gott nicht mehr daran, ihr Los hinzunehmen, wollen vorwärtskommen und ihre Kinder vorwärtskommen lassen und finden irdischen Wohlstand sehr bekömmlich. Die Verbürgerlichung der Gesellschaft hat materiell und ideell den Abstand zwischen Juden und Nichtjuden ganz außerordentlich verringert. Darum war es nicht bloß doktrinär folgerecht, daß diese Verbürgerlichung die Judenemanzipation einleitete, sondern es war wessensnatürlich, daß sie Jahrzehnte hindurch die Aufsaugung der Juden vollzog. In einzelnen großen Handelsstädten mit kosmopolitischer Atmosphäre, wie in Hamburg, war dieser Prozeß weit vorgeschritten. Er ist seither zum Stillstand und Rücklauf gekommen. Und heute ist die Spannung, die erneut besteht, unnatürlich im Verhältnis zu dem Abstand, der wirklich da ist.

Die Juden selber haben einen Fehler auf dem Gewissen: viele ihrer Familien haben sich auch dort gegen das Konnubium gesperrt, wo es von der andern Seite gesucht wurde. Ich kenne so manchen Fall, in dem ein jüdisches Mädchen ins heftigste Ringen mit ihrer Sippe geriet, wenn sie statt des ihr ausgesuchten Freiers einem christlichen Werber ihrer Neigung die Hand reichen wollte — und unterlag. Hiergegen müßte sich ein binnenjüdischer Emanzipationskampf des ganzen jüdischen Jungvolkes erheben; denn das Konnubium ist weltgeschichtlich der einzige Weg für eine völkische Assimilation. Es gibt keinen andern; die gesellschaftliche jüdisch-antisemitische Spannung wird erst nachlassen, wenn es wieder viele jüdisch-christliche Mischehen gibt. Höre, Israel!

Als nach der russischen Revolution, der Wiederherstellung Polens und der Randstaatenbildung namentlich während der Inflation der ostjüdische Zustrom außerordentliche Dimensionen erreichte und in der Reichshauptstadt ganze neue Judenviertel zu entstehen schienen, ist das Problem der Sperre gegen diese Flut auch in altjüdischen Kreisen Deutschlands sehr ernsthaft erörtert worden; erblickte doch das kultivierte und eingedeutschte Judentum in diesen Massen ein wahres Nährsalz für jeglichen Antisemitismus. Inzwischen hat sich die Hochflut verzogen, normale Verhältnisse sind zurückgekehrt. Ob Deutschland genötigt sein könnte, überhaupt eine Einwanderungssperre aufzurichten, bleibe dahingestellt: Amerika und die Schweiz, also gerade die beiden alten Demokratien des Abendlandes, sind aus sozialen Erwägungen dahin gekommen. Unter den Einwanderern aber nur die jüdischen fernzuhalten, liegt für uns kein Anlaß vor. Wir haben auch keinen, das gesättigte Judentum unter uns, von dem ein Teil vor zwei Generationen selber noch „ostjüdisch“ war, vor der Auffrischung durch jungen Nachstrom zu schützen — wie es leider in einzelnen abwegigen philosemitischen Bestrebungen angesonnen wird. Der Ostjude bringt zunächst Fremdartiges und Kultur-niederes mit, gewiß, aber er bringt auch eine unerhörte, ungebrochene Vitalität, eine geistige Regsamkeit und Bemühtheit und dazu eine unblasierte, unsnobistische Schlichtheit der Sitten und Lebensansprüche, die ihn oft vorteilhaft vom wohllebigen, saturierten Altjuden unterscheiden. Wenn wir das jüdische Element überhaupt als ein geistiges Ferment bewerten, dessen gärende Kraft uns vor manchen Gefahren der nordisch-germanischen Wesensart zu

bewahren die Sendung hat, so dürfen wir die östliche Auffrischung dieses Ferments keinesfalls unterbinden.

Politisch aber kann es für uns, nicht nur in Ansehung der Selbstverständlichkeiten einer Demokratie, sondern auch in Ansehung des praktischen Wertes, keine andere Losung geben, als über alle gesellschaftlichen Spannungen hinweg mit der völligen Gleichstellung der jüdischen Mitbürger im öffentlichen Leben Ernst zu machen. Nur sollten diese Mitbürger es nicht erschweren, indem sie schon die Frage, ob für einen bestimmten Posten ein jüdischer Anwärter möglich sei, in eine versteckt antisemitische Zurücksetzung umwerten. Diese Frage muß bei Stellenbesetzungen immer einmal wieder gestellt werden, wo gesonderte Gruppen von ausgeprägter Eigenart bestehen. Auch wer, wie ich, jede mechanische Parität als widerdemokratisch ablehnt, wird aus der Erfahrung wissen, daß bei gleicher Qualität sehr wohl die Erwägung berechtigt sein kann, ob auf diese oder jene Stelle schon wieder ein Katholik oder Protestant oder ein Akademiker oder ein Jurist oder ein Stadtauswärtiger oder ein Sozialist oder ein Jude gesetzt werden kann. Alle Juden müßten begreifen lernen (viele haben es längst begriffen), daß es für die Milderung der Spannungen nicht vorteilhaft ist, wenn eine Bevölkerungsgruppe, die sich statistisch wie 1:100 oder in einer Großstadt wie 5:100 verhält, in Vereinsvorständen, auf Wahllisten und wo es sonst sei im Verhältnis von 20:100 oder von 50:100 in Erscheinung tritt. Das peitscht Abwehrinstinkte aller andern auf. Viel wichtiger jedoch fürs große Ganze ist: daß die Juden wirklich, wo sie die Fähigkeit dazu erweisen, an die leitenden und bis in die höchsten Stellen des Staates gelangen.

Rathenau hat dieses Unterfangen mit seinem Leben bezahlt. Ein Wunder, daß Hugo Preuß eines natürlichen Todes sterben konnte! Es fanden sich verworren gemachte Jünglinge, deren Argumentation lautete: ein Jude darf nichts für Deutschland leisten, selbst wenn er es möchte und könnte. Hier sind wir nun wieder am Rande des Wahnsinns. Noch vor wenigen Jahren lehnte ein Kanzler die Präsentation eines jüdischen Politikers zum Reichsinnenminister damit ab, daß dies Ressort gelegentlich auch mit Zuständigkeiten des christlichen Kultus befaßt sei . . . Die Wahnideen sind heute abgeblaßt, die geistige Epidemie von 1922 ist im wesentlichen erloschen. Aber wollen wir, hinterm Schleier solcher Kirchturmsgesichtspunkte, wie jener Kabinettschef sie geltend machte, uns wirklich auf die Dauer auch des staatsmännischen Geistes berauben, nur weil sein Leib beschnitten ist? Dann, wahrlich, wären wir wert, ein Spießervolk zu bleiben, und ein Vorsatz wie „Weltgeltung“ könnte nur das Gelächter der Welt erwecken. England nimmt nicht bloß jüdische Menschen in seinen politischen Adel auf und damit in die Anwartschaft auf die höchsten Herrschaftsämter des Weltreiches — es hat zweimal in einem halben Jahrhundert mit dieser Anwartschaft Vollzugsernst gemacht. Benjamin Disraeli wurde Lord Beaconsfield, ist im geschichtlichen Gedächtnis der größte unter der „Eminent Victorians“ und durfte seiner Königin die Kaiserkrone von Indien in den Schoß legen; der Vizekönigsmantel dieses selben Indien ward in unsern Tagen um die Schultern Lord Readings gelegt, der vorher Rufus Isaacs hieß. Auch Deutschland sah zweimal in einem halben Jahrhundert jüdische Männer mit der Anwartschaft zu staatsmännischem Wir-

ken: Ferdinand Lassalle entriß sich ihm durch eigene unselige Verstrickung, doch wir lasen noch vor kurzem in einem neu publizierten Briefe Bismarcks, daß dieser davon sprach, alle Angelegenheiten des (getöteten) Lassalle bedeuteten für ihn so viel, wie wenn es sich „um einen nahen persönlichen Angehörigen“ handelte; Walter Rathenau wurde gemordet.

Wollen wir so weiter wirtschaften? Kann Deutschland sich den Luxus leisten, irgendeinen Geist, der Schöpferisches verheißt, weil er dieser oder jener Abstammung, Verwandtschaft, Konfession, Konstitution sei, von seinen leitenden Ämtern fernzuhalten? Wir sind ein Volk — und als solches werden wir, 100 auf 1, die Juden ertragen oder verdauen. Wir sind eine Gesellschaft, und in deren Auf und Ab mögen wir den Prozeß, der dem jüdischen Element seine ungesunde Spannung zu den übrigen sozialen Gliedern nimmt oder mäßigt, am besten sich selber überlassen. Wir sind ein Staat: als demokratischer Staat haben wir kein moralisches Recht, jemanden, der in die Staatsleitung eingesetzt werden soll, nach etwas anderm als der Gesamtheit seiner Fähigkeiten zu beurteilen, als Staat schlechthin aber haben wir die politische Pflicht, das Wertvolle zu nehmen, wo wir es finden, und dorthin zu bringen, wo es sein Bestes für den Staat leisten kann. Das gilt für die politische Auffassung und Beantwortung der Judenfrage. Es gilt weit darüber hinaus für die gesellschaftliche Seite in allen staatlichen Dingen. Nur wenn unser Staat auf alle Schichten unserer Gesellschaft sich gründet, aus allen das Wertvollste an sich zieht und sich dienstbar macht — nur dann werden wir über die Gegenwart hinaus in die Zukunft hinein mehr als einen Staat, werden wir als Volk ein Reich haben!

Das Reich und seine Macht

51

Wenn eine weitverzweigte Familie Besitzerin eines großen Unternehmens ist, in dem etwa Grundbesitz, Grubenbesitz, Fabriken schwerindustriellen und fertigarbeitenden Charakters, Finanzinstitute und angegliederte Einkaufsbetriebe vereinigt sind, aber ein Sohn ist noch Anwalt, ein Neffe selber forschender Chemiker, zwei oder drei haben sich den Luxus nicht unmittelbar rentierender Berufswahl geleistet: dann wird es an Meinungsverschiedenheiten über Ausdehnung oder Begrenzung, Führungsweise, Kalkulation, Rentabilität, Kartellierung und sonstwas nicht fehlen. Auch der gesellschaftliche Standard, die gesamte Stellung zu Leben und Welt mag sehr verschiedenartig sein, die Heiratspolitik wird unter Umständen zu Auseinandersetzungen, ja Verstimmungen führen. Und alles das kann intra muros recht rückhaltlos, manchmal rücksichtslos, oft in Streit und „Krach“, mit Stimmgewalt und Abbruch der internen Beziehungen ausgetragen werden. Auch kleidet sich der eine altmodisch, der andere hochmodern, einer ist kirchenfromm und der andere ein Freidenker; in der Wahl von Büchern, Theaterstücken, Stammtisch und Verkehr geht man weit auseinander, man lebt ja auch an getrennten Orten, diese auf dem Gute, jene in der Hauptstadt, die dritten in der Industrieprovinz, und durch die Ehen ist die eine Familie betont rheinisch, die andere ebenso betont ostelbisch geworden. Tritt aber die Unternehmung der Außenwelt geschäftlich gegenüber, so ist sie eine festgefügte Einheit: der innere Streit ist ausgetragen, die Minorität hat sich unterworfen, ein

Gedanke und Wille scheint nunmehr jede Aktion zu bestimmen. Die Welt weiß, daß zwei richtige Vettern seit Jahren nicht miteinander reden, weil sie sich ihrer Frauen wegen verzankt haben, daß es aber ein vergeblicher Versuch wäre, sie geschäftlich gegeneinander ausspielen zu wollen. Die Rothschilds, die Siemens, die großen Schweizer Hotelfamilien bieten für unser Beispiel lebendigen Anschauungsunterricht. Familie und Unternehmung bedeuten der Welt gegenüber eine Synthese — das „Haus“; es bleibt eine vollkommene Einheit, solange es gesund ist, in Blüte und Geltung steht. Beginnt der familiäre Zwist die Unternehmungen selber zu lähmen, zu zersplittern, so sinkt das Ansehen und die Macht des Hauses; es verfällt dem Abstieg. Das pflegt nach Generationen eine Art Schicksal zu sein. „Häuser“ haben ihren Aufstieg, ihre Blüte, ihren Niedergang. Das ist der ewige Trost derer, die danach an die Reihe wollen.

Nun denn: was im Privatleben das „Haus“, das ist im Völkerdasein das „Reich“. Um dies klarzumachen, wählten wir jenes Beispiel. Denn es könnte verwundern, daß wir nach dem Staate nun noch besonders vom „Reiche“ handeln wollen. Sind denn das nicht Synonyme? Ist „Reich“ nicht bloß eine pompösere, anspruchsvollere, festlichere Benamsung für einen Staat? Die noch dazu oft vom historischen Zufall diktiert wird? Wir heißen den Staat der Franzosen das Frankreich, er selber aber nennt sich die „*République française*“; wir bezeichnen recht bescheidene Staaten in der Welt als „Königreiche“, bei uns selber aber sprechen wir vom Deutschen Reiche meist nur in der sozusagen offizielleren Tonart besonderer Anlässe, sonst sagen wir „Deutschland“, während „Österreich“ den Reichstitel nach wie vor

in seinem Alltagsnamen führt. Und doch hat der Begriff des Reiches immer mehr eine selbständige Bedeutung, einen spezifischen Gehalt gewonnen. Wir spüren es an England, das als Empire, als Weltreich seine besonderen Probleme hat, die äußerlich schon in der betonten Bezeichnung „britisch“ zusammengefaßt werden; es gilt auch für uns. Im Reiche erscheinen Volk, Staat und Gesellschaft zur lebendig wirkenden Einheit gegenüber der Welt zusammengefaßt. Das so oder so geartete Volkstum mit dieser oder jener gesellschaftlichen Gliederung, in solcher oder solcher staatlichen Form geordnet, wird erst im Reiche das politisch handelnde Wesen, historische Individualität wirklichen Stils. Das Reich: das ist der eigentliche Träger einer Geschichte seines Volkes. In seinem Begriff und seiner Wirklichkeit ist zugleich der räumliche Untergrund dieser Geschichte einbeschlossen; Lage, Ausdehnung, Grenzen hat vorzüglich das Reich, es wird damit überhaupt zur stärksten irdischen Konsolidierung von Volk, Gesellschaft und Staat. Es gab und gibt Nomadenvölker, sie hatten und haben ihre gesellschaftliche Struktur und ohne Zweifel manche davon auch eine staatliche Ordnung; aber ein Nomadenreich kann es nicht geben. Reiche sind die festen geschichtlichen Niederschläge von gesellschaftlich mitbestimmten, staatlich geordneten Völkerbewegungen.

Darum wollen wir froh sein, daß wir ein „Reich“ heißen. Weder die Achtundvierziger noch Bismarck haben daran gezweifelt, daß die staatliche Einheit der Deutschen ihr „Reich“ genannt werden müsse: so hatte sie ja immer geheißen, selbst wo sie ein Schatten von Einheit war. Der Name des Reiches ist aus unserer 1200jährigen Geschichte nie ver-

schwunden. Anno 1919 verursachte er diesem und jenem Politiker Beschwerden, und als man es durchsetzte, die deutschen Symbole überhaupt zu wechseln, versuchten auch einige, die Bezeichnung Deutschlands als Deutsches Reich zu beseitigen, um sie durch die „Deutsche Republik“ zu ersetzen. Es waren, wenn ich nicht irre, dieselben, die den französischen Staat gar nicht treu genug kopieren zu können meinten und z. B. auch die Wahl des Oberhauptes durchs Parlament betrieben. Zu Weimar glücklicherweise unterlegen, haben sie bei späterer Gelegenheit noch einmal darauf hingewiesen, daß die englische Übersetzung des Wortes Reich, Empire, in den Vereinigten Staaten (etwa bei der offiziellen Akkreditierung unseres Botschafters) einen monarchistischen Eindruck machen müsse, da Empire, Imperium, eben Kaiserreich bedeute . . . Derlei: die Sorge darum, ob ein fremdes Volk unsere staatlichen Benennungen einwandfrei übersetzen könnte, ist wohl nur in Deutschland möglich; aber soweit sind wir immerhin: wirklich wird es doch auch hier nicht mehr. Die Nationalversammlung von Weimar hat die Reichsfarben gewechselt, aber das Reich samt all seinen Ableitungen, den Reichstag inbegriffen, beibehalten. Als wir neue Symbole empfangen: Flagge und Hymne — waren es in Wahrheit alte, zu denen wir zurückkehrten. Mit der Ablegung des Namens Reich aber hätten wir das älteste aller Symbole von uns geworfen, um ein neu erfundenes dafür einzutauschen. Gott sei Dank, wir haben es behalten, und Deutschland, der Staat des Volkes der Deutschen, schreitet weiter als Deutsches Reich durch seine Geschichte.

War die Rückkehr zu den älteren Symbolen angezeigt, eine Tat, eine Entgleisung, ein Frevel? Wir wissen, wie schrecklich diese Frage unser Volk zerquält und zerspaltet, und niemand, der von Deutschlands Zukunft handelt, darf ihr ausweichen.

Der Zusammenbruch der „polymonarchischen“ Staatsform, des jungen Kaisertums und der meist uralten Einzelfürstenthümer, die es mit in die Tiefe riß, ging unter Symptomen vor sich, die im ersten Augenblick das Kaiserreich von 1871 als eine bloße Episode der deutschen Geschichte erscheinen ließen. Politische und militärische Leitung hatten gemeinsam, sonst ziemlich in allem zwieträftig, die Nation über jedes erlaubte Maß hinaus getäuscht. Anstatt die allgemeine Grundstimmung der Augusttage von 1914 festzuhalten: daß ein Kampf um Sein oder Nichtsein entbrannt sei, als dessen Ziel wir die Rettung des Seins, der Substanz nach, wenn auch vielleicht in vielfach neuen Formen, unbeirrt im Auge zu behalten hätten — schlitterte man mit Ostsiegeszug, Hindenburgprogramm, Annexionismus der Großwirtschaft und Unterseebootkrieg in die sichere Katastrophe hinein, die schon mit der geradezu deliranten Tat der Wiederaufrichtung eines „Königreichs“ Polen besiegelt war. Schon in der zweiten Kriegshälfte spielten die um randstaatliche Fürstentkronen, Herzogsmäntel und Kurhüte und skandalöserweise sogar um das entgleitende Elsaß-Lothringen feilschenden Kleindynastien, neben dem Geräufel der beiden Großhäuser Hohenzollern und Habsburg um die polnische Beute, eine so erbärmliche Rolle vor den Augen des draußen sterbenden und drinnen hungernden, von Preußen um seine

politische Rechtserweiterung betrogenen Volkes, daß man keinen glimpflichen Ausgang voraussehen konnte, selbst wenn der Krieg noch halbwegs glimpflich, mit schwerer Enttäuschung, aber ohne Kapitulation endete. Vollendet wurde, als die militärische Katastrophe hereingebrochen war, die politische durch die völlige Indolenz der binnenmilitärischen und administrativen Behörden, durch die tragische Skrupulosität des Prinzen Max von Baden, der als Glied einer Dynastie zwar faktisch die Absetzung des Kaisers zu vollziehen, aber nicht die positive Konsequenz zu folgern und das (von Ebert ihm nahegelegte) Amt eines Reichsverwesers anzutreten wagte, sondern seine Koffer packte und abreiste, und durch die gänzlich passive Haltung aller Stützen der Throne, ob man sie als gesellschaftliche Gruppen oder als einzelne betrachtet: niemand von ihnen dachte auch nur leise daran, einen Kampf gegen die Rebellion und für die Erbfürsten aufzunehmen. Die kaiserlich-vielfürstliche Staatsform fiel tatsächlich ohne Schwertstreich. Sie ergab sich, größtenteils wohl in der stillen Spekulation, daß dies ein Intermezzo sei und sich alles wenden werde, wenn die Feldarmee ins Land zurückkehre; dann werde sich das Volk, von seinen bewaffneten Söhnen gestützt und geführt, die Fürsten zurückholen. Es ist charakteristisch, daß die Lage durchaus von jener Sorglosigkeit beherrscht war, die das zweitwilhelminische Kaisertum in die ganze Nation gepflanzt hatte: sie wucherte nun (und noch lange Jahre) in den Gemütern der politischen Rechten ebenso unheilvoll wie auf der äußersten Linken (und leider bis tief in die maßvolle Linke hinein) in Gestalt der von Wilsons Gaukelei suggerierten Illusion, die

Feinde würden schon mit sich reden lassen, wenn wir nur erst die Monarchie beseitigt und unsere Staatsform den Ansprüchen der „westlichen Zivilisation“ angepaßt hätten (wofür das Telegramm Kurt Eisners an die französische Regierung, dieser schier komitragische Notschrei eines sich getäuscht Fühlenden, das er nach der Bekanntgabe der Waffenstillstandsbedingungen absandte, ein sehr bezeichnendes Dokument ist). Wir wollen einmal unterstellen, der Kieler Aufruhr und was aus ihm hervorging, sei wirklich ein Dolchstoß in den Rücken des kämpfenden Volkes gewesen; dann bleibt es unfassbar, daß die späteren Autoren dieser Formel damals, in der entscheidenden Stunde, der x-maligen Wiederholung dieses Dolchstoßes mit verschränkten Armen zuschauten — in München, in Berlin, in Dresden, in Stuttgart, in Karlsruhe, in Darmstadt usw.; daß sie keinen Schwertstoß auch nur versuchten, um den Dolchstoß zu parieren, ist eine Anklage, die gegen sie schwerer wiegt als die ihre gegen die Rebellen, denn diese vollzogen zur ihnen günstig scheinenden Stunde nur, was sie immer dachten und erstrebten, jene aber sahen dem Untergang der Ordnung, an die sie glaubten und auf die sie schworen, tatenlos zu. Die Geschichte wird ohne Zweifel so urteilen — und allen Schuldigen nur den mildernden Umstand der völligen physischen und seelischen Zermürbtheit zubilligen.

Manche der Einzeldynastien, wie die badische, haben das unabwendbare Schicksal mit Würde quittiert, leider zählt dazu nicht das Kaisertum selber. Man mag die Einzelheiten seiner letzten Tage beurteilen, wie man will, der Gesamteindruck seines Verschwindens vom Schauplatze bleibt über die

Maßen kläglich, und auch wer sein Ende als unvermeidlich beurteilt, hätte der Schöpfung Bismarcks, bei allen Vorbehalten gegen ihre Einzelheiten, einer im Kerne grandiosen historisch-politischen Gestaltung, die unter seiner Führung das vordem ohnmächtigste der großen abendländischen Völker zu unerhörter Blüte und Geltung gebracht hat, einen würdevolleren, einen heroischeren Untergang gewünscht.

Da er aber so vonstatten ging, mußten auch die äußeren Symbole dieser Institution schwer davon betroffen werden. Wäre selbst die Monarchie über den verlorenen Krieg hinaus in irgendeiner Form zu halten gewesen (über Friedensvertrag, Inflation und Ruhreinmarsch hinweg war sie sicher doch nicht zu retten, das sollte alle trösten, die in den Dingen vom November 18 noch immer eine starke Portion Böswilligkeit sehen) — aber „Heil dir im Siegerkranz!“ hätte man doch unmöglich weitersingen können, so wenig wie zu einer geretteten österreichischen Monarchie empor den Vers: „eingedenk der Lorbeerreiser, die das stolze Heer sich wand“. Die kaiserhymnischen Texte hatte dieser Krieg, hatte diese Niederlage völlig entwertet. Fast automatisch wäre wohl „Deutschland über alles“ das Lied der Nation geworden. Der sozialistische Reichspräsident der Republik hat es in aller Form dazu erhoben. Dank hat dieser kluge Akt ihm so wenig eingetragen wie das meiste Kluge und Würdige, was er getan: Dank weder in den Massen, denen er politisch angehörte und die heute größtenteils das Reichsbannerlied an die Stelle der Nationalhymne geschoben haben, und Dank auch nicht bei seinen Gegnern und Verfolgern auf der Rechten, von denen er damit sich keinen ge-

wonnen hat. Dennoch bleibt sein Entschluß verdienstlich. Das Lied hat keinen überwältigenden Text — welche Nationalhymne hat ihn? — und seine Mittelstrophe ist gar zu liedertäflerisch, so daß es geraten wäre, sie endgültig zu streichen; aber seine Melodie ist von klassischem Ursprung und klassischem Zauber, sie schlingt überdies das große historische Band vom alten Reich (dessen letztem Kaiser sie von Haydn gewidmet war) über Österreich (dessen „National“gesang sie schmückte) zum neuen Deutschland (in welches das deutsche Österreich eines Tages heimkehren soll). Hier ist wirkliche geschichtliche Symbolik großen Stils, sie wird wohl mindestens unbewußt auf allen Seiten verspürt, es hat sich nicht ereignet, daß „Heil dir im Siegerkranz“ gegen das Deutschlandlied ausgespielt ward.

Seltsamerweise ist der Parallelversuch des Flaggenwechsels ebensosehr mißglückt, wie der Liedwechsel sich widerstandslos durchgesetzt hat.

Schwarz-Weiß-Rot war eine ästhetisch leidliche (nicht so schöne, wie etwa Schwarz-Gelb oder Schwarz-Weiß oder Weiß-Blau, aber schöner als Blau-Weiß-Rot oder Rot-Weiß-Grün) Farbkombination. Als deutsche Reichsfarbe war sie ganz mechanisch erfunden: eine Verbindung etwa der beiden Staatsflaggen Preußen und Bayern, also Schwarz-Weiß-Blau, wäre ebenso natürlich oder unnatürlich (und ästhetisch schöner) gewesen. Die Fahne bürgerte sich äußerst langsam ein. Noch in den achtziger Jahren überwog in meinem schlesischen Heimatstädtchen an festlichen Tagen völlig die Beflaggung mit Schwarz-Weiß, dem Preußensymbol. In Bayern war bis zum Kriege eine schwarz-weißrote Hissung durchaus eine Seltenheit. Erst der

forcierte Reichspatriotismus, den, freilich schon in den Kartelljahren vorbereitet, das zweitolhelminische Zeitalter betrieb (und dem die preußische Schulreform von 1892 besonders dienstbar gemacht wurde, indem nun Lesebücher, Geschichtslehrbücher, Gesangbücher eine penetrant byzantinische Note erhielten), führte auch das Schwarz-Weiß-Rot aufdringlicher in den Gesichtskreis der Nation. Namentlich die kaiserlichen Schöpfungen, wie die Marine, standen im Zeichen dieses Symbols — während es in die Armee (als Kokarde, Verschnürung, Ordensfarbe) nur ganz langsam und ausnahmsweise Eingang fand. Hier blieben durchaus die Landessymbole vorherrschend, und nichts ist irrtümlicher als die Formel, unter dem Symbol „Schwarz-Weiß-Rot“ sei der Krieg geführt worden. Von patriotischen Gassenhauern wie dem „Flaggenlied“, welche die Reichsfarbe (ähnlich wie später die Fridericus-Melodie) in Cafés, Chantants, Varietés eher entwürdigten, wollen wir schweigen; man wird sagen dürfen, im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches hatte die Nation ihre erfundene Reichsflagge endlich auch innerlich akzeptiert.

Und gerade darum hätte man sie ihr wohl lieber nicht so plötzlich wieder nehmen sollen. Nichts legt man unwilliger ab, als etwas, an dessen Gebrauch man sich eben gewöhnt hat. Schwarz-Weiß-Rot fing eben an, historisch zu werden, und Schwarz-Rot-Gold war — im Reiche — vergessen. Daß es vergessen war, hatte gute Gründe. Welchen historischen Ursprungs es immer sein mag (worüber bekanntlich die Gelehrten streiten), seine Bedeutung hatte es durch die Burschenschaft und die achtundvierziger Bewegung empfangen. Aber diese Erhebungen —

großartige Erhebungen an sich — waren politisch gescheitert, es hilft nichts, man muß es bekennen, nicht einmal heroisch, sondern kläglich gescheitert. Das Reich war, gewiß nicht ohne ihre Kräfte, und doch im Gegensatz zu ihren An- und Absichten gegründet worden. Seit 1871 war Schwarz-Rot-Gold ein Symbol von unzufriedenen und ausgeschlossenen Volksteilen geworden — von „Großdeutschen“, Föderalisten, allen möglichen Altreichsromantikern im und der österreichischen Deutschen außerm Reiche. In nordböhmischen Städten und Dörfern erblickte ich als Knabe mit Staunen zum ersten Male den Wald von schwarzrotgelben Fahnen. Denn, Notabene, von der Fahne sagte man damals (und ganz richtig) nicht schwarzrotgold, sondern schwarzrotgelb; für dieses mir nun neue Deutschesymbol rasch entzündet, habe ich als Untertertianer, meines frischgebackenen Englisch froh, zum Jubel deutschböhmischer Ferienkameraden ein Verslein gereimt, das lautete: Black-Red-Yellow Is every german fellow“ (und die unhöfliche Fortsetzung, die jener immer heißer werdende Kampfboden dem Bubenherzen eingab: „Blue-White-Red So is the česká set“). Gold und Silber sind Wappenfarben, niemals Tuchfarben; das Eiserne Kreuz ist schwarz und silbern, aber die Preußenfahne ist schwarz und weiß; die österreichischen heraldischen Darstellungen waren natürlich Schwarz und Gold, aber die Flaggenfarbe war Schwarz-Gelb, und hat jemals jemand daran gedacht, die deutsche Kaiserreichsfarbe Schwarz-Silber-Rot zu benamsen? Daß unsere Schwarz-Weiß-Rot-Fanatiker von gestern und heute an das „Gelb“ geschmacklose Zynismen gehängt haben, sollte uns nicht irremachen; man

kann sie auch für Gold oder Silber liefern, wenn man die erforderliche Geistesebbe besitzt. Schwarz-Rot-Gold ist die Symbolfarbe des republikanischen Reiches, aber seine Fahnen können beim besten Willen nur schwarzrotgelb sein, und der Versuch, auch sie (mit Hilfe von Maskenflitterstoffen) um jeden Preis schwarzrotgolden zu machen, hat, wo er unternommen wurde, eben flitterkramhaft, unecht gewirkt. Schwarz-Rot-Gold also wurde in Weimar aus seiner Reichsvergessenheit wieder hervorgezogen. Es waren die linksstehenden Teile des Zentrums und die rechtsstehenden der Sozialdemokraten, die sich für die Wahl dieses alten Deutschsymbols zum neuen erwärmten: beide, namentlich aber die Zentrumsleute, aus großdeutschen Reminiszenzen heraus, die Sozialdemokratie aber auch darum, weil das sakrale Rot ihr zu den Unabhängigen und Spartakisten hinüber entglitt. Durch einige Demokraten der achtundvierziger Schattierung verstärkt, siegte das schwarzrotgoldene Lager so gründlich, daß sogar die Verfassungsmäßigkeit der alten, neuen Deutschfarben festgelegt ward.

Aus einem besonderen Grunde wirkte dieser Beschluß der Nationalversammlung unbehaglich. Österreich hatte, unmittelbar nach der Selbstauflösung der Donaumonarchie und dem Sturze der Habsburger, seine Vereinigung mit dem Deutschen Reiche vollziehen wollen. Durch sozialistische Schuld war diese Absicht von Deutschland her vereitelt worden. Es mag fraglich sein, ob die gegnerischen Mächte den Anschluß geduldet hätten — gleichviel; dann hätten sie vor der Aufgabe gestanden, den schon vollzogenen nachträglich wieder aufzuheben. Selbst für die Koalition der Sieger hätte das keine ganz

leichte Aktion bedeutet. Daß Berlin der Vereinigung auswich, weil es auf einen besseren Frieden spekulierte, wenn es den Siegern nirgends Anlaß zum Mißfallen gab, war psychologisch eine gröbliche Fehlrechnung und in der politischen Wirkung darum nach jeder Richtung hin ein Fehlschlag. Man stimmte die Gegenseite nicht milder, ersparte ihr Schwierigkeiten und verbaute sich selber die nationalstaatliche Zukunft. Immerhin, wer solche Politik machte, konnte versuchen, auch sie zu rechtfertigen. Allzu sehr an Methoden des drittkaiserlichen Deutschland aber erinnerte es, wenn eine Tat unterlassen, ihr Symbol jedoch unmittelbar danach vor aller Welt entfaltet wurde. Entschloß man sich, auf vorerst unabsehbare Zeit wie bisher kleindeutsch zu bleiben, die Österreicher von der Schwelle zu weisen, so war es eine leere, bombastische Demonstration, die großdeutsche Fahne über dem republikanischen Kleindeutschland aufzuziehen. Die Sozialisten hatten ihren Hugo Haase nicht stürmisch desavouiert, als er dem einzigen geschichtlichen Augenblick für die Daseinserklärung Großdeutschlands ausbog; es half nichts, daß nunmehr bedeutende Führer ihres Lagers sich doppelt eifrig für Großdeutschland engagierten. Der Anschlußsturm, den sie entfachten, die Verve, mit der sie die schwarz-rot-goldenen Farben hielten, konnten es nicht vergessen machen, daß aus ihren Kreisen heraus der praktische Anschlußvollzug vereitelt worden war. Das Ganze erinnerte fatal an achtundvierzig: politische Phraseologie ohne die entsprechende Fähigkeit, ja Willigkeit, politisch zu handeln. Das war es, was das schwarzrotgoldene Symbol einst mit dem Fluche der Unfruchtbarkeit belastet hatte, und nun wurde es im Zeichen derselben zwie-

spältigen, großsprecherischen und kleinmütigen Haltung von neuem aufgepflanzt!

Zu allem Überfluß tat man den verfehlten Schritt noch wieder halb zurück — was sich bis heute als besonders ungünstig ausgewiesen hat. Man ging einem ollen ehrlichen Seemannsschwindel auf den Leim, der die schwarzrotgelbe Tuchkombination für unsichtig erklärte, und ließ der Handelsschiffahrt die schwarz-weiß-roten Farben mit der schwarzrotgoldenen „Gösch“ (ließ man sich schon jenen Seebären aufbinden, so hätte man das Charakteristische der Schiffahrtsflagge nur verstärkt, wenn man die Gösch etwa quer mitten übers Weiß gelegt hätte). Über den Unsinn, den man damit anrichtete, ist später der Reichskanzler Luther gestürzt; die deutsche Seeflagge flattert nicht bloß auf Flußfähren und Teichkähnen des Binnenlandes, sondern auch von Rathäusern und Gasthöfen, ein echtes Symbol deutscher Schwachmütigkeit, die zwar schwarzweiß-rot demonstrieren, aber, wo das beunruhigend angefochten werden könnte, sich doch als „korrekt“ ausweisen, die Anbringung der Verfassungsfarben als stattgefunden vorzeigen können möchte. Zu wie unwürdigen Ausflüchten und Entgleisungen dieser ganze, durch den Farbenwechsel und seine Halbheit entfesselte Zwist geführt hat, weiß jeder — der vielbesprochene Hotelzwist hat ja nur zum öffentlichen Bewußtsein gebracht, was wir alle seit Jahren beschämt mit ansehen konnten: daß Hunderte von deutschen Gaststätten im ganzen Reiche ein paar reisenden Amerikanern zuliebe (keineswegs bloß bei der Anwesenheit irgendwie offizieller Persönlichkeiten der Union) das Sternenbanner führten und ihm allenfalls eine Stadt- oder Landesflagge an die

Seite hißten, die Farben des Reiches aber versteckt hielten. Es ist tief erniedrigend, daß mehr als fünfzig Jahre nach der Schöpfung des Deutschen Reiches ein solches Maß und eine solche Sorte von vaterländischer Würdelosigkeit in Deutschland und nur in Deutschland möglich ist. Der Bedientengeist, den uns Jahrhunderte der Ohnmacht eingepflanzt haben, ist noch immer nicht ganz überwunden.

Die Dinge, die sich aus dem Flaggenbeschluß der Nationalversammlung entwickelten, gingen dem Reichspräsidenten Ebert sehr nahe, und er hat sich viel mit der Frage beschäftigt, wie dieser Symbolzwist aus der Welt zu schaffen sei. Vielleicht gab es psychologische Momente, in denen eine präsidentiale Flaggenbotschaft, welche die Gleichstellung der beiden Fahnentücher verkündet, deren Exekutive aber jede offizielle Zurücksetzung von Schwarz-Rot-Gold unerbittlich geahndet hätte, zu nützen vermochte. Diese Augenblicke sind verpaßt, wenn sie je da waren. An eine Wiederherstellung der alten Farben ist nicht zu denken. Auch ein Volksentscheid vermag hier keine Lösung zu bringen, denn die fast 20 Millionen Stimmen gegen Schwarz-Rot-Gold, deren eine Verfassungsänderung bedarf, sind nicht aufzubringen, und eine Volksabstimmung, welche in der Flaggenfrage etwa das Ziffernergebnis der Reichspräsidentenwahl hätte, würde den Zwiespalt nur bekräftigen; einem einfachen Mehrheitssieg von Schwarz-Rot-Gold würden sich die entscheidenden Kreise um Schwarz-Weiß-Rot so wenig unterwerfen wie bisher der Verfassung selber. Die Zeit allein kann, die Zeit wird unsere Reichsflaggenwunde heilen. Auf welche Weise?

Schwarz-Rot-Gold wird sich durchsetzen. Und es

ist gut so: denn mittlerweile hat es begonnen, selber historische Sinnbildlichkeit zu gewinnen, die sich mit jedem Jahre mehr befestigen wird. Es symbolisiert die geschichtliche Aussöhnung der sozialdemokratischen Arbeitermassen mit dem Deutschen Reiche, mit dem Nationalstaat. Die Gründung des Reichsbanners hat diesen Prozeß manifest gemacht und selber aufs entschiedenste gefördert. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold entstand als eine Notwehrschöpfung gegen die Gefahren von Gewaltsamkeit, die von den monarchistischen „nationalen“ Verbänden her drohten. Es hat der Republik überhaupt erst wieder zu atmen erlaubt, als sie unterm Terror der organisierten Restauration zu ersticken drohte. Über alle Schwierigkeiten hinweg, die seine eigene Struktur barg, hat es, wenn auch vielerorts unter einer manchmal schwer lastenden sozialistischen Übermacht, Herzens- und Vernunftrepublikaner sammelt, die jugendlichen Massen an die Farben des Staates gekettet (und damit die sozialistischen von den Farben der Klasse gelöst), schließlich auch der Republik das Maß von spontanem Gepränge zugeführt, ohne das keine öffentliche Einrichtung auf Erden auskommen kann. Es ist genug Unerquickliches unterlaufen (aber nicht mehr als im Lager der Rechtsverbände auch), sein Führer Hörsing hat sich oft schrecklich vergriffen, in Tonart und Maßnahme, trotzdem bleibt sein Verdienst größer als seine Fehler und die Leistung des Reichsbanners wesentlicher als seine Mängel. An der Aufgabe, aus der papierenen Republik eine lebendige zu erwecken, hat das Reichsbanner einen Anteil, der nicht mehr fortzudenken ist. Außerordentliche Massen und namentlich solche des heraufwachsenden Geschlechts, die sonst dem

Vaterlande entfremdet geblieben wären, sind ihm durch das Reichsbanner zugeführt, verknüpft und verpflichtet worden. Ob das im Zeichen der alten Farben möglich gewesen wäre, muß bezweifelt werden: sie galten nun einmal als „kaiserlich“, und sie umschlossen in ihrem Symbol die unselige Trennung von „reichstreu“ und „reichsfeindlich“, die einen so großen Teil der Nation, proletarische und katholische Menschen, aber auch schlechthin freigesinnte, liberale, selbständig und rücksichtslos denkende, zu Millionen von der Reichsgemeinschaft hatte ausschließen wollen. Der Zelotismus, der die Farben Schwarz-Weiß-Rot, anstatt ihren Vergangenheitswert zu heiligen, mit Hakenkreuz und Femewahn zusammenkoppelte, sie damit zur Geheimbundsfahne machte, zusammen mit dem unabgestorbenen Privilegiertendünkel, der ein Symbol der „feinen Leute“ in ihnen sah, hat schließlich dahin sich ausgewirkt, daß Schwarz-Rot-Gold, so fragwürdig seine Entstehung war, in einigen Jahren zu einem echten Volkssinnbild geworden ist, das sich die Masse, und zwar gerade die staatbejahende Masse, nicht wieder nehmen lassen wird. Diesen historischen Prozeß kann kein Federstrich, kein Beschluß, keine Abstimmung wieder rückgängig machen. Und wenn heute schon deutschnationale Minister sich dazu bequemen müssen, die neuen Farben zu führen, wenn heute Organe des rechten Flügels der deutschen Volkspartei energisch fordern, daß jeder, wie er innerlich auch stehen möge, diese Farben zu achten habe: dann ist damit der Bann der Verfemung von Schwarz-Rot-Gold gebrochen, und das ist immer sehr wesentlich, denn von diesem Punkte ab tritt die Macht der Gewöhnung in ihr gewaltiges Recht. Schwarz-Rot-Gold

wird selbstverständlich werden, Millionen werden es pflegen, andere Millionen werden es ertragen, weitere Millionen werden in der ganzen Frage gleichgültig werden. Dann wird niemand mehr sich daran ärgern, daß daneben auch die alten Farben zum Vorschein kommen; wo es als Herausforderung geschieht, dort wird man gelassen dazu die Achseln zucken, und wo es aus Ehrfurcht geboren ist, dort wird man diesem Motiv seine Achtung nicht versagen. Man wird sich damit abfinden, daß es in jeder Gemeinschaft die Gruppen der Konservativen und der Fortschrittlichen gibt, solche, die am Alten hängen, und solche, die das Neue lieben, daß beide berechtigt, ja notwendig sind, daß Kampf, aber nicht Haß, daß Gegensatz, aber auch Achtung zwischen ihnen sein soll und ein achtungsvolles Gegenüber auch ihrer Symbole, wo sie deren zu bedürfen glauben. Ich glaube, daß heute jeder Versuch, die Flaggenfrage zu „lösen“, sie verschlechtern müßte. Sie ist auf dem Wege, sich selber zu lösen. Die schwarz-weiß-roten Farben sind sowenig wiederherstellbar, wie das Kaisertum, die erbfürstlichen Höfe, die ganze versunkene Zeit. Lasset die Toten ihre Toten begraben! Je endgültiger wir uns von ihnen trennen, desto selbstverständlicher wird es uns allen sein, daß wir ihre Sinnbilder in Pietät ehren — aber unsere Sinnbilder sind andere, denn unser Geist ist ein neuer.

53

Viel realer, viel praktischer als Lied und Farbe erscheint ein drittes Symbol jeder Staatlichkeit: das ist der räumliche Sitz ihrer Macht, ihre Hauptstadt. Auch das Deutsche Reich hat seine Hauptstadtfrage, und es wäre gut, wenn sie besser gewür-

digst würde, denn es wird nicht gleichgültig sein, wie sie eines Tages gelöst — oder ob sie überhaupt nicht gesehen wird.

Was Hauptstädte als Symbole einer Nation, als Mittelpunkte einer Volks- oder Übervolksgemeinschaft bedeuten, das lassen Namen wie Paris, Rom, Wien unmittelbar erkennen. Es macht z. B. den innersten Kern der „römischen Frage“ aus, daß auf Rom als Metropole und Sitz des Oberhauptes die katholische Kirche sowenig wie das Königreich Italien verzichten kann. Wie einseitig, aber einheitlich das politische Frankreich in Paris sich verdichtet, bedarf keiner Auseinandersetzung. Auch Londons Vorherrschaft als Hauptstadt des britischen Weltreiches ist unantastbar, welche Auflockerungen dieses Reich immer erfahren mag. Die Vereinigten Staaten haben eine gemachte Hauptstadt, doch sie trägt den Namen des Reichsschöpfers und steht mit beiden Tatsachen bewußt und segensreich jenseits derschröffen Gegensätze sozialer und territorialer Struktur, welche die Union kennzeichnen; dort wäre keine der natürlich gewachsenen Städte, am allerwenigsten eine der riesenhaften, etwa Newyork oder Chikago, imstande gewesen, wirklich ein Symbol des ungeheuer vielfältigen interozeanischen Reiches darzustellen. Für das Rußland von 1917 ist nichts so bezeichnend, wie die Heimkehr seiner Herrschaftsgewalt aus der gemachten in die natürliche Hauptstadt, aus Petersburg nach Moskau: das Reich als Willkürschöpfung eines einzelnen und das Reich als Volkskörper stehen sich in diesen beiden Namen gegenüber. Auch Bern, obwohl für unser Auge farbloser als Zürich, verkörpert vielleicht doch mehr das Ewig-Schweizerische in seiner gesunden Bäuerlichkeit, altväterischen Ein-

fachheit, das Ungroßstädtische, Bodenständige und einer majestätischen Welt über 4000 m im täglichen Aufblick Verbundene. Nichts von alledem scheint für Berlin zu gelten!

Es ist — wie grotesk! — die ungeliebteste Stadt in Deutschland, vom ganzen Reiche her eigentlich nur aus geschäftlicher Notwendigkeit oder provinzialer Neugierde aufgesucht. Weder leben in seinen Mauern die berühmtesten Dichter und Schriftsteller (sie sitzen in München, am Bodensee, im Riesengebirge, bei Hamburg, in Weimar, in Dresden), noch versammelt seine Universität die führenden Gelehrten (es wirken ihrer ebenso viele, ebenso große in Leipzig, in München, in Göttingen, in Heidelberg, in Freiburg, in Hamburg — und widerstehen standhaft einem Ruf in die Reichshauptstadt), es gibt weder in der Malerei noch in der Baukunst den Ton an (Leibl, Böklin und Thoma haben nie etwas mit ihm zu schaffen gehabt, und architektonisch sind Darmstadt, Dessau, Stuttgart, Hamburg, Frankfurt mindestens so richtungsweisend gewesen oder geworden wie Berlin), in der Oper sind ihm Dresden, München und Bayreuth ebenbürtig, im Erziehungswesen haben Altona, Frankfurt, Mannheim, München viel wesentlichere Anstöße gegeben und Vorbilder entwickelt, von den Zeitungen erscheinen die beiden Blätter von Weltformat zu Köln und Frankfurt, ein Brennpunkt religiöser Bewegungen vollends ist Berlin niemals gewesen, umgekehrt hat es weder die wichtigste Industrie noch den großartigsten Handel, ebensowenig gilt seine Sprache als das Deutsch, das man zu sprechen hat (im Gegenteil, sie ist in vieler Hinsicht dessen Gegenbeispiel), nirgends im Reiche wird die Berliner Art als Vorbild betrachtet, nirgends

angestrebt oder nachgeahmt, tonangebend sind seit längerem eigentlich nur Schauspiel und Hochfinanz der Reichshauptstadt, sie haben auch die bedeutendsten Sitze der Peripherie überflügelt, sie beherrschen und bestimmen, je auf ihrem Gebiete, den „Markt“ ganz Deutschlands. Und überdies ist Berlin nun einmal der Sitz der amtlichen Politik des Reiches.

Darauf und nicht auf seiner Einwohnerzahl, noch auf seiner durch ein zauberhaft helles, frisches Klima genährten Arbeitsamkeit beruht recht eigentlich seine relative Vormachtstellung, darauf auch seine börsische Führerrolle; darauf schließlich seine Einwohnerzahl selber, darauf außer ihrem steten, raschen Anwachsen die unverkennbare Tatsache, daß trotz allem Widerstreben der ganzen Peripherie Berlin doch immer mehr der Konzentrationspunkt deutschen Wirkens auf allen Gebieten zu werden — droht. Denn um es gleich zu sagen, wir erblicken darin eine eminente Gefahr für das Leben des deutschen Volkes, die zu bannen alle die Augen aufmachen und Hand anlegen sollten.

Berlin ist die Hauptstadt Preußens, und ist Reichshauptstadt durch das politische Erlösungswerk geworden, das Preußen an den Deutschen verrichtet hat. Dem Könige von Preußen, dem Bismarcks Genius die Reichsschöpfung abringen mußte, war es sowieso übertierisch viel der Opfer an Hergebrachtem, er liebte weder den Kaisertitel noch den Reichstag, mißtraute den preußisch gewordenen Hannoveranern (deren Bennisgen er seine ehrliche Hinwendung zum neuen Vaterlande nie verziehen hat, ob schon er doch ihm das alte geraubt hatte) sogut wie den Süddeutschen und hätte es kaum über sich ge-

bracht, mit 74 Jahren noch die Hauptstadt zu wechseln — was Bismarcks An-, Ein- und Absichten gar nicht fernlag. Und wohin hätte man denn übersiedeln wollen? Die Deutschen besaßen kein Rom und kein Moskau, das eine nationalsinnbildliche Stadt für sie gewesen wäre. Die Hauptstädte ihrer großen Vergangenheit waren nicht zu zählen, die Kaiser hatten jeder wo anders residiert und regiert, von Aachen bis Prag, zwischen diesen Sitzen der beiden großen Karle im äußersten Westen und Osten war das Land mit Erinnerungshauptstädten übersät, Frankfurt und Goslar und Magdeburg und Speyer und Naumburg und wie sie alle heißen mochten. Ihre Fülle gemahnte an den Fluch der deutschen Geschichte: an ihre Unstetheit, die zur Ohnmacht geführt hatte; aus dieser Ohnmacht war Brandenburg-Preußen emporgestiegen, hart, fest und schlicht, und unmittelbar nachdem das farbig flutende Deutschland sich wiederum vergeblich an seiner eigenen Genesung versucht hatte — 1848 —, nahm dieser jüngste deutsche Staat ihm die Arbeit aus der Hand, um sie in zehn Jahren, die in zehn Jahrhunderten immer wieder mißlungene, zu vollenden: die Schöpfung eines deutschen Reiches, das ein deutscher Staat war. Nach solcher Leistung, einer geschichtlich beispiellosen, überschattete Preußen sein Deutschland politisch so vollkommen, daß wie von selber seine Hauptstadt die Hauptstadt des Reiches preußischer Prägung und Führung werden mußte. Es war nach den Dingen, die sich zwischen 1864 und 1871 zugetragen hatten, schlechterdings das Natürliche.

Aber es ist nicht das Natürliche geblieben. Denn Preußen hat das Reich, das es schuf, wieder verloren, schuldhaft verloren. Preußische Art in ihrer Alltags-

weise, tief unter den Genien Friedrichs und Bismarcks, vermochte die eigene Schöpfung nicht zu regieren. Sie war den neuen Dimensionen und Qualitäten nicht gewachsen. Sie hat Elsaß-Lothringen verscherzt, Katholiken und Sozialisten zu Reichsfeinden gestempelt und mindestens zu Reichsverdrossenen gemacht, die Zeichen der Zeit geflissentlich übersehen, mit einer korrekten, doch bornierten Kaste Weltgeltung erstrebt und schließlich auf diesem Wege sogar die alten Tugenden, Einfachheit, Selbstzucht und Lebensstrenge geopfert, ohne sich zu neuen zu erziehen. Preußen recht eigentlich hat 1918 den König und mit ihm sein Reich verloren, das es sich innerlich nie zu erwerben vermocht hatte. Nach dieser Entscheidung wäre es ebenso natürlich gewesen, die Hauptstadt zu wechseln, die preußische und die des Reiches zu trennen, wie es bei der Reichsgründung natürlich gewesen war, beide zu identifizieren. Etwa ein Jahr lang hat denn auch der Gedanke die Gemüter beschäftigt, den Schauplatz der neuen Verfassungsschöpfung, Weimar, zur neuen Reichshauptstadt zu machen — eine Stadt, deren Name wie kein zweiter vom deutschen Schöpfergeiste geheiligt scheint in der Dreifaltigkeit Herders, Goethes und Schillers, denen das deutsche Volkstum an höchstem Bewußtwerden seiner selbst so Unermessliches verdankt, wie vor ihnen nur Luther, mit ihnen nur Beethoven, und nach ihnen nur Bismarck. Aber stärkere Sorgen als diese kaptivierten sehr bald die Deutschen, und gar nach dem Kapp-Putsch war es eine Art Prestigefrage der legitimen Reichsregierung, nach Berlin zurückzukehren und dort zu bleiben. Man erfuhr, daß es nicht so einfach ist, eine Reichshauptstadt, die es 50 Jahre war, zu enthaup-

ten. Und es ist aussichtslos geworden, diese Gedanken in solcher Schärfe wieder aufzunehmen.

Das mildert nichts an der reichshauptstädtischen Unzulänglichkeit Berlins. Durch den Frieden ist es der Ostgrenze des Reiches noch näher gerückt, es liegt nun betont exzentrisch, dem osteuropäischen Zustrom an Menschen und Dingen, Ideen und Stimmungen so bequem gelagert, wie es schon vorher, in der Königs- und Kaiserzeit, wesentlich dem ostelbischen, altpreußischen geöffnet und von ihm gesucht war. Darin liegt gewiß eine Mission Berlins, die vielleicht lebenswichtig für Deutschland ist (wir schätzen sie jedenfalls sehr hoch ein), aber die einzige deutsche Mission ist dieses ostwärtige Geöffnetsein nicht. Es empfängt seinen Sinn vielmehr erst von dem westwärtigen Offensein des mütterlichen Deutschland, des Deutschland am Rhein und am Main, zwischen den Alpen und der Nordsee — und dieses uralte, urtümliche, urkräftige Deutschland kommt in Berlin nicht zu seinem Recht. Es wird dort nicht verstanden, es setzt sich mit seiner reicheren und weicheren, farbigeren und wärmeren, älteren und weiseren Wesensart gegen die primitivere und robustere, nüchterne und frostige, junge und angreiferische des Ostens nicht durch. Politik aber will aus dem gesamtdeutschen Wesen heraus gemacht sein, das wissen wir nun, nachdem die Politik aus dem preußischen Wesen heraus Bankrott gemacht hat und uns um ein Haar das Reich überhaupt gekostet hätte; gerade für die Deutschen als Weltvolk, das sind sie auch nach der Niederlage, hat das alte Deutschland von neuem seine erhöhte Bedeutung gewonnen. Preußen war der Träger einer Sendung gewesen und hatte sie vollendet; es ist nicht Träger

aller deutschen Sendung. Und so wäre es gut, ja notwendig, daß die Persönlichkeiten, welche Deutschland zu regieren haben, mindestens zeitweilig eine andere Luft als die berlinische atmeten, deren borusische Strenge, Dünne, Kühle und Trockenheit auf die Dauer die Konstitution eines jeden auf ihre Art beeinflußt — altdeutsche Luft, deutschen Westwind, in dessen milderem und leiserem Atem zugleich die Edeldase der westabendländischen Kulturen und Nationen angemessen verteilt sind, heilsames Antidot gegen die Rohsalze der osteuropäischen Naturhaftigkeit, die von den Steppen jenseits der Weichsel in den deutschen Osten hinüberwehen.

Mit andern Worten: das neue Deutschland, das kein Preußen-Deutschland mehr ist und mehr werden darf noch kann, braucht eine zweite, eine westliche Reichshauptstadt, in welcher sein Oberhaupt etwa während eines Viertels oder Drittels des Jahres residieren, sein Kabinett und sein Parlament regieren mag. Man komme gegen dieses Postulat nicht mit technischen Schwierigkeiten: die kann es angesichts einer wichtigen Forderung in einer Zeit wie der unsern überhaupt nicht geben, sie können nur bagatellhaft sein. Es handelt sich bei der Entscheidung nur um die Wahl der richtigen Stadt; für die gegebene erachte ich Frankfurt am Main.

Denn hier allein ist alles vereinigt, was für eine zweite deutsche Reichshauptstadt als wesentlich bewertet werden muß. Diese Stadt besitzt einen ehrwürdigen Zusammenhang mit den zwölf Jahrhunderten deutscher Geschichte; sie verkörpert klassisch eine der größten historischen Gestalten unseres nationalen Lebens, die freie Reichsstadt, deren Charakter nicht einmal ihre Einbeziehung in die preußi-

sche Monarchie zu zerstören vermocht hat; Bürgersinn und Kaiserglanz begegnen sich in ihren größten Zeiten; sie ist Goethes Wiege; der großartige, wenn auch erfolglose Entschluß der Nation, sich selber ein Reich zu schaffen, erwählte sich sie zum Schauplatz seines Wirkens — aber mehr als alles dies: sie ist nicht bloß flutendes, vorwärtsstrebendes Gegenwartsdasein, das die Zeugnisse ihrer großen Vergangenheit wundervoll einrahmen, sondern sie ist die Furt am Main, die deutsche Stadt, welche Westen und Süden in sich schließt, rheindeutsch und süddeutsch in einem. Dies vermag keine andere von sich zu sagen, zum Exempel weder Köln noch München noch Hamburg, deren jede man ja ebensowohl nennen könnte, wenn es sich nur um das Negativum des „Gegengewichts“ gegen Berlin und ostdeutsche Art handelte. In seiner geographischen Lage und der dadurch geschaffenen ethnischen Eigentümlichkeit schlägt Frankfurt am Main jeden Wettbewerb um die Eignung zu einer zweiten Hauptstadt des Deutschen Reiches.

Auch an ihr bleibt noch allerlei zu wünschen. Aus ihrer starken gelehrten Überlieferung heraus hat sie sich eine junge Universität geschaffen, aber in den profanen Fakultäten und ihren Lehrstühlen ist diese Anstalt gar zu sehr eine $(n + 1)$ ste neben den n bestehenden geworden, man vermißt die Kühnheit neuer, zukunftsreicher Wagnisse in Einrichtung und Berufung, und weit davon entfernt, etwas Revolutionäres zu bedeuten, mutet die Weigerung zu einer Theologenfakultät höchst philiströs an: wie wahrhaft kühn wäre es gewesen, hier eine religionswissenschaftliche Stätte für die stärksten Köpfe aller Bekenntnisse einzurichten, evangelische, katholische,

jüdische — welch ein wahrhaftes Ereignis von weltweiter Wirkungsmöglichkeit, wenn diese Stadt Jesuiten und Benediktiner, kritische und dialektische Protestanten, jüdische Mystiker und Rationalisten zusammengeführt hätte! Auch haben Wirtschaft und Geist in dieser ebenso reichen wie klugen Stadt sich noch nicht viel besser gefunden als zu Goethes Zeiten — eine Angelegenheit übrigens, in der alle deutschen Bürgerstädte noch weit hinter der Leistung der einstigen Residenzen zurückstehen — und die Lebensformen sind hier und da weniger als urban, ein bißchen salopp. Aber, um gleich hierbei zu bleiben, sie sind doch eben die alten Formen einer natürlichen Demokratie, stärkster und wohlthätigster Kontrast zu der Drechselung und Gefrorenheit jenes Wesens, das die letzten Menschenalter beherrscht hat und unaufhaltsam „verpreußend“ auch die breiten Schichten des Westens und Südens zu verseuchen drohte, weil es nun einmal als „fein“ galt, obschon es gerade mühsam maskierte Unfeinheit war — und natürliche Demokratie, abseits jeder staatsdoktrinären Bedeutung des Wortes, ist für unsere formale Demokratie selber eine Belebungs- und Lebensdauerfrage. Darum sollte man das Reichshauptstadtproblem nicht mehr ruhen lassen, und es wird von der Energie und Klugheit der tauglichsten Bewerberin selber in erster Linie abhängen, ob sie sich den Kranz erobert, der ihr im Interesse des Reiches gebührt.

54

Die Auswägung der immer rapider sich monopolisierenden Stellung Preußisch-Berlins (diese Scherzformel birgt einen sehr gültigen Wahrheitskern!)

durch eine südwestdeutsche Hauptstadt würde zugleich auf die einzige mögliche Art den Ausfall ersetzen, den die Einflüsse des Westens und Südens nicht nur, sondern die nichtpreußischen Einflüsse in Deutschland schlechthin durch Dekapitierung der Residenzen zu „Landeshauptstädten“ erlitten haben. Es ist kein Zweifel, daß die kleineren unter ihnen, wie Karlsruhe, Darmstadt, Braunschweig, Weimar, Dessau, Meiningen (wir nennen nur jene, denen eine originale Kulturbedeutung zukam) dem Schicksal von mittleren Provinzialstädten nicht entgehen können. Die großen, wie Dresden, München, Stuttgart haben die eigentliche Gefahrenzone hinter sich und werden, je nachdem sie kurzsichtig wie München oder weitblickend wie Dresden und Stuttgart sind, sich ihr Schicksal bereiten, aber daran ist nichts zu ändern, daß ihr politisches Gewicht wesentlich in ihren Fürstenschlössern gelagert war, und politisch werden die Hauptstädte getreulich die Geltungsminderung spiegeln, welche die deutschen Länder selber unerbittlich ergriffen hat und sie einem bloßen Schattendasein ihrer vormaligen Existenz immer gradliniger zuführt. Berlin wird gerade auch darum so übermächtig, Frankfurt ist eben darum als Gegenpart so notwendig, weil das Reich sich im raschesten Tempo vom Bundesstaat fort zum Einheitsstaat hin entwickelt.

Der deutsche Einheitsstaat ist ein notwendiges Übel.

Er ist ein Übel; denn er widerstrebt völlig dem germanischen Wesen, zumal in der germanischen Volksherrschaft. Für den Demokraten, der zugleich völkisch blutvoll empfindet, ist es eine tiefe Genugtuung festzustellen, daß heute alle germanischen

Reiche des Erdballs Demokratien sind — während unter den rein lateinischen Staatsgebilden eigentlich nur noch Frankreich als wirkliche Demokratie angesprochen werden kann und die aus der Haut der besiegtten oder zerbrochenen Großreiche eilfertig zurechtgeschnittenen westslawischen Demokratien von 1919 erst noch zu erweisen haben, daß sie lebensfähige Staaten sind. Und fast alle germanischen Demokratien sind Föderationen! Das föderative Prinzip steht in ihrer Struktur ebenbürtig neben dem demokratischen. Die älteste und die größte Demokratie der Welt marschieren als „Bünde“ an der Spitze: die Vereinigten Staaten von Nordamerika und die schweizerische Eidgenossenschaft. Das britische Imperium ist seit einem Jahre eine ganz lose gebündelte Staatenvereinigung, und die ansehnlichsten unter seinen dominionalen Gliedern sind selber wieder Bundesstaaten. Nichts scheint dem Germanen antipathischer als der straff zentralistische Einheitsstaat. Bei den Deutschen ist dieser Widerwillen seit alters besonders trotzig gewesen, auch das deutsche Österreich, aus dem zerbrochenen Habsburgerreiche gelöst, hat sich sofort als Bund konstituiert. Niemals würde das deutsche Volk aus seinem Willen heraus sich einen Einheitsstaat schaffen, die „une et indivisible“ Republik des Franzosenstolzes ist ihm ein ganz fernliegender Gedanke. Ein Führer der politischen Rechten in Deutschland hat unlängst im Hinblick auf die Demokratie von „wesensfremder Staatsform“ gesprochen. Er irrt gänzlich, die Volksherrschaft ist etwas Urgermanisches und die Erbmonarchien sind asiatischer Import für ganz Europa, erst recht für seinen germanischen Norden gewesen —

aber es gibt eine wesensfremde Staatsform für die Deutschen, und sie heißt Einheitsstaat. Föderalismus, das empfindet der Germane, empfindet der Deutsche wirklich als die gesunde Art, den Staat zu konstruieren. Daß die deutsche Geschichte Deutschlands föderative Art oft als ungesund, als Schaden erscheinen läßt, liegt keineswegs an der Föderativtatsache als solcher, sondern an der politischen Apathie der Deutschen, welche den partikularen Auseinanderfall der Föderation begünstigte; man täusche sich doch nur nicht hierüber, überwindet ein Volk diese Sinnesart nicht, so wird es um seinen Einheitsstaat bald ebenso jämmerlich aussehen wie um seinen Bund. Jede Staatsgestalt hat ihre Gefahren, und die unitarischen sind nicht kleiner als die föderalistischen. Preußen hat als straffer, schablonisierender und alles über einen Leisten schlagender Einheitsstaat erst Deutschland vom Fluche seiner Föderalität erlöst und es gleich danach bis an den Rand des Unterganges gebracht — aus eben denselben Eigenschaften heraus, die aus zeitlichen Vorzügen zu zeitlichen Verhängnissen wurden. Mit guter Politik kann eine sehr lose Föderation sehr stark und erfolgreich, und mit schlechter Politik kann ein Einheistaat sehr schwach und bedroht sein. Das alte Österreich ist vielleicht gerade daran zugrunde gegangen, daß es sich zu keiner rechtzeitigen und zweckmäßigen Föderalisierung aufraffen konnte, und die Eidgenossenschaft hat vielleicht gerade durch ihre föderative Struktur die gefährlichen Krisen der Weltkriegszeit heil überstanden. Das zar-unitarische Rußland ist untergegangen, und die Sowjet-Union lebt. Auch die Unitarisierung des Deutschen Reiches bedeutet an sich keine Verbesserung seiner politischen Pro-

gnose, sondern an sich eher eine neue Unsicherheit, da für eine Staatsexistenz alles prognostisch fragwürdig werden kann, was dem Volkscharakter zuwider ist. Die Deutschen hängen, nicht bloß aus träger und dumpfer Gewohnheit, sondern aus Zügen ihres deutschen Wesens heraus, an ihren großen, mittleren, kleinen und winzigen Einzelstaaten (genau wie die Schweizer an ihren Kantonen, die solche Größenunterschiede zeigen wie Bern und Zug, Graubünden und Solothurn), und es bedeutet ein Wagnis, ihnen diese Einzelstaatlichkeit zu nehmen. Denn es ist durchaus möglich, daß das, was danach kommt, den Deutschen nicht bloß fremder ist, sondern fremder bleibt, als was vordem war. Und tritt dies ein, dann bedeutet der Einheitsstaat gewiß ein Übel, ja ein gefährliches Übel.

Aber leider ist er notwendig, noch besser ausgedrückt: er ist unvermeidlich. Geldgründe erzwingen ihn; beim Portemonnaie hört bekanntlich die Gemütlichkeit auf. Deutschlands materielle Bedrängnis, vor allem seine Kriegsschuldknechtschaft, verlangt die planvollste Sparpolitik und die gleichmäßigste Opferpolitik von einem Ende des Reiches bis zum andern hin. Ein kompliziertes Überweisungs- und Rücküberweisungssystem, das seit jeher die Leistungsverflechtung begünstigt hat, ist dafür untauglich. Schon Erzberger, der doch wohl kein innerlicher Reichsunitarier gewesen sein kann, da er eben noch für östliche Randstaatenkrönchen sich engagiert hatte, aber ein echter politischer Kopf, jeden Augenblick bereit, eine Überzeugung einer Einsicht zu opfern, hat wohl aus solchen Gründen seine mäßig unitarisierende Reichsfinanzreform gemacht. Heutesitztals Symbolgespenst unserer Schuld-

knechtschaft der Reparationsagent in der Reichshauptstadt, der nach einigem Zuwarten in seiner Kritik der deutschen Finanzgebarung schon andeutlich genug geworden ist. Deutschland hat nur die Wahl, wirtschaftlich entmündigt zu werden oder selber seinen Aufwand auf das Unerläßlichste zu beschränken. Es dreht sich dabei in mancherlei zwangsläufigen Zirkeln; in der Gegenwart sind wir ja Zeugen (und mancher von uns Mitkombattant) in einem leidenschaftlichen Kampfe zwischen Reichswirtschaft und Reichsgeldwirtschaft: soll ein Volk, das immense Schulden abzutragen hat, bei den eigenen Gläubigern zwischendurch immer wieder Geld borgen gehen, um damit seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit anzutreiben, ohne die seine Schulden nicht bezahlbar sind — ein Zirkel, der sich überdies verknäuelte mit dem andern: muß Deutschland nicht, um seine Schulden zu begleichen, so Ungeheures leisten, daß die Gläubiger, die doch zugleich seine Konkurrenten in der Welt sind, dadurch mehr wirtschaftlichen Schaden erleiden, als ihnen die Eintreibung ihrer Schuldforderung Nutzen bringt? Bekanntlich gehen die Meinungen der sogenannten Sachverständigen in diesen Zirkelproblemen diametral auseinander, und die Entscheidung liegt bei der politischen Leitung, also bei der politischen Divination, die irgendwie erkennen (und auf diese Karte setzen) muß, auf welchem Wege das Reich am sichersten und ehesten wieder zur vollen Unabhängigkeit gelangt, wofür eine Grundvoraussetzung ist, daß es nicht noch die letzten Reste solcher Unabhängigkeit preisgibt. Der Reichspräsident, der Reichskanzler und der Reichsaußenminister (diese drei faktisch Hauptverantwortlichen) haben da in

dem Turnier zwischen dem Reichswirtschafts- und Reichsfinanzminister gegen den (vom Reparationsagenten frühzeitig warnend informierten) Reichsbankpräsidenten eine ebenso schwere wie weittragende Entscheidung zu fällen. Aber abseits dieser höchst verwickelten geldtechnischen Problematik besteht ebenso unverwickelt die Pflicht, das Aufwandsbudget in Deutschland auf das äußerste einzuschränken und Einschränkung wie Deckung auf gleichmäßigste zu verteilen. Dem jedoch widerstrebt eine Etatsautonomie von Einzelstaaten bis zur Unverträglichkeit und Unerträglichkeit. Wenn ein Haus Bankerott gemacht hat, so geht es nicht an, daß zwei Söhne Tag und Nacht schufteten, um die Firma wieder zu Ehren zu bringen, ein dritter aber im kostspieligen Klub bleibt und sein Jeuchen macht oder eine Tochter sich unveränderten Toilettenluxus gestattet. Es müssen alle Glieder gleichmäßig darben, alle gleichmäßig sparen und opfern, nur so ist nicht nur materiell wieder hochzukommen, nur so sind Selbstachtung und Achtung der Welt wiederzugewinnen! Es hilft nichts, alle Länder und alle Städte in Deutschland müssen sich gleich schmerzhaft nach der knapp gewordenen Decke strecken, das gilt ja nicht etwa für heute und morgen, sondern auf Menschenalter hinaus: wir sind, unter Berücksichtigung aller geänderten Wirtschaftsstruktur, doch vom Elend nach dem Dreißigjährigen Kriege gar nicht weitab. Und da sich in fast einem Jahrzehnt erwiesen hat, daß gutwillig diese Nivellierung nicht geleistet wird, so bleibt nichts übrig, als die politischen Voraussetzungen für sie herbeizuführen. Das aber ist der Einheitsstaat. Er wird, unterm täglich sich verschärfenden Drucke der Entmündigungs-

gefahr, schneller kommen, als selbst seine ideellen Freunde noch vor Jahr und Tag es gewärtigt haben.

Diese Einsicht wächst; was man innerpolitisch den „Großblock“ nennen kann, steht heute schon auf diesem Boden des Unabwendbaren, und selbst im Zentrum, das nicht etwa nur aus Wahlstrategie, sondern aus der ganzen katholischen Staatsidee heraus stark föderalistisch denkt, mehren sich die Anzeichen für einen Einsichtswandel sehr maßgeblicher Persönlichkeiten. Immerhin sind hier (und bleiben hier sicher) die erheblichsten Widerstände neben jenen auf der konservativen Rechten, die für ihr Preußen in seiner herkömmlichen Gestalt besorgt ist. Dennoch sieht man auch im unitarischen Lager das seelische Unglück, das aus materieller Notlage hier über Deutschland zu kommen droht. Und so hat man die Losung vom „dezentralisierten Einheitsstaat“ ausgegeben, die sehr modisch zu werden anfängt. Ich will aufrichtig hoffen, daß die Komponisten und Virtuosen dieser Formel sich über deren Sinn klarer sind, als ich es mir beim besten Willen bisher habe werden können. Ich bitte um Nachsicht für diese politische Denkschwäche, vielleicht hängt sie mit dem Manko an Verwaltungsgehirn oder an Verwaltungssitzfleisch zusammen, das gelegentlich Leute an mir tadeln zu müssen gemeint haben. Immerhin, der jahrelange Einblick in eine verhältnismäßig durchsichtige, weil kleindimensionale Verwaltungsmaschinerie hat mich doch belehrt, welche Macht eine solche Exekutive besitzt, daß in ihr tatsächlich der praktische Alltagsstaat verkörpert ist, und in welchem Umfange sie ganz in der Stille, wo sie will, die Normen der Legislative abzuschwächen und abzubiegen vermag — bis zur Unkenntlichkeit,

ja bis in ihr Gegenteil. Man gebe sich gar keinen Selbsttäuschungen hin: die Aufgabe, um derentwillen die Unitarisierung unseres Reiches vollzogen werden muß, kann loyal nur gelöst werden bei einer sehr straffen Zentralisation des gesamten Verwaltungssystems aller Zweige, denn jede weitherzige Dezentralisation wird auf exekutivem Wege dieselben Hemmungen schaffen, welche bisher von der selbständigen Legislative, aber daneben auch bisher schon von der Exekutive der Einzelstaaten herkommend, durch die Unitarisierung gerade überwunden werden sollen.

Das schlichte, einfältige Leben bleibt nun einmal fest im Materiellen verwurzelt. Selbstverwaltung vermag nur dort Befriedigung zu geben, wo sie Selbstverfügung auch über Mittel ist, mit denen Neues, Eigenartiges, Vorbildliches geschaffen werden kann. An diesem psychologischen Element der Selbstverwaltung sind die deutschen Städte zu ihrer hohen Blüte gediehen; dieser vitale Selbstverwaltungsfaktor war es, der in den kleinfürstlichen Anachronismen unserer deutschen Zwergstaaten dennoch durch immer wieder originale Daseinsgestaltung, durch exemplarische Wirtschafts- oder Kulturschöpfungen den Vorzug über den Nachteil, das Wertvolle über das Abgestorbene mächtig sein ließ. „Selbstverwaltung“ aber, die mit zugemessenen Ausgaberationen nur noch kommandiert, verordnet, verfügt, ohne etwas schaffen zu können, macht nur noch eingefleischten Bürokratennaturen Spaß; das eigentlich Wertvolle aller Selbstverwaltung, die Gelegenheit auch für den kleinen Mann, im bescheidenen Sinne mitschöpferisch zu werden, ist in ihr ausgelöscht. Eine solche Selbstverwaltung wird

sich im unfruchtbaren Dreinreden betätigen, sie wird die fragwürdigsten, nicht die besten Kräfte an sich ziehen, die dann mit den zugeteilten Mitteln nicht haushälterisch und sinnvoll, sondern willkürlich und verkehrt wirtschaften werden. Selbstverwaltung ohne „Finanzhoheit“ (im weitesten Sinne, und das heißt immer auch ohne Steuerhoheit) ist nur noch Entartungsform; selbst so (materiell) bescheidene Arten solcher Hoheit, wie sie etwa bei der studentischen Selbstverwaltung in Erscheinung treten, stehen und fallen mit dem Rechte der Beitragserhebung und Beitragsverwendung. Aber diese Finanzhoheit kann man weder den Ländern noch den Städten in Deutschland wiedergeben, denn damit gäbe man das Wesentliche, was die Unitarisierung leisten soll, aus der Hand; im Gegenteil, man muß ihnen auch den Rest dieser Hoheit noch nehmen, um das Reich und seine Geschäftsfähigkeit zu retten; es geht ja keinesfalls an, daß dieses Reich seine Steuerquellen erschöpft sieht und sich dadurch in noch tiefere Schuldknechtschaft verstrickt, während die Städte wieder beliebig umlegen, um Festhallen, Stadien, Planetarien zu bauen. Mit den Allüren des betrügerischen Bankerotteurs ist weiß Gott die deutsche Weltgeltung nicht wiederzugewinnen.

Ergo: der „dezentralisierte Einheitsstaat“ ist eine ziemliche Attrappe, ein schwacher Trost, den man den vorher selbständigen Staatsgebilden hinreicht, indem man ihnen mit dieser Formel zusichert, daß sie auch künftig zwar nicht mehr über ihren Etatsumfang, aber über die einzelnen Etatsposten werden reden und beschließen dürfen. Und selbst in diesem Zugeständnis, das übersehe man doch nicht, liegt

wiederum eine Gefährdung des hauptsächlichs Unitarisierungszweckes. Mitreden und beschließen, das vollzieht sich in entsprechenden Körperschaften, sagen wir in Landtagen; bleiben diese Landtage, so bleibt mit ihnen ein respektabler Apparat, der ja gerade heute immer als zu kostspielig bezeichnet wird. Natürlich vereinfacht er sich etwas, wenn man die völlig entbehrlichen Landesressortminister beseitigt, aber mit ihnen sich in den Haaren zu liegen, sie kommen zu lassen, große und kleine Anfragen an sie zu richten, das alles macht ja ein Hauptvergnügen des einzelstaatlichen Volksvertreterdaseins aus, und was bleibt denn noch übrig, wenn das entfällt? Regierungskrisen gibt es dann nicht mehr, mit dem ganzen Staatspielen und Parlamentmimen ist es aus, man kann die Geheimen Räte und ihren Chef — wie immer er dann heißen möge — ein wenig behelligen, was ihnen kaum als Nadelstich fühlbar wird, höchstens ein bißchen zeitraubend für sie ist. Verwaltungskontrolle im Duodezformat, am Unwesentlichen, der Landtag ein anderer Rechnungshof, das ist ungefähr, was übrig bleibt, wenn man Ernst macht mit der Vereinfachung und Verbilligung des Apparates. Läßt man jedoch namhafte Reste von wirklicher Selbstregierung bestehen oder schafft man neue Formen, so wird der Apparat nicht viel kleiner und billiger werden, als er es heute ist.

Denn eine Voraussetzung, unter der vor hundert Jahren die Selbstverwaltung geschaffen wurde, ist seither zerbröckelt: ihre reine, kostenlose Ehrenamtlichkeit. Dazu hat in dieser Epoche vollends, da unser Volk katastrophal verarmt, der mittleren Vermögen beraubt und das Aufgebot aller Kräfte eines Menschen für die Erringung seines

schlichten Auskommens nötig ist, kaum noch jemand die Möglichkeit — es sei denn einer, der sich darauf verlegen wollte, in der Selbstverwaltung Beute zu machen. Nicht bloß werden heute in der städtischen Selbstverwaltung die eigentlichen „Respiziate“ von besoldeten Stadträten wahrgenommen, auch alle Landtage haben längst Mitgliederbezahlungen, schamhaft „Diäten“ genannt, eingeführt, denn wie sollte sich sonst jemand, der Hof, Werkstatt, Tisch und Bett, Fabrik, Kontor im Stich lassen muß, um sich Tage oder Wochen hindurch in der Hauptstadt aufzuhalten, dies ermöglichen? Wirkliche Selbstverwaltung, die etwas leistet, kostet heute Geld, und was daran kein Geld kostet, ist Hülse, ist Schein einer Selbstverwaltung, der in zahlreichen unserer Kommunen schon längst für einen tüchtigen Oberbürgermeister nur einen willkommenen Vorhang abgibt, hinter dem er mit seinen besoldeten Räten ein autokratisches Stadtregiment führt. Dazu kommt, daß jede Selbstverwaltung, die vom Volke wirklich als solche gewertet wird, zeitraubend für die Exekutive ist und auch dadurch zur Vermehrung des ganzen Beamtenstabes führt, denn das Dreinreden, Auskunftfordern, Aufgeklärtwerden, das Sitzungenhalten, Kommissioneneinsetzen gehört eben dazu, wenn das Gefühl der Selbstregierung, der Mitbestimmung lebendig bleiben soll, und man hoffe doch ja nicht, daß alles dies abflauen werde, wenn es nichts mehr zu bewilligen gibt: alle Erfahrung zeigt, daß die schrankenlose Sitzerei, Rederei und Fragerei sich um so breiter macht, je unwichtiger die verhandelten Dinge, je mehr es Lappalien sind, denn desto ungenierter traut auch der Einfältigste sich mit der Sprache heraus, die es ihm bei wirk-

lichen Staatsdingen zumeist verschlägt. Kurzum, dezentralisiert man den Einheitsstaat in dem Sinne, daß man Wesen oder Schein einer regionalen Selbstregierung bestehen läßt, dann wird man wenig sparen und einen nur unbeträchtlich vereinfachten Apparat fürs bloße Gerede um Nichtse aufziehen, da ja die Hauptsachen, die Bewilligungen zentralistisch entschieden werden; ist man aber entschlossen, den Staatsapparat wirklich zu vereinfachen, aus allem kostspieligen Verwaltungsluxus sich herauszuarbeiten — dann gibt es gar keinen andern Weg als den unitarischen, dessen Ziel unweigerlich stark zentralistisch sein muß.

Wie freilich dieser Weg freigemacht werden soll, ist schwer zu sehen, da die Reichsverfassung ihn stark verbarrikadiert hat und es ein Wagnis von unberechenbarem Ausgang bedeuten würde, in dieser Grundfrage der Reichsgliederung, der Staatsstruktur also, an ihren Text zu rühren. Insbesondere legt der Schlußsatz des Art. 17 („die Landesregierung bedarf des Vertrauens der Volksvertretung“) einer wirklichen Entpolitisierung der Einzelstaatsgebilde große Schwierigkeiten in den Weg. Denn dieser Artikel hebt die Landesregierungsmitglieder durchaus aus dem Berufsbeamtentum heraus, das ja bei uns nicht vom Vertrauen der Bevölkerung oder Volksvertretung abhängig gemacht ist: er recht eigentlich ist das Fundament des Spielparlamentarismus unserer Landtage geworden — mit welchen Ergebnissen, das können die Ereignisse der sächsischen, thüringischen, mecklenburgischen u. a. Landesregierungskrisen lehren. Auch der Art. 18 macht es keineswegs leicht, zu einer unitarischeren Gliederung zu gelangen — er ist im wesentlichen preußi-

sches Werk. Gegen den Willen des beteiligten Staates kann nicht der kleinste Bezirk von ihm gelöst und anderswo untergebracht werden, außer durch eine regionale Volksabstimmung, die durch spontane Willenserklärung eines Drittels der Einwohner herbeigeführt und durch drei Fünftel der abgegebenen Stimmen unter weiterer Voraussetzung, daß diese drei Fünftel nicht weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten im Bezirk darstellen, bejaht sein muß. Ein förmliches Drahtverhau ist damit vor Umgliederungsideen gelegt. Über dieses Hindernis haben noch am ehesten die wirren Nachkriegsverhältnisse hinweggetragen, in deren Zeichen etwa die Antipathie gegen eine radikale Regierung zu solchen Volkswillenskundgebungen führen mochte (und z. B. in der Loslösung Koburgs von Thüringen geführt hat); je mehr es wieder ruhiger Alltag geworden ist, desto schwerer ist eine Bevölkerung für Änderungen der Landeszugehörigkeit zu erwärmen, ganz besonders eine überwiegend ländliche. Die Gewöhnung an den Namen, die kindliche Abschätzigkeit gerade dem Landesnachbarn gegenüber (z. B. Schlesier gegen Sachsen, Badener gegen Schwaben, Hessen gegen Preußen u. dgl. m.), die Scheu vor fremder Mundart, dies alles läßt wenig Erwartungen zu, das Volk selber werde in Deutschland das Aufgehen seiner Einzelländer in eine Einheit zuwege bringen. Da die Bureaukratie, die sich durch jede Vereinfachung ihres Apparates bedroht fühlt, selbstverständlich gegen jede solche Entwicklung ist, so könnte das Werk unterm Drucke der Not nur von einer kühnen Regierung im Bunde mit einem einsichtsvollen und weitblickenden Reichstag vollzogen werden. Aber so sehr die wirtschaftliche Atemnot

dies und jenes Land quält und fast in Agonie versetzt, so echt daher von diesen Regierungen her der Schrei nach dem Einheitsstaat klingt und so viele Fortschritte der Gedanke innerhalb der Parteien und ihrer Fraktionen gemacht hat — zwei riesenhafte Hindernisse stehen dem Handeln im Wege, eines riesenhaft durch seine Größe, eines riesenhaft durch seine Schwere (mit der es sich jedem unitarischen Versuch entgegenstemmen wird): sie heißen Preußen und Bayern.

55

Bayern, um es kurz zu sagen, wird nie auf seine Eigenstaatlichkeit verzichten. Es wäre gut, wenn alle dies klar erkennen und sich danach einrichten wollten: Bayern wird lieber außerhalb des Reiches treten, als im Reiche aufgehen.

Seine Denkschrift von 1924 hat aufgedeckt, wo seine Ideale gelagert sind: ungefähr beim Deutschen Bunde von 1866. Ob es wirklich der Wunsch der bayrischen verantwortlichen Politik ist, daß es in Deutschland wieder werde wie damals, kann dahingestellt bleiben, denn die Wünsche und die Hoffnungen, die Ahnungen und die Rechnungen dieser Politik sind sehr verwickelt, operieren teilweise mit durchaus halbdunklen Faktoren — wie der alpenländischen Frage — von denen heute kein Mensch in Europa weiß, wohin sie ihren Weg nehmen mögen. Gerade die jetzt in Bayern regierenden Männer sind höchst erfahrene Taktiker; als solche haben sie es fertig gebracht, die monarchische Frage, die sie als ein brennheißes Gericht von ihren Vorgängern serviert bekamen, kaltzustellen, und als solche wissen sie, daß man in der Politik schließlich bestenfalls auf

50 Prozent akkordieren muß — sie würden sicher zufrieden sein, wenn sie ungefähr die Hälfte des Reichsauflockerungsweges zurücklegen könnten, den ihr Promemoria zeichnet. Wir andern hoffen, daß auch diese Hälfte ihnen versagt bleibt, was wir aber nicht hoffen können, ist irgendein Vorwärts zu noch größerer Unität. Bayern wird zäh und unbeweglich sich dort festklammern, wo es heute steht, und da das übrige Reich durch die Macht der Dinge im Sinne einer stärkeren Unitarisierung und Zentralisation vorangestoßen wird, so wird eines Tages immerhin das eine Land Bayern dem Ganzen loser verbunden sein als alle übrigen. Vielleicht ist es auch mit dieser relativen Lockerung seiner Reichsverbundenheit schon zufrieden, und es könnte sein, daß diesem oder jenem Verantwortlichen in Bayern schon bei einem solchen Grade von Abseitigkeit etwas unheimlich wird.

Grund dazu möchte in den zentraleuropäischen internationalen Dingen vorhanden sein, und dies hat deutsche Staatsrechtsgelehrte, wie den Grafen zu Dohna (der freilich, dem altpreußischen Uradel zugehörig, bei aller ausgleichsbereiten und dem Neuzeitlichen geöffneten Wesensart diese Fragen doch wohl stark borussisch sieht) bewogen, dem Reiche Bayern gegenüber sozusagen die Geste des Götz von Berlichingen zu empfehlen (wohlgemerkt, ich fasse es in dieses Bild, er hat es nie gebraucht!) und es, wenn es denn durchaus nicht anders will, ein historisches Weilchen sich selber zu überlassen; es werde froh sein, eines Tages aus der Isolierung in einen noch so entförderierten Reichsverband zurückkehren zu können. Ich bedaure, daß ich diese Rechnung für ganz trügerisch halten muß. Reichsteile, die sich

einmal vom Ganzen gelöst hatten, sind nie wieder zurückgekehrt. Schweiz und Holland sind vielmehr souveräne Staaten geworden und geblieben, und das ideelle Postulat des österreichischen Anschlußbegehrens widerlegt leider, bis es verwirklicht sein wird, nicht jene greifbaren Realitäten. Gibt das Reich Bayern preis, so verliert es Bayern; wahrscheinlich gewinnt es dann auch niemals Österreich, gewiß nicht als Ganzes, und möglicherweise entstehen auf diesem Wege vor und in den östlichen Alpen neue deutsche Kleinstaatsgründungen, welche die Balkanisierung der europäischen Mitte auch in das deutsche Sprachgebiet hineintragen. Es fehlt sogar in der Schweiz nicht an sehr beachtenswerten Kräften, die einer solchen Entwicklung sympathisch gestimmt sind und Vorschub leisten, weil dann die Eidgenossenschaft gewissermaßen Familienanschluß nach Osten hin fände — und was viel wichtiger ist: die vaticanische, die hohe katholische Universalpolitik bewegt sich durchaus in solchen Gedankengängen und der Begünstigung aller Faktoren, die ihnen Wirklichkeit geben können, sie sucht den Weg zu einem ihr genehmen „Paneuropa“ durch eine staatenbündische Auflockerung der weltlichen Mächte hindurch; aus der Zeitschrift „Abendland“ zum Beispiel, die auf der Achse Köln—Wien redigiert wird, kann man sich, wenn man nicht bloß immer in den Zeilen, sondern auch zwischen ihnen zu lesen versteht, hierüber unterrichten. Die Erhaltung und Neuschöpfung von Kleinstaatsgebilden zwischen der Nordsee und dem Ägäischen Meere in einem lückenlosen Zusammenhang: Holland und Belgien, Luxemburg und Rheinstaat, Elsaß, Schweiz, Österreich und Bayern, und hiernach das ganze Bündel der

„Nachfolgestaaten“ und des alten Balkans: es würde wahrlich nicht an Kräften fehlen, die dafür Sorge trügen, daß ein einmal aus dem Reichsverband gelöstes Bayern nie wieder aus solcher neuen „natürlichen“ Eingruppierung loskäme.

Nein, mit solchen Experimenten wollen wir nicht einmal spielen, denn ihre Veranstaltung ist, auf die weiteren Auswirkungen hin besehen, reichslebensgefährlich. Daran ändert auch das Protektorat der Kurie nichts — die römische Kurie hat gar nicht mehr die Macht, irgendwie namhafte europäische Garantien zu geben, ihre (überaus geschulte) internationale Pose ist seit langem bedeutender als ihre internationale Kraft, sie würde die Staatsbrocken, wenn das Große erst einmal zerbröckelt wäre, vor dem willkürlichen Zugriff unzerbröckelter Reiche niemals schützen, die ohnmächtige Zwietracht der Brocken untereinander zu keinem starken Gegengewicht wider die wirklichen „Mächte“ zusammenfassen können. Der Vatikan lebt heute außenpolitisch über seine Verhältnisse, und es dürfte geraten sein, sich nicht auf gar zu weitreichende Bürgschaften für diesen seinen Lebensstandard festzulegen. Es muß alles daran gesetzt werden, daß Bayern beim Reiche bleibt und Österreich zum Reiche kommt. Ginge Bayern vom Reiche, so wäre dieses nicht einmal mehr ein Torso (der es ohne Österreich ist), sondern eine Ruine. Und wir wollen es doch ausbauen, nicht einreißen.

Die Opfer, die dafür gebracht werden müssen, um Bayern zu halten, sind nicht groß. Der bayrische Staat hat sich ja auch zwischen 1871 und 1918 immer seine Extratouren geleistet, tragisch waren sie niemals zu nehmen, wirklichen Schaden haben sie nie-

mals gestiftet. Auch in der Zukunft wird eine richtige Kunst, Schrullen und Launen anzufassen oder zu ignorieren, mit den Seltsamkeiten dieses Staates zurande kommen. Es ist manchmal ein bißchen anstrengend und ärgerlich, aber die Politik kennt die seelischen Kategorien des Behagens und der Bequemlichkeit nicht (oder doch nie, ohne Schaden zu nehmen), und der Putsch vom 9. November 1923 hat die vollendete Harmlosigkeit selbst solcher bayrischen Extravaganzen dargetan, die auch von ruhigen Köpfen eine Zeitlang mit Unruhe betrachtet worden sind. Seien wir doch gerecht: Bayern hat schließlich weder Bismarcks Sturz noch die zweitwilhelminische Ära, samt der miserablen Politik, die uns in den Krieg hinein taumeln ließ, weder die Friedensverhinderung noch die Matrosenaufstände auf dem Gewissen, und wo es gefehlt hat, wie in westlichen und östlichen Kriegsgewinnbetreibungen oder in politischer Nachkriegsmißwirtschaft, dort wird es durch sehr ebenbürtige Konkurrenz, die nicht minder schlimm war, immerhin entlastet. Daß es Reichslebensinteressen jemals geschädigt habe, wird niemand beweisen können, es hat oft ärgerliche und gewiß unnötige Schwierigkeiten gemacht, schließlich aber ist es doch immer wieder bei der Stange geblieben, z. B. auch in der Locarnopolitik, welche sein Ministerpräsident verbal mit Argumenten bekämpft hat, die sich größtenteils leider als stichhaltiger erwiesen haben als die Hoffnungen der offiziellen Staatskunst; und wenn, wesentlich mit durch politische Narrenstreiche, denen sich leider auch eine übel-schmeckende Dosis von hetzerischer Unduldsamkeit zumischt, dieses von ganz Deutschland und der halben Welt über jedes Maß geliebte und über alle Gebühr verhätschelte München sich

beklagenswert geistig enthauptet, sich provinzialisiert und verspießert, so tut uns das herzlich leid und schadet am meisten dieser schönen Stadt selber, befördert auch das, was die Bayern am meisten hassen, nämlich die allberlinische Vorherrschaft in Deutschland, aber es ist schließlich eine häusliche, sagen wir eine Etagenaffäre Bayerns, die das ganze Deutschland um ein paar dekorative und sentimentale, jedoch nicht (und nicht einmal geistig) um vitale Werte bringt. Der Unitarisierungsprozeß wird die bayrische Frage innerhalb Deutschlands noch delikater und komplizierter machen — aber, ça ira, es wird schon gehen, solange wir Sorge tragen, daß sie eine bayrische Frage innerhalb Deutschlands bleibt.

Die preußische Frage rührt viel stärker an die Grundfesten der deutschen politischen Existenz! Von ihrer Entwicklung wird es abhängen, ob die Unitarisierung des Reiches eine Befestigung oder eine Gefährdung des Reiches bedeuten wird. Bayern mag die Reichspolitik manchmal behelligen, erschweren, stören, ähnlich einemschönen, aber unbequem sitzenden Kleidungsstück, das doch zum Ganzen gehört und steht; aber Preußen wäre eher einer ganzen Rüstung vergleichbar, die aus vergangenen Arsenalen stammt und ihren Träger lähmt, wenn er durchaus in sie hineingepreßt bleiben soll, wobei es völlig nebensächlich ist, daß ihr Metall einst ins Blaue und während der jüngsten Entwicklung ins Rötliche schimmerte. Es hat sich auch noch 1918, wie einst um 1848 und 1866 erwiesen, daß die „Linke“ in den preußischen Lebensfragen nicht weniger borussisch empfindet, denkt und fordert, als die „Rechte“.

Ohne Preußen gäbe es kein Deutsches Reich. Daß

gegenüber einem allzu treuherzig brandenburgischen Geschichtsvortrag, wie die Schulbücher der letzten Menschenalter ihn beliebten, nach der Weltkriegsniederlage und dem Sturze des preußischen Kaiserhauses (so muß man es ja nennen, wenn man ins Schwarze treffen will) eine historiographische Reaktion einsetzen würde, war vorauszusehen. Wie es Historiker der Zunft gibt, welche die deutsche Geschichte wieder um 1848 herum schreiben möchten (das heißt um ihr jammervollstes Versagen herum), nachdem die mechanischen Rezepte von 1871, geistlos kopiert, ebenso jammervoll versagt haben: so mußten erst recht unzüftige Essayisten Gefallen daran finden, das Feld des Ringens wieder einmal vom Feldherrnhügel der Habsburger, statt der Hohenzollern her zu betrachten. Ihr erfolgreichster Bannerträger ist Werner Hegemann geworden, der uns zunächst einmal Friedrich den Großen zu verleiden übernommen hat; der gleiche Vorstoß gegen Napoleon wird vermutlich den Effekt verdünnen, denn solche Kapriзен sind nur in ihrer Einmaligkeit und durch ihren Verblüffungserfolg interessant, wer das Entzaubern (ebenso wie das Bezaubern) gewohnheitsmäßig, serienweise betreibt, wird bald langweilig damit. Item, wir wissen nun, daß Fridericus Rex alles verpfuscht hat. Die vortrefflichen Habsburger dachten an gar nichts anderes als an Deutsches Reich und Germanisation, und wäre man ihnen nicht in die Parade gefahren, so hätte sich das heilige römische Reich deutscher Nation, wie es noch in Maria Theresiens Honigmonden bestand, zu einer Weltmacht vom Range der U. S. A. in der Mitte Europas entfaltet. Das hat übrigens auch Metternich (der durch andere Autoren gleichfalls schön sauber gebürstet wird) ge-

wußt und bekräftigt, als er jede Stärkung der Reichsidee und Reichsgewalt mit der Formel abtat, im Herzen des Erdteils müsse die Fülle, nicht die Larve sein. Wir lassen uns leider durch diese Phantasten, die plötzlich für unsern Kontinent, den alten, Stripes and Stars in den Grundfarben Schwarz-Gelb und Weiß-Gelb halluzinieren, gar nicht anstecken. Maria Theresia ist in einer ihrer schönsten Posen als Königin von Ungarn unsterblich geworden, und die tschechische Wiedergeburt erhob sich genau um dieselbe Zeit, da Josef II. wie die Aufklärung so auch die Alleinherrschaft der deutschen Sprache in Böhmen verordnen wollte. Der Schwerpunkt der habsburgischen Hausmacht lag längst weit südöstlich. Wiens ewige Stärke (und damit seine Unfähigkeit zur Rolle einer deutschen Reichshauptstadt) ist diese Lage an der Grenze des deutschen Europakreises zum slawischen und finnischen hin — hätte Preußen sich etwa in die südpreußische Episode verbissen, die ihm Warschau zubrachte, so wäre es ähnlich exzentrisch verlagert und für die Vormachtsendung in Deutschland ähnlich untauglich geworden. Das verfallende Reich vermochte kein Genius mehr zu retten; Friedrich, in jedem Betracht die größte Gestalt der neuzeitlichen deutschen Geschichte, ermöglichte ein neues Deutschland, indem er Preußen als Großmacht schuf. Die Geschichte hat ihm recht gegeben, und darauf allein kommt es in der Politik an: sein Preußen, durch Napoleon fast zertreten, zog wie mit magischer Gewalt geniale Retter aus dem unpreußischen Deutschland an sich, die es wieder herstellten — Stein, Scharnhorst, Gneisenau —, Preußen ward der neue deutsche Führerstaat, brachte den Genius hervor, der um diesen Staat herum das wirkliche Reich schuf,

samt dem Könige, der, ohne einen Funken von Genie, mit seinen altpreußischen Eigenschaften jenem Genius Halt und Spannung in rechter Auswägung gegeneinander bot, und dieses Reich, von Zweidritteln der Massen höchst frostig oder gar widerwillig begrüßt und angenommen, befestigte sich in einem einzigen Menschenalter so sehr als Vaterland, daß 1914 ebenso wie 1919 die überwältigende Mehrheit der Nation sich zusammenfand, um es so, wie es war, zu bewahren.

Hugo Preuß sah wohl weit und scharf, als er diesen Versuch für untunlich hielt. Er traute dem Reich als solchem genug Festigkeit zu, auch wenn der preußische Kern sich ganz in ihm auflöste. Er drang mit dieser Zuversicht nicht durch: durchaus auch außerhalb Preußens nicht, dies ist so ungemein charakteristisch. Man wollte Preußen nicht aufgeben, schon gar nicht in so unsicheren Zeitläuften — aber es ein bißchen deklassieren, zähmen, schwächen, dazu war man bereit. Wem viel verdankt wird, der ist selten ebenso beliebt, und da einer der hervorstechendsten psychologischen Züge im preußischen Wesen die betonte Unliebenswürdigkeit ist (im Unterschied etwa von Frankreich), so ergab sich in der endgültigen Ausarbeitung der Reichsverfassung die Doppelten-
denz, diesen stark bewährten Staat zwar zu behalten, aber gleichzeitig zu fesseln. Preußen sollte seine Größe bewahren, aber ihr Korrelat, seine Führung, aufgeben. Diese schiefe Lösung, vollkommen die Augen davor verschließend, daß ein gebundener Riese in seinen Leistungen zwar gelähmt, in seiner Unbequemlichkeit aber eher gesteigert ist, ist die eigentliche Sünde des Werkes von Weimar geworden, nachtraglich unendlich schwer zu tilgen.

Preußen, solange es territorial und staatsrechtlich besteht, kann für das Reich nur ein Hegemonialstaat sein. Jeder Versuch, es aus dieser natürlichen, geradezu zwangsläufigen Stellung zu verdrängen, ohne es aufzulösen, ist zum Scheitern verurteilt. Eine tatsächliche Stärke läßt sich in der Politik nicht staatsrechtlich hinwegmogeln. Dies aber versucht der Artikel 61 I: „Für die Bemessung des Stimmgewichts im Reichsrat sind nicht mehr wie früher historische und dynamische Gesichtspunkte, sondern lediglich die Einwohnerzahlen maßgebend“, sagt Anschütz in seinem Kommentar — aber kaum hat man dies neue, mechanische Prinzip aufgestellt, so merkt man, daß damit Preußen erst recht in den hegemonischen Sattel gehoben, nämlich auf die absolute Mehrheit im Reichsrat gebracht wird, und so schmuggelt man die „historischen und dynamischen Gesichtspunkte“ sozusagen negativ wieder ein, man nimmt durch eine Ausnahmbestimmung dem preußischen Staate das, was er statistisch zu beanspruchen hätte, aus historischer Abneigung und dynamischer Furcht, und während Preußen $\frac{3}{5}$ der gesamtdeutschen Bevölkerung umfaßt, werden ihm nur die Reichsratsstimmen von $\frac{2}{5}$ zugebilligt.

Wurde Preußen damit nicht geradezu herausgefordert, nunmehr seine wirkliche Stärke die andern praktisch doppelt brutal spüren zu lassen, nachdem man sie ihm technisch fort eskamotiert hatte? Vieles, was am Preußen der Gegenwart sehr unerfreulich aufgefallen ist, etwa sein Auftreten gegenüber Hamburg, seine Haltung in deutschen Schulfragen — erklärt sich hieraus, und wir fangen an, in der Unitarisierungsfrage eine ähnliche Hervorkehrung rücksichtslos egoistischer Gesichtspunkte durch Preußen

wahrzunehmen. Ihm führt der Weg zum Einheitsreich über ein Großpreußen: sind ihm erst die existenzunfähigen norddeutschen Einzelstaaten zugefallen (so wähnen die borussischen Gemüter, *lucus a non lucendo*), so werde den süddeutschen Gebilden kein anderer Weg bleiben, als sich ins unvermeidlich Gleiche zu schicken.

Welch ein Wahn! „Wenn Krösus über den Halys zieht, so wird er ein großes Reich zerstören“: sollte Preußen auf Beute jenseits des Mains spekulieren, so wäre damit die größte Reichsgefahr seit Menschengedenken heraufbeschworen. Man muß darum die eindringlichste Warnung vor solchen Rechnungen nach Preußen hin ergehen lassen. Es ist völlig ausgeschlossen, daß der südmainische Länderkomplex Deutschlands sich preußisch provinzialisiert. Eine solche Zumutung müßte eine neue Mainlinie aufreißen, viel tiefer und unüberbrückbarer als die alte — die Gefahr des Auseinanderfalls Deutschlands in drei Reiche, ein preußisches, ein bayrisch-österreichisches und ein rheinisches (das etwa aus der Vereinigung der heute preußischen Rheinlande mit Hessen, der Pfalz, Baden und Württemberg entstünde — ein Gebilde, über das schon einmal so gefährlich ernsthafte Erörterungen gepflogen worden sind) könnte dann in unmittelbare geschichtliche Nähe rücken. Das hieße wirklich *travailler pour la république française*.

Wie aber ist eine vernünftige Lösung denkbar? Die Einpreußung norddeutscher Einzelländer muß unter allen Umständen vermieden werden — nur dann kommen wir ohne Reichsgefährdung weiter; es darf kein neues Gegenüber (von unitarisiertem) Nord und (föderativem) Süd sich herausbilden; es liegt heute im

Reichsinteresse, daß auch die föderative Vaterlandskarte des Nordens sich nicht einförmig mit Preußisch-Blau (das war ja Preußens Couleur in unsern meisten Schulatlanten, ähnlich wie Grün für Rußland und Rosa fürs britische Weltreich) überstrichen werde. Damit ist eine vernünftige Ausgleichung der Zwergenkklavenmisere durchaus vereinbar. Ob aber hinter der „Reichsland“-Idee, die augenblicklich in Mode gekommen ist, eine wirkliche Lösungschance steckt, bezweifle ich.

Mit einem Reichsland haben wir in vierzig Jahren die schlechtesten Erfahrungen gemacht: selbst alle gröblichen Mißgriffe abgezogen, die vermeidbar gewesen wären, war es doch auch mit die Bastardierung zum Reichsland, die es hat vereiteln helfen, daß Elsaß-Lothringen innerlich dem Reiche zuwuchs. Eine völlige Annexion (z. B. des Elsaß durch Baden, Lothringens durch Preußen) — eine rechtzeitige, ehrliche Einzelstaatlichkeit beider hätte die Assimilation erleichtert. Es ist kein Zweifel, daß für die norddeutschen Kleinstaaten das Aufgehen in Preußen die dienlichste Lösung wäre; doch sie verbietet sich wegen der Herausarbeitung der Mainlinie, die sie verursachen würde. Entständen aber wirklich namhafte Reichsländer in Deutschland, nähmen etwa Sachsen, Thüringen, Hessen, Baden, Württemberg, Oldenburg, Mecklenburg, Hamburg und Bremen diesen Charakter an (die Zwergstaaten könnten Preußen zufallen) — dann wäre eine neue Lage von nicht geringerer Bedenklichkeit geschaffen: ein Reichsländerblock stände dem Block Preußen gegenüber, und die heute schon recht erheblichen Spannungen und Reibungen zwischen diesem „Reich“, das nun auch $\frac{1}{3}$ von Deutschland wirklich verwal-

tete, und Preußen würden im örtlichen und technischen Nebeneinander der Regierungen und Parlamente sich noch wesentlich verschärfen. Der alte Dualismus, richtiger Trialismus: Preußen-Reich-Österreich würde in den neuen: Preußen-Reichsländerblock-Bayern umgewandelt sein. Der neue trüge alle Konflikts-, Ohnmachts- und Auflösungskeime des alten in sich. Von der geistreichen Utopie, Preußen selber als Reichsland zu erklären, brauchen wir wohl keine kritische Notiz zu nehmen. Kein Preußen, ob es „bläulich“ oder „rötlich“ sei, denkt daran, sich einer solchen Lösung zu unterwerfen — die in ihrem Effekt übrigens auf die Abschaffung der Einzelstaatlichkeit, auf die alleinige Reichsstaatlichkeit, auf die Verwirklichung des ersten Preußischen Entwurfes hinausliefe. Dazu braucht man keine neuen staatsrechtlichen Formeln.

Geschichtlich Verpaßtes läßt sich selten nach kurzem noch einmal versuchen. Die Deutschen haben 1919 die Schöpfung einer glatten Reichseinheit verworfen. Schon in den gefährlichen Auseinandersetzungen von 1923 hat sich das als ein Nachteil erwiesen, denn die rheinstaatlichen (wie die welfischen und die großhessischen) Liebhabereien haben in ihren Gedankengängen immer wieder die Existenz Preußens und die Existenz außerpreußischer Einzelstaaten vor ihre Ziele gespannt: los von Preußen — (beileibe nicht vom Reiche!) und hin zum Eigenstaat (im Reichsverbande) war ihre laute oder stille Losung. Nun, sie haben sich glücklicherweise als zu schwach erwiesen, um sich durchzusetzen. Aber zur Ruhe wird derlei nicht kommen, solange es ein riesenhaftes, seine Teile naturgemäß provinzialisierendes und uniformierendes Preußen und neben

ihm ansehnliche Einzelstaaten gibt. Ein welfisch gesinnter Demokrat und Republikaner (ja, so etwas gibt es heute) sagte mir: „Es lebt sich doch in Sachsen, Baden, Württemberg, in Dresden, Heidelberg, Stuttgart, auch in München, Nürnberg, Würzburg, Weimar, in Hamburg und Bremen sehr schön, und das Reich lebt auch sehr schön mit diesen Einzelstaaten, es verdankt ihnen die Fülle bei der Einheit; warum sollen gerade Niedersachsen und die Rheinlande Provinzen sein? Wir wollen die straffe Reichseinheit nicht antasten, so wie schon unsere Väter sich jedem loyalen Versuch, sie in ein Reich einzugliedern, zur Verfügung gestellt hätten; statt dessen verschluckte Preußen unser Land; ich bin überzeugt, die ewigen Spannungen werden schwinden, wenn das Reich endlich in ungefähr ebenbürtige Einzelstaaten gegliedert ist, denn das Mißverhältnis zwischen Preußen und den andern, die unwillig getragene preußische Provinzialität der staatwertigen Teile sind die Quelle alles Übels.“ Solche Äußerungen enthalten zwar sehr irrige Voraussetzungen (wie z. B. die, daß 1866 auf föderativem Wege, statt auf dem der preußischen Lösung, dem Reiche näher zu kommen gewesen wäre), aber sie sind psychologisch beachtlich. Die eigenstaatliche Unruhe wird bleiben, auch wichtige Teile Preußens werden sich nie mit ihrer bloßen Provinzialität abfinden, bis sich irgendwie eine Lösung durchgesetzt hat, welche die Reichstatsache mit einer sehr starken Selbständigkeit der Reichsglieder auswägt.

Diese „Lösung“ kann, nachdem sie 1919 als verfassunggebender Akt verworfen worden ist, nur noch in einem organischen Prozeß gefunden werden. Sie wird also nie „vollzogen“, sondern immer unter-

wegs, aber immer im Vormarsch sein. Sie besteht einfach in der unerbittlichen Entselbständigung der Länder durch die Reichsgesetzgebung (nicht bloß finanziell: auch kulturell tut etwa ein Reichsschulgesetz einen wichtigen Schritt auf dieser Bahn vorwärts) und in der einmal doch unausweichlichen Verwaltungsreform, die den preußischen Provinzen stärkere Selbständigkeit gegenüber der Berliner Zentrale gibt. Frevel, wie die völlig sinnlose Zerteilung einer uralten Provinz (Schlesiens), damit ein Füllhorn neuer leitender Posten ausgeschüttet werden könne, wird die Nation ein zweites Mal hoffentlich nicht mit Lammsgeduld über sich ergehen lassen; aber daß in der Stunde, da der letzte Besatzungssoldat vom deutschen Boden abrückt, das Rheinland jene Reformforderung nachdrücklich anmelden wird, steht außer jedem Zweifel. Auf diese Weise wird zwar weder Preußen noch die Kleinstaaterie beseitigt, aber beide Phänomene erfahren eine solche Abdämpfung, daß der praktische Abstand zwischen einem deutschen „Land“ und einer preußischen Provinz sich immer mehr verkleinert. Das setzt nur voraus, daß unterm starken Druck der wirtschaftlichen Notwendigkeiten die vernünftige Einsicht in eine Verwaltung, die nicht über ihre Verhältnisse lebt, überall sich durchsetzt.

56

Und damit sind wir, nach Abschälung aller bloßen staatsrechtlichen Denkmöglichkeiten, die man politisch überhaupt nicht oder nicht ohne Gefahr verwirklichen kann, auf den politisch realen Kern des Einheitsstaatsproblems gestoßen: die einzige Lösung, die heute noch bleibt, ist die Lösung aus sich selber

heraus. Es bedarf keines Rührens an den Verfassungstext, keiner Beseitigung vorhandener, keiner Einfügung neuer Artikel. Deutschland enteinzeltstaatlicht sich durch Gesetzgebung und Verwaltung ganz von selber. Die Entwicklung Preußens und Außerpreußens finden sich, wenn sie sich beide vernunftgemäß vollziehen (zum Teil werden sie es zwangsläufig tun) in der Mitte. Auch dann wird der deutsche Einheitsstaat nicht in der staatsrechtlichen Formel, aber im politischen Sachverhalt vorhanden sein. Aber es wird gerade eine zwangsläufig zunehmende Zentralisierung bisher dezentralisierter Kompetenzen und Funktionen sein, die ihn auf der einen Hälfte des Weges, auf der die Länder entselbständigt werden, verwirklicht, und die Formel der Dezentralisation gilt nur für die andere, entgegenkommende Strecke, auf der die preußische Provinz sich verselbständigt.

Aber diese Verselbständigung kann durch Menschenalter nur eine verwaltungstechnische sein. Das, wodurch ein Staat sich seinen Bürgern am eindrucksvollsten bemerklich macht: das Recht der Steuererhebung, wird in den nächsten Jahrzehnten immer weniger der Peripherie ausgeliefert werden können. Damit ist, wie wir dartaten, eine wirkliche Selbstverwaltung ihres stärksten Reizes entkleidet — was bleibt, ist in der Hauptsache eine exekutionstechnische Verwaltungsreform, welche der Bürokratie zugute kommt, ihr freilich die Möglichkeit gibt, bei verständiger Einsicht auch die freien Staatsbürgerkreise angemessen an ihrer Arbeit mitwirken zu lassen.

Solche Mitwirkungen haben wir heute schon im Laienrichtertum, in der Wohlfahrtspflege, in den

Elternbeiräten des Schulwesens, in den Betriebsräten staatlicher Werkstätten und allen ihnen wesensverwandten Einrichtungen der Beamtenschaft, in den Ehren- und Standesgerichten und mancherlei ähnlichem mehr. Wie sie sich bewähren und wieweit sie überhaupt ein Mitwirken gewähren, hängt meistens von der Einsicht und Willigkeit der amtlichen Persönlichkeiten ab, um die sich die Laienmitwirkung gruppiert. Die Eigenlebigkeit und Eigentümlichkeit, die sich dabei entfaltet, ist viel öfter eine institutionale, keine territoriale mehr. Das heißt: nicht das Schulwesen eines geographischen Bezirks, etwa eines Einzelstaates oder einer Provinz, zeigt nun eine besondere Färbung, sondern die Einzelschule, die von einer besonders gearteten und in großer Selbständigkeit waltenden und verwaltenden Direktorspersönlichkeit gelenkt wird. Der sprichwörtlich gewordene, beinahe an englische Typen erinnernde Münchener Oberlandesgerichtsrat Mayer bot ein Exempel dafür, zu welcher freiwaltenden Individualität sich ein richterlicher Funktionär erheben kann, wenn er das Zeug dazu hat. Auch der preußische Landrat hatte ein gut Stück von dieser Wesensart, und viele deutsche Oberbürgermeister sind für sie charakteristisch geworden — sie alle auf dem Boden einer institutionellen Selbstverwaltung, und das Entscheidende, worum es uns geht, ist die Übertragung dieser Möglichkeit in die Staatsverwaltung, ihre individualistische Dezentralisation.

Ja, individualistische Dezentralisation: nur darauf kommt es an, das allein kann der Sinn des „dezentralisierten Einheitsstaates“ werden. Aus dem Zwangsläufigen das Vernünftige herauszuholen, aus dem

Aufgezwungenen das Beste zu machen, was sich aus ihm machen läßt: diese politische Kunst ist uns Deutschen nun aufgegeben. Wir müssen so unerbittlich haushalten, daß die Verwaltung der Mittel nur aufs straffste konzentriert werden kann. Einzig auf diesem Wege vermag der Staat die Armut aller, die das Schicksalslos unserer nächsten Generationen bedeutet, sicherzustellen, zu verhindern, daß die eine Stelle das Geld vertut, während die andere damit haushält, und diese zweite samt dem Ganzen für die Auswirkungen des Treibens jener ersten büßt. Aber vielleicht ist dies ein notwendiger und nützlicher Erziehungsprozeß für die Deutschen als Nation, denn wir haben in einem andern Zusammenhange früher dargelegt, daß wir als Nation, als politisches Volk, viel einförmiger werden müssen, um uns die gebührende politische Stellung unter den Völkern zu erringen und zu bewahren. Vielleicht hat der aufmerksame Leser (und welcher wäre dem Autor wertvoller!) sogar einen Widerspruch empfunden zwischen jener Beweisführung und der späteren Formel, die den Einheitsstaat als ein Übel, wenn auch ein notwendiges, charakterisierte. Dennoch hat es mit beidem seine Richtigkeit. Auch die Einförmigkeit, die wir postulierten, bedeutet uns kein Wohlgefallen und keinen Segen im landläufigen Sinne. Ganz und gar nicht! Sie schließt herbe Opfer, bittere Verluste auch an schöpferischen Qualitäten ein, es lebte sich viel schöner mit der Buntheit, der Vielförmigkeit, der Fülle und Verschiedenheit. Aber wir haben gar nicht die Wahl, reizvoller oder reizloser zu leben, sondern nur die Wahl, zu leben oder unterzugehen! Die Vielförmigkeit kann uns auch die Fülle nicht mehr retten, weil sie uns das Leben nicht

retten kann. Wir sind als Volk (rein quantitativ) zu groß, um ein Holland zu werden oder ein Norwegen; wir müssen ein gewisses, hohes Maß von Macht behalten und wiedererlangen, wenn wir nicht in lauter Nichtse zerfallen sollen. Eine kleine Nation kann ihre wichtige Mission auch und gerade in ihrer Kleinheit und Begrenzung finden — man verdeutliche sich das an der Schweiz. Aber eine große Nation verkommt, wenn sie ohnmächtig wird, es macht sie verächtlich und deklassiert sie. Deutschland kann sich davor nur noch durch höchste Konzentration seiner Staatlichkeit schützen. Das ist eine Zwangslage. Als Wahllage besteht sie wohl für jede große Nation einmal, die nach politischer Vollbürtigkeit strebt, aber sie ist kaum für eine andere so zwangsläufig geworden wie nun für uns. Frankreich hat dieselbe Bahn aus eigener Entscheidung durchgemessen, es war sicher kein geistiges Glück für sein Volk und Land im ganzen, seine „Provinz“ ist dadurch zu einer Trostlosigkeit ohnegleichen geworden, aber daß es mit kaum 40 Millionen Menschen dennoch eine Weltmacht vorstellt, hat es nur jener Entscheidung zu danken. Uns ist die Entscheidung abgenommen, d. h. sie geht überhaupt nur noch zwischen Leben und Sterben, zwischen Nation und Satrapie. Wir retten uns in ein Übel: so kann man es vielleicht formulieren — und die Hauptsache ist erst einmal die Rettung, das Übel muß getragen werden; ist das Rettungswerk halbwegs gesichert, dann mögen wir das Übel so gut wie möglich auszugleichen suchen. Der Ausgleich kann keinerlei neu erfundene Dezentralisation sein; jede Lockerung der Konzentration bedroht die Rettung, das Dasein. Wir sollen der spontanen Zentralisation, die sich aus unserer

Geldnot heraus vollzieht, ihren Lauf lassen und alles tun, was ins Kapitel Sparen gehört. Die Beschränkung auf die staatliche Notdurft, die uns für lange, für unabsehbar lange auferlegt ist, diese eisern durchgesetzte Beschränkung tut von sich aus alles, was an unitarischen Taten zu tun wäre. Der einzige Ausgleich, den es dafür gibt, ist die vertrauensvolle Freigabe des persönlichen Könnens, nicht des regionalen Mögens und Dürfens. Du kennst deinen Etat: nun hole aus deiner Sache das Vollkommenste heraus, was dir möglich ist! Das ist die einzige Dezentralisation, die wir uns leisten können.

Preußen, dessen Verdienste jederzeit ebenso außerordentlich gewesen sind wie seine Sünden, war in sehr wichtigen Angelegenheiten längst auf diesem Wege. Was hat es nicht seine Schuldirektoren experimentieren, neugestalten, im schönsten Sinne wirken lassen! Und eine veränderte politische Konstellation gab seinen Landräten dieselbe Möglichkeit — es sei nicht untersucht, ob sie zureichend genutzt worden ist. Das ist es ja auch, was bei aller legislatorischen Zentralisation eines Staates den Begabten veranlassen kann, draußen in der Provinz auszuharren: daß er dort die Freiheit des Gestaltens habe, wenn er „ein Kerl“ ist — verbunden mit dem andern, lebenswichtigen Faktor: daß die direkte Demokratie ihn eines Tages auch von dort an die Spitze, in die oberste Verantwortung holt, wenn er sich als ein Kerl bewährt hat. Muß man nicht ins Parlament nach Berlin, um die höchsten Aufstiege offen zu haben — so ist der Zentralisation schon ein böser Stachel ausgezogen. Dann wird auch immer wieder die Peripherie mit dem besten, was sie zu präsentieren hat, zu ihrem Rechte kommen. Wir sehen an

dieser Stelle wieder, daß direkte Demokratie eine Hauptvoraussetzung für starke Demokratie, einen wesentlichen Faktor für die günstige Prognose der Reichszukunft bedeutet.

57

Die Zwangsläufigkeit der Schicksalsdinge, von denen bei diesen Auseinandersetzungen zu handeln war, verdanken wir einer schlechten Reichspolitik im Verhältnis zur übrigen Welt. Auch die vernünftige Unterwerfung unter alles, was unausweichlich geworden ist, sichert uns weder Dasein noch Zukunft, wenn das Deutsche Reich abermals schlechte Politik treibt. Selbst in seiner Ohnmacht bleibt es Macht unter Mächten. Alles wird schließlich davon abhängen, wie es diese Stellung zu nutzen und fortzuentwickeln weiß.

Macht unter Mächten ist es geworden, seit durch die Reichsschöpfung von 1871 seine vormalige Ohnmacht beendet wurde. Der föderative Zustand in dem Grade, wie er vorher bestand, ließ keine Reichspolitik zu. Übrigens hatte es noch niemals eine gegeben, denn die große deutsche Politik des hohen Mittelalters war Kaiserstaatskunst gewesen, deren nicht geringste Schwierigkeiten immer wieder, neben Papst und Feinden, das Reich selber gebar. Kaiser und Reich glitten vollends auseinander, seit das Haus Habsburg an der Kaiserwürde blieb und den Schwerpunkt seiner Staatskunst überhaupt nicht mehr grundsätzlich ins Reich, höchstens noch episodisch dorthin verlegte. Schwer genug, wie man weiß, wurde es, den ersten entscheidenden Schritt einer deutschen Reichspolitik zu tun, nämlich das Reich selber zusammenzubringen; es konnte, wie die

habsburgischen Dinge lagen, nur das kleindeutsche Reich sein, wenn es ein wirklich Deutsches Reich, der deutsche Nationalstaat sein sollte; darum aber, weil dies nun Wirklichkeit ward, ist allerdings der 18. Januar 1871, soviel er zu wünschen übrig ließ, ein Wendepunkt deutscher Geschichte, dem überhaupt kein anderer an die Seite gestellt werden kann. Denn das Ungeheure trat ein, was im Grunde niemand gewärtigen konnte und was ein Jahrtausend hindurch sich als unmöglich erwiesen hatte: das Reich, einmal geboren, wurde von Stund an Subjekt einer einheitlichen deutschen Politik! Machen wir uns doch nichts vor: wenn wir die Geburtswunden dieses Gebildes betrachten, so war tausend gegen eins zu wetten, daß es die pompöse Stunde von Versailles nicht lange überleben werde; der alte neue Kaiser hat solcherlei sicher befürchtet und konnte aus guten Gründen nicht mit dem Herzen bei einer Sache sein, die er in jenem Augenblick für eine dekorative Episode hielt; es war ja klar, Bayern, oder sonst einer der Mittelstaaten, aber ganz gewiß dies nur widerwillig und höchst widerspenstig ins Reich gezernte Bayern, würde beim ersten Anlaß Seitenwege gehen, Extratouren tanzen, ausspringen. Nichts dergleichen geschah, und dies wahre Wunder wird einzig durch die suggestive Zaubermacht des politischen Genies erklärt, das dieses Reich geschaffen hatte. Man hat wohl gesagt, es wäre für Bismarcks Ruhm das schönste gewesen, kurz nach der Reichsgründung zu sterben: vor Kulturkampf, Sozialistengesetz, Schutzzollzwisten, Abstieg und Sturz. Mag sein. Für das Reich hätte sein vorzeitiger Tod schwerste Existenzgefahr bedeutet. In zwanzig Jahren, die er das von ihm Geschaffene noch lenkte, unter

außerordentlichen Leistungen und ebenso außerordentlichen Sünden, hat er es wirklich zum Reiche gemacht. Es überdauerte nicht bloß sein Amt und sein Leben, sondern sogar die Dynastien, auf die er es formal gebaut hatte. Es hat Revolution und Ruhrkampf, Hitlerputsch und rheinischen Separatismus überstanden, ja sogar die Billionen-Inflation: dies Reich wird uns bleiben.

Dafür ist die Frage seiner Förderiertheit oder Unierung ganz belanglos geworden. Es darf selbstverständlich nicht hinter die Wende von 1871 zurückgleiten; wer es zum Bunde unseligen Andenkens auflockern wollte, der würde ein Reichszerstörer sein. Aber ob Bundesreich oder Einheitsstaat, seine Macht wird von seiner Politik abhängen. Nur das Reich kann und darf Mächtepolitik treiben, wie nur das Reich seit 1871 solche Politik getrieben hat. Mag es um die Staatlichkeit der Länder künftig wie immer stehen, der Reichsaußenwelt gegenüber sind sie nur Organe des Reiches. Eine internationale Politik Deutschlands, die nicht unbedingte Reichspolitik wäre, würde der Anfang vom Ende des Reiches sein.

Davon gibt es keine Ausnahme.

Es ist nötig, diesen Satz so lapidar zu formulieren, weil wir im Begriff stehen, eine Ausnahme, die wir leider zugelassen haben, zur Regel zu machen.

Bayern hat im Januar 1925 ein Konkordat, also einen völkerrechtlichen Vertrag mit der römischen Kurie geschlossen. Die Zulassung dieses Vertrages ist einer der verhängnisvollsten Fehler der Nachkriegs-Reichspolitik gewesen. Hier ist nicht von der kulturpolitischen Seite der Angelegenheit die Rede. Hier sei unterstellt, die Lage mache eine Konkordierung des Staates, überhaupt von Staaten, mit der

römischen Kirchenregierung im Interesse mancher Einzelfragen, wie Schulwesen, Bistumsrechte und -grenzen, Bischofswahlen, Dotationen und Kirchensteuern u. dgl. erwünscht, ja unausweichlich. Dann bleibt ein solches Konkordat ein Vertrag mit einer auswärtigen Macht, die in der Skala der internationalen Mächte diplomatisch rangiert und selber nie davon abgelassen hat, als diplomatische Macht gewürdigt und behandelt werden zu wollen. Es darf unter keinen Umständen, bei Reichsgefahr, den deutschen Ländern wieder freistehen, vertragliche Bindungen mit auswärtigen Mächten einzugehen. Es kommt zunächst gar nicht darauf an, ob ein Vertrag mit dem Vatikan imstande ist, auswärtige Komplikationen zu erzeugen. Er ist es tatsächlich; Spannungen mit der Kurie (wie sie sich bei Vertragsauslegungen ergeben mögen, übrigens nach allen Konkordierungen sehr bald ergeben haben), sind an sich schon imstande, die internationale Situation des weltlichen Konkordatspartners ungünstig zu beeinflussen, aber auch darüber hinaus tragen z. B. Abmachungen über die Bistümer, solange es Diözesen utraquistischer Territorialität gibt, also solche, die Gebiete aus zwei Staaten umspannen, die Keime internationaler Kollisionen in sich. Jedoch ist das nicht entscheidend. Entscheidend ist das Grundsätzliche, daß die Reichswesenheit bedroht wird, sobald Länder Verträge mit Mächten außerhalb des Reiches und ohne das Reich tätigen dürfen. Das bayrische Konkordat ist eine viel gefährlichere Extratour Bayerns gewesen als so manches, worüber man sich gelegentlich ganz übermäßig aufgeregt hat. Übrigens trägt es selber schon die Wunde der Diskordation an seinem Leibe: denn unterm Drucke der öffentlichen

Kritik hat der bayrische Ministerpräsident seinerseits dem Vertrage Auslegungen angehängt, welche die Gegenseite niemals bestätigt hat und niemals als bindend für sich anerkennen wird.

Aber viel gefährlicher wird die Situation, wenn nun Preußen dem bayrischen Beispiele folgen sollte. Die Vorbereitungen dazu sind im Gange, und es gibt in Deutschland wirklich politische Straußenvögel, die den (wie bei allen Straußen kleinen) Kopf in den Sand stecken und der Nation weismachen, man entgehe einem Reichskonkordat am besten, indem man die einzelnen Länder konkordieren lasse. Preußische Außenpolitik ist unter allen Umständen noch reichswidriger als bayrische Außenpolitik. Ein Separatkonflikt Bayerns mit einer auswärtigen Macht kann im Sande verlaufen, aber ein Separatkonflikt Preußens mit einer auswärtigen Macht kann das Reich, von dem Preußen das größte Stück darstellt, in die bösesten Lagen versetzen. Preußische Eigenpolitik nach außen bedeutet wirklich die Reichsabdankung. Es war ein Fortschritt, daß der Münchener Nuntius Anno 1920 beim Reiche beglaubigt wurde; es war eine Halbheit und ein Mangel, daß damit seine Beglaubigung beim Lande Bayern nicht erlosch; es war ein Rückschritt tief ins Staatenbündlerische hinein, als im Jahre 1925 die besondere Beglaubigung des Nuntius bei Preußen folgte. Die Föderalisten der Spielart, welche das Reich bis hinter 1866 zurückdrehen möchte, haben diese Vorgänge (und ihren ahnungslosen Vollzug im halb protestantischen, halb ungläubigen Norden) mit der stärksten Befriedigung verfolgt, und eine der führenden Persönlichkeiten der Bayrischen Volkspartei hat das bayrische Konkordat als eine Demonstration und

Befestigung der bayrischen „Souveränität“ begrüßt, mit vollem Recht! Denn ganz exakt staatsrechtlich beginnt echte Souveränität eines staatlichen Gebildes dort, wo das Recht, mit auswärtigen Mächten Verträge nach eigenem Ermessen zu schließen, in Erscheinung tritt.

Souverän in diesem wirklichen Sinne ist nur das Reich, darf, wie seit 1871, nur das Reich sein. Sind Konkordierungen mit der Kurie erwünscht, so hat das Reich sie in die Hand zu nehmen, und die Reichsgesetzgebung ist danach auszubauen oder umzustellen, denn der heutige Stand dieser Gesetzgebung würde es in wichtigen Konkordatsangelegenheiten dem Reiche gar nicht ermöglichen, für den Vertragsvollzug zu haften, weil diese Angelegenheiten den Ländern obliegen. Wenn Konkordat sein muß — und wahrscheinlich, es ist sogleich davon zu reden, muß es sein —, so soll es wenigstens der Reichsmacht dienen, nicht der Reichsschwächung; dann möge es den Anlaß bieten, einer ziellos buntscheckigen Kulturpolitik der Länder, die nicht mehr Fülle, sondern Wirre ist, ein reichsgesetzgeberisches Ziel zu setzen. Wer aber das bayrische Konkordat in lauter Länder- oder Länderblockkonkordaten fortzusetzen empfiehlt, der meint es nicht gut mit dem Reich und seiner Macht — und wer vor allem ein Preußenkonkordat betreibt, den rechnen wir unter die Totengräber der deutschen Reichsmacht.

Reichskonkordat jedoch, ob es der einzelne für erwünscht oder für unerwünscht halte, wird unausweichlich sein.

Denn seine grundsätzliche Ablehnung müßte den Vatikan aufs schwerste verstimmen. Auch darin schon hat Bayern mit seinem Konkordat eine

Zwangslage fürs Reich (oder für die nichtbayrischen Länder) geschaffen, die uns abermals zeigt, wie wenig eine vorgreifende Länderpolitik mit einer auswärtigen Macht dem politischen Reichsinteresse, nämlich der politischen Entschlußfreiheit des Reiches dienlich ist. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und dem Vatikan sind namentlich im Kriege und seit dem Kriegsende sehr freundliche gewesen; ihr Ton erreichte stellenweise eine Herzlichkeit, wie sie in der internationalen Atmosphäre sonst nur unter förmlich Verbündeten vorkommt. Dies gilt besonders für die deutsche Tonart (obwohl wir die römische nicht „kühler“ nennen möchten, aber vielleicht „vorsichtiger“); Deutschland hat die Befestigung und Vertiefung der diplomatischen Beziehungen wiederholt aufs lebhafteste willkommen heißen, und es hat offenbar die Friedensbemühungen des Papstes im Kriege, die Kriegs- und Nachkriegshilfen, die karitativen und die diplomatischen, endlich die rasche diplomatische Anerkennung der deutschen Republik und die daraus sich ergebende Doyenstellung des römischen Nuntius im diplomatischen Korps zu Berlin sehr hoch eingeschätzt. Wir sind weit entfernt davon, diese Dinge gering zu achten. Indessen wird der politisch Denkende sich die Frage vorlegen müssen, ob die deutsche Politik nicht auf dem Wege ist, die internationale Stellung des Vatikans aus innerpolitischen Gründen zu überschätzen und diese Stellung selber noch über ein den deutschen Interessen förderliches Maß hinaus zu steigern. Die Kurie ist eine psychologisch sehr starke und dazu (fast überflüssig, es hervorzuheben) eine sehr kluge Macht. Wie sie sich (zum Exempel in der römischen Frage)

nötigenfalls als eine schwer leidende, ungerecht behandelte, gefesselte und geknechtete Instanz hinzustellen liebt, so versteht sie sich andererseits vortrefflich darauf, ihren Einfluß in der Welt stärker erscheinen zu lassen, als er in Wirklichkeit ist. Die römische Diplomatie beherrscht meisterlich die Technik, sich Folie zu geben, aber noch meisterlicher vielleicht die, sich durch andere Folie geben zu lassen. Ich fürchte, die deutsche Nachkriegspolitik hat in der Bereitwilligkeit hierzu des Guten manchmal ein wenig viel getan. Die ebenso imposante wie charmante Figur des Nuntius Pacelli macht es gewiß nicht leicht, solcher Versuchung zu widerstehen. Dennoch hat die Politik keines Staates ein mehr als gelegentliches Interesse daran, eine noch so befreundete auswärtige Macht stärker erscheinen zu lassen, als sie ist — und das Deutsche Reich ist immerhin zu zwei Dritteln und wäre selbst als großdeutsches Reich immer noch in der Mehrheit seines Volkes evangelisch: es soll mit der kirchlichen höchsten Autorität seiner katholischen Volksglieder im besten Einvernehmen leben, es soll als Staat alles tun, um den Frieden zwischen den Konfessionen zu pflegen, und seine Katholiken müssen dem deutschen Staate genau so nahestehen und am Herzen liegen wie seine Protestanten; aber vielleicht gerade darum, im Interesse auch der deutschen Katholiken, sollte die Politik des Reiches die außerdeutsche Macht der römischen Kurie nicht noch über das natürliche Maß hinaus stärken helfen, das ihr als oberster Autorität in den katholischen Dingen, als der Oberhirtenschaft der katholischen Herde auf Erden, ohnedies zukommt. Mir scheint, Deutschland läßt den Interessen des deutschen Protestantis-

mus und des deutschen Katholizismus (einschließlich seiner Bischöfe) die angemessenste und pflichtschuldigste Berücksichtigung widerfahren, wenn es die römische Freundschaft genau so klar und kühl mit dem politischen Kopfe kontrolliert, wie dies auf der römischen Seite mit der deutschen Freundschaft geschieht. Es möchte sonst sein, daß Deutschland gegenüber der übrigen Welt dazu benutzt werde, um die kuriale Macht, sei es tatsächlich, sei es dem Anschein nach, zu stärken. Und ich vermag keinen Grund zu sehen, der die deutsche Politik dazu veranlassen könnte, der römischen Macht einen solchen Dienst zu leisten.

Dies sind Erwägungen, die auch vor dem Abschluß eines Konkordats notwendig sein würden. Wie die deutsche Politik seit 1919 sich zur Kurie gestellt hat, ist es heute für einen Außenminister des Deutschen Reiches sehr schwer, den offenbar sehr dringlichen vatikanischen Wunsch nach einem Konkordat abzuweisen oder seiner Vereitelung auf innerpolitischem Wege untätig zuzuschauen. Andererseits ist es gewiß für diesen Minister in seiner gleichzeitigen Stellung als Führer der größten liberalen Partei in Deutschland nicht leicht, sich für ein Konkordat einzusetzen. Dieser unbequemen Lage hat Dr. Stresemann sich dadurch zu entwinden versucht, daß er die Länder vorschob: Bayern, das schon sein Konkordat habe, Preußen, das eifrig über eines verhandle; das Reich befinde sich dadurch in einer Zwangslage. Aber der deutsche Reichsaußenminister darf am allerwenigsten daran mitwirken, daß die Reichsmacht durch auswärtige Länderverträge entmachtet werde. Wenn er schon, damals von ärgeren Sorgen beansprucht, das bayrische Konkordat hin-

nahm, vor einem preußischen müßte gerade er aufs bestimmteste warnen. Er selber, das kann niemand ihm ersparen, muß die Entscheidung in sich erkämpfen, ob er eine Verstimmung des Vatikans, eine sicherlich tiefe und lange Verstimmung, für erträglich hält und also aus innerpolitischen Überzeugungen ein Reichskonkordat ablehnt — oder ob er seine innerpolitische Überzeugung opfert für die Erhaltung der römischen Freundschaft. Es kann ja sein, daß sich bald zeigt: eine römische Verstimmung ist gar nichts so Schlimmes, auch mit ihr läßt sich deutsche Politik ohne wesentliche Vermehrung ihrer Schwierigkeiten und Gefahren machen. Es kann sein, daß die Schwierigkeiten sehr beträchtlich wachsen und neue Gefahrenquellen aufbrechen oder alte (wie die polnische) verstärkt fließen. Die Frage ist sehr ernst und sehr schwierig und für einen Mann, der den Katholizismus so gut wie gar nicht kennt und ihn darum leicht an der unrichten Stelle unter- und an der unrichten Stelle überschätzt, recht schwer zu lösen. Nur die Lösung geht nicht an, die das Problem den Einzelstaaten zuschiebt. Reichspolitik, die wirklich eine sein will, muß es im Gegenteil den Einzelstaaten fortnehmen. Die schwerste Verstimmung des Vatikans auf lange Jahre hinaus, obschon wir sie keineswegs leicht nehmen möchten, ist immer noch eine kleinere Gefahr für das Reich und seine Macht als die Abtretung des Reichsvorrechtes, Verträge mit auswärtigen Mächten zu schließen, an deutsche Länder und gar an Preußen. Ich stehe nicht an zu bekennen, daß ich als Reichskanzler etwa, nach Abwägung alles Für und Wider, in Anbetracht der realen Kräftelagerung, dem Reichskabinett vortragen würde, das Deutsche Reich könne sich der

Bereitwilligkeit, mit der Kurie ein Konkordat zu schließen, nicht entziehen (ob es sachlich dann zustande kommt, ist eine andere Frage) und müsse sich reichsgesetzgeberisch auf alle Konsequenzen eines solchen Abschlusses vorbereiten; unvereinbar aber mit dem Lebensinteresse des Reiches sei es, daß nach Bayern ein weiterer Einzelstaat ein solches Konkordat tätige, und darum müßten bei Preußen die dringendsten Vorstellungen in dieser Hinsicht erhoben werden. Wir lassen ununtersucht, ob die Reichsverfassung die Möglichkeit an die Hand gäbe, solchen Vorstellungen Nachdruck zu verleihen — und eine reichswidrige Handlung eines Einzelstaates zu verhindern; ist es der Fall, so läge die Situation ernst genug, um auch von solchen Mitteln Gebrauch zu machen.

58

Wir sprachen von der großen psychologischen Macht der römischen Kurie. Eine militärische besitzt sie nicht; sie besitzt nicht einmal Land, und daraus hat sie freilich eine „Frage“, die römische, gemacht — die wohl die Welt nicht mehr lange beschäftigen wird, denn offenkundig ist beim heutigen Italien der Wille und beim heutigen Vatikan der Wunsch, diese Frage zu erledigen, so bestimmt wie noch niemals seit 1871. Der Vatikan wird auch dann keine Territorialmacht wieder werden, gewiß trägt er selber hiernach kein ernstliches Verlangen, weiß er doch zu gut, daß seine wirkliche Macht unter einer Belastung mit einem „Kirchenstaat“ äußerlicher Ausdehnung nur leiden könnte. Man kann also eine Weltmacht sein, sich sogar in äußerlichen Repräsentanzformen als solche aufziehen,

ohne Land und ohne Heer. Macht, hier offenbart es sich unwiderleglich, ist im letzten Urgrunde Macht über Menschenseelen. Wir haben es ja nun selber erlebt, daß auch stärkste Wehrmacht zerbricht, wenn sie nicht mehr Macht über Menschen-seelen ist.

Denn auch wir verloren Land und wurden eines Heeres bar. Die Söldnertruppe, die man uns ließ, wäre nicht einmal imstande, unser Reich gegen einen nachbarlichen Kleinstaat zu decken; sie ist eine Art Polizei, notdürftig ausreichend, uns vor inneren Wirren zu bewahren. Im Sinne derer, die unter der Macht eines Reiches sich nur eine möglichst große Zahl schwerbewaffneter Armeekorps vorzustellen vermögen, ist Deutschland heute ohnmächtig. Dennoch, wir hatten die stärkste Armee der Erde, die vollkommenste Kriegsmaschinerie aller Zeiten und Völker, und sind dennoch besiegt worden; seit der Niederlage, die uns jede ernstliche Wehrmacht nahm, haben wir keineswegs in gleichförmiger Ohnmacht dahinvegetiert, sondern in wachsendem Maße Macht wiedergewonnen, nur auf psychologischem Wege. Es hat sich erwiesen, daß ein Volk von 60 Millionen Menschen überhaupt nicht zu entmachten ist. Rein als Produzent und Konsument, aber auch durch sein räumliches Vorhandensein und seine geistigen Leistungen stellt es einen unauslöschlichen Machtfaktor dar, den man nicht einfach ignorieren kann. Wo es hart an unser Leben als Reich ging, wie 1923, dort wurde die Situation auch für die andere Partei so fragwürdig, daß sie schließlich aufatmete, aus ihr herauszukommen. Rußland hat ganz Ähnliches erlebt. Mit einer Armee, die keinen wirklichen Krieg mit „richtigen“ Mächten

aufzunehmen vermöchte, aller einstigen Machtmittel seines alten Herrschaftssystems entkleidet, wirtschaftlich bis ins Mark zerrüttet, von Hungersnöten geschüttelt — ist es dennoch eine Weltmacht, ein Weltreich geblieben, um dessen schlichte Existenz keine noch so stolze Siegermacht herumkommt, das keiner als *Quantité négligeable* behandeln, mit dem man sich nicht mir nichts dir nichts ohne unabsehbare Rückschläge wider sich selber brouillieren kann. Völker, die einen Staatswillen bewahren, in welchen Formen immer er sich kundtun mag, hören nie auf, Mächte zu sein. Darum waren die einzigen lebensgefährlichen Zwischenfälle in unserm Nachkriegsdasein die Anschläge gegen diesen Staatswillen: die separatistischen Umtriebe, die Versackungstheorie. Eine Nation verliert ihre Macht erst, wenn sie sich politisch selber aufgibt. Das haben auch die Tschechen zwischen 1618 und 1800 erlebt, und sie wurden von neuem eine Macht, sobald sie sich als Nation wiederfanden, in wie (für ihre Wünsche) kläglichen Umständen immer.

Für die Deutschen nun bedeutet ihre militärische Entmachtung geradezu eine politische hohe Schule, die sie zum ersten Male ihre psychologischen Machtmittel wirklich gebrauchen lehrt. Das haben sie vor dem der Zufälligkeit eines vorhandenen staatsmännischen Genies — Steins, Bismarcks — überlassen, und zwischendurch vertrauten sie ziemlich blind der Zahl ihrer Bataillone. Nun ist ihnen die Aufgabe gestellt, ihren Staat ohne Bataillone durch die Fährnisse zu steuern, und die Nation selber ist ans Steuer gesetzt. Man möchte meinen, unser geschichtlicher Genius habe uns diese Radikalkur verordnet, weil wir auf keine andere Weise dahin zu bringen waren,

unsere politische Pflicht zu tun. Es ist wie zu Fichtes Zeiten, da er in der 14. Rede an die deutsche Nation rief: „Jetzt stehen wir da — rein, leer, ausgezogen von allen fremden Hüllen und Umhängen, bloß als das, was wir selber sind. Jetzt muß es sich zeigen, was dieses Selbst ist oder nicht ist“, nur daß damals der Beweis doch nicht geführt werden konnte, weil das Volk nichts zu sagen bekam; Steins Absichten blieben ja tragisch unvollendet. Wiederum stehen wir heute nackt da, aber ein in Wahrheit günstigeres Geschick hat uns nun wirklich auf uns selber gestellt. Endlich erfahren wir, daß wir durch unser Vorhandensein und unsern Willen, beieinander zu bleiben, Macht sind und wie sehr es von uns selber abhängt, diese Macht zu nutzen und zu steigern.

Auf diese Art werden wir uns sehr lange behelfen müssen. Ja wirklich, diese harte Schule hat der Ratschluß unseres guten Genius über uns verhängt; nun müssen wir, jede Stunde bei Lebensgefahr, alles aus uns herausholen, was an machtbildenden Kräften in uns vorhanden, latent ist! Der politisierende Umwandlungsprozeß, den dies für uns bedeutet, darf gar nicht zu kurz dauern, wenn wir nicht wieder rückfällig werden sollen. Er ist eine lange Etappe auf dem Wege, uns endlich zur Nation zu bilden; es gibt nichts national Wertvolleres, nichts wahrhaft Vaterländischeres als diese Zeit unserer militärischen Ohnmacht. Jedoch sie hat noch eine zweite Seite, für die wir unserer Schicksalsfügung dankbar sein dürfen.

Sie setzt uns nämlich in einer höchst vorteilhaften Weise außer Gefecht für eine Zeitspanne, in der das ganze alte Militärwesen eine bis auf sein Mark gehende Krise durchmacht. Diese Krise erstreckt

sich nach zwei Dimensionen: sie ist technologisch und soziologisch zugleich.

Weit entfernt davon, die Kriegführung zu humanisieren, drohen der waffentechnische Fortschritt und die Idee der allgemeinen Wehrpflicht, die gewalt-samen Auseinandersetzungen unter Völkern jedes letzten Restes von Menschlichkeit, Ritterlichkeit und Selbstzucht zu entkleiden, bis nichts als ein bestialisches oder heimtückisches Hinmorden möglichst großer Massen übrigbleibt. Der Begriff des Kombattanten dehnt sich zusehends auf die gesamte Bevölkerung aus. Während sie in barbarischeren Zeiten immerhin nur ausgeplündert, oft vergewaltigt wurde und die weitere Entwicklung ihr zunehmende Rechtssicherungen brachte, wird sie nunmehr unmittelbar in die Menschenvernichtung hineingezogen. Schon im Weltkriege haben die Angriffe von den Luftfahrzeugen her davon einen Vorgeschmack gegeben. Der Karlsruher Kindermord vom Fronleichnamstage 1916 war das blutigste Fanal dessen, was künftig Regel sein wird, und wir wollen uns nicht einreden, daß unsere Zeppelinierungen der „Festung“ London die Kriegshumanität besser gewahrt hätten. Das Vergiften riesiger Massen mit Gas wird fraglos im nächsten Kriege auch auf die heimische Bevölkerung des Feindes ausgedehnt werden: die Vernichtung der Heimatfront ist die Formel, in deren Zeichen ja diesmal schon die britische Blockade und ein wesentlicher Teil des Luftkrieges stand. Der offizielle Einsatz der gesamten Bevölkerung in den Kampf und seine Vorbereitung, wie ihn das jüngste französische Heeresgesetz vollzieht, liefert ja den Vorwand für diese Ausdehnung der Kampfhandlungen. Die Idee der allgemeinen Wehrpflicht fordert

unerbittlich ihre letzten Konsequenzen. Die allerletzte wird die wechselseitige Selbstvernichtung ganzer Nationen sein. Der technische Fortschritt gibt das Instrumentarium dafür her. Es war grotesk, daß man sich im Weltkrieg noch gegenseitige moralische Vorwürfe wegen angeblicher Dum-Dum-Geschosse machte — *tant de bruit pour une omelette!* — während Gelehrtenhirne schon über dem Problem der massenhinmordenden Giftgase brüteten.

Welche Wendungen diese Entwicklung nehmen wird, kann niemand voraussehen. Vielleicht vernichtet sie sich selber, wie jene beiden legendären Löwen, die sich gegenseitig auffressen, indem der Begriff der Kampfunfähigkeit des militärischen Gegners zum Tatbestand der Ausrottung des zivilen überspitzt wird. Wenn der letzte Krieg mit Millionen von Toten endete, so wird der nächste mit ihnen anheben. In dieser Lage gibt es für eine Nation kein besseres Los, als daß sie gehindert ist, den Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht zu verwirklichen und den sich jagenden kampftechnischen Vervollkommnungen zu folgen. Da der Wehrgedanke bis zum Irrsinn entartet ist (man sieht hieran, daß Demokratie und Krieg sich innerlich ausschließen und daß der Krieg sich nicht demokratisieren läßt, ohne sich völlig zu bestialisieren), so ist Wehrlosigkeit der erwünschteste Zustand, in dem ein Volk gegenwärtig sich befinden kann, bis neue Dinge im Ringen der Völker zu werden beginnen. Es gibt für Deutschland heute keinen zuverlässigeren Schutz als seine militärische Wehrlosigkeit. Der Ruhrkampf schon, den Frankreich in der Stunde verlor, da wir verständig genug waren zu kapitulieren, hat diese Lehre erteilt. Wer

uns angreifen will, stößt ins Leere. Dieses militärische Vakuum ist Deutschlands beste Sicherheit — und die Franzosen irren ja eben so grotesk, daß sie ihre einzige in der Überbewaffnung erblicken. Das Frankreich der letzten Heeresorganisation arbeitet an seiner Selbstvernichtung. Wann wird der gallische Verstand, der sonst so hellichtig sein kann, dies begreifen? Man male sich doch einmal aus, was sich hätte ereignen müssen, wenn man uns im Frieden von Versailles eine überhaupt namhafte militärische Macht belassen hätte — und dann Frankreich an die Ruhr marschiert wäre: neuer Krieg, mit fürchterlicher Niederlage für uns. Es gibt viele Lagen, in denen man wehrlos am besten bewahrt ist. Wir sind historisch in einer solchen Lage, und es ist ein Glück, daß all die Kleinkaliberphantasten, die schwarzen Verschwörungsbündeleien, die kindischen Scharnhorstspätlinge daran praktisch nichts zu ändern vermögen. Erst wenn der Gedanke der allgemeinen Wehrpflicht sich an den Konsequenzen des technischen Könnens unserer Epoche selber totgelaufen hat, kann es für ein lebensstüchtiges Volk wieder verlockend werden, das Problem seiner Wehrhaftigkeit neu zu ergreifen. Es ist der erste Punkt, an dem wir Deutschland und Rußland als Gefährten einer Schicksalsnot sehen, denen dieselbe weltgeschichtliche Stunde desto gewisser schlagen wird, je weniger sie heute der Versuchung erliegen, offen oder heimlich sich an die sterbenden Methoden der Wehrhaftigkeit und damit an Vergangenheit und Untergang zu ketten, statt für Zukunft und Leben frei zu bleiben.

Für ganz fundamentale Aufgaben, die das Leben der Zukunft herausarbeiten wird, bleiben wir auch am sichersten frei, wenn wir der andern Versuchung widerstehen, uns in aller Hast von neuem koloniale Verpflichtungen aufhalsen zu lassen.

Man sollte meinen, diese Frage liege so unverzwickelt, wie kaum sonst eine für Deutschland liegt. Kolonialpolitik muß großen Stils sein, oder sie ist nur Zersplitterung, Ablenkung von Hauptsachen, sinnlose Verstrickung in ferne Händel. Alle ernsthaften Kolonialvölker hatten, und zwar sogleich, räumlich große Kolonien, Kolonialreiche von einer Ausdehnung, die den Raum des Mutterlandes um Vielfache übertraf. Echte Kolonialpolitik war jederzeit State-Extension, Erscheinungsform des Imperialismus. Noch heute beruht die koloniale Stellung Hollands auf dieser Proportion, die (übers koloniale Verhältnis ja längst hinausgewachsene) Bedeutung Sibiriens für Rußland, das den Kolonien entstammende British Empire, das Hundertmillionen-Frankreich mit seinem kolonialen Halbafrika. Wir großen Kinder aber schreien nach kolonialem Spielzeug! Nicht etwa nach seinem Besitz: sondern danach, daß man es uns gütigst borge! Prestigepolitik hat immer die Eigenschaft, das Urteil der von ihr Ergriffenen zu trüben, ihre Zurechnungsfähigkeit herabzumindern. Aber wenn sie sich mit solchen Winzigkeiten abgibt, wie dies unsere neuesten Kolonialnarren tun, dann wird sie ebenso gefährlich wie lächerlich, und etwas Schlimmeres kennt die Politik überhaupt nicht, als daß man sich lächerlich gefährde. Niemand wird doch wohl meinen, die Vertragspartner von Versailles seien gestimmt, diesem Deutschland zu einem

wirklichen Kolonialreich zu verhelfen. Wir waren schon zu Bismarcks Zeiten in der fatalen Lage, daß unser koloniales Engagement viel mehr Engagement als jemals möglichen Nutzen einschloß, und man weiß, wie widerstrebend und vorsichtig der Reichschöpfer diese von Kaufleuten vollzogene Engagierung politisierte. Er kannte seine ollen ehrlichen Koofmiche, hatte die richtige junkerliche Distanz zu ihnen behalten und wußte als Staatsmann, wie miserable Politiker sie zu sein pflegen, nicht weil ihnen die politischen Eigenschaften abgehen (jeder gute Kaufmann besitzt, viel mehr als z. B. der Gelehrte oder Beamte, Qualitäten, die in der Politik gute Dienste leisten könnten), sondern weil das private Verwertungstreben, die Leidenschaft am Verdienen, ihnen jede Einstellung auf die Proportionen des eigenen Vorteils zum Gemeinwohl zu verpfuschen pflegt. Der große Kaufmann ist politisch noch am brauchbarsten, wo er überhaupt Werte anerkennt, die über seinem Erwerbstrieb stehen, zum Exempel also, wo er fromm geblieben ist, wie die hochkirchlichen oder independenten Händler der angelsächsischen Welt. Walther Rathenau konnte ein Kaufmann und ein Politiker großen Stils sein, weil seine metaphysische Grübelnatur vom privaten Instinkt zur menschlichen Forderung die Brücken baute; Hjalmar Schacht findet den Weg von der Hochfinanz zur Staatsnotwendigkeit, weil er überdies ein Poet und Sinnierer ist. Jedoch jene in der ganzen Welt von heute und gar in der deutschen Welt von heute dominierende Kaufmannsart, die nichts als „Märkte“ kennt und den tiefsinnig-doppelsinnigen Begriff des Forum, der noch das Holstentor der Hansestadt Lübeck ziert, längst ganz primi-

tiv pekunisiert hat, muß aufs straffste an der politischen Kandare gehalten und darf in der politischen Expertise nur mit höchster kritischer Vorsicht gehört und gewürdigt werden. Bei allem Respekt vor der Großartigkeit ihrer innerfachlichen Leistungen darf der Staat als Reich heute, in seiner viel heikleren Lage, sich für ihre Projekte noch viel weniger als vor 40 Jahren engagieren.

Daß die „Welt“, die gestern über alle alten Feindschaften hinweg sich zusammenfand, um den vermeintlichen neudeutschen Imperialismus niederzuschlagen, uns morgen aus freien Stücken zu einem wirklichen Imperium ver helfe, kann doch wohl nur ein politisches Kind wä hnen. Sie war ja, wenigstens ihre maßgebliche Macht, eine Zeitlang bereit dazu, uns in die Sorgen eines echten Kolonialreiches zu verstricken, um unser tropisches Machtwachstum von ihren eigenen Herrschaftssphären fernzuhalten: mit einer verständigen maritimen Rüstungsbeschränkung und gar einem Bündnis für jeden „eurasischen“ Fall hätten wir zwischen 1899 und 1914 das deutsche Übersee reich von Britanniens Gnaden erkaufen können. Dieser historische Augenblick ist verpaßt worden und kehrt niemals wieder. Heute offeriert man uns nicht mehr den Besitz eines Reiches, sondern die Verantwortung für Landfetzen — „Mandat“ geheißen, die uns privatwirtschaftlich wenig, volkswirtschaftlich nach aller Voraussicht nichts wie Passiven, politisch aber Engagements von unabsehbarer Gefährlichkeit bringt. Es ereignete sich vor Jahr und Tag, daß derselbe britische Staatsmann, der in diesen Fragen dem verantwortlichen Lenker unserer Außenpolitik manche allzu widerstandslos angenommenen Suggestionen erteilt hat, in einer Un-

terhaltung mit mir das koloniale Mandats- und Pachtthema anschnitt. Selten habe ich bei einem vortrefflichen, dem Deutschen Reich und Schicksal gegenüber von ehrlicher Sympathie geleiteten Manne so elementar den Eindruck der politischen Falle gehabt, die uns hiermit gestellt werden soll — und in die wir hineinzutappen Gefahr laufen, weil es bei uns immer einflußreiche Leute gibt, die erst national saturiert sind, wenn Deutschland wieder den Hans Dampf in jedem noch so engen und anrühigen Weltgäßchen spielen kann. Aber gerade die internationalen Gäßchen muß die deutsche Politik auf strikteste meiden. Wie ich den Rat, sie solle sich für jedes Minderheitsgegreine und jeden Kleinstaatskummer in der Völkerbundswelt engagieren, für abwegig halte (davon wird noch zu reden sein), so darf deutsche Weltpolitik künftig überhaupt nur auf ganz breiten, geradlinigen Straßen marschieren, die weithin eine vollkommen klare Übersicht erlauben. Es wurde früher schon gezeigt (s. S. 87), daß unsere geographische Lage uns auf eine solche Straße gestellt hat, von der leichtsinnig abzubiegen ein unverantwortlicher Frevel an den Elementen einer richtig verstandenen Geopolitik wäre: wir sind, in der Mitte Europas, Gott sei Dank den farbigen Problemen der Welt fern, ihnen sozusagen unerreichbar, und diesen unerhörten Vorteil sollten wir freiwillig opfern, uns mitten ins Gewirr dieser echten und epochalen Rassenzwiste (nicht der unechten und ephemeren, die den völkischen Katechismus füllen) hineinlocken lassen? Wohl jedem, der in den kommenden Menschenaltern nicht mit territorialen Engagements in Afrika, aber auch in Asien und Amerika sitzt! Für das, was den schon Engagierten

bevorsteht, kann nur imposante, lebenswichtige Größe des Besitzes sie entschädigen, den sie zu verteidigen haben werden. Es möchte ihnen so passen, uns, die glücklich Unbeteiligten, in „Mandate“ zu verflechten, damit wir uns an Nichtsen ausbluten dürfen. Den Rivalen zu beschäftigen und zu verstricken, war stets die Maxime britischer Staatskunst, und die übermäßige Vielbetriebsamkeit deutscher Völkerbundspolitik bringt uns ernstlich in die Gefahr, auf die Leimrute dieser Lockungen zu kriechen. Schon sind wir eine Bindung eingegangen, haben einen „Sitz“ belegt und werden bald spüren, wie wir an ihm festkleben, festgeleimt werden. Wollen wir uns noch weiter vom Boden des großartigen Vorteils, an einer der konfliktschwangersten politischen Problematiken des Erdballs uninteressiert zu sein, entfernen? „Ich warne Neugierige“: dieses lapidare Wort eines junkerlichen Polizeipräsidenten von Berlin möchte man vor dem kolonialen Thema aufpflanzen, denn viel wertvollere Regungen sind es nicht, die hier als verhängnisvolle Antriebe wirken, und im besten Falle wird nicht viel mehr als die Befriedigung solcher Neugierde herausspringen, im wahrscheinlicheren Falle aber alle Lebensgefahr, vor der jener Plakatsatz die Ahnungslosen bewahren wollte. Koloniale Belastung ist gleichbedeutend mit der Verpfuschung unserer weltpolitischen Chancen, die aus unserer Lage der Mitte sich ergeben. Wer das Deutsche Reich gebunden erhalten will, der legt es in fremden Erdteilen fest.

Wenn wir mit dieser radikalen Ablehnung aller erneuten kolonialen Experimentalpolitik schon den

positiven Boden gewonnen haben, von dem aus allein lebenerhaltende und lebensteigernde deutsche Reichspolitik getrieben werden kann, nämlich das Prinzip der räumlichen Kontinuität, des mitteleuropäischen Zusammenhanges, in dem wir, um es gleich zu sagen, eine der wenigen dogmatischen Maximen deutscher Staatskunst erblicken — so richtet vor unsern Augen sich sogleich die große Angelegenheit an unsern Grenzen auf, dreifältig in ihrer Erscheinungsform, unvergleichlich schwieriger als irgendeine, weil sie ebenso sehr die Leidenschaft unserer Gefühle wie die Anstrengung unseres Verstandes beansprucht: die Angelegenheit der verlorenen Reichsteile, der unter Fremdherrschaft geratenen Volksteile und endlich des deutschen Volksteiles, dem man ein Reich für sich aufgezwungen hat, des österreichischen. Wenn wir diese drei brennenden Fragen in ihrer ganzen Schwere und Tragweite erfassen, ergibt sich vielleicht auch daraus die eisige Kühle des Herzens und des Kopfes, mit der wir deutschem Ausschweifern in die Ferne des schwarzen, des gelben oder des roten Erdteils gegenüberstehen sollten.

Der Zorn mag auch um undeutsches Land gehen, das wir mit der Niederlage verloren haben: der Schmerz geht nur um deutsches. Der Zorn ist kein guter politischer Berater, er beweist Unbill, aber noch nicht Unrecht; der Schmerz quillt aus dem Unrecht. Wir haben die Unbill erleiden müssen, die einem besiegten Volke selten erspart blieb; diese Wunde ist heilbar. Man hat uns Bezirke genommen, die wir besser nie besessen hätten. Warschau war eine Weile lang preußisch, niemandem tut es mehr weh, daß dies nur eine Weile lang währte: wer hätte

verständigerweise im 19. Jahrhundert noch Warschau für Deutschland begehrt? Posen, sehen wir es doch einmal ruhig und besonnen, war ein ähnliches Danaergeschenk der Geschichte. Die deutsche Kolonisation des Mittelalters ist der Neuzeit nicht wieder gelungen: Kolonisation wohl fand statt, teilweise recht wertvolle, aber sie blieb, im Jahrhundert des Spezialismus, wirtschaftlich, wurde nicht wieder Eindeutschung, Germanisation. Im Gegenteil: je mehr die kolonisierten Gegenden aufblühten, desto gefährlicher entfaltete sich ihr eigener Chauvinismus. Die Entstehung und Erstarkung eines polnischen Besitzbürgertums in Posen ist für die Renaissance des polnischen Nationalbewußtseins ähnlich entscheidend geworden wie der parallele Vorgang auf tschechischer Seite in Böhmen. Wir verloren Posen immer gewisser, je mehr wir hineinsteckten. Doktorfrage, ob eine demokratischere Methode der Ansiedlung dies verhütet hätte: „Deutsches Bauerngut an deutschem Bauerngut bis zur Grenze“—in der Geschichte ist nie feststellbar, was geworden wäre, wenn . . . und der Herd des Mißlingens unserer Politik blieb, von allen Bauerngütern unberührt, die wachsende polnische Bourgeoisie. Der Verbürgerlichungsprozeß, den wir als einen so verlässlichen Diener der deutschen Volkwerdung früher kennen lernten, erwies sich als ein ebenso verlässlicher Diener jeder undeutschen. Er bewährte sich als die wahre Schöpferkraft der Nationalstaatenentwicklung.

Der unbeirrbare Urentschluß aller deutschen Außenpolitik mußte darum der Verzicht auf allen Rückfall in Gelüste nach dem Wiederbesitz undeutscher Landesteile sein. Dies möge im Osten, im Norden, im Westen und, vom großdeutschen Stand-

punkte her gesehen, auch im Süden gelten. Wir wünschen uns weder geschlossene polnische, noch dänische, noch französische, noch italienische Bevölkerungsteile in den deutschen Staat zurück. So wenig wir in der nationalstaatlichen Idee der historischen Weisheiten letzte erblicken, ja so sehr wir davon überzeugt sind, daß dieser Taumel, auf seinem Gipfel angelangt, seinen Niedergang erfahren muß, so realistisch respektieren wir die Macht dieser Suggestion und wünschen sie, was an uns liegt, so klar wie möglich verwirklicht. Gut, wir wollen ein Deutsches Reich! Und muten ihm keine Opfer mehr zu, um Fremdlinge zurückzuholen. Weder um Posen noch um Metz noch um Trient noch um das winzigste dänische Dorf soll wieder Krieg geführt werden.

61

Aber um Kattowitz und Danzig, um Straßburg und Bozen?

O Straßburg, du wunderschöne deutsche Stadt, niemals wird der Schmerz um dich in deutschen Herzen aufhören. Jedoch, dieser Schmerz gilt ebenso sehr der Tatsache, daß wir dich verloren, wie der andern, daß wir dich nicht zu gewinnen vermochten. Du zeigtest uns durch 47 Jahre ein mürrisches Gesicht und gerietest außer dir vor Jubel und Jauchzen, als die welschen Wiedereroberer ihren Einzug hielten. So, wenn auch temperierter, tat das ganze Elsaß. Es will auch heute und morgen und in alle Zeit nicht Glied des Deutschen Reiches sein. Ungeheuer verwickelt ist die Psychoanalyse dieser negativistischen Einstellung der Elsässer zum deutschen Staate; wir haben früher schon (S. 66f.) angedeutet, wie sehr alemannische

Stammesproblematik daran teilhat, die schwierige innere Stellung des rheinischen Menschen zwischen französischem Geist und Preußentum spielt wichtig hinein, alle gemachten Fehler der deutschen Verwaltung, mit der „Reichslands“ kunstschöpfung anhebend, reichen schließlich doch nicht aus, um das Mißlingen der Eindeutschung zu erklären; niemand kann sagen, ob es dem badischen Staate geglückt wäre, ein ihm eingefügtes Elsaß zu assimilieren (ob schon große Wahrscheinlichkeit dafür spricht), es gibt zu denken, daß auch die Zentrumsparthei Deutschlands sich den politischen Katholizismus des Elsaß nicht befriedigend einzuverleiben vermocht hat. Wir wissen es alle: was dieses Volk sich wünscht, ist das Los der nachbarlichen Schweiz, das Los Hollands: ein Staat für sich zu sein, weder ein Land im Deutschen Reiche, noch eine französische Provinz, neutral nicht nur im negativen Sinne, also ungeschoren von den Welthändeln der staatlich Großen, sondern neutral auch im positiven Sinne, synthetisch, Mittler zwischen gallischer und teutonischer Welt, Träger einer „Doppelkultur“, Grenzland, auf dessen Gebirgskante das europäische Licht sich in funkeln-dem Kontrast zweier Farben bricht. Dieses Ziel werden die Elsässer nach allem menschlichen Ermessen niemals erreichen. Denn Frankreich, dem sie sich im November 1918 wie Erlöste in die Arme geworfen haben, wird sie nicht freigeben, in keiner Form, und das ist allerdings richtig: wenn der Locarnopak nur die gewaltsame Änderung der Versailler Westgrenzen ausschließt und seinem Wortlaut und Geist nach eine Änderung ohne Gewalt offenläßt, so ist dies für deutsche Hoffnungen auf eine Wiederkehr der Reichslande ein gänzlich platonischer Trost, denn praktisch

wird Frankreich eine solche Möglichkeit unter keinen Umständen werden lassen. Es ist schlechterdings kein Frankreich denkbar, das eine Volksabstimmung der Elsässer und Lothringer über ihre Staatszugehörigkeit und Staatsform zuließe — gäbe es dieses Frankreich jemals, so wäre damit eine der größten aller europäischen Fragen gelöst. Es liegt in der Realität schon so, daß nur ein kriegerischer Sieg über Frankreich, ähnlich dem von 1870, uns in den Wiederbesitz eines Landes bringen könnte, das nicht in unserm Reiche sein will und der Assimilationspolitik dieses Reiches aufs neue durch Menschenalter hin die gleichen Schwierigkeiten bereiten würde, wie es sie dem kaiserlichen Deutschland bereitet hat und heute der dritten Republik Frankreich bereitet. Und bei aller Liebe zu diesem Lande, bei allem Schmerz um dieses Volk: das darf es uns nicht wert sein. Denn Deutschland hat in der Zukunft viel größere Aufgaben als die Wiederherstellung seiner paar Kilometer Vogesengrenze. Das Elsaß, so schwer es uns fallen mag, dies auszusprechen, ist dennoch von uns gewogen und zu leicht befunden. Wir müssen es seinen politischen Schicksalen, die es sich suchen will, überantworten, wir werden sie auch fernerhin mit Teilnahme verfolgen, aber verstricken lassen wollen wir uns in diese Schicksale nicht mehr. Die Franzosen sollten wirklich beruhigt sein: es ist die klare politische Vernunft, die uns den Locarnopakt gerade an der für uns schmerzlichsten Stelle dennoch ganz ehrlich, ohne jeden Hintergedanken unterzeichnen hieß. Und der deutsche Außenminister und sein Staatssekretär mögen jene jungen Legationsräte des Auswärtigen Amtes, die bei Frühstück und auf Amtstreppe erzählen, daß die Politik von Locarno selbstverständlich

nur unterm Zwange der Verhältnisse und darum mit den entsprechenden Mentalreservationen aller guten Deutschen getrieben werde — sie mögen ihnen die Belehrung erteilen, daß solches Geschwätz nicht bloß gefährlich und darum schon verwerflich, sondern doppelt verwerflich, weil es unwahr ist.

Ganz anders liegen die Dinge im Osten.

Ein „Locarno des Ostens“, wie es Frankreich mit Polen im Bunde heute anstrebt, ist für Deutschland völlig unmöglich. Drei Gründe verbieten es. Im Osten ist die räumliche Kontinuität des deutschen Reiches zerrissen und ohne zwingende nationalstaatliche Realitäten unter Vergewaltigung deutscher Territorien einer modischen Wahnidee, dem „Korridor-zum-Meer“-Prinzip zuliebe, eine Grenzsetzung beliebt worden, die mit der Existenzfähigkeit eines Reiches unverträglich ist; im Osten ist, im Bereiche und außerm Bereiche dieser Kontinuitätstrennung, die nationalstaatliche Willenskundgebung großer Bevölkerungen ignoriert und deutsches Volk mit Gewalt zu nichtdeutscher Staatlichkeit genötigt worden; endlich, im Osten bestehen überhaupt kaum die Vorstufen einer staatlichen Gleichgewichtsstabilisierung, Staaten sind hier aus der Haut anderer herausgeschnitten und hastig zusammengenäht worden, die ihre Daseinsfähigkeit erst noch weltgeschichtlich zu erhärten haben, Volkszweigen ist hier Eigenstaatlichkeit verliehen, die erst noch ihre Valenz als „Nationen“ bewähren müssen; hier herrscht der „flüssige Aggregatzustand“ der politischen Lage so eindeutig vor, daß das Deutsche Reich sich allen weltpolitischen Austrägen der Zukunft mit gefesselten Händen gegenüberstellen würde, wenn es hier Pakte unterschriebe, die einen festen Aggregatzu-

stand fingieren wollen, ehe er sich herausgebildet hat.

Alles andere überschattet der Makel von Danzig. Hier wurde gegen ihren Willen eine deutsche Stadt aus dem Verbande des Reiches gelöst und mit einer so teuflisch raffinierten Selbständigkeit, mit „Freistadtlichkeit“ beschenkt, daß sie im Laufe der Menschenalter, wenn die Dinge so bleiben wie heute, dem polnischen Staate wie eine reife Frucht in den Schoß fallen muß. Der Fall Danzig ist der stärkste Affront, der dem geschlagenen Deutschen Reiche zugefügt, die schwerste Versündigung zugleich, die am „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, also an dem vorgeblichen Prinzip der Friedensschlüsse von 1919, verübt wurde. Es gibt keinen verantwortungsbewußten deutschen Staatsmann, dessen Unterschrift den heutigen Tatbestand Danzig besiegeln könnte. Danzig wird nie wieder eine preußische Provinzstadt, aber Danzig muß in noch irgendwie absehbarer geschichtlicher Zeit wieder ein staatliches Glied des Deutschen Reiches werden. Es ist beste Staatskunst, hierüber keinen Zweifel in der Welt zu lassen — schlechte, diese unsere Überzeugung zu verschleiern. Man sage es jeder französischen Sondierung unverblümt, daß ein Locarno des Ostens mit dem Satze beginnen müßte: Danzig ist eine freie Stadt im Verbande des Deutschen Reiches. Wann der historische Augenblick eintritt, diesen Anspruch zu realisieren, und welcher Mittel sich die Realisierung dann bedienen mag, lassen wir dahingestellt. Von dem Anspruch der Wiedergutmachung des östlichen Unrechts kann an diesem kardinalen Punkte — und an jedem ihm gleichwertigen nicht zurückgewichen werden.

Ihm gleichwertig ist unser Anspruch auf eine Grenzsetzung, welche den landschaftlichen Zusammenhang Deutschlands wiederherstellt, was völlig ohne nationale Beeinträchtigungen möglich ist, denn die gesamte kassubische Bevölkerung für den polnischen Staat fordern, würde in seinen Konsequenzen unsere gleichen Anrechte auf Flamen und Holländer, Italiens auf die Ladiner, Frankreichs auf die Wallonen anmelden. Ebenbürtig ist ferner unser Recht auf eine Wiedergutmachung des an Oberschlesien vom Völkerbundsrate verübten Unrechts — und unverjährbar ist der Anspruch deutschen Volkstums auf Tirol, soweit es nicht wirklich welsch und deutschumsfeindselig ist; niemand wird das Trentino als einen Stachel im deutschen Volkskörper wünschen. Die Nation in ihrer Lebendigkeit kann sich auch das Gambettasche Rezept nicht verschreiben lassen, daß sie immer nur daran denken und niemals davon sprechen solle, was übrigens der Erretter Frankreichs auch nur den Berufspolitikern, nicht dem Volke empfohlen hat; wir wollen jedes Reden in „dicken Tönen“ unterlassen, an keine waffenlosen Scheiden schlagen und fremdes Volkstum nirgends dückelhaft oder gehässig herabwürdigen, desto herzlicher aber uns dem eigenen Volkstum, wo es von uns gelöst ist, verbunden fühlen und praktisch alles tun, was diese Verbindung erhalten und befestigen kann. Dazu gehört für jeden einzelnen, insonderheit den reisenden Menschen, jene Einheit von Festigkeit und Takt, von starker Gesinnung und guter Form, die uns noch immer so oft fehlt und die doch in der Bewahrung des Zusammenhanges mit den losgetrennten Volksgliedern von der höchsten Wichtigkeit sein wird. Denn es ist unsere Pflicht, gerade dorthin zu gehen,

wo deutsches Volk außerhalb deutscher Staatsgrenzen sitzt, und ihm dadurch, daß wir kommen, zu nützen, nicht zu schaden.

Die Staatsmänner mögen lange Zeit hindurch Grund haben, sich an Gambettas Losung zu halten. Aber auch sie dürfen nicht immer schweigen, wenn nicht der Deutsche in der Welt als erbärmlich oder als unehrlich verschrien werden soll. Es gibt Unterdrückungen volksverwandter Menschen, die kein Staat heute mehr „desinteressiert“ mit ansehen kann. Mögen ihm die Machtmittel fehlen, sie zu hindern: darüber darf er den andern Staat nicht im Zweifel lassen, daß keine mehr als kalt-korrekten, daß niemals freundliche Beziehungen mit Deutschland vorhanden sein können, wo immer deutsches Volk von einer andern Nation vergewaltigt wird. Wir haben leider Grund zu der Sorge, daß unsere internationale Politik nicht aus weiser Vorsicht, sondern aus höchst unweiser Gefälligkeit dieser Verpflichtung mehr als erträglich und mehr als ersprießlich ausweiche. Es gab, wie man sich erinnert, einen kleinen Zwist im Hause, weil der bayrische Ministerpräsident starke Worte über die Behandlung Südtirols durch Italien gesprochen hatte. Ich halte es, selbstverständlich, für äußerst unerwünscht, daß die deutschen Länder, sei es auch nur verbal, sich eine eigene Außenpolitik gestatten — aber in jenem Falle glaubte ich, den ministeriellen Redner ein wenig verteidigen zu müssen, weil meines Erachtens sein Wort der ungeheuren Spannung der deutschen öffentlichen Meinung ein Ventil öffnete, das zu öffnen freilich die Reichspolitik berufen gewesen wäre, jedoch leider unterließ. Bayern grenzt nun einmal an Tirol und ist ihm am engsten stammverwandt, wenn auch die

historischen Beziehungen beider keineswegs immer freundliche waren; und wenn man in Berlin diesen Imponderabilien eines entfernteren Schauplatzes keine Beachtung schenkt, so muß man sich nicht wundern, daß die zentrale Politik von der vernachlässigten peripheren Stelle her reflektorische Störungen erfährt. Es scheint manchmal, daß wir auf die lebenswürdigen Mienen und Gesten auswärtiger Staatsmänner schon wieder zuviel Gewicht legen, mehr als auf völkische Realitäten. Wie aber sollen wir der Führer aller Minoritäten in der Welt werden (was uns manche deutschen Ideologen unausgesetzt als Leitmotiv unserer internationalen Politik ins Ohr flöten), wenn wir nicht einmal die Minoritäten deutscher Zunge mit aller Kraft, die wir einzusetzen haben, schützen?

Kraft haben wir einzusetzen. Die letzten Jahre haben es gezeigt, welche tatsächliche Macht wir geblieben sind und daß unsere Gestimmtheit niemandem ganz gleichgültig sein kann. Dies ist ja eine Säule aller Hoffnungen auf internationale Verständigkeit und Verständigung: die Reiche sind so ineinander verflochten, technisch, ökonomisch, ethnologisch, intellektuell und kirchlich, daß jedes das andere irgendwie benötigt. Früher ließen sich (oft) Kriege lokalisieren, wie noch, uns heute beinahe unbegreiflich, der deutsch-französische von 1870, das ist künftig ganz aussichtslos; jeder Konflikt hat nun das Zeug zu einem Weltbrand in sich. Was hieran die Position des einzelnen Volkes schwächt, stärkt sie doch auch wieder, es ist für eine sehr starke Nation viel schwerer geworden, eine schwächere einfach niederzutreten (gemessen an der Schwere seiner Niederlage sind z. B. Deutschlands Gebietsverluste durch den Weltkrieg verhältnismäßig geringfügig, Moltke d. Ä.

hat sie schon bei einem Zweifrontenkriege wesentlich empfindlicher befürchtet), aber es ist auch für eine geschwächte Nation eher möglich, sich zur Geltung zu bringen. Rußland und Deutschland bedeuten ganz irrational einfach Posten, die man nicht aus dem Buche der internationalen Politik löschen kann. Das gibt uns auch über die Zeiten der äußerlichen Ohnmacht hinweg eine starke Stellung in der Angelegenheit alles von unserm Reichskörper gelösten deutschen Volkstums. Es ist keineswegs nur eine „kulturelle“ Angelegenheit — ach Gott, in der Bewahrung der deutschen Kulturgüter sind Minoritäten und Diasporen fast jederzeit auf die eigene Leidenschaftlichkeit angewiesen gewesen, da hat kirchlicher Zusammenhang beispielsweise oft mehr gewirkt, als völkischer vermochte — nein, es ist eine eminent politische! Wir haben leider bis zum Kriege die politische Valenz des Auslandsdeutschtums niemals voll erkannt und gewürdigt, sie sogar meist straflich vernachlässigt. Es wäre ein Verhängnis, wenn wir hierin unsere Einstellung nicht gänzlich revidierten. Denn hier liegt ein moralischer Machtfaktor vor, dessen gerade die Staatskunst eines machtarmen Volkes nicht entzaten kann. Die zielklare Methode seiner Auswertung hat die deutsche Politik noch nicht gefunden. Das ist verzeihlich genug. Aber unverzeihlich wäre es, wollte sie in das frostige Desinteressement des alten Europa zurückfallen, das einzig wir konservierten, während Rußland und die lateinischen Nationen es längst überwunden hatten und sich panslawisch, sich lateinisch verantwortlich fühlten. Wieviel wir den Großen immer noch wert sind, haben uns die letzten Jahre demonstriert, ich fürchte sogar, daß wir dabei nicht immer den Kopf kühl be-

halten haben; das mag uns ein Hebel sein, um auch für die Kleinen uns wirksam einzusetzen, nicht wahllos für jeden Kleinen, weil er da und klein ist, aber für jeden, der uns lebenswert und lebensbedroht erscheint, und das sind freilich vor allen andern die fremder Staatlichkeit zugeteilten Glieder des eigenen Volkstums.

62

An und für uns aber gehören wir freilich unter die Großen, ja an die Seite der Größten, und diese Selbsterkenntnis hat unsere internationale Politik maßgebend zu bestimmen. Das Reich ist nicht bloß eine Macht, sondern eine Weltmacht; heute eine geknebelte, behinderte, erschöpfte, und dennoch eine Weltmacht — dank seiner Lage, dank der Zahl und dank den Leistungen und Fähigkeiten seines Volkes. Es ist unwahr, daß das episodische Schicksal, das uns getroffen hat, uns in die Kategorie der mittleren Mächte verweist. Dies könnte nur durch unsere eigene Schuld geschehen. Wir sind, wie Rußland, im tiefsten Sturz eine Weltmacht geblieben — und dieses gemeinsame Schicksal der beiden Reiche verknüpft sie, die ein falscher, irrwegiger Imperialismus auseinanderriß, künftig, wenn sie sich nicht abermals verblenden lassen, zu einer Schicksalsgemeinschaft, von deren Gestaltung die politische Zukunft Europas und Asiens ganz wesentlich bestimmt sein wird.

Indem wir aus solchem Zusammenhange heraus den dritten, noch unerörterten Faktor unter denen, die ein Ostlocarno ausschließen, die Labilität und Fluidität der osteuropäischen Gesamtsituation, wieder aufgreifen, bekennen wir uns zugleich zu der Über-

zeugung, daß das künftige Europa vom deutsch-russischen Phänomen und Problem her seine Schicksalsgesetze empfangen — oder daß gar kein Europa künftig mehr existieren wird, es sei denn als der höchst fragwürdige geographische Begriff, der es immer war. Und dieser Möglichkeit: gar kein Europa — stehen wir allerdings gelassener gegenüber, als eine modische Auffassung es gestatten möchte. Uns will scheinen, daß jedes Europa auf Deutschland, kein Deutschland aber auf irgendein Europa angewiesen sei und daß die kommende Welt Deutschlands nicht oder schwer, Europas aber leicht und für immer ent-raten kann.

63

„Europa“ ist ein Kulturbegriff (und als solcher ebenso gehaltvoll wie wertvoll), der sich weder mit dem geographischen noch mit irgendeinem politischen Begriff „Europa“ deckt: eine bestimmte Art und Auswirkung der menschlichen Geistigkeit, die sich gegen die „asiatische“ und „amerikanische“ Art von Geistigkeit als „europäisch“ absetzt. In diesem Sinne hat Friedrich Nietzsche den Begriff des „Europäers“ modisch gemacht. Der Begriff ist, wenn dies paradoxerweise gesagt werden darf, höchst irrational, sehr oft bedeutet er, wo er angewendet wird, eine Instinktformel: irgendwie dunkel oder hell-dunkel ahnt man, daß es ein „europäisches Wesen“ gibt, das wesentlich anders ist als asiatisches oder amerikanisches Wesen. Die Merkmale, wodurch es anders ist, sind noch nie von jemandem scharf und erschöpfend herausgearbeitet worden. Spürt man ihnen nach, so zerfließt einem meistens sehr bald der Versuch unter den Händen; man führt dann z. B.

abendländische Merkmale ein (im Gegensatze zu „morgenländischen“), und die greifen ja weit übers Europäische hinaus, umspannen Amerika und den Amerikanismus mit; oder man unterschiebt dem Europäischen humanistische Merkmale, von denen aber ein großes Stück eminent europäischer Entwicklung des letzten Jahrhunderts, die ökonomisch-technische, überhaupt nicht ergriffen, sondern eingekapselt und dem Amerikanismus zugeschoben wird, wonach dann als wirkliches Europa der antiquierte Begriff des „Weltgeschichtlichen“ von Solon und den Perserkriegen bis zu Napoleon I. übrig bleibt — so lehrte ja das humanistische Gymnasium „Weltgeschichte“, um 600 v. Chr. fing sie an und 1815 hörte sie auf; es deckt sich mit einer romantischen Vorstellung, daß die „letzten guten Europäer“ die Menschen des 18. Jahrhunderts gewesen seien. Oder man nimmt das christliche Merkmal, aber das umfaßt erst recht den Amerikanismus mit, und auf diesem Wege kommt man dann allerdings zu der relativen Wahrheit, daß es eine wenigstens erstrebte, niemals vollkommen, aber doch am verhältnismäßig vollkommensten erreichte Deckung von geistigem und politischem Europa überhaupt nur während des Mittelalters und vor der Entdeckung Amerikas gegeben hat. Das geographische Europa, das nun einmal bis zum Uralgebirge reicht, nimmt auch an dieser Deckung nicht teil.

Im Grunde ist dies auch das Europa des Leopold von Ranke, die geschichtliche Entwicklungsgemeinschaft der Germanen und Romanen, geboren aus dem Zusammenprall und der Verschmelzung des germanischen Barbarentums mit der verchristlichten Antike des spätrömischen Imperiums. Auf diesem

Boden entfaltetete sich die Idee und Ambition einer europäischen Universalmacht, sogleich in ihren Ursprüngen gespalten zwischen päpstlicher und kaiserlicher Verwirklichung, und diese Spaltung durchzieht das ganze Mittelalter; je nach der Stärke der tragenden Figuren erscheint bald mehr das papale und bald mehr das imperiale Ideal verwirklicht, wobei anzumerken bleibt, daß es sich in dem Gegensatz nur um einen Spitzenstreit handelt und auch für die imperiale Spitze die christliche Völkerunität, „Una Sancta Europa“, könnte man sagen, den Inhalt der Idee ausmacht. Damals war es, wo die Herrschenden und Wirkenden europäisch fühlten und dachten und in der politischen Realität (ob sie Reich oder ob sie Kirche hieß) einem Europa, das gleichzeitig eine geistige Realität war, nahegekommen sind. Napoleon, den gute Deutsche heute plötzlich „Europa“ entdecken lassen, ist ein Spätling jener Epoche, sein Empire eine Romantik, die wie jede Romantik rasch an ihren Anachronismen zerbrach.

Jede ähnliche würde genau so zerbrechen. Die Entdeckung Amerikas und seine Europäisierung, die Nationalstaatenentwicklung, die Spaltung der abendländischen Kirche und der Eintritt Rußlands in die Geschichte Europas sind Wendungen des „europäischen“ Schicksals, besser der Schicksale im geographischen Europa, hinter die keine Wirklichkeit zurück kann. Jede dieser vier Wendungen ist noch unabgeschlossen. Am ehesten mag es der Staaten-nationalismus sein, der in seiner Agonie tobt — doch geschichtliche Todeskämpfe sind langwierig! — aber Amerika, die Glaubensspaltung und Rußland bedeuten Phänomene, die in ihrer ganzen historischen Wertigkeit erst noch neuen Gipfeln zustreben, von

denen her sie die Schicksale der auf dem Boden Europas lebenden Bevölkerungen epochal mitbestimmen werden. Schon darum ist die Meinung ein Wahn, der Todeskampf des Nationalstaatentums genüge, um ein Europa neuen Stils, die Una Profana Europa zu gebären. Das interessanteste, ein wirklich faszinierendes unter den Illusionssystemen, welche dieser Irrtum erzeugt hat und fortzeugt, ist das Paneuropa des Grafen Coudenhove-Kalergi, die Una Profana mit der goldenen Sonne, die von einem roten Kreuz — zerschnitten wird.

Es ist gar nicht leicht, sich dem Zauber dieses Projekts und seiner Begründung zu entziehen. Die heilsame Ernüchterung vollzieht sich jedoch sogleich, wenn man sich von der Lektüre zur Schau wendet, nämlich der Landkarte zu, die der Autor unvorsichtigerweise seinem Buche beigeheftet hat. Diese Karte lehrt uns auf einen Blick, daß die Una Profana nur eine Fortsetzung der mittelalterlichen Una Sancta Europa vorstellt, jedoch verstärkt durch — Halb-Afrika! Paneuropa bis zum Kongo und zum Nil, Paneuropa, dessen größere Hälfte außerhalb Europas liegt! Im übrigen endet es in der Arktis (Grönland gehört natürlich dazu), am Kanal (denn England gehört eben nicht dazu) und am Dnjepr (denn Rußland darf erst recht nicht dazu). Ich beschreibe ohne Übertreibung und ohne Satire die Landkarte Coudenhoves.

Kein Zweifel, hier handelt es sich um einen politischen Zweckverband, um Nützlichkeitsromantik ausgeprägten Wesens, und das psychologische Problem vermöchte wohl zu interessieren, inwieweit dem Schöpfer der Paneuropa-Idee die Nützlichkeitskomponente überhaupt unbewußt und nur die

romantische Komponente für ihn Triebfeder war. Dieses Paneuropa nützt nur einer Macht: der französischen Republik. Sie tritt, wie die Landkarte mit naiver Ehrlichkeit zeigt, samt ihrem Weltreich, dem afrikanischen, in die europäische Gemeinschaft ein, selbstverständlich, sie kann ja doch ihr Weltreich nicht in die Vitrine stellen, es ist ein Teil von ihr selber, erst mit ihm ist sie das Hundertmillionen-Frankreich, an dem sich heute die imperialistische Phraseologie in Paris berauscht. Hier fassen wir ja den Haken der ganzen Paneuropa-Idee, an dem sie sich selber erdrosselt: Mächte, die ein außereuropäisches Weltreich besitzen, sind dadurch eben transeuropäisch geworden, mit ihnen läßt sich kein gegen die übrige Welt geschlossenes, geeintes Europa formieren! Für England und Rußland hatte Coudenhove das begriffen, und so war er schnell bereit, sie von Paneuropa auszuschließen, dieses also wirklich auf die mittelalterliche *Una Sancta*, das Universalreich der Päpste und Kaiser, einzuengen. Er übersah nur, daß sich dies eine verändert hat: auch Frankreich ist nun räumlich Weltmacht geworden, steht mit einem Bein außerhalb Europas und wäre, wenn man ihm dies Bein amputierte, ohne Halb-Afrika ein lebensunfähiger Torso, dessen Ängste vor seinem östlichen Nachbar dann nur zu berechtigt würden.

Wir reden gar nicht davon, daß Deutschland, nach dem Verlust seiner überseeischen Besitzungen die einzige der streng europäischen unter den älteren Mächten in Europa (auch Italien und Holland, aber selbst Portugal und Belgien haben ausgedehnten Kolonialbestand) in Coudenhoves Kontinentalreich, von seinen heute intimsten Widersachern umklammert sein

würde: von Frankreich und Belgien im Westen, von Polen und der Tschechoslowakei im Osten, von Dänemark im Norden: denn das sind politische Konstellationen, die sich ändern mögen, und die Spannungen, die zwischen uns und allen den genannten Staaten heute fort dauern, sollten mit Paneuropa ja gerade ihren Sinn verlieren. Gut, unterstellen wir dies! Die afrikanische Fesselung Frankreichs bleibt, und mit ihr verliert Paneuropa seinen Sinn, denn sein Sinn sollte ja gerade die Nichtverstrickung in andere Weltteile, das exklusiv Europäische und als europäisch Geeinte, Verbundene sein. Durch Frankreich allein würde dies Paneuropa unberechenbaren Verwicklungen in Afrika exponiert, wo das französische dem britischen Kolonialreich gegenübersteht — und dann soll, Europa zuliebe, am Ende Deutschland oder soll Italien sich für Frankreich gegen England schlagen? Paneuropa Coudenhoves ist weiter nichts als das Europa der französischen Hegemonie, das für die europäische Vormacht und für die außereuropäische Kolonialmacht Frankreichs Bürgschaft zu leisten hat. Nach dem Kriege gab es bei uns müde Leute, die mit dem Gedanken spielten, ein britisches Dominion zu werden. Wahrlich, sie hätten recht, wenn zwischen diesem Schicksal und Coudenhoves Lösung die Wahl stünde.

64

Die europäischen Dinge können nur als Realitäten gewogen werden, und als solche widerstreben sie, widerstreben am stärksten und lebendigsten aber die deutschen Dinge einer aufgewärmten Europa-Idee. Denn ich vermag nichts anderes als Aufwärmungsversuche zu sehen: mittelalterliche Romantik, napo-

leonische Romantik. Was man das geistige Europa heißt, ist ohne den englischen Faktor einfach undenkbar, nicht bloß wegen der englischen Philosophie und Dichtung, sondern weil England das vorbildliche Exemplar des neuzeitlichen Staatswesens geschaffen und aus seiner Reformation, die es von Deutschland über Frankreich empfing, die Ideenwelt der abendländischen Demokratie entwickelt hat; der englische Gentleman ist so sehr zur Vorlage des modernen Europäers geworden, daß die letzten Menschenalter ja das ganze Formenleben der Gemeinschaft im Zeichen der Anglisierung des europäischen Kontinents zeigten. England ist nun doch wohl ein unlöslicherer Bestandteil Kultureuropas als Polen, Tschechoslowakien, Serboslawien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Albanien, Neugriechenland, Portugal, ja selbst Spanien — bei allem Respekt vor dem, was jedes dieser Völker je nach seinen Gaben und Kräften gelegentlich beigesteuert hat. Polit-europa aber steht auf einem völlig andern Blatte! Sein Entstehungsweg wird bezeichnet durch den Emporstieg Rußlands und Preußen-Deutschlands, die Auskapselung Österreichs aus dem Reiche, den Rücktritt Frankreichs von der Hegemonie, den Abstieg Spaniens, die Neutralisierung der Schweiz, Belgiens, Hollands, Dänemarks, Schwedens, Norwegens (die damit entsagen, weltgeschichtliche Subjekte zu sein) und (was man niemals übersehen darf) die Neugründung und den Neuaufstieg Italiens. Um diesen Umwandlungsprozeß halbwegs im Schach zu halten, erfand die englische Politik für ihre europäischen Bedürfnisse das europäische Gleichgewicht, mechanisch, das europäische Konzert, musikalisch ausgedrückt. In diesem Europa beherrschen die beiden

jungen Mächte Rußland und Deutschland durchaus den Vordergrund des Geschehens, ihr Verhältnis zueinander bestimmt jeweils den Status polit-europeus: sind sie verbündet oder wenigstens eins, so herrscht verhältnismäßige Ruhe, entzweien sie sich, so ist in Europa der Teufel los. Von ihrem Verhältnis hing schließlich das Schicksal Österreichs ab — und die Haltung Frankreichs. Man beachtet zu selten, daß es ein akutes deutsch-französisches Problem wesentlich nur im Lichte des deutsch-russischen gibt — hätten wir Rußland nicht in die Arme Frankreichs getrieben, so hätte dieses Deutschland gegenüber resignieren und mit dem Frankfurter Frieden seinen Frieden machen müssen. Selbst die deutsch-englische Spannung wurde erst kriegsgefährlich, als sie die englisch-russische Spannung übertraf und die russisch-deutsche Spannung bis zum Reißen erhöhte.

Damit verlegen wir die Achse der politeuropäischen Problematik, welche so viele immer noch im deutsch-französischen Problem suchen, durchaus ostwärts in das deutsch-russische. „Östliche Orientierung“ in solchem Sinne heißt nicht: um jeden Preis an Rußlands Seite sein — sondern heißt, allerdings: einsehen, daß es eine Lebensfrage für Deutschland bleibt, ob es an Rußlands Seite bleiben kann oder nicht (es wäre durchaus möglich, daß Rußland ihm diesen Platz selber unmöglich macht), und daß es, wird es von Rußland abgedrängt, keine Kombination finden kann, die ihm den Platz an Rußlands Seite vollgültig ersetzt.

Einigermaßen vergleichbar an weltpolitischer Perspektive ist überhaupt nur der andere Platz an Englands Seite. Wir haben ihn eingenommen gegen

Rußland im Siebenjährigen Kriege, die Erfahrung war trübe, und nur Rußlands Rückkehr an unsere Seite rettete damals dem großen König und seinem Staate das Leben; wir haben ihn eingenommen mit Rußland in den Befreiungskriegen, und man wird schwer entscheiden können, welcher Partner nun für unsere Befreiung und Wiederherstellung der wichtigeren war. Dann haben wir ihn vergeblich gesucht, als die Entzweiung mit Rußland fortschritt, in den achtziger Jahren, da suchte ihn Bismarck, und als er ihn nicht fand, suchte er von neuem den Platz an Rußlands Seite; als sein Nachfolger diesen wieder verließ, bot uns um die Jahrhundertwende England durch den größten Staatsmann seiner jüngsten Vergangenheit den Platz an seiner Seite an, und wir schlugen ihn aus. Das führte geradlinig ins Verhängnis, das Unerhörte geschah, England und Rußland fanden sich gegen uns zusammen. Heute ist die Frage, ob wir alles daran setzen, den Platz an Englands Seite einzunehmen; von selber wird es ihn uns nicht anbieten, wir müssen uns schon eifrig und lange bemühen. Es gibt zahlreiche, sehr ernsthafte, sehr politische Köpfe in Deutschland, denen diese Wahl die einzige zukunftsgewisse Politik des Reiches bedeutet.

Es ist schwer, sie zu widerlegen, ja man kann sagen, es ist gut, daß sie nicht widerlegbar sind. Denn kein Reich kann wünschen, daß für seine Politik nur eine Chance gegeben ist, eine Orientierung, eine Perspektive. Dies wäre Zwangslage, wäre fatal im eigentlichen Sinne des Wortes. Große deutsche Politik, die dem inneren, von aller militärischen Rüstung und geographischen Ausdehnung unabhängigen Machtgewicht der deutschen Nation Rech-

nung trägt, deutsche Weltpolitik nicht im kurz-sichtigen Sinne eines Überall-dabei-Seins in der Welt, einer territorialen Verstrickung in allen Winkeln der Welt, sondern im angemessenen Sinne, den die Weltbedeutung der Deutschen ergibt, ihr tägliches Einwirken auf die Welt, ihr Gebrauchtwerden seitens der Welt, ihre Unentbehrlichkeit und Unersetzlichkeit in der Welt: solche Politik hat in der Tat zwei Möglichkeiten, den Platz an der Seite Englands oder den Platz an der Seite Rußlands, und sie mag mit jeder der beiden Möglichkeiten eine große, segensreiche Wirklichkeit schöpferisch gestalten. Die Wahl ist schließlich irrational, sie stützt sich auf Ahnungen „von kommenden Dingen“ (Rathenau) mehr als auf ihre Berechenbarkeit oder als auf das Wissen um gegenwärtige.

Wir sind in keiner Weise anglophob. Wir fürchten nicht, wie die Anglophoben, die Tücke Britanniens, mit der es den Alliierten auf dem Festlande als seinen Degen auf dem Festlande mißbrauchen würde. Was haben wir gewonnen, daß wir uns zum Degen Österreichs statt zum Degen Englands hergaben? Und ist Frankreich als Degen Englands so schlecht gefahren? Es steht am Ausgange des Krieges in einer Machtfülle, die ganz erheblich über sein wirkliches Kraftmaß, das es in der Welt noch verkörpert, hinausgeht (und deren Brüchigkeit ihm ja eben seine Sicherungsneurose eingibt). Hätten wir in Josef Chamberlains dargebotene Hand eingeschlagen, uns mit England „auf Gedeih und Verderb“ so alliiert, wie wir es mit Österreich taten, so wäre nach aller Berechnungsmöglichkeit mehr Gedeih für uns zu ernten gewesen, während wir uns an Österreichs Seite dem Verderb verschrieben. Wir wären heute

eine große Seemacht — natürlich die unbedingt zweite, niemals die erste — und eine große Kolonialmacht; auch eine große Heeresmacht, wenn auch die englische Politik für deren genügende Beschäftigung und Abnutzung gesorgt haben möchte. Bei weiser maritimer Beschränkung hätte uns England vermutlich die Aufteilung Österreichs, also die Ausweitung zum großdeutschen Reiche zugestanden. Natürlich müßten wir unübersehbare Engagements gegen Rußland eingehen. Aber immerhin: daß wir dabei zugrunde gingen, könnte ja auch die listigste englische Politik nicht beabsichtigen, denn dann hätte sie eben in uns keinen Degen mehr. Wir müßten, um ihr zu dienen, recht stark bleiben; nur nicht, nach britischen Maßstäben, zu stark werden. Diese Maßstäbe sind höchst respektabel, wir sehen es heute an dem, was England neben sich duldet, an Frankreich und den Vereinigten Staaten. Es hätte sich schon verlohnt, es einmal darauf ankommen zu lassen, wie stark uns England an seiner Seite werden ließ, und nachdem wir einmal mit Rußland ziemlich irreparabel entzweit waren, begingen wir eine geradezu selbstmörderische Irrung, daß wir nicht alles daran setzten, Englands festländischer Alliierter zu werden.

Historische Stunden kehren nie wieder, die Geschichte, darin liegt ihre Wesenheit, ist unerbittlich einmalig. Was damals, vor einem Vierteljahrhundert, war, ist alles dahin. Heute, morgen, übermorgen könnten wir nur ein Vasall Britanniens werden, kein Alliierter mehr; sein Dolch, nicht sein Schwert. Man kann nicht zweimal in denselben Strom hinuntertauchen, sagt Herakleitos der Dunkle. Wir haben Heeresmacht, Seemacht, Kolonialmacht verspielt,

wahrhaft verspielt, denn noch 1917 wäre vermutlich alles das zu retten, in Ehren und mit faktischem Zuwachs, wenn auch mit formalen Einbußen zu retten gewesen. Diese Trias kehrt nie wieder. Es wurde schon gesagt, daß wir es für geraume Zeit nicht einmal wünschen können. Uns von England eine kleine Armee, eine kleine Flotte, ein kleines Kolonialreich schenken lassen? Das brächte nur Gefährdung, keinen Ertrag. Gegenüber England haben wir die Ebenbürtigkeit eingebüßt. Und keine Sorge — es wird unsere Allianz so bald nicht wieder suchen. Diese Chance haben wir in den Seewind geschlagen, nach dem Michel die Ohren spitzen zu müssen wähnte, als er die weltpolitische Schlafmütze sich vom Kopfe zog — und wieder kehrt sie nicht, nicht in einer Frist, für die sich Prognosen unserer politischen Zukunft aufstellen lassen.

Gegenüber Rußland jedoch ist die Sachlage eine unvergleichbar andere.

Rußland waren wir ebenbürtig und sind wir ebenbürtig. Das Schicksal hat unsere beiden Reiche denselben Weg geführt. Nicht aus dieser sentimental Betrachtung heraus etwa gehören wir zusammen! O nein, die Sentimentalpolitik wollen wir, nach der Bewährung der Nibelungentreue, gewiß niemals wiederholen. Aber die Ähnlichkeit der Schicksalslage ist nicht ohne innere Gründe, die uns erkennen lassen, daß Rußland und Deutschland aufeinander angewiesen sind, weit über eine rein politische Allianz hinaus und darum auch gar nicht notwendig in den Formen einer herkömmlichen Allianz. Beide sind Mächte, Weltmächte geblieben, trotz schwerster Besiegtheit und Zerrüttung, trotz (im Verhältnis zu ihren Gegnern) praktischer militäri-

scher Ohnmacht. An beiden sind die emsig betriebenen Versuche, sie völlig zu zerstören, auseinander zu sprengen, abgeprallt: die „weißen“ Expeditionen und die moralische Weltächtung dort, Ruhreinemarsch, Rheinbesetzung und Separatismus hier. Beide sind eben Mächte aus innerer Kraft, und diese Kraft ist zu allermeist ihre „Jugend“, das, was die alten Westmächte an beiden (wenn auch in verschiedenem Maße) „barbarisch“ finden (und worin sie sich mit den Vereinigten Staaten von Amerika und den britischen Dominions berühren). An diesem Punkte nun ist Deutschland der reifere, aber schwächere, Rußland der kindlichere, aber stärkere Gefährte. Rußland ist räumlich und völkisch beinahe unangreifbar und unverwüstlich, das gilt von Deutschland nicht, das aber nur unzulänglich angreifbar ist, wenn es nicht von Rußland angegriffen wird; diese Sicherheit ist für uns beinahe eine Lebensgarantie. Deutschland hingegen ist diszipliniert, gesammelt, erwachsen, tüchtig — und doch empfänglich, wandlungsfähig, noch ausreifbar genug, um mit Rußland keinen Gegensatz, sondern nur eine Verschiedenheit zu bilden. Man kann sagen, der Altersabstand zwischen beiden ist groß genug und klein genug, daß sie sich wechselseitig viel zu bieten haben — so wie es im Einzelleben ja auch zu sein pflegt, wobei wir hier gänzlich ununtersucht lassen, ob das „Alter“ von Völkern biologische Elemente enthält oder nur eine Metapher für ihren Kulturstand ist. Beide sind der „westlichen Zivilisation“ gegenüber selbständig, hinreichend autochthon geblieben, im Unterschied etwa von Polen, Rumänien, Tschechien, die sich ihr fast ganz rezeptiv und kopierend verschrieben haben. Beide sind, wohl nicht zu-

fällig, sondern aus starken, inneren Ursachen, fast zur gleichen Zeit, in ihre neuzeitliche Geschichte, in ihren Emporstieg der letzten zwei Jahrhunderte eingetreten. Und beide haben, was den letzten Ausschlag gibt, keine ernstlichen Interessenkollisionen, wenn sie verständig und nicht verblendet sind — selbst der Panslawismus, der etwas zu Urtümliches ist, als daß er begraben sein sollte, der also nur zeitweilig verschüttet ist, kann ein von slawischer Bevölkerung freies Großdeutschland nicht stören, und da die deutsche Kolonisation im Sinne von Landeroberung und Volksumdeutschung nach dem slawischen Osten hin keine Aufgabe mehr hat (wie sich schon im ganzen vorigen Jahrhundert am Versagen jeder Germanisationspolitik selbst innerhalb des Reiches erwiesen hat), so kommen nur wirtschaftliche und geistige Bewegungen in Betracht, denen Rußland durchaus geöffnet ist (und welchen es will, kann es sich ohne Konflikt versagen), wie wir den seinen (die wir gleichfalls mit Auswahl aufnehmen und fortleiten).

Dies alles zusammen macht den tieferen Sinn jenes Ostergeschehens von 1922 aus, das die Welt aufhorchen ließ, teilweise erschreckte oder erzürnte, und das wir als Rapallo-Vertrag kennen. Es bleibt das hohe Verdienst Josef Wirths, sich den Argumenten des hochbegabten, uns so sinnlos früh entrisenen Ago v. Maltzan geöffnet und die eigene Überzeugtheit auf Rathenau überpflanzt zu haben. Das Ereignis von Rapallo wird die Kanzlerschaft Wirths immer historisch sein lassen. Es war charakteristisch, daß der Vertrag weder ein Bündnis noch überhaupt massiv greifbare Vorteile bot, sondern im Grunde eine Geste war; aber eben die Geste

zweier Weltmächte, durch die sie sich bei aller formalen Ohnmacht als solche legitimierten. Mit dieser Geste hebt tatsächlich, die übrige Welt sollte sich darüber nicht täuschen, eine neue Epoche der europäischen Entwicklung an, ein Politeuropa, dessen beide Brennpunkte Moskau und Berlin sind, und ein Kultureuropa, das, als Ausweitung und innere Wesensgestalt dieses Politeuropa als das germano-slawische bezeichnet werden darf, bestimmt und bereit, das germano-romanische geschichtlich abzulösen. Dieses Europa ist zugleich östlich offen nach Asien hin (und darf sich diese Pforte nie verriegeln lassen), wie es westlich offen ist nach Amerika hin (und sich auch diese Pforte nie verriegeln lassen darf). Es war wohl Maltzans größte Leistung, daß er diese Doppelung sah und gestalten wollte. Das asiatische Tor, dessen Pförtner Rußland, das amerikanische Tor, dessen Pförtner Deutschland ist: beide sind gleich wichtig, so wesentlich, daß daneben England und Frankreich zu Randmächten Europas werden.

Die politische Prognose des Deutschen Reiches und seiner Macht hängt entscheidend davon ab, ob die deutsche Politik diese neue Lage begreift — und ergreift, oder verkennt, versäumt, ja verpfuscht.

65

England wünscht ja eine solche Stellung durchaus selber, und wir werden die freundlichsten und nützlichsten Beziehungen zu ihm haben, wenn wir dies respektieren und praktizieren.

Frankreich wünscht sie freilich so wenig, daß unsere Erkenntnis davon seine Beziehungen zu uns aufs neue erschweren muß. Auch das müssen wir

ganz klar sehen lernen: das deutsch-französische Problem nicht mehr als Achse der europäischen Politik bewerten, sondern ihm eine periphere Lagerung zuweisen, heißt die Schwierigkeiten der Lösung dieses Problems nicht etwa mildern, sondern verschärfen. Denn es ist für eine alte und starke Nation schwer, sich darein zu finden, daß ihre Bedeutung für die Lage ihres Erdteils nicht mehr als primär gewürdigt wird. Es ist tragisch schwer, wenn eine besondere Verkettung von Umständen soeben dieser Nation den Schein vorgegaukelt hat, als sei es ihr geglückt, ihr schon sekundarisiertes europäisches Gewicht wieder primär zu gestalten. Das Frankreich Clémenceaus glaubte sich nach unserer Versailler Unterschrift bereits am Ziele einer erneuten europäischen Hegemonie. Sieben magere Jahre haben ihm den Irrtum dieser Meinung dargetan, aber es wird nur schwer den tatsächlichen und noch schwerer den grundsätzlichen Irrtum einsehen. Die Enttäuschungen der Locarno-Politik und die französische Wendung zur Forderung eines Ost-Locarno sind die ersten Anzeichen dieser Weigerung zur Einsicht. Sie werden sich vermehren und verschärfen.

Und das ist um so tragischer, als für Frankreich grundsätzlich und praktisch dieselbe (wenn auch eine ganz anders gefärbte) Möglichkeit einer Schicksalsgemeinschaft mit dem Deutschen Reiche gegeben wäre. Auch diese beiden Nationen stehen im Wechselverhältnis der Ebenbürtigkeit, und man könnte fast sagen, in diesem Verhältnis, mit dem deutsch-russischen verglichen, nimmt Frankreich die Stelle Deutschlands und Deutschland die Stelle Rußlands ein. Das Land älterer und jüngerer Kultur, das reifere und das frischere, das westlichere und das

östlichere stehen sich gegenüber — miteinander wären sie, in noch höherem Maße als Deutschland und Rußland, eine Verkörperung europäischer Wesenheit, es sind die beiden Völker des Geistes auf Erden, deren Gemeinschaft die Welt geistig beherrschen könnte; aber zwischen ihnen steht eine Geschichte, auf deren Fortsetzung der französische Partner nicht verzichten will. Das ist der Schlüssel zur deutsch-französischen Tragik. Es ist genau umgekehrt wie zwischen Deutschland und Rußland. Die Deutschen waren immer heimgesucht, wenn Frankreich auf den Höhen seines Glückes wandelte, und Frankreichs Niederlagen waren ihre Chancen. Da hilft kein Vertuschen — was läßt sich denn vertuschen, wenn vor 50 Jahren erst Frankreichs Niederlage des Deutschen Reiches Geburtsstunde und vor 10 Jahren Frankreichs Sieg des Deutschen Reiches Daseinsgefahr, Demütigung und Leid auf Menschenalter hin wurde? Vor jeden, der sich mit Politik, sei es auch gar nicht mit „europäischer“, sondern nur mit deutscher Politik befaßt, tritt die Frage hin, ob dies so bleiben müsse, so bleiben dürfe. Und die Antwort scheint höchst einfach zu sein: kein zwingender Grund ist sichtbar, daß es so bleiben müsse. Denn zwischen Deutschland und Frankreich stehen keine objektiven Interessengegensätze, die unüberbrückbar wären, so wenig wie zwischen Rußland und Deutschland. Die Lage zwischen Frankreich und England, Frankreich und Italien, England und Deutschland ist objektiv viel schwieriger, viel mehr mit Keimen zu Kollisionen besteckt. Zwar ist die Wesensart der beiden Nationen grundverschieden, und schwerlich verschieden im Sinne einer wohlthätigen Ergänzung — mit diesem Trost sollte man

bei Verschiedenheiten überhaupt etwas vorsichtiger sein — dennoch sind sie in ihrer profunden Geistigkeit ohnegleichen auf Erden und einander allein ebenbürtig. Aber zwischen ihnen steht der Rhein, steht das überlieferte Rheindogma, das hüben heißt: Deutschlands Strom, nicht Grenze — und drüben: Frankreichs Grenze, nicht Deutschlands Strom. Um die Rheinufer zerfleischen sich Deutschland und Frankreich alle paar Menschenalter.

Wenn die Historiker sich akademisch darum streiten, ob Richelieus Testament auf den Rheinbesitz abzielte, so kann uns das gleichgültig sein. Daß die französische Politik den Rhein von Basel bis Wesel zu beherrschen trachtet, ist für sie nicht von irgendeinem Testament abhängig. Sie erachtet das für eine Lebenssicherung Frankreichs — beinahe eine geopolitische Schrulle, leider eine blutrünstige. Frankreich glaubt noch immer blind an diese Sicherung, wie die deutschen Erbfürsten bis zu ihrem Sturze an Ross' und Reisige. Und doch ist seine einzige, ganz große Sicherheit eine ehrliche Aussöhnung mit dem Deutschen Reiche. Wann war der Augenblick günstiger dafür? Daß es dieses Deutsche Reich, wenn es eine Welt dawider aufruft, besiegen — aber auch dann nicht umbringen kann, hat Frankreich jetzt erfahren; spätestens 1923. Die Deutschen ihrerseits sind um die (psychologisch eminente) Erfahrung reicher, daß für ihr Reich die Franzosen keine Lebensgefahr mehr sind. Ohnmächtiger als zwischen 1918 und 1924 haben wir diesem Nachbar nie gegenübergestanden. Es hat ihm im Grunde nichts genützt. Die anderthalb Jahrzehnte Rheinbesetzung mögen ihm damals wie eine Ewigkeit erschienen sein, heute ist die Hälfte davon verstrichen und Frankreichs Aussicht auf den Rhein so gut wie

zerronnen. Das Separatistenaufgebot ist erledigt, keine Schulpolitik hat zum Ziel geführt, die Pfalz ist unerschüttert deutsch geblieben, das Saarland wird eine überwältigende Abstimmung für Deutschland leisten. Man hat das Elsaß und damit den Oberrhein, aber der ist seit Richelieu sehr viel unwesentlicher geworden als der Niederrhein, und das Elsaß wird man sich nie assimilieren. Frankreich hat dieselbe Erfahrung machen können wie Deutschland (und beide sollten diese Erfahrung zum Fundament politischer Überlegung wählen): daß es nach Osten keine Kolonisationschance mehr besitzt. Frankreich sollte sich über die seelische Haltung der besetzten Gebiete seiner Besatzung gegenüber Rechenschaft geben. Das wäre höchst lehrreich: vor fünf Jahren haßte man sie, heute, so lästig und drückend sie ist, steht man ihr gleichgültig gegenüber. Man weiß, eines Tages wird sie abziehen und nichts erreicht haben. Sie ist nur noch Unbequemlichkeit, keine Gefahr mehr. Sie hat alle Absichten, die sie verwirklichen sollte, selber als unvollziehbar widerlegt.

Wir wollen uns nicht besser machen, als wir sind. Wir zitieren gern die Revanchesprüche französischer Schulbücher, aber nach 1871 fanden wir en masse leider gar nicht die große und vornehme Haltung des Siegers, der alles erreicht hatte, was er sich nur träumen konnte: seine nationale Einigung, Landzuwachs, reichliche Entschädigung, höchstes Ansehen — „Ruhm“ — in der ganzen Welt. Es war gutes und hohes Recht der Nation, den Tag zu feiern, dessen Schlachtfeld für die Reichsgeburt als sinnbildlich empfunden wurde, doch geschah es in einer zunehmend falschen Phraseologie, die von unerträglichem

Dünkel strotzte (der sich nach 1914 schwer gerächt hat). Man empfand nicht einmal, wie schlecht die beiden Formeln zueinander paßten: die vom „Erbfeind“ und die andere von einer Armee, die, angeblich schlecht erzogen und gerüstet, bei Roßbach und bei Leipzig, bei Waterloo, Wörth, Sedan auf- und davongelaufen sei. Nach der deutschtümelnden zweitwilhelminischen Schulreform wurde die Sedan-Ruhmredigkeit in Liedern und Lesestücken ganz schrecklich. Wenn in Frankreich ohne Zweifel die hohen Politiker und Militärs viel schlimmer gesündigt haben als das Volk, so muß man umgekehrt sagen: bei uns hat ein großer Teil des Volkes gesündigt, während die hohe Politik und (bei aller vorsorgenden Pflichterfüllung) auch der Generalstab sich durchaus verständig hielten; der Generalstab schätzte sogar die wirkliche Kraft der Gegenseite so hoch ein, daß er schon einen Zweifrontenkrieg als fast sichere Niederlage fürchtete und aus dieser Sorge heraus auf die unselige Idee des Marsches durch Belgien geriet. Leider versagte die hohe Politik, nicht in der Absicht, aber in ihrer Technik, vollkommen zu einer Stunde, welche die größte Möglichkeit für eine Bereinigung der deutsch-französischen Frage bot, 1905, nach Delcassés Sturz — noch dazu in den Händen ihres routiniertesten Technikers, des Fürsten Bülow. Die hohen Militärs sahen die ganze Schwere der Gefahr, und der Historiker Rothfels hat auf der Heidelberger Tagung des internationalen Kulturbundes vor römischen Fascisten, französischen Frontkämpfern, polnischen und tschechischen Nationalisten es ausgesprochen, daß der legendäre Potsdamer Kriegsrat vom Juli 1914, wenn er wirklich stattgefunden hätte, nach allem Ermessen den drin-

genden Rat der Militärs gezeitigt haben würde, lieber eine diplomatische Niederlage einzustecken als loszuschlagen.

Heute jedoch steht auch die Masse in einem Genesungsprozeß. Natürlich gibt es noch Erbfeindgerede, und an Leuten, die mit dem Munde eine Fahne über alle erdenklichen Ströme oder Pässe tragen wollen, wird es bei uns sowenig wie in anderen Ländern fehlen — augenblicklich hört man nur in andern Ländern solche Phrase von verantwortlichen Stellen — aber die Massen, auch die bedrückten und gequälten des Okkupationslandes, kehren sich immer resoluter von dieser Feindschaftsrederei ab. Man hat erlebt, daß andere „erbfeindliche“ Reiche, sogar England und Rußland, sich zu unserm Schaden zusammengefunden haben, daß eben internationale Politik eine offenbar sehr praktische und sehr wenig sentimentale Angelegenheit ist. In Deutschland, wenn einmal keine französischen Soldaten mehr seinen Boden besetzt und seine Bevölkerung bedrängt halten, ist die psychologische Voraussetzung für ein vernünftiges Verhältnis zu Frankreich durchaus gegeben und stetig daran, sich zu befestigen. Kein zurechnungsfähiger Deutscher denkt an einen Krieg zur Erwerbung französischer Gebieteile. Jedoch, welcher französischen Haltung sehen wir uns gegenüber?

Wir müssen es, wenn wir zum Frieden kommen wollen, dem französischen Volke unumwunden sagen: seine offizielle Politik ist nach Locarno von neuem in eine Methodik abgebogen, die uns in der peinlichsten Weise an frühere Erfahrungen, etwa unter dem zweiten Kaiserreich, erinnert. Man nimmt für sich das Recht in Anspruch, immerfort aus staats-

männischem Munde bittere Vorwürfe, Abrechnungen, Warnungen, stärkste Unruhestiftung in die Welt hinaus reden zu lassen, aber man begehrt leidenschaftlich auf, wenn die andere Seite auch nur den Versuch einer subjektiven Feststellung subjektiver Tatsachen ohne die geringste Ausfälligkeit gegen die übrige Welt macht (wie Hindenburg in Tannenberg: ob diese Kundgebung taktisch zweckmäßig war, kommt hier nicht in Frage, sicher war sie in gar keiner Weise aggressiv). Was schlimmer, viel schlimmer ist: man schließt einen Pakt — und erklärt kurz danach: das sei ungenügend, es bedürfe weiterer Sicherungen; man gibt — durch den Außenminister, der dabei mit Worten sogar sein Amt in die Wagschale wirft — Zusicherungen ab, die nur ganz fragmentarisch eingelöst werden, statt dessen heißt es: wenn wir diese Zusicherungen ausgiebiger einlösen sollen, dann müßt ihr weitere Zugeständnisse machen. Ost-Locarno ist durchaus ein Problem, das von den Franzosen her begreiflich erscheint; aber es im Zusammenhang mit der Rheinfrage aufwerfen, die durch Locarno erledigt sein sollte — das ist unerträglich, das ist Napoleon III., das ist die Promenade von Ems.

Dieses Spiel führt zu keinem Ergebnis. Ehe es nicht aufgegeben wird, ist an eine Befriedung der deutsch-französischen Fragen nicht zu denken. Und wir müssen in solcher Lage kühl bis ans Herz hinan bleiben. Wir wollen nicht nachlassen darin, gerade der heranwachsenden Generation zu zeigen, daß zwischen Deutschland und Frankreich nichts steht, was ein ruhiges, verständiges und gedeihliches Nebeneinander der beiden Völker und Miteinander in vielen weltpolitischen Fragen ausschlösse; daß wir weder

nach mutterländischem noch nach kolonialem französischen Land und Volk zu trachten haben und daß anständige Nachbarschaft, gegenseitige Respektierung, ja herzliche Wertschätzung gerade auch der geistigen Würde dieser zwei Geistesvölker der Erde am meisten entspräche. Kommt auf beiden Seiten eine Generation auf, die so denkt, dann müßte das deutsch-französische Problem lösbar werden. Wird es aber nicht lösbar, und dies steht heute und morgen bei Frankreich, so wird die deutsche Politik dieses schwärende Übel prognostisch so günstig wie möglich beeinflussen müssen, indem sie nicht bloß begreift, daß es ein Rand übel ist, sondern es immer planvoller nach dem Rande zu drängen sich bemüht. Das deutsch-französische Problem erleichtert sich ganz von selber, wenn wir uns (und damit auch ein Teil der Welt) von der Suggestion lösen, daß es die Achse deutsch-europäischer, deutsch-kontinentaler Staatskunst sei. Die beiden Achsen dieser Staatskunst sind vielmehr schon heute und für alle prognostisch berechenbare Zukunft sehr beträchtlich östlich und westlich vom Rhein gelagert. Die Realitäten des geschichtlichen Alltags werden Frankreich darüber belehren, daß es auch mit der formidabelsten Armee und einem gigantischen Negerreich kein zentrales Kraftfeld der Weltdinge mehr ist und wird. Auch Frankreich hört, wie Deutschland, nicht auf, eine Weltmacht zu sein. Aber des Gedankens an irgendeine Weltvormacht muß es sich entschlagen lernen. Heute sind wir auf dem Wege, das einstige europäische Gleichgewicht auf die Welt auszuweiten. Gerade auch die deutsche Politik muß sich gegen das Hervorholen alter, das Aufkommen neuer Hegemonien einstellen. (Der Versuchung zu einer eigenen ist

sie durch die Niederlage im Weltkriege entstrickt.) Wenn Frankreich sich gemäß seinen (sehr imposanten) Kräften bescheidet, kann es mit uns und mit allen in Frieden leben. Hier, in seiner eigenen Sinnesänderung, liegt seine einzige praktisch wirksame und dauerhafte Sicherheit.

66

Offizieller Ausdruck dieser Enthegemonisierung der Welt soll ja der Völkerbund, die „Gesellschaft der Nationen“ sein. Laßt uns gleich den Stier bei den Hörnern packen: man macht heute der deutschen Politik vielerorts den Vorwurf, daß sie diesen Sinn des Völkerbundes und den Sinn ihrer Stellung in der Völkerbundspolitik nicht begreife, sondern gerade seit unserem Eintritt in den Völkerbund verleugne, indem sie sich immer einseitiger einem Klüngel der Weltmächte attachiere, der den Völkerbund nur als Kulisse für neue Vormachtskämpfe der Riesengroßen mißbrauche.

Ob das Deutsche Reich gut daran tat, seine Stellung außerhalb des Völkerbundes aufzugeben, braucht nicht mehr platonisch untersucht zu werden. Unsere Meinung war stets, daß die Argumentation für und wider wie 50:50 steht und keine noch so scharfsinnige Überlegung einen Entschluß ersetzen könne, den auch der größte staatsmännische Kopf in dieser Angelegenheit schlechthin herzhaft fassen müsse, instinktiv und resolut, ähnlich wie das Schweizer Volk ihn schließlich in freier Abstimmung gefaßt hatte. So geschah es; nun sind wir im Völkerbund, ihn wieder verlassen hieße eine Krise anzetteln oder einer Krise stattgeben, die unsere Politik keines-

wegs wünschen kann; es handelt sich nur noch darum, was für Politik wir im Völkerbund machen sollen.

Dabei schieben wir die Frage beiseite, ob wir etwa mit allen diplomatischen Kräften bemüht sein sollten, auch Rußland zum Eintritt in den Völkerbund zu bestimmen. Rußland ist draußen, wir sind drinnen. Wir sollten das seine Angelegenheit sein und bleiben lassen, die es mit seinem Instinkte löst, und aus diesem Tatbestand: Rußland draußen, Deutschland drinnen — das Beste machen, was sich daraus machen läßt. Es ist für eine verständige Staatskunst nicht wenig.

Auch brauchen wir von dem Verhältnis zu den „Kleinen“ nicht mehr zu sagen, als wir es schon, diese Angelegenheit streifend (s. S. 471), getan haben. Der Völkerbund wird uns reichlich Gelegenheit bieten, die Sache von Kleinen wahrzunehmen, wo sie im Recht ist oder uns am Herzen liegt. Aber darüber hinaus können wir ja nicht einmal die Daseinsberechtigung aller Kleinen besiegeln, wie wir uns überhaupt davor hüten müssen, die Erdkarte von 1919 der Welt als unantastbar und unabänderlich suggerieren zu helfen — und der Versuch, das Deutsche Reich gleichsam zum Offizialverteidiger in allen Genfer Armenprozessen zu bestellen, würde uns in eine Situation hineinmanövrieren, daß man den Rat dazu beinahe keinen wohlgemeinten mehr heißen möchte, wenn er nicht doch von unanzweifelbar wohlmeinenden Leuten gelegentlich erteilt würde. Nicht einmal das Vertrauen der Kleinen würden wir damit uns sichern. Der Bär, der sich von seinem Zwinger aus zum Schirmherrn aller Mäuse aufwirft, ist keine Figur, an die man glaubt.

Überdies, wer ist denn „klein“? Die schwierigsten internationalen Zeitgenossen sind ja heute die „mittleren“, von Polen angefangen bis etwa zur Größenordnung Belgiens hin, das sich gewiß nicht ohne Widerspruch zu den schlechthin „Kleinen“ zählen lassen wird. Es ist schon richtig und wichtig, daß Deutschland seinen Platz wie selbstverständlich sogleich mitten unter den Großen gewählt hat, und man hätte nur wünschen mögen, daß es ihn geräuschloser eingenommen hätte. In der äußerlichen Aufmachung unserer Eintrittsförmlichkeit wurde unser erster kapitaler völkerbundspolitischer Fehler begangen. Ach freilich, es war verlockend, nachdem man sieben Jahre zuvor wie ein bewachter und gefesselter Schwerverbrecher in den Spiegelsaal zu Versailles geführt worden war, nun, nach so kurzer Frist, von Ovationen umrauscht wie ein Triumphator in den Reformationssaal zu Genf einzuziehen. Die Genugtuung über diese moralische Wendung der Weltmeinung hatte ihr gutes Recht, aber desto mehr mußte man der Versuchung solchen Aufzugs widerstehen. Denn nüchtern gewürdigt war es, um im Bilde von vorhin zu bleiben, doch nur Urlaub aus der Zelle, den wir auskosteten. Das Deutsche Reich blieb besetzt, entwaffnet, kontrolliert, schuldverhaftet, die nationale Einigung mit Österreich ihm untersagt, kein Tüttelchen des Versailler Vertrages war revidiert, keiner von den 14 Punkten, um die wir betrogen worden waren, nachdem wir auf ihrer Basis kapituliert hatten, war in sein Recht wiedereingesetzt. Es war lediglich vor unserer tatsächlich erwiesenen Kraft die Höflichkeit wiedergekehrt. Das ist etwas; aber nichts für ein Fest. Gewiß, jene Revisionen, Wiedergutmachungen, Streichungen werden ver-

mutlich überhaupt niemals in forma vollzogen werden. Auch der Versailler Vertrag wird, wie es einer der bedeutendsten Staatsmänner der Nachkriegszeit einmal formuliert hat, eher zu einer papiernen Hölse ohne Inhalt praktisch ausgehöhlt sein, ehe man ihn formal widerriefe. Sehr wahrscheinlich, nahezu gewiß! Eben darum wird es keine Feste zu arrangieren, keinen Triumph auszukosten geben. Wir wollen uns jeder Etappe freuen, die wir auf dem Wege der Wiederbefreiung und Wiedergeltung zurücklegen, aber diese Freude mit denen zu feiern, die sich widerwillig einen Fußbreit politischen Bodens nach dem andern von uns abringen lassen, ist eine politische Geschmacksverirrung und ein politischer Fehler. Wir haben ganz kühl, trocken und nüchtern zu bleiben. Und wo uns die Gegenspieler in den Nebel von Ovationen locken wollen, müssen wir streng bleiben und höflich erwidern, daß sich dies für uns nicht geziemt. Was freilich, wenn es den Eindruck von Echtheit machen soll, durch eine keineswegs unfrohe und trostlose, aber eine besonnene und gehaltene Lebensführung der ganzen Nation unterstützt werden muß.

Deutschland hätte lautlos, jede Hyperbel vermeidend und sich verbittend, auf der Bank der Großen seinen Platz einnehmen sollen. Bedenklicher ist, daß jene Tonart vom Herbst 1926 nicht aufhören will. Aristide Briand, der seinen guten Grund hat, die Schwäche seiner Position und seiner Zusagen im bengalischen Geprassel zu verstecken, benutzt sie als virtuose Technik, aber wir folgen diesem rhetorischen Rattenfänger gar zu willig. Wir wünschten, daß man mit den gegenseitigen Staatsmannschaftsapotheosen aufhöre, weil gewohnheitsmäßige Apotheosen ihren

Wert verlieren und weil in solchem Tone überhaupt keine brauchbare Politik gemacht werden kann. Der Völkerbund soll die einstige Geheimdiplomatie ablösen. Das wird immer nur sehr partiell möglich sein. Wichtiger wäre es, daß die Operndiplomatie beendet würde. Unser trübes Schicksal ist nicht zuletzt durch sie verschuldet worden, und nichts müßten wir fortan sorgfältiger meiden als Staatskunst des schönen Scheins. Es ist doch sehr lehrreich, daß selbst in Frankreich der erfrierend nüchterne Poincaré mächtig ist und nicht der überschwengliche Briand. Dieses Land hat den Boulangismus völlig überwunden, und wir müssen den Zweitwilhelminismus überwinden. Im Völkerbund zuallermeist. Denn der kann überhaupt nur Nützliches leisten, wenn er die phrasenlose Sachlichkeit, die prosaische Beschäftigung mit den Dingen zum A und O seiner Aufgaben macht.

Er ist aber auf einem Wege, der ganz anders läuft: die Völkerbundsentwicklung droht sich aufzuspalten in zwei Welten, die nichts mehr miteinander zu schaffen haben — in eine wachsende Bürokratie der karitativen, sozialen und intellektuellen Internationale, in der einen Versorgungsposten zu erlangen heute geradezu die Lebensidee einer ganzen honoratioren Junggeneration aller beteiligten Nationen wird, und eine politische Korona, die alle wirklich wesentlichen Probleme entweder mit blauem Dunst verschleiert oder hinter die Kulissen an Besprechungen unter vier oder sechs Augen verweist. Jene Bürokratie, sie mag noch so riesenhaft in ihrer Apparatur werden, wird keine neue Katastrophe verhindern, denn noch niemals hat eine Bürokratie eine politische Katastrophe verhindert.

Die paar hundert oder paar tausend gesicherten Lebensstellungen werden, wenn eine unzulängliche Staatskunst zu neuer Explosion führt, in die Luft fliegen, ohne daß ein Hahn danach kräht. Der „ewige Kongreß“ aber, den der Völkerbund politisch vorstellt, birgt ebensoviele Gefahren, wie er zu bannen vermag. Daran scheint man viel zu wenig zu denken. Auf Kongressen und Konferenzen ist selten gute, selten gedeihliche Politik gemacht worden. Mit dem Berliner Kongreß hat die große Krise der europäischen Politik recht eigentlich begonnen, die 1914 zur Katastrophe führte. Die Konferenz von Algesiras war einer der unheilvollsten Meilensteine auf diesem Wege. Die wirkliche Staatskunst kann gar nicht vor aller Augen gemacht werden. Mißerfolge vor aller Augen werden zu Demütigungen, die unverwindbar sind, Erfolge vor aller Augen verführen zum Triumph, der einer der gefährlichsten Vergifter der politischen Atmosphäre ist. Die Staatsmänner brauchen nicht nach Genf zu fahren, um miteinander zu verhandeln. Früher hat man das ebensogut oder eben-soschlecht in Bädern abgemacht — und was heißt denn Genfer Weltpolitik ohne Rußland und die Vereinigten Staaten? Deutsche Weltpolitik in Genf ohne die beiden wesentlichsten Faktoren der deutschen politischen Zukunft? Deutsche Weltpolitik ist zu Rapallo und Locarno gemacht und in und bei Genf höchstens verwässert und verdorben worden, kann in Moskau und Washington gemacht werden, auch in Rom oder Tokio, vor allem in Berlin. Genf wird niemals ihr Schauplatz werden, es sei denn der Schauplatz einer unzulänglichen, enttäuschenden oder verstrickenden, also einer nichtigen oder gefährlichen. Die Bedeutung von Genf, die Sendung des

Völkerbundes, die wir bejahen, liegt auf einer ganz anderen Linie.

Sie ist so geartet, daß die oft getadelte Neigung des Völkerbundes, den wirklich großen politischen Fragen auszuweichen, durchaus gerechtfertigt erscheint. Denn die sind nicht seine Materie, die werden immer außerhalb seiner Schranken gelöst werden müssen. Das bedeutet freilich nicht, die vorhin skizzierte Völkerbundsbureaukratie stelle die Genfer Mission dar. Sie ist vielleicht ein begrenzter Segen und vielleicht ein unabwendbares Übel. Das wird man in 25 Jahren ungefähr beurteilen können. Die Aufgabe des Völkerbundes ist die Entgiftung der unwesentlichen politischen Probleme.

67

Wir wollen uns diese These, die vielleicht zuerst wie ein effektvolles Paradoxon klingt, an einem sehr großen Beispiel erläutern.

Der Weltkrieg ist aus großen politischen Spannungen entstanden. Rudolf Kjellén und der Thronfolger Franz Ferdinand waren an der Schwelle des Krieges vielleicht die beiden einzigen Menschen, welche die absolute Unhaltbarkeit der herkömmlichen europäischen Konstellation durchschauten, der eine in der gelehrten Theorie, die er in seinen „Weltmächten“ entwickelte, der andere im politischen Wirken und Planen, wie es namentlich in seinem Testament konzentriert vorliegt. Ob des Erzherzogs Weg aus diesem Europa heraus wirklich in ein neues führen konnte, braucht hier nicht erörtert zu werden. Vermutlich hätte auch dieser Weg zuerst in krie-

gerische Verwicklungen eingemündet. Das alte, mühsame Gleichgewicht war gestört durch das ungeheure Machtwachstum des Deutschen Reiches, das nicht nach „Weltherrschaft“ strebte, aber, einfach faktisch eine übermäßig eingezwängte Weltmacht geworden, nun aus seiner Enge gewaltig ins Weite drängte, über See hin mit seiner riesenhaft vermehrten Flotte und seinem Koloniehunger, festlandwärts mit seiner, von der stärksten irdischen Armee gedeckten vorderasiatischen Politik. Auf diesen beiden Wegen mußte es mit den beiden Weltreichen Britannien und Rußland kollidieren, wenn es sich keinem von beiden verbündete und demgemäß seine Ziele begrenzte. Statt dessen hielt es am Bündnis mit Österreich-Ungarn fest, wir untersuchen nicht, ob mit sachlichem Recht oder nur aus sentimentalen Triebfedern heraus, und Österreich drohte neu zu erstarken: dies, was selten zureichend beachtet wird, schien den Widersachern unerträglich, ein verjüngtes Österreich an der Seite dieses Deutschen Reiches, ein weltmächtiges, Europa in Schach haltendes „Mitteleuropa“. Um diese Sorge zu bannen, reiste der Erzherzog, in dem die Erstarkung Österreichs verkörpert war, im letzten Abschnitt seines Lebens nach London und Petersburg, ließ das panslawische Rußland ihn rasch beiseitigen. Es wäre gewiß denkbar gewesen, den Kriegsausbruch aus dem Morde von Serajewo heraus zu verhüten. Aber der Aufschub wäre von kurzer Dauer gewesen. Scheiterte Deutschlands Verständigung mit England, so gab es in Europa keinen andern Weg mehr als die gewaltsame Auseinandersetzung, denn es war seit Jahren immer offenkundiger geworden, daß die Gegenseite das Machtwachstum Deutschlands und die friedliche, diplomatische Vergeblich-

keit der Einkreisung nicht mehr ertrug. Die psychologische Spannung aus vermeintlichen Daseinsinteressen großer Reiche heraus war bis zum Bersten gesteigert. In solchen Stunden läßt sich keine Macht ihr Verhalten an Sitzungstischen vorschreiben.

Dagegen waren im Jahre 1917 die großen, vitalen Kriegsantriebe erloschen. Rußland war an Deutschland zerbrochen, im Tiefsten zerrüttet und friedensbedürftig. Das Deutsche Reich selber hatte sich als unüberwindlich erwiesen, aber seine Machtgefahren waren für die andern auf lange hinaus abgeschwächt, denn es würde vom Kriege schwer mitgenommen sein. Österreich-Ungarn konnte man, nach Franz Ferdinands blutigem und Franz Josefs natürlichem Ende seiner langsamen Selbstzersetzung überlassen. Durch einen rechtzeitigen Friedensschluß war der triumphale Emporstieg der Vereinigten Staaten auf Kosten der europäischen Mächte eben noch zu bannen. Auf allen Seiten war damals Friedenshunger. Auf allen Seiten klebte man an Dingen zweiten Ranges, die nur hätten aus dem Wege geräumt werden können, wenn ein Tisch dagewesen wäre, an dem man sich zusammensetzte. Damals wurde, in diesen Dingen zweiten und dritten Ranges, durch Geheimdiplomatie und mißdeutete Monologe alles vereitelt. Damals hätte ein Gebilde wie der Völkerbund höchst Nützliches, höchst Segensreiches zu stiften vermocht. In jener Stunde fehlte er.

Noch ein anderes Beispiel: 1866 und 1870. Der Krieg von 1866 war durch nichts mehr abwendbar. Ein deutscher Nationalstaat konnte nach allen Erfahrungen und Experimenten nur noch geschaffen werden unter preußischer Führung, deren Duldung von keinem

unversehrten Österreich zu erwarten war. Entweder die Deutschen mußten auf ihre staatliche Einigung für immer verzichten, oder Österreich wurde gezwungen, von der deutschen Frage die Hände zu lassen. Die Wahl war von tragischer Größe; tragische Verwicklungen aber sind stets notwendige, unausweichliche Verwicklungen. Nicht bloß weil ein gewaltiger politischer Dämon zu seiner Schöpfung drängte, sondern weil dieser Dämon die gewaltige Volkssehnsucht verkörperte, konnte keine papierene Lösung gefunden werden. Es gab nur den Weggang auf Leben und Tod. Wurde Moltke bei Königgrätz geschlagen, so war es Preußens Ende und Deutschlands Niemals-geboren-Werden (übrigens, nach eigenem Geständnis, auch Bismarcks Ende, ganz persönlich). Um solche Entscheidungen ging es. 1870 jedoch ging es nicht mehr darum. Das Reichsfundament war gemauert. Das Reich hätte auch allmählich zusammenwachsen können. Man kann ruhig sagen, den Krieg von 1866 hat Bismarck entfacht, weil es ohne ihn nicht ging; den von 1870 hat er nicht entfacht, wenn er ihn auch, als er kam, genial ergriff. Wenn Frankreich sich mit der Tatsache des Werdens eines deutschen Nationalstaates abfand, und kein Lebensinteresse Frankreichs wurde dabei gefährdet, so konnte die blutige Auseinandersetzung von 1870 wohl vermieden werden. Es ist die Frage, ob die Autorität von Beratungen einen unklaren Abenteurer wie Napoleon III. überzeugt und umgestimmt hätte. In jedem Falle ist dieser Krieg aus kleinlichen Anlässen entfesselt worden, die aus der Welt zu schaffen, ohne Daseinswerte anzutasten, die Mühe gelohnt haben würde.

In dieser Richtung liegt alle wesentliche Völker-

bunds- und Schiedsgerichtspolitik. Zwei Drittel aller Kriege sind aus Anlässen geführt worden, die sich hätten schlichten lassen. Die moralische Autorität und das praktische Verfahren auszubilden, wodurch solche Anlässe befriedet zu werden vermögen: das ist die Völkerbundsmission, wenn es eine gibt. Dies ist eine schwierige Sache, ein langer Weg, aber an ihm dürfen wir nicht verzagen, auf ihm muß Deutschland mitgehen und womöglich mitführen. Und man darf ruhig zugeben, daß auch der blutjunge Völkerbund von heute durch sein bloßes Dasein und seine doch noch recht unerfahrenen und ungelenken Betätigungen schon mancherlei auf die Linie der friedlichen Lösung gebracht hat, was sonst wahrscheinlich mit Waffengewalt ausgetragen — oder unausgetragen geblieben wäre. Ihn damit zu einer gleichzeitig sittlichen und nützlichen Einrichtung zu befestigen und fortzubilden, lohnt alle Mühe, die man an ihn wendet.

Es wird ewig Dinge zwischen den Völkern geben, vor denen er ohnmächtig bleibt. Sie werden da sein, solange es Völker, Staaten, Grenzen, Dämonen, Massen, Geschichte gibt. „Nie wieder Krieg!“ ist trotzdem keine sinnlose oder lächerliche Forderung. Sie ist todernst, wie der Krieg, der bewußt veranstaltete Massentod selber. Es ist gut, daß es nicht bloß einzelne und Gruppen, sondern ganze Schichten gibt, die diese Losung aufnehmen und pflegen. Kein Christ und erst recht kein verordneter „Diener des Wortes Gottes“ sollte im Zweifel sein können, daß sein Glaube diese Losung fordert. Ein christlicher Pfarrer, der den Krieg preist und die Friedensfreunde höhnt, der für Blut und Eisen schwärmt und das Papier der Verträge verächtlich macht, ist

wahrhaft ein Antichrist. Darüber darf auch die Kirche keinen Zweifel lassen. Alle unbestreitbare Erweckung hoher Tugenden, alle sittliche Läuterung, alle Besiegung der physischen Daseinsüberwertung durch das Sterbenkönnen für eine überpersönliche Sache — alle diese Verklärung des Tötenmüssens gibt dem Christen und der Christenheit kein Recht, den Krieg zu verherrlichen, zu predigen, zu verteidigen, in seiner Abwehr nachzulassen. Denn all dies oder ähnliches vollzieht sich z. B. auch bei Heimsuchungen durch anderes Leid, durch Krankheit, Tod, wirtschaftlichen Ruin, Ehescheidung, Verlust von Kindern: daraus folgt kein Recht, daß wir Menschen uns für die Systematisierung, für die Erhaltung solcher Heimsuchungen einsetzen. Bei allen andern scheint man das begriffen zu haben, nur beim Kriege noch nicht. Was immer christlich sein, nicht bloß so heißen oder gar bloß so getauft sein will, muß an der Atmosphäre mitarbeiten helfen, in der Kriege bis zur äußersten Möglichkeit verhütet werden können.

Denn es geht um eine solche Atmosphäre! Alle Garantien durch Einrichtungen, Satzungen, Maßnahmen sind null und nichtig, wenn nicht eine moralische Atemluft sie überhaupt erst fähig zur Wirksamkeit gegen den unnötigen Krieg macht. Daß diese Atemluft entstehe und immer wieder von allen giftigen Dünsten gereinigt werde, bleibt die Voraussetzung auch für eine tatsächliche Funktion des Völkerbundes im Geiste der Hauptmission, die wir ihm zu entwickeln versucht haben. Und je reiner und durchsichtiger diese Atmosphäre wird, desto größere kriegverhütende, konfliktlösende Leistungen wird der Völkerbund sich zutrauen können. Es

ist in der menschlichen Natur dafür gesorgt, daß dann der Dämonie, der heroischen und der kollektiven, noch genug Spielraum für ihre Gewalttätigkeit bleibt. Jeder Versuch, ähnlich der Entwicklung im Privatleben, das die Blutrache überwunden und den Zweikampf so gut wie überwunden hat, so auch im Völkerleben die möglichen Konflikte durch Rechtsnormen zu regeln, muß unterstützt werden. Aber die Unterstützung kann nur wirkungsvoll sein, wenn die allgemeine Anschauung sich einbürgert, daß die meisten Kollisionen der Völker ohne Waffengänge vernünftiger, für alle Beteiligten nutzbringender entschieden werden können.

68

Darum konnte freilich der Völkerbund keinen besseren Schauplatz seines Wirkens wählen als die Schweiz. Ob es Zürich oder Bern hätte sein können, ob es nun Genf ist, macht keinen Wesensunterschied. Auf den schweizerischen Boden seiner Tätigkeit konnten wir Deutschen am bedenkenfreiesten und am hoffnungsfrohesten treten. Denn wenn uns etwas an eine kräftige Rolle der Vernunft und Sitte im Völkerleben der Menschheit glauben machen kann, so ist es die Existenz dieses Staatswesens im Herzen unseres politisch so unvernünftigen, politisch so sittenlosen Erdteils. Immer wieder richtet sich unsere Zuversicht an diesem exemplarischen Gemeinwesen auf, das in der Form der ältesten und echtsten Volksherrschaft die höchste politische Selbstzucht im Innern und nach außen zur Entfaltung gebracht hat. Gleichsam mit vollkommener Selbstsicherheit jenseits der Gefahren von Krieg und Revolution stehend, die ihr beide nur von ärgster Frivolität auf-

genötigt werden könnten und die sie dann nach unserer Überzeugung tapfer bestehen würde, selber von dem fragwürdigen Ehrgeiz geläutert, Geschichte gewaltsam zu „machen“, ein dörfliches Volk mit klarem Blick in die Welt, eine Demokratie ohne Chauvinismus und Imperialismus, hat dieses Gebilde der Eidgenossenschaft sich wahrhaft prädestiniert für die Mission, einen Völkerbund bei sich zu beherbergen und ihm die natürliche Atemluft für sein ernstliches Wirken zu bereiten. Dieser Staat, föderativ, mehrsprachig, neutral, dabei wehrhaft, autochthon und kosmopolitisch in einem, hat für sich die wesentlichen Probleme zu lösen verstanden, vor welche die Nationen der Erde gestellt sind. Hier ist der Staat der reinen und zugleich praktischen Vernunft, der uns manchmal frostig anmutete, wenn wir in Emotionen glühten, und dem doch alle zu Dank verpflichtet bleiben, daß er sich auch über die leidenschaftlichsten Versuchungen hinweg unbeirrt seine Haltung und sein Wesen bewahrte. Daß die Schweiz unangetastet und unangefault die Weltkriegswirren überdauert hat, ist eine der wertvollsten Tröstungen und Stärkungen für jede noch so großmächtige Politik, in der noch ein Gran von Überzeugung lebt, daß in der Geschichte letzten Endes das Wirken sittlicher Vernunft sich offenbare. Daß er auf diesem Boden leben darf, bleibt die verlässlichste Gewähr für den Völkerbund, überhaupt wirklich und immer wirksamer zu leben!

Die Nationalstaatlichkeit, so sagten wir schon einmal, ist gewiß nicht der letzte Triumph jener sitt-

lichen Vernunft, deren Wirken wir in der Geschichte suchen müssen, um Politik ertragen, ein politisches Volk werden zu können. Aber auch sie stellt eine Stufe dieses Wirkens vor, von der aus bleibende Werte in die fernere Entwicklung übergehen werden, und wir glauben, daß das deutsche Volk nicht ohne schwere Beeinträchtigungen seiner Zukunft, auch dessen, was es in Zukunft der Welt bedeuten kann, diese nationalstaatliche Stufe überspringen darf. Ins Aktuelle gewendet, heißt dies: das Bekenntnis zum „Anschluß“, zum großdeutschen Reiche.

Die Proklamation des Anschlusses ist von Deutschland, richtiger von seinem revolutionären Rat der Volksbeauftragten, abgelehnt worden. Auch diese historische Stunde wird kaum wiederkehren. Ob eines Tages in Europa Kriege ausbrechen, an deren Abschluß das Deutsche Reich frei genug und das heutige Österreich unversehrt genug sein werden, um den formalen Zusammenschluß zu vollziehen, weiß niemand. Niemand wird darum solche Kriege entfesseln wollen. Auch unter den wärmsten Anschlußfreunden hüben und drüben ist keiner, der uns dieser Frage halber in einen Krieg stürzen möchte. Das ist bezeichnend; denn es tut dar, daß die großdeutsche Stimmung zwar teilweise warm, aber nirgends hitzig ist, und das ist gut so. Fehlt doch noch viel daran, daß sie überall warm sei; sie wird übrigens in weiten Teilen Deutschlands wie Österreichs immer lau bleiben, es gibt genug unausterbliche schwarzweiße Borussen, denen alles „Süd-deutsche“ als fragwürdiger Zuwachs erscheint, weil es zuchtloser, bequemer, lässiger, weniger staatsgläubig, aber auch, weil es begabter, freier und wär-

mer ist als das spezifisch Preußische („das märkisch Enge“, wie Theodor Fontane es genannt hat, voll von „Mißtrauen gegen Freiheit und Schönheit“), und es gibt genau so schwarzgelbe Österreicher („österreichische Barockmenschen“, wie Hermann Bahr es gern formuliert), die eine panische Angst davor haben, im „Preußentum“ aufgehen zu müssen, und sich an die Hoffnung auf die Wiedererstehung irgendeines irgendwie gearteten „Österreich“ im alten Sinne klammern, schon wegen der böhmischen Schneider und Köchinnen in Wien und wegen des gutkatholischen Unter-sich-Seins. Diese Anschlußfrostigen (offene Gegnerschaft ist auf beiden Seiten selten) sind eine stärkere Gefahr als die borussischen, sie sind an Bedenklichkeit allenfalls den großpreußischen Unitariern vergleichbar (s. S. 428); denn sie kennen, wenn es denn mit dem wiedererstehenden Österreich nichts werden sollte, einen andern Anschluß als den großdeutschen, einen katholisch-klein-deutschen, die Vereinigung mit Bayern zu einem ansehnlichen Stammesstaate, um den sich vielleicht eine süddeutsch-rheinstaatliche Föderation gruppieren möchte. Das wäre also das Ende des Reiches. Um dieser lebensgefährlichen Idee willen allein schon muß man den wirklichen Anschluß, das echte Großdeutschland erstreben, denn legen wir die Hände in den Schoß, diese Ideologen eines oberdeutschen Bundes tun es nicht, können es nicht tun, weil das heutige Österreich ein zu lebensschwaches Gebilde ist, um nicht zwangsläufig irgendeinen Anschluß zu suchen. Diese Zwangsläufigkeit kann auch noch nach einer dritten Richtung laufen: Donauföderation; Altösterreich in neuer, bündischer Aufmachung, Deutschösterreich verkoppelt mit

Tschechoslowakien, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, an und durch sie gefesselt, mit ihnen kaum lebensstärker als ohne sie, aber alle heillosen Probleme Österreichs von neuem auf die europäische Tagesordnung gesetzt. Wenn die Liquidation des Weltkrieges und seiner Vorgeschichte an einem Punkte gesund war, so im Zerfall des wirklich „kranken Mannes“ unseres Erdteils, der österreichisch-ungarischen Monarchie. Es gibt nicht einmal einen Leichnam mehr zu galvanisieren, es gäbe nur einen künstlichen Verwesungsherd anzurichten, dessen Leichengift ganz Europa samt aller Menschheit, die damit zusammenhängt, aufs neue in Schüttelfröste und Lebensgefahr werfen müßte.

Das ist die höchst schwierige „Anschlußsituation“: wir müssen, rein aus politischer Vernunft, zu Großdeutschland hin, weil sonst Schlimmeres zu entstehen droht, und wissen uns doch von jeder Möglichkeit eines Vollzugs in politischer Form, einer Anschlußabstimmung oder Anschlußverkündung, epochenfern; von dieser Möglichkeit sind wir im Winter von 1918 auf 1919 abgetrieben worden, und in der Geschichte gibt es auch für den stärksten Schwimmer kein Wieder-Stromauf. Der Vollzug Großdeutschlands, darin völlig dem Vollzug des deutschen Einheitsstaates gleichend, steht somit nicht als ein geschichtlicher Akt mehr, sondern als ein geschichtlicher Prozeß vor uns, dessen Dauer nicht abzuschätzen ist. Vielleicht aber ist es gerade gut so, denn die Deutschen beruhigen sich gern dabei, daß eines Tages einen Akt schon irgendeiner vollziehen werde, während man ihnen klarmachen kann, daß sie selber Tag für Tag die Träger des großdeutschen Werdeprozesses sein müssen.

In diesem Prozeß kommen auch die nicht streng politischen, die seelischen, die Gemütsfaktoren der großdeutschen Frage zu ihrem Recht.

Es ist unter der Würde der deutschen Nation, sich auf die Dauer etwas verbieten zu lassen, was man für die übrigen Völker zum Gesetz der neuen Epoche nach dem Weltkriege erhoben hat: das nationalstaatliche Selbstbestimmungsrecht. Entweder man schließt Frieden nach einem Prinzip oder lediglich nach der Machtlage; aber es geht nicht an, für die eine Hälfte des Friedens eine Idee und für die andere Hälfte die „harte Wirklichkeit“ zu proklamieren. Dieses Gaukelspiel von 1918 und 1919 — und Wilson war ein weltgeschichtlicher Gaukler, wenn auch ohne es zu wissen, aber das sind ja die gefährlichsten Gaukler — muß allmählich in ein fair play umgewandelt werden. Wir sehen völlig ein, daß die Geschichte keine Widerrufe in forma kennt; wir verlangen und erwarten keinen. Aber sie kennt Beseitigungen von begangenen Unrecht und Unsinn. Ist die lettische, estnische, litauische, finnische, ungarische, rumänische, serbo-kroatische, tschechoslowakische Nationalstaatseinheit und -reinheit eine sittliche Forderung, so ist auch die deutsche eine; und die Reinheit der Einheit, der Verzicht auf Minoritäten, ist hier leichter zu verwirklichen als bei jenen allen. Aus diesem Grunde gehört Österreich zu Deutschland seit 1918. Daran darf das deutsche Volk moralisch nicht rütteln lassen. Gleichgültigkeit hiergegen wäre eine schlimme Sünde wider unsere Volkstumswürde.

Aber wir wünschen uns dieses Österreich auch in unsern Reichskörper um seiner Art willen. Einer der eigenartigsten, der am stärksten talentierten, der

seelisch reichsten Stämme steht im Österreichertum neben uns, schon von südländischen Zaubern umweht und doch mit allen echt deutschen Stärken und Schwächen gesegnet, der eminent musische Volksteil Germaniens, ein Liebling der Grazien, das Heilsamste, womit die Einseitigkeit des nordischen Preußentums zureichend ausgewogen werden kann. Freilich, da r u m sind sie katholisch, diese Menschen, und das macht vielen Deutschen des Reiches Albdrücken. Millionen von Klerikalen! Aber ich fürchte, es gibt außer uns keine Nation auf der Erde, die eigene Glieder wegen ihres Bekenntnisses von sich getrennt wünschte und nach etwas anderem als der Zugehörigkeit zum eigenen Volkstum fragte. Mir scheint dieser Einschlag, der deutsche Geschichte vor Fehrbellin und vor Königgrätz verkörpert, theresianisches und josefinisches Erbgut mitbringt und, außerhalb der märkischen Enge geblieben, viele weltmännische Qualitäten entfaltet und bewahrt hat, die dem Preußentum noch immer abgehen — schon darum, gerade darum eine höchst notwendige Aufreicherung unserer Nationalität zu bedeuten. Ich setze es gleichwertig neben die Volkstumswürde: die Volkstumsfülle auch ist es, die uns tätige Werkarbeiter am Anschlußprozeß sein heißt!

Im kleinen und im großen darf dieser Prozeß nicht ruhen, nie stillstehen, jeder kann an ihm mithelfen. Die ewigen Zweifler und Nörgler, die aus Wien kommend und dort dies oder jenes mißbilligend uns einreden wollen: das sei alles gar nicht so begehrenswert — pflege ich zu fragen, was denn ihr Nest, in dem sie hocken, fürs Deutsche Reich so begehrenswert mache? Recht und Unterricht, Kirche und Verwaltung, alle Institutionen und alle Organisatio-

nen, alle Reformen und Reorganisationen müssen zwischen dem Reiche und dem Österreiche nicht über einen Leisten, aber fortan eines Sinnes gemacht werden. Die Völker sollen zusammenwachsen. Damit wächst auch ein gut Teil der Staatswesen zusammen. Und was dann eines Tages mit den Staatsspitzen geschieht — darüber wird allein die Staatskunst der Stunde Herr und Meister sein.

70

Großdeutschland wird sein, wenn wir es wachsen lassen und nie müde werden, es wie ein kostbares Gewächs zu hüten, zu pflegen, ihm Licht und Sonne, Wasser und Nahrung zu geben, Unkraut zu jäten. Denn freilich nur in seiner Vollendung wird das Deutsche Reich Macht genug sein, um unter den Großen dauerhaft und würdig zu bestehen und die Sendungen zu ergreifen, die ihm in einem neuen Europa obliegen. Um die Fiktion Europas, die heute täglich spukt, sollten wir uns so wenig wie möglich kümmern. Wenn es sich darum handelt, den Visumunfug abzubauen und die Paß- und Zollwirtschaft zu mildern, so meinen wir wohl alle: so rasch wie möglich. Doch macht dieser Wunsch nicht an den europäischen Grenzen halt. Aber schon beim nächsten Schritt, der mündlichen und schriftlichen Verständigung, stockt jede Analogie: Europa wird nie eine Sprache haben wie das britische Imperium oder die Vereinigten Staaten. Seine Größe und Macht bestand einmal darin, romanisch und germanisch zu sein; sie wird künftig darin bestehen, germanisch und slawisch zu sein, womit wir nicht meinen, mit dem Romanischen sei es zu Ende, wohl aber, daß es

zu dem werdenden Europa nur noch eine Saumbeziehung habe (die eine sehr wertvolle sein mag und nach unserer Überzeugung ist); das Kraftfeld dieses werdenden Europa liegt stärker nordöstlich und weniger südwestlich, und es ist in Wahrheit sterbendes Europa, vor das viele wohlgemeinte Bemühungen unserer Tage uns spannen möchten, damit wir es noch ein Stück Weges fortschleppen helfen. Uns bedeutet in Wahrheit Mexiko so viel wie Rumänien, politisch wie geistig, Brasilien gewißlich mehr als Portugal und Japan mindestens das gleiche wie Italien. Deutschland wird nie aufhören, europäische Sorgen und europäische Freuden zu haben, politisch jene, geistig diese; die Sorgen werden sich auch an das neue Europa heften, an dem es mitbaut, und die Freuden werden diesem nicht mangeln. Im Bau dieses Europa aber haben politische Kräfte dominant zu bleiben, und alles Geistige Alt-Europas, das aus den Chromosomen von Antike, Mittelalter und Renaissance erwuchs, bedeutet im künftigen europäischen Erbgang nur noch rezessives Gut, das trotzdem sehr reizvoll bleiben kann.

In den ganz großen Konflikten der Weltgeschichte gewinnen die Sieger immer nur eine Episode, die Besiegten eine Epoche. Nach dem Dreißigjährigen Kriege, der das alte Deutschland umbrachte, herrschte Frankreich eine kurze Spanne, aber auf dem Brachfelde wuchs in künftige Epochen der Keim des neuen Deutschland empor. Auch Hellas hatte das persische Großreich nur abgewehrt, um sich dann selber umzubringen und dem mazedonischen Großreich anheimzufallen. Die germanoslawische Welt ging zerrüttet und zerschlagen aus dem Weltkriege hervor, dennoch ist sie die Trägerin

der neuen Zeitalter, denen dieser Krieg den Weg frei machen mußte, und die Herrschaftsepisode der westlichen Sieger wird noch kürzer sein.

Freilich, dieses Deutsche Reich kann nur sagen wie Friedrich, als er aus dem Siebenjährigen Kriege heimkehrte: vor mir liegt unermessliche Arbeit! Und dies bedeutet vor allem Arbeit an sich selber. Die Deutschen müssen die Eigenschaft der unverdrossenen Geduld, die sie im kleinen und engen muster-gültig besitzen, nun auch im großen und weiten sich aneignen. Sie bringen Volkszahl und Volksgaben mit, um ein großes Volk in der Welt zu sein. Dreimal in einem Jahrhundert sind sie im Aufstieg daran abgestürzt, daß sie ihre Sendung nicht begriffen, voreilig oder verkehrt ergreifen wollten: nach 1815, um 1848 und seit 1890. „Wollt ihr's zum viertenmale mit ihr wagen?“ so möchte der Fürsprecher dieser seltsam-tragischen Nation den Genius ihrer Geschichte befragen.

Nun, dann gilt es zu warten, zu wirken und zu wachen — zu wachen, ohne wieder in Anfechtung zu fallen. Wie heilsam, daß wir so ohnmächtig, in den Dingen der Weltpolitik so gebunden, in jedem Betracht so zwangsläufig sind! Uns ist Zeit gegeben, erst einmal im Innern eine ganze Epoche lang die Prüfung der Reife zu bestehen. Daß sie wirklich bestanden werde und wir aus dieser harten Schule für unser ganzes Leben, das Leben eines Volkes gelernt haben, daran ist jeder Deutsche mitverantwortlich. Entschlagt euch aller Hoffnungen, daß ihr schon ernten werdet: Generation von heute, von morgen, von übermorgen. Auf lange, lange Sicht, richtiger: auf unermessliche Unsicht heißt es schaffen. Erst wenn wir diese Probe der

Entsagung abgelegt haben, wird der Genius unserer Geschichte uns sein Antlitz wieder zuwenden. Das ist eines fernen Tages, den von uns Lebenden keiner schauen mag, die neue geschichtliche Stunde, ohne deren Erwartung im Grunde kein großes Volk auf Erden leben kann:

„Dann wird er die Fanfare blasen lassen.“

(Kleist, Prinz von Homburg)

Inhalt

DAS VOLK UND SEIN WESEN

1. Rassebuntheit der Deutschen	9
2. Rassen und Nationen	11
3. Die Rassigkeit der Germanen	17
4. Rasse und Sprache	22
5. Nordische Rasse und deutsches Volkstum	27
6. Buntrassigkeit ein Segen für Deutschland	33
7. Die deutschen Stämme	37
8. Lösung des Stammeproblems	42
9. Vielstaaterei und Glaubensspaltung	46
10. Analyse der deutschen Wesensart	48
11. Nationalcharakterliche Summa	59
12. Psychologie der Altstämme	60
13. Neustämme, Elb- und Mainlinie	72
14. Die deutsche Physiognomie	79
15. Deutschlands Lage und Landschaft	83
16. Die Legende vom unpolitischen Deutschen	87
17. Das völkerpsychologische Gesetz der individual- sozialen Spannung	92
18. Der seelische Politisierungsvorgang	99
19. Die erste politische Bewährung	104
20. Die Bewährungskräfte	109

DER STAAT UND SEINE ORDNUNG

21. Der Untergang des Barock	118
22. Die föderalistischen Kräfte von 1919	123
23. Das Verfassungswerk von Weimar	131
24. Reichspräsident und direkte Demokratie	136
25. Die Weltkrise der Parlamente	143
26. Der deutsche Parlamentarier	153
27. Der Parlamentsverfall	159
28. Parlamentsreformen	162

29. Die neue Gewaltenumlagerung	174
30. Regierungswechselei	188
31. Die öffentliche Meinung	191
32. Die Gesellschaftskräfte	202

DIE GESELLSCHAFT UND IHR GEIST

33. Gesellschaftliche Parteibildung	204
34. Udemokraten und Urdemokraten	210
35. Katholizismus und Demokratie	219
36. Die geistigen Voraussetzungen der politischen Selbstbestimmung	224
37. Die Urdemokratie des evangelischen Christen- tums	238
38. Politik aus dem Glauben	245
39. Zwischen Wittenberg und Rom	251
40. Das Vielparteiensystem und das Doppelphäno- men der politischen „Mitte“	264
41. Politik und Wirtschaft	267
42. Vom Wirtschaftssinn und der sozialen Gegen- wartsfrage	272
43. Fünf wirtschaftliche Staatslebensfragen . . .	285
44. Die Entmannung durch den sozialen Fürsorge- staat	297
45. Führende Schicht	311
46. Der große Verbürgerlichungsprozeß	315
47. Deutsche Kulturpolitik	326
48. Demokratie und Schule	341
49. Das Studententum und die deutsche Geistigkeit	351
50. Die Juden	364

DAS REICH UND SEINE MACHT

51. Begriff des „Reiches“	378
52. Reichssymbole	382
53. Die Reichshauptstadt	395

54. Das notwendige Übel Einheitsstaat	404
55. Bayern und Preußen	418
56. Individualistische Dezentralisation	432
57. Die Reichsgefahr der Länderkonkordate	438
58. Reich ohne Wehr	448
59. Koloniespielerei	455
60. Volksfremde Reichsteile	459
61. Verlorene und entrissene Volksteile	462
62. Weltmächte Deutschland und Rußland	471
63. Gegen Paneuropa	472
64. Zwischen Britannien und Rußland	477
65. Deutschland und Frankreich	486
66. Völkerbund als Tatsache	495
67. Völkerbund als Aufgabe	501
68. Lobpreisung der Schweiz.	507
69. Großdeutschland	508
70. Arbeit für die geschichtliche Stunde	514

5308

UNIVERSITY OF VICTORIA
Library
VICTORIA, B.C.

